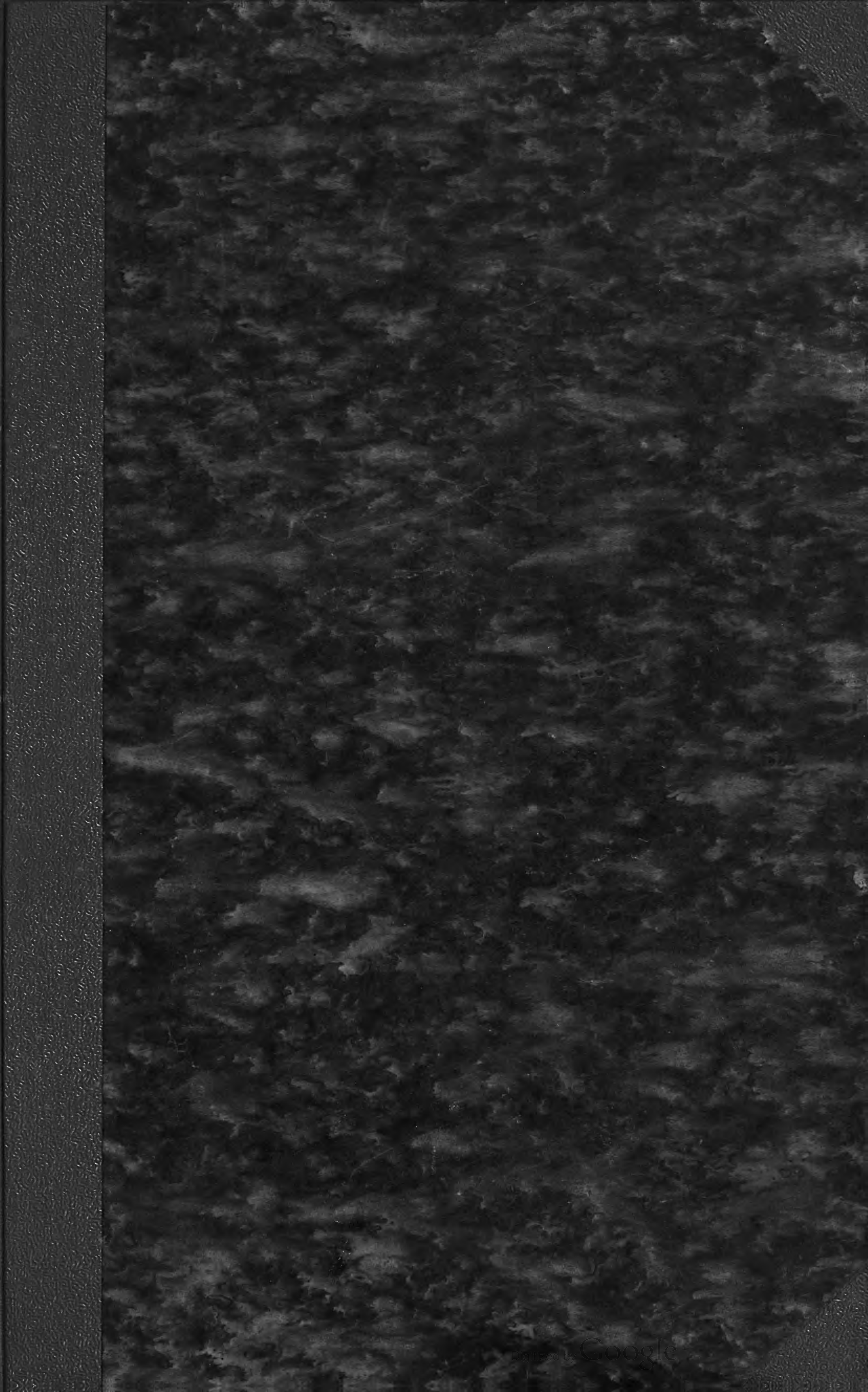




Schmollers Jahrbuch
für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche

44. Jahrgang
1920

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche

44. Jahrgang

Herausgegeben von

Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff



München • Verlag von Duncker & Humblot • Leipzig
1920

Altenburg
Piererſche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis

zum vierundvierzigsten Jahrgang

(Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Zählung am inneren Rande der Seiten.)

I. Aufsätze

Seite

Albrecht, G.: Die Wohnungswirtschaft nach dem Kriege 835
Auhagen, O.: Ursachen und Wirkungen der Geldentwertung 81
Baasch, E.: Der Interessengegensatz zwischen Kaufmann und Reeder in älterer Zeit, namentlich in Hamburg 515
von Bortkiewicz, L.: Der subjektive Geldwert 153
— Gibt es Deportgeschäfte? 741
— Zum Problem der Lohnbemessung 1001
Bovensiepen, R.: Die Fortbildung des bürgerlichen Rechts Deutschlands 537
Brinkmann, C.: Begriff und Aufgabe einer geschichtlichen Staatenkunde 191
Bückling, G.: Der Einzelne und der Staat bei Stirner und Marx . . 1071
Diehl, K.: Bemerkungen über Begriff und Wesen des Kapitalismus . . 203
Dronke, E.: Das Reichsheimstättengesetz 681
Engländer, O.: Gleichförmigkeit von Preis und Nutzen. I. u. II. 399, 709
Heimendahl, H.: Die Stellung des Sozialismus zum Bankwesen . . 1117
Herrfahrdt, H.: Das Problem der berufsständischen Vertretung im Zeitalter Bismarcks 369
Jöhlinger, O.: Probleme der Tagespresse 215
Junge, R.: Die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten 101
Kumpmann, K.: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Reichsarbeitslosenversicherung 451
Lotz, W.: Die Brüsseler internationale Finanzkonferenz von 1920. I. . 1197
Lüders, M.-E.: Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege. I. u. II. 241, 569
Mautner, W.: Bolschewismus und Marxismus 29
Mombert, P.: Die Tatsachen der Klassenbildung 1041
Quelle, O.: Die spanisch-portugiesische Auswanderung 773
Rothkegel, W.: Untersuchungen über Bodenpreise, Mietpreise und Bodenverschuldung. I. u. II. 879, 1177
Schumacher, H.: Gegenwartsfragen des Sozialismus 1
— Zur Reform der staatswissenschaftlichen Studien 949
Sombart, W.: Probleme der Wirtschaftsgeschichte 1021
Spiethoff, A.: Der Begriff des Kapital- und Geldmarktes 981
Sziklay, F.: Das „kapitalistische" und das „kommunistische" Geld . . 755
Tönnies, F.: Die große Menge und das Volk 317
Troeltsch, E.: Der Aufbau der europäischen Kulturgeschichte 633
Wegener, E.: Zur Vorgeschichte des Pfandbriefs 805
von Wiese, L.: Soziologie als Einzelwissenschaft 347

Seite

II. Verzeichnis der Bücher- u. Zeitschriften-Besprechungen

Adler, W.: Die Organisationsbestrebungen in Stabeisenfabrikation und Stabeisenhandel. (H. Mannstaedt.) 1231
Agahd, E.: Großbanken und Weltmarkt. (R. Claus.) 605
Bernhard, G.: Probleme der Finanzreform. (H. Köppe.) 296
Brinkmann, C.: Versuch einer Gesellschaftswissenschaft. (H. L. Stoltenberg.) 608
Bruck, W. F.: Türkische Baumwollwirtschaft. (H. Tillmann.) 1234
Dietrich, R.: Unser Handel mit unseren Feinden. (R. Claus.) . . . 604
Dopsch, A.: Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Cäsar bis auf Karl den Großen. (H. Aubin.) 293
Dresel, E. G.: Soziale Fürsorge. (Klumker.) 615
Fuchs, F.: Telegraphische Nachrichtenbureaus. (O. Jöhlinger.) 599
Guradze, H.: Bevölkerungsentwicklung nach dem Kriege. (K. Seutemann.) 620
Häberle, A.: Die deutsche Teppichfabrikation. (Cl. Heiß.) 1243
Hirsch, P.: Kommunalpolitische Probleme. (P. Mombert.) 1242
von Humboldt-Dachroeden: Die deutsche Diamantenpolitik. (O. Jöhlinger.) 1239
Hurwicz, E.: Die Seelen der Völker. (C. Brinkmann.) 923
Jöhlinger, O.: Die Praxis des Getreidegeschäfts. (J. Hellauer.) . . . 622
Kaulla, R.: Über das Verhältnis der Volkswirtschaftslehre zur Rechtswissenschaft und zur Politik. (F. Lenz.) 1217
Kelsen, H.: Sozialismus und Staat. (H. Herrfahrdt.) 924
Keynes, M. J.: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags. (M. J. Bonn.) 918
Kiesel, K.: Petershüttly. (R. Sieger.) 277
Kuczinsky, R.: Ein Reichsfinanzprogramm für 1920. (H. Köppe.) . . 300
Lüdicke, R.: Die preußischen Kultusminister und ihre Beamten 1817 bis 1917. (G. v. Below.) 939
Majerczik, W.: Kommunale gewerbliche Unternehmungen als Kampfmittel gegen die finanzielle Notlage der deutschen Städte. (P. Mombert.) 287
Marbe, K.: Die Gleichförmigkeit in der Welt. (H. L. Stoltenberg.) . 611
Moede, W.: Die Experimentalpsychologie im Dienste des Wirtschaftslebens. (W. Baade.) 1225
Mombert, Paul: Die Gefahr einer Übervölkerung für Deutschland. (K. Seutemann.) 620
Muhs, K.: Begriff und Funktion des Kapitals. (L. v. Bortkiewicz.) . 1222
Müller, H.: Marx und die Gewerkschaften. (O. v. Zwiedineck-Südenhorst.) 282
Nationalekonomiska Studier tillägnade Professor David Davidson. (K. Åmark.) 938
Neuere Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Auslande. (G. Albrecht.) 290
Prion, W.: Inflation und Geldentwertung. (G. Cassel). 279
Rechlin, W.: Syriens Stellung in der Weltwirtschaft. (P. Koenig.) . 1236

Seite
Rein, K.: Konkurrenzmöglichkeiten der deutschen Feinkeramik. (Cl. Heiß.) 1243
Rohrer, K.: Das gesetzliche Armenwesen im Kanton Aargau seit 1804. (A. Weber.) 618
Schumacher, F.: Hamburgs Wohnungspolitik von 1818 bis 1919. (F. Schumacher.) 597
Spahn, M.: Elsaß Lothringen. (W. Platzhoff.) 915
Spann, O.: Vom Geist der Volkswirtschaftslehre. (F. Lenz.) 926
Stadtler, E.: Die Weltkriegsrevolution. (A. Dietrich.) 920
Stern, W.: Die menschliche Persönlichkeit. (E. Hurwicz.) 612
von Südland, L.: Die südslawische Frage und der Weltkrieg. (R. Sieger.) 275
Supan, A.: Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. (R. Sieger.) 272
Terhalle, F.: Freie oder gebundene Preisbildung? (H. v. Beckerath.) . 595
Thieme, E.: Der wirtschaftliche Aufbau der Hanauer Edelmetallindustrie. (Cl. Heiß.) 1243
Wilbrandt, R.: Sozialismus. (E. Günther.) 931
Zentrale für Heimatdienst: Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. (R. Eucken.) 269

Zur Abwehr. Von R. Liefmann 299
Erwiderung. Von J. B. Eßlen. 304
Koloniale Preisaufgabe 305
Wirtschaftsdienst-Preisausschreiben 623

Eingesendete Bücher und Zeitschriften:

Bücher und Broschüren 306, 624, 940, 1250
Aufsätze in Zeitschriften 312, 629, 944, 1254

Schmollers Jahrbuch

für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche

44. Jahrgang

Erstes Heft

Herausgegeben
von

Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff



Verlag von Duncker & Humblot

München und Leipzig 1920

Diesem Heft liegen Ankündigungen des Verlages Felix Meiner sowie des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers bei

Diesem Heft ist das Sach- und Personenregister für den 43. Jahrgang (1919) beigefügt

Das nächste Heft wird voraussichtlich folgende Aufsätze enthalten:

Zur neueren Geschichtsphilosophie. Von Ernst Troeltsch. — Soziologie als selbständige Einzelwissenschaft. Von L. v. Wiese. — Die Gleichförmigkeit von Preis und Grenznutzen. Von Oskar Engländer. — Knapps staatliche Theorie des Geldes. Von Palyi. — Produktivitätssteigerung der Industrie. Von Hellmich. — Die Notenpolitik der Bank von Holland im Kriege. Von Ludwig Bernhard. — Die Bedeutung des Patentrechts für das heutige deutsche Wirtschaftsleben. Von Osterrieth. — Die Fortbildung des bürgerlichen Rechts Deutschlands. Von Bovensiepen. — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Von Kumpmann. — Zur Vorgeschichte des Pfandbriefs. Von Wegener. — Die spanisch-portugiesische Auswanderung. Von Quelle. — Die Grenzen Deutsch-Österreichs. Von Sieger.

Alle Zusendungen und Zuschriften für die Schriftleitung sind zu richten an Schmollers Jahrbuch, Berlin-Steglitz, Schillerstraße 8.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hermann Schumacher und Prof. Dr. Arthur Spiethoff.

Schmollers Jahrbuch
für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche

44. Jahrgang
Erstes Heft

Herausgegeben
von
Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff



München · Verlag von Duncker & Humblot · Leipzig
1920

Altenburg
Piererſche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis

1. Aufsätze

Seite

Gegenwartsfragen des Sozialismus. Von Hermann Schumacher . . 1
Bolschewismus und Marxismus. Von Wilhelm Mautner 29
Ursachen und Wirkungen der Geldentwertung. Von Otto Auhagen. . 81
Die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten. Von Reinhard Junge 101
Der subjektive Geldwert. Von L. von Bortkiewicz 153
Begriff und Aufgabe einer geschichtlichen Staatenkunde. Von Carl Brinkmann. 191
Bemerkungen über Begriff und Wesen des Kapitalismus. Von Karl Diehl 203
Probleme der Tagespresse. Von Otto Jöhlinger 215
Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege. Von Marie-Elisabeth Lüders. I. 241

2. Besprechungen

Zentrale für Heimatdienst. Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. (R. Eucken.) S. 269.

Supan, Alexander: Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. (Robert Sieger.) S. 272.

von Südland, L.: Die südslawische Frage und der Weltkrieg. (Robert Sieger.) S. 275.

Kiesel, K.: Petershüttly. (Robert Sieger.) S. 277.

Prion, W.: Inflation und Geldentwertung. (G. Cassel.) S. 279.

Müller, H.: Marx und die Gewerkschaften. (von Zwiedineck-Südenhorst.) S. 282.

Majerczik, Wilhelm: Kommunale gewerbliche Unternehmungen als Kampfmittel gegen die finanzielle Notlage der deutschen Städte. (P. Mombert.) S. 287.

Neuere Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Auslande. (G. Albrecht.) S. 290.

Dopsch, Alfons: Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Cäsar bis auf Karl den Großen. (H. Aubin.) S. 293.

Bernhard, Georg: Probleme der Finanzreform. (H. Köppe.) S. 296.

Zur Abwehr. Von Robert Liefmann. S. 299.

Erwiderung. Von J. B. Eßlen. S. 304.

Koloniale Preisaufgabe. S. 305.

Eingesendete Bücher und Zeitschriften:

Bücher und Broschüren S. 306.
Aufsätze in Zeitschriften S. 312.

Gegenwartsfragen des Sozialismus[1]

Von Hermann Schumacher

Inhaltsverzeichnis: I. Der Sozialismus als Produktionslehre S. 1—7. 1. Die Grundanschauung stammt aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts S. 1. 2. Sie hat sich unverändert erhalten trotz aller Wandlungen in der Zwischenzeit S. 3. 3. Sie ist von Marx zu der praktisch unfruchtbaren Lehre von der Überproduktion ausgebaut worden S. 4. 4. Die Programmlosigkeit des 9. November 1918 ist die notwendige Folge der Grundanschauung des Marxismus S. 5. — II. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel S. 7—10. 1. Die bisherige Lehre S. 7. 2. Die heute sich verbreitende Anschauung S. 9. — III. Die „Vergesellschaftung" der Produktion S. 10—16. 1. Die Konstruktion der „Gesellschaft" S. 10. 2. Die Entdeckung des Unternehmers S. 14. — IV. Die „Demokratisierung" der Unternehmung S. 16—28. 1. Die Auflehnung gegen Führerschaft S. 16. 2. Das Betriebsrätegesetz S. 20. 3. Der Sozialismus als Erziehungsaufgabe S. 25.

I

Will man den Sozialismus richtig erkennen und würdigen, so muß man von der Zeit ausgehen, die als die eigentliche Zeit seiner Entstehung bezeichnet werden kann, von dem halben Jahrhundert, das der großen französischen Revolution gefolgt ist. In dieser Zeit vor allem entwickelt sich gegenüber den politischen Idealen, die noch die französische Revolution beherrscht haben, das wirtschaftliche Ideal einer gerechten Verteilung der Güter, das die *eine* Hauptquelle für die Anziehungskraft ist, die der Sozialismus auf die Massen der Bevölkerung in wachsendem Maße ausüben sollte.

Man war sich jedoch bald klar darüber, daß eine bloße Neuverteilung der Güter nicht viel nutzen werde. Durch sie konnte man Ungleichmäßigkeiten beseitigen, aber die Sehnsucht nach Glück, die doch schließlich allen sozialistischen Bewegungen zugrunde

[1] Dieser Vortrag wurde in der Arbeitsgemeinschaft der volkswirtschaftlichen und juristischen Studierenden an der Universität Berlin am 23. Oktober 1919 gehalten. Er ist eine Umgestaltung der ursprünglichen Fortsetzung meiner Darlegungen über Sozialismus und Unternehmertum, die in diesem Jahrbuch 1919, Heft 2, abgedruckt worden sind; solche Umgestaltung wurde nötig, weil der Gang der Ereignisse so schnell und wechselnd ist, daß der Druck unter den heutigen Verhältnissen nicht mit ihm Schritt zu halten vermag. Der Vortrag ist in den Anmerkungen durch einige nachträgliche Darlegungen ergänzt worden.

liegt, nicht befriedigen. Eine Neuverteilung der Güter ist — wie Kautsky sich ausgedrückt hat — nur „eine vorübergehende und unvollkommene Erleichterung für das Proletariat, nicht ein dauernder Fortschritt".

Man wollte deshalb mehr: nicht nur eine bescheidene Gleichmäßigkeit, sondern einen gleichmäßigen Wohlstand. Ein solcher ließ sich aber nicht allein durch Maßnahmen der Güterverteilung erzielen. Darum tritt der Sozialismus auch alsbald als Produktionslehre auf[1]. Er übt sogleich bei seinem ersten Erscheinen seine Kritik nicht nur an der Verteilung, sondern auch an der Erzeugung der Güter.

Schon Thomas Morus, der als erster aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen Not heraus das Bild eines „Zukunftsstaates" entworfen hat, hat das getan und gemeint, die Produktion ließe sich leicht so steigern, daß man mit einer täglichen Arbeitszeit von sechs Stunden auskommen könne. Diese vereinzelte Annahme erhielt eine außerordentliche Verbreitung mit dem Aufkommen der Maschine. Die großen Neuerungen auf dem Gebiete der Technik und Organisation setzten sich ja anfangs nur vereinzelt durch. Nur langsam vollzog sich der Übergang vom Werkzeug zur Maschine, vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb. So gab es viel technische und wirtschaftliche Rückständigkeit.

Daher bot sich auch in der Übergangszeit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts reichlich Anlaß zur Kritik der Erzeugung. Sie war ebenso, wie die Rückständigkeit selbst, eine natürliche und notwendige Begleiterscheinung des Fortschritts und fand ihre hervorragendsten Vertreter in den großen französischen Sozialisten Saint-Simon und Fourier.

Auch Karl Marx teilte diese Anschauungen seiner Zeit. Er konnte sogar in England, wo er die Licht- und Schattenseiten der neuen Maschinenindustrie viel genauer kennen lernte, als es in Frankreich und auf dem Festland überhaupt möglich war, die Kritik weiter vertiefen und verbreitern und damit zugleich die Überzeugung befestigen, daß die neue Maschinenindustrie einer fast unbegrenzten Steigerung ihres Ertrages fähig sei. Damit baute er, wie seine Vorgänger, die Hoffnung auf, daß eine sozialistische Organisation,

[1] Cohen-Reuß hat auf dem deutschen Wirtschaftskongreß vom 16. April 1919 (S. 17) diesen Zusammenhang mit den folgenden Worten bezeichnet: „Sozialismus bedeutet die Verteilung der Produktion nach Bedürfnis. Wenn man nach Bedürfnis verteilt, muß man vor allen Dingen, wenn auf jeden einzelnen viel kommen soll, ungeheuer viel produzieren."

die mit Hilfe des Staates alle Möglichkeiten zur vollen Entfaltung bringe, dauernd die Güterversorgung eines Jeden erheblich verbessern werde. Engels gab dieser Erwartung Ausdruck mit den Worten: „Die Möglichkeit, vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum ersten Male da, aber sie ist da."

Diese Ansicht, die sich damals in den Anfangszeiten des sogenannten Kapitalismus gebildet hat, hat sich nun unverändert bis in die Gegenwart erhalten. Einst aus der Welt der Tatsachen geboren, ist sie durch gläubiges Bücherstudium vom einen auf den andern jahrzehntelang übertragen worden. Als sie entstand, war die mit Maschinen arbeitende Industrie noch in den ersten Anfängen, mitten in den schlimmsten Kinderkrankheiten, ohne eigentlichen Unternehmerstand, ohne Tradition und Erfahrung, ohne Plan und Organisation, beherrscht vom Zufall. Seitdem sind 70 Jahre gewaltiger Entwicklung dahingegangen. Niemals zuvor ist die Ergiebigkeit menschlicher Arbeit ähnlich gesteigert worden. Natürlich ist auch jetzt noch für Kritik und für Verbesserungen viel Raum. Aber den Hauptnachteilen hat man doch zu begegnen gelernt und in großartigem Maße ist das Unternehmertum selbst zum Träger des Organisationsgedankens geworden[1]. So groß auch die Meinungsverschiedenheiten im einzelnen noch sein mögen, darüber können Zweifel nicht bestehen, daß die

[1] Am hartnäckigsten hat sich das populäre Schlagwort von der „Anarchie", dem „Chaos" der bisherigen „kapitalistischen" Produktion erhalten. Aber auch ihm beginnen Sozialisten, denen enge doktrinäre Bücherweisheit nicht den Blick für die weite Welt der Tatsachen verdunkelt hat, entgegenzutreten. Mit besonderem Nachdruck hat Professor Lederer, der den Unabhängigen nahesteht und Mitglied der deutschen Sozialisierungskommission und Berater für Sozialisierungsfragen im Wiener Ministerium war, auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg am 16. September 1919 (Verhandlungen S. 115) erklärt: „Meine Meinung geht dahin, daß die kapitalistische Wirtschaft tatsächlich einen Wirtschaftsplan realisiert hat . . . Das alles ist kein Geheimnis für den, der die kapitalistische Wirtschaft nicht nur in ihrem Marktbild betrachtet und sie ansieht als eine ungeregelte, wilde Konkurrenz, sondern welcher unter der scheinbar aller Regel spottenden Fülle von Einzeltatsachen die innere Gesetzmäßigkeit dieser Wirtschaft anerkennt . . . Der Organisationsgedanke hat auch die Unternehmerschicht erfaßt. Infolgedessen können wir von einer Anarchie der kapitalistischen Produktion keineswegs sprechen."

Lage im ganzen sich so von Grund aus geändert hat, wie vielleicht noch nie in der Geschichte der Menschheit.

Trotzdem hat man mit einer konservativen Gläubigkeit, die kaum noch gesteigert werden kann, an der alten Produktionslehre unverändert festgehalten. Kautsky[1] hat noch kürzlich, genau wie Marx vor 70 Jahren, verkündet: „Der marxistische Sozialismus sieht heute die technischen Bedingungen gegeben, durch zweckmäßige Ausnutzung der Großproduktion die Produktivität der Arbeit so hoch zu steigern, daß für jeden Arbeitenden Verminderung seiner Arbeitszeit und Erhöhung seines Wohlstandes dauernd möglich ist[2]."

Ich will hier heute im einzelnen nicht nachweisen, wie dieser durch sein Alter ehrwürdige Glaube, der einst richtig war, unter den gänzlich veränderten Verhältnissen, wenn nicht alle Berechtigung, so doch einen sehr großen Teil eingebüßt hat; das behalte ich mir für eine andere Gelegenheit vor. Ich will heute nur darauf hinweisen, welche entscheidende Rolle dieser einst berechtigte Glaube, den Marx seiner Zeit und seinen Vorgängern entnommen hat, in dem ganzen System des Marxismus spielt.

Marx erblickt nämlich mit Recht in dieser Steigerungsfähigkeit der Produktion die Hauptbesonderheit des sogenannten kapitalistischen Zeitalters. Ungerechtigkeit, Armut und Klassenkampf hat es nach ihm stets gegeben. Während aber früher dem beschränkten Verbrauch eine beschränkte Erzeugung entsprach, ist jetzt die Beschränkung der Erzeugung fortgefallen. Dem beschränkten Verbrauch steht hinfort eine unbeschränkte Erzeugung gegenüber. Auf diesen Gegensatz baut Marx dann die kühne Folgerung auf, daß die sogenannte kapitalistische Wirtschaft einer dauernden Überproduktion entgegengehe. Es beginnt — wie er im Kommunistischen Manifest sagt — „die Epidemie der Überproduktion". „Die bürgerlichen Verhältnisse — so heißt es dort — werden zu eng, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu

[1] „Der Kampf" vom 19. Juli 1919, S. 472.

[2] Die populäre Form, in der dieser Glaube sich zu äußern pflegt, kommt zum Beispiel in den Worten des Abgeordeten Bender in der Nationalversammlung vom 14. Januar 1920 zum Ausdruck: „Wir können uns heute den Luxus nicht mehr leisten, die Besitzer der Produktionsmittel mit ihrem Besitz frei schalten und walten zu lassen. Die bittere Not zwingt uns dazu, die Produktionsmittel unseres Landes intensiv und restlos auszunützen, die Produktivität unserer wirtschaftlichen Arbeit bis auf das Höchste zu steigern und für eine nach sozialen Gesichtspunken sich richtende Produktion zu sorgen." Minister Schlicke hat in derselben Sitzung unsere Zeit „eine Zeit der Verblendung über die eigene Kraft" genannt.

fassen." Oder — wie es im heute noch gültigen Erfurter Programm der sozialdemokratischen Partei heißt: „die Produktivkräfte wachsen der heutigen Gesellschaft über den Kopf". Aus den immer häufiger und schwerer werdenden Krisen dieser chronischen Überproduktion entsteht dann eine Zwangslage, die mit Notwendigkeit ein sozialistisches Gemeinwesen mit Übernahme der Produktionsmittel auf den Staat erwachsen läßt. Auf diese Weise leitet Marx — treu seiner „dialektischen" Methode — aus dem Hauptvorzuge der sogenannten kapitalistischen Produktion ihre unvermeidliche Selbstzerstörung ab. Im eigenen Überfluß erstickt der „Kapitalismus" und räumt damit bedingungslos das Feld. Diese „Theorie des mangelnden Absatzes für die kapitalistische Produktion" ist es vor allem, die der Sozialismus „aus dem Reich der Utopie in das der Wissenschaft" hinüberführen sollte[1]. Durch sie sind „Naturnotwendigkeit und Produktivität" zu den „beiden Angelpunkten" des „wissenschaftlichen Sozialismus" geworden und in dieser „Naturnotwendigkeit" wurzelt die schwere geistige Krisis des Sozialismus noch stärker und tiefer als in jenem der Vergangenheit entliehenen Glauben an die Rückständigkeit des bisherigen Wirtschaftslebens.

Denn aus dieser Lehre des Marxismus ging es mit Notwendigkeit hervor, daß der Sozialismus am 9. November 1918 ohne Programm die Herrschaft übernehmen mußte. Er stand — wie einer seiner Verkünder, Paul Lensch[2], sich ausgedrückt hat — „vollkommen geistig unvorbereitet vor diesem gewaltigen Schicksal" und derselbe Schriftsteller sucht[3] die Erklärung für diese fast einzig in der Weltgeschichte dastehende Tatsache in der „Befangenheit in einer veralteten Geisteswelt, ihrem mangelnden Mut, mit dem Alten zu brechen, und ihrem Unvermögen, eine neue Welt konstruktiv zu errichten. Zwar darf man sich nicht vorstellen, daß Marx mit seiner sogenannten „wissenschaftlichen" Lehre von der Naturnotwendigkeit des Sozialismus, die so viel dazu beigetragen hat, den Sozialismus aus einem Sektenglauben zu einer Massenbewegung zu machen, den Arbeiter zu einem bloßen abwartenden Nichtstun bestimmen wollte. Die weltgeschichtliche Bedeutung des kommunistischen Manifests besteht vielmehr darin, daß es einen flammenden Aufruf zum „Klassenkampf" darstellt. Neben dem neuen wirschaftlichen Ideal, das der Sozialismus zuerst dem politischen zur Seite gestellt hat, ist es diese

---

[1] Vgl. Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlage, S. 209, 215.
[2] Lensch, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, 1919, S. 17.
[3] a. a. O. S. 18.

Kampfesformel, die Marx in Frankreich als gerade populär gewordenes Schlagwort aufgriff und dann mit allen wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Mitteln zu einem Feldgeschrei von möglichster Nachhaltigkeit zu gestalten wußte, die zweite Hauptkraft gewesen, welche die Massen in Bewegung brachte.

Aber in dieser immer neuen Aufforderung zum Klassenkampf erschöpft sich die praktische Seite des Marxismus. Indem sich die Arbeiterschaft zum Klassenkampf aufrafft, wird sie zum Werkzeug in der großen Entwicklung, die den „Zukunftsstaat" mit Naturnotwendigkeit heraufführt. Also: der Arbeiter soll nicht untätig bleiben, aber, indem er dem Klassenkampf sich hingibt, soll er vertrauensvoll den Zukunftsstaat erwarten. Über ihn sich im voraus den Kopf zerbrechen, ist zwecklos, ja schädlich, da es die einheitliche Wucht des Klassenkampfes lähmen kann. Diese taktische Berechnung ist der erste Grund, weshalb der Sozialismus — wie ein begeisterter Vorkämpfer Professor Wilbrandt[1] schmerzlich sagt — am 9. November „keine Idee hatte, was er nun anfangen sollte".

Der zweite Grund dafür bestand darin, daß sich die Sozialdemokratie „vom Ausbruch der Revolution genau so hat überraschen lassen, wie vom Ausbruch des Krieges"[2]. Heute beginnt man es ja schon allgemein einzusehen, daß es eine den Tatsachen nicht entsprechende Betrachtungsweise ist, welche in der November-Revolution den Umschwung sieht, den Marx angekündigt hat. Reifere Geister des Sozialismus haben heute erkannt, daß zwischen der von Marx verheißenen und der tatsächlich eingetretenen Revolution in Wirklichkeit Beziehungen kaum vorhanden sind. Reifere Geister des Sozialismus haben eingesehen, daß es sich, soweit überhaupt ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vorlag, nicht um eine von innen heraus entstandene Krisis der Überproduktion, wie sie Marx erwartete, sondern um eine von außen erzwungene Krisis schlimmster Unterproduktion gehandelt hat[3], daß es aber in erster

---

[1] Wilbrandt, Sozialismus, 1919, S. 180.

[2] Lensch, a. a. O. S. 11.

[3] In der Bewertung dieser Tatsache sind die sozialistischen Parteien sich nicht ganz einig. Die Mehrheitssozialisten sehen in ihr das Haupthindernis für die Verwirklichung des Sozialismus. Die unabhängigen Sozialisten sahen in ihr ursprünglich das Gegenteil. Hilferding, der Hauptschriftleiter der „Freiheit", meint sogar in einem Aufsatz im „Kampf" vom 27. Dezember 1919, die Lage hätte am 9. November 1918 „für die Verwirklichung des Sozialismus nicht günstiger" sein können; „denn die rein wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind für

Linie der Zusammenbruch nicht eines Wirtschaftssystems, sondern eines Staatssystems war, hervorgewachsen aus der „stärksten Spannung zwischen Individuum und Staat, die jemals die Menschen beherrscht hat[1], gerichtet viel mehr gegen den Krieg und das Heerwesen, als gegen den sogenannten Kapitalismus. Und es ist wiederum ein eifriger Vorkämpfer des Sozialismus, der den Ausspruch getan hat[2], daß, „wenn es eines Beweises für die nur bedingte Richtigkeit der ökonomischen Geschichtsauffassung — die Marx bekanntlich vertritt — gibt, so hat ihn die deutsche November-Revolution erbracht". Mit tiefem Kummer konstatiert daher auch Wilbrandt[3]: „Programmlos überrascht von der Stunde der Macht, hat sie — die Sozialdemokratie — im Glück das schwerste Unglück zu tragen: nicht so sehr den Mangel der vollen politischen, als den Mangel der geistigen Beherrschung der Dinge"; und er meint[4]: „Sozialist kann nur sein, wer nicht Marxist ist. Man muß von der ganzen Theorie des Abwartens, Reifenlassens und Prophezeiens sich frei gemacht haben."

II

Allerdings bedarf das Gesagte einer Einschränkung. Ein praktisches Ziel hat der Marxismus stets vertreten. Das ist die Verstaatlichung der Produktionsmittel. Wenn es auch in diesem Punkte in den Schriften von Marx an Widersprüchen nicht ganz fehlt, so ist doch die Auffassung, die im Kommunistischen Manifest niedergelegt ist, für den Sozialismus in Deutschland bestimmend geworden.

---

das kapitalistische System ebenso vorhanden; die sozialistische Produktionsweise ist aber der kapitalistischen durch die Beseitigung der Anarchie, durch die Ordnung und Rationalisierung der Produktion überlegen (!) und kann daher die Schwierigkeiten um so eher überwinden, als sie auf die freudige und willige Mitarbeit des wichtigsten Produktionsfaktors, der Arbeiter, hätte rechnen können. Aber die Gunst der Stunde ist nicht ausgenutzt worden. ‚Was Du von der Minute ausgeschlagen, gibt keine Ewigkeit zurück', sagt der Dichter, und wenn sich auch bei der Zukunft des Sozialismus zum Glück dieses Wort nicht bewahrheiten kann, weil der Sieg des Sozialismus eine historische Notwendigkeit ist, so wird es doch noch viel Arbeit und viel Zeit kosten, bis die Stunde wieder schlägt." Das Ergebnis ist daher doch in beiden Fällen das gleiche. Auch Hilferding ist der Ansicht, „daß die Entwicklung seit dem 9. November eine starke Schwächung bedeutet".

[1] Beck, Sozialisierung als organisatorische Aufgabe, 1919, S. 9.

[2] Beck, a. a. O.

[3] Wilbrandt, a. a. O. S. 337.

[4] a. a. O. S. 309.

Danach gliedert sich der große Akt der „Expropriation der Expropriateure“ in drei Phasen. Zunächst hat das Proletariat mit Hilfe des Klassenkampfes die Herrschaft zu erringen. Damit soll der Staat nach der Auffassung von Marx eine Umwandlung von Grund aus erfahren. Bisher — wie Engels sagte — „wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten ausgebeuteten Klassen“, wird der Staat durch die Revolution mit einem Schlage zum Organ der „Gesellschaft“. Er kann jetzt natürlich nicht mehr ein „Staat der Kapitalisten“, der „ideelle Gesamtkapitalist“ (Engels) sein, wenn auch im einzelnen nie dargelegt wird, worin die Änderung sich äußert.

Es folgt die zweite Stufe der Entwicklung. Sie wird durch das Kommunistische Manifest mit den folgenden Worten bezeichnet: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen ... alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst zu vermehren.“ Diese Verstaatlichung der Produktionsmittel wird von Marx geradezu mit Sozialismus identifiziert. Sie ist es, die den entscheidenden Unterschied zwischen der bisherigen und der neuen Organisation des Wirtschaftslebens darstellt. Und sie beruht nach ihm im Rechtsverhältnis an den Kapitalgütern. Stehen die Maschinen im Eigentum Privater, so liegt sogenannter Kapitalismus vor, befindet sich alles Kapital in der Hand des Staates, so ist Sozialismus gegeben [1].

An diese Übernahme der Produktionsmittel schließt sich dann unmittelbar die dritte Phase an. Denn mit den bisherigen Produktionsverhältnissen hebt das Proletariat nach den Worten des Kommunistischen Manifestes „die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klasse überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf“. So soll der Sozialismus, im ausdrücklichen Gegensatze zur „Geschichte aller bisherigen Gesellschaften“, die Klassen-

[1] Das Wichtigste, was Marx hierzu sagt, ist in den bemerkenswerten Worten enthalten: „Der erste Akt, wenn der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem anderen überflüssig und schläft von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab.“

herrschaft zum Verschwinden bringen. Er will eine Heilslehre nicht nur für einen Teil des Volkes, sondern für das ganze Volk, die ganze Menschheit sein.

Die wenigen Monate seit der November-Revolution haben genügt, in die bisher fast als unantastbar geltende Lehre einen unheilbaren Riß zu bringen. Zunächst hat man immer allgemeiner eingesehen, daß die „Verstaatlichung der Produktionsmittel" überhaupt nicht als Ziel, sondern nur als ein Mittel angesehen werden kann. Eine Änderung im Kapitaleigentum bedeutet an sich noch keine Änderung in der Kapitalverwertung. Sie ist rechtlicher Art und berührt nur wenig die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Einwirkungen, die das Kapital, insbesondere die Maschine auf den Betrieb ausübt, sind die gleichen, ob das Eigentum dem einen oder andern zusteht.

Darum hat auch schon Bernstein in seiner Flugschrift „Was ist Sozialisierung?" die Frage aufgeworfen: „Glaubt jemand im Ernst, daß dann etwas verbessert ist, wenn man da, statt der Unternehmer, überall schlechtweg Beamte hinstellt." Und heute sieht man in der Verstaatlichung der Produktionsmittel überhaupt nicht mehr den Unterschied zwischen „Kapitalismus" und „Sozialismus", macht vielmehr nach den Eigentumsverhältnissen nur noch eine Unterscheidung innerhalb des „Kapitalismus". Man stellt heute Privatkapitalismus und Staatskapitalismus einander gegenüber und macht dabei überraschenderweise nicht den geringsten Unterschied zwischen dem früheren Staat und dem neuen Staat, auch wenn er sich ganz, wie in Österreich, in den Händen der Arbeiterschaft befindet. Ohne jede Einschränkung sagt der keineswegs gemäßigte bisherige sozialistische Minister Otto Bauer in Österreich in seiner Schrift „Der Weg zum Sozialismus" [1], die von vielen Seiten als eine Programmschrift des österreichischen Sozialismus angesehen wird: „Niemand verwaltet Industriebetriebe schlechter als der Staat." Und die sozialistischen Stimmen mehren sich, die darlegen, daß der Staatsbetrieb nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch sozialpolitisch schwere Nachteile hat.

Äußerungen, die früher als extrem „kapitalistisch" gegolten hätten, finden sich heute, verschärft in der Form und kaum noch beschwert mit Beweisen, in der sozialistischen Literatur. In der führenden Zeitschrift des österreichischen Sozialismus „Der Kampf"

[1] S. 9.

wurde kürzlich[1] gesagt: „Heute denkt kein Mensch mehr an einen Staatssozialismus, der darin besteht, daß sich an die Stelle der privaten Kapitalisten der Staat setzt.“ Wer das bekämpft, wende sich gegen ein „Phantom“. Ganz ähnlich hat die Gesamtheit der deutschen Sozialisierungskommission in der gemeinsamen Einleitung zu ihren beiden Berichten über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues[2] sich ausgesprochen: „Jegliche Ausdehnung des staatlichen Betriebes ist unökonomisch und daher abzulehnen, solange nicht die völlige Loslösung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen . . . erfolgt[3].“

III

Aber wer den Staatssozialismus ablehnt, will damit noch nicht den Sozialismus überhaupt ablehnen. Man sucht nur seinen Inhalt heute nicht mehr ausschließlich bei Karl Marx; und zwar stellt man der Verstaatlichung, gegen die das Verantwortungsgefühl und die Selbsterkenntnis der unvermutet zur Staatsleitung Berufenen immer allgemeiner sich auflehnen, die Vergesellschaftung als etwas durchaus anderes gegenüber. In diesem Sinne sagt Otto Bauer in seiner bereits angeführten Programmschrift[4]: wir Sozialdemokraten haben „nie die Verstaatlichung, immer nur die Vergesellschaftung der Industrie gefordert“. Darunter versteht man aber die Übernahme der Industrie nicht durch den Staat, sondern durch die Gesellschaft.

---

[1] Engel, Warum nicht sozialisieren? Im „Kampf“ vom 2. August 1919.

[2] Vorläufiger Bericht der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Berlin, R. v. Deckers Verlag, S. 5.

[3] Ein ähnlicher Umschwung hat auch im Ausland, insbesondere in Frankreich, das durch den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete für uns eine so große Bedeutung gewonnen hat, stattgefunden. Die für den Wiederaufbau ins Leben gerufene staatliche Unternehmung, die ursprünglich „Service des travaux de première urgence“ hieß und dann wegen der von allen Seiten gegen sie gerichteten Angriffe in „Service des travaux entrepris par l'état“ umgetauft wurde, hat in Frankreich einen scharfen Kampf gegen den „Etatismus“ hervorgerufen. Ihre Tätigkeit ist einstimmig als Mißerfolg aufgefaßt worden. Der Abgeordnete Dubois sagte in der Sitzung der Kammer vom 23. Januar 1919: „Die Budgetkommission ist nicht der Ansicht, daß der Staat Fabrikant und Unternehmer werden und sich durch die Übernahme der Wiederaufbauarbeiten in eigene Regie an die Stelle der privaten Initiative setzen kann.“ Heute ist Dubois Handelsminister.

[4] Bauer, Der Weg zum Sozialismus, S. 9.

Was ist aber die „Gesellschaft"?

Das kann nicht im Einzelfall die Gesamtheit aller Volksgenossen sein. Das soll vielmehr — wozu bei Marx noch kein Ansatz sich findet — der Teil der Gesellschaft sein, der mit der betreffenden Unternehmung irgendwie in näherer Verbindung steht. Er soll die Leitung der Industrie übernehmen, so daß „Vergesellschaftung" dasselbe ist, was Moellendorff und Wissel in unbewußter Anlehnung an den älteren Genossenschaftssozialismus als „gemeinwirtschaftliche Selbstverwaltung" bezeichnen.

So wandelt sich die allgemeine Frage: was ist die Gesellschaft, in jedem Fall in die Tatsachenfrage: welche Personenkreise stehen zum betreffenden Unternehmen oder zum betreffenden Industriezweig in näherer Verbindung? Das sind bei Otto Bauer vier, bei Moellendorff und Wissel fünf Personengruppen.

Zunächst die Unternehmer, die bisherigen Leiter, die aber bei Bauer fortfallen, wenn eine Verstaatlichung mit der Vergesellschaftung sich verbindet. Von ihnen ist in diesem Zusammenhang nichts weiter zu sagen.

Zweitens die Arbeitnehmer, also Arbeiter, Angestellte, Beamte. Gegen ihre Beteiligung ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Denn sie stehen auf dem Boden der Unternehmung, von deren Gedeihen ihre Existenz abhängt. Diese Gemeinsamkeit des Interesses gilt es bewußt zu machen und damit zum Vorteil des Ganzen auszunutzen. Das ist vielleicht die Hauptaufgabe unserer Zeit, und es fragt sich allein, in welchen Formen sie am besten gelöst werden kann. Nur vom Standpunkt des gemeinsamen Interesses aus ist das zu beantworten. Sonst schadet man dem Ganzen und damit jedem einzelnen Teile. In anderem Zusammenhang ist davon sogleich noch weiter zu handeln.

Eine dritte Gruppe bilden die Vertreter des Staates. Auch mit ihrer Beteiligung an der Leitung kann man sich grundsätzlich einverstanden erklären. Wie die Arbeiterschaft ist auch die Gesamtheit am Gedeihen eines Unternehmens interessiert. Die Interessen der Gesamtheit und der Unternehmung laufen unter normalen Verhältnissen überwiegend parallel und, wo sie voneinander abweichen, wie es unter dem unnatürlichen Zwang des Krieges so oft geschehen ist, kann es nur nützlich sein, wenn die Gesamtinteressen gebührend zur Geltung gebracht werden. Der Staat wird vor allem es verhindern müssen, daß sich nach abschreckendem amerikanischen Vorbilde sogenannte „closed shops" bilden, in denen Unternehmer und Arbeiter in engem Bunde bewußt darauf ausgehen, die Verbraucher, die nur

in seltenen Fällen der Organisation der Arbeiter und Unternehmer Gleichwertiges gegenüberzustellen vermögen, skrupellos ausbeuten. Auch bei der Beteiligung des Staates ist allerdings Fürsorge dafür zu treffen, daß der berechtigte Produktionszweck durch sie nicht zum Schaden der Gesamtheit leidet. Der individuellen Machtbefugnis des einzelnen Staatsvertreters sind klare und feste Grenzen zu ziehen.

Anders liegt es bei der vierten Gruppe, die durch die Verbraucher gebildet wird. Hier ist eine unmittelbare Interessengemeinschaft nicht vorhanden. Hier handelt es sich vielmehr um den stärksten Gegensatz, der das Wirtschaftsleben überhaupt durchzieht, den Gegensatz zwischen Käufern und Verkäufern, Verbrauchern und Erzeugern, einen Gegensatz, der unabänderlich in den Verhältnissen begründet ist und daher nicht, wie bloße Verschiedenheiten in der Auffassung, durch gegenseitige Aussprache ausgeglichen werden kann.

Es ist eine sehr weise Besonderheit der bisherigen Organisation des Wirtschaftslebens, daß dieser Gegensatz aus der Produktionsunternehmung hinaus verlegt ist und fern von ihr auf dem Markte nach den Preisgesetzen eine mehr oder minder automatische Lösung findet[1]. Trägt man diesen Gegensatz in die Produktion hinein, dann wird unfruchtbarer Streit hervorgerufen, wo harmonisches Zusammenwirken dringendstes Gebot ist. Das muß eine lähmende und kann eine sprengende Wirkung auf die Unternehmung ausüben.

Organisieren heißt, Menschen unter einem Zweck so zusammenzufassen, daß sie dem Ganzen dienen, wenn sie ihre eigenen Interessen verfolgen. Je vollkommener es gelingt, den einzelnen so einzuschalten, daß er, indem er seine eigenen Ziele verfolgt, unbewußt dem Ganzen nützt, um so wirksamer ist die Organisation. Es ist eine dilettantische Verkennung des Organisationsgedankens, Träger dauernd widerstreitender Interessen in eine Unternehmung gleichwertig zusammenzukoppeln

[1] Auch ein so extremer Vorkämpfer der Sozialisierung, wie Neurath, verkennt nicht die hier vorliegenden Schwierigkeiten, meint aber, mit „allgemeinen Betrachtungen" sie meistern zu können. Er sagt in seinen Vorträgen, Die Sozialisierung Sachsens (Chemnitz 1919, Verlag des Arbeiter- und Soldatenrats im Industriebezirk Chemnitz, S. 15): „In der freien Verkehrswirtschaft war ein automatisches Element enthalten. Ganz von selber bildeten sich auf dem Markt die Preise . . . In einer Verwaltungswirtschaft (wie Neurath die sozialisierte Wirtschaft nennt) fehlt ein solcher Automat. Da müssen die verwaltenden Stellen auf Grund allgemeiner Betrachtungen (!) entscheiden, welches Einkommen dem einzelnen zufällt (!). Wenn wir uns auch eine noch so vollkommene Organisation denken, so dürfen wir nicht übersehen, daß bei dieser Verteilung Protektion eine große Rolle spielen kann" (!).

und dann die Forderung aufzustellen, es müsse ein Solidaritätsgefühl entwickelt werden. Das kann man in der gemeinsamen Not eines furchtbaren Krieges tun, wo nichts anderes übrig bleibt und der Zwang zur Unterordnung aufs äußerste gesteigert ist. Im Frieden, wo dieser Zwang, der schon im Kriege so vielfach versagt hat, fortfällt, ist ein solches Vorgehen unmöglich. Da darf nicht vergessen werden, daß Politik in erster Linie eine schwierige psychologische Kunst der Menschenbehandlung ist. Die Aufgabe ist im Frieden mit so simplen Mitteln nicht zu lösen.

Schwierigkeiten anderer Art liegen endlich bei der letzten, dem Handel angehörigen Gruppe vor, die nur von Moellendorf und Wissell vorgesehen ist. Sie sind einmal darin begründet, daß die berufliche Arbeitsteilung in der Produktion und im Handel vielfach verschieden durchgeführt ist. Die Industrie wird regelmäßig durch sachliche, der Handel vielfach durch territoriale Spezialisierung beherrscht. Den Spezialfabriken für ganz bestimmte Erzeugnisse stehen allgemeine Handelsfirmen (general exporters) gegenüber, die ein bestimmtes Land mit allem, nach dem es Bedarf hat, versorgen. Solche Handelsfirmen, die für Deutschlands Handel von größter Bedeutung sind, können natürlich unmöglich in allen Fabrikationszweigen Vertretung finden, die für sie Interesse haben. Die Vertretung des Handels in der Leitung muß daher — von seltenen Ausnahmefällen abgesehen — unzureichend und willkürlich bleiben.

Anderseits, wo der Handel Vertretung findet, wird sie unbefriedigend sein müssen, da die durch die Beteiligung an der Leitung gewonnenen Kenntnisse, zum Beispiel über Preise, niemals allen Interessenten gleichmäßig mitgeteilt werden können, ohne sie vorzeitig durch Veröffentlichungen zu entwerten. Solange der Handel nicht von Staat zu Staat allgemein betrieben wird, muß dem mit dem Ausland arbeitenden Kaufmann, der heute, wo unsere ganze Auslandsorganisation zertrümmert daliegt, unserem Wirtschaftskörper unentbehrlicher ist als je, ein hohes Maß persönlicher Bewegungsfreiheit im Interesse der Gesamtheit gewahrt bleiben.

Dadurch, daß man alle diese Interessentengruppen an der Leitung der Produktion beteiligt, glaubte man, dem demokratischen Gedanken im Wirtschaftsleben zum Siege zu verhelfen. Aber die wahre Demokratie besteht nicht darin, an den Entscheidungen die breitesten Kreise der Interessenten zu beteiligen. Das demokratische Prinzip ist in Wirklichkeit nicht ein Prinzip des Handelns, sondern nur eines der Auslese. Es will zur Lösung einer Aufgabe nur jemanden berufen,

der sich des Vertrauens der Beteiligten erfreut; es soll nicht den einmal Berufenen durch Beschlüsse der Interessenten hindern, sein eigenes sachverständiges Urteil frei zu betätigen.

Das hat auch Karl Marx, obwohl ihm seine materialistische Geschichtsauffassung die richtige Würdigung der schöpferischen Kraft der menschlichen Persönlichkeit so außerordentlich erschwert hat, klar erkannt. Im ersten Buche seines „Kapitals" [1] spricht er sich über die Frage der Führerschaft im Wirtschaftsleben wie folgt aus: „Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf größerem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Fähigkeiten vermittelt ... Ein einzelner Violinspieler dirigiert sich selbst, ein Orchester bedarf des Musikdirektors." Oder: „Der Befehl des Kapitalisten auf dem Produktionsfeld wird jetzt so unentbehrlich wie der Befehl des Generals auf dem Schlachtfeld."

An „Gleichheit der wirtschaftlichen Rechte aller Volksgenossen", wie sie heute verschiedentlich gefordert worden ist [2], hat Marx nach diesen Worten nicht gedacht. Eher könnte man sagen, daß er mit ihnen sich in Bahnen bewegt, wie sie unter den Sozialisten keiner zielbewußter als Saint-Simon beschritten hat. Keiner hat so klar wie dieser die moderne Industrie als einen Bund von Industrie und Wissenschaft erfaßt. Keiner hat mit solcher Begeisterung das Ziel verfolgt, ihre Erzeugnisse ganz den Gesamtinteressen des Volkes dienstbar zu machen. Will man aber Industrie und Wissenschaft zum Höchsten entwickeln, so muß der Staat nach Saint-Simon mit Hilfe der „Chefs des différents genres de travaux d'industrie", d. h. der Unternehmer, die er scharf von dem Kapitalisten scheidet, die ganze industrielle Tätigkeit des Volkes in einem „Système industriel" zusammenfassen. Nur sie besitzen die nötige „capacité administrative" [3].

Diesen Vorstellungen Saint-Simons nähern sich heute die Anschauungen der Sozialisten in erstaunlichem Grade. Es geht etwas, wie die Entdeckung des Unternehmers, durch die neueste sozialistische

---

[1] Marx, Das Kapital. Erster Band. Volksausgabe, herausgegeben von Karl Kautsky, 1914, S. 278.

[2] Vgl. zum Beispiel die Resolution, die am 17. September 1919 in 30 Groß-Berliner Massenversammlungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefaßt worden ist.

[3] Saint-Simon, Oeuvres, L'Organisateur, Bd. 20, S. 48, sowie Du Système Industriel, Bd. 23, S. 7. Vgl. Muckle, Henri de Saint-Simon, 1908, S. 203, 220, 227, 229.

Literatur. Das **Loblied, das der genannte Mehrheitsbericht der** deutschen Sozialisierungskommission **auf ihn angestimmt hat, ist nicht** vereinzelt geblieben. **In immer weiteren Kreisen sieht man ein, daß** der Unternehmer **für absehbare Zeit nicht zu entbehren ist, und daß** man, wenn man **seiner Hilfe sich vergewissern will, ihm nicht nur** einen „ausreichenden **Spielraum für persönliche Initiative einräumen,** sondern auch **die Motive sozialen Pflichtgefühls und fachlicher** Arbeitsfreude **mit einem wirtschaftlichen Interesse am Produktions**erfolge verbinden **muß**[1]. **Zahlreiche Stimmen in gleichem Sinne** ließen sich **anführen**[2]. **Ich muß mich hier begnügen, in Er**innerung **zu rufen, daß auch kein anderer als Lenin den Schrei** nach dem **Unternehmer in dringendster Form hat ertönen lassen.** Er sucht heute „**die besten Organisatoren und die größten Fachleute**“[3] **herangeziehen und zwar gegen „eine sehr hohe Bezahlung“**[3] **und** fordert „**die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den** einheitlichen **Willen der Leiter des Arbeitsprozesses**[4]. **Die Gesamt**entwicklungen **sind vielleicht durch nichts besser gekennzeichnet als** durch die **Tatsache, daß die sozialistische Regierung in Deutsch-**

---

[1] Vorläufiger **Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der** Sozialisierung **des Kohlenbergbaues. Berlin, R. v. Deckers Verlag.**

[2] Aus der Fülle sei nur **Weniges herausgegriffen. Erstens sei aus der** Schrift von **Karl Korsch, Was ist Sozialisierung? Ein Programm des prak**tischen Sozialismus. **Hannover 1919, S. 34 hervorgehoben: „Die spezifische** Begabung des **industriellen ‚Unternehmers‘ im besonderen wird in dieser ersten** Phase der Gemeinwirtschaft **keine schlechtere, sondern eher eine bessere Bezahlung** finden als **im heutigen kapitalistischen Staat . . . Und nicht nur die Entlohnung,** sondern auch **die Machtstellung von Personen mit besonderer Unternehmer**begabung wird **im autonomen Einzelbetrieb ohne Syndikat eher eine un**beschränktere sein, **als in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft.“ Ferner sei** angeführt, was **Cohen-Reuß auf dem Deutschen Wirtschaftskongreß vom 16. April 1919 (S. 17) gesagt hat: „Die Arbeiter allein sind nicht in der Lage,** die Produktion **so zu verankern ohne die Hilfe der Unternehmer, daß dabei** Sozialismus **herauskäme. Man braucht die Hilfe der Unternehmer, die die** Dinge kennen. **Man braucht nicht allein die Hilfe der sogenannten technischen Betriebsleiter, die doch im großen und ganzen nach den Plänen der wirklichen** Unternehmer gearbeitet **haben, sondern man braucht auch diese vor allen** Dingen.“ Demselben **Gedanken hat Hue Ausdruck gegeben, wenn er nach den** Zeitungen gesagt hat: **„Wenn Sie die Sozialisierung durchführen wollen, dürfen** Sie nicht annehmen, **daß wir in unseren Arbeiter- und Angestelltenkreisen die** Kräfte hätten, die **auch nur teilweise die Sozialisierung durchführen könnten.“**

[3] Lenin, Die **nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, 1919 (Verlag der** Wochenschrift **„Die Aktion“), S. 16.**

[4] a. a. O. S. **44.**

österreich begonnen hat, die übernommenen alten Staatsbetriebe in gemischt-wirtschaftliche Betriebe umzuwandeln, um „den persönlich interessierten Kapitalisten mit allen seinen wertvollen Erfahrungen zur intensiven Mitarbeit heranzuziehen“ [1] und daß zu gleicher Zeit an die Arbeiter in den bisherigen Staatsbetrieben die Mahnung ergeht, daß sie „bei Durchsetzung ihrer gewerkschaftlichen und persönlichen Forderungen nicht einem Mehrwert einstreichenden Unternehmer gegenüberstehen“ [2].

IV

Die dargelegte Wandlung hängt aufs engste mit der Aufgabe zusammen, welche als die schwierige organisatorische Hauptaufgabe unserer Zeit bezeichnet werden kann.

Nie zuvor ist Führerschaft auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet so nötig gewesen, und nie zuvor war sie so schwierig. Denn die Revolution stellt eine Auflehnung gegen die Führerschaft dar, gegen Führerschaft jeglicher Art, Führerschaft im Heer, im Staate, in der Unternehmung, in der Gewerkschaft. Das Individuum lehnt sich auf gegen den Zwang, der im Kriege für viele Millionen eine Steigerung erfahren hat, wie noch nie in der Geschichte der Menschheit.

Nachdem er fast fünf Jahre lang außerindividuellen Zwecken sich unter oft namenlosen Opfern hingegeben hat, bäumt der Mensch als Selbstzweck sich auf gegen eine Ordnung, die in ihm in erster Linie ein Mittel sieht [3]. Das ist aber ein Gegensatz, der den Sozialismus und ganz besonders den Marxismus mindestens ebenso stark trifft, wie den sogenannten Kapitalismus. Denn gerade der marxistische Sozialismus will ja, wie Kautsky [4] sich ausgedrückt hat, „durch

[1] Vgl. Arsenalicus, Zur Frage der staatlichen Industriebetriebe, im „Kampf“ vom 13. Dezember 1919.

[2] a. a. O.

[3] Man könnte sagen, daß Marx diese Auflehnung gegen die Führerschaft dadurch vorbereitet hat, daß er die Verständnislosigkeit für geistige Arbeit allgemein verstärkt und verbreitet hat. Denn er hat ja — wie Muckle, Das Kulturideal des Sozialismus, 1919, S. 178 sich ausdrückt — „den grotesken Versuch gemacht, die geistige Arbeit als ein Vielfaches der sogenannten einfachen Arbeit hinzustellen . . . Er streift ihr den Goldglanz der Vornehmheit ab und begünstigt eine Haltung der überragenden Persönlichkeit gegenüber, die nicht ohne pöbelhaften Beigeschmack ist.“

[4] Kautsky, Die Schwierigkeiten der Sozialisierung, im „Kampf“ vom 19. Juli 1919.



zweckmäßige Ausnutzung der Großproduktion die Produktivität der Arbeit steigern". Gerade er steht ja auf dem Boden des Großbetriebes und möchte ihn mit Hilfe des Staates über die bisherigen Grenzen hinaus ins Ungemessene, ins Unmögliche steigern. Im Wesen des Großbetriebes liegt aber die Unterordnung vieler unter wenige. Den Großbetrieb kann man daher wirksam nur steigern, indem man einerseits die Fähigkeit, zu leiten, andererseits die Fähigkeit, sich leiten zu lassen, entwickelt[1]. In wessen Händen das Kapital liegt, ist dabei nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Auch wenn das Kapital vollständig gleichmäßig unter Arbeiter, Angestellte und Unternehmer verteilt wird, bleibt der Zwang der Unterordnung derselbe. Im Großbetrieb und nicht im Kapital wurzelt in letzter Linie das Gefühl der Abhängigkeit, das man drückend empfindet. Es handelt sich nicht um den Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern um den Gegensatz zwischen dem sogenannten wirtschaftlichen Prinzip, an dem der Sozialismus als dem Prinzip vernünftigen Handelns mit äußerster

---

[1] Auch das hat Lenin heute eingesehen. Er sagt in seiner Schrift: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, S. 43: „Jede menschliche Großindustrie erfordert die bedingungslose und strengste Einheit des Willens, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden von Menschen lenkt. Wie technisch, so auch ökonomisch und historisch ist diese Notwendigkeit augenscheinlich, und sie wurde von allen, die über den Sozialismus nachgedacht hatten, als eine erste Bedingung erkannt. Aber wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines Einzigen. Diese Unterordnung kann bei idealer Erkenntnis und Diszipliniertheit der an der allgemeinen Arbeit Beteiligten mehr an die linde Leitung eines Orchesterdirigenten erinnern. Sie kann die scharfen Formen eines Diktatorentums annehmen, wenn keine ideale Diszipliniertheit und Erkenntnis vorhanden sind."

[2] Muckle, der pathetischste Vertreter des Sozialismus, der in seinem neuen Buche „Das Kulturideal des Sozialismus" in allen Teilen, die nicht aus der vorrevolutionären Zeit, aus der sein wissenschaftlich wertvolles Buch über Saint-Simon hervorgegangen ist, stammen, in einer unerträglichen Schwulst von Worten jeden Gedanken erstickt, sagt a. a. O. S. 211 f. sehr richtig: „Das ganze äußere Gefüge des Kapitalismus, sein wirtschaftlich-technischer Aufbau, würde ja in der neuen Ordnung nicht im geringsten angetastet werden." Noch weiter geht Goldscheid, der sonst gern seiner menschenfreundlichen Phantasie die Zügel schießen läßt; er meint nämlich in seinem Buch „Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott", 1919, S. 33: „Es macht für ein Unternehmen keinen wesentlichen Unterschied aus, in wessen Besitz es sich befindet, wofern es nur nicht zerstückelt wird und einheitlicher Leitung unterstellt bleibt. Alle Großbetriebe, namentlich die modernen Riesenbetriebe, stellen heute ihrer ganzen Einrichtung und Funktion nach eigentlich schon öffentliche Unternehmungen dar."

Konsequenz festhält, und der obersten ethischen Norm, die im Menschen den höchsten Zweck sieht. Es ist der Gegensatz von Marx-Kant, der die Wissenschaft schon vor dem Kriege beschäftigt hat[1] und uns heute dumpf und wirr entgegentönt aus den Massen.

Der Sozialismus, da er seine Volksbeglückungspläne auf der Grundlage des Großbetriebes aufbaut, kann die Abhängigkeit des einzelnen nicht beseitigen[2]. Er kann nicht, wie er verspricht, die Unfreiheiten des Arbeitsverhältnisses aufheben[3]. Was allein in Betracht kommt, ist vielmehr, die im Großbetrieb nie zu beseitigende Abhängigkeit so umzugestalten, daß man sich freiwillig ihr fügt. Das ist also ebenso sehr ein Erziehungsproblem, wie ein Organisationsproblem. Wird das erstere nicht durch die Führer der Arbeiterschaft gelöst, dann kann auch die Lösung des zweiten durch den Staat wenig nützen. Sind einsichtsvolle Kräfte nicht vorhanden, dann nützt es nichts, Schranken zu beseitigen, die ihrer Betätigung bisher im Wege standen. Solche Schranken fortschaffen, das ist es aber allein, das man mit gesetzlichen Maßnahmen erreichen kann. Man kann durch sie das Gefühl zu beseitigen trachten, völlig einem fremden Willen ausgeliefert zu sein.

Dieses heute so verbreitete Gefühl ist unzweifelhaft stark übertrieben. Eine „absolutistische" Abhängigkeit hat vor dem Kriege regelmäßig nicht mehr bestanden. Otto Bauer[4] sagt in dieser Hinsicht sehr richtig: „Der Absolutismus ist durch die Macht der Gewerkschaften gebrochen. Der Unternehmer mußte die Macht in der Werkstätte mit den Vertrauensmännern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft teilen, ganz ähnlich wie der Monarch im Staat seine Macht mit dem Parlament teilen mußte"[5]. Dieses frühere

---

[1] Vgl. Schulze-Gävernitz' Rektoratsrede über Marx oder Kant, 1908, sowie seinen Aufsatz, Noch einmal Marx oder Kant, im Archiv für Sozialwissenschaft, März und Mai 1910, ferner Vorländer, Kant und Marx, Tübingen 1911.

[2] Auch Muckle, Das Kulturideal des Sozialismus, 1919, S. 211 betont: Auch die wirtschaftliche Tätigkeit des Sozialismus „beruht auf Arbeitsteilung. Solche aber bedeutet für den Menschen innere Zerstückelung seiner Seele, Unterbindung von Kräften, bedeutet Druck und Not. Und die Massen sind nun einmal auch in der neuen Ordnung dazu verurteilt, ihre Arbeit in diesen Niederungen zu verbringen."

[3] Das fordert die erwähnte Resolution der 30 Groß-Berliner Massenversammlungen der sozialdemokratischen Partei vom 17. September 1919.

[4] a. a. O. S. 14.

[5] Vgl. zum Beispiel im gleichen Sinne Fränkel, Die soziale Bedeutung des Betriebsrätegesetzes, im „Kampf" vom 16. August 1919. — Wenn auch

Verhältnis ist heute nur sehr vielen, zumal unter den Jungen, nicht mehr bekannt. Die Auflehnung gegen die Führerschaft hat ja auch die alte Organisation, die die Arbeiterschaft mühevoll und wirksam sich aufgebaut hatte, zum größten Teil schwer erschüttert. Die Arbeiter haben selbst die Gewerkschaften, wenn ihre Mitgliederzahlen heute auch gewaltig anschwellen, zum sehr großen Teil ausgeschaltet und sie wissen oft gar nicht mehr, was ihnen alles durch sie im Gegensatze zur marxistischen Lehre von der „kapitalistischen Knechtschaft", errungen worden ist. Es handelt sich deshalb heute nicht mehr darum — wie Otto Bauer meint — die Teilnahme der Vertrauensleute der Arbeiterschaft an der Regierung der Fabrik aus einer „tatsächlichen" in eine „rechtlich geregelte" zu verwandeln, sondern es muß vielmehr von neuem aufgebaut werden.

Es ist tief bedauerlich, daß das wegen der Auflehnung gegen die überkommene Führerschaft nicht durch die Gewerkschaften unter voller Nutzung ihres reichen Kapitals an Erfahrungen geschehen kann. Es ist auch bedauerlich, daß das nicht ohne einen gesetzlichen Eingriff erfolgt. Denn so sicher der Boden an vielen Stellen für eine volle „Demokratisierung der Fabrikleitung" günstig ist, so sicher ist er allgemein noch nicht dazu vorbereitet, weder bei Arbeitern noch Unternehmern. Es wäre daher wünschenswert und zweckmäßig gewesen, wenn zunächst auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft vom 15. November 1918, unter Sonderung der Besonnenen von den Unbesonnenen, eine emsige Kleinarbeit im stillen ausgeübt worden wäre. Man hätte überzeugende Vorbilder schaffen müssen. Sie sind wirksamer als heischende Paragraphen. Man hätte, mit anderen Worten, dem englischen Beispiel folgen sollen. Für die Engländer kommt es nie auf den Buchstaben des Gesetzes an, sondern immer nur auf das, was in der Wirklichkeit aus ihm werden kann. Das

---

hervorragende politische und gewerkschaftliche Führer der Arbeiterschaft den Tatsachen die ihnen gebührende Anerkennung nicht versagen, so muß für Agitationszwecke natürlich ein anderer Ton angeschlagen werden. So stand in den 30 Massenversammlungen, welche die sozialdemokratische Partei in Groß-Berlin am 17. September 1919 veranstaltet hat, die „Befreiung von der dienstherrlichen Untertänigkeit des Kapitals" im Vordergrunde. Ebenso mußte bei der entscheidenden dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung am 14. Januar 1920 der Vertreter der sozialdemokratischen Partei sprechen, als ob Gewerkschaften in Deutschland nie bestanden oder erfolgreich gewirkt hätten. Er sprach davon, daß die Arbeiter bisher „einer uneingeschränkten Willkür preisgegeben" seien und nicht in die „alte Hörigkeit" zurückgeführt werden dürften. Das verlangt aus begreiflichen Gründen die parteipolitische Taktik.

Gesetz ist daher regelmäßig für sie nur die rechtliche Festlegung natürlicher Entwicklungen und verhindert es nicht, die Differenzierungen vorzunehmen, die das wirkliche Leben, wenn es nicht Schaden nehmen soll, erfordert. Von diesem Wege wirksamer Tat, der hier besonders geboten und nicht ohne Aussicht auf Erfolg auch bereits eingeschlagen worden war, hat sich die Regierung unter dem Druck unglücklicher Streiks abdrängen lassen. Sie hat aus einer Maßnahme wirtschaftlichen Aufbaus eine politisch-taktische Beschwichtigungsmaßregel werden lassen und meint, mit dem Worte des Gesetzes ein Problem, das stiller differenzierter Arbeit bedarf, lösen zu müssen und lösen zu können.

So ist der Entwurf des Betriebsrätegesetzes zustandegekommen, von dem nicht mit Unrecht gesagt worden ist, es schneide tiefer ins Wirtschaftsleben ein als irgendein Gesetz je zuvor. Die Vorlage dieses Gesetzes ist heute aber eine Tatsache, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann[1]. Um so sorgsamer muß geprüft und berücksichtigt werden, was das Gesamtwohl ihm gegenüber fordert. Das Gesetz soll — wie es in der Begründung heißt — nicht dem Unternehmer ein in der Betriebsleitung gleichberechtigtes Organ zur Seite stellen. Es wird dargelegt, daß dies entweder zu ständigen Reibungen und Kämpfen führen würde, die das Unternehmen lähmen und schließlich dem Untergang zuführen würden, was eine schwere Schädigung der gesamten Volkswirtschaft und damit auch einer wirksamen Sozialisierung bedeuten würde; oder eines der beiden Organe — Vorstand oder Betriebsrat — würde die tatsächliche einseitige Herrschaft an sich reißen, und das würde heute in der Mehrzahl der Fälle wohl der Betriebsrat sein.

Diesen verständigen Grundsätzen kann man vom Standpunkt des Gesamtinteresses nur zustimmen. Aber nicht alle Gesetzesbestimmungen stehen mit ihnen im Einklang. Das gilt nicht ausschließlich, aber doch vor allem von der Abgrenzung der Aufgabe der Betriebsräte. Soweit die ihnen zugewiesenen Aufgaben sozialer Art sind, sich auf das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unmittelbar beziehen, kann es keine Frage sein, daß die Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter im neuen Gesetz ebenso ihre volle Anerkennung finden muß, wie das schon in der Vereinbarung über die Arbeitsgemeinschaft im November 1918 geschehen ist. Soweit aber diese

[1] Das Gesetz ist am 4. Februar 1920 vom Reichspräsidenten vollzogen und am 9. Februar 1920 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden.



Aufgaben die Leitung des Unternehmens selbst berühren, liegt die Sache anders. Auch hier muß freilich anerkannt werden, daß die Arbeiterschaft ein berechtigtes Interesse an der Leitung hat und daher der Leitung nicht so völlig fern stehen darf, wie es bisher fast immer der Fall war. Ein Bewußtsein gemeinsamen Interesses kann sich nur entwickeln, wenn es gepflegt wird. Der Arbeiter kann nur das Gefühl gewinnen, daß es sich in der Unternehmung um die eigene Sache handelt, wenn er wenigstens im allgemeinen weiß, was in der Unternehmung überhaupt vorgeht. Nur aus einem Zusammenarbeiten geistiger Art kann er Arbeitsfreude und Verantwortungsgefühl von neuem und auf die Dauer schöpfen. Sein begreiflicher Drang, „über die Arbeitsstelle hinaus das wirtschaftliche Ganze zu sehen", darf nicht unberücksichtigt bleiben.

Aber wenn dieses Interesse an Informierung als berechtigt vom Standpunkt des Gesamtinteresses anerkannt werden muß, so ist damit nicht gesagt, daß eine Befriedigung im Rahmen der Formen zu geschehen hat, die für ganz andere Zwecke geschaffen worden sind. Jahresbilanz und Aufsichtsrat sind sicherlich nicht die richtigen Mittel zu seiner Befriedigung. Die Bekanntmachung der Jahresbilanz ist bei Aktiengesellschaften nicht zu einem Bande zwischen der Unternehmung und den Aktionären geworden. Und die Prüfung der Bilanz eines großen Unternehmens ist keine einfache Sache. Sie erfordert ein schwer zu erringendes Sachverständnis, das in allen Ländern einen Seltenheitswert hat, und von dem nur Laien glauben können, daß es sich in kurzen Kursen erwerben läßt. Was wird aber durch die Bekanntgabe der Bilanzen gewonnen? Vielleicht eine Richtigstellung der übertriebenen Ansichten, die über die Gewinne und das Luxusleben der Unternehmer durch die Hetzereien des Klassenkampfes und auch durch die Unwahrhaftigkeiten des Kinos verbreitet worden sind. Dem steht aber sicher als Nachteil gegenüber, daß durch die Bekanntgabe der Bilanz ein junges Unternehmen, das mitten im harten Kampf ums Dasein steht, schwer erschüttert, der Aufstieg des Tüchtigen, der selten ohne Wechselfälle erfolgt, gefährdet werden kann. Dem läßt sich auch durch ziffernmäßige Abgrenzung nicht voll begegnen; denn im Zeitalter des Großbetriebes fallen Jugend und Kleinheit nicht mehr zusammen[1].

[1] Man hat trotzdem an der Vorschrift der Bilanzvorlage festgehalten, glaubt aber durch zwei Änderungen die vorliegenden Bedenken gemildert zu haben. Erstens fordert man die Vorlage einer anderen Bilanz, als sie das Handels-



Was aber den Aufsichtsrat anbelangt, so steht er dem Arbeiter und vielfach auch dem Unternehmer zu fern. Er ist außerdem mit Aufgaben betraut, für die das Gesetz die „Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes" fordert und für die ein besonderes Sachverständnis geboten ist. Zwischen den Mitgliedern des Aufsichtsrats und den Arbeitervertretern kann sich ein gegenseitig förderndes Vertrauensverhältnis nicht entwickeln. Das gegenseitige Fremdsein kann nicht in wenigen Sitzungen überwunden werden. Eine Aufnahme der Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach dem Unternehmen im ganzen und damit auch seinen einzelnen Teilen mehr Schaden als Förderung bringen. Sie wird entweder bei den Arbeitervertretern eine Enttäuschung mit allen ihren Folgeerscheinungen hervorrufen oder sie in den Verdacht bringen, „Knechte des Kapitals" geworden zu sein. In beiden Fällen wird das gegenseitige Vertrauen erschüttert und die Gemeinschaft der Interessen bedroht, statt gefördert. Auf diese Weise läßt sich

---

gesetzbuch vorschreibt. Nach dem Handelsgesetzbuch muß nämlich das Vermögen des Privatunternehmers in der Bilanz mit aufgeführt werden. Das ist als „zweifellos für die Zwecke der Betriebsräte nicht notwendig" und als ein „unzulässiger Eingriff in die Privatverhältnisse" angesehen worden. Darum sind die neuen Begriffe der „Betriebsbilanz" sowie der „Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung" aufgestellt worden. Wie sich die Praxis mit ihnen abfinden wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wer die Schwierigkeiten der Umwandlung einer Privatunternehmung in eine Aktiengesellschaft kennt, weiß, daß die Feststellung der in einer Privatunternehmung tätigen Kapitalien nicht einfach ist.

Zweitens hat der Regierungsvertreter namens der Regierung die folgende Erklärung abgegeben: „Die in den Anträgen Nr. 112 und 113 vorgesehene Fassung des § 35, wonach dem Betriebsausschuß oder dem Betriebsrat die Bilanz vorzulegen und zu erläutern ist, kann nur dahin verstanden werden, daß ein darüber hinausgehendes Recht des Betriebsrats auf Vorlegung auch der Unterlagen der Bilanz nicht besteht." Ebenso hat der Vorsitzende als „einmütige Auffassung des Ausschusses" ausdrücklich festgestellt, „daß die Vorlegung der Bilanz keine Verpflichtung zur Vorlegung und zur Einsichtnahme (sic!) in ihre Unterlagen in sich schließt". Vgl. Bericht der Nationalversammlung vom 18. Dezember 1919 (Drucksache Nr. 1838), S. 28.

Anderseits ist dieser erfreulichen Ablehnung eines Nachprüfungsrechts eine schwere Strafbestimmung gegenübergestellt worden. Im § 99 Abs. 4 wird nämlich der Unternehmer, der „in den Darstellungen, Berichten und Übersichten über den Vermögensstand bestimmte falsche Tatsachen angibt oder bestimmte richtige Tatsachen unterdrückt", mit Gefängnis und hoher Freiheitsstrafe bedroht. Es ist zu fürchten, daß daraus Verdächtigungen und Streitigkeiten erwachsen, welche die Gemeinsamkeit der Interessen, die angeblich durch das Gesetz gefördert werden soll, schwer beeinträchtigen.

das nicht erreichen, was in den Bestrebungen des Gesetzgebers als berechtigt anerkannt werden muß.

Viel eher führt zum Ziele eine Bestimmung, die kürzlich in den Statuten des Carl Zeiß-Werks Aufnahme gefunden hat, nämlich daß der Vorstand einer neu eingerichteten Vertrauenskommission aus sechs Angestellten und sechs Arbeitern allmonatlich über die Geschäftslage Bericht erstattet und im Ausschuß daran eine Erörterung stattfindet[1]. Durch solche regelmäßig sich wiederholende Besprechungen kann das Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Interessen viel wirksamere Förderung erfahren, als durch die Vorlage der Jahresbilanz und die Aufnahme in den Aufsichtsrat[2].

Wichtiger sind aber zwei andere Bestimmungen. Die eine will den Betriebsrat, wie es im Entwurf heißt, an der „Einführung neuer Arbeitsmethoden" beteiligen und damit soll ihm nach der etwas sehr knappen Begründung eine „besonders bedeutungsvolle Rolle" zugewiesen werden. Wenn das heißen soll, daß der Betriebsrat mitzuentscheiden hat, ob technische Neuerungen irgendwelcher Art im Arbeitsprozeß zur Einführung gelangen sollen, so bedarf diese Bestimmung dringend der Abänderung, nicht etwa im einseitigen Interesse des Unternehmers, sondern in dem der Gesamtheit und ganz besonders der Arbeiterschaft. Die Geschichte der Technik zeigt überall, daß die Arbeiterschaft regelmäßig für neue Erfindungen kein Verständnis hat. Und das ist natürlich. Das kann nicht anders sein. Kein anderer als wiederum Kautsky hat darauf hingewiesen, daß die Einführung neuer Erfindungen nicht so einfach ist, wie man so gern heute meint. Er sagt[3]: „Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß alle die modernen Maschinen und Verbesserungen, die heute so Ungeheures leisten, Jahre der Erprobung erheischten, die oft sehr teures Lehrgeld kosteten, ehe das an sich richtige und fruchtbare Prinzip in allen Einzelheiten so ausgearbeitet war, daß es allen

---

[1] Schomerus, Die neueste Entwicklung des Carl-Zeiß-Werkes, in diesem Jahrbuch 1919, Heft 4, S. 278.

[2] Etwas Ähnliches ist nachträglich in das Betriebsrätegesetz mit dem § 71 Absatz 2 hineingebracht worden, der bestimmt: „Ferner hat der Arbeitgeber vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebs und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten." Hoffentlich entwickelt sich aus solchen häufigen Besprechungen etwas, das man als „Vertrauenskommission" im wahren Sinne des Wortes bezeichnen kann.

[3] Kautsky, Schwierigkeiten der Sozialisierung, im „Kampf" vom 19. Juli 1919.



Schwierigkeiten standhielt, auf die man erst in der Praxis stieß, denen der Konstrukteur nicht von vornherein Rechnung tragen konnte." Jede neue Maschine habe „eine Periode des Lehrgelds zu überwinden, die mit jedem Fortschritt verknüpft ist, mag er noch so vorteilhaft und erfolgreich sein". Darum gehört Mut zur Einführung neuer Arbeitsmethoden. Mut ist aber eine höchst individuelle Eigenschaft. Mutige Handlungen sind Einzelhandlungen!

Anderseits ist jeder Fortschritt nicht nur mit Lehrgeld, sondern auch mit Reibungen und Nachteilen verbunden. Und diese Nachteile, die in der Natur des Fortschritts liegen, treffen leider zum großen Teil den Arbeiter. Sie stehen für den Arbeiter im Vordergrund. Die Arbeiter sehen somit statt den in der Zukunft liegenden dauernden Nutzen den vorübergehenden Nachteil in der Gegenwart. Wenn man daher den Arbeiter mitbeteiligt an der Entscheidung, ob technische Neuerungen zur Einführung gebracht werden sollen, dann entsteht die Gefahr, daß der vorübergehende Nachteil den dauernden Fortschritt verhindert, d. h. Stagnation eintritt, wie sie in der Zeit der verfallenden Zunftverfassung das deutsche Wirtschaftsleben aus ähnlichem Grunde befallen hat[1].

Anders dagegen ist die Frage, ob der Betriebsrat nicht gerade darum, weil die Nachteile die Arbeiterschaft treffen, an der Durchführung einer beschlossenen Neuerung zu beteiligen ist. Allerdings muß man sich klar sein, daß auch hier das Arbeiterinteresse nicht immer ausschlaggebend ist. Das Tempo der Durchführung wird sehr oft herrisch durch den internationalen Wettbewerb vorgeschrieben, auf den sorgsam zu achten auch das Interesse des Arbeiters gebietet. Aber bei der Durchführung so weit wie möglich auf die betroffenen Arbeiter Rücksicht zu nehmen, gehört sicherlich in den Tätigkeitskreis der Betriebsräte. In dieser Beschränkung kann ihre Teilnahme segensreich wirken.

Wenn aber der Unternehmer auch weiter die Verantwortung für die Einführung neuer Arbeitsmethoden wird tragen müssen, dann

---

[1] Der Gesetzgeber hofft den Gefahren dadurch begegnen zu können, daß er als die Aufgabe des Betriebsrats in § 66 Nr. 8 bezeichnet hat, an der Einführung neuer Arbeitsmethoden „fördernd mitzuarbeiten". Damit soll jeder Widerstand gegen technische und organisatorische Fortschritte ausgeschlossen werden. Leider ist nur zu befürchten, daß darüber, was als „fördernd" anzusehen ist, große Meinungsverschiedenheiten sich entwickeln werden. Diese Einschränkung zeigt wohl eine Einsicht in die vorliegenden Gefahren, reicht aber nicht aus, sie zu beseitigen.

muß er auch die Freiheit haben, die Maßregeln ergreifen zu können, die ihm für die Einführung nötig zu sein scheinen. Das heißt: er muß sich die Mitarbeiter wählen können, die ihm geeignet erscheinen. Da er allein das Ziel genau kennt, kann auch er allein den Weg richtig ausfindig machen. Dabei kann er sich natürlich auch irren. Trotz guter Menschenkenntnis wird er manchen, der sich als ungeeignet erweist, alsbald wieder entlassen müssen. Dem Unternehmer darf also im Interesse des Ganzen die Freiheit nicht genommen werden, sich die ihm geeignet dünkenden Menschen auszuwählen und sie innerhalb einer Probezeit auch wieder zu entlassen[1]. Bei Entlassungen bereits erprobter und bewährter Kräfte liegt das anders. Da kann die Mitwirkung eines Vertrauensausschusses in Frage kommen, wie es verschiedentlich bereits bisher der Fall war[2].

Das sind die wichtigsten Bestimmungen, die in bezug auf den Wirkungskreis der Betriebsräte in Betracht kommen. Aber Bestimmungen allein reichen natürlich nicht aus. Hauptvoraussetzung für ein segensreiches Wirken ist es vielmehr, daß sich die Arbeiterschaft

[1] Die Verhandlungen haben zu einer grundsätzlichen Ablehnung der unmittelbaren Mitwirkung der Arbeiter bei den Einstellungen geführt, und zwar haben die bayerischen Erfahrungen mit den Betriebsräten dazu entscheidend beigetragen. Der Vertreter der Zentrumspartei, Schwarzer, hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Januar 1920 mit Nachdruck erklärt: „Gerichtsnotorisch ist weitgehend — und wir erleben es noch alle Tage —, daß viele Betriebsräte dieses Mitbestimmungsrecht, das ganz gut gemeint war, zugunsten ihrer Parteirichtung und ihrer Genossen direkt mißbrauchen." Darum ist im § 81 Absatz 4 ausdrücklich bestimmt worden, daß „über die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Aufsicht des Arbeiterrats oder Angestelltenrats zu entscheiden" hat. Allerdings soll der Betriebsrat mit dem Unternehmer „Richtlinien über die Einstellung von Arbeitnehmern", für die einige „Vorschriften" gegeben werden (§ 81 Absatz 1), vereinbaren (§ 78 Nr. 8) und „im Rahmen dieser Richtlinien" hat der Unternehmer die Einstellungen vorzunehmen. Wird gegen die vereinbarten Richtlinien verstoßen, so kann der Arbeiterrat oder Angestelltenrat Einspruch erheben, was zunächst zu Verhandlungen des Arbeiter- oder Angestelltenrats mit dem Arbeitgeber führt und, wenn sie keine Einigung erzielen, zu einem Schlichtungsverfahren.

[2] Bei Entlassungen können die Arbeiter in vier im § 84 aufgezählten Fällen Einspruch erheben, indem sie den Arbeiter- oder Angestelltenrat anrufen. Wenn ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich herausbildet, sind diese Bestimmungen unbedenklich, können sie sogar als Sicherheitsventil segensreich wirken. Wenn es jedoch an gegenseitigem Vertrauen fehlt, werden sie zu einer ständigen Quelle von Streitigkeiten werden und den Beteiligten wie der Gesamtheit schweren Schaden zufügen.



auch auf den Boden des Gesetzes stellt und ernstlich eine gemeinsame Förderung der gemeinsamen Interessen erstrebt[1]. Das ist aber nur zum Teil der Fall[2]. Die Hauptvoraussetzung muß erst geschaffen werden. In letzter Linie handelt es sich daher nicht um eine Aufgabe der Gesetzgebung, sondern um eine Aufgabe der Erziehung. Diese mehr und mehr sich verbreitende Erkenntnis, daß es der Geist

---

[1] Aus dieser Erkenntnis heraus ist der § 68 in das Gesetz hineingekommen. Er lautet: „Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat dahin zu wirken, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gesamtinteresse schädigen." Aber das sind machtlose Worte, ein frommer Wunsch ohne praktische Bedeutung.

[2] Die Kommunistische Partei Deutschlands hat auf ihrem ersten Parteitag verlangt, daß die Betriebsräte „in allen Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis des Arbeiters und des Angestellten zum Unternehmer betreffen, selbständig nach Anhören des Unternehmers (!) entscheiden" und „die Kontrolle über den Produktions- und Geschäftsbetrieb des Unternehmers ausüben". Lauffenberg geht in seiner Rede „Was ist Sozialisierung?" (1919) S. 12 hierüber sogar noch hinaus, indem er ausführt: „Aufgabe der Räte ist die Ausschaltung und Beseitigung der Funktionen der Kapitalisten. Von einzelnen Seiten wird befürwortet, die Räte sollten sich auf eine bloße Kontrolle der Betriebe nach der sozialen, technischen und kaufmännischen Seite beschränken. Bloße Kontrolle ... kann keinesfalls auf die Dauer genügen. Mehr und mehr müssen die Räte die ganze Verwaltung der Betriebe in die Hand nehmen." Aus einer ähnlichen Auffassung heraus wird Däumig nicht müde, den Arbeitern zuzurufen: „Schafft Euch jetzt Leute in die Betriebsräte, die Kontrolle und Mitbestimmungsrecht verlangen, dann wird jeder Betrieb Brandherd der sozialen Revolution werden."

Andererseits haben die Unabhängigen die Gesetzesvorlage mit äußerster Heftigkeit bekämpft. Ihr Vertreter Geyer hat sie in der Nationalversammlung am 14. Januar 1920 als „Spottgeburt" bezeichnet; die „Freiheit" sieht in der Mitarbeit an ihr „einen offenen Verrat an den Interessen der Arbeiter und an den Errungenschaften der Revolution". Wichtiger ist, daß man auch in den Kreisen der Mehrheitssozialisten sich keineswegs allgemein auf den Boden des Gesetzes stellt. Die erwähnten 30 Groß-Berliner Massenversammlungen vom 17. September 1919 sahen im Betriebsrätegesetz nur „den ersten Schritt, um das Wirtschaftsleben zu demokratisieren". Auch der „Vorwärts" wünscht, daß die Betriebsräte „in stetiger Weiterentwicklung dem Sozialismus den Weg ebnen".

So erklärt es sich, daß es auch in sozialistischen Kreisen an Besorgnissen nicht gefehlt hat. Anfangs haben die Gewerkschaften aufs schärfste gegen die Betriebsräte Stellung genommen; in ihrem Korrespondenzblatt wurde die Befürchtung ausgesprochen, sie würden „die Betriebe in fortwährender Unruhe halten". Auch von anderer Seite betonte man die Gefahr, daß sie sich zu „syndikalistischen Organen" entwickeln würden, zu „Organisationen der Organisationslosen, in denen entweder der Kommunismus oder die gelbe Gewerkschaft herrschen". Besonders Kaliski warnte vor ihnen; sie würden zu „Instrumenten der Schikane und anderen Störungen für die Produktion werden".

ist, der lebendig macht, ist unter allen Wandlungen der letzten Monate die eigenartigste und bedeutsamste. Immer allgemeiner sieht man ein, daß die wahre Lösung nur „in den Menschen selbst" liegt. Dabei handelt es sich nicht etwa nur um die große Zahl von Mitgliedern der Betriebsräte [1], mit denen in Zukunft zu rechnen sein wird [2]. Die Erziehungsaufgabe ist viel umfassender. Lange ist sie schon vernachlässigt worden. Der Unternehmer hat sich ihr nicht genügend gewidmet, aber vor allem hat die Überschätzung der rein wirtschaftlichen Faktoren, die den Marxismus kennzeichnet, auch bei den Arbeitern zu einer Vernachlässigung der Erziehungsaufgabe geführt. Das macht sich heute um so schlimmer fühlbar, als hinfort auch die Disziplin, die für jeden Großbetrieb auf die Dauer unentbehrlich ist und bisher überwiegend aus der militärischen Organisation als fertiges Erziehungsprodukt übernommen wurde, auf dem Boden der Wirtschaft herangebildet werden muß [3]. Unternehmer und Arbeiter selbst müssen sie entwickeln [4]. Da ist der Anfang unendlich schwer und es ist die Schicksalsfrage unseres Volkes, ob die Selbsterziehung ausreichen oder der strenge Erzieher bitterster Not doch noch unvermeidlich sein wird.

Diese Erkenntnis, daß es schließlich auf den Menschen ankommt, erstreckt sich aber über diese Einzelfrage hinaus auf das ganze Gebiet des Sozialismus. Was Adolf Wagner uns schon immer lehrte, daß die Verwirklichung des Sozialismus wesensandere Menschen fordere, das beginnt man heute im Kreise der Sozialisten selbst schmerzlich

---

[1] Vögler hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Januar 1920 ihre Gesamtzahl auf 5—600 000 geschätzt.

[2] Fränkel (Die soziale Bedeutung des Betriebsrätegesetzes, a. a. O.) schreibt: „Die Organisationen werden keine Ausgaben scheuen dürfen, um die Vertrauensmänner in allen Wissenszweigen — es sind deren nicht wenige — so zu unterrichten, daß sie ihrer schweren Aufgabe gerecht zu werden vermögen ... Die Heranbildung der Vertrauensmänner wird um so wichtiger sein, weil sie nicht bloß allen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen sollen, sondern sich auch die Achtung und das Vertrauen der Betriebsinhaber erringen müssen." Dem hohen Streben, das in diesen Ausführungen zum Ausdruck kommt, kann man Achtung nicht versagen. Leider aber ist nicht Alles lehrbar und lernbar. Die Schule des Lebens kann durch die schönsten Kurse nicht ersetzt werden.

[3] Vgl. meinen Aufsatz „Unternehmertum und Sozialismus", a. a. O. S. 23.

[4] Lenin hat in einer Rede im Kongreß der Volkswirtschaftsräte am 14. (27.) Mai 1918 gesagt: „Die schwierigste der uns bevorstehenden Aufgabe ist die Einführung der Arbeitsdisziplin". Vgl. Kaplun-Kogan, Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki, 1919, S. 10.

zu erkennen. Wilbrandt, der begeisterte Vorkämpfer des Sozialismus, steht nicht allein, wenn er heute die bange Frage aufwirft[1]: „Ist die Seele reif für den Sozialismus? Ist der Seelenzustand des deutschen Volkes ein solcher, daß sozialisiert werden kann, ohne daß nachher alles — Wilbrandt sperrt dies ‚alles' — zusammenbricht." Und wie sein Buch ungewollt die ganze geistige Wirrnis unserer Tage widerspiegelt, so ist vielleicht für die Krisis im Sozialismus nichts bezeichnender als der Satz, mit dem er sein Buch schließt: „Der Sozialismus wird, wenn jemals verwirklicht, als Gesellschaftsbedürfnis pflegen, was heute gepredigt, doch in der Welt fremd ist: das Christentum."

---

[1] Wilbrandt, a. a. O. S. 327.

Bolschewismus und Marxismus

Von Dr. Wilhelm Mautner-Amsterdam

Inhaltsverzeichnis: Einleitung: Die Wiederherstellung des wahren Marxismus S. 29—33. — I. Entstehung und Untergang des Staates S. 34—39. — II. Staat und Revolution S. 39—44. — III. Der Weg der sozialen Revolution S. 44—49. — IV. Die Zerstörung der Staatsmaschine S. 49—54. — V. Die Mittel der Zerstörung des alten (bürgerlichen) und die Schaffung des neuen (proletarischen) Staates S. 54—59. — VI. Die Diktatur des Proletariats S. 60—66. — VII. Die Form der neuen Gesellschaft S. 66—72. — VIII. Die Voraussetzungen der sozialen Revolution S. 72—79.

Angesichts der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen „des Marxismus gefunden haben"[1], der Versuche, die großen Revolutionäre Marx und Engels nach ihrem Tode „zu unschädlichen Gottesbildern zu machen"[1], gegenüber „dieser Verflachung des Marxismus durch die Opportunisten", — wozu nicht nur Bernstein, sondern auch Kautsky gerechnet werden — gilt es, „die wahre Lehre des Marxismus vom Staat wiederherzustellen"[1]; aber nicht nur die vom Staat. So tritt der Bolschewismus mit der Behauptung und dem Anspruch auf, der einzig wahre Marxismus zu sein, jener Marxismus, der allein dem revolutionären Denker Marx entspricht und den die heutigen Auch-Marxisten, zu Konzessionen an die kapitalistische Welt- und Wirtschaftsordnung nur allzubereit, vergessen, entstellt und verfälscht haben.

Diese von den ersten Führern des Bolschewismus aufgestellte Behauptung wird nicht nur von ihren Anhängern kritiklos übernommen, sondern ebenso bereitwillig auch von jenen, die mit der Verurteilung des Bolschewismus auch den Marxismus zu treffen meinen und ersteren daher gern als äußerste Konsequenz des letzteren darstellen. Nicht weniger unkritisch wird diese These vielfach von jenen abgelehnt, die dadurch den Marxismus in der öffentlichen Meinung „retten" zu müssen glauben. So bewegen sich beide, Gegner wie Anhänger dieser Anschauung, auf dem gleichen Boden gefühlsmäßig bestimmter Stellungnahme, die nur verwirrend, nicht klärend zu wirken vermag; und daß auch andere Opportunitätsgründe die so dringend notwendige kritische Untersuchung dieses Problems wohl nur äußerst mangelhaft zu ersetzen vermögen, wird ruhig ausgesprochen

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 5.

werden dürfen. Namentlich einer von diesen Gründen scheint, bewußt oder unbewußt, bei den bolschewistischen Verkündern der Behauptung „Bolschewismus ist Marxismus" nicht zu fehlen. Der Gedanke, den jedem denkenden Arbeiter ehrwürdigen und auch für den weniger denkenden mit einem fast mystischen Glanze verklärten Namen Karl Marx' parteimäßig in dem Sinne auszunutzen, daß die eigene Ansicht als die Marx' ausgegeben wird, liegt nur zu nahe. So erscheint es notwendig, die bolschewistische Behauptung kritisch nachzuprüfen und zu versuchen, das Verhältnis des Bolschewismus zum Marxismus, mag es nun das der Identität, der Verwandtschaft oder des Gegensatzes sein, an Hand der Schriften Marx' und jener der bolschewistischen Theoretiker aufzuhellen. Diese Ähnlichkeiten und Gegensätze der wichtigsten bolschewistischen und marxistischen Gedankengänge nachzuweisen, ist Aufgabe dieser Ausführungen[1].

Sie können sich auf einige, und zwar die wichtigsten, Anschauungen um so eher beschränken, als ein großer Teil der marxistischen Lehren überhaupt von der bolschewistischen Theorie nicht behandelt, sondern als unbestreitbare Wahrheit, als Axiom, auf dem weitergebaut werden kann und muß, übernommen wird. So etwa ist kaum je von der Marxschen Wert- und Mehrwertlehre die Rede; die Konzentrations- und Ausbeutungstheorie werden einfach als der Diskussion nicht mehr bedürftige Lehrsätze angesehen usw.

Die Punkte aber, die zu einer Stellungnahme Anlaß geben, weil in ihnen der Bolschewismus auch vordem als „orthodox-marxistisch" angesehene Führer von der wahren Lehre Marx' abweichen sieht, lassen sich auf drei zurückführen: Staat, Revolution und künftige Gesellschaft (und das Verhältnis des Sozialismus zu ihnen). Daneben wird selbstverständlich noch den Voraussetzungen der möglichen Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung eingehendere Erörterung gewidmet, da ja nur von diesen aus die Entwicklung, welchen Gang immer sie gehen möge, begriffen zu werden vermag.

Noch muß hier vorausschickend bemerkt werden, daß auch die bolschewistische Theorie nicht durchaus einheitlich aufgebaut ist. Vielmehr lassen sich die Schwankungen, die die bolschewistische Praxis kennzeichnen, deutlich auch in den Schriften der Parteitheoretiker ver-

[1] Eingehender habe ich die Frage des Verhältnisses der bolschewistischen zur marxistischen Theorie zu untersuchen und zu lösen versucht in meinem unter der Presse befindlichen Buche „Der Bolschewismus. Voraussetzungen, Geschichte, Theorie. Zugleich eine Untersuchung seines Verhältnisses zum Marxismus."

folgen. Will man nun zu einer gerechten Würdigung der bolschewistischen Lehre gelangen (und nur mit dieser, nicht mit der Praxis hat es die vorliegende Arbeit zu tun), so wird sie vor allem in der Gestalt geprüft werden müssen, wie sie sich aus den Schriften ihrer Bekenner in erster Reinheit ergibt, unbeeinflußt von der Gestaltung, die die Wirklichkeit ihr später aufzwang.

Eine Bestimmung des Begriffes „Bolschewismus" ergibt, daß darunter heute dreierlei verstanden werden muß, drei Begriffe also, die weder in den theoretischen Erörterungen noch im politischen Tageskampfe mit der wünschenswerten Deutlichkeit auseinandergehalten werden, und die das eine Wort umfaßt.

1. Bolschewismus als Kommunismus. Die bolschewistische Partei nennt sich selbst „kommunistische", teils um den Namen jener wieder aufleben zu lassen, an deren Spitze Marx stand, als er das Kommunistische Manifest, „das Evangelium der jetzigen Revolution bis auf den heutigen Tag"[1], schrieb, teils um durch den Namen bereits den Gegensatz zu den seitherigen sozialistischen Parteien darzutun.

2. Der Bolschewismus als Methode, dieses Ziel zu erreichen, Bolschewismus nicht als Kommunismus, sondern als „Weg zum Kommunismus"[2].

3. Die dieser Methode anhaftenden und aus ihr hervorgehenden Ungeheuerlichkeiten. Sie sind es vor allem, die dem Bolschewismus Feinde machen, auch dort, wo seine Lehre nicht gekannt ist.

Wissenschaftlicher Behandlung, soweit sie nicht psychologische Forschung sein will, sind natürlich nur die erste und zweite Bedeutung zugänglich. Für die vorliegende Untersuchung ist aber auch das Problem des Kommunismus als solches auszuscheiden, mag man ihn nun dem Sozialismus gleichsetzen, wie es die Wissenschaft der letzten Jahrzente vielfach tat[3], oder sie unterscheiden, wie es früher in der „bürgerlichen" Wissenschaft geschah und wie es jetzt der Bolschewismus tut, der als Sozialismus ein Stadium nicht restloser Erfüllung kommunistischer Ideale bezeichnet. Denn einmal greift die Erörterung des Sozialismus oder Kommunismus über den Rahmen dieser Arbeit hinaus, und zum andern ist das Ziel, dem der Sozialismus marxistischer Prägung und der Kommunismus zustreben, dasselbe: die — in

[1] Bucharin, Programm der Kommunisten, S. 67 (Ausgabe „Die Soziale Revolution").

[2] Max Adler, „Arbeiterzeitung", Wien, 2. April 1919.

[3] Gruenberg, Art. „Sozialismus und Kommunismus", Wörterbuch der Volkswirtschaft, Bd. II, S. 828.

ihrem Ausbau freilich nicht immer eindeutig vorgestellte — klassen- und wohl auch staatslose Gesellschaft.

So bleibt für die Untersuchung des Verhältnisses von Marxismus und Bolschewismus vor allem die zweite Bedeutung des Wortes übrig: der Bolschewismus als Methode. Hier, und vor allem hier, behauptet er die Identität mit dem wahren Marxismus, und Lenin versucht, für diese Behauptung den Beweis zu erbringen in seiner für die ganze bolschewistische Theorie grundlegenden Schrift „Staat und Revolution". Mit ungewöhnlichem Aufwande grübelnden Scharfsinns unternimmt er es, „die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution"[1] klarzustellen und Marx' Ansichten hierüber zu entwickeln, sie der gewollten und ungewollten Unkenntnis, die darüber herrscht, zu entreißen.

Marx hat kein Werk hinterlassen, das seine endgültige und wohlerwogene Stellungnahme zum Problem des Staates und der Revolution enthielte, und auch die bisherige marxistische Theorie hatte es unterlassen, eine einheitliche Darstellung von Marx' Anschauungen zu diesem Gegenstande zu geben. Lenin versucht dies. Ja, mehr als das. Auf ihr aufbauend, will er die marxistische Theorie in diesem Punkte zu einem System ausbauen und festigen. Die Frage spitzt sich nun dahin zu, ob ihm dies gelungen ist oder ob dieser Gedankenbau, zwar aus marxistischen Bausteinen aufgeführt, nicht durch seinen Schöpfer soviel Eigenart aufgedrückt erhielt, um als neue Lehre gelten zu müssen.

Lenin muß das Material zu diesem Bau aus den über eine Zeitspanne von etwa vierzig Jahren zerstreuten gelegentlichen Äußerungen Marx-Engels' zu gewinnen versuchen. Darin allein steckt schon etwas Mißliches. Denn es läßt sich von Anfang an annehmen, daß diese Äußerungen nicht stets gleichleibend sein werden, daß auch Marx, ein Lernender und Lehrender sein Leben lang, zu verschiedenen Zeiten sich verschieden zu diesen Fragen äußerte. Lenin hält sich, um hier eine einheitliche Richtung im Denken Marx' aufzuzeigen, vor allem an den „echten", d. h. den revolutionären Marx, namentlich — doch nicht ausschließlich — der Jugendjahre.

Das Fehlen einer systematischen Darstellung des Verhältnisses des Proletariats zu Staat und Revolution besagt nun freilich nicht, daß Marx an dem Problem „Staat" etwa achtlos vorübergegangen wäre. Es war vielmehr sein Plan, den vierten Teil jenes un-

[1] Untertitel seines Buches.

geheuren Werkes, das zu schaffen er als seine Lebensaufgabe ansah und von dem die drei Bände des „Kapital" nur den ersten bilden[1], eben dieser Frage zu widmen. Die Sorge um das tägliche Brot, Krankheit, Erlahmen der Schaffenskraft, ein zu früher Tod haben diesen Plan trotz treuer Freundeshilfe unausgeführt gelassen.

Wenn daher Marx' Anschauungen und ihre Darstellung durch Lenin nachgeprüft werden sollen, so muß auf die erwähnten vereinzelten Äußerungen zurückgegriffen werden. Die Gefahr, nach dem Satze zu handeln: „Im Auslegen seid frisch und munter, legt ihr's nicht aus, so legt was unter", ist bei einem Thema, das leicht finden läßt, was man finden will, nur zu beträchtlich. Ein besonderer Umstand vergrößert sie. Das ist die bereits angedeutete, von sozialistischen und nichtsozialistischen Schriftstellern aufgezeigte Gegensätzlichkeit der Persönlichkeit Marx, der sich auch seine Lehre nicht immer entziehen kann. Oftmals ist sie so ausgelegt worden, als habe der gereifte, der Gelehrte Marx evolutionär, der jugendliche, der Stürmer Marx, revolutionär empfunden und gesprochen. Gewiß ist etwas Wahres daran und Marx selbst muß es empfunden haben; so in seiner Äußerung zu Engels: „Aber die gemütlichen delusions und der fast kindliche Enthusiasmus, mit dem wir vor Februar 1848 die Revolutionsära begrüßten, sind zum Teufel. Zudem wissen wir jetzt, welche Rolle die Dummheit in Revolutionen spielt und wie sie von Lumpen exploitiert werden"[2]. Zutreffender aber scheint, daß Marx, der nüchtern und enthusiastisch empfinden konnte, oft unter den Eindrücken des Tages stand und so in gärenden Zeiten revolutionärer, in anderen ruhiger dachte. Doch darf darüber nicht die Einheit des Menschen und des Werkes übersehen werden. Sie gelangt auch in den verstreuten Äußerungen über das hier zu behandelnde Problem schließlich zum Durchbruch. Und sind sie vorwiegend Gelegenheitsäußerungen, Tagesschriften und Briefen entstammend, wo das einzelne Wort nicht so genau gewogen wird, so muß um so höhere Bedeutung jenen Äußerungen beigelegt werden, wo Marx gewissermaßen „ex kathedra" sprach. Nicht eine einzige Äußerung darf daher zur Grundlage eines Systems genommen werden, sondern nur ihre Gesamtheit.

---

[1] Brief Marx' an Engels vom 2. April 1858. Briefwechsel, Bd. II, S. 265.

[2] Ebenda vom 13. Februar 1863. Bd. III, S. 116. Vgl. dazu die ganz ähnlichen Äußerungen in den Briefen vom 9. April 1863 und 6. Mai 1868 (Bd. III, S. 127 und Bd. IV, S. 46); der letztgenannte von Engels an Marx.

I

Dieses ist nun, nach Lenin, die Auffassung Marx' von Staat, Revolution und künftiger Gesellschaft. „Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze" [1] und er ist „ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen" (der ökonomisch schwächeren) „Klasse durch die andere" (die ökonomisch herrschende). Diese Ansicht Marx' werde in doppelter Hinsicht verfälscht: einmal von jenen, die „Marx so zurechtstutzen, daß der Staat als Organ der Klassenversöhnung erscheint" [2], zum andern von jenen, die wohl seine Eigenschaft als Organ der Klassenherrschaft zugeben, aber vertuschen, daß die Befreiung der geknechteten Klassen ohne gewaltsame Revolution und ohne „Beseitigung des Apparates der Staatsgewalt der herrschenden Klasse" [3] unmöglich ist.

Und der Gang dieser Befreiung stellt sich also dar: Als Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung sei der Staat mit ihrem Verschwinden auch selbst zum Verschwinden verurteilt, und der Weg der Entwicklung werde der sein, daß auf den bürgerlichen Staat der proletarische, der „kein eigentlicher Staat" mehr sei, folge, der, aber nicht etwa in der Form der Demokratie, sondern in der der Diktatur des Proletariats den Sozialismus (als unterschieden vom Kommunismus) verwirklichen werde [4]. Auf eine erste werde eine zweite Phase der sozialistischen Gesellschaft, die des vollkommenen Kommunismus, folgen, in der dann gelten werde: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen. Der Übergang des bürgerlichen in den proletarischen Staat erheische das Zerbrechen der Staatsmaschine. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft werde aber langsam und unmerklich in die zweite übergehen können.

Dieser Grundgedanke dürfte — Einzelheiten seien hier zunächst außer acht gelassen — als im wesentlichen mit der marxistischen Auffassung übereinstimmend angesehen werden. Mit aller Schärfe aber offenbart sich ein Gegensatz zu ihr, wo die Formen und Einzelheiten des Überganges zu der sozialistischen Gesellschaft zu bestimmen, die Voraussetzungen für ihr Kommen, die Mittel für ihre Durch-

---

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 6.

[2] Ebenda S. 7. [3] Ebenda S. 8.

[4] An anderen Stellen wird, worauf noch zurückzukommen sein wird, der Versuch gemacht, die Diktatur als die „Demokratie der Ausgebeuteten, der Armen usw." erscheinen zu lassen.

führung anzugeben sind. Erleichtert wird diese Abweichung durch die unklare Anwendung der auch bei Marx nicht immer mit der erwünschten Schärfe gebrauchten Begriffe „Staat und Revolution", „soziale Revolution" usw.

Das Entstehung des Staates nach der marxistischen Auffassung hat Engels in seinem Buche „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" geschildert, daselbst auch den Begriff des Staates festgestellt[1]. Ihm ist der Staat „die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft, der in allen mustergültigen Perioden ausnahmslos der Staat der herrschenden Klasse ist und in allen Fällen wesentlich Maschine zur Niederhaltung der unterdrückten, ausgebeuteten Klasse bleibt".

Der Staat ist also „Klassenstaat"[2]. Während er aber für Engels wesentlich Maschine zur Niederhaltung ..." bleibt, ist er für Lenin nur das. Das scheint nur ein quantitativer, unbedeutender Unterschied zu sein, verdient aber insofern Beachtung, als Lenins ganze Theorie und Darstellung des Staates eben auf dem Gedanken von dem nur unterdrückenden Staate fußt. Wie weit hier das russische Vorbild, das Staat und Despotismus gleichsetzen lehrte, auf diese Auffassung eingewirkt hat, muß ununtersucht bleiben, und es sei nur erwähnt, daß man in diesem Punkte wie anderwärts im Bolschewismus Erscheinungen und Anschauungen begegnet, die eine Erklärung nur durch den Hinweis auf das Milieu, in dem seine Führer aufwuchsen, zuzulassen scheinen.

Daß und welche andere Funktionen Engels dem Staate zuschrieb, geht aus folgenden Worten hervor: „Der Staat hat zwar im großen und ganzen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihm innewohnenden, d. h. ihm allein übertragenen und allmählich weiter entwickelten relativen Selbstständigkeit wieder auf die Bedingungen und den Gang der Produktion[3]."

Die Behauptung, als ob der Staat von Marx-Engels als Organ der Klassenversöhnung angesehen wurde, kann hier ausgeschaltet werden; sie scheint uns in ihren Schriften keine Stütze zu finden, es sei denn, daß man etwa die Worte Engels' von der „Gesell-

[1] Engels, Ursprung, S. 177/8.

[2] Dies ist er auch in der Auffassung des orthodoxen Marxismus; vgl. Kautsky, Entwurf des neuen Parteiprogrammes. „Neue Zeit", Jahrgang 9, Bd. II, S. 727.

[3] „Sozialdemokrat", Berlin 1895, Nr. 44.

schaft, zusammengefaßt im Staate"[1], dahin ausdeuten will. Ihr wahrer Sinn geht aber aus dem Satz im „Anti-Dühring" unzweifelhaft hervor: „Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft; aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat[2]."

Vielleicht mag diese Auffassung vom Staate als Organ der Klassenversöhnung dadurch entstanden sein, daß die dialektische Entwicklung des Staatsbegriffs eine Vereinigung von Thesis (herrschende Klasse) und Antithesis (beherrschte Klasse) zu einer Synthesis (Staat) notwendig zu machen schien. Und so hat es tatsächlich nicht an Stimmen gefehlt, die in Marx einen „Staatssozialisten" sehen wollten, eine Auffassung, in der sich so verschiedene Denker, wie einerseits Nieuwenhuis und Bakunin, dem Marx „der glühendste Anhänger des Staatskommunismus ist"[3], anderseits Philippovich, der auch der Sozialdemokratie staatssozialistischen Charakter zuschreibt[4], begegnen.

Doch das russische Vorbild mag noch anders gelehrt haben als die Auffassung des Staates als Despotismus: die wissenschaftliche Anwendung jener naiven Auffassung, die im Staat nur den Gendarmen und den Steuerexekutor, den Soldaten und den Beamten sieht, jene menschlichen Organe der Exekutivgewalt, und die so Staat und Staatsmaschine, Staat und Staatsapparat gleichsetzt, eine Auffassung, die bei Lenin fortdauernd wiederkehrt und gegen die sich Marx, namentlich in den höhnenden Worten des Gothabriefes so entschieden gewendet hat[5]. Dies ist ein zweiter, dem ersten verwandter Unterschied in der vom Marxismus abweichenden Auffassung des Bolschewismus vom Staat.

Als Produkt der Klassengegensätze wird dieser Staat mit ihnen verschwinden. Wie wird sich dies vollziehen? In der bisherigen Marx-Literatur waren Engels' Worte, vom „Absterben" und „Aufheben" des Staats, wie Lenin hervorhebt, dahin gedeutet worden, daß es sich um einen Gegensatz gegen die von den Anarchisten ge-

---

[1] Engels, Ursprung, Vorrede, S. VIII. (16. Aufl.)

[2] Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzun usw., S. 302. (3. Aufl.)

[3] Brief Bakunins an Herzen vom 28. Oktober 1869, zitiert bei Mehring, Karl Marx, S. 430.

[4] Philippovich, Grundriß der Politischen Ökonomie, Bd. I, S. 478. (11. Aufl.)

[5] Vgl. Lenin, Staat und Revolution, S. 23, 56. Marx, „Neue Zeit", Jahrgang 9, Bd. I, S. 565.

forderte „Abschaffung“ des Staates handle, also um ein allmähliches gegenüber einem jähen Ende des Staates, wogegen eingewendet werden müßte, daß Engels' Worte, daß „das Proletariat durch Übernahme der Staatsgewalt ‚auch den Staat als Staat‘ aufhebe“, sich nur auf den bürgerlichen Staat (durch die Revolution des Proletariats), die vom Absterben aber auf „die Überreste proletarischer Staatlichkeit“ [1] bezögen. Das „Absterben“, „Einschlafen“ des Staates beziehe sich auf die Zeit nach der sozialistischen Revolution, d. h. auf die Zeit nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, einer Zeit der auf die Diktatur folgenden vollkommenen Demokratie, welche erst als letzte Staatsform absterben werde.

Diese Auslegung erscheint geistreich, doch dürfte sie einer kritischen Untersuchung nicht Stand halten. Denn: Wenn wir uns bemühen, den Sinn der Engelsschen Worte richtig zu erfassen, dann können die Worte: „das Proletariat hebe den Staat als Staat auf“, doch nur den Sinn haben, daß sie sich auf jeden Staat, nicht nur auf eine spezifische Staatsform (den bürgerlichen Staat) beziehen, daß der Staat als solcher, als Institution aufgehoben wird. Das geht aus dem Wortlaut der ganzen Stelle hervor, wo es heißt: „Das Proletariat ergreift die Stadtsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat.“ Also: durch die Verwandlung der Produktionsmittel in Staatseigentum werden die Klassengegensätze aufgehoben und mit ihnen der Staat, der ja auf ihnen beruht, ihr Produkt ist und mit ihrem Fall und nur durch ihn aufgehoben werden kann. Das Mittel zur Herbeiführung dieser Beseitigung des Staates ist das Ergreifen der Staatsgewalt durch das Proletariat und dieses Ergreifen bedeutet die Umwandlung des „bürgerlichen“ Staates in einen „proletarischen“, aber noch nicht die Aufhebung der Institution Staat, des „Staates als Staat“. Das sagt auch mit aller Deutlichkeit das Kommunistische Manifest: „Wenn das Proletariat ... als herrschende Klasse ... die alten Produktionsverhältnisse ... die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt aufhebt“ [2], so auch damit „seine eigene Herrschaft als Klasse“, und jetzt „verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter“, d. h. der Staat als Staat verschwindet.

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 17.
[2] Marx-Engels, Kommunistisches Manifest, S. 45.

So kann sich die Umgestaltung des bürgerlichen in den proletarischen Staat freilich, wie Lenin sagt, nicht im Wege des Absterbens vollziehen, denn das, was abstirbt, ist, darin muß ihm beigepflichtet werden, der proletarische Staat; aber: nur dieser und kein anderer wird „aufgehoben" durch die auf die Verwandlung der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum beruhende Beseitigung der Klassengegensätze. Andernfalls müßte man, wenn das „Absterben des Staates" nicht dem „Aufheben", also dem restlosen Verschwinden gleichgehend wäre, folgern, daß der proletarische Staat, der auf den bürgerlichen folgen soll, überhaupt kein Staat mehr ist. Und in der Tat erscheint es notwendig, den Charakter dieses Staates etwas näher zu betrachten, zumal im Hinblick auf die später zu erörternde Frage, ob die kommunistische Gesellschaft ein Staat sein wird.

Gegen die Auffassung, daß der proletarische Staat kein „Staat" sein werde, sprechen aber nicht nur Engels' Worte, daß der Staat die Besitzergreifung der Produktionsmittel vornehmen werde, sondern auch die von Marx, nach denen dies durch einen Staat und zwar den des als „herrschende Klasse organisierten Proletariats"[1] erfolgen solle; schließlich und vor allem Lenin selbst, der diese Marxschen Worte wiederholt und unterstreicht[2]. Allerdings taucht der Einwand auf: Ist der Staat Resultat der Klassenherrschaft, dann ist der proletarische Staat, der Staat der proletarischen Diktatur, Staat kat'-exochen; da er aber stets Staat der ökonomisch (nicht nur politisch) herrschenden Klasse sein soll, als solche das Proletariat aber doch nicht gut angesprochen werden kann, so scheint die Möglichkeit der Existenz eines proletarischen „Staates" zu fehlen.

Dieser Unklarheit sucht Lenin dadurch zu entgehen, daß er den proletarischen Staat verschwommen einen „Halbstaat" nennt, was an Engels Worte, daß die Kommune „kein Staat im eigentlichen Sinne"[3] war, erinnert. Die Begründung für diese Auffassung gibt Lenin damit, daß er sagt, in diesem Staate unterdrücke nicht die Minorität die Majorität, sondern umgekehrt. Der Sinn der Worte Engels' ist aber wohl ein anderer. Ein Staat, der bewußt auf seinen eigenen Untergang hinarbeitet — und das tut der proletarische durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der auf ihm beruhenden Klassen —, ist von jedem anderen durch Selbst-

[1] Marx-Engels, Kommunistisches Manifest, S. 45.
[2] Lenin, Staat und Revolution, S. 23.
[3] Engels bei Bebel, Aus meinem Leben, Bd. II, S. 322.

verneinung statt Selbstbejahung grundverschieden, und er ist es auch darin, daß er eben Staat wohl der mächtigsten, aber nicht der ökonomisch herrschenden Klasse ist.

Und nur aus dieser unklaren und schwankenden Auffassung heraus kann Lenin denn eine Behauptung aufstellen wie die: „Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes, zu dem das Absterben einsetzen wird, keine Rede sein kann, um so mehr, als es sich selbstverständlich um einen Dauerprozeß handelt“[1]. Denn nach Marx wird dieser Zeitpunkt sehr genau bestimmt: durch den ersten Akt der Verstaatlichung. Dieser, der die Beseitigung des Privateigentums einleitet, bahnt die Aufhebung des auf ihm und seinen Folgen beruhenden Staates an. Daran ändert natürlich auch der Umstand nichts, daß es sich um einen Dauerprozeß handelt; auch der muß einen — und zwar den erwähnten — Anfangspunkt haben.

Also: letzte, höchste und zugleich verfallende Form des Staates wird der proletarische Staat sein, der auf den bürgerlichen folgt. Er wird durch sein Absterben den „Staat“ als „Staat“ aufheben. Der bürgerliche wird freilich bereits durch den proletarischen „aufgehoben“, nicht aber der Staat als Staat. Auch diese Unterscheidung mag unbedeutend erscheinen; sie gewinnt ihre Bedeutung aber durch die Folgerungen, die für dieses „Aufheben und Absterben“ gezogen werden.

II

Von der dialektischen Geschichtsauffassung Marx-Engels' ausgehend, erhält diese Forderung, daß auf den bürgerlichen ein proletarischer Staat folge, ihre weitere Begründung. Im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft bilden sich die Keime der sozialistischen; der bürgerliche Staat erzeugt sein dialektisches Gegenstück, den proletarischen; und beider höhere Vereinigung wird eine neue Form des Zusammenlebens sein, mag es nun „Staat“ in einem höheren Sinne oder staatslos sein.

Wie aber erfolgt dieses Aufheben des bürgerlichen Staates und wie das des Staates überhaupt? Durch ein Hineinwachsen in die neue Ordnung, durch eine gewaltsame Revolution oder eine Kette solcher? Für Lenin ist es nicht zweifelhaft, daß nur eine gewaltsame Beseitigung der alten Ordnung möglich sein wird, und er führt zur Unterstützung einige Stellen aus Marx-Engels an, die eine „wahre

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 77.

Lobpreisung"[1] der Gewalt darstellen. Zugegeben, daß diese Stellen recht eindrucksvoll sein mögen, den wahren Sinn Marx-Engels' wiederzugeben dürfen sie kaum beanspruchen. Der geht aus einer Reihe anderer Äußerungen hervor, die zusammengehalten ein getreues Bild der Marx-Engelschen Gedankengänge geben.

Die eine dieser Äußerungen — und die bekannteste — ist Engels' Vorrede vom 6. März 1895 zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich", kurz vor seinem Tode geschrieben. Sie setzt ihn fast dem Verdachte aus — gegen den er sich übrigens entschieden gewehrt hat —, ein „friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit um jeden Preis zu sein"[2]. So liegt die Behauptung, daß Engels „wohl ehedem ... sehr revolutionär empfand, die Unhaltbarkeit seines revolutionären Standpunktes erkannte und auch anerkannte", nahe, wird aber von Kautsky mit triftigen Argumenten widerlegt. Mag dem aber sein wie immer, so lassen Engels' Worte eine grundsätzliche Bevorzugung der „friedlichen" Methode unzweifelhaft hervortreten. Sie tritt aber als wahre Grundauffassung Engels' hervor, wenn man sie zusammenhält mit jenen Anschauungen, die er zur Zeit der Abfassung des kommunistischen Manifestes niederlegte.

Bekanntlich hatten Marx und Engels hierfür je einen Entwurf selbständig verfaßt. In dem von Engels werden in schlichten, der Katechismusform, in der sein Entwurf gehalten ist, angepaßten Sätzen die für das Proletariat wesentlichsten Fragen erörtert. Und da wird auch die Frage: Wird die Aufhebung des Privateigentums auf friedlichem Wege möglich sein? gestellt und so beantwortet: „Es wäre zu wünschen, daß dies geschehen könnte und die Kommunisten wären gewiß die letzten, die sich dagegen auflehnen würden ... Sie sehen aber auch, daß die Entwicklung des Proletariats in fast allen zivilisierten Ländern gewaltsam unterdrückt, und daß hierdurch von den Gegnern der Kommunisten auf eine Revolution mit aller Macht hingearbeitet wird. Wird hierdurch das unterdrückte Proletariat zuletzt in eine Revolution hineingejagt, so werden die Kommunisten ebenso gut mit der Tat, wie jetzt mit dem Wort die Sache der Proletarier verteidigen"[3]. Daraus geht wohl deutlich hervor, daß der alte wie der junge Engels den Weg der nicht gewaltsamen Revolution lieber beschritten sah, als den der Gewalt. Die wollte er nur, wenn anders

---

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 19.

[2] „Neue Zeit", Jahrgang 27, Bd. I, S. 7 ff.

[3] Engels, Grundsätze des Kommunismus, S. 23.

die Befreiung des Proletariats nicht zu erreichen wäre. Dann, aber auch nur dann, fordert er sie. Will eine Lehre, die Gewalt fordert, sich also auf Marx-Engels berufen, so müßte sie erst den Nachweis erbringen, daß die Befreiung des Proletariats auf anderem Wege unmöglich ist.

Bevor die Auffassung Marx-Engels hierüber erörtert wird, wenden wir uns der Auffassung des Bolschewismus von der Revolution zu. Für ihn ist nur die Revolution wirklich Revolution, wo die „Gewalt als Geburtshelferin der neuen Gesellschaft" auftritt, um das berühmte Wort Marx' auch hier anzuwenden. Doch sind die Begriffe „gewaltsam und ungesetzlich", „friedlich und gesetzlich" wohl zu scheiden[1], und auch Gewaltsamkeit ist mit Gewalt durchaus nicht identisch. Für den Bolschewismus ist die Revolution „Revolution im Heugabelsinne", wie dies Lassalle einmal nannte, nur die Anwendung rücksichtslosester physischer Gewalt: „Die Revolution diskutiert nicht mit ihren Feinden, sie zerschmettert sie"[2]. Diese einseitige Auffassung des Begriffes der Revolution führt zu weiteren wichtigen Unterschieden hinsichtlich ihrer Rolle.

Marx-Engels sahen die Revolution mit zunehmender Zivilisation immer unblutiger werden: „In demselben Maße, in welchem das Proletariat sozialistische und kommunistische Elemente in sich aufnimmt, genau in demselben Verhältnis, wird die Revolution an Blutvergießen, Rache und Wut abnehmen"[3]. Und: „Wäre es überhaupt möglich, das ganze Proletariat kommunistisch zu machen, ehe der Kampf ausbricht, so würde er sehr friedlich verlaufen ... Ich glaube indes, daß bis zum Ausbruch des ganz offenen direkten Krieges der Armen gegen die Reichen ... sich wenigstens soviel Klarheit über die soziale Frage im Proletariat verbreiten wird, daß mit Hilfe der Ereignisse die kommunistische Partei imstande sein wird, das brutale Element der Revolution auf die Dauer zu überwinden[3]." Nur nebenbei sei angemerkt, wie sehr diese Äußerung mit den vorerwähnten über die Bevorzugung der friedlichen gegenüber den gewaltsamen Mitteln übereinstimmt. Das sind Worte des jungen, des „revolutionären" Engels, Worte eines Zwei- oder Dreiundzwanzigjährigen!

---

[1] Vgl. Kautsky, Soziale Revolution, S. 8.
[2] Radek, Die Diktatur des Proletariats, S. 25.
[3] Engels, Lage der arbeitenden Klassen in England, S. 299 ff.

Anders denkt der Bolschewismus. Ihm wird nicht nur der Klassenkampf unbedingt physischer Kampf, er wird ihm sogar Bürgerkrieg im brutalsten Sinne des Wortes. So heißt es: „In Wirklichkeit hat der Klassenkampf stets und unvermeidlich die Form des Bürgerkriegs angenommen, und der Bürgerkrieg ist undenkbar sowohl ohne Zerstörungen der schlimmsten Art, wie auch ohne Terror und Einschränkungen der formalen Demokratie[1]." Oder: „Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten[2]." Erst war diese Ansicht von Lenin mehr als Forderung, dann als historisches Gesetz aufgestellt worden; bei den Jüngeren ist sie nur solches: „Die Unglücklichen schrecken uns mit dem Bürgerkrieg. Meinen sie, daß in anderen entwickelteren Ländern die sozialistische Revolution ohne Bürgerkrieg von statten gehen wird? ... Tausende niedergeschossener finnischer Genossen sind der beste Beweis, daß der Bürgerkrieg in den entwickelten kapitalistischen Ländern noch heftiger, noch grausamer sein wird. Man kann voraussehen, daß zum Beispiel in Deutschland der Klassenkrieg außerordentlich erbittert sein wird ... Nur durch den Bürgerkrieg und die eiserne Diktatur des Proletariats kann man zur kommunistischen genossenschaftlichen Produktion gelangen[3]. Und so sagt Radek schließlich mit Worten, deren Vorzug zwar nicht logische Schärfe, aber große Deutlichkeit ist, was für den Bolschewismus Revolution ist: „Die Revolution besteht eben darin, daß sie ein Bürgerkrieg ist[4]." Das Urteil darüber, wie weit diese Auffassung sich als marxistisch bezeichnen darf, muß Anhängern und Gegnern der marxistischen Lehre überlassen bleiben.

Weitere Unterschiede der bolschewistischen und der marxistischen Lehre haben sich hiermit herausgestellt: die Verschiedenheit der Ansicht über die grundsätzliche Bevorzugung friedlicher oder gewaltsamer Mittel; die über die Revolution im allgemeinen und über ihren Charakter in Zeiten zunehmender kultureller Entwicklung im besonderen.

War bisher nur von der Revolution schlechthin die Rede, so sei

---

[1] Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter. „Aktion" 1918, S. 672.
[2] Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 164.
[3] Bucharin, Programm der Kommunisten, S. 66/67.
[4] Radek, a. a. O. S. 25.

nun auf die Frage eingegangen, was „soziale“ Revolution für Marx und Engels ist.

Für Marx ist „soziale Revolution“ die „durch Veränderung der ökonomischen Grundlagen bewirkte, langsamere oder raschere Umwälzung des ganzen ungeheuren juristischen und politischen Überbaues der Gesellschaft“[1]. Das Verhältnis der sozialen zur politischen Revolution wird dann dahin zu bestimmen sein, daß wohl jede soziale Revolution eine politische sein muß (Umwälzung des ganzen juristischen und *politischen* Überbaues“), nicht aber auch jede politische eine soziale. Jene ist vielmehr, wie Kautsky ausführt, „die Eroberung der Staatsgewalt durch eine neue Klasse“[2]. Man könnte nun bei dem engen Verwachsensein ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Macht nahezu jede politische Revolution, da sie in der Regel von einer nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch unterdrückten Klasse ausgeht, als soziale ansprechen, und gerade die große französische Revolution könnte hierfür als Beispiel dienen. Und sie war wohl auch eine „soziale Revolution“ für ihre Zeit. Aber *die* soziale Revolution im Marxschen Sinne war sie nicht. In ihr tritt ein — zwar vorhandenes — Element nicht genügend deutlich in Erscheinung: „die Umwälzung des ganzen *juristischen* Überbaues“. Für diesen aber gibt die juristische Kategorie „Eigentum“ den auf die kürzeste Formel gebrachten Ausdruck, und da hierunter wieder das bürgerliche Privateigentum als der „letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte“[3] anzusprechen ist, so muß sich die vollkommene soziale Revolution als eine durchgreifende Umwälzung in den Eigentumsverhältnissen — unter unseren Verhältnissen als Übergang von Privat- zu Kollektiveigentum — darstellen. Dies oder eine für die damalige Zeit gleichbedeutende Umwälzung brachte die französische Revolution nicht, da sie, wenngleich „das Feudaleigentum zugunsten des bürgerlichen Eigentums abschaffend“[4], doch das Prinzip des Privateigentums unangetastet ließ. Erst in der Vollständigkeit dieser Umwälzung liegen aber Wesen und Bedeutung der *sozialen* Revolution; ist doch die „kommunistische Revolution das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen“[5].

---

[1] *Marx*, Kritik der politischen Ökonomie, S. LV.

[2] Soziale Revolution S. 8/9 und die weiteren hierauf bezüglichen Ausführungen in diesem Buche.

[3] Kommunistisches Manifest, S. 38.

[4] Ebenda.

[5] a. a. O. S. 44.

Es läßt sich annehmen, daß die von Marx und Engels als notwendig erachteten Mittel zur Durchführung der politischen und der sozialen Revolution als verschiedenen Zielen angepaßt voneinander verschieden sein werden. Der Bolschewismus aber spricht unterschiedslos nur von den der „Revolution" gemäßen Mitteln und Methoden.

III

Es fragt sich aber, wie sich diese Methode, dieser Weg oder diese Wege im einzelnen darstellen. Führt er, wenn die moderne Revolution durch das Proletariat durchgeführt wird — und nur mit diesem Fall ist nach Marx in den modernen Industriestaaten zu rechnen —, vom nichtdemokratischen Staatswesen weg zum demokratischen und über dieses zur sozialen Gemeinschaft durch immer weiteren Ausbau jenes oder ist das demokratische Staatswesen eine überflüssige Zwischenstufe?

Marx und Engels haben diesen Weg, und das übersieht mit Lenin die ganze bolschewistische Literatur, so deutlich und greifbar aufgezeigt, daß man sich nur wundern mag, daß ihre Anschauung gerade hierüber nicht von marxistischer Seite mit Berufung auf Marx widerlegt wurde. Es handelt sich eben um die **Verschiedenheit der der politischen und der sozialen Revolution angemessenen Mittel.**

Vor Erörterung dieser Wege und ihrer hier vorweggenommenen Ergebnisse: demokratisches Staatswesen als Ergebnis der politischen, sozialistisches Gemeinwesen als Ergebnis der sozialen Revolution, sei darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit dieser Wege von Marx-Engels natürlich als von gewissen ökonomischen Voraussetzungen abhängig gedacht war. Das ist für Anhänger des ökonomischen Materialismus eine platte Selbstverständlichkeit. Die Stellungnahme des Bolschewismus zu den dazu von Marx geäußerten Anschauungen wird später dargelegt werden.

Grundsätzlich wäre neben dem revolutionären Weg auch der reformistische möglich. Der ist aber für Marx-Engels wohl ausgeschlossen. Ihn aus ihren Schriften herauslesen wollen, ist vergebliches Bemühen. Vielmehr stellt sich ihnen der Weg, den sie von Jugend auf wiesen, folgendermaßen dar: „Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe, wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisherrschaft;

Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat"[1] und „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie"[2], worunter natürlich das demokratische Staatswesen zu verstehen ist (denn nur in einem Staatswesen kann es eine herrschende Klasse geben und umgekehrt). Die weiteren Worte des Kommunistischen Manifestes, daß das Proletariat „durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie seine Herrschaft begründet"[3], zeigen, daß es sich bei der Erkämpfung der Demokratie um wirklichen Kampf handelt, dessen Ziel eben das demokratische Staatswesen ist. Und so beantwortet auch der Engelssche Katechismus die dort gestellte Frage: „Welchen Entwicklungsgang wird die Revolution nehmen?" folgendermaßen: „Sie wird vor allen Dingen eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen"[4]. Diese und andere Äußerungen, von denen nur noch die des ganz jungen Engels in seinem Brief vom 23. Oktober 1846 an das Brüsseler Komitee über die Absichten der Kommunisten hervorgehoben sei: „... kein anderes Mittel zur Durchführung dieser Absichten anzuerkennen als die gewaltsame demokratische Revolution"[5], lassen wohl unzweideutig erkennen, daß sich Marx-Engels als Ziel der politischen Revolution die Erkämpfung eines demokratischen Staatswesens vorgestellt haben und zwar die wahrscheinlich gewaltsame Erkämpfung, was natürlich nichts über die grundsätzliche Bevorzugung dieser oder der friedlichen Methode aussagt.

Dieser Standpunkt ist auch durchaus zu verstehen: Marx' und Engels' Erfahrungen zeigten ihnen — und die seitherigen haben es bestätigt —, daß die demokratische Staatsform oder wenigstens die Grundlagen dazu, kaum je ohne Gewaltsamkeit errungen worden sind. Begreiflich. Hier stehen den unterdrückten die herrschenden Klassen im Besitze aller Machtmittel des Staates gegenüber, und gutwilliger Selbstverzicht wird von dem, der über alle Macht verfügt, kaum erwartet werden können. Die Demokratie muß abgetrotzt werden.

Von dieser Erkenntnis der Marx-Engelsschen Auffassung über die politische Revolution und ihr Ergebnis ausgehend, ist weiter zu fragen: Bedeutet oder gewährleistet für Marx-Engels die demokratische

[1] Kommunistisches Manifest, S. 38.
[2] Ebenda S. 44. [3] Ebenda S. 36.
[4] Engels, Grundsätze, S. 24.
[5] Marx-Engels, Briefwechsel, Bd. I, S. 42.

Republik bereits die Herrschaft des Proletariats, und wenn ja: Ist anzunehmen, daß der Übergang des Privateigentums an den Produktionsmitteln in Kollektiveigentum, also das, was die politische Revolution zur sozialen macht, auch „gewaltsam", mit Mitteln physischer Gewalt vor sich gehen wird?

Die erste dieser beiden Fragen erscheint durch die Worte im Kommunistischen Manifest und mehr noch jene im Katechismus (Herstellung einer „demokratischen Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats") bejaht zu werden. Volle Klarheit über diesen Punkt vermag aber nur die Darlegung der Marx-Engelsschen Stellungnahme zur demokratischen Republik zu geben.

Sich auf ein Engelssches Zitat stützend[1], behauptet Lenin: „Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Umhüllung des Kapitalismus" und daß „daher das Kapital, nachdem es . . . von dieser besten Umhüllung Besitz ergriffen hat, seine Macht derart sicher und fest begründet, daß kein Wechsel der Personen, Behörden oder Parteien diese Macht in der demokratischen Republik zu erschüttern vermag"[2]. Und mit ihm und schärfer noch als er, sagt Radek: „Sie (die bisherige Demokratie) ist konkret genommen nichts anderes als die Herrschaft des Kapitals, das so stark ist, so verankert in den Anschauungen der Volksmassen, daß es sich den Luxus erlauben kann, ihnen die Freiheit zu gewähren, über Staatsangelegenheiten zu reden[3]" und die „moderne Demokratie ist" nichts anderes als „eine Kulisse der Kapitalherrschaft"[3].

Für die bolschewistische Theorie ist also die demokratische Republik nur eine andere Form der Unterdrückung (wieder spielt der Gedanke, sie ist Staat und daher nur Unterdrückung, mit hinein), und einen anderen Vorzug als den, „eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenknechtung" und somit „eine gigantische Erleichterung im Kampfe für die Beseitigung der Klassen überhaupt" zu sein, gesteht Lenin ihr nicht zu. So kann denn auch für ihn die demokratische Republik bestenfalls der nächste Weg zur Diktatur, nicht Staatsform dieser selbst sein und, merkwürdig genug, beruft er sich zur Stütze dieser Anschauung auf Engels' Worte: „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die

[1] Engels, Ursprung, S. 181.
[2] Lenin, Staat und Revolution, S. 13.
[3] Radek, Diktatur, S. 24.

Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik[1]."

Unbefangen geprüft, erscheinen diese Worte freilich anderen Sinn zu haben, nämlich den, daß die demokratische Republik die Staatsform sein wird, unter der das Proletariat seine Herrschaft üben, die Bourgeoisie endgültig beseitigen wird. Der auf den von Lenin zitierten Satz Engels' unmittelbar folgende (von Lenin aber verschwiegene) erhärtet dies zur Gewißheit: „Diese (die demokratische Republik) ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat"[2].

Und nur mit dieser Auffassung in Einklang zu bringen, aber sie auch unterstützend, sind die Worte Engels', daß die demokratische Republik „die höchste Staatsform ... ist, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden kann"[3].

So erscheint denn, mag im übrigen die demokratische Republik eine Form sein, in die ein sehr verschiedener Inhalt gegossen werden kann — daher die verschieden klingenden Urteile Engels'[4] — die demokratische Republik als die spezifische Form der Diktatur des Proletariats, und Kautsky hat in klarer und einwandfreier Weise den Marx-Engelsschen Gedanken wiedergegeben, als er schrieb: „Wir können unter der Diktatur des Proletariats nichts anderes verstehen, als seine Herrschaft auf der Grundlage der Demokratie[5]."

So stellt sich die Erkämpfung der demokratischen Republik nicht nur zwecks, sondern auch als Durchführung der proletarischen Diktatur als weiterer Schritt auf dem Wege der sozialen Revolution nach Marx-Engels heraus.

Die Erörterung der Rolle der demokratischen Republik bei Marx und Lenin ist natürlich unzertrennlich von dem Problem der Demokratie überhaupt und des Verhältnisses der Diktatur zu ihr.

Zweierlei ist nun unter „Demokratie" zu verstehen: Der Ge-

---

[1] Engels, Kritik des Erfurter Programms. „Neue Zeit", Jahrgang 20, Bd. I, S. 11. [2] Ebenda.

[3] Engels, Ursprung, S. 181.

[4] So im Briefe Engels' an Marx vom 15. November 1862. Briefwechsel, Bd. III, S. 98, wo der Wert der bürgerlich demokratischen Republik besprochen wird.

[5] Kautsky, Diktatur oder Demokratie, S. 38.

danke der Demokratie, der „Demokratismus“ [1], wie es Steffen nennt, und die Staatsform, in der der Gedanke Wirklichkeit gewinnen soll. Sie wird um so mehr diesen Namen verdienen, je mehr sich in ihr der Demokratismus durchsetzt. Der Demokratismus läßt als Gedanke, als platonische Idee, keine Teilung zu. Er ist oder ist nicht. Besonders deutlich wird dies, wenn wir das Wort übersetzen: Volksherrschaft. Herrschaft des Volkes, unterschiedslos, des ganzen Volkes (soweit gewisse natürliche Voraussetzungen gegeben sind), daher es denn auch keine „Demokratie der Mehrheit und der Minderheit, der Reichen und der Armen usw.“ geben kann. Demokratismus im politischen Sinn ist eben, wie Steffen sagt: „Volkssouveränetät“ [2]. Nur die Verwirklichung der Idee kann vollkommener oder unvollkommener erreicht werden.

Lenin ist diese Scheidung von Demokratie als Gedanken und ihn verwirklichende Staatsform wohlbekannt [3]. Allein um den Gedanken der Diktatur als Staatsform mit dem des Demokratismus zu versöhnen, wird mit unklaren Begriffen gearbeitet, wird die „Demokratie der Mehrheit“ erfunden, dann darauf hingewiesen, daß „volle Demokratie“ unmöglich sei, man sich also mit jener begnügen müsse. An anderer Stelle aber wird von der „Heuchelei der formalen Demokratie“ [4] gesprochen, der gegenüber der Staat der Sowjets die wahrhafte Demokratie verkörpert, und aus all diesen Äußerungen ist schließlich vor allem das eine klar, daß dem Gedanken der vielgeschmähten Demokratie doch Konzessionen gemacht werden, was sich besonders in dem Bemühen verrät, nachzuweisen, daß der Bolschewismus die Mehrheit des Volkes hinter sich habe [5]. Auf der einen Seite also das aristokratische (und syndikalistische) Wort „Mehrheit ist Unsinn“, auf der anderen das Streben, nachzuweisen, daß man eben diese Mehrheit hinter sich habe.

Und zwischen der Ansicht jener, die eine proletarische Bewegung als „Bewegung der ungeheuren Mehrheit“ fordern und jenen, die von der Demokratie überhaupt nichts wissen wollen, versucht Trotzki die Brücke zu schlagen: „Als Marxisten sind wir nie Anhänger der formalen Demokratie gewesen [6].“ Allerdings ist es gerade wieder

---

[1] Steffen, Das Problem der Demokratie, passim.

[2] Ebenda S. 120.

[3] Lenin, Staat und Revolution, S. 94.

[4] Lenin, Brief an die amerikanischen Arbeiter, S. 677.

[5] Lenin, Nächste Aufgaben der Sowjetmacht, S. 6 und 7,

[6] Trotzki, Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Frieden, S. 95.

Trotzki, der die Überlegenheit der Demokratie prinzipiell zugestand: „Er (Kautsky) bewies, daß für die arbeitende Klasse die Beibehaltung der Grundlagen demokratischen Aufbaues letzten Endes stets von Nutzen sei. Im großen und ganzen ist dies natürlich richtig. ... Wenn es letzten Endes für das Proletariat vorteilhaft sei, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in die Rahmen demokratischer Institutionen zu leiten, so bedeutet das noch keineswegs, daß die Geschichte dem Proletariat immer eine solche Kombination ermöglicht[1]." Ganz läßt sich eben die lange Schulung im Geiste des Marxismus nicht verleugnen, und dieser forderte, wie nachgewiesen werden soll, Demokratie stets und überall.

IV

Die vollständige Demokratie, die aber als Endziel aufgestellt wird, erscheint nur auf dem Wege des Ausbaues der proletarischen Demokratie möglich. Darin sind sich Marxismus und Bolschewismus wohl einig. Eine glatte Überführung der bürgerlichen in die endgültige wahrhafte Demokratie wird für unmöglich gehalten. Dafür ist vielmehr Zerstörung der Staatsmaschinerie Voraussetzung und Bedingung. Aber, von ähnlichen Grundsätzen ausgehend, weicht der Bolschewismus wieder in den zu ihrer Verwirklichung dienenden Maßnahmen vom Marxismus ab.

Marx hat nicht ausdrücklich gesagt, was unter „Staatsapparat, Staatsmaschine usw." zu verstehen ist, hat nur Beispiele dafür gebracht. Nach diesen wird angenommen werden dürfen, daß er vor allem die äußeren Machtmittel der Exekutivgewalt darunter verstanden wissen wollte.

Staat aber darf mit dieser oder mit jenen nicht gleichgesetzt werden, so wenig politische und öffentliche Gewalt für Marx zusammenfallen. Letztere wird es auch im sozialistischen Gemeinwesen geben („die öffentliche Gewalt verliert den politischen Charakter")[2]. So bedeutet denn auch „Zerstörung der Staatsmaschinerie" nicht etwa Vernichtung des ganzen Staates oder der ganzen Staatsgewalt, sondern nur die Vernichtung der politischen Gewalt des bürgerlichen Staates. Daß es sich nur um ein Zerstören in diesem Sinne handelt, erhellt nicht nur aus Marx' Worten in seinem

[1] Trotzki, a. a. O. S. 95.

[2] Kommunistisches Manifest, S. 45.

Brief an Dr. Kugelmann: „... daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bureaukratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen“ [1], sondern besonders klar auch aus denen Engels'; daß nur die „unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, Polizei, Bureaukratie ... fallen solle“ [2]. „Die Kommune mußte gleich von vornhinein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften konnte mit der alten Staatsmaschine [2].“

In Marx' Worten „die bureaukratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen“ ist nach Lenin kurz ausgedrückt, „die Hauptlehre des Marxismus zur Frage über die Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten“ [3]. Aber dies bringt nicht klar zum Ausdruck, daß es sich nicht nur um ein Zerstören, vielmehr auch um ein Ersetzen handelt. (Lenin vermeidet dieses Mißverständnis wohl, doch liegt es bei der starken Betonung der endgültigen Abschaffung des Staates für den mit dieser Frage weniger Vertrauten nicht ferne, und dies mag, trotz der scharfen Polemik, die Lenin gegen die Anarchisten führt, manche Anziehung auf anarchistisch gesinnte Kreise ausgeübt haben.) So soll die Revolution nicht darin bestehen, „daß eine neue Klasse das Kommando übernimmt und mit Hilfe der alten Staatsmaschine die Herrschaft übt, sondern darin, daß diese neue Klasse die alte Maschine zerstört und mit Hilfe einer neuen Maschine leitet und verwaltet“ [4]. All das wird als im ganzen mit Marx' Auffassung übereinstimmend angesehen werden können, und wieder offenbart sich, daß die bolschewistische Lehre zwar vielfach auf marxistische Grundlagen aufgebaut ist, aber und namentlich in den aus ihnen gezogenen und zu ziehenden Folgerungen von ihnen abweicht [5].

So auch hier. Marx hatte in dem erwähnten Briefe an Dr. Kugelmann dieses Zerbrechen der bureaukratisch-militärischen

[1] „Neue Zeit“, Jahrgang 20, Bd. I, S. 709.

[2] Engels, Vorrede zu Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, Ausgabe „Die Aktion“, S. 14.

[3] Lenin, Staat und Revolution, S. 34.

[4] Ebenda S. 109.

[5] Ausgenommen bei dem Problem Diktatur oder Demokratie und der Frage der ökonomischen Voraussetzungen und der Durchführung der sozialen Revolution, die freilich die Kernpunkte der Diskussion abgeben, wo nicht einmal dies der Fall ist.

Maschine als die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent" bezeichnet[1] und damit offenbar das Anwendungsgebiet dieser Notwendigkeit eingeschränkt. Lenin legt dies nun dahin aus, daß Marx 1871 so schreiben konnte und durfte, weil England damals „noch das Muster eines rein kapitalistischen Staates ohne Militarismus und in hohem Grade ohne Bureaukratie war"[2]. Diese Auslegung scheint auf den ersten Blick manches für sich zu haben, doch zeigen andere Schriften und Äußerungen Marx', daß ihm eine ganz andere Begründung vorschwebte, als er diesen Satz niederschrieb[3].

Der wahre Grund war vielmehr, daß Marx-Engels in England ein freiheitliches Staatswesen erblickten, eine Demokratie, und die Ansicht vertraten, daß in einer solchen und von einer solchen aus ein Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsordnung ohne Gewaltsamkeit durchaus möglich sei, im Gegensatz zu anderen Staaten, die im Absolutismus oder einer andern das Volk bedrückenderen Regierungsform verharrten; denn sie unterschieden in „ihrer Politik" scharf „zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Staaten", wie Kautsky betont und nachweist[4].

Die Begründung dieser Auffassung läßt sich unschwer erbringen: Schon in seinem Katechismus hatte Engels gesagt, „daß die Revolution . . . eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen werde. Direkt in England, wo die Proletarier schon die Majorität des Volkes ausmachen, indirekt in Frankreich und Deutschland", wo dies noch nicht der Fall war. Und 1872, nach dem Schluß des Haager Kongresses der Internationale (2.—7. September 1872), also nur wenig über ein Jahr nach der Niederschrift des Briefes an Kugelmann (12. April 1871), führt Marx in einer Volksversammlung in Amsterdam aus: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die neue Organisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrecht erhält . . . Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das

---

[1] „Neue Zeit", Jahrgang 20, Bd. I, S. 709.

[2] Lenin, Staat und Revolution, S. 34.

[3] Vgl. zu dem ganzen folgenden Kautsky, Diktatur des Proletariats und Demokratie oder Diktatur.

[4] Ebenda S. 11.

Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England und, wenn ich eure Einrichtungen besser kennte, würde ich vielleicht hinzufügen, Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zu ihrem Ziel gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall [1]."

In den Worten: „Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien," liegt nur die grundsätzliche Anerkennung der Gangbarkeit eines solchen Weges; die Aufzählung der Länder, in denen Marx ihn für möglich hält, tut dar, daß es sich um solche handelt, wo die Demokratie mehr oder weniger weitgehend verwirklicht ist (und nicht um die größere oder geringere kapitalistische Entwicklung).

Jeder Zweifel an der Richtigkeit dieser Auslegung dürfte schwinden, wenn man sich Engels' 1891 geschriebene Sätze vor Augen hält: „Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen, in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig alles tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat, in demokratischen Republiken, wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England ... wo die Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist [2]."

Vergeblich versucht Lenin dies abzuschwächen durch die Worte: „Er (Engels) erkenne an, daß in Republiken oder in Ländern mit weitgehender Freiheit man sich vorstellen kann (bloß ‚vorstellen'!) eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus [3]." Denn Engels ergänzt seine obigen Sätze noch durch diese: „Aber das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich-friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft. Indessen kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung [4]." Und er fährt, nachdem er die Zustände in Deutschland und die Möglichkeit seiner Um-

---

[1] Zitiert bei Kautsky, Demokratie oder Diktatur, S. 10.
[2] Engels, Kritik des Erfurter Programmes, S. 10.
[3] Lenin, Staat und Revolution, S. 64.
[4] Engels, Kritik, S. 11.

wandlung in eine unteilbare Republik besprochen hat, fort: „Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft führen will[1]."

Diese Sätze tun nicht nur dar, wie Engels die Methode des Kampfes den Verhältnissen angepaßt wissen wollte, sondern auch, wie sehr ihm die demokratische Staatsverfassung die Möglichkeit der Herrschaft des Proletariats — bei entsprechender Schichtung der Bevölkerung — zu gewährleisten scheint. Damit ist unsere oben gestellte Frage beantwortet.

Die zitierte Stelle vom „friedlichen Hineinwachsen" zeigt auch, was Engels, der es liebte, die Dinge derb und deutlich auszusprechen, meinte, wenn er in seinem Brief an Kautsky von dem „Loshauen" auf das „frisch-fromm-fröhlich-freie ‚Hineinwachsen' der alten Sauerei in die sozialistische Gesellschaft"[2] sprach: die Vorstellung, daß dies unter jeder Staatsform geschehen könnte.

Die Wirklichkeit hat auch hier der Theorie des Bolschewismus eine neue Fassung aufgezwungen. Nicht Zerstörung und Neuaufbau und zwischen beiden ein Interregnum, sondern gleichzeitiges Einreißen und ersetzendes Neuaufbauen ist notwendig. Und in dieser Frage, wie in so mancher andern hat sich Engels' Wort, daß es die Ironie der Geschichte gewöhnlich, wenn Doktrinäre ans Ruder kommen, wolle, daß die einen wie die andern das Gegenteil von dem tun, was ihre Schuldoktrin vorschrieb[3], als prophetisch erwiesen. So werden die Marxschen Worte von der Zerstörung der Staatsmaschine bald in einer weniger phrasenhaften Anwendung, doch in einem der Wirklichkeit angemesseneren Sinn von Trotzki gebraucht. Er hat sie dahin ausgelegt, daß das Proletariat den Staatsapparat „gänzlich umbauen muß"[4], und so heißt es: „wenn wir . . . als Arbeiterklasse uns einfach des alten Apparates der Staatsgewalt nicht bemächtigen können, so bedeutet das keineswegs, daß wir ohne alle die Elemente, die den Bestand des alten Apparates der Staatsgewalt ausmachten, auskommen können. . . Nachdem sie zur Macht gekommen ist, muß sie den alten Staatsapparat als einen Apparat der Klassenunter-

---

[1] Engels, Kritik, S. 12.
[2] Ebenda S. 5.
[3] Engels, Vorwort zu Marx, Bürgerkrieg, S. 13.
[4] Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung, S. 7.

drückung betrachten. Aber sie muß gleichzeitig aus diesem Apparat alle qualifizierten Elemente, die für sie technisch notwendig sind, herausholen, sie an die richtige Stelle setzen und durch diese Elemente ihre proletarische Klassenmacht erhöhen"[1]. Und das Schicksal, das ihn an die Spitze des Volkskommissariats für militärische Angelegenheiten berufen hatte, zwang ihm die Erkenntnis auf: „Tatsächlich ... konnte das Kommissariat nicht umhin, sich auf jenen militärischen Apparat zu stützen, den es von der vorhergegangenen Epoche übernommen hatte[2]."

V

Als Mittel des Zerbrechens und Zerstörens finden wir bei Marx-Engels: Abschaffung der stehenden Heere und ihre Ersetzung durch das bewaffnete Volk; Beseitigung der Bürokratie durch Besetzung aller Staatsämter durch Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht und auf jederzeitigen Widerruf durch die Beteiligten; Besorgung des öffentlichen Dienstes für Arbeiterlohn und schließlich Ausgestaltung der Kommune nicht zu einer „parlamentarischen", sondern zu einer „arbeitenden" Körperschaft, einer zugleich gesetzgebenden und vollziehenden.

In der Durchführung dieser Maßnahmen, die sie zu verwirklichen verheißt, weicht nun wieder die bolschewistische Theorie und Praxis vollständig vom Marxismus ab. „Das erste Dekret der Kommune war ... die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk." Durch das Volk, das alle umfaßt; das ist keine gezwungene Auslegung, denn ausdrücklich heißt es bei Marx: „Paris konnte nur Widerstand leisten, weil es infolge der Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte[3]." Aus dieser Forderung der Volksbewaffnung macht Lenin die Bewaffnung nur des Proletariats (oder vielmehr nur der Anhänger der kommunistischen Partei) als des Vortruppes der Ausgebeuteten[4].

Die Besetzung aller Staatsämter durch Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht wird ersetzt durch Wahlen nach einem ausgeklügelten System, das einmal den bürgerlichen Einfluß und dann

---

[1] Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung, S. 7.
[2] Trotzki, Rote Armee, S. 3.
[3] Marx, Bürgerkrieg, S. 49.
[4] Lenin, Staat und Revolution, und anderwärts.

den des Landes ausschaltet oder schwächt zugunsten des Proletariats und der Stadt. So in der Jugendzeit des Bolschewismus. Dies, ja sogar die später geforderte (und geübte) Besetzung der wichtigsten Stellen durch Ernennung und Bekleidung der Ernannten mit diktatorischer Gewalt[1] soll dem Geiste des Marxismus entsprechen, jenes Marx, der gerade über die Kommune, die wieder Lenin als maßgeblichstes Vorbild hinstellt, geschrieben hatte: „... Nichts konnte dem Geiste der Kommune fremder sein, als das allgemeine Stimmrecht durch hierarchische Investitur zu ersetzen!“[2]

Die gleichartige Entlohnung für alle Beamten und Arbeiter hat der Bolschewismus längst wieder aufgegeben; damit hat er zweifellos besser nach dem Geiste als nach den Worten der Marxschen Lehre gehandelt. Denn: der proletarische Staat wird, als Staat der ökonomischen Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus trotz energischsten Strebens, den Sozialismus zu verwirklichen, in ökonomischer Beziehung ein Mischgebilde beider Wirtschaftsprinzipien darstellen müssen, in dem anfangs die kapitalistischen, später die sozialistischen Elemente überwiegen. In einer solchen müssen aber die Marxschen Preis- und Wertgesetze weitergelten, und ihnen entspricht nicht die gleiche Bezahlung bei ungleichen gesellschaftlichen Reproduktionskosten, die doch wohl noch auf lange vorliegen werden[3]. Diese gleichmäßige Bezahlung wird sonach mehr aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen denn als Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchung gefordert werden können. Nur wer die absolute Gleichwertigkeit aller Arbeit nicht nur in ethischer, sondern auch in praktischer Beziehung behaupten wollte, könnte dies vertreten. Marx tat dies, aber nicht für eine nahe Gegenwart, sondern für eine ferne Zukunft. Die Schrift Lenins aber sieht eine derartige Vereinfachung der staatsleitenden und verwaltenden Tätigkeit gegeben, heute schon gegeben, daß sie sich ihr in mechanische „Registrierung und Kontrolle“ so einfacher Art auflösen, daß sie von jedermann geleistet werden können; und so kann er auch die praktische Gleichwertigkeit der Arbeiten behaupten und demgemäß gleiche Entlohnung fordern. Doch auch in diesen Dingen hat der Bolschewismus bald „umlernen“ müssen.

Über die Frage der Möglichkeit und des Vorteils jederzeitiger Wähl- und Absetzbarkeit ist wenig zu sagen. Das sind heute viel-

---

[1] Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, passim.
[2] Marx, Bürgerkrieg, S. 51.
[3] Siehe Marx, Kapital, Bd. I, S. 126, 127 und 152 (Volksausgabe).

leicht zu wenig beachtete Fragen, aber Fragen, die nichts dem Marxismus allein Eigentümliches enthalten. Und ebenso wird die letzte hierhergehörige Forderung, die Umwandlung der parlamentarischen in arbeitende Körperschaften, zu beurteilen sein. Marx war kein übermäßiger Freund des Parlamentarismus und konnte es schwerlich sein, wenn man sich die gesetzgebenden Körperschaften ins Gedächtnis ruft, die er vor Augen hatte, und dazu seine ganze Geistesrichtung und sein Temperament hält. Damals wie später öfter fehlten die zwei Voraussetzungen, die Kautsky für das Gedeihen des Parlamentarismus aufstellt: „Eine starke einheitliche Majorität" und „ein großes soziales Ziel, dem diese Majorität energisch zustrebt" [1], und so ist Marx' bitteres und böses Wort vom „parlamentarischen Kretinismus" [2] zu werten, das den antiparlamentarischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung willkommene Stütze bot.

Mit der Erwähnung der Stellungnahme Marx' zum Parlamentarismus ist ein Punkt erreicht, der wieder zurückführt zu dem Thema Demokratie und Diktatur, das zwecks Erörterung der Frage der Staatsmaschine und ihrer Zerstörung verlassen worden war; zugleich aber haben wir es hier mit der vornehmsten Grundlage der Demokratie zu tun — mit dem allgemeinen Wahlrecht. Hier, wie in allen Fragen der praktischen Politik, trennt sich die bolschewistische Lehre wieder in augenfälligster Weise von der marxistischen und läßt die Wesensverschiedenheit beider besonders klar zutage treten.

Lenin beruft sich bei der Bildung seiner Vertretungskörperschaften auf das Vorbild der Kommune. Deren Bildung aber war, wie Marx schreibt, folgendermaßen erfolgt: „Die Kommune bildete sich aus den durch *allgemeines Stimmrecht* in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten... Ihre *Mehrzahl* bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse." Und: „Das *allgemeine Stimmrecht* sollte dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter ... auszusuchen [3]." Und Engels bekräftigt es: „Sie besetzte alle Stellen ... durch Wahl nach dem *allgemeinen Stimmrecht* der Beteiligten, und zwar auf

---

[1] *Kautsky*, Weg zur Macht, S. 47.

[2] *Marx*, Revolution und Konterrevolution, S. 107 und ganz ähnlich im Brief an Engels vom 27. Dezember 1863. Briefwechsel, Bd. III, S. 151.

[3] *Lenin* selbst zitiert diese Worte, S. 37 und 40.

jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten[1]." Demgemäß war auch ihre Zusammensetzung keineswegs derartig, daß politischen Gegnern die Teilnahme, sei es an der Wahl, sei es an der Vertretungskörperschaft, unmöglich gemacht war[2].

Ganz anders die bolschewistischen Schriften und die Sowjetverfassung, sowie die sich auf sie stützende praktische Politik. Da werden nicht nur die Bourgeois oder die „nicht Werktätigen" vom Wahlrecht ausgeschlossen[3], sondern sogar Beschlüsse auf Ausstoßung auf Grund dieses Wahlrechtes gewählter Rätemitglieder gefaßt, sofern sie mit den bolschewistischen Parteigrundsätzen nicht übereinstimmen. So dekretiert das Allrussische Zentral-Exekutivkomitee am 18. Mai 1918 nach Aufzählung der Gründe für diese Maßnahme: „Die Vertreter der sozialrevolutionären Partei (des rechten Flügels und des Zentrums) und der Menschiwiki werden ausgeschlossen; zugleich wird allen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten vorgeschlagen, die Vertreter dieser Fraktionen aus ihrer Mitte zu entfernen[4]."

Vielleicht ließ sich Lenin bei seiner Forderung, das allgemeine Wahlrecht durch ein Einklassenwahlrecht schlimmster Art zu ersetzen, durch das Urteil beeinflussen, das Engels einmal darüber aussprach: „Das allgemeine Wahlrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat[5]."

Doch hiergegen ist einzuwenden: erstens, daß Engels seine Worte auf den „heutigen", d. h. den bürgerlichen, nicht demokratischen Staat bezieht und nicht auf den proletarischen, demokratischen; zweitens, daß bei Lenins Bemerkung, Engels spreche hier „unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie"[6], Behauptung für Beweis steht. Engels' Buch erschien 1884, eine deutsche Sozialdemokratie gab es seit 1875[7]. Ganz anders

---

[1] Engels, Vorwort zu Marx, Bürgerkrieg, S. 15.

[2] Unter den 90 Mitgliedern der Kommune waren 21 Oppositionelle. Auch „Kapitalisten" gehörten ihr an. Von einem unter ihnen (Beslay) sagt Marx, daß ihn diese Eigenschaft „nicht verhinderte, ein aufopferndes Mitglied der Pariser Kommune zu sein". Bürgerkrieg, S. 35.

[3] Sowjetverfassung, Art. 64.

[4] Zitiert in dem — kommunistischen — Buche „Der Bolschewistische Staat" von Hans Berliner. Berlin 1919.

[5] Engels, Ursprung, S. 182.

[6] Lenin, Staat und Revolution, S. 13.

[7] Selbst wenn man die Erfahrung ihrer Vorläuferinnen im Norddeutschen Bund und im Reich hinzunimmt, standen solche erst seit 1869 zur Verfügung.

klingt denn auch, als die Erfahrungen älter geworden waren, als das allgemeine Wahlrecht in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes seine Schuldigkeit getan hatte, die Wertung, die ihm Engels zuteil werden läßt. So heißt es in der erwähnten Vorrede zu den „Klassenkämpfen": „Sie (die deutschen Arbeiter) haben ... ihren Genossen aller Länder eine neue, eine der schärfsten Waffen geliefert, indem sie ihnen gezeigt, wie man das allgemeine Stimmrecht gebraucht. Das allgemeine Stimmrecht hatte schon lange in Frankreich bestanden, war aber in Verruf gekommen durch den Mißbrauch, den die bonapartistische Regierung damit getrieben... Die Arbeiter der romanischen Länder hatten sich angewöhnt, das Stimmrecht als einen Fallstrick, als ein Instrument der Prellerei anzusehen. In Deutschland ist das anders. Schon das Kommunistische Manifest hatte die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Demokratie, als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamiert[1]." Das ist nichts anderes als die vertiefte und konsequente Fortführung des von dem französischen Parteiprogramm von Le Havre (1880), das unter der Mitwirkung von Marx, Engels, Guesde und Lafargue aufgestellt worden war, verkündeten Satzes: „Daß eine solche Organisation mit allen dem Proletariat zu Gebote stehenden Mitteln angestrebt werden muß, inbegriffen das allgemeine Stimmrecht, das so aus einem Mittel der Prellerei, das es bisher war, zu einem Mittel der Emanzipation wird (transformé ce moyen de duperie qu'il a été jusqu'ici en instrument d'émancipation)"[2].

Also: Mittel zur Emanzipation der Arbeiterklasse, das ist für Marx und Engels das allgemeine Wahlrecht; das lehren sie in sorgfältig erwogenen programmatischen Kundgebungen.

Nicht so erscheint es den bolschewistischen Führern. Da wird seine Verwerfung als demokratische Institution mit dem Argument begründet, „in der Klassengesellschaft beseitigen die demokratischen Institutionen nicht nur den Klassenkampf nicht, sondern sie verleihen den Klasseninteressen einen höchst unvollkommenen Ausdruck"[3]. Es ist, als hätte Marx diesen Einwurf vorausgesehen, und so erwidert er bereits sieben Dezennien früher: „Aber wenn das allgemeine Stimmrecht nicht die wundertätige Wünschelrute war, wofür republikanische Biedermänner es angesehen hatten, besaß es das

---

[1] S. 16. Interessant ist hier die Gleichstellung des allgemeinen Wahlrechts mit der Demokratie.

[2] Abgedruckt in „Neue Zeit", Jahrgang 9, Bd. II, S. 508.

[3] Trotzki, Oktoberrevolution, S. 93.

ungleich höhere Verdienst, den Klassenkampf zu entfesseln, die verschiedenen Mittelschichten der kleinbürgerlichen Gesellschaft ihre Illusionen und Enttäuschungen rasch durchleben zu lassen, sämtliche Funktionen der exploitierenden Klasse in einem Wurfe auf die Staatshöhe zu schleudern und ihnen so die trügerische Larve abzureißen" [1].

Aber Trotzki hält an seiner unmarxistischen Auffassung fest. In seiner Rede über die Rote Armee heißt es: „Wir leben nicht unter den Bedingungen des Regimes einer formalen Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts, das bestenfalls in einer Zeit von revolutionären Zusammenstößen einen Appell an die Arbeiterbevölkerung erlassen kann; nach diesem Appell würde die Hauptrolle immer noch dem materiellen Kräfteverhältnis der Klassen überlassen sein . . . Dies vermögen nur jämmerliche Doktrinäre des Kleinbürgertums nicht zu begreifen" [2]. Offenbar muß zu diesen auch Marx gerechnet werden, da er die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für den Klassenkampf mit diesen Worten zeichnet: „Der umfassende Widerspruch dieser Konstitution bestand darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht, sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen" [3].

Noch ein letztes Wort Marx', das klar erkennen läßt, was für ihn das Verwerfen des allgemeinen Wahlrechts bedeutet: „Die Bourgeoisie, indem sie das allgemeine Wahlrecht, mit dem sie sich bisher drapiert hatte, aus dem sie ihre Allmacht saugte, verwirft, gesteht unverhohlen: Unsere Diktatur hat bisher bestanden durch den Volkswillen, sie muß jetzt befestigt wider den Volkswillen" [4]. Was von der Diktatur der Bourgeoisie gilt, muß von jeder anderen gelten; und daß ein Marx die Diktatur der Arbeiterklasse wider den Volkswillen errichtet sehen wollte, das kann nur behaupten, wer sein Werk nicht kennt oder es nicht kennen will.

---

[1] Marx, Klassenkämpfe, S. 39/40.
[2] Trotzki, Rote Armee, S. 11.
[3] Marx, Klassenkämpfe, S. 52.
[4] Ebenda S. 97.

VI

Durch die angeführten Mittel soll der alte Staat zertrümmert, der neue aufgebaut werden. Während aber bei Marx Zerstörung und Aufbau Werk des ganzen Volkes sein sollen, als wirksamstes Werkzeug das allgemeine Wahlrecht dargestellt wird, kurz, all dies „Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit" sein muß, sieht der Bolschewismus diese Aufgabe nur dem Proletariat, dem „Vortrupp der Ausgebeuteten", ja in späteren Schriften nur dem „kommunistischen Proletariat" zufallen. Die Diktatur des Proletariats wird gefordert, aber in einer, dem marxistischen Gedanken durchaus widersprechenden Weise.

Denn: trotzdem mehr als einmal der Versuch unternommen wird, den Gedanken der Diktatur mit dem der Demokratie zu versöhnen (durch die Behauptung, daß man die Mehrheit des Volkes hinter sich habe und die Diktatur in ihrem Interesse übe), ist doch daran festzuhalten, daß die Diktatur eines „Vortrupps", einer Partei und ihre Ausübung durch Rechtloserklärung der der Partei Nichtangehörigen, gefordert uud als gerechtfertigt hingestellt wird. Die logische Fortführung dieses Gedankens aber fordert die Einschränkung der die Diktatur Übenden auf einen immer kleineren Kreis, auf die Diktatur immer kleinerer Minderheiten, ja Einzelner, während der Anwendungsbereich ein immer ausgedehnterer wird, vom politischen auf das ökonomische Gebiet, vom Staate auf die einzelne Fabrik übergreift.

A priori wäre hierzu bereits zu bemerken, daß es sonderbar und widerspruchsvoll erschiene, hätte Marx, dessen demokratische Neigungen, wie aus allen seinen Schriften, auch aus den oben gebrachten Belegstellen deutlich hervorgehen, dem Gedanken der Diktatur des Proletariats wirklich jene Gestalt gegeben, die sie in der bolschewistischen Lehre erhält. Marx *hat* die Diktatur des Proletariats gefordert, aber er forderte sie auf demokratischer Grundlage; die demokratische Republik ist ihm die spezifische Form dieser Diktatur und das allgemeine Stimmrecht die hierfür unerläßliche Voraussetzung. Es bedarf aber auch kaum eines anderen, als dieses Mittels, folgerichtig angewendet. Denn da in der Demokratie die Zahl das ausschlaggebende Moment ist, wird in ihr herrschen können, wer über sie verfügt, und so kann in der Demokratie die unumschränkte Herrschaft einer Partei bestehen, die über eine starke Mehrheit verfügt. Ist diese Partei eine Klassenpartei, dann wird eben dieser Klasse die

Herrschaft und die Regierung zufallen. Der Staatsapparat, auf den sie sich stützt und den sie handhabt, wird dann freilich den Forderungen des neuen Geistes gemäß umgestaltet werden müssen und um so gründlicher, je grundsätzlicher die Verschiedenheit der neuen von der alten Auffassung auf allen Gebieten gesellschaftlichen Lebens betont wird. Und so durfte Kautsky schreiben: „Die Diktatur war ihm (Marx) ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der Demokratie notwendig hervorgeht[1].“.

Es bleibt aber immer noch die Frage zu beantworten, ob überhaupt der Gedanke der Diktatur mit dem der Demokratie verträglich ist und ob die Ansicht, die das behauptet, nicht eine Art Taschenspielerkunststück vornimmt. Ist der Gedanke nicht an und für sich durchaus undemokratisch und daher unmarxistisch? Was Marx und Engels begrifflich unter der „Diktatur des Proletariats“ verstanden haben, ist bereits gesagt worden: die politische Übergangsperiode, die der revolutionären Umwandlung der kapitalistischen in die kommunistische Gesellschaft entspricht; oder, wie dies Kautsky zu einer Zeit, wo das Problem keineswegs ein aktuelles war, formulierte: „die politische Alleinherrschaft des Proletariats als der einzigen Form, in der es die politische Macht auszuüben vermag“[2].

Nun ist wohl zu beachten, daß der Gedanke von der Diktatur des Proletariats von Marx nicht erst 1875 im Gothabrief ausgesprochen wurde, also nach den Erfahrungen der Kommune, wie dies Lenin behauptet[3], und worin ihm offenbar auch Kautsky beipflichtet, der darauf hinweist, daß Marx diese Worte einmal und erst im Gothabrief gebraucht habe[4]. Marx hat diesem Gedanken vielmehr bereits in seiner Jugend Wort verliehen, und zwar in den Aufsätzen der „Neuen Rheinischen Zeitung“, die später zu der Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ zusammengefaßt wurden[5]. Hier gebraucht Marx eine Definition, die sich mit der ein Vierteljahrhundert später aufgestellten im Gothabrief fast wörtlich deckt: „. . . der revolutionäre Sozialismus, der Kommunismus . . . Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt

[1] Kautsky, Demokratie, S. 38.

[2] Kautsky, Weg zur Macht, S. 20.

[3] Lenin, Staat und Revolution, S. 23.

[4] Kautsky, Diktatur, S. 20 und 60.

[5] So spricht er von der Diktatur des Proletariats und der der Bourgeoisie auf S. 43, 69, 89, 92, 94.

zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen[1]." Also: Die Diktatur des Proletariats ist kein gelegentlicher Einfall von Marx, sondern eine von ihm zu verschiedenen, weit auseinander liegenden Zeitpunkten geäußerte Ansicht.

Aber diese Schrift, die nicht nur den Gedanken von der Diktatur des Proletariats zum erstenmal formuliert, gibt auch den Schlüssel zu dem Verständnis dessen, was Marx unter ihr verstand. Sie ist ihm, das geht nicht nur aus einzelnen Stellen dieser Schrift hervor, das Spiegelbild der Diktatur der Bourgeoisie, wie die Kommune nach Marx eben der Gegenpol des Kaiserreichs war[2]. Das ist ganz begreiflich. In diesen Jahren, in denen Marx dialektische Geschichtsauffassung in allen Schriften hervortrat, konnte für ihn der proletarische Staat als Gegenpol zum Bourgeoisstaat, nichts anders denn die Diktatur des Proletariats als Gegenbild jener der Bourgeoisie sein. Hatte sich ihm die Bourgeoisdiktatur etwa in Form der „konstitutionellen Republik" (eine Phrase der Jahre 1848/49) dargestellt, so die Diktatur des Proletariats als „soziale", als „demokratische" Republik. Nur das ganze Volk oder seine übergroße Mehrheit kann die Diktatur üben: „Es ist da freilich einzuwenden, daß das vrai peuple, einmal siegreich, selbst Diktator gewesen wäre[3]." Nur aus dieser dialektischen Gegenüberstellung scheint der Gedanke der Diktatur des Proletariats begreiflich, denn von Diktatur haben Marx-Engels auch bei anderen Gelegenheiten gesprochen: So, wie erwähnt, von der der Bourgeoisie, von der des Volkes, aber auch von der der Nationalversammlung[4]. Aber eben diese verschiedenen Subjekte der Diktatur weisen wieder darauf hin, was für Marx die Diktatur als solche im allgemeinen und die Diktatur einer einzelnen Klasse im besonderen bedeutete. Eine wie die andere, die Bourgeoisie- wie die Proletariats-Diktatur, ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr eine Klasse die „Allein"herrschaft auf die vorübergehende, der ökonomischen Umwandlung entsprechende Zeit innehat. Das bedeutet aber nicht die vollständige Rechtloserklärung, die Vogelfreistellung der

[1] Marx, Klassenkämpfe, S. 94.

[2] Marx, Bürgerkrieg, S. 48.

[3] Engels an Marx, Brief vom 11. Dezember 1851. Briefwechsel Bd. I, S. 276/7.

[4] Marx an Engels, Brief vom 9. Dezember 1851. Ebenda S. 274.

anderen Klasse. So wenig der Proletarier im Bourgeoisstaat nur Objekt, nicht Subjekt der Rechtsordnung sein konnte, so wenig der Bürger im Feudalstaate rechtloser Sklave war, kann dies der Bourgeois im proletarischen Staate sein; ja weniger noch, den geänderten Humanitätsidealen entsprechend. Diktatur einer Klasse bedeutet vielmehr, daß die Klasse, der sie zufiel, den allein maßgebenden, ausschlaggebenden Einfluß in dem ihr und ihren ökonomischen Zuständen gemäßen Staatswesen ausübt. Gebrauch und Umwandlung des Staatsapparates vor allem im Sinne ihrer Wünsche, zur Sicherung ihrer Herrschaft und ihrer ökonomischen Ziele. Und weiter: übt die Bourgeoisie ihre Diktatur durch das ihr eigentümliche Machtmittel, das wirtschaftliche, dann entspricht ihm die Waffe der Zahl als die dem Proletariat eigentümliche.

Darum also keine Diktatur des Proletariats ohne demokratische Republik, ohne allgemeines Wahlrecht, ohne weitgehende und immer weitergehende Verwirklichung des demokratischen Gedankens. Diese und nur diese Staatsform gibt den Rahmen ab für die Diktatur des Proletariats im Marxschen Sinne; einen Rahmen, den es ausfüllen kann, sobald es an Zahl und Reife, im weitesten Sinne des Wortes, stark genug dazu ist. Es handelt sich darum, diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, diesen eroberten Rahmen mit einem bestimmten Inhalt zu erfüllen. Der kann sehr wohl der Sturz einer bestehenden und der Aufbau einer neuen Ordnung sein, wenn das den Anschauungen der allgewaltigen Mehrheit entspricht. Und erscheint ihr dies nur möglich durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse — wofür natürlich bestimmte ökonomische Voraussetzungen für Marx-Engels gegeben sein müssen —, dann kann ohne weiters auch diese Gegenstand der in demokratischen Formen gehandhabten Staatstätigkeit und Gesetzgebung bilden. Auf diesem Wege soll das sozialistische Gemeinwesen Wirklichkeit werden.

Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der ihnen entsprechenden Schichtung der Bevölkerung läuft aber jeder Versuch, die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen, auf nichts anderes heraus, als den Ersatz einer Minderheitsherrschaft durch eine andere. Darum ist die Verwirklichung des marxistischen Grundgedankens im Augenblick unmarxistisch zu nennen. Die bolschewistische Lehre kann sich dem nur durch Anwendung zweier Kunstgriffe entziehen und so versuchen, sich mit der marxistischen als identisch hinzustellen. Der eine ist, daß das „Proletariat als Führer der Werktätigen die

Leitung der ungeheuern Masse der Bevölkerung ..."[1] übernehmen soll; der andere, daß der Begriff des Proletariers überhaupt durch den des „Werktätigen" ersetzt wird, der aber selbst wieder vor allem in dem Sinne der Handwerktätigen gebraucht wird.

Marx und Engels haben den Begriff des Proletariers so aufgefaßt: „Unter Proletarier ist ökonomisch nichts zu verstehen als der Lohnarbeiter, der das ‚Kapital' produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald er für die Verwertungsbedürfnisse des ‚Monsieur Kapital', wie Pecqeur diese Person nennt, überflüssig ist[2]." Und Engels gibt in seinen „Grundsätzen" auf die Frage: „Was ist das Proletariat?" eine längere, im gleichen Sinne gehaltene Antwort[3].

Der Begriff der Werktätigen wird weder bei Lenin, noch in der sonstigen bolschewistischen Literatur, noch in der Sowjetverfassung, die mit ihm operiert, definiert. Er nähert sich aber — das geht besonders aus ihren Artikeln 64 und 65 hervor — wohl dem, was Marx als „produktiven Arbeiter" bezeichnet hat: „Unter die produktiven Arbeiter gehören natürlich alle, die zur Produktion der Ware in der einen oder anderen Weise mitarbeiten, vom eigentlichen Handarbeiter bis zum Direktor, Ingenieur (als unterschieden vom Kapitalisten)"[4].

Aber schließlich sollen weder die Werktätigen, das wäre ja wirklich die ungeheure Masse der Bevölkerung, noch das Proletariat nach der bolschewistischen Theorie die Diktatur üben. So heißt es bei Lenin, daß der durch den Marxismus erzogene „Vortrupp des Proletariats", die Arbeiterpartei, die Macht an sich nehmen und das ganze Volk zum Sozialismus führen soll! (Also nicht Klassen-, sondern Parteidiktatur). Die Arbeiterpartei soll „die neue Ordnung leiten und organisieren, Lehrer, Leiter und Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne und entgegen der Bourgeoisie sein"[5]. So bahnt sich unmerklich der Weg von der Diktatur der Arbeiterklasse zur Diktatur der Partei über die Arbeiterklasse und von dieser zur Diktatur einer Gruppe innerhalb der Partei und schließlich einzelner innerhalb der Gruppe. Wird der Gedanke der Diktatur der ungeheuren Mehrheit

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 25.
[2] Kapital, Bd. I, S. 550.
[3] S. 9 und 11.
[4] Theorien über den Mehrwert I, S. 258.
[5] Lenin, Staat und Revolution, S. 25.

aufgegeben, so ist alles Weitere nur mehr logische Entwicklung der Wirklichkeit und der ihr gemäßen Begriffe. Aufgabe des Gedankens von der Diktatur der Mehrheit und doch Festhaltenwollen an dem Gedanken der Diktatur selbst bedeutet Verkehrung der marxistischen Forderung in ihr Gegenteil.

Daß nur die dargestellte Auffassung von der Diktatur des Proletariats den Anspruch erheben kann, die marxistische zu sein hat niemand überzeugender nachgewiesen — als Karl Liebknecht. In seiner Polemik gegen Jean Jaurès schrieb er 1902: „Wenn sich Jaurès mehrmals mit Emphase gegen die angebliche Idee des Manifestes wendet, den Kommunismus mit Hilfe einer Minorität durchzuführen, so sei nur auf den nirgends abgeschwächten Satz verwiesen: ‚Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl.‘ Auch über die Diktatur des Proletariats und das Revolutionsprogramm verfällt Jaurès einem entscheidenden Irrtum. Das Manifest setzt, wie erwähnt, einen Sieg der Majorität, deren Herrschaft mit der Demokratie wohl vereinbar ist, voraus. Weil aber eine, wenn auch demokratische Klassenherrschaft des Proletariats stabiliert und diese Klassenherrschaft zu einer energischen Ausnutzung der Staatsmaschinerie im proletarischen Sinne verwendet werden soll, so spricht das Manifest von ‚Diktatur‘ des Proletariats. Das ist — wie auch Engels' Programmbrief zeigt — der Sinn besonders der Sätze auf S. 24 des Manifests, in denen das Wort ‚Demokratie‘ freilich einen etwas weniger verschwommenen Sinn hat, als im revisionistischen Jargon[1].“

Und weil Lenin schon früh von der Tätigkeit energischer Minoritäten allzuviel hielt — das mag wohl auch in bedeutendem Maße bei seiner Auffassung der Diktatur des Proletariats mitgespielt haben —, hatte er sich von Anfang an gegen den Vorwurf des „Blanquismus“ zu wehren, den Marx und Engels so scharf verurteilten. Es kann nicht geleugnet werden, daß für sie sein Wesen dies ist: „. . . die Ansicht . . . ., daß eine verhältnismäßig kleine Zahl entschlossener, wohlorganisierter Männer imstande sei, in einem gegebenen günstigen Moment das Staatsruder nicht nur zu ergreifen, sondern auch durch Entfaltung großer, rücksichtsloser Energie solange zu behaupten, bis es ihr gelungen, die Masse des Volkes in die Revolution hineinzu-

[1] Liebknecht, Die neue Methode. „Neue Zeit“, Jahrgang 20, Bd. II, S. 713 ff.

reißen und um die führende kleine Schar zu gruppieren. Dazu gehören vor allen Dingen strengste diktatorische Zentralisation aller Gewalt in der Hand der neuen revolutionären Regierung[1]." Lenin geht darüber hinaus: er will nicht nur die politische, sondern auch die soziale Umgestaltung durch eine Minderheit erzwingen. Doch auch das wird als Marxismus hingestellt, wie die Vertauschung des Begriffs der Diktatur der Mehrheit mit dem der Diktatur einer Minderheit.

Fassen wir alle die geschilderten Abweichungen des Bolschewismus gegenüber dem Marxismus in der Frage der Bildung der Vertretungskörperschaften, des allgemeinen Wahlrechtes, des Begriffs und der Anwendung der Diktatur zusammen, dann stellt sich uns die Verneinung der Demokratie und die unterschiedslose Anwendung der gewaltsamen Methode auf die politische und soziale Revolution als der entscheidende Unterschied der beiden Lehren dar.

VII

Am Ende der Übergangsperiode, deren Ausdruck die soziale Revolution und die Diktatur des Proletariats sind, steht nun die neue Gesellschaft. In ihr ist die Quantität in die Qualität übergegangen und konnte es, denn durch die — demokratische — Diktatur wird der wirtschaftliche Demokratismus herbeigeführt, der das unerläßliche Komplement des politischen im Begriff des Sozialismus ist. Denn: wirtschaftlicher und politischer Demokratismus zusammen stellen den Sozialismus dar, wie Steffen betont. „Die Bourgeoisie ist nur politisch demokratisch, will nur politisch den Gedanken der Gleichberechtigung gelten lassen, lehnt seine Verwirklichung auf wirtschaftlichem Gebiete ab[2]." Denn „die Bourgeoisie hat, höchstens, ein politisches Demokratismusideal. Wirtschaftlich ist die Bourgeoisie stets Anhängerin der sozialen ‚Diktatur' der Kapitalistenklasse gewesen[3]." So kann es wohl eine (politisch) demokratische Bourgeoisie geben, aber keine sozialistische; denn zu gut weiß und empfindet sie: konsequente Demokratie auch auf wirtschaftlichem Gebiete heißt Sozialismus. So muß begriffsnotwendig jedes sozialistische System ein demokratisches sein, um diesen Namen zu verdienen, und erst recht jenes, das dem Sozialismus die wissenschaftliche Grundlage geben will: das marxistische, und die Partei, die ihn zu verwirklichen strebt. Darum sagt Grünberg in klarsten Worten:

---

[1] Engels, Vorrede zu Marx' Bürgerkrieg, S. 14.
[2] Steffen, Problem der Demokratie, S. 84. [3] Ebenda S. 148.

„Als sozialdemokratisch bezeichnen wir alle politischen Parteien mit sozialistischem Programm, d. h. mit dem Ziel einer Neuordnung der Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage nach vorhergegangener Erringung der Staatsgewalt. Die Sozialdemokratie ist angewandter Sozialismus, wie umgekehrt eine Anwendung des letzteren auf anderer als demokratischer Grundlage begrifflich ausgeschlossen ist [1]."

So tritt denn auch bei Marx überall die Forderung nach politischer Demokratie als Mittel zur Erringung des Sozialismus, also auch der wirtschaftlichen, auf, und dieser selbst ist nur Stufe zur Erfüllung des Ideals: der Demokratie als Gleichberechtigung aller in allen Äußerungen des gesellschaftlichen Lebens.

Diese Auffassung, daß Sozialismus nicht nur politischer, sondern auch ökonomischer Demokratismus ist, tritt bei Engels deutlich zutage: „Die Vorstellung, daß alle Menschen als Menschen etwas Gemeinsames haben und, soweit dieses Gemeinsame reicht, auch gleich sind, ist selbstverständlich uralt. Aber hiervon ganz verschieden ist die moderne Gleichheitsforderung; diese besteht vielmehr darin, aus jener gemeinschaftlichen Eigenschaft des Menschsein, jener Gleichheit der Menschen den Anspruch auf gleiche *politische* resp. *soziale* Geltung aller Menschen oder doch wenigstens aller Bürger eines Staates oder aller Mitglieder einer Gesellschaft abzuleiten [2]." Und: „Die Proletarier nehmen die Bourgeoisie beim Wort: die Gleichheit soll nicht bloß scheinbar, *nicht bloß auf dem Gebiete des Staates*, sie *soll auch wirklich* auf dem gesellschaftlichen, *ökonomischen Gebiete* durchgeführt werden [3]..."

Haben die Epigonen dies auch bisweilen verkannt [4], so hat doch gerade Kautsky später den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus klargestellt und ihn also ausgesprochen: „Man unterscheidet mitunter zwischen der Demokratie und dem Sozialismus, also der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion, in der Weise, daß man sagt, diese sei unser Endziel ..., die Demokratie bloßes Mittel zu diesem Zweck... ‚Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Auf-

[1] Art. Sozialdemokratie. Wörterbuch d. Vw., Bd. II, S. 799.

[2] *Engels*, Anti-Dühring, S. 100.

[3] Ebenda S. 104.

[4] *Kautsky*, „Neue Zeit", Jahrgang 9, Bd. II, S. 816: „Indes ist die Demokratie für uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zu einem größeren, wichtigeren Zweck: der sozialen Neugestaltung der Gesellschaft."

hebung ‚jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse‘. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe deshalb als Ziel, weil ‚sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, das Proletariat zu befreien. Würde uns nachgewiesen‘, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, wie noch Proudhon annahm, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endziels. Demokratie und Sozialismus unterscheiden sich also nicht darin, daß die eine Mittel ist und der andere Zweck. Beide sind Mittel für den gleichen Zweck[1].“ Kautsky sieht hier als „Sozialismus“ nur den wirtschaftlichen Demokratismus an, nicht seine Vereinigung mit dem politischen. Doch dieser entsprechen seine weiteren Worte: „Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisierung der Produktion, sondern auch demokratische Organisation der Gesellschaft[2].“

Das deutet uns das Gemeinwesen der kommenden Gesellschaft im marxistischen Sinne an: es wird politisch und ökonomisch ein durchaus demokratisches sein müssen, was ja auch Lenin behauptet. So hat es sich auch Marx gedacht; es soll diese Gesellschaft „eine Assoziation sein, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“[3]. Hinsichtlich der Einzelheiten, ja auch hinsichtlich des Wesens dieser ökonomischen Organisation war Marx nicht ganz konsequent[4].

Hier interessiert aber vor allem die Frage, welches die politische Gestalt dieses neuen demokratischen Gemeinwesens sein wird, ob es Staat oder Nichtstaat sein wird. Hier stehen Äußerungen Marx', die beiden Auffassungen zur Stütze dienen können, unvermittelt gegenüber. Scheinen schon die Worte im Kommunistischen Manifest, daß „die öffentliche Gewalt den politischen Charakter verlieren werde“[5], dafür zu sprechen, daß das kommende Gemeinwesen nichtstaatlichen

[1] Kautsky, Demokratie oder Diktatur, S. 7.

[2] Ebenda S. 8.

[3] Kommunistisches Manifest, S. 45.

[4] Vgl. hierzu Cunow, Diktatur. „Neue Zeit“, Jahrgang 37, Bd. I, S. 170 ff.

[5] Kommunistisches Manifest, S. 44.

Charakters sein werde, so wird diese Auffassung noch verstärkt durch die viel späteren: „Alle Sozialisten sind darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität verschwinden werden, d. h. daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen[1]."

Aber auch die Äußerungen, die mehr oder minder deutlich dagegen sprechen, fehlen nicht. So klingen die Worte im Gothabrief: „... statt die bestehende Gesellschaft (und es gilt das von jeder künftigen) als Grundlage des bestehenden Staates (oder künftigen für künftige Gesellschaft...)"[2] und „welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden"[3], ganz danach, als habe sich Marx die kommende Gesellschaft als in einem Staatswesen organisiert vorgestellt. Besonders verstärkt wird dieser Eindruck durch die von dem proletarischen Staat als der Diktatur des Proletariats ausgehenden Worte: „Das Programm hat es weder mit letzterer noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft zu tun[4]."

Nicht mühelos sind diese Aussprüche miteinander zu versöhnen. Vielleicht liegt — begrifflich — die Lösung dieser Frage darin, daß das eine Mal, wenn der künftigen Gesellschaft die Staatlichkeit abgesprochen wird, an den Begriff des Staates als „Unterdrückungsorgan" gedacht wird, in dem andern aber der Staat einfach als Gemeinwesen mit öffentlicher Gewalt angesehen wird. Ist dies der Fall, dann ist der von Engels in seinem Briefe an Bebel empfohlene Ausdruck „Gemeinwesen" trotz seiner Farblosigkeit zutreffender. Seine rechte Bedeutung erhält er erst durch den Gegensatz, in den ihn Engels zum Staat (als Unterdrückungsorgan) stellt.

An dieser Unklarheit der Begriffe hat auch Steffen Anstoß genommen, der der Frage eine etwas eingehendere Untersuchung widmet[5]. Und diese Unklarheit der Begriffe vermeidet auch Lenin nicht. War ihm schon der proletarische Staat ein „Halbstaat", so spricht er später, wo er von den beiden Phasen der kommunistischen Gesellschaft handelt, davon, daß „bis zum Eintritt der höheren Phase des Kommunismus die Sozialisten die strengste Kontrolle durch die Gesell-

[1] „Über das Autoritätsprinzip", bei N. Rjasanow. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationale. „Neue Zeit", Jahrgang 32, Bd. I, S. 39.

[2] Marx, Gothabrief, S. 572.

[3] Ebenda S. 573.

[4] Ebenda.

[5] Problem der Demokratie, S. 22 ff.

schaft und durch den Staat über das Maß der Arbeit und Konsumtion fordern"[1]. Diese „Zuchtlosigkeit der Begriffe" erreicht den Gipfel in den nachstehenden Worten von der „dringenden und aktuellen Frage der heutigen Politik: ... Umwandlung aller Bürger in Arbeiter und Angestellte eines großen ‚Syndikates', nämlich des ganzen Staates, und völlige Unterordnung der gesamten Tätigkeit dieses ganzen ‚Syndikates'[1] unter den ‚wahrhaft demokratischen Staat, den Staat der Soldaten- und Arbeiterdeputiertenräte'[1]," womit man einerseits Lenins eigene Worte vom Wesen wahrer Demokratie vergleiche, anderseits auch bedenke, wie es überhaupt zu ermöglichen sein soll, daß sich das Syndikat, „nämlich der ganze Staat", dem Staat der Arbeiter- und Soldatenräte unterordne. „Begreife, wer kann," wie Marx sagen würde. Doch weil gilt: „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört, es müsse sich dabei auch etwas denken lassen," so darf wohl gesagt werden, daß diese unvollziehbare Vorstellung sicher aus der Unklarheit der Begriffe stammt, mit denen gearbeitet wird: einmal ist „Staat" gleich der Assoziation Marx', dem Syndikate Lenins, das andere Mal gleich dem Gewaltorganismus.

Vielleicht ist es aber doch möglich, auch diese Widersprüche der Terminologie in höherer Einheit des Gedankens aufgehen zu lassen; vielleicht ist hier einer jener — angeblich nicht so seltenen — Fälle, wo der Blick des Dichters tiefer dringt als der des Forschers, oder jener noch seltenere, wo der Dichter den Gelehrten besser verstand, als es die Umwelt tat. Wenigstens scheinen die Worte Anatole Frances, die er seiner vollendetsten Gestalt, seinem literarischen Selbstbildnis, Mr. Bergeret, in den Mund legt, die vielleicht einzige Möglichkeit einer Lösung zu bieten: „Und was ist denn der Staat? Mlle. Bergeret beeilte sich, auf diese Frage zu antworten: Der Staat, lieber Vater, das ist ein armseliger, unliebenswürdiger Herr hinter einem Schalter. Du verstehst wohl, daß man keine Lust verspürt, sich ihm zuliebe etwas abgehen zu lassen. — Ich verstehe, erwiderte Herr Bergeret lächelnd. Ich habe mich immer bemüht, zu verstehen und habe darüber wertvolle Energien verloren. Erst ganz spät entdeckte ich, daß Nichtverstehen Stärke und Kraft bedeutet. Das erlaubt bisweilen, eine Welt zu erobern. Hätte Napoleon so viel Verstand gehabt wie Spinoza, dann hätte er vier Bände in einer Mansarde geschrieben. — Ich verstehe. Aber diesem unliebenswürdigen und armseligen Herrn, der hinter einem Schalter hockt, dem ver-

---

[1] Lenin, Staat und Revolution, S. 91.

traust du deine Briefe an, Pauline, die du der Agentur Tricoche nicht anvertrauen würdest. Er verwaltet einen Teil deines Vermögens und wahrlich weder den kleinsten noch den unbedeutendsten. Du siehst nur sein verärgertes Gesicht. Aber wenn er alles sein wird, wird er nichts mehr sein. Oder vielmehr, er wird nur wir selbst sein. Vernichtet durch seine Allumfassendheit, wird er aufhören, ein Schwierigkeitensucher zu sein, Ärgernis zu erwecken. Man ist nicht boshaft, mein Kind, wenn man ein Niemand ist. Was uns an ihm zu jetziger Stunde mißfällt, ist, daß er das Privateigentum benagt, hier etwas, dort etwas zusammenkratzt und scharrt, den Großen wenig und den Kleinen viel abbeißt. Das macht ihn unausstehlich. Er ist habgierig. Er hat Bedürfnisse. In meinem Gemeinwesen wird er wie die Götter sein: wunschlos. Er wird alles und wird nichts haben. Wir werden ihn nicht spüren, denn unserem Wesen entsprechend wird er von uns ununterschieden sein. Es wird sein, als ob er nicht bestünde. Und wenn du glaubst, daß ich die Einzelnen dem Staat opfere, das Leben einem Begriff, so ist es im Gegenteil der Begriff, den ich der Wirklichkeit unterordne, der Staat, den ich unterdrücke, indem ich ihn mit der gesamten gesellschaftlichen Tätigkeit gleichsetze."[1]

Und so erscheint es auch nicht zufällig, daß alle Welt von einem „Zukunftsstaat" spricht, sich die künftige Ordnung halb unbewußt als eine staatliche vorstellt; wäre das anders, so wäre dieser Ausdruck kaum geprägt, oder, wenn von der Studierstube aus in Umlauf gesetzt, nicht zum Gemeineigentum geworden.

Wie aber dieses Gemeinwesen, für dessen Aufbau die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion die ökonomische Grundlage abgibt, sich weiter entwickeln soll, das hat Lenin durch den Hinweis auf die zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft scharf herausgearbeitet. Doch darf hier, da wir uns an den selbst gesteckten Rahmen halten wollen, vor allem die bolschewistische Methode aufzuzeigen, von der Erörterung dieses Teiles der Lehre wohl abgesehen werden.

Damit ist nun, etwa in der gleichen Reihenfolge, wie sie Lenin seinen Ausführungen zu den strittigen Fragen zugrunde legt, der Gang gezeigt, wie ihn nach bolschewistischer und marxistischer Auffassung die Entwicklung nehmen soll, die vom heutigen bürgerlichen über den proletarischen Klassenstaat zum klassenlosen Staat (oder,

---

[1] Anatole France, Mr. Bergeret à Paris, S. 253 ff. (diese Stelle zitiert auch Vandervelde, Le socialisme contre l'Etat).

da dies fast als contradictio in adiecto erscheint) zur staatslosen Gesellschaft führen wird. Es bleibt nur noch übrig, die Voraussetzungen für diese Entwicklung bei Marx und im Bolschewismus zu prüfen.

VIII

Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete Klasse, ein herrschende und eine unterdrückte, ist Engels Ergebnis der geringen Entwicklung der Produktion und als solche hat sie ihre geschichtliche Berechtigung. Freilich nur für einen gegebenen Zeitraum. Sie wird hinweggefegt werden durch die volle Entfaltung der Produktivkräfte. Ihr Verschwinden hat zur „Voraussetzung einen hohen Grad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und der Produkte und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere gesellschaftliche Klasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden sind[1]." Und mit ihm übereinstimmend, und die durch die ökonomische Entwicklung gegebenen Voraussetzungen unterstreichend, sagt Marx: „Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind[2]." Diese Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise setzt ihre vorherige höchste Entwicklung als notwendig voraus: „das Kapitalmonopol muß zur Fessel der Produktionsweise" geworden sein, „die mit und unter ihm aufgeblüht ist, die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit" müssen „einen Punkt erreicht haben, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle"[3]. Dann erst wird „diese gesprengt, die Stunde des kapitalistischen Privateigentums hat geschlagen, die Expropriateurs werden expropriiert"[3].

Dagegen genügt es für den Bolschewismus, um die Voraussetzungen zur sozialen Revolution als gegeben zu sehen, wenn „in einem Lande die kapitalistische Entwicklung so weit vor sich gegangen ist, daß die wichtigsten Zweige der Industrie, des Kredits und Ver-

---

[1] Engels, Anti-Dühring, S. 303/4.
[2] Marx, Kapital, S. XVI. [3] Ebenda S. 691.

kehrs sich in den Händen kapitalistischer konzentrierter Gruppen, befinden"[1], denn „dann wird das Proletariat, das sich erhoben hat, nicht nur können, sondern es wird müssen versuchen, die Industrie, den Verkehr und den Kredit in seine Hände zu nehmen, in die Hände des siegreichen, als Staatsgewalt organisierten Proletariats"[1].

Erschien Marx der Übergang von der einen zur andern Form der Produktion und Gesellschaftsordnung nur von dieser höchsten Entwicklung der Produktionsmittel aus möglich, so bedeutet ein Dawiderhandeln ein Überspringenwollen einzelner Entwicklungsphasen, vor dem niemand eindringlicher gewarnt hat als er: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren, aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern[2]." Und so ruft er der Arbeiterklasse zu: „Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune. Sie hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene öknonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben[3]."

Daß diese Auffassung des unbedingten Rechnunghaltens mit den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen, dem wahren Marxismus entspricht, hat klar Lenin selbst klargelegt. In dem namens der aus der Schweiz abreisenden Mitglieder der R. S. D. A. P. von ihm verfaßten „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter" vom 8. April 1917 — also kaum eine Woche, bevor er, in Rußland angelangt, die sofortige soziale Revolution forderte —[4], heißt es: „Dem russischen Proletariat ist die große Aufgabe zuteil geworden, eine Reihe von Revolutionen zu beginnen, die mit objektiver Notwendigkeit durch den imperialistischen Krieg erzeugt worden sind.

[1] Radek, Diktatur, S. 15.

[2] Marx, Kapital, XXXXVIII.

[3] Marx, Bürgerkrieg, S. 53/54.

[4] Vgl. seine beiden Reden vom 16. und 17. April 1917, abgedruckt in den Auslandslektoratsberichten nach verschiedenen russischen Zeitungen.

Wir wissen sehr gut, daß das russische Proletariat schwächer organisiert und weniger geistig vorbereitet ist, als die Arbeiterklasse anderer Länder ... Besondere historische Bedingungen haben das russische Proletariat für eine möglicherweise kurze Zeit zum Vorkämpfer des revolutionären Proletariats der ganzen Welt gemacht. Rußland ist ein Agrarland, eines der rückständigsten aller europäischen Länder. Unmittelbar kann jetzt der Sozialismus in Rußland nicht siegen. Aber der Bauerncharakter des Landes kann angesichts des großen feudalen Grundbesitzes — wie die Erfahrung des Jahres 1905 gezeigt hat — der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland einen ungeheuren Schwung geben, sie zu einem Vorspiel der sozialistischen Weltrevolution machen und damit die Einleitung zu ihr bilden [1]."

Wenige Sätze später wiederholt Lenin bekräftigend das Gesagte: „In Rußland kann der Sozialismus nicht sofort und direkt siegen." „Aber die Bauernmasse kann die unausbleibliche und schon reife agrarische Umwälzung bis zur Konfiskation des ungeheuren feudalen Besitzes in Rußland führen [1]."

Es muß Lenin beigestimmt werden, wenn er fortfährt: „Eine solche Umwälzung wäre an nnd für sich keine sozialistische [2]," und nachdem er dargelegt, was die Revolution in Rußland durchführen könnte, zieht er die Folgerung: „Das russische Proletariat ist nicht imstande, mit eigenen Kräften allein die sozialistische Revolution durchzuführen [3], sie kann als Auslösehebel der Weltrevolution wirken, zur ihrer Vollendung als sozialistische bedarf sie der Mitwirkung des Weltproletariats."

Die gleiche Auffassung, daß eine sozialistische Revolution in Rußland unmöglich sei, spricht auch aus den Worten der Resolution der Berner Konferenz der Auslandsgruppen der R. S. D. A. P. vom 1. November 1914, wo in dem Satze: „Der Bürgerkrieg, den die revolutionäre Sozialdemokratie in dieser Epoche zu ihrer Losung macht, das ist der Kampf des Proletariats mit den Waffen in der Hand gegen die Bourgeoisie für die Expropriation der Kapitalistenklasse in den führenden kapitalistischen Ländern, für die demokratische Revolution in Rußland (demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des Großgrundbesitzes), für die Republik in anderen rückständigen Monarchien" [4] zum Ausdruck kommt,

---

[1] Lenin-Trotzki, Krieg und Revolution, S. 157.
[2] Ebenda. [3] Ebenda S. 158. [4] Ebenda S. 146.

daß Rußland für eine soziale Revolution nicht reif gehalten wird. Denn eine andere Begründung ist der Unterscheidung zwischen den Zielen und dem Charakter der Revolution in Rußland und anderwärts nicht zu geben [1].

Als aber die „proletarische" Revolution mit Unterstützung des „kleinbürgerlichen", d. h. am Kleineigenbesitz hängenden Bauern gesiegt hatte, da verkündete Trotzki, daß nicht nur die Unvermeidlichkeit der Revolution vorausgesagt worden war, sondern auch, daß sie, wenn „sie zur siegreichen Vollendung kommen wird, unvermeidlich die Arbeiterklasse, gestützt auf die ärmsten Klassen der Bevölkerung, an die Macht stellen wird [2]."

Vor allem aber sucht Radek dem Geschehenem nachträglich eine theoretische Grundlage zu geben; aber welcher Abstand vom Marxismus, der, wie obige Aussprüche Marx' zeigen, gerade in diesem Punkte das evolutionäre Moment überaus stark betonte. Radek schreibt, daß die Auffassung, die durch den Marxismus den Arbeitern gezeigt habe, daß der Sieg des Sozialismus von der Entwicklung der Produktionskräfte abhängig, daß „die sozialistische Revolution nur dann möglich sei, wenn der Kapitalismus die ganze Wirtschaftsweise einer Nation erfaßt habe, wenn er sozusagen sie restlos in einen kleinen Haufen von Kapitalisten und in die erdrückende proletarische Mehrheit gespalten habe", eine „verballhornte" ist [3]. Demgegenüber sei, was gerade diesen Punkt betrifft, auf Marx' Worte im Kapital verwiesen: „Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren" (bei der Verwandlung des zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches), „hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse" [4] (bei Verwandlung des bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches).

An den Marxschen Worten festhalten heißt aber nach Radek „aus dem Marxismus ein mechanisches Rechenexempel machen" und

[1] Marx-Engels haben die Voraussetzungen, speziell der russischen sozialistischen Revolution mehrmals erörtert. Mehr gelegentlich zum Beispiel im Briefe Engels an Marx vom 23. Mai 1851 und eingehender in der Vorrede zu der von Wera Sassulitsch vorgenommenen Übersetzung des Kommunistischen Manifests im Jahre 1882. — Sie ist in den neueren deutschen Auflagen mit abgedruckt.

[2] Trotzki, Arbeit, Disziplin und Ordnung, S. 3.

[3] Radek, Diktatur, S. 13 ff., besonders S. 15.

[4] Marx, Kapital, S. 691.

„der Menschheit zu Ehren ist zu sagen, daß die mechanische Auffassung vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus allen Tatsachen der bisherigen historischen Auffassung widerspricht, wie jeder vernünftigen Auffassung der kapitalistischen Entwicklung", und „auch die früheren Wirtschaftsweisen sind nicht erst dann untergegangen, wenn sie die Grundlagen einer neuen Ordnung völlig fertig zurückgelassen haben, sondern wenn sie für die Elemente der neuen Ordnung zum drückenden Hemmschuh wurden [1]."

Demgegenüber wird als der Sinn der marxistischen Auffassung wohl festzuhalten sein, daß Marx forderte, daß die „Elemente der im Schoße der alten Gesellschaft vorgebildeten neuen" mindestens soweit vorgebildet sein müssen, daß sie sich beim Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung als lebensfähig erweisen. Wird das nicht beachtet, dann wird von jeder proletarischen Revolution gelten müssen, was Marx von der Pariser Februarrevolution betonte: „Von dem Proletariat, die Waffen in der Hand, ertrotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamierte sie als soziale Republik. So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der im sonderbarsten Widerspruch stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Massen unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen zunächst ins Werk gesetzt werden konnte" [2], und ähnlich äußerte sich Engels über die spanische Republik von 1873. „Spanien ist ein in der Industrie so sehr zurückgebliebenes Land, daß dort von einer *sofortigen* vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse noch gar nicht die Rede sein kann. Ehe es dahin kommt, muß Spanien noch verschiedene Vorstufen der Entwicklung durchmachen und eine ganze Reihe von Hindernissen aus dem Wege räumen" [3]. Und schon viel früher billigte Marx die Worte Jones' an Kossuths Adresse: . . . „the revolutions of Europe mean the crusade of labour against capital and . . . are not to be cut down to the intellectual and social standard of an obscure semibarbarous people like the Magyars . . ." [4].

Die Logik ist aber unerbittlich; und so muß es nach Radek von der russischen Revolution, von der ein Jahr zuvor Lenin be-

---

[1] *Radek*, Diktatur, S. 15.

[2] *Marx*, Der Achtzehnte Brumaire, S. 13.

[3] *Engels*, Internationales aus dem Volksstaat, S. 17 ff., zitiert bei *Kautsky*, Terrorismus und Kommunismus, S. 109.

[4] Brief *Marx'* an *Engels* vom 1. Dezember 1851. Briefwechsel, Bd. I. S. 269.

hauptet hatte, daß sie unmöglich eine sozialistische werden könnte, bald heißen, „daß sie aber eine Revolution des Proletariats ist, daß sie heroisch die anarchistisch-kapitalistische Wirtschaftsweise durch sozialistische Organisation zu überwinden sucht, daß sie also eine sozialistische Revolution ist . . . können ihr ebensowenig die Menschewiki noch ihre europäischen Nachbeter nehmen, so wenig sie auf ihren sozialistischen Grundcharakter verzichten kann: denn der sozialistische Charakter steht über ihr als ihr Schicksalsstern, er ist mit eiserner Notwendigkeit aus dem imperialistischen Charakter des Krieges geboren“ [1].

Gewiß, sie ist ein „heroischer Versuch“, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu überwinden, die sozialistische zu schaffen. Doch besagt dies etwas darüber, ob sie kam, als die Stunde des Kapitalismus, die kommen muß, wahrhaft erfüllt war?

So erscheint auch die mit der mehrfach von Radek betonten Auffassung übereinstimmende Ansicht Bucharins: „Der Kapitalismus in Rußland zersetzte sich früher als der eines beliebigen anderes Landes, weil die Last des Weltkrieges sich am schwersten an dem jungen kapitalistischen Staate unseres Landes äußerte. Bei uns gab es keine so ungeheure Organisation der bürgerlichen Klasse wie in England, Deutschland, Amerika. Sie konnte daher weder mit den Forderungen fertig werden, die der Krieg ihr stellte, noch mit dem mächtigen Ansturm der russischen Arbeiterklasse und der ärmsten Bauern, die in den Oktobertagen die Bourgeoisie aus dem Sattel hoben und die Macht in die Hände der Partei der Arbeiterklasse, der Kommunisten-Bolschewiki gaben“ [2], kaum mit der Anschauung Marx' über die Voraussetzung einer sozialen Revolution vereinbar. Sie mag, das kann nur die Geschichte lehren, durchaus zutreffend sein, zutreffender vielleicht als die Marx'; aber den Anspruch, die Anschauung Marx' wiederzugeben, den darf diese Theorie nicht erheben.

Und ebensowenig bedeutet es eine mehr als scheinbare Anlehnung an die Worte Marx', wonach die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich, also einem industriell weniger entwickelten Lande, ausgehen wird [3], wenn Radek darlegt, „daß die sozialistische Revolution keineswegs dort anfangen wird, wo der Kapitalismus am höchsten entwickelt ist“ [4]. Denn die Worte Marx' be-

[1] Radek, Diktatur, S. 18.

[2] Bucharin, Programm, S. 8 und dazu Radek, a. a. O. S. 17 u. 18.

[3] In der weiter unten wiedergegebenen „Konfidentiellen Mitteilung“. „Neue Zeit“, Jahrgang 20, Bd. II, S. 476/77.

[4] Radek, Diktatur, S. 17.

ziehen sich nur auf den Ausbruch der Revolution überhaupt, während ihm die Möglichkeit einer ökonomischen an eine höchste Stufe industrieller Entwicklung gebunden ist, was — im geraden Widerspruch zu Radek — klar aus den Sätzen der „Konfidentiellen Mitteilung" hervorgeht, weshalb er denn die soziale Revolution von dem damals am weitesten industrialisierten England erwartet. In dieser Mitteilung erscheinen als Voraussetzung der sozialen Revolution unbezweifelbar festgestellt:

> Großkapitalistische Form fast der ganzen Produktion;
> Volle Industrialisierung des Landes;
> Majorität der Bevölkerung aus Lohnarbeitern bestehend;
> Reife und Allgemeinheit des Klassenkampfes und der Organisation der Arbeiterklasse[1].

Hier sind die Voraussetzungen so scharf formuliert, daß alle anderen Auffassungen, mögen sie sich auch als marxistisch bezeichnen, durch den Hinweis auf diese Stelle als mit dem Marxismus unverträglich bezeichnet werden dürfen. Von ihnen kann meistens nur gelten, daß ihnen „statt der wirklichen Verhältnisse der bloße Wille zum Triebrad der Revolution wird"[2]. So wird der „revolutionären Entwick-

---

[1] Die betreffenden Sätze der „Konfidentiellen Mitteilung" lauten: „Obgleich die revolutionäre Initiative wahrscheinlich von Frankreich ausgehen wird, kann England allein als Hebel für eine ernsthafte ökonomische Revolution dienen. Es ist das einzige Land, wo es keine Bauern mehr gibt und wo der Grundbesitz in wenigen Händen konzentriert ist. Es ist das einzige Land, wo die kapitalistische Form — d. h. die kombinierte Arbeit auf großer Stufenleiter unter kapitalistischen Unternehmern — sich fast der ganzen Produktion bemächtigt hat. Es ist das einzige Land, wo die große Majorität der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht. Es ist das einzige Land, wo der Klassenkampf und die Organisation der Arbeiterklasse durch die Trades Unions einen gewissen Grad der Reife und der Allgemeinheit erlangt haben. Dank seiner Herrschaft auf dem Weltmarkte ist es das einzige Land, wo jede Revolution seiner ökonomischen Verhältnisse unmittelbar auf die ganze Welt zurückwirken muß. Wenn der Landlordismus und der Kapitalismus ihren klassischen Sitz in diesem Lande haben, so sind hinwiederum die materiellen Bedingungen ihrer Vernichtung dort am höchsten entwickelt. Der Generalrat ist jetzt in der glücklichen Lage, die Hand direkt auf den großen Hebel der proletarischen Revolution zu legen . . . .

Die Engländer besitzen alle notwendigen materiellen Vorbedingungen der sozialen Revolution. Was ihnen fehlt, das ist der Geist der Verallgemeinerung und die revolutionäre Leidenschaft. Es ist nur der Generalrat imstande, sie einzuflößen und dadurch eine wahrhaft revolutionäre Bewegung in diesem Lande und infolgedessen allenthalben zu beschleunigen."

[2] Marx, Enthüllungen, S. 53.

lung die Phrase der Revolution untergeschoben" [1]. Und diesen Unterschied zwischen revolutionären Worten und revolutionärer Entwicklung, pseudorevolutionären Taten und wahrhaft revolutionärem Gestalten haben Marx-Engels stets festgehalten. „Wir können der Sache nach revolutionärer sein als die Phrasenmacher, weil wir etwas gelernt haben und sie nicht, weil wir wissen, was wir wollen und sie nicht..." [2]. Revolutionäres Handeln muß vor der Geschichte als solches bestehen können, darf nicht durch sie entlarvt werden als „eine scheinbar vollständig revolutionäre Bewegung ...., die in der Tat eine reaktionäre Bewegung ist ..., trotz ihres revolutionären Gebarens" [3].

So darf wohl gegenüber der Behauptung des Bolschewismus „das, was wir jetzt in Rußland verwirklichen, das ist nichts anderes als die große unverfälschte Lehre des deutschen Kommunismus, den Marx vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt vertrat" [4], daran fest gehalten werden, daß allein schon die ganz neue Lehre von den Voraussetzungen der Weltrevolution, nicht minder als die angewendeten Methoden, dartut, daß dieser Anspruch wohl erhoben, nicht aber begründetermaßen aufrechterhalten werden kann.

Diese Unterschiede der Lehren und der Methoden müssen sich auf eine letzte Ursache zurückführen lassen. Die scheint uns der eine große Gegensatz zu sein, der Gegensatz in der Ansicht darüber, wem der Vorrang gebührt: der Persönlichkeit vor dem Individuum oder umgekehrt. Das trennt zutiefst Marx und Lenin: deutsche oder russische Weltanschauung; der Mensch als Ziel oder der Mensch als Mittel; Demokratismus oder Despotismus. Diese Anschauung ist es, die Mittel und Formen des Kampfes um die neue Weltordnung, die Bolschewismus wie Marxismus wollen, so verschieden gestaltet und trotz des gemeinsamen Endzieles beide Lehren so entscheidend trennt.

[1] Marx, Enthüllungen, S. 53.

[2] Engels Brief an Marx vom 13. Februar 1851. Briefwechsel, Bd. I S. 143.

[3] Lassalle, Schriften, Bd. II, S. 13, 14.

[4] Radek, Die russische und deutsche Revolution und die Weltlage. S. 29/30.

Ursachen und Wirkungen der Geldentwertung[1]

Von Dr. Otto Auhagen-Berlin
Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin

Zu einer der größten Sorgen unseres jetzt so sorgenreichen Volkes hat sich die Valutafrage entwickelt. Der katastrophale Sturz unserer Wechselkurse erscheint uns als ungeheure Schädigung; sie schreckt uns zugleich als Symptom unserer Lage; denn die innere Stärke unserer Volkswirtschaft, der Kredit, den wir im Auslande genießen, spiegeln sich im Valutastande wider.

Wie sind wir zu diesem Unheil gelangt? Ist eine kurzsichtige Finanz- und Währungspolitik daran schuld, die uns mit Papiergeld leichtsinnig überschwemmt hat? Oder hat uns die Gewalt der Ereignisse auf die abschüssige Bahn gedrängt?

Zuvörderst müssen wir uns über das Wesen unseres Papiergeldes klar sein. Äußerlich ist es dem Papiergelde vor dem Kriege ähnlich wie ein Ei dem anderen; die innere Beschaffenheit ist aber eine ganz andere. Die Reichsbanknoten vor dem Kriege waren Anweisungen auf Gold; sie konnten jederzeit gegen Gold eingewechselt werden. Mindestens ein Drittel der Noten mußte bar gedeckt sein, und diese Deckung bestand größtenteils aus Gold. Das reichte für alle Ansprüche in Friedenszeit aus. Im übrigen waren die Noten durch gute Wechsel gedeckt, die ihrerseits ihren Gegenwert in wirtschaftlichen Gütern hatten.

Der Ausbruch des Krieges zwang zu einschneidenden Änderungen. Mit Sicherheit war vorauszusehen, daß ein großer Krieg den Bedarf an Zahlungsmitteln gewaltig vermehren würde, daß dieser Mehrbedarf nur durch Papiergeld befriedigt werden konnte und daß das Goldgeld verschwinden würde, wenn das Papiergeld gegen Gold einlösbar blieb. Gemäß der finanziellen Mobilmachung, die in Friedenszeit vorbereitet war, erfolgte am 4. August 1914 eine Reihe gesetzlicher Anordnungen, die unsere Geldverfassung von Grund aus änderten. Die Pflicht zur Einlösung des Papiergeldes gegen Gold wurde aufgehoben. Damit traten wir aus der Goldwährung fak-

[1] Rektoratsrede (unter Auslassung des Schlußworts) an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin im Februar 1920.

tisch in die Papierwährung über. Die Papiermark hat seitdem nichts mehr mit dem Golde zu tun außer der Hoffnung, daß sie dereinst einmal wieder auf eine Goldbasis gestellt werden wird. An den Deckungsvorschriften für die Banknoten wurde scheinbar nichts geändert; es blieb bei der Deckung zu mindestens einem Drittel durch Bargeld, im übrigen durch Wechsel. Aber die Deckungsmittel wurden verwässert. Zur baren Deckung zählte auch vor dem Kriege nicht nur Metall, sondern auch Papiergeld, soweit dies nicht von der Reichsbank selbst ausgegeben war. Die Papierdeckung war aber früher geringfügig; sie bestand in der Hauptsache aus Reichskassenscheinen, deren Betrag ja sehr beschränkt war. Das änderte sich seit dem 4. August durch die Errichtung der Reichs-Darlehnskassen. Sie gewähren Kredit gegen Verpfändung von Wertpapieren und Waren und geben den kreditierten Betrag durch Vermittlung der Reichsbank, an die sie angelehnt sind, in Form der Darlehnskassenscheine her. Diese Scheine gelten nun gleichfalls als bare Deckung der Reichsbanknoten. Bei Lichte betrachtet ist das Lombardgeschäft der Reichsbank auf besondere Institute abgeschoben und zur Quelle von Bardeckung gemacht, während vor dem Kriege die Forderungen aus dem Lombardkredit nicht einmal zu der unbaren, sogenannten „bankmäßigen" Deckung zählten. Die Reichsbank hat es nun vollkommen in der Hand, große Beträge von Darlehnskassenscheinen bei sich zu behalten und dafür den dreifachen Betrag in Noten auszugeben. Es erinnert dies an Till Eulenspiegel, der beim Kauf der Hühner den Preis schuldig bleibt und den mitgekauften Hahn zum Pfande läßt, oder an den Baron Münchhausen, der sich an seinem eigenen Zopf aus dem Sumpfe zieht. In der Tat macht die Reichsbank von jener Möglichkeit auch vollen Gebrauch. Am 7. Februar 1920 betrug ihr Barbestand 13,1 Milliarden, davon nur 1,1 Milliarden Gold, Kassenscheine fast 12 Milliarden. Die Bank durfte demgemäß 39,3 Milliarden an Noten ausgeben; tatsächlich liefen 38 Millarden um. (Zuweilen kommt der Notenumlauf der Höchstgrenze noch näher.)

Wie steht es nun um den inneren Wert der Darlehnskassenscheine? Nach dem Gesetze sollen sie dem Kreditbedürfnis vornehmlich von Handel und Gewerbe dienen, und danach könnte man denken, daß dieser Lombardkredit eine gute, reelle Unterlage habe. In Wirklichkeit aber werden die Darlehnskassen hauptsächlich von den Kommunalverbänden in Anspruch genommen; im Jahre 1918 entfielen auf sie und die Bundesregierungen von den gewährten

Krediten 84,5 %. Die Kriegsgesellschaften waren mit 4,6 % beteiligt, der private Handel dagegen nur mit 1,6 %, die Industrie nur mit 0,8 %. Zum größten Teile dienen als Pfandobjekte Kreditpapiere, vor allem Kriegsanleihe. Je mehr Kriegsanleihe ausgegeben wurde, um so mehr wurde bei den Darlehnskassen lombardiert und an Kassenscheinen ausgegeben, mit deren Deckung dann die Reichsbank den dreifachen Betrag an Noten in Umlauf setzen konnte.

Doch zu zwei Dritteln müssen die Noten bankmäßig durch Wechsel gedeckt sein. Aber auch dieser Teil der Deckung hat seinen inneren Wert völlig verändert. Seit dem 4. August 1914 gelten auch Reichsschatzwechsel als bankmäßige Deckung; diese, die lediglich durch den Kreditbedarf des Reiches geschaffen sind, drängen die Wechsel des Wirtschaftslebens mit realer Unterlage immer mehr in den Hintergrund.

Formell hält das Reich ehrbar an den alten Deckungsvorschriften fest; in Wirklichkeit aber kann es so viel Papiergeld ausgeben, wie es will, und von dieser Möglichkeit hat es in riesenhaft wachsendem Maße Gebrauch gemacht. Während vor dem Kriege nur 2½ Milliarden Noten zirkulierten, waren am 15. Oktober 1918 an Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen im Umlauf 28 Milliarden. Seit dem Zusammenbruch ist kein Halten mehr. In dem einen Jahre bis zum 15. Oktober 1919 kamen 13,6 Milliarden hinzu; im Durchschnitt wurden also täglich 37,3 Millionen in Verkehr gesetzt. Und immer unheimlicher wird die Teuerung, immer riesiger der Finanzbedarf, und immer fieberhafter muß die Notenpresse arbeiten. Seit dem 15. Oktober 1919 bis zum 7. Februar 1920 hat sich der Umlauf um weitere 9,3 Milliarden vermehrt, also im Tagesdurchschnitt um 80,6 Millionen. Im ganzen waren an dem genannten Tage im Umlauf rund 51 Milliarden, davon Reichsbanknoten 38, Darlehnskassenscheine gegen 13 Milliarden.

Seit dem 4. August 1914 hat sich der Wert unseres Geldes, wie gesagt, vom Goldwert getrennt. Unser Papiergeld beruht heute lediglich auf dem Kredite des Reiches, d. h. auf seiner Finanzkraft und letzten Endes auf der Leistungsfähigkeit und den Aussichten unserer Volkswirtschaft.

Auch nach außen wurde die Verbindung zwischen unserem Gelde und dem Golde dadurch zerschnitten, daß private Goldzahlungen an das Ausland verboten wurden und selbstverständlich verboten werden mußten.

Die Kurse unserer Valuta säumten nicht, auf die Umgestaltung



unseres Geldwesens zu reagieren. Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung unserer Wechselkurse seit Kriegsausbruch[1]! Wir gewinnen damit für die Erkenntnis der Ursachen der Geldentwertung eine wichtige Grundlage.

Gleich nach Kriegsausbruch begann die Mark zu sinken, zu unserer Verwunderung schneller als die französische Valuta, während wir doch des Sieges sicher zu sein glaubten. Ende August hatte die Mark an der Züricher Börse 4 % eingebüßt. Ende November machte der Kursrückgang annähernd 10 % aus; dann tritt eine leichte Besserung ein, die aber bald durch eine Verschlechterung abgelöst wird. Immerhin vermag sich nach dem Durchbruch bei Gorlice am 2. Mai 1915 die Mark auf dem Niveau von etwas unter 90 % zu halten. Von Oktober ab beginnt sie schärfer zu sinken; Anfang Januar 1916 steht sie nur noch auf 80 %. Ein Jahr darauf hatte sie weitere 10 % eingebüßt. Die Vereinigten Staaten traten in die Reihe unserer Feinde ein. Die Mark beginnt rapider zu stürzen. Ende Juli 1917 steht sie in Zürich nur noch auf 53 %; auf dieser Höhe hält sie sich dort bis zum November, während sie an anderen ausländischen Plätzen noch weiter sinkt. Dann aber tritt eine jähe Wendung aufwärts ein, gleichzeitig mit den Erfolgen in Oberitalien, vor allem aber seit dem Siege der Bolschewisten in Rußland und ihrem Friedensangebot. Zur Jahreswende hat sich der Kurs in Zürich auf 70 % erholt, in Amsterdam sogar auf 76 %. Dann bröckelt er etwas ab, um bei Beginn der großen Offensive in Frankreich Anfang März 1918 ungefähr dieselbe Höhe wieder zu erreichen. Aber gleich danach setzt eine neue Abwärtsbewegung ein. Während wir glaubten, es gehe dem siegreichen Ende zu, sinkt der Kurs im April auf 66, im Mai auf 63, im Juni auf 56, im Juli auf 54 %. In den folgenden Wochen verhält sich die Bewegung nicht einheitlich; Anfang Oktober aber erfolgt als deutliche Wirkung unseres Waffenstandsangebotes, obgleich wir hiermit unsere Unterlegenheit bekennen, eine entschiedene Aufwärtsbewegung. Man glaubte im neutralen Ausland, daß der Friede und damit die Wiederkehr gesunder Zustände vor der Tür stände. Die Mark hob sich auf annähernd 60 %, an einzelnen Plätzen sogar darüber. Dies war das letzte Aufflackern der Hoffnung, daß die Mark die alte Goldparität wieder erreichen könne. Die Waffenstillstandsbedingungen und der politische Umsturz

[1] Bis Ende 1919 nach der graphischen Darstellung in der Sammelmappe der Außenhandelsstelle Nr. 448 wiedergegeben.

offenbaren, daß Deutschland zusammengebrochen ist. Von da an beginnt die Mark in steiler Kurve, fast ohne Unterbrechung, zu sinken. Ende Dezember steht sie auf 48 %, Ende Mai auf 30. Der Juni bringt eine kleine Besserung. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags setzt ein noch jäherer Sturz ein. Im September ist die Mark auf 20 % gesunken, zu Ende des Jahres auf 10 %, und heute hat sie nur noch 5 % ihres früheren Wertes. Ende Januar war sie infolge einer besonderen Panik sogar auf 4½ % gestürzt. In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß man in Zürich für 100 Mk. statt 123½ Franken nur noch 6⅕ Franken zahlt; in Deutschland gibt man für 100 Franken, die in Friedenszeiten zu 81 Mk. zu haben waren, 1620 Mk.

Welche Heiterkeit erweckte es in harmlosen Gemütern, als vor einigen Monaten erzählt wurde, daß die österreichische Valuta so gesunken sei, daß eine schweizerische Mineralwasserfabrik die Kronenscheine als Etiketten verwende. Heute ist die Mark auf diesem Standpunkt angelangt. Die Mark steht heute verhältnismäßig sogar erheblich schlechter als die tschecho-slowakische Krone.

Die deutsche Regierung war während des Krieges bemüht, dem Sinken unserer Valuta nach Möglichkeit Einhalt zu tun. Die Einfuhr von Waren wurde aufs äußerste beschränkt, größtenteils ganz verboten. Alle Zahlungsmittel auf das Ausland wurden gemäß der im Kriege erlassenen Devisenordnung der Kontrolle der Reichsbank unterstellt. Im Reichsamt des Innern war eine Einfuhrkommission tätig, die aufs strengste bedacht war, die Wareneinfuhr mit dem Vorrat an Devisen in Übereinstimmung zu bringen. Selbst auf die Einfuhr dringend erwünschter Lebensmittel wurde manchmal aus Valutarücksichten verzichtet. Anderseits gaben wir in beträchtlichem Umfange Waren an das Ausland ab, wie Kohlen und andere wichtige Güter, um uns Guthaben im Auslande zu schaffen. Handels- und Kreditabkommen mit neutralen Ländern wie der Schweiz, Holland und den skandinavischen Ländern unterstützten diese Politik.

Die bisher betrachteten Devisenkurse geben nur die *auswärtige* Bewertung unseres Geldes wieder. Noch viel wichtiger aber für uns waren die Änderungen, die der *inländische* Geldwert erfuhr. Leider sind wir nicht in der Lage, die Bewegung der Kaufkraft des Geldes im Inlande so genau zu messen wie die der äußeren Kurse. Eine genügend umfassende Index-Berechnung besitzen wir in Deutschland nicht. Die Preiserhöhung der verschiedenen Bedarfsgüter zeigt große Abweichungen; manche Dinge sind auf das 20—30fache ihres

Friedenspreises gestiegen, andere nur auf das Doppelte. Man wird sagen dürfen, daß die Kosten des gewöhnlichen Lebensunterhaltes, wenn auf frühere Luxusgenüsse verzichtet wird, auf annähernd das Fünffache des Friedensbetrages gestiegen sind.

Wie ist nun diese Entwertung des Geldes zu erklären? Die beiden Phänomene, die ungeheure Vermehrung der Zirkulationsmittel und die unerhörte Steigerung der Preise, stehen offenbar in innigem Zusammenhang miteinander. Nach einer verbreiteten Anschauung hat die Vermehrung des Geldes die Schuld an der Teuerung. In der Volkswirtschaftslehre hat diese Ansicht ihren Ausdruck gefunden in der Quantitätstheorie, wonach die Höhe der Preise durch die Menge der Zahlungsmittel bestimmt wird. Die Gesamtheit der Zahlungsakte teilt sich in die Summe der Zahlungsmittel; je größer die letztere, ein um so höherer Betrag entfällt auf die einzelne Zahlung, d. h. um so höher ist der Preis. Auch für die Metallwährung beansprucht die Quantitätstheorie Geltung, und sicher wird man ihr gerade für die Metallwährung einen berechtigten Kern nicht absprechen können. Das geht schon aus der einfachen Überlegung hervor, daß der Wert des Goldgeldes auf ein Minimum sinken müßte, wenn man den Stein der Weisen erfände und Gold so gemein wie Kiesel würde. Aber mit Unterlegung einer absurden Annahme läßt sich die tatsächliche Tragweite wirtschaftlicher Theorien nicht ermessen. Die wirkliche Bewegung der Preise kann durch die Quantitätstheorie nur zu gewissem Teil erklärt werden. Man muß versuchen, eine lebendige Anschauung von den Wirkungen einer Vermehrung der Geldmetalle, zum Beispiel des Goldes, zu gewinnen. Erhöhte Goldproduktion bedeutet: vermehrte Festlegung wirtschaftlicher Kräfte für diesen Zweck, Steigerung der Nachfrage nach Konsumgütern seitens der Goldproduzenten, beides preishebende Umstände, ferner erhöhte Ansammlung von Gold bei den Zentralbanken, Senkung des Diskonts, Anstoß zu lebhafterem Geschäftsgang, der gewöhnlich zu steigenden Löhnen und infolge davon zu erhöhten Preisen führt. Diese Einflüsse sind sicherlich vorhanden, vermischen sich aber mit anderen Kräften, gegen die die im Sinne der Quantitätstheorie denkbaren Wirkungen unter Umständen sehr in den Hintergrund treten.

Äußerlich stellt sich die Bewegung der Preise als Ergebnis der wirtschaftlichen Kämpfe dar, die zwischen den verschiedenen Interessengruppen, sich fortgesetzt abspielen. Jeder sucht seinen Verdienst zu mehren. Diese Kämpfe führen in ständigem Wechsel bald zur Ver-

besserung, bald zur Verschlechterung für die einzelne Gruppen. Das Ergebnis ist aber nicht ein Verharren der Preise auf einer gleichbleibenden Durchschnittslinie, indem etwa eine heutige Erhöhung morgen durch Herabsetzung kompensiert würde: vielmehr pflegt die Gewerbegruppe, der der Rohstoff oder das Arbeitsgerät verteuert wird, sich dadurch schadlos zu halten, daß sie für ihre eigenen Erzeugnisse den Preis hinaufsetzt. Diesem Beispiel folgen andere, und so schrauben sich die Preise ringsumlaufend allmählich höher.

Ihren inneren Grund hat die Bewegung der Preise in den Schwankungen der Produktionskosten und der Konjunktur. Die preiserhöhenden Umstände wirken aber im allgemeinen nachhaltiger als die preiserniedrigenden. Gibt zum Beispiel eine Steigerung der Produktionskosten den Anstoß zur Erhöhung für bestimmte Erzeugnisse, so überträgt sich diese Bewegung in der geschilderten Weise leicht auf andere Zweige; auch deren Erzeugnisse steigen im Preise, dies kann auf den primär beteiligten Produktionszweig derart zurückwirken, daß er seine Preise nicht wieder auf das alte Niveau zurücksetzt, wenn der Grund der Preiserhöhung erloschen ist. Besonders wegen der sekundären Wirkungen, die eine Preisänderung auf andere Preise und damit auf das allgemeine Lohnniveau ausübt, unterliegt die Bewegung der Preise abwärts dem Gesetz der Trägheit stärker als die Aufwärtsbewegung.

Das starke Rückgrat dieser nach oben gerichteten Tendenz ist in den Arbeitslöhnen zu suchen. Die Steigerung der Arbeitslöhne ist gewöhnlich das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen von ausgeprägt persönlichem Charakter. Eine Wiederherabsetzung des Lohnes macht böses Blut; der Arbeitgeber wird sich hierzu nur im Notfall entschließen und es im allgemeinen vorziehen, sich Ersatz durch Preisaufschlag für seine Produkte zu verschaffen. Die Arbeitslöhne als wichtiges Element der Produktionskosten führen die Preise der Waren allmählich aufwärts.

Bei Metallwährung kann diese Tendenz sich nur insoweit auswirken, als das Metallgeld zur Zahlung der höheren Löhne und Preise ausreicht. Diese Schranke der Geldverfassung kann jedoch durch Entwicklung des unbaren Zahlungsausgleiches weit hinausgeschoben werden.

So wollen wir der Quantitätstheorie zugestehen, daß ein metallische Geldverfassung um jene säkulare Erhöhungstendenz einen Reif legt; dieser Reif ist aber nicht starr, sondern elastisch.

Bei einer ungebundenen Papierwährung kann sich dagegen jene

Tendenz unbeschränkt austoben. Ich deute damit meine Ansicht über die Anwendung der Quantitätstheorie auf unsere jetzigen Verhältnisse bereits an. Allerdings erscheint diese Theorie gerade jetzt auf den ersten Blick sehr plausibel. Ist nicht die ungeheuere Geldvermehrung, diese „wahnwitzige Inflation“ doch schuld an der furchtbaren Teuerung? Müssen die Preise nicht steigen, wenn das Land derart mit Papiergeld überschwemmt wird?

Diese Auffassung wird jedoch dem wirklichen Gange der Ereignisse nicht gerecht. Man darf sogar sagen, daß die Quantitätstheorie in ihrer eigentlichen Formulierung[1] das ursächliche Verhältnis auf den Kopf stellt. Vergegenwärtigen wir uns doch die tatsächlichen Entwicklung! Sie ist uns allen ja noch in lebhafter Erinnerung. Gleich nach Kriegsausbruch zogen die Preise für Lebensmittel an. Die Heeresverwaltung trat als riesige Käuferin auf. Um den Preis wurde nicht ängstlich gefeilscht; alles war auf den baldigen Sieg eingestellt. Von Kriegslieferanten wurden bald große Gewinne erzielt, die ihre Rückwirkungen auf das Niveau der Preise und Löhne ausüben mußten. Das sind Vorgänge, die sich bisher noch in jedem Kriege abgespielt haben. Allmählich tritt aber auch eine empfindliche Knappheit an Waren ein, die im Laufe der Jahre zu einem immer drückenderen Mangel wird. Die Herausziehung von Millionen von Männern, die immer umfassendere Einstellung aller nationalen Kräfte für den Krieg, die Absperrung vom Auslande tun ihre Wirkung. Der Kampf um die täglichen Bedarfsgüter, insbesondere um die Lebensmittel, wird immer schärfer. Der Krieg zwingt den Staat zu immer riesigeren Ausgaben, die durch die zunehmende Teuerung noch erhöht werden. Außer den Kriegsanleihen muß das Reich gewaltige Beträge von Schatzwechseln durch die Reichsbank diskontieren lassen. Ungeheuer schwillt der Besitz an Kriegsanleihen und sonstigen Guthaben gegen das Reich im Volke an. Breite Schichten, nicht nur die großen Kriegsgewinnler, haben das Gefühl, im Gelde zu schwimmen, und um so geringer wird der Widerstand gegen die Preiserhöhung. So steigen Preise und Löhne immer höher.

Nach dem Zusammenbruch setzt sich die Bewegung fort. Die Blockade hält noch lange an. Das Reich ist zu arm und schwach geworden, als daß es den Mangel im Inlande durch Einfuhr hätte ersetzen können. Die Arbeitszeit wird verkürzt, die Arbeitslöhne schnellen empor, die Produktionskosten in der Landwirtschaft, im

[1] indem sie behauptet, die Geldvermehrung habe die Preiserhöhung verursacht.

Gewerbe und Bergbau steigen außerordentlich; der Mangel wird schlimmer, vor allem an Kohle, Kleidung, Metallen und Baustoffen. Infolgedessen wird das Reich, trotzdem der Krieg aufgehört hat, zu ungeheuren Ausgaben weiter genötigt.

Aus diesen Einwirkungen auf Angebot und Nachfrage ergab sich die Teuerung. Selbstverständlich wurde diese Entwicklung unterstützt, ja überhaupt nur möglich durch die ungemessene Ausgabe von Papiergeld. Es wäre aber ganz falsch, hierin den treibenden Grund der Teuerung zu suchen. Relativ, d. h. im Verhältnis zum Bedarf, ist die Zunahme des Papiergeldes gar nicht so groß gewesen. Der Bedarf an Zirkulationsmitteln ist seit Kriegsausbruch ganz gewaltig gestiegen. Das Heer gebrauchte riesige Mengen an barem Gelde. Die militärischen Erfolge dehnten das Umlaufsgebiet unserer Währung aus. Die Steigerung der Warenpreise und Löhne beanspruchte wachsende Mengen an Zahlungsmitteln. Immer größere Geldmengen versickerten bei Arbeitern, kleinen Händlern und Bauern, die nicht daran gewöhnt waren, ihre Zahlungsgeschäfte möglichst durch die Bank vermitteln zu lassen. Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes nahm ab. Als die politische Lage unsicher wurde, namentlich nach dem Umsturz, wurde Geld in großen Beträgen gehamstert; riesige Summen wurden in das Ausland geschafft; auch die Ausländer selbst legten zu spekulativen Zwecken große Beträge fest. Man schätzt, daß sich im Auslande 15—20 Milliarden unseres Papiergeldes befinden.

So beanspruchten Staat und Volk eine immer größere Menge von Papiergeld, und auch das Ausland absorbierte immer mehr davon. Die Reichsbank hatte Not, mit dem steigenden Bedarf Schritt zu halten.

Nicht der Überfluß an Geld trieb die Preise in die Höhe, sondern die Preise stiegen infolge der Knappheit und der erhöhten Kaufkraft im Volke, und dies zog einen erhöhten Geldbedarf nach sich (der im übrigen auch durch andere Momente gesteigert worden ist). Wenn die Ausgabe von Papiergeld diesem Bedürfnis nicht entsprochen hätte und ein Mangel an Zirkulationsmitteln fühlbar geworden wäre, so hätte dies sofort zu ganz unerträglichen Zuständen geführt. Von den Besitzenden würde Geld im größten Maßstabe angesammelt und zurückgehalten worden sein. Unter den allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedingungen Deutschlands war die Vermehrung der Zirkulationsmittel eine absolute Notwendigkeit; ein Mangel an ihnen durfte nicht fühlbar werden.



Zu den Faktoren der Preiserhöhung gehörte, wie ich bereits bemerkte, auch die Steigerung der Kaufkraft im Volke. Diese Steigerung ergab sich aber nicht etwa aus der Vermehrung des Geldes, sondern daraus, daß infolge des Krieges breite Schichten der Bevölkerung ihren Verdienst vermehrt hatten. Infolge der Kriegsbeschaffungen zu hohen Preisen hatte das Reich in Form von Kriegsanleihen einen neuen Kapitalbesitz von vielen Milliarden geschaffen und hierdurch bewirkt, daß bei dem Kampf um die Waren immer höhere Preise gezahlt werden konnten. Es war eine bedauerliche Unterlassung der Finanzverwaltung, daß die vom Reich geschaffene neue Kaufkraft nicht alsbald zu größerem Teile wieder weggesteuert wurde, wie dies in England geschehen ist; anderenfalls hätten die Preise während des Krieges nicht so hoch klettern können.

Daß die Quantitätstheorie die Entwicklung der Preise, also die Entwertung des Geldes seit dem Kriegsausbruch nicht befriedigend zu erklären vermag, geht auch schon aus der Überlegung hervor, daß die baren Zahlungen nur einen verhältnismäßig geringen Teil des gesamten Zahlungsausgleiches darstellen.

In die geschilderte Entwicklung griff nun aber die Bewegung des Außenwertes, die Entwicklung der Devisenkurse ein, die zunächst für sich erklärt werden muß.

Es kommen hierfür besonders drei Momente in Betracht. Zunächst die Rücksicht auf den augenblicklichen Wert des Geldes im Inlande. Wenn das Ausland deutsche Markwechsel annimmt oder kauft, so fragt es selbstverständlich nach der Kaufkraft, die die Mark in Deutschland hat. Wenn die Kaufkraft niedrig ist, wenn also bei uns die Preise hochstehen, so muß darunter auch der Wechselkurs leiden. Das Ausland fragt aber nicht nur nach dem gegenwärtigen Geldwert, sondern urteilt auch über die künftige Entwicklung. Denn große Mengen von Devisen sind im ausländischen Besitz, die nicht von heute auf morgen abgestoßen werden können. Es wird daher nach dor voraussichtlichen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gefragt. Je ungünstiger unsere Zukunft eingeschätzt wird, um so tiefer müssen die Kurse sinken. Sehr wichtig ist dann schließlich die Gestaltung der internationalen Zahlungsbilanz, die ja früher, im Verkehr Deutschlands mit anderen Goldwährungsländern, den Hauptfaktor der Valutaschwankungen bildete. Je ungünstiger das Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr und je reichlicher aus sonstigen Gründen deutsche Devisen angeboten werden, um so mehr wird der Kurs gedrückt.

Obgleich selbstverständlich eine Ausgleichungstendenz zwischen dem Außen- und Binnenwert vorhanden ist, so fallen die beiden Bewegungen doch keineswegs zusammen. Das Verhältnis zwischen ihnen hat ganz besonders im Laufe des letzten Jahres höchst bemerkenswerte Wandlungen durchgemacht. Zu Anfang des Krieges war der äußere Kurs im allgemeinen weniger zurückgegangen als der innere Wert. Die Preise waren bei uns durchschnittlich schon auf das Doppelte gestiegen, während der äußere Kurs nur 30 bis 40 % verloren hatte. Wer damals in das neutrale Ausland fuhr, hatte die Möglichkeit, dort mit Markvaluta billiger einzukaufen als in Deutschland.

Hierin ist im Laufe des letzten Jahres, besonders seit vorigem Sommer, eine jähe Wendung eingetreten. Der auswärtige Kurs ist heute viel schlechter als der innere Geldwert. Dieser steht augenblicklich durchschnittlich auf etwa 20 % des Friedenswertes, während der Wechselkurs nur noch 5 % beträgt. Das Mißverhältnis ist um so größer, als ja auch im Ausland die Preise sehr gestiegen sind, also auch der ausländische Geldwert gesunken ist. Die Wandlung in dem Verhältnis zwischen Außen- und Binnenwert erklärt sich einmal aus der unheilvollen Entwicklung unserer Zahlungsbilanz. Die haushälterische Valutapolitik des geschlossenen Staates, die während des Krieges getrieben wurde, konnte nach dem Waffenstillstand nicht mehr fortgesetzt werden. Wir waren nicht mehr Herr unserer Grenzen; aus den besetzten Gebieten strömten ungeheure Mengen von Waren ein, die größtenteils keinem notwendigen Bedarf, weder des Konsums noch der Produktion, dienten. Vom März bis zum Oktober sollen durch das Loch im Westen für 17 Milliarden Mk. Waren eingeführt worden sein, darunter allein für 4 Milliarden Mk. Tabak und Zigaretten. Die Blockade hörte auf, die Devisenordnung wurde aufgehoben, auch bei der legalen Einfuhr wurde nicht mehr so streng gefragt, ob die Waren unbedingt notwendig seien. Die Einfuhr von Kaffee, Apfelsinen usw. wurde in großem Umfange zugelassen, statt unsere Zahlungskraft ausschließlich auf die Einfuhr von unentbehrlichen Lebensmitteln und notwendigen Rohstoffen für unsere Landwirtschaft und Industrie zu beschränken. Unsere Ausfuhr wurde durch die Störungen unseres Wirtschaftslebens stark beeinträchtigt. So ergab sich aus dem Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr eine riesige Mehrforderung des Auslandes.

Äußerst ungünstig wirkte auf die Zahlungsbilanz die Flucht

deutschen Geldes ins Ausland ein, mochte sie aus Furcht vor der Steuerschraube oder vor unserm völligen Zusammenbruch, vor dem Gespenst des Staatsbankrotts erfolgen. Je kräftiger die Steuergesetze Vermögen und Einkommen zu fassen suchten, um so größer scheint die Kapitalflucht geworden zu sein. Die Defraudanten suchten im Auslande oder mit ausländischen Helfern im Inlande ihren Markbesitz in fremde Werte einzuwechseln. Die Folge davon war ein riesiges Überangebot an deutschen Devisen.

Noch verhängnisvoller war der Umschwung in dem Vertrauen, das das Ausland unserem Lande beimißt. Selbst noch einige Monate nach dem Umsturz stand der Außenkurs im Verhältnis zum inneren Geldwert günstig. Das neutrale Ausland war fest überzeugt, daß das deutsche Volk, das so Gewaltiges im Kriege geleistet hatte, aus der Katastrophe sich schnell wieder in die Höhe arbeiten würde. Die Ausländer konnten sich nicht vorstellen, daß sich solch ein Wandel in Deutschland vollzogen haben sollte. Dann aber erhielten sie Gelegenheit, sich mehr und mehr von den Zuständen bei uns zu überzeugen. Entsetzt fragten sie: ist dies dasselbe Land, dasselbe Volk, wo dereinst Fleiß und Redlichkeit herrschten und wo sich nun die Korruption breit macht und die Arbeitsscheu prämiiert wird? Das Ausland wurde pessimistisch und begann zu glauben, daß Deutschland vor völligem Ruin nicht mehr zu bewahren sei. Dies ungünstige Urteil über Deutschlands Zukunft wurde selbstverständlich gestärkt durch die furchtbaren Opfer und Verpflichtungen, die uns der Versailler Friedensschluß auferlegt.

Sehr merkwürdig ist im Gegensatz zu dem Schicksal unserer Mark das Verhältnis zwischen dem Außen- und Binnenwert des russischen Rubels. Während der Rubel in Rußland kaum noch die frühere Kaufkraft einer Kopeke hat, gibt man in Stockholm für 1000 Dumarubel noch 70 Kronen = 79 Mk. Gold, für Zarenrubel sogar 200 Mk. Gold. Der Binnenwert des Rubels beträgt daher nur 1 %, während selbst der Dumarubel im Auslande noch 3 % seines früheren Wertes besitzt. Offenbar kommt hierin das Vertrauen auf die unverwüstlichen natürlichen Kräfte dieses riesigen Agrarlandes zum Ausdruck.

Fragen wir uns nunmehr nach den Folgen unserer Valutaentwertung! Zunächst muß betont werden, daß die Entwertung des Geldes an und für sich keine Verringerung unseres Volksvermögens bedeutet. Sie führt zu gewaltigen Verschiebungen zwischen den einzelnen Individuen und Klassen unseres Volkes, im ganzen aber wird

das Volk unmittelbar dadurch nicht ärmer. Die für die Volksgesamtheit schädlichen Wirkungen ergeben sich nicht so aus dem Tiefstand der Valuta wie vielmehr aus ihrer Unfestigkeit, aus ihren großen Schwankungen.

Besonders beklagt wird die Geldentwertung selbstverständlich von allen Besitzern von Forderungsrechten, die unter früheren Verhältnissen begründet waren, den Inhabern von Rentenansprüchen, den Eigentümern von Hypotheken, von Obligationen, also auch von Reichs- und Staatsanleihe. Überaus zahlreiche Angehörige des Mittelstandes, aber auch der Arbeiterschaft werden hierdurch hart betroffen. Die Sparkassen, Genossenschaften, die Landesversicherungsanstalten, also die Trägerinnen der Alters- und Invalidenversicherung, haben große Verluste erlitten und mit ihnen Millionen von Personen, die hinter diesen Einrichtungen stehen. Es kommt hierbei nicht nur der Kursrückgang der Kriegsanleihen und sonstigen Obligationen in Betracht, sondern viel mehr noch die geringere Kaufkraft der aus ihrer Verzinsung vereinnahmten Gelder.

Für alle Schuldverpflichtungen aus früherer Zeit bedeutet die Geldentwertung dagegen eine entsprechende Erleichterung. Der Landwirt zum Beispiel hat an seinen Hypothekenzinsen weniger schwer zu tragen, wenn die Preise seiner Produkte nicht nur absolut steigen, sondern auch im Verhältnis zu den Produktionskosten, wenn also der Reinertrag seines Betriebes sich vergrößert und hierdurch die Entwertung des Geldes ganz oder auch nur zum Teil ausgleicht. In grandiosestem Maße kommt diese Schuldentlastung dem größten Schuldner im Lande, dem deutschen Reichsfiskus, zustatten. Infolge der Dehnung aller Wertverhältnisse fließen auch seine Einnahmen, vor allem die Steuern, ergiebiger; die Zinsen- und Tilgungslast dagegen bleibt unverändert. Wenn die Einnahmen des Reiches gleichen Schritt hielten mit der Erhöhung der Preise, so würden die 200 Milliarden Reichsschulden nicht drückender sein als nach früherem Maßstabe 40 Milliarden, und wenn sich der innere Geldwert und die Reichseinnahmen dem Außenkurs anpaßten, so würde die Schuldenlast nach ehemaligem Begriff nur einem Betrage von 10 Milliarden entsprechen.

Eigentümliche Wirkungen übt die Papierwährung auf die Finanzpolitik aus. Im Zeichen der Goldwährung konnte sich der Finanzminister gegenüber den Forderungen der Ressorts hinter dem Argument des friderizianischen Marginalbescheides verschanzen: Non habeo pecuniam, ich habe kein Geld. Heute hat dies Wort seine

Beweiskraft, sogar seinen Sinn verloren. Früher war das Geld ein fester, realer Begriff; da hieß es, sich nach der Decke strecken. Heute gibt es das gar nicht, daß es kein Geld gibt. Es kann ja unbegrenzt gedruckt werden. Für Erwerbslosenfürsorge, für verlustbringende Abgabe teurer ausländischer Nahrungsmittel zur Verbilligung der Lebenshaltung werden Milliarden schlank bewilligt. Begrenzt dagegen, sogar sehr begrenzt ist heute die Gütererzeugung, die der Nahrung, Kleidung und allem sonstigen Bedarf des Volkes dient. Geld ist eine Anweisung auf eine Quote an diesen Gütern. Geld ist der Verteilungsschlüssel. Je mehr Geld die einen an sich bringen oder je mehr Geld vom Staate für bestimmte Zwecke bewilligt wird, desto kleiner wird die Quote für die übrigen. Für staatliche Geldausgaben gilt daher heute erst recht, daß sie weniger nach fiskalischen Gesichtspunkten als vielmehr nach ihren allgemeinen volkswirtschaftlichen und sozialen Wirkungen erwogen werden müssen.

In den Beziehungen zum Ausland äußert sich die Geldentwertung hauptsächlich nach folgenden Richtungen:

Der Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande erfährt eine Verteuerung, die um so drückender wirkt, je tiefer der Außenwert unter den Binnenwert des Geldes sinkt. Was dies für unser Volk in der jetzigen Lage bedeutet, bedarf keiner Ausführung.

Das Mißverhältnis zwischen dem Außenkurs und dem inneren Geldwert hat anderseits die Warenausfuhr aus Deutschland außerordentlich erleichtert. Mit 100 Franken kann der Schweizer für 2000 Mk. Waren bei uns kaufen. Deutschland ist für das Ausland das billigste Land geworden. Keine andere Erscheinung hat uns in den letzten Monaten so erschreckt wie der sogenannte Ausverkauf Deutschlands. Unser Land, das so arm an Bedarfsgütern geworden ist, muß zusehen, wie selbst Kleidungsstoffe und Schuhwerk in großen Mengen exportiert werden, und wie sogar Getreide und Vieh in unheimlichem Umfang über die Grenze geschmuggelt werden. Es handelt sich aber nicht nur um einen Ausverkauf von Vorräten aus früherer Zeit, sondern es scheint sich überhaupt der künftige Verkehr mit dem Auslande auf der Grundlage einrichten zu wollen, daß uns teure Rohstoffe zugeführt werden, die wir als Fabrikate billig wieder abgeben — ein Veredelungsverkehr, in dem die Versklavung des deutschen Volkes zum Ausdruck gekommen ist, noch ehe die eigentliche Ausführung des Versailler Friedens recht begonnen hat. Es ist heute zum Beispiel möglich, Seide zu unerschwinglich scheinenden Preisen zu importieren, und trotzdem sind die daraus hergestellten Erzeugnisse

exportfähig. Dies ist möglich, weil die Verarbeitung des Rohstoffes in Deutschland mit Kohle und menschlicher Arbeitskraft erfolgt, die im Vergleich mit dem Ausland, im Verhältnis zu den Devisenkursen billig sind. Denn so sehr die Löhne gestiegen sind, so viel über „unvernünftige" Lohnforderungen der Arbeiter geklagt wird, in Wirklichkeit sind die Löhne niedrig. Der Arbeiter kann sich für seinen Lohn lange nicht so viel leisten wie in früherer Friedenszeit. Selbstverständlich gibt dies dem Arbeiter nicht das Recht, sich als besonderen Märtyrer zu fühlen; viele andere haben unter der Geldentwertung noch mehr gelitten. Im übrigen beruht der niedrige Arbeitslohn auch darauf, daß im Verhältnis zum Außenwert unseres Geldes — ich betone dies — die Lebensmittel, wenigstens die amtlich zugeteilten, billig sind. Die amtlichen Preise, wie sie zuletzt bestanden, waren auch niedrig im Verhältnis zu den Produktionskosten.

So droht uns der „Ausverkauf" bettelarm zu machen. Es ist dies eine Gefahr, die allgemein mit Papierwährung oder, genauer gesagt, mit starkem Weichen der Wechselkurse verbunden ist, wenn der innere Geldwert in der rückläufigen Bewegung ein langsameres Zeitmaß innehält. Schon vor 100 Jahren schrieb Heinrich Rau[1]:

> „Solange das Sinken des Papieres gegen Münze noch fortwährt, ist es begreiflich, daß die Preise der Waren nicht schnell genug dieser Veränderung folgen können" .... „Die Folge .. ist, daß .... inländische Waren von Fremden um einen allzu niedrigen Preis gekauft werden können, bei dem zwar nicht gerade die Verkäufer, aber wegen des zu geringen Lohnes die Arbeiter, die Erzeuger von Nahrungsmitteln und dergleichen, verlieren."

Wie hat früher das Sinken der Papierrubels, der Sturz der Silberrupie Getreide aus Rußland, aus Indien herausgesogen! Man pflegte zu sagen, die Ausfuhr aus jenen Ländern beruhe weniger auf tatsächlichem Überschuß als auf der Unterernährung des Hindubauern und des russischen Mushiks.

Wir suchen uns dieser Kalamität zu erwehren, indem wir darauf gehalten, daß an Ausländer möglichst mit Valutazuschlägen verkauft wird. Eine weite Spannung bleibt aber dennoch zum Schaden unserer Volkswirtschaft bestehen.

Selbstverständlich muß der Export unsere Inlandspreise in die Höhe treiben. Es besteht somit eine ständige Ausgleichungstendenz

[1] Lehrbuch der politischen Ökonomie, 2. Bd., S. 420.



zwischen dem Außen- und Binnenwert des Geldes. Solange aber unsere allgemeine volkswirtschaftliche und finanzielle Lage sich nicht bessert, ist zu befürchten, daß die Außenkurse dem inneren Geldwerte in der Abwärtsbewegung weiter vorausgehen.

Auf ähnliche Weise wie der Warenausverkauf wird auch der Übergang deutscher Vermögenswerte, immobiler und mobiler Werte, an das Ausland begünstigt. Das Eindringen ausländischen Kapitals in unsere Aktiengesellschaften, das bis zu einer gewissen Grenze insofern erwünscht sein kann, als das Ausland dadurch an der Wiederkräftigung unserer Wirtschaft interessiert wird, kann zu einer Gefahr werden, wenn es zur dominierenden Macht wird. Gegen diese sogenannte Überfremdung suchen sich die Gesellschaften durch Ausgabe von Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht in gesichertem deutschen Besitz oder durch andere Maßnahmen zu schützen. Trotzdem werden wir anscheinend nicht dem Schicksal entgehen können, daß bedeutende Teile des deutschen Bodens und zahlreiche gewerbliche Unternehmungen gegen ein viel zu billiges Entgelt unter die Gewalt der Fremden kommen.

Sehr empfindlich ist auch die Erschwerung der Auswanderung durch den Valutasturz. Wie die Dinge bei uns nun einmal liegen, ist es begreiflich, wenn Hunderttausende und Millionen junger strebsamer Männer sich aus der Engigkeit und dem grauen Elend der Heimat hinaussehnen, um in der Fremde ihr Glück zu begründen. Aber mit welchen Kosten ist heute eine Reise über den Ozean verknüpft! Und wenn der Auswanderer vielleicht mit 20000 Mk. drüben ankommt, so gilt diese Summe dort nur 250 Dollars. Nach wenigen Wochen ist er am Ende seiner Mittel.

Doch es kann hier nicht meine Aufgabe sein, alle materiellen Wirkungen der Geldentwertung zu erschöpfen. Aber vergessen dürfen wir nicht das furchtbare ethische Unheil, das aus der Bewegung der Preise und Valutakurse entspringt, die wilde Spekulation, die Unsolidität, die immer mehr in Handel und Wandel einreißt, das Schiebertum, das seinen Nährboden in der ohnehin vorhandenen Teuerungstendenz findet und dadurch die Teuerung noch verschlimmert.

Kurzum, es sind traurige, ja unleidliche Zustände. Parlament und Regierung, Theoretiker und Praktiker zerbrechen sich die Köpfe über den Ausweg. Wäre es nicht das beste, den Sprung in eine ganz andere Ordnung zu wagen, in den Kommunismus, der uns von allen Sorgen und Leiden dieser (wie es scheint) unrettbar verfahrenen Privatwirtschaft zu befreien verspricht. Sind wir dem

Kommunismus nicht schon durch die Geldentwertung praktisch nahegerückt. Ein Mann, der eine Million Kriegsanleihe besitzt, ist nach Rechnung des ausländischen Valutastandes und unter Berücksichtigung des Kursverlustes dieser Papiere nicht reicher als der Besitzer von 40 000 Mk. in früherer Friedenszeit und auch dies nur insoweit, als ihm der Reichsfinanzminister sein Geld nicht abnimmt. Ist dies nicht schon Verwirklichung des Kommunismus? Ja, dies wäre gut und schön vom Standpunkt des Ideals, daß jeder nur vom Ertrag seiner Arbeit leben soll. Aber wir wissen: gleichzeitig hat sich ein ungeheurer neuer Besitz gebildet, großenteils in erheblich weniger reinen Händen als der alte zerstörte Besitz. Es ist begreiflich, wenn man beim Anblick der Kriegs- und Revolutionsgewinnler kommunistische Anwandlungen empfindet.

Indessen (von allem anderen abgesehen): würde der Kommunismus das Geld abschaffen können? Wie sollen die unzähligen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Millionen Subjekten einer kommunistischen Ordnung geregelt werden ohne den Jahrtausende alten Regulator des Geldes. Wie will man zum Beispiel die Millionen von Kleinbauern bewegen, über den Bedarf ihrer Familie und Wirtschaft hinaus zu produzieren, wenn die Aufhebung der Geldwirtschaft sie der Möglichkeit beraubt, ihr Vermögen zu mehren und für ihre Kinder zu sparen? Mag sein, daß im Laufe der Zeiten diese Probleme gelöst werden. Jetzt würde die Beseitigung des Geldes das Chaos und eine ungeheure Minderung der Produktion herbeiführen. Solange aber Geld besteht, wird sich immer wieder neuer Reichtum bilden, wenn auch der alte guillotiniert wird. Selbst der konsequenteste kommunistische Praktiker, Lenin, hat dies nicht verhindern können. Auch im Räte-Rußland ist das Geld nicht abgeschafft, und wenn sich die Schleier lüften, wird man staunen, was dort Spekulanten, Schieber und Wucherer an sich gebracht haben. Auch in Lenins Reich prassen die einen, während die anderen darben. Der Wolga-Kaviar will gegessen sein.

Ohne Geld wird die Volkswirtschaft für absehbare Zeit nicht bestehen können. Wir müssen daher suchen, uns mit ihm erträglich einzurichten.

Für die Reform kommen zwei Ziele in Frage: die Festigung und die Erhöhung des Geldwertes. Daß das erste anzustreben ist, kann nicht zweifelhaft sein. Bezüglich der Erhöhung gehen die Interessen und Ansichten sehr auseinander. Dem Auslande gegenüber bedeutet die Erhöhung der Devisenkurse an sich keine Bereiche-

rung unseres Volkes; worauf es ankommt, ist die Festigkeit der Kurse und die unter dieser Voraussetzung unausbleibliche Ausgleichung des Außenwertes mit dem Binnenwert unseres Geldes. Im inneren Verkehr ist an der Erhöhung des Geldwertes natürlich der Besitzer von Staatsanleihen und sonstigen Forderungen interessiert. Dem älteren Besitz gegenüber ist es ja auch recht und billig, auf eine Verbesserung des Geldwertes hinzuwirken. Hierbei ist aber zu beachten, daß daraus auch der neue Besitz Vorteil zieht, der bei niedrigem Geldwert begründet ist, und im übrigen alle Schuldner benachteiligt werden, deren Verpflichtungen aus den letzten Jahren herrühren, an erster Stelle das Reich. Der Ausgleich zwischen diesen widerstreitenden Interessen kann daher nur auf mittlerer Linie erwünscht sein. Eine Rückkehr der Mark zu dem Münzfuß unserer ehemaligen Goldwährung kann nicht und darf nicht angestrebt werden. Eine Devalvation bei späterer Rückkehr zur Gold- oder Goldkernwährung wird nicht zu vermeiden sein.

Zu einer Festigung unserer Valuta fehlen augenblicklich noch die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen. Unser Schifflein schaukelt noch auf zu stürmischen Wellen. Einstweilen kommen nur Maßnahmen in Frage, die auf eine Erhöhung des Geldwertes, also auf einen Abbau der Preise hinwirken.

Es sind zahlreiche finanzpolitische und währungstechnische Aktionen vorgeschlagen oder auch schon in Angriff genommen worden. Der Erfolg erscheint mir bei allen diesen Mitteln zweifelhaft oder doch nicht durchschlagend.

Durch allerlei Steuern soll die Kaufkraft gemindert werden, die das Reich seit Kriegsausbruch geschaffen hat. Ein anscheinend zweckmäßiger Weg, wenn man berücksichtigt, daß jene Kaufkraftvermehrung zu den Faktoren zählte, die die Preise in die Höhe trieben. Indessen wird eine rückläufige Entwicklung sich bei weitem nicht so glatt vollziehen wie die Aufwärtsbewegung. Viele Produzenten und Kaufleute werden die Steuern durch Preisaufschläge abzuwälzen suchen. Vor allem aber werden die Arbeiter schwer dazu zu bewegen sein, in eine Reduktion der Löhne einzuwilligen, und die Löhne bilden nun einmal das Rückgrat der Warenpreise.

Die Steuern verfolgen ja nun aber in erster Linie den Zweck, unsere Finanzen zu sanieren, mit den unsoliden schwebenden Schulden aufzuräumen und den Reichsfiskus durch den Einklang der Einnahmen mit den Ausgaben der Notwendigkeit zu entheben, durch fortgesetzte Begebung von Reichsschatzwechseln die Notenpresse in

Gang zu halten. Wenn dies gelänge, so würde dies zweifellos einen guten Eindruck auf das Ausland machen und unsere Wechselkurse günstig beeinflussen.

Aber der Erfolg ist eben zweifelhaft. Die volkswirtschaftliche Produktion wird durch die Steuergesetze nicht gehoben. Die Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen wird nicht dadurch geändert. Die Preise werden daher weiter steigen, die zunehmende Teuerung wird den Finanzbedarf weiter erhöhen, das Reich kommt daher nicht aus dem Defizit heraus, und solange die Teuerung anhält, wird eine Einschränkung des Notenumlaufs aus dem früher dargelegten Grunde nur mit Vorsicht stattfinden können.

Es ist nicht etwa ein Unkenruf, sondern feststehende Tatsache, daß alle die neuen Steuergesetze eine weitere Preissteigerung nicht verhindern können. Die Kohlenpreise werden in kurzen Zeitabständen immer höher hinaufgesetzt, die Eisenbahntarifsätze werden am 1. März verdoppelt, eine bedeutende Erhöhung der amtlichen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse steht bevor und muß erfolgen, wenn die Produktion von Lebensmitteln nicht noch weiter sinken soll. Ein Abbau der Zwangswirtschaft liegt im dringenden Interesse der Landwirtschaft; die unvermeidliche Folge wird eine weitere ganz außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung sein. Die Steuergesetze werden vorderhand hinter dieser tatsächlichen Entwicklung einherhinken, das Defizit bleibt. Je schärfer die Steuerschraube von neuem angesetzt wird, desto schlimmer wird die Kapitalflucht werden, desto stürmischer werden deutsche Devisen auf den Markt geschleudert.

Zu allem kommen ja noch die Forderungen der Feinde, die eigentlich auf den Betrag „unendlich" lauten, so daß alle Sanierungsversuche, selbst wenn sie an sich zweckmäßig sind, keine fühlbare Erleichterung schaffen können. Optimisten hoffen ja nun allerdings, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie sie in Versailles gekocht wurde.

Wahrlich, unsere Lage ist fast verzweifelt, und es ist nicht zu verwundern, wenn ganz verwegene Projekte auftauchen, um die Situation in letzter Stunde zu retten, so von Bendixen, der nicht mehr und nicht weniger vorschlägt, als daß das Reich sich mit einem Schlage aller seiner Sorgen um Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen dadurch erledigt, daß es die Stücke anfordert und durch Anbringung eines Stempels die Talons als gleichlautende Darlehnskassenscheine, also als Papiergeld zurückerstattet. Eine Kur à la Eisenbart. Die Folge wäre, daß der Staat sich des Kredits für

absehbare Zeit begäbe und durch die riesige Vermehrung der Zirkulation, die in diesem Falle tatsächlich eine Inflation im Sinne der Quantitätstheorie wäre, die Preise noch gewaltig emporschnellen würden und damit auch der Finanzbedarf. Das Defizit wäre also doch gleich wieder da. Aber wer weiß? Die Not der Zeit wird uns vielleicht zu ganz abenteuerlichen Maßnahmen zwingen.

Eine wirkliche Gesundung unserer Währung, unserer Finanzen, unserer Volkswirtschaft können wir nur von der Wiederhebung der Produktion erwarten. Die Arbeit muß wieder zu Ehren kommen. Der Sozialismus nennt sich das Evangelium der Arbeit. Da darf ein Kautsky den Kleinbauern nicht als kulturlosen Heloten schelten, weil dessen Tage von früh bis spät durch Arbeit für seine Scholle ausgefüllt wird. Wer so spricht, ist sich des Segens der Arbeit, des inneren Glückes, das sie gewährt, nicht bewußt. „Das menschliche Leben währt 70 Jahre, und ist es köstlich gewesen, so ist es Mühe und Arbeit gewesen."

Nur durch Wiederverlängerung der Arbeitszeit, durch Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin, durch bessere Verbindung der Erwerbslosenfürsorge mit der Arbeitspflicht kann Deutschland wieder in die Höhe kommen. Manches hat sich in den letzten Monaten schon gebessert, aber von einer wirklichen Gesundung sind wir noch weit entfernt. Es scheint, als ob wir eine noch viel härtere Schule durchmachen müssen.

Die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten[1]

Von Dr. Reinhard Junge-Berlin

Inhaltsverzeichnis: I. Die ungarische Währung am 21. März S. 101—104. — II. Das ursprüngliche kommunistische Geldprogramm der Bolschewisten und die Aussichten für seine Verwirklichung S. 104—111. — III. Die geldpolitischen Maßnahmen der Bolschewisten und ihre Folgen S. 112—135. 1. Die innere Geldpolitik S. 112. a) Die Wechselgeldfrage S. 114. b) Die Frage des Auskommens mit den vorhandenen Noten überhaupt S. 119. c) Überblick S. 129. 2. Die äußere Geldpolitik S. 134. — IV. Kritik der Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten S. 136—149. 1. Gesichtspunkt der Anknüpfung an den Kapitalismus S. 136. 2. Gesichtspunkt der Anknüpfung an den Kommunismus S. 140. 3. Zusammenfassung S. 147. — Anhang: Verordnungen der Räteregierung S. 150—151.

Als die Bolschewisten am 21. März 1919 in Ungarn zur Regierung gelangten, fanden sie dort ein spezifisches Währungsproblem vor. Es bildete eine Grundlage, mit der die Durchführung der eigenen bolschewistischen Geldpolitik in irgendeiner Art zu rechnen haben mußte. Es soll deshalb vorweg im folgenden kurz skizziert werden.

I. Die ungarische Währung am 21. März 1919

Gold hatte sich in der Monarchie nie recht im Verkehr halten können und war alsdann während des Krieges ganz verschwunden.

[1] Dieser Aufsatz baut ein Teilgebiet meiner im vorigen Hefte dieser Zeitschrift erschienenen Abhandlung über die Wirtschaftsführung der ungarischen Bolschewisten weiter aus. Ich unterlasse es infolgedessen an dieser Stelle, die bolschewistische Geldpolitik durch eine besondere Einführung in den allgemeinen Rahmen der bolschewistischen Wirtschaft einzugliedern und setze die Kenntnis dieser Beziehungen als bekannt voraus.

Für weitgehende Unterstützung bei meiner Bearbeitung gerade dieses Spezialgebietes bin ich Herrn Dr. Marzell Fischel zu besonderem Danke verpflichtet.

Die zur Ergänzung meiner eigenen Wahrnehmungen und Enqueten herangezogene Literatur wurde bereits zu Beginn meiner erwähnten Abhandlung angegeben. Neu zugezogen wurden u. a. noch die Zeitungen „Az ujság“ und „Pesti hirlap“.

Quellennachweise für herangezogene Gesetze und Verordnungen sowie einige Auszüge aus ihnen finden sich am Ende dieses Aufsatzes.

Das Silbergeld war bereits seit 1915 allmählich eingezogen worden. So kursierte am 21. März 1919 in Ungarn mit Ausnahme eiserner und nickelner Scheidemünzen nur Papiergeld, und zwar handelte es sich hierbei einmal um das früher gemeinsame Geld der österreichisch-ungarischen Monarchie. Es waren dies verschiedene Banknotenemissionen der Österreichisch-ungarischen Bank mit der Stückelung: 10000, 1000, 100, 50, 20, 10, 2, 1 K, soweit sie nicht von den Teilstaaten der alten Monarchie überstempelt waren. Diese nationale Überstempelung war bereits vor dem Auftreten der Räteregierung überall mit Ausnahme von Ungarn, Polen und Rumänien erfolgt oder doch begonnen. Schon in der zweiten Hälfte des Februar hatte die Tschecho-Slowakei ihre freilich primitive Kennzeichnung der Noten, und zwar der Stücke von 10—10000 K, in Angriff genommen. In Jugoslawien hatte sich die Maßnahme überhaupt auf sämtliche Werte erstreckt, doch war sie hier in besonders leicht nachahmbarer Weise erfolgt. Deutsch-Österreich endlich hatte kurz vor dem 21. März überstempelt, und zwar wie die Tschecho-Slowakei nur die Noten von 10—10000 K. Ein wesentlicher Teil[1] der von diesen drei nationalen Kennzeichnungen nicht betroffenen Noten der genannten Emissionen kursierte nun in Ungarn. Sie wurden hier im Volksmunde später, mit Ausnahme der 2 und 1 K, „altes blaues" Geld genannt. Zu dieser Gruppe von in Ungarn gültigen Emissionen war jedoch noch eine zweite getreten. Einmal hatte nämlich die Österreichisch-ungarische Bank unter dem Datum des 27. Oktober 1918 in Wien und Budapest primitiv einseitig bedruckte Noten mit der Stückelung 200 und 25 K, erstere mit der Numerierung 1—1999, letztere 1—2999 herausgebracht. Dieses Geld wurde im ungarischen Volksmunde später „altes weißes" oder „weißes Einsergeld" genannt. Es war ursprünglich bestimmt für die ganze Monarchie und war in seiner Umlaufszeit bis zum 30. Juni 1919 beschränkt. Infolge des Zerfalles der Monarchie wurde es jedoch von der Tschecho-Slowakei und Jugoslawien nicht mehr anerkannt und galt deshalb tatsächlich nur in Deutsch-Österreich und Ungarn. In Wien wurde es entgegen der ursprünglichen Bestimmung bereits zum 31. März einberufen. In Wirklichkeit aber wurde dieser Termin weder in Ungarn noch in Deutsch-Österreich eingehalten. Außer dieser zunächst eigentlich für alle Länder der Monarchie bestimmten Emission war endlich vor

[1] Ein geringerer Teil entfiel noch auf Siebenbürgen und die Bukowina und auf Galizien.

dem 21. März in Ungarn noch eine weitere in Umlauf. Sie war von vornherein nur für Deutsch-Österreich und Ungarn herausgebracht. Sie umfaßte einen Neudruck lediglich der alten blauen 20 Kronennoten mit dem besonderen Vermerke: 2. Auflage.

Die Noten dieser verschiedenen Emissionen fand also der Bolschewismus nebeneinander in Ungarn vor. Sie alle aber zeigten eine bedeutsame Eigenschaft: sie besaßen zwar zum großen Teile ihr Hauptumlaufsgebiet in Ungarn, aber sie waren trotz der nationalen Überstempelungen infolge ihrer Herleitung aus der Währung der Monarchie *in mehr oder minder geringem Umfange auch noch außerhalb der Grenzen Ungarns im Verkehr. Deswegen mußten auf alle geldpolitischen Maßnahmen, welche die ungarische Räteregierung etwa gegenüber diesen Noten treffen wollte, Faktoren von außen her einwirken, denen gegenüber die ungarischen Bolschewisten keine Machtmittel besaßen.*

Waren aber auch so die am 21. März in Ungarn im Umlaufe befindlichen Noten als *anational* charakterisiert, so trafen doch gerade wegen dieser Eigenschaft die Bolschewisten eine besondere Tendenz der vorangegangenen Regierung zur Nationalisierung der Währung an. Schon seit der Auflösung der Monarchie wünschte Ungarn über die alten gemeinsamen aus der Währung sich ergebenden Schulden mit der Tschecho-Slowakei, Jugoslavien und Deutsch-Österreich zu verhandeln. Es begegnete aber einer Ungeneigtheit der beiden erstgenannten Länder. Dadurch befand sich Ungarn in einer schwierigen Lage. Ließ man die anderen Staaten durch Überstempelung und gleichzeitige Zählung ihren Schuldenteil selbstherrlich regeln, so blieb, falls nicht etwa ein anderer Verteilungsschlüssel von der Entente bestimmt wurde, auf Ungarn der ganze Rest der Schuld haften. Diese Verteilung aber wäre im Falle einer Identifizierung der umlaufenden Notenmenge mit der Schuld des Staates (Umlaufgebietes) an die Notenbank ungerecht gewesen. Als Schutz gegen die Aufbürdung eines zu hohen Schuldenteiles blieb deshalb nur die selbstherrliche Nationalisierung der Währung auch in Ungarn übrig. Dieser Frage trat man jedoch erst sehr spät näher, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß gerade das besiegte und Anschluß an die Entente suchende Ungarn die Übernahme des Teiles der Schuld ablehne, zu der es rechtlich verpflichtet war. Erst als die anderen Länder mit ihrem Beispiele vorangegangen waren, bereitete man auch in Ungarn die Nationalisierung vor. Und zwar wollte man

zunächst die Noten der Emissionen der Monarchie überstempeln. Darauf sollte etwa im Juni 1919 nach Überwindung der großen Schwierigkeiten des in Budapest keine genügenden technischen Einrichtungen vorfindenden Notendruckes die Einführung selbständigen eigenen Geldes folgen. Die künstlerischen Entwürfe für dieses Geld waren bis zum 21. März bereits fertig gestellt. Auf diese Grundtendenz der Nationalisierung der ungarischen Währung, die übrigens schon in den Verhältnissen der österreichisch-ungarischen Monarchie Wurzeln besaß[1], traf der Bolschewismus.

II. Das ursprüngliche kommunistische Geldprogramm der Bolschewisten und die Aussichten für seine Verwirklichung

Die Bolschewisten fanden also in Ungarn am 21. März eine Geldwährung. Das heißt sie fanden einen Verkehr in einem Spezialgut als allgemein gebräuchlichem Tauschvermittler. Sein Tauschwert war mit gestützt auf den Eigenwert einzelner Güter (Metall) oder Forderungen. Die Rechnungseinheit des Tauschvermittlers leitete sich ab von der Mengeneinheit eines bestimmten Gutes. Für den so charakterisierten Tauschvermittler aber bestand die Tendenz einer nationalen ungarischen Umgrenzung.

Dieser Währung und dieser Tendenz setzten nun die Bolschewisten zunächst den allgemein kommunistischen Gedanken einer völligen Abschaffung des allgemeinen Tauschvermittlers entgegen. Zweitens aber wollten sie die trotzdem noch für den Vergleich der Güter untereinander nötige Rechnungseinheit nicht mehr schöpfen aus dem Werte eines Spezialgutes, sondern aus dem allen Gütern gemeinsamen Produktionsprozeß.

Für die sehr kurz gedachte Übergangszeit bis zur gänzlichen Außerverkehrssetzung des Geldes sollte wenigstens der Gebrauch von Bargeld in der Zahl seiner Transaktionen möglichst eingeschränkt werden. So bestimmten die für das Finanzkommissariat aufgestellten

---

[1] Einerseits war schon selbst im Rahmen des gemeinsamen Noteninstitutes den besonderen ungarischen Verhältnissen Rechnung getragen (Agrarwechsel. Besondere Inanspruchnahme der Hypothekarabteilung der Bank durch die ungarische Reichshälfte). Anderseits bestand seitens der Unabhängigkeitspartei schon seit Jahrzehnten die Forderung nach selbständiger Währung. Dieses Programm mußte aber gerade bei der Auflösung der Monarchie wie gesagt vorläufig zurückgestellt werden. Selbst die Unabhängigkeitspartei vertrat nun aus dem im Texte erwähnten Grunde die Auffassung, die Verselbständigung so lange als möglich aufzuschieben.

Leitsätze, daß Bargeldzahlungen vermieden, alle Verrechnungen durch Kontoübertrag erfolgen und die staatlichen Ämter Zahlungen Privater in von der Postsparkasse garantierten Schecks annehmen sollten. Diese Bestimmungen sollten jedoch, wie gesagt, überhaupt oder als allein dastehend nur eine kurze Übergangszeit betreffen.

Alsbald sollte dann der Güterverkehr auf der Grundlage eines allgemeinen Tauschvermittlers ein Ende nehmen. An seine Stelle sollte ein unmittelbarer Verkehr in den Produkten der Gesellschaft treten. Er sollte sich nur Verrechnungen und individuell ausgestellter staatlicher Quittungen über Ansprüche auf Güter bedienen. Um jedoch diese Verrechnungen zu ermöglichen und die Ansprüche so zu fixieren, daß das Individuum auf Grund ihrer sich aus der Menge aller Güter nach seinem Geschmacke wählen könnte, sollte ein neuer gemeinsamer Nenner geschaffen werden, auf Grund dessen alle Güter miteinander vergleichsfähig wurden. Es sollte eine neue Rechnungseinheit aufgestellt werden, und zwar eine solche, die in engster natürlicher Verbindung mit der Produktion sämtlicher Güter stand. Diese gesuchte Rechnungseinheit bot sich in der Arbeitsstunde. Mittelst ihrer sollten nunmehr die Wertbeziehungen der einzelnen Güter untereinander, gemessen an der für die Produktion aufgewendeten Arbeitszeit, ausgedrückt und fortlaufend festgestellt werden. Alsdann wollte man jedem Mitgliede der Gesellschaft gemäß seiner Arbeitsleistung eine individuelle Quittung über eine entsprechende Anzahl von Rechnungseinheiten ausstellen. Für diese sollte er entsprechend den jeweiligen Beziehungen zwischen Gesamtgütermenge und Zahl der Rechnungseinheiten und entsprechend den jeweils festgestellten Wertrelationen der Güter untereinander einen Bruchteil der sozialen Produkte erhalten.

Die erwähnte Quittierung über Rechnungseinheiten und die daraus folgenden Ansprüche auf Güter sollte in sogenannten Arbeitsbüchern [1] erfolgen. In diesen individuell ausgestellten Büchern sollten die vom Eigentümer geleisteten Arbeitsstunden und sodann die Güterentnahme, ausgedrückt in ihrem Arbeitsstundenwerte, vermerkt werden [2]. Diese

---

[1] Vgl. als Vorbild der ungarischen Bolschewisten hinsichtlich der Arbeitsbücher: Bucharin, Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki). Budapest 1919, Verlag des Volkskommissariats für Unterrichtswesen, Kap. XII, S. 48 f.; Kap. XV, S. 61 f.

[2] Vgl. hierzu den Auszug aus Vargas 1918 im Népszava-Verlage erschienenem Buche: „Die Herrschaft des Geldes im Frieden, ihr Sturz im Kriege" in dem Aufsatze: „Das Ende der Geldherrschaft" in „Pénzvilág" vom 29. März

Verrechnungen in Arbeitsbüchern sollten aber auch nur einen Bruchteil der früheren Transaktionen in Geld ersetzen. Sie sollten nur beim Eigentumsübergang von Gütern erfolgen. Ein solcher aber fand jetzt auf dem gesamten Wege des Gutes vom Produzenten bis zum Konsumenten nur einmal statt, nämlich beim Übergang aus der Hand des Staates in die des Individuums. Im übrigen aber trat nur mehr Besitzwechsel zwischen einzelnen staatlichen Ämtern ein. Hier aber sollte alles durch eine innere Verrechnung des Staates in sich erledigt werden. Freilich Papiere mit gewissen, auch dem früheren Gelde verbundenen Funktionen wären auch dabei nicht zu umgehen gewesen. Auch die Arbeitsbücher hätten eine Tauschfunktion besessen, wenn auch nicht eine solche, allgemeine, daß sie dadurch als Geld charakterisiert worden wären. Die Bolschewisten allerdings glaubten, mit dem Gelde auch jede Geldfunktion aus der Welt zu schaffen[1] und waren sich daher der wirklichen Tragweite ihres Programms nur unklar bewußt.

Die erwähnten Tendenzen wurden von den ungarischen Bolschewisten bereits vor dem Regierungsantritte und auch zu Beginn der Räteherrschaft kräftig, auch publizistisch, vertreten[2]. Und für die

---

1919. Allgemein über den Unterschied des Geldes in der Räterepublik und im Kapitalismus siehe auch den Aufsatz „Unser Geld" in „Pester Lloyd" vom 20. Mai 1919, Morgenblatt, S. 1 f. Der Aufsatz ist wissenschaftlich allerdings ganz minderwertig, dagegen psychologisch interessant. Gerade das, was hier in den schärfsten Ausdrücken dem Gelde des Kapitalismus vorgeworfen wird, sollte 1—2 Monate nach dem Erscheinen des Artikels die Räteregierung selbst in einer Form getan haben, wie es sich noch kaum je in kapitalistischen Staaten ereignet hatte.

[1] Nur ganz selten einmal wurde die Stimme eines Mannes laut, der anders dachte. So betont zum Beispiel Paul Einzig, Die Valutapolitik des Kommunismus („Pénzvilág" vom 29. März 1919), daß das Geld als abstrakte Rechnungseinheit werde immer bleiben müssen. Diese Rechnungseinheit werde jetzt nur nicht mehr einer Quantität Edelmetall überbaut werden, sondern der Arbeitszeit. Diese Anweisung auf Arbeitszeit sei prinzipiell gar nicht so verschieden vom Sinne des kapitalistischen Geldes. Auch in dieser neuen Wirtschaft könne man sich eine Inflation vorstellen.

[2] Ein Aufsatz: „Geldsurrogate statt Bargeld" in „Pénzvilág" vom 29. März 1919 betonte, daß Varga eine weitere Inanspruchnahme der Notenpresse vermeiden wolle. Das Publikum müsse ihn jedoch unterstützen, indem es überflüssiges Geld in die Banken trage und sich weitgehendst der Geldsurrogate bediene. Die Scheu vor dem bargeldlosen Verkehr zu bekämpfen, sei nach Ansicht des Verfassers des Artikels jetzt die Hauptsache. Sie sei es schon deshalb, weil der Übergang zu den Anweisungen auf Grund der geleisteten Arbeitsstunden viel einfacher sich vollziehen werde, wenn die Bevölkerung schon

Durchführung eines derartigen Programmes waren die Möglichkeiten in Ungarn tatsächlich günstige. Denn einmal handelte es sich um ein räumlich kleines Gebiet. In diesem aber erhielt ferner der Staat einen großen Teil der Produkte und zudem alle Geldinstitute unversehrt — im Gegensatz zu Rußland — in die Hand und zentralisierte die letzteren in denkbar starkem Maße. Dazu kam noch eine gewisse Gunst der Verhältnisse hinsichtlich der psychischen Stellungnahme der Bevölkerung gegenüber den geplanten Güteranweisungen. Allerdings hatte sich das Publikum gegenüber dem bargeldlosen Verkehr bisher recht ablehnend verhalten [1]. Aber seit langem schon war doch die Bevölkerung der Monarchie wenigstens an Papiergeld gewöhnt. In dieses hatte sie sich nicht bloß unter dem Zwange des Krieges widerwillig gefügt, sondern seit geraumer Zeit brachte sie ihm eine solche Zuneigung entgegen, daß insbesondere Gold sich nicht recht im Verkehr hatte halten können, sondern zur Bank zurückströmte. So hatte man jetzt in Ungarn also nicht mehr mit dem anderwärts oft so starken traditionellen Haften des Volkes am Metall zu kämpfen. Die Bevölkerung hatte sich hier nicht mehr erst psychisch an Papier

---

vorher an bargeldlosen Verkehr gewöhnt sei. Ein Aufsatz ferner: „Erleichterungen im Geldverkehr der Finanzinstitute" im „Pester Lloyd" vom 26. März 1919, Morgenblatt S. 5 f., erklärt, daß über das zur Aufrechterhaltung der Produktion und die Sicherung des Lebensunterhalts aller Arbeitenden erforderliche Maß hinaus kein Bargeld mehr in den öffentlichen Verkehr gelangen solle. Die Banknoteninflation würde zu einer weiteren Verteuerung des Lebensunterhaltes führen, der im Interesse des arbeitenden Volkes mit allen Mitteln vorgebeugt werden müsse.

[1] Der Aufsatz „Geldsurrogate statt Bargeld" in „Pénzvilág" vom 29. März 1919 beleuchtete diese Verhältnisse durch die nachfolgenden Angaben. Der Clearingverkehr der Postsparkasse umfaßte im letzten Friedensjahre fast 2 Milliarden. 1916/17 aber hatte er sich kaum vervierfacht, während der Bargeldumlauf sich verzehnfacht hatte. Ferner betrug die Zahl der Teilnehmer am Clearingverkehr:

1912	1 084 041
1913	1 129 756
1914, 1. Halbjahr	605 473
1914/15	908 008
1915/16	910 277
1916/17	881 221

Allerdings ist bei der Beurteilung des Rückganges in diesen Zahlen mildernd in Betracht zu ziehen, daß in dieser Zeit Konzentrationen wirtschaftlicher Unternehmungen stattfanden, die gerade als Teilnehmer am Clearingverkehr besonders in Betracht gekommen waren.

überhaupt, sondern nur noch daran zu gewöhnen, daß das Papier eine andere Form als die des Geldes erhielt, nicht mehr ein genereller, sondern nur noch ein spezieller Tauschvermittler war und neuartig fundierte Rechnungseinheiten umfaßte.

Den nicht ungünstigen Möglichkeiten für die Durchführung des kommunistischen Geldprogrammes standen nur drei gegebenenfalls zu beachtende Hemmungen gegenüber. Die erste Schwierigkeit lag in den allgemeinen Verhältnissen jedes Zusammenstoßes verschieden entwickelter Wirtschaftskörper begründet. Für eine Übergangszeit mußten Bedürfnisse nach Geld noch bestehen bleiben, bis die neuen Organisationen der Gütersammlung und -verteilung, die statistischen Vorarbeiten usw. wirklich vollendet sein würden. In dieser Zeit konnte Geld erforderlich sein, um inzwischen die Alten, Kranken und Kinder unter Benutzung von Teilen ihres früheren Vermögens zu versorgen. Es konnte gebraucht werden ferner für Transaktionen von Gütern, deren Produktionsweg oder deren fertig vorgefundene Mengen noch nicht sozialisiert werden konnten. Gegebenenfalls konnte auch zur Auszahlung von Löhnen noch längere Zeit Geld vonnöten bleiben. Und es konnte sogar geschehen, daß sich besondere Bedürfnisse nach erheblichen Mengen von Bargeld entwickelten. Zwar konnte dem durch die Unterstützung des privaten Scheck- und Kontoverkehrs und durch umfangreiche Verrechnungen der Staatsämter untereinander entgegengewirkt werden. Aber es lag die Gefahr nahe, daß in der Bevölkerung schon aus psychischen Motiven (Umlauf des am 21. März vorhandenen Geldes auch im Auslande!) Geld thesauriert, und daher dem Verkehr entzogen werde. Und es konnte dazu geradezu ein materieller Zwang zur Thesaurierung treten. Wenn nämlich die in Ungarn so weit überwiegende landwirtschaftliche Produktion nicht schnell insgesamt sozialisiert werden konnte, würde man landwirtschaftliche Produkte haben bezahlen müssen. Sollte nun aber der Fall eintreten, daß man den landwirtschaftlichen Produzenten infolge der zu erwartenden scharfen Blockade oder noch aus anderen Gründen nicht gewerbliche Erzeugnisse bereitstellen konnte, die sie für ihr Geld zu kaufen in der Lage waren, so mußte das gezahlte Geld bei den Landwirten einfach liegen bleiben, ohne in den Verkehr zurückströmen zu können. Eine ständige starke Saugstelle für das Geld mußte damit auftreten.

Aus diesen Gründen konnte und mußte in einer Übergangszeit ein dem kommunistischen Programm durchaus nicht entsprechendes Geldwesen sich in Ungarn breit machen. Wie lange dieser Zustand dauern würde, hing aber nicht so sehr von der Geldpolitik als solcher,

als von der Schnelligkeit der Durchführung der allgemeinen kommunistischen Maßnahmen ab. Doch brauchte es sich hier immerhin eben nur um einen Übergang zu handeln, mit dem die ungarischen Bolschewisten an sich auch rechneten[1], der nur unter Umständen viel länger dauern konnte, als man ursprünglich annahm.

Gefährlicher dagegen konnte ein zweites Moment für die Durchsetzung des kommunistischen Programmes werden. Als ein solcher Faktor konnte ein politisches Motiv sich einstellen. Sollte die Regierung etwa abhängig werden von bestimmten Lohnempfängern der Gesellschaft, so konnte sie verleitet werden, diese durch phantastische Lohnhöhen zu blenden. Das konnte in der Übergangszeit eine Geldinflation bedeuten. Aber es konnte auch über diese Zeit hinaus weiter wirken und auch dann noch dem kommunistischen Programm entgegenarbeiten. Auch nach der Einführung der Arbeitsbücher war durch eine falsche Inbeziehungsetzung der vorhandenen Gütermengen zur Rechnungseinheit Arbeitsstunde eine Inflation denkbar. Dann aber litt das kommunistische Programm trotz seiner Durchführung in der äußeren Form an einer grundsätzlichen inneren Nichterfüllung. Die äußerlich seinen Güteranweisungen gegebene Deckung entsprach alsdann nicht der Deckung gemäß dem kommunistischen Prinzip.

Und endlich war zu beachten ein drittes Moment. Es betraf nicht wie die beiden erstgenannten die innere, sondern die äußere Geldpolitik. Es lag begründet in dem notwendigen äußeren Verkehr mit kapitalistischen Staaten für den Fall eines Ausbleibens oder selbst einer Verzögerung der Weltrevolution. Ein Verkehr Sowjetungarns mit anderen kommunistischen Organisationen hätte zwar die Frage der äußeren Geldpolitik ihrer selbständigen Bedeutung sehr erheblich entkleidet. Es wären Besonderheiten nur infolge des örtlich verschiedenen Güterwertes der Arbeitsstunde zu überwinden gewesen. Anders jedoch lag es hinsichtlich des Verkehrs mit kapitalistischen Staatsgebilden. Bei ihrem Regierungsantritte in Ungarn glaubten die Kommunisten allerdings, daß auch in diesem Falle zum mindesten eine Durchkreuzung ihres kommunistischen Programms nicht zu befürchten sei. Sie glaubten, einfach Waren tauschen zu können, die

---

[1] Schon gestützt auf ihr russisches Vorbild. Bucharin, Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki), Budapest 1919, sagt zum Beispiel im XV. Kapitel: „Nach den Eintragungen . . . werden . . . die Produkte . . . ohne Geld . . . verabfolgt. Natürlich kann man das nicht auf einmal einführen“ (S. 62). Und ferner: „Wir wiederholen, es ist noch recht weit bis dahin. In der nächsten Zukunft kann davon keine Rede sein“ (S. 63).

im kapitalistischen Auslande Wert besaßen. Dabei meinten sie des Geldes als eines Mittlers entweder ganz entbehren oder im Auslande selbst für ihre Güter die fremde Valuta erhalten und dafür sogleich an Ort und Stelle fremde Waren kaufen zu können. Auf diese Weise wäre ihr eigenes kommunistisches Programm nicht berührt worden. Dennoch aber lagen tatsächlich auf diesem Gebiete für ihr Programm besondere Gefahren vor. Verpflichtungen an das Ausland mußten in erheblichem Umfange bestehen für Abfindungen an Ausländer bei der Sozialisierung ihrer in Ungarn befindlichen Unternehmungen, sodann für Zahlungen alter Schulden, ferner für Propaganda und endlich für die in Ungarn benötigten ausländischen Waren. Nun besaß ein kommunistisches Ungarn für die Begleichung solcher Verbindlichkeiten in Form von im Auslande gesuchten Gütern zwar an sich Möglichkeiten von nie gekanntem Ausmaße. Zum ersten Male konnte ja hier eine völlige Übersichtlichkeit der intervalutarischen Potenz des Staates bestehen. Diese aber mußte bedeutend sein. Der Staat konnte in Ungarn innerhalb kurzer Zeit verfügen über a) Edelmetalle und Juwelen, die durch Beschlagnahme bei Privaten und Juwelieren zu gewinnen waren. Er konnte b) besitzen Effekten, Wertpapiere und ausländische Valuta, die während des Krieges in großem Umfange von den Banken zwecks Vermögensverbergung im Auslande gehamstert worden war [1]. Sodann war c) zu beachten, daß jetzt die Forderungen und Verpflichtungen gegen das Ausland offen vor dem Staate dalagen, ebenso die während des Krieges ins Ausland geflohenen Vermögen (besonders auch seitens der Banken und Bankiers), da man ja nunmehr in alle Bücher der Privaten Einsicht nehmen konnte. Endlich lag d) eine besondere valutarische Stärke im staatlichen Besitze der exportfähigen Produkte. Von diesen waren auch ohne Berücksichtigung einer eigenen bolschewistischen Erzeugung vor allem Wein und Wolle von früherer Zeit her in beachtenswerten Mengen vorhanden. Aber diese scheinbare Gunst der Verhältnisse litt an einem großen dreifachen Mangel. Einmal handelte es sich bis auf die Produkte Ungarns um in der kommunistischen Wirtschaft irreproduzible Güter. Ihre Verwertung kam deshalb nur für eine begrenzte Zeit in Betracht. Zweitens aber bestand die dringende Gefahr, daß das kapitalistische Ausland in seiner Bekämpfung des

---

[1] So sollen am 2. Mai infolge der Bankkonzentrierung in Budapest bei der Österreichisch-ungarischen Bank 48 Millionen K in fremder Valuta vorgelegen haben.

kommunistischen Grundgedankens die Mehrzahl dieser Güter als vom Staate nicht rechtmäßig erworben ansehen und daher als Austauschobjekte nicht annehmen würde. Und drittens war zu gewärtigen, daß die Entente im Rahmen der Blockade die Ausfuhr ungarischer Produkte verhindern oder das Ausland sogar diese als nicht im rechtmäßigen Eigentum des Staates stehend betrachten würde. Dann aber konnte für den Verkehr mit dem Auslande, soweit er überhaupt möglich war, zum Beispiel für die Bezahlung der Auslandspropaganda, nur Geld verwendet werden. Damit aber mußte eine grundlegende Durchbrechung der im kommunistischen Programm nahezu völligen Vereinheitlichung der inneren und äußeren Geldpolitik eintreten. Es mußte unabhängig von der inneren kommunistischen Geldpolitik die Notwendigkeit entstehen, für den äußeren Verkehr ein kapitalistisch brauchbares Geld zu schaffen oder zu erhalten. Besonders stark aber konnte diese Hemmung des kommunistischen Programmes werden, wenn die Bolschewisten in Ungarn etwa in der Produktion eigener Güter nicht genügend leistungsfähig sein und wenn sie sich die bisher im ungarischen Geldwesen leitenden Männer zu im Auslande gegen die Annahme der ungarischen Güter arbeitenden Feinden machen sollten.

So bestanden für die Durchführung des kommunistischen Geldprogramms in Ungarn nicht bloß günstige Momente, sondern es drohten ihr auch beachtenswerte Gefahren. Ihre zum Teil unumgehbaren Wirkungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken, war eine besondere Aufgabe der Sowjetregierung. Die Lösung dieser Aufgabe aber erforderte besondere Kenntnis des kapitalistischen wie des kommunistischen Geldwesens, einen weiten Blick und eine große Festigkeit im Einhalten des einzuschlagenden Weges. Diese Eigenschaften jedoch sollten entwickelt werden — das war eine neue gewaltige Schwierigkeit — unter den speziellen ungarischen Verhältnissen der menschlichen Bildung und Psyche und unter den generellen Bedingungen gerade einer Proletarierdiktatur. Was hat nun auf dem Gebiete der Geldpolitik der Bolschewismus tatsächlich geleistet? Wie berührten diese Leistungen die alten ungarischen Geldverhältnisse oder wurden von diesen beeinflußt? Und wie verwirklichten sie das kommunistische Programm?

III. Die geldpolitischen Maßnahmen der Bolschewisten und ihre Folgen

1. Die innere Geldpolitik

Die Bolschewisten sahen sogleich richtig ein, daß man für eine Übergangszeit bis zur Vollendung aller organisatorischen Arbeiten noch Geld brauche. Für die Befriedigung dieses Bedürfnisses hielt jedoch der Finanzkommissar Lengyel Anfang April die im Umlaufe befindlichen zuzüglich der mit der Österreichisch-ungarischen Bank der Regierung in die Hände gefallenen Notenbestände[1] für durchaus zureichend. Lengyel meinte[2], die Räterepublik sei für lange hinaus mit Noten versorgt, weil die Geldzirkulation bereits in den ersten Tagen wesentlich verringert sei. Die Sowjetregierung werde überhaupt die Rolle des Geldes mit einem Schlage in einen engen Kreis zwingen, weil täglich neue Betriebe in Gemeinbesitz übernommen würden und deren gegenseitige Abrechnung geldlos durch die Geldinstitutszentrale erfolge. Auch der skeptischere Varga erklärte[3] zum mindesten, daß man das russische Beispiel in der Geldpolitik nicht befolgen wolle. Die Regierung wolle das weitere Sinken der Kaufkraft des Geldes verhindern. Nur wenn das Publikum thesauriere und nicht bargeldlos verkehren wolle, werde man neue Noten drucken müssen. Auch in Rußland sei die Notenthesaurierung die Ursache für den Neudruck gewesen und habe so zu einer ganz unkommunistischen Geldpolitik geführt. In Ungarn wolle man dies vermeiden, aber die Politik der Regierung werde nur die Folge sein können einer größeren

---

[1] Von den insgesamt vorhandenen Noten waren durch die zwangsweise Übernahme der Österreichisch-ungarischen Bank noch nicht in Umlauf gesetzte Noten in Höhe von 1 973 000 000 K am 21. März in die unmittelbare Verfügungsgewalt der Räteregierung übergegangen. In dieser Summe waren enthalten: 1 130 000 000 K in alten 200-Kronenscheinen und 80 000 000 K in 25-Kronennoten. In blauen 10 000-Kronennoten fanden sich 227 000 000 K vor, in Wechselgeld 5 Millionen. (Nach Angaben Lengyels im Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat, „Volksstimme" vom 12. Juni 1919. Die Gesamtziffer deckt sich ungefähr mit einer Angabe der „Neuen Freien Presse" Nr. 19 745 vom 14. August 1919, S. 10, Sp. 3.)

[2] Vgl. Békessy Imre im „A Kurir" vom 5. April 1919 über sein Interview mit Julius Lengyel über die Übernahme der Österreichisch-ungarischen Bank, die Versorgung mit Banknoten, die Thesaurierung, die Geldinstituts- und Devisenzentrale.

[3] Vgl. Paul Einzig, Die Valutapolitik des Kommunismus. „Pénzvilág" vom 29. März 1919.

oder geringeren Verständigkeit des Publikums. Von diesem werde alles abhängen. Die Gefahr der Thesaurierung betonte auch Lengyel[1]. Er versuchte, das Publikum zu der gewünschten Einsicht durch Drohungen zu erziehen, die allerdings seinerseits eine große Unkenntnis der Dinge verrieten. Er sagte, daß die auf den Banken freigegebenen Guthaben stets in jeweils umlaufsfähigem Gelde auszahlbar seien, wodurch das thesaurierte Geld automatisch entwertet werde (!)[2]. Sobald das Publikum thesauriere, könne jeder Betrag über 2000 K, der nicht in einer Bank deponiert sei, für wertlos erklärt werden. So hoffte man, falls das Publikum das Geld nicht versteckte, ohne Notenneudruck auszukommen, und hoffte, die Bevölkerung von der Thesaurierung abzuhalten. Damit hätte sich die gesamte innere Geldpolitik darauf erstreckt, bis zur endgültigen Beseitigung des Geldes überhaupt, einfach das bisherige Geld bestehen zu lassen und durch geeignete Maßregeln die Zahl seiner Bartransaktionen zu verringern.

Aber sehr rasch bereits erwies die Anschauung, daß dies möglich sei, sich als Irrtum. Unlösbar zeigte sich das Problem des Auskommens mit der alten Währung. Zunächst umfaßte der Gedanke des Finanzkommissars überhaupt schon den Verzicht auf eine Einberufung der weißen Noten zum 31. März. Denn das alte blaue, bei der Bevölkerung beliebte, im Auslande verwertbare Geld wurde aus Furcht vor der Vermögensbeschlagnahme tatsächlich massenhaft versteckt, besonders auch von den Bauern festgehalten. Zudem wurde es, statt der weißen Scheine, von der Regierung in erheblichem Maße für Abfindung von Ausländern und Propaganda im Auslande ausgegeben. Die Verwendung des weißen Geldes für diese Zwecke ist praktisch augenscheinlich nicht immer möglich gewesen. Daß es sich im übrigen bei der Auslandspropaganda im ganzen um sehr große Summen handelte, erweist zum Beispiel die Tatsache, daß Anfang Mai der ungarischen Gesandtschaft in Wien 135000000 K entwendet werden konnten. So konnte die Räteregierung das weiße

[1] Vgl. das erwähnte Interview von Békessy Imre in „A Kurir".

[2] Es ist dies ein dem russischen Vorbilde entlehnter Gedanke. (Vgl. zum Beispiel Ziffer 9 eines in „A Kurir" vom 29. März 1919, S. 11 f. erschienenen Aufsatzes: „Die Wirtschaftspolitik der russischen Sowjetregierung".) Allerdings übersah Lengyel den in Rußland bereits klar zutage getretenen Fehlschlag der Maßregel und insbesondere auch den Einfluß der Tatsache, daß das alte ungarische Geld noch in ausländischen Staaten im Verkehr war.

Geld. für den innern Umlauf nicht entbehren. Durch Verordnung vom 5. Mai mußte sie es weiter als gesetzliches Zahlungsmittel erklären. Aber auch dieses Geld erwies sich als unzureichend.

a) Die Wechselgeldfrage

Zunächst zeigte sich der erwähnte Mangel hinsichtlich bestimmter Stückelungswerte, nämlich in der Frage des Wechselgeldes. Die weißen Noten, in denen die Räteregierung schon im Monat April die Löhne der Fabrikarbeiter zahlte, lauteten ja nur auf 200 und 25 K. Von den alten gemeinsamen Emissionen aber waren die 20 und 10 Kronennoten nur in geringer Zahl vorhanden gewesen, und zudem wurden sie wie gesagt jetzt thesauriert. Ebenso wurden die 2 und 1 Kronennoten dem ungarischen Verkehr entzogen. Durch die tschechische Überstempelung hatten nämlich die dort national gekennzeichneten Noten gegenüber den ungestempelten ein großes Agio erhalten. Nun waren jedoch in der Tschecho-Slovakei die 2- und 1-Kronennoten nicht mit überstempelt worden. Da ihr Wert aber ein feststehender Bruchteil dessen der großen tschechischen Geldscheine war, so nahmen sie im Gebiete der Tschecho-Slovakei an dem Agio teil. Es war deshalb vorteilhaft, in Ungarn für ungestempelte große Scheine 2- und 1-Kronennoten zu kaufen, diese in die Tschecho-Slovakei zu exportieren und dort in überstempelte große Noten umzutauschen. Ein derartiger Export erfolgte nun tatsächlich in großem Umfange seit Ende März, vor allem infolge der tschechischen Überstempelung, sei es zu rein spekulativen Zwecken, oder um die an sich gerade nach Böhmen ausstehenden erheblichen Zahlungen zu leisten. Jedenfalls aber fand er statt unter Einstreichung der gesamten 20—100 % betragenden Kursdifferenz. Was aber an den genannten Noten nicht auf diese Weise aus Ungarn abfloß, wurde dort als den alten Emissionen angehörig thesauriert. Zu diesen Gründen eines Verschwindens des Wechselgeldes kam ferner hinzu, daß auch das Nickel- und Eisengeld versteckt wurde[1], daß viel Kleingeld durch die Rote Armee in die Dörfer gelangte und dort blieb[2], und daß endlich die Regierung als Stock zur Erleichterung des Verkehrs nur sehr geringe Mengen Wechselgeld bei der Österreichisch-ungarischen Bank

[1] Lengyel erklärte im Interview mit Békessy Imre („A Kurir"), daß es Dörfer gebe, in denen man nur für Nickel- und Eisengeld einkaufen könne. Der Grund dieser Thesaurierung sei die Furcht vor einer ungarischen Überstempelung und raschen Einwechselung in neues Papiergeld.

[2] Vgl. Varga im „Pester Lloyd" vom 15. Mai 1919, Morgenblatt, S. 7, Sp. 3.

vorgefunden hatte [1]. Unter diesen Umständen leuchtet es ein, daß alsbald ein erheblicher Kleingeldmangel eintreten mußte. Dieser gestaltete sich in kurzer Zeit geradezu zu einer Krise [2]. Rasch trat der Zeitpunkt ein, in dem eine Prämie auf Kleingeld gezahlt wurde. Auch nahmen viele das weiße Geld, mit dessen großen Stücken sie nichts anfangen konnten, gar nicht mehr an. Dieser Krise gegenüber half sich das Publikum durch Zahlung in Briefmarken und Anwendung von privaten Schecks. Ferner verwandte es auf Depots — zum Beispiel eines 200-Kronenscheines — in einem Geschäftsladen fußende Kontoscheine, auf denen gemäß den getätigten Einkäufen das Depot allmählich verrechnet wurde. In dieser Art gingen Geschäfte aller Art bis hinab zum Grünzeughändler, ebenso Kaffeehäuser, Restaurationen, Friseure vor. Auch der unterste Arbeiter gewöhnte sich auf diese Weise rasch an eine Art Scheckverkehr. Damit war eine gute Grundlage für spätere bargeldlose Wirtschaft geschaffen. Aber die Regierung selbst tat in Wahrheit trotz mancher Presseäußerungen praktisch nur wenig, um diese Richtung zu fördern. Sie beschränkte sich eigentlich auf eine verspätete, mit dem Datum des 14. Juni publizierte Verordnung des Volksrates für Wirtschaftswesen (Nr. 43) über von der Postsparkasse garantierte Schecks. Der Verkehr in Briefmarken als Kleingeldersatz wurde seitens der sozialisierten Betriebe oft sogar geradezu behindert. Die Regierung versuchte es vielmehr zunächst mit der Prägung von eisernen 10- und 20-Hellerstücken [3]. Diese aber trafen das Bedürfnis sachlich nur zu einem kleinen Teile und konnten zudem wegen der technischen Schwierigkeiten erst sehr spät hergestellt werden. Da mithin alles beim Alten blieb, suchte die Regierung durch Anwendung von Gewalt zum Ziele zu gelangen. Sie wies, nachdem eine Verordnung

[1] In einer Sitzung des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates gab Lengyel diese vorgefundene Summe an mit 3 Mill. in 2-Kronen-, 2 Mill. in 1-Kronenscheinen. Vgl. „Die wirtschaftliche Lage", „Volksstimme" vom 12. Juni 1919 sowie „Pester Lloyd" vom 12. Juni 1919, Morgenblatt.

[2] Vielleicht lagen die Dinge in der Provinz stellenweise etwas besser. Hier hatte zum Beispiel schon seit dem Mai 1918 und dem Januar 1919 die Stadt Sopron Kleingeld im Werte von 10 und 50 Hellern herausgegeben.

[3] Lengyel gab in der erwähnten Sitzung des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates an, daß man die in Budapest lagernden abgenützten Maschinen der Körmöczbányaer (Kremnitzer) Münze in Csepel wieder aufmontiert und 11 Mill. Stück jenes Eisengeldes in Verkehr gebracht habe. Vgl. manche Einzelangaben über die Prägung des Eisengeldes auch in dem Aufsatze „Behebung des Kleingeldmangels" in „Pester Lloyd" vom 16. Mai 1919, Abendblatt, S. 1.

über das Wechseln (5. Mai) wirkungslos geblieben war, die Rote Wache zum Einschreiten an, falls jemand das Herausgeben auf einen großen Schein verweigere, obwohl er im Besitze von Kleingeld sei [1]. Nunmehr erließ das Landes-Oberkommando der Roten Wache unter dem 25. Mai eine sehr scharfe Verfügung. Auch dieses Vorgehen blieb gänzlich erfolglos. So entschloß man sich endlich zur Herausgabe eigenen Wechselgeldes. In der Provinz wurde solches Geld, hauptsächlich von Anfang Mai ab, in Höhe von 20, 10, 5, 2, 1 K von zahlreichen Direktorien, Städten usw. emittiert [2]. Ferner gab

---

sowie in der Wiedergabe von Lengyels Rede auf dem Rätekongresse in „Pester Lloyd" vom 17. Juni 1919, Morgenblatt, S. 3, Sp. 1. Ferner gab der Leiter des Staatsmünzamtes, Ürmössy, nach „Az ujság" (ungarisch) vom 11. November 1919 an, daß in der Zeit vom 7. April bis zum 1. August 1919 22 Millionen 20- und 10-Hellerstücke geprägt worden seien.

[1] Lengyel glaubte im übrigen auch, gegebenenfalls Maßnahmen treffen zu können, die das versteckte Eisen- und Nickelgeld entwerten würden (!). Er drohte wenigstens mit solchen Maßregeln in dem erwähnten Interview von Békessy Imre.

[2] Aus eigener Anschauung lernte ich folgendes Geld kennen, dessen Aufzählung keinerlei Anspruch auf Vollzähligkeit macht:

a) Czegléd, Stadt, 20, 10, 1 K, 31. Mai.
b) Esztergom, Komitats-, Arbeiter- und Soldatenrat, 2, 1 K. Letztere vom 10. Juni.
c) Győr, 50, 10 K, Pester Ungarische Kommerzialbank, 7. Mai. Ferner: 20, 10 K, Allgemeine Sparkasse, 7. Mai. Ferner: 5 K, Ungarische Allgemeine Kreditbank, 6. Mai.
d) Kecskemét, 2 K, Ungarische Allgemeine Kreditbank, 5. Juni.
e) Miskolcz, Stadt, 10, 1 K. Letztere 14. Mai.
f) Szombathely, Komitat und Stadt, 10, 5 K, 6. Mai.
g) Wieselburg, Komitat, 10, 2, 1 K, 7. Mai.

Dieses Provinzgeld ist untereinander mannigfach verschieden. Die Form ist manchmal technisch gut, häufig aber ganz primitiv, nur einseitigen Druck aufweisend. Die Deckung ist ganz verschiedenartig. Zuweilen erfolgt Einlösung in irgendeinem gesetzlichen Gelde, in Esztergom sogar in Notenemissionen der Österreichisch-ungarischen Bank. Zum Teil haften die Geldinstitute für die Noten mit ihrem ganzen Vermögen. Diese Angabe ist an sich unverständlich, da es sich ja um sozialisierte Geldinstitute handelt. Man gewinnt hinsichtlich der Deckung häufig den Eindruck, daß bei Ausgabe dieses Geldes entweder keinerlei Verständnis für die Grundgedanken der kommunistischen Organisationsform vorlag, so daß man weiterhin deckte, als ob das einzelne Geldinstitut Privatunternehmung geblieben wäre. Oder es sollte eine bewußte Irreführung des Publikums stattfinden, welches der Sicherheit dieser Bankinstitute zu trauen gewohnt war.

Zu bemerken sind noch die eigentümlichen Verhältnisse in Győr. Die Verschiedenartigkeit und Höhe der hier ausgegebenen Noten ist wohl durch die Nähe Deutsch-Österreichs zu erklären, die ein sehr rasches Abströmen des blauen Geldes veranlaßte.

der Staat in den größeren Fabriken und anderen Betrieben besondere Bons heraus, in denen ein Teil der Löhne gezahlt wurde, und gegen welche die Arbeiter in den Lebensmittelgeschäften der Fabriken kaufen konnten[1]. Ferner aber stellte die Zentralregierung neben die bisher umlaufenden vorkommunistischen Notenemissionen eigene neue. Sie schuf durch Gesetz XCII vom 16. Mai als Emission der ungarischen Postsparkasse 5-Kronennoten[2]. Sie trugen das Datum des 15. Mai. Sie mußten von jedermann in unbeschränkter Menge als gesetzliches Zahlungsmittel angenommen werden. Die Postsparkasse verpflichtete sich, den vollen Gegenwert in von der Österreichisch-ungarischen Bank emittierten Noten zu hinterlegen, und haftete außerdem mit ihrem ganzen Vermögen. Bei dieser Emission handelte es sich im Prinzip nicht um ein eigenes Geld der Räteregierung. Das früher gemeinsame Geld bildete die Währung[3]. Als jedoch später die Räteregierung das früher gemeinsamte Geld zugunsten

---

[1] Aus eigener Anschauung lernte ich folgende Scheine kennen:

a) Athenaeum, 1 K, 5. Mai. Einwechselbar in Gruppen zu 25 Stück.
b) Chinoin, Ujpest, 1 K, 1. Juli.
c) Elektrizitätsfabrik, 1 K, Juni. Gültig bis 31. Dezember 1919.
d) Ganz-Danubius (Werft), 2 K.
e) Allgemeine Industriewerke, Budapest, 2 K, 20 h.
f) Légrady (Buchdruckerei und Verlag), 1 K.
g) Pester Lloyd, 2 K.
h) Schlick-Nicholson (Waggon-, Schiffbau-, Maschinenfabrik), 1 K. Gültig bis 31. Juli.
i) Waffen- und Maschinenfabrik, 5, 1 K. Gültig bis 31. August 1919.
k) Weiß, Manfred, Konservenfabrik, Budapest, 6, 2½, 2, 1 K. 12. Mai. Gültig bis 30. September 1919.

Dieses für den inneren Gebrauch der sozialisierten Betriebe bestimmte Geld war in der Form manchmal künstlerisch hochwertig. Häufig trug es den Vermerk, daß es für die Käufe im Konsumverein des Betriebes bestimmt sei.

[2] Ursprünglich wollte man auch 10-Kronenscheine emittieren. Vgl. hierzu die Äußerungen Lengyels in dem Aufsatze „Behebung des Kleingeldmangels" in „Pester Lloyd" vom 16. Mai 1919, Abendblatt, S. 1.

[3] Das wurde auch von den Bolschewisten besonders betont. Vgl. auch den Aufsatz „Behebung des Kleingeldmangels" in „Pester Lloyd" vom 16. Mai 1919, Abendblatt, S. 1. — Allerdings wurde die Deckung der 5-Kronenscheine durch früher gemeinsames Geld später fiktiv. Die Räteregierung brachte nämlich, wie wir noch sehen werden, eine Fälschung der früher gemeinsamen Noten heraus, die in Wirklichkeit eigenes Rätegeld darstellte, aber durch die Bolschewisten offiziell als von der Österreichisch-ungarischen Bank emittiert erklärt wurde und daher von ihnen im Rahmen jener Deckung mit verwertet werden konnte.

eines öffentlich zugegebenen eigenen aus dem Verkehr zu ziehen begann, es jedenfalls offiziell schrittweise nicht mehr als gültig anerkannte, konnte sie die 5-Kronenscheine nicht mehr mit von der Österreichisch-ungarischen Bank emittierten Noten decken. Es erfolgte deshalb eine zweite Emission der 5-Kronennoten. Sie war gleichfalls vom 15. Mai datiert, gelangte jedoch erst am 5. Juli in Verkehr[1]. Diese Noten waren in anderen gesetzlichen Geldarten einzulösen, also in irgendeinem, auch zukünftigen, von der Sowjetregierung als in ihrem Gebiete gültig anerkannten Gelde. Hier handelte es sich mithin um möglicherweise eignes Geld der Räteregierung. Tatsächlich war dies der Fall. Denn inzwischen hatte der große Umschwung in der Stellung der Regierung zur Einführung einer eigenen Währung eingesetzt.

Durch diese beiden, in der Stückelung neuen, aber nicht ungünstigen Emissionen gelang es, dem Kleingeldmangel wenigstens eine geringe Abhilfe zu schaffen. Unterstützt wurde dieser Erfolg noch durch eine zweite, freilich viel weniger einwandfreie Maßnahme. Sie betraf die Stückelung 2- und 1-Kronen. Um dem Mangel an diesen Scheinen abzuhelfen, gab die Räteregierung einfach auf photochemischem Wege hergestellte Fälschungen der 2- und 1-Kronennoten heraus. Doch wurde die Fälschung immerhin gegenüber der Österreichisch-ungarischen Bank durch die Anbringung einer unterscheidenden Seriennummer ohne weiteres ersichtlich gemacht[2]. Diese eigentümliche Bekanntgabe der Fälschung erfolgte wohl aus Rücksicht auf Deutsch-Österreich, das man als nächstes Land für den Bolschewismus gewinnen und daher zuvorkommend behandeln und mit dem man sich Verhandlungen in der Geldfrage offen halten wollte. Als Motiv aber für die Ausgabe dieser 2- und 1-Kronennoten überhaupt dürfte neben dem Kleingeldmangel vielleicht auch der Wunsch geltend gewesen sein, bolschewistischen Parteigängern Spekulationen nach der Tschechoslowakei weiter zu ermöglichen.

Durch die erwähnten Maßnahmen wurden bis zum 10. Juni 57 Millionen Kronen in 5-, 2- und 1-Kronenscheinen ausgegeben[3] und Mitte Juni täglich 800 000 Stück 5-Kronennoten in den Ver-

---

[1] Vgl. „Pester Lloyd“ vom 1. Juli 1919, Morgenblatt, S. 7, Sp. 3.

[2] Von den 2-Kronennoten scheinen auch Fehldrucke in den Verkehr gelangt zu sein. Sie zeigen nur den Rot-, nicht aber den Graudruck.

[3] Nach Angabe Lengyels in der Sitzung des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates. „Volksstimme“ vom 12. Juni 1919.

kehr geworfen[1]. Trotzdem gelang es nicht, dem Kleingeldmangel wirklich erfolgreich zu steuern. Immerhin aber wurde doch manches zur Entspannung der Krise erreicht. Freilich war das geschehen auf Kosten des ursprünglich geplanten passiven Verhaltens gegenüber der alten Währung in der Übergangszeit. Aktiv hatte man eine neue Stückelung einführen müssen, wenn auch gestützt zunächst vollkommen auf die alte Währung. Allmählich aber hatte man Geldscheine eigener Währung emittiert in der zweiten Auflage der 5=Kronennoten und in der Fälschung der 2= und 1=Kronenscheine, die in dieser neuen Ausgabe von der Österreichisch=ungarischen Bank nicht anerkannt wurden. Dieser Umstand jedoch stand in ursächlichem Zusammenhange mit einer allgemeineren Frage der Geldpolitik.

b) Die Frage des Auskommens mit den vorhandenen Noten überhaupt

Während man in der Lösung des Wechselgeldproblemes langsam vorwärts schritt, zeigte sich gebieterisch ein anderes Bedürfnis von viel größerem Ausmaße und weiterer Bedeutung. Es erwies sich bereits Anfang Mai von Tag zu Tag mehr, daß die Auffassung des Finanzkommissars, mit dem vorhandenen früher gemeinsamen Gelde auszukommen, nicht bloß hinsichtlich einzelner Stückelungswerte irrtümlich gewesen war. Es wurde vielmehr unverkennbar, daß überhaupt zu wenig Geldmittel vorhanden waren. Einmal war dies der Fall infolge der großen Thesaurierungen. Was in Rußland geschehen war, was in Ungarn die Bolschewisten gefürchtet hatten, und was wir oben als Gefahr für die Durchführung des kommunistischen Programms drohen sahen, trat ein. Unter dem Drucke der Vermögensbeschlagnahme wurde das im Auslande verwertbare Geld versteckt. Und bei den Bauern blieb es liegen, weil die Regierung nicht in der Lage war, es durch Bereitstellung von Industrieartikeln wieder zu sich zurückzuleiten. So verschwanden große Mengen Geldes in der Bevölkerung. Immer wieder versuchte die Räteregierung dieser Entwicklung entgegenzutreten. Sie sah aber wohl zumeist die psychologische Bedingtheit des Werdeganges nicht

[1] Vgl. Vargas Rede am dritten Sitzungstage des Rätekongresses („Volksstimme" vom 17. Juni 1919). Nach Lengyels Rede auf dem Rätekongresse waren bis zum 17. Juni etwa 12—13 Millionen Stücke in Verkehr gebracht („Pester Lloyd" vom 17. Juni 1919, Morgenblatt, S. 3, Sp. 1), danach wären also am 10. Juni siebenmal 800 000 Stück weniger, also etwa 7 Millionen im Werte von 35 Millionen K vorhanden gewesen.

ein. Sie erklärte vielmehr die Thesaurierungen zum Teil für ein bewußtes gegenrevolutionäres Kampfmittel, das Verwirrung erzeugen und Unzufriedenheit mit den Bolschewisten säen sollte. Die Maßnahmen aber, welche die Regierung ergriff, waren erfolglos. Sie waren erfolglos, obwohl man alsbald das kommunistische Programm in erheblichem Maße opferte. Es wurden nämlich vollkommen frei verfügbare Einlagen geschaffen, für die also die Sperrvorschriften der Bankkonten nicht galten, und die man sogar verzinste[1]. Aber das Publikum ließ sich durch diese Verlockung nicht bewegen, sein verstecktes Geld einzuzahlen. Es mißtraute dieser Einlagemöglichkeit und thesaurierte weiterhin. So wurde die Menge des umlaufenden Geldes der alten Währung mehr und mehr vermindert. Auf der anderen Seite aber entstanden große Ausgaben der Regierung für Abfindungen an Ausländer und für Auslandspropaganda. So waren die oben geschilderten Gefahren hinsichtlich der Geldmenge in der Übergangszeit zur Wirklichkeit geworden. Aber der entscheidende Faktor für ein rasches Wachsen des Bedürfnisses nach mehr Geldmitteln trat noch von einer ganz anderen Seite her auf den Plan. Diesen Grund suchte die Regierung allerdings stets zu verschleiern. Er bestand im Folgenden. Die Arbeiter stellten allmählich Ansprüche auf höhere Löhne. Dazu erforderte der Ausbau der Roten Armee die Verfügbarkeit bedeutender Mengen von Großgeld[2].

---

[1] Man begründete die Maßnahme in doppelter Weise. Einmal wolle man den Proletariern die Möglichkeit geben, Arbeitseinkommen, das sie vorläufig nicht verwenden könnten, zu sparen. Es war dies ein Gesichtspunkt, der allerdings dem früher aufgestellten Satze widersprach, daß man Löhne nur soweit zahlen wolle, als sie verwendbar seien. Es enthüllt sich hier bereits der grundlegende Fehler der Regierung, daß sie eben Löhne zahlte, die nicht mehr in Gütern realisierbar waren, womit sie tatsächlich die Geldinflation herbeiführte, deren Gefahr sie früher selbst vorausgesehen hatte. Als zweiter Grund wurde angegeben, daß der Einleger dem Proletarierstaate nütze, indem er die kleinen Banknoten von 1—50 K in die Staatskassen zurückleite und so den Mangel an Wechselgeld bekämpfen helfe. Vgl. Varga im „Pester Lloyd“ vom 15. Mai 1919, Morgenblatt, S. 7, Sp. 3. Vgl. ferner die Mitteilung des Ungar.-Tel.-Korr.-Bureaus in „Pester Lloyd“ vom 11. Mai 1919, Morgenblatt, S. 8, Sp. 1.

[2] Zu welchen unkommunistischen Verhältnissen die Bedürfnisse der Armee in Verbindung mit dem Geldverlangen der nichtsozialisierten Bauern führten, zeigt zum Beispiel folgender Fall: Man hatte aus Mangel an Organisation, um die Versorgung der Armee sicherstellen zu können, private Heereslieferanten heranziehen müssen. Diese aber mußte man in Geld bezahlen, da sie sonst von den Bauern nichts erhalten hätten. Vgl. Lengyel in dem mehrerwähnten Interview von Békessy Imre in „A Kurir“.

Entziehung des Geldes aus dem Verkehr und gleichzeitig, trotz der Einführung umfangreicher staatlicher Verrechnungen, ein rasches Wachsen des Geldbedürfnisses war also das Bild, das sich ziemlich bald in der Räterepublik zeigte. Bei diesen Umständen war eine Passivität gegenüber der alten Währung nicht mehr möglich. Ein Doppeltes nur war denkbar: die sofortige Einführung des kommunistischen Zahlungsmittelwesens oder die Ausgabe neuen Geldes. Der erstere Weg war trotz einiger Ansätze zum Beginn der Vorarbeiten vorläufig aus Mangel an jeder entsprechenden Organisation ungangbar. Es blieb also nur der zweite Weg übrig. Hier aber bestand eine Schwierigkeit. Eine Mitwirkung der Österreichisch-ungarischen Bank in Wien bei der Neuemission war nicht zu erwarten. Es mußte mithin die alte Währung verlassen und eigenes Geld ausgegeben werden. Der Räteregierung war jedoch daran gelegen, eine solche eigene Ausgabe nach Möglichkeit geheim zu halten. Sie besaß ein Interesse hieran einmal, weil sie nicht gern ein derartiges Abgehen vom zuerst so scharf vertretenen kommunistischen Prinzip eingestehen wollte, wie dies die Schaffung einer eigenen Geldwährung tatsächlich bedeutet hätte. Zweitens aber fürchtete sie wohl, daß eigenes Geld in weiten Kreisen der Bevölkerung Mißtrauen begegnen oder wenn es kapitalistisch brauchbar war, thesauriert werden würde. Aus dieser Zwickmühle suchte sie nun einen Ausweg durch eine eigenartige Fälschung.

α) Die Schaffung eignen, aber als solches abgeleugneten Geldes

Die Regierung ahmte von der Österreichisch-ungarischen Bank emittiertes Geld nach. Technisch möglich war das nur hinsichtlich des sogenannten weißen Geldes, für das sich Klischees in Budapest befanden. Diese 200- und 25-Kronennoten wurden deshalb etwa vom Mai ab nachgedruckt, aber der Bank gegenüber wiederum durch besondere Seriennummern als Fälschung kenntlich gemacht[1]. Dieses, wie wir noch sehen werden, in immer größeren Mengen in den Verkehr geworfene Geld bedeutete tatsächlich die Herausgabe eines

[1] Die Österreichisch-ungarische Bank in Wien war übrigens über Höhe und Numerierung der Emissionen des neuen weißen Geldes stets sofort unterrichtet. Die Beamten der Hauptstelle in Budapest waren fast durchweg Gegner der Bolschewisten und unterrichteten ständig die deutsch-österreichische Gesandtschaft in Budapest. Vgl. „Reggeli hirek“ vom 18. August 1919 (ungarisch).

wirklichen eigenen Geldes des Räteregierung, die Loslösung von der alten gemeinsamen Währung. Es wurde von der Österreichisch-ungarischen Bank nicht als von ihr emittiert anerkannt. Auch war die verwendete Rechnungseinheit grundsätzlich anders fundiert als früher. Sie stellte weder theoretisch noch faktisch eine Mengeneinheit eines Einzelgutes mehr dar. Sondern man steuerte bereits ins Fahrwasser der kommunistischen Anweisungen auf Produkte insofern hinüber, als die Rechnungseinheit ein Bruchteil der Gesamtsumme der sozialen Produkte wurde. Es gelang der Regierung jedoch, was ja auch das Ziel der Herausgabe in dieser Form war, die Tatsache dieses eigenen Geldes einige Zeit vor der Bevölkerung des Inlandes zu verschleiern. Zu diesem Zwecke wurde auch in der Presse stets der Schein gewahrt, als ob lediglich von der Österreichisch-ungarischen Bank emittierte weiße Noten im Umlaufe seien. Freilich begann die Bevölkerung schon infolge der allmählich durchsickernden Kenntnis von der Nichtanerkennung durch das Ausland doch bald Mißtrauen zu hegen. Die Regierung aber betonte demgegenüber, das Geld sei als unüberstempelt nur noch in Ungarn anerkannt, und deshalb sozusagen dessen eigene Währung, es sei aber der Herkunft nach doch immer noch gemeinsames Geld. Oder man beschränkte sich einfach auf die Ableugnung jeder Ausgabe eigenen weißen Geldes. Typisch ist in dieser Hinsicht eine offiziöse Auslassung, datiert vom 5. Juni, im Pester Lloyd[1]. Hier heißt es ausdrücklich, daß nur die übernommenen 1,6 Milliarden weißer Noten, die sich noch bei der Hauptstelle Budapest der Österreichisch-ungarischen Bank befanden, allmählich ausgegeben worden wären. Alles andere sei eine böswillige Erfindung der Gegenrevolutionäre[2]. So hielt die Räteregierung äußerlich am

[1] „Pester Lloyd" vom 6. Juni, Morgenblatt, S. 1.

[2] Die entscheidenden Sätze lauten folgendermaßen: „Die Österreichisch-ungarische Bank wollte von einer weiteren Banknotenemission für die Zwecke Sowjet-Ungarns nichts hören, und so wurden wir in die Zwangslage gedrängt, an die Vermehrung der Banknoten zu schreiten. Bei diesem Punkte befindet sich aber auch unsere öffentliche Meinung in dem großen Irrtum, als ob die immense Masse der 25- und 200-Kronennoten durch die Sowjetregierung hergestellt worden wäre. In Wahrheit verhält es sich damit so, daß mehr als 1600 Millionen dieser Noten auf Grund der mit der Österreichisch-ungarischen Bank geschlossenen Vereinbarung noch von der Volksregierung des Károlyi-Regimes zur Emission gelangt sind, jedoch nur zu einem kleineren Teile aufgebraucht wurden, so daß diese weißen Noten nicht das Produkt der Räterepublik bilden. Trotz dieses Tatbestandes benützten die inneren und äußeren Feinde des jungen ungarländischen Proletarierstaates den großen Umlauf an diesen weißen Banknoten zu der Beschuldigung der Geldfälschung."

Bestehen der alten gemeinsamen Währung fest. In Wahrheit aber war schließlich die große Menge des umlaufenden Geldes nicht mehr von der Österreichisch-ungarischen Bank emittiert, sondern von der Räterepublik. Sehr bald sah auch die Bevölkerung das ein. Die mit der Herausgabe des Geldes gerade in dieser Form bezweckte Täuschung ließ sich nicht lange aufrecht erhalten. Und hierin lag einer der Gründe, weshalb die Emission dieser eignen neuen Noten der Räteregierung sich zur folgenschwersten aller ihrer geldpolitischen Maßnahmen entwickeln sollte.

Denn es entstand jetzt eine scharfe Trennung zwischen dem „alten" („blauen" und „weißen") und dem „neuen weißen" Gelde. Die Bevölkerung, vor allem die durch den Besitz zahlreicher Lebensmittel den Ton angebenden nichtsozialisierten Bauern, trauten dem neuen Gelde nicht. Sie erwarteten auch stets den baldigen Sturz der Räteregierung und fürchteten alsdann eine Außerverkehrsetzung des von ihr emittierten Geldes. Das Ausland aber wies das neue weiße Geld überhaupt völlig ab. Es tat dies schon deshalb, weil hinsichtlich dieses neuen Geldes sich noch eine besondere Erscheinung zeigte. Es war dies die Massenhaftigkeit, in der es auftrat. Das weiter oben als drohende Gefahr geschilderte politische Motiv für die Räteregierung wurde nämlich in der Tat wirksam. Die Thesaurierungen schufen alsbald gar nicht mehr den Kern des Geldbedürfnisses, sondern die ungeheuren, auf politischen Effekt berechneten Lohnerhöhungen wurden entscheidend. So stand die Menge des neuen Geldes zu dem Gesamtwerte der es deckenden sozialen Produkte, gemessen an landläufigen Preisbeziehungen zur Rechnungseinheit, bald in gar keinem vernünftigen Verhältnisse mehr. *Eine Inflation des neuen Geldes entwickelte sich.* Das wirkte aber nicht bloß auf die Stellung des Auslandes zu ihm und damit mittelbar auch auf die Stellungnahme der ungarischen Bevölkerung, sondern ebenso auf diese unmittelbar mißtrauenerweckend ein. So bildete sich im ungarischen Volke allmählich der beinahe dogmatische Glaube heraus, in dem früher gemeinsamen, im Auslande unabhängig von allen Maßnahmen der Räteregierung verwertbaren Gelde einen Schatz zu besitzen. Die Folge war ein großes Agio dieses Geldes. Das aber führte zu schweren Ungerechtigkeiten zugunsten der Besitzer alten Geldes und war bei der Korruptheit der früheren gemeinsamen Währung[1] an sich höchst unvernünftig. In geringem Maße mitbe-

[1] Am 31. Dezember 1918 betrug zum Beispiel die Metalldeckung der Österreichisch-ungarischen Bank nur noch 0,9 % und sank später noch weiter.

stimmend für die Anschauung der Bevölkerung war übrigens schließlich auch die Minderwertigkeit des noch dazu einseitigen Druckes[1] der in Anlehnung an die alten weißen Noten hergestellten neuen Geldscheine. Das Hauptmoment allerdings lag in der geschilderten Massenhaftigkeit des Rätegeldes. So entwickelte sich bis Ende Juni zwischen alten Noten und neuem weißen Gelde ein Kursverhältnis von 100 : 170.

β) Der Kampf gegen die blauen Emissionen des früher gemeinsamen Geldes.

Die schnelle Ablehnung der neuen weißen Noten veranlaßte nun die Räteregierung bereits seit Anfang Juni, doch dem Gedanken einer entscheidenden Reform der Geldverhältnisse näher zu treten. Das Ziel dieser Reform konnte nicht mehr verkannt werden: man mußte die unbeliebten neuen weißen Noten beseitigen und durch die Einführung der Arbeitsbücher oder durch neues Geld ersetzen. Wie aber auch diese Ersetzung schließlich stattfinden mochte, war bis zu ihrer Durchführung eine besondere vorbereitende Maßnahme erwünscht, die zur Erreichung des Endzieles doch einmal erfolgen mußte, und jetzt alsbald vorweggenommen vielleicht geeignet erschien, wenigstens das Fortschreiten der Krise in etwas aufzuhalten. Es war dies die Maßnahme, sofort das alte blaue[2] Geld aus dem Verkehr zu ziehen. Geschehen mußte dies in jedem Falle einmal, wenn man das neue weiße Geld durch die Arbeitsbücher oder durch neues Geld ersetzen wollte, das ja jetzt von der alten gemeinsamen Währung abgehen und einer eigenen Währung angehören mußte. Gelang es aber erfolgreich bereits alsbald, so war bis zur endgültigen Regelung der Geldfrage wenigstens das eine erreicht, daß die im neuen weißen Gelde entlohnten Arbeiter nicht mehr unter einem Disagio ihrer Noten gegenüber in den Händen anderer Volkskreise befindlichen Geldscheinen zu leiden hatten. Darum wurden durch Verordnung CXI der Räteregierung (vom 6. Juni) die 10000-, 1000-, 100-, 50-Kronennoten vom 1. Juli ab eingezogen mit Ablieferungstermin bis 31. August. Für die 20-Kronennoten erster und zweiter Auflage und die 10-Kronenscheine war ein etwas späteres Datum festgesetzt. Zunächst wollte dabei die Regierung die Ablieferung des alten Geldes gewaltsam er-

[1] Gerade die Bevölkerung der früheren Monarchie war hinsichtlich der Vollkommenheit des Druckes seit jeher besonders verwöhnt.

[2] Das alte weiße Geld kam jetzt hierfür nicht in Betracht, da man bei der Ableugnung seines Unterschiedes gegenüber dem neuen weißen Gelde dann sogleich auch dieses hätte mit einziehen müssen.

zwingen. Aber schon nach wenigen Tagen war sie durch die Widerstände in der Bevölkerung genötigt, den stillen Besitz dieser Noten unangetastet zu lassen. Durch Verordnung des Distriktsoberkommandanten der Roten Wache von Budapest vom 2. Juli wurde dieses Nachgeben offiziell festgelegt. Nunmehr wurden nur alle Zahlungen und alles Wechseln in dem einberufenen Gelde streng verboten und unter Strafe gestellt. Die Folgen dieser Maßnahme waren jedoch höchst unerwartete und ungewollte. Arbeiterfrauen allerdings lieferten ihre Ersparnisse in altem Gelde auf den Rat der wohl auch durch den eignen Mangel an Valuta für Auslandzahlungen besonders stark interessierten Regierung in hohem Maße ab. Die Bauern dagegen und damit auch die Schleichhändler hielten es völlig zurück. Der Bauer war von seinem Glauben, in diesem Gelde einen besonderen Schatz zu besitzen, und von seinem tiefen Mißtrauen gegen die Noten der Räteregierung durch nichts abzubringen. Und vor den Banken in Budapest standen in den Tagen der Ablieferung Lebensmittelaufkäufer, die vor der Tür den Eintretenden neues weißes Geld mit hohen Zuschlägen anboten, wenn sie ihnen statt der nur Pari bezahlenden Bank ihr altes Geld abliefern wollten. Die Einziehung wies also tatsächlich einen völligen Mißerfolg auf. Dieser war um so selbstverständlicher, als Verwertungsmöglichkeiten zum Beispiel in Galizien bestanden und vor allem auch in Wien trotz aller Einziehungsverfügungen der Räteregierung das alte Geld mit dem geringen Disagio von 5—6 % in deutsch-österreichische, im Ausland Kurswert besitzende Noten umgewechselt wurde. Ja der Erfolg der Einziehung war geradezu ein negativer. Man glaubte, daß die Regierung die Noten einberufe, weil sie selber sie für wertvoller halte und für sich haben wolle. So stellte sich das Verhältnis neuen weißen Geldes zu altem Gelde wie 2,5 : 1 (Gold zu blauem Gelde wie 13,5 : 1, also zu weißem Gelde etwa wie 34 : 1). Es bemächtigte sich der Bevölkerung geradezu eine Manie für die an sich so minderwertigen alten blauen Noten. Lebensmittel irgendwelcher Art über die geringen öffentlichen Zuweisungen hinaus waren überhaupt nur gegen altes Geld zu haben. Ganze Dörfer wiesen jede neue Note hohnlachend zurück. Selbst Ärzte scheuten sich nicht, mit großen Schmerzen zu ihnen kommende Kranke einfach abzuweisen, wenn sie nicht in altem Gelde zahlen konnten. „Blaues Geld“ wurde das Schlagwort, das vor allem in Budapest ein jeder ständig im Munde führte. Zwar hätten in manchen Fällen vielleicht rigorose Strafen seitens der Regierung allmählich Abhilfe schaffen können. Die Bauern aber hätte man zur

Herausgabe ihres alten Geldes durch nichts bewegen können. Sie hätten es lieber verbrannt als abgeliefert. So wurde das neue weiße Geld fast wertlos. Und das in Budapest umlaufende Scherzwort war durchaus nicht ganz unberechtigt: daß es nur eines gebe, das niemandem gestohlen werde, die neue 200-Kronennote.

γ) Die Schaffung eigenen, als solches offiziell zugegebenen Geldes

Der Versuch, der Geldkrise wenigstens in etwas Einhalt zu gebieten durch die rasche Einziehung des alten blauen Geldes, war also fehlgeschlagen. So mußte man die nur langsamer mögliche Ersetzung der neuen weißen Noten abwarten. Für diese hatte man bereits seit Anfang Juni mit den Vorarbeiten begonnen. Da die Einführung der Arbeitsbücher sich aus organisatorischen Gründen als immer noch nicht möglich erwies, hatte man sich dabei entschlossen, wiederum Geld, und zwar wieder gestützt auf die Rechnungseinheit Krone, auszugeben. Jetzt aber konnte man auch nicht einmal mehr den Schein der Aufrechterhaltung der alten gemeinsamen Währung bewahren. Denn nur das weiße Geld war in Budapest technisch nachahmbar. Es blieb also der Räteregierung jetzt nichts anderes übrig, als die vorläufige Unmöglichkeit geldlosen Verkehrs und eines Auskommens für die Übergangszeit mit dem alten Gelde offen einzugestehen. Sie mußte für alle Augen ersichtlich eine eigne Währung schaffen[1]. Um diese Absicht durchzuführen, verband man mit der Verordnung der Einziehung des blauen Geldes die Bestimmung, daß nach dem 31. Dezember 1919 auch das gesamte weiße Geld (alter und eigner Emission, deren Unterschied aber immer noch nicht offiziell zugegeben wurde) aus dem Verkehr gezogen werden sollte. Schon bevor dies erfolgt sei, sollte aber eigenes Sowjetgeld ausgegeben werden. Hinsichtlich dieses Geldes verfolgte man von autoritativer Seite eine Zeitlang den Plan, zur Befriedigung der Arbeiter nunmehr Gold- und Silber-

[1] Zusammenfassende Äußerungen Vargas über das neue Geldsystem wurden schon am 6. Juni im Abendblatte des „Pester Lloyd“, S. 4, Sp. 2, veröffentlicht. Varga wies hier auf die an sich günstigen Deckungsmöglichkeiten des bolschewistischen Geldes hin. Im übrigen enthält der Artikel bedeutende Verdrehungen der wirklichen Sachlage, an die Varga selbst ebensowenig geglaubt haben kann, wie die gebildeten Leser sie ernst nahmen. Vgl. ferner über die eigene Währung auch Vágó János, Räteungarn auf dem Wege zur finanziellen Unabhängigkeit (Szociális termelés I, 7, S. 38 f., ungarisch).

münzen in Umlauf zu setzen[1]. So war man unter dem Zwang der Ereignisse schrittweise zu einem Plane gedrängt worden, der jedes kommunistische Programm über den Haufen warf. In seiner großen Rede am dritten Sitzungstage des Rätekongresses gab Varga für diese Ausgabe von Gold- und Silbergeld neben der der Noten die Begründung[2]. Er sagte, die Regierung wolle auch damit dokumentieren, daß sie von dem Bestreben geleitet sei, an Stelle des Geldes reale Werte zu geben. Deutlich zeigt sich hierin die Verwirrung, welche die der Regierung völlig über den Kopf gewachsenen Geldverhältnisse in den Köpfen auch ihrer kundigsten Mitglieder angerichtet hatten. Denn diese Begründung verkündete ja unter dem Scheine eines kommunistischen Prinzips eine völlig unkommunistische Idee, die erzwungen war durch die Unzufriedenheit der Arbeiter und ihr Hängen gerade an kapitalistischer Geldauffassung. Allerdings ließ die Räteregierung den Gedanken doch noch vor seiner Ausführung wieder fallen[3]. Seine Durchführung würde in dieser Form, in der Verbindung mit der Ausgabe kapitalistisch nicht brauchbarer Noten lediglich noch nicht dagewesene Thesaurierungen zur Folge gehabt haben. Man beschloß nunmehr, nur ein neues eigenes Papiergeld herauszubringen. Am 21. Juli[4] erschienen die ersten Noten. Es waren 20- und 10-Kronenscheine, emittiert von der ungarischen Postsparkasse. Sie waren ebenso wie die zweite Ausgabe der 5-Kronennoten einlösbar in irgendeiner anderen gesetzlichen Währung. Dieses Geld vermied nunmehr den Anschein einer Fälschung und war klugerweise auch nicht mehr einseitig bedruckt. Es verwendete aber wie das neue weiße Geld die einen Bruchteil der Gesamtsumme der sozialen Güter bezeichnende Rechnungseinheit (die nur äußerlich noch den Namen „Krone" beibehielt), ohne doch in seiner Menge auf diese Güter

---

[1] Lengyel erklärte in einer Sitzung des Budapester Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates, daß bereits am 1. Juli Gold- und Silbermünzen vorhanden sein würden. Vgl. „Die wirtschaftliche Lage" in „Volksstimme" vom 12. Juni 1919.

[2] Vgl. „Volksstimme" vom 17. Juni 1919.

[3] Es haben aber tatsächlich bereits Probeprägungen der Goldmünzen vorgelegen. Der Leiter des Staatsmünzamtes, Ürmössy, teilte nach „Az ujság" vom 11. November 1919 (ungarisch) mit, daß Prägungen von 200-Kronenstücken in Gold stattgefunden hätten. Der Avers habe die Inschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt euch", der Revers die Inschrift: „Ungarische Räterepublik" getragen. Das Feingehalt sei 580/1000 gewesen, der Durchmesser habe 35 mm betragen. Goldene 10-Kronenstücke seien projektiert gewesen.

[4] Vgl. „Pester Lloyd" vom 21. Juli 1919, Abendblatt, S. 4, Sp. 3.

irgendwie Bezug zu nehmen. Trotzdem aber und obwohl es gleichfalls im Auslande nicht benützbar war, wurde es von der Bevölkerung verhältnismäßig gern genommen. Jedenfalls wurde es gegenüber dem neuen weißen Gelde bevorzugt. Hierzu hat wohl auch mitgewirkt, daß es durch die Postsparkasse emittiert wurde. Dieser brachte man von früher her immer noch Vertrauen entgegen, obwohl sie jetzt nichts anderes war[1], als der gleiche Staat, der hinter den neuen weißen Noten stand. Ebenso dürfte wie bei den 5-Kronennoten mitgesprochen haben, daß das neue nationale Geld in keiner Weise mehr als Fälschung betrachtet werden konnte, außerdem auch in seiner Stückelung den Verkehrsbedürfnissen gerecht wurde. Freilich aber konnte diese günstige Aufnahme nur etwas Vorübergehendes sein. Die Hauptschwierigkeiten konnten auch die neuen Noten nicht beheben. Sollten sie allmählich das neue weiße Geld ersetzen, so mußten sie bei den Verhältnissen der Wirtschaft schließlich in gleicher Menge wie dieses auf den Plan treten, und diese Masse mußte durch neuauftretende Bedürfnisse der Regierung noch vermehrt werden. So mußte nach einigen Monaten statt des neuen weißen das neue nationale Geld den Verkehr überschwemmen und dann mußte die Abneigung der Bevölkerung dagegen die gleiche werden, wenn auch gewisse psychische Momente, die gegen das weiße Geld mitgesprochen hatten, ausgeschaltet waren.

Diese notwendige Entwicklung wirkte sich unter der Räteregierung allerdings nicht mehr aus. Vorläufig sah es so aus, als ob im Geldwesen eine gewisse Entspannung eintreten wollte. Und dieser Umstand wurde noch begünstigt dadurch, daß der Räteregierung plötzlich ein glücklicher äußerer Umstand für ihr Bestreben, das alte gemeinsame Geld aus dem Verkehr zu ziehen, zu Hilfe kam. Eine Unterstützung der Vereinheitlichung der Währung trat ein und damit der Behebung der Kursunterschiede. Das hierauf unverhofft von außen wirkende Moment war der Friede von St. Germain. Die bisherigen Außerkurssetzungen des blauen Geldes durch die Räteregierung waren von den meisten nicht ernst genommen worden, weil über die Gültigkeit dieser Noten gar nicht die Räteregierung, sondern das Ausland zu entscheiden hatte. Nach jedem Vorstoß der Bolschewisten gegen

[1] Es ist freilich nicht recht zu verstehen, womit Gesetz XCII die Deckung durch das gesamte Vermögen der Postsparkasse eigentlich als eine besondere Sicherheit begründen wollte. Es könnte vielleicht ein Immobilienbesitz in Frage gekommen sein. Dieser aber war von jeher sehr gering, da die Postsparkasse zumeist die Räume der Post benutzte.

das blaue Geld hatte sich sofort gezeigt, daß es durch sie nicht zu erschüttern war, und so hatte sich das Vertrauen der Bevölkerung in dieses Geld mit jedem neuen Vorgehen der Bolschewisten geradezu befestigt. Nun aber verfügte der Friede von St. Germain die Liquidierung der Österreichisch-ungarischen Bank und die Einziehung ihrer Emissionen. Jetzt wurden viele Besitzer des blauen Geldes doch stutzig. Zwar legte sich die erste Panik bald wieder. Aber man wußte jetzt doch, daß die Tage der Auslandsgeltung des blauen Geldes gezählt waren. Im Laufe der Zeit wäre hierdurch die Räteregierung in ihrem Bestreben nach Vereinheitlichung der Währung unterstützt worden[1]. Nur die Bauern würden wahrscheinlich nach ihren bisherigen Erfahrungen, daß das blaue Geld trotz aller Maßnahmen der Räteregierung seinen Wert behalten hätte, hartnäckig die Herausgabe weiterhin verweigert haben. Aber die Wertlosigkeit dieses Geldes wäre dann doch bald offenbar geworden und die noch thesaurierten Bestände hätten in der Währung keine Verwirrung mehr anzurichten vermocht.

c) Überblick.

Mitten in die Bestrebungen, in fast völliger Abkehr vom kommunistischen Programm nach viermonatlicher Regierungszeit eine einheitliche nationale Währung, ein wenn auch vom Spezialwert eines Einzelgutes unabhängiges, nur zur Summe der sozialen Güter in Beziehung stehendes „Geld" zu schaffen, fiel der Sturz der Räteregierung. Vom 21. März bis zu diesem Zeitpunkte bestand nach dem Gesagten, wenn wir die Ereignisse überblicken, ein völliges Chaos im Geldwesen und ein durchaus unkommunistischer Zustand. Es zeigte sich einmal eine tatsächlich bis zuletzt nicht behobene Vielfältigkeit der Emissionen. Allein an allgemein umlaufendem Gelde waren am 1. August immer noch folgende Noten im Verkehr, die im Prinzip, wenn auch nicht im Namen verschiedene Rechnungseinheiten verwendeten, im Ausland verschieden benutzbar waren und daher die Tendenz zu Kursdifferenzen in sich trugen:

Altes Geld:

1. Die gemeinsamen Emissionen 10000, 1000, 100, 50, 20, 10, 2, 1 Kronen.

---

[1] Die Räteregierung tat auch alles, um diesen ihren Trumpf propagandistisch zu verwerten. Vgl. zum Beispiel den Aufsatz „Das Ende des blauen Geldes" in „Pester Lloyd" vom 26. Juli 1919, Abendblatt, S. 4.

2. Blaue 20-Kronennoten. 2. Auflage.
3. In Deutsch-Österreich und Ungarn gültige Emission weißer 200 und 25 Kronen.

Rätegeld:

4. Emission der ungarischen Postsparkasse, 1. und 2. Auflage, 5 Kronen.
5. Photochemisch hergestellte Fälschungen der 2- und 1-Kronennoten gemeinsamer Emission, mit neuen Seriennummern.
6. Neue weiße 200- und 25-Kronenscheine mit veränderter Seriennummer.
7. Das ungarische nationale Geld, 20- und 10-Kronennoten der Postsparkasse.

Zu dieser Geldverwirrung aber trat noch hinzu, daß ja nicht bloß allgemein im ganzen Gebiete der Sowjetrepublik umlaufende Noten bestanden, sondern zweitens ebenso solche mit nur lokaler Geltung, die wiederum zu Kursdifferenzen — wegen der Wechselbedürfnisse — Anlaß geben mußten. Trotz Einheitlichkeit des emittierenden Staates gaben vielmehr in der Provinz eine Fülle von nachgeordneten Staatsstellen örtlich verschiedenes Geld aus. Es ist erstaunlich, wie man sich hier augenscheinlich selber gar nicht der Tatsache bewußt war, daß es jetzt keine selbständigen Geldinstitute, sondern nur noch Ämter ein und desselben Staates gab. So brachten nicht bloß Direktorien[1] und Städte, sondern sogar einzelne Banken trotz ihrer Sozialisierung Noten in den Verkehr, die sie selbständig unterzeichneten. Die Geldverwirrung muß deshalb in der Provinz eine geradezu ungeheuerliche gewesen sein. So gab es zum Beispiel in Györ außer dem früher gemeinsamen und dem neuen Gelde der Zentralregierung noch 50-Kronennoten der Pester Ungarischen Kommerzialbank, datiert vom 7. Mai und mitunterzeichnet von einem Vertrauensmanne des Volkskommissars für Finanzen, also der gleichen Behörde, der die Geldemission der Zentralregierung oblag! Ferner bestanden in derselben Stadt 20- und 10-Kronennoten der Allgemeinen Sparkasse, datiert ebenfalls vom 7. Mai. Sodann wiederum 10-Kronennoten vom 7. Mai, jedoch von der Filiale Györ der Pester Ungarischen Kommerzialbank. Und endlich kursierten ebenda 5-Kronenscheine

[1] Erst in der zweiten Hälfte des Mai wurde durch Verordnung XCVI der Räteregierung die Bezirks- und Städteverwaltung etwas zentralistischer. Die Ausgabe des Geldes in der Provinz fiel aber in erheblichem Maße vor diesen Zeitpunkt.

der Filiale Győr der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, datiert vom 6. Mai.

So kam in der Räterepublik eine unerhörte Vielfältigkeit der umlaufenden Geldmittel mit einer Tendenz zu vielfachsten Kursdifferenzen zustande. Hierzu trat aber, wie wir wissen, ein Zweites. Auch die Menge der umlaufenden Noten zeigte besonderartige Verhältnisse. Zu beachten ist hier bereits das Mengenverhältnis der einzelnen Stückelungen zueinander. Es führte nach wie vor, wenigstens in Budapest, eine scharfe Form einer Kleingeldkrise herbei. Die Ausgabe der 5-, 2-, 1-Kronennoten der Zentralregierung war unzureichend. Bis zuletzt waren in Budapest selbst Banken häufig nicht in der Lage oder nicht gewillt, auch nur einen einzigen 200-Kronenschein einzuwechseln. Und mit einer 5-Kronennote in der Tasche war es meist unmöglich, die Straßenbahn oder die Untergrundbahn zu benützen, da das Herausgeben nicht möglich war oder verweigert wurde. Viel beachtenswerter freilich noch lagen die Dinge hinsichtlich des Mengenmomentes bei der Emission der neuen weißen Noten. Von irgendeiner Anpassung an die vorhandenen sozialen Produkte auf der Basis landläufiger Beziehungen der Güter zur Rechnungseinheit war keine Rede. Der Grund hierfür lag aber nicht wie in Rußland in dem kommunistisch motivierten Gedanken, durch Massen neuen Geldes die versteckten Vermögen der Kapitalisten zu entwerten. Er erwuchs vielmehr einmal aus den Mißerfolgen gegenüber der Thesaurierung bei der Stadtbevölkerung, ferner aus der Vernachlässigung der Warentauschaktion mit den nichtsozialisierten Bauern. Diese besaßen einfach keine Verwendungsmöglichkeit für Geld und mußten, nicht aus gegenrevolutionärer Absicht, wie die Regierung sagte, sondern durch deren Zurückhaltung der Industrieartikel gezwungen, zur Saugstelle für Geld werden, die eine natürliche Tendenz zur Geldvermehrung nach sich führte. Der Hauptgrund für die Mengensteigerung des Geldes allerdings war noch ein anderer. Als die große Armee geschaffen wurde, wollte man die Soldaten durch ungeheure Löhne blenden[1]. Im Anschluß hieran aber verfolgte man den gleichen Grundsatz gegenüber den Arbeitern. Ganz unkommunistisch gedacht suchte man ihr Augenmerk vom Entscheidenden, der vorhandenen Gütermenge,

---

[1] Nach den nach dem Sturze der Bolschewisten angestellten Untersuchungen hat in den 132 Tagen der Proletarierdiktatur die Rote Armee nicht weniger als 3 307 Mill., die Rote Wache 514 Mill., zusammen also 3 821 Mill. K gekostet (vgl. „Neues Wiener Abendblatt" vom 4. November 1919, Nr. 302, S. 2, Sp. 1).

abzulenken. Man appellierte an einen im kapitalistischen Fühlen wurzelnden Glauben des Arbeiters, der ihm vorspiegelte, mehr Geldlohn bedeute mehr Güter. Zeigte sich alsdann, daß wegen der Lohnhöhe den Staat ein Produkt viel teurer zu stehen kam, als er es verkaufte, so setzte man den Preis herauf. Gleichzeitig aber erhöhte man wieder den Lohn der Arbeiter, um ihr nunmehr einsetzendes Grollen zu beschwichtigen. Und so ging es fort in endloser Kette bis beinahe ins Ungemessene. So lag schließlich das weiße Geld buchstäblich auf der Straße. Und doch konnte für die ungeheuren Summen niemand sich etwas kaufen[1]. Man wußte oft nicht, was man mit dem Gelde überhaupt anfangen sollte. Ganz besonders unsozial aber wirkte dies alles auf die Alten, Kranken und Kinder und die im höheren Alter aus ihrem Berufe Geschleuderten, die nur schwer umlernen konnten. Für sie war die staatliche Unterstützung noch nicht organisiert. Der Staat verwies sie auf monatliche Abhebungsbeträge ihrer früheren Vermögen, die in neuem weißen Gelde ausbezahlt wurden, aber zu dem nunmehrigen geringen Geldwerte so wenig mehr im Verhältnis standen, daß die Abheber fast verhungerten. So wirkte die politische Tendenz einer Irreführung der Arbeiter durch übergroße Mengensteigerung des Geldes unsozial. Und das Schlimme war, daß der einmal eingeschlagene Weg die Räteregierung gegen ihren eigenen Willen immer weiter in die Inflation hineinführte. Alle Versuche, die stets als eine besondere Folge des Kommunismus gepredigte Einschränkung des Geldumlaufes durchzuführen, blieben erfolglos. Trotz der Unterstützung des Privatscheckverkehrs, der umfangreichen Verrechnungen des Staates in sich selbst und der Überweisungen der Banken war soviel Geld im Lande, wie noch niemals zuvor. Die Regierung warf der Bevölkerung vor, daß sie hieran durch törichte Thesaurierungen und ihre Vorliebe für das alte Geld die Schuld trüge. Sie sagte ferner, daß ein großer Teil der Thesaurierungen bewußtes Kampfmittel der Gegenrevolution sei. Die Regierung scheint auch tatsächlich selbst nicht verstanden zu haben, daß es sich hier um selbstverständliche Wirkungen ihrer eigenen Maßnahmen, vor allem der Verzögerung der Warentauschaktion und der Lohnpolitik, handelte.

---

[1] Treffend hat schließlich Lengyel selbst, freilich ohne die Schuld der Regierung einzusehen, diese Zustände charakterisiert. Er sagte in einer Sitzung des Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates („Volksstimme" vom 12. Juni 1919): „Das ausgegebene Geld nimmt keinen Kreislauf. Bei den Arbeitern bleibt der Lohn, bei den Bauern das Geld, denn es gibt nichts zu kaufen. Aus diesem Grunde müssen immer neue und neue Geldmengen ausgegeben werden."

Manchmal versuchte sie die Bedeutung der ganzen Frage überhaupt abzuleugnen[1]. Jedenfalls zeigte sie sich gänzlich hilflos[2].

So mußte sie gegen ihren eignen ursprünglichen Willen das Ergebnis sich entwickeln sehen, daß schließlich neben den früher in Ungarn kursierenden 10 Milliarden (einschließlich der besetzten Gebiete, ausschließlich Kroatiens und Slawoniens) noch etwa 7 Milliarden Kronen neuen weißen Geldes, 600 Millionen Postsparkassengeld sowie das Provinzgeld umliefen.

So zeigt uns unser Überblick über die innere Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten folgende Zustände: Ein wachsender Geldmangel treibt die Regierung zu einem Notendruck. Für diese Noten wird jede Metalldeckung aufgegeben, vielmehr eine Deckung in der Gesamtsumme der sozialen Produkte gesucht. Im Zusammenhange damit wird die Rechnungseinheit als Bruchteil der Mengeneinheit eines Spezialgutes ersetzt durch eine solche als Bruchteil der Gesamtgütermenge. Dieser Bruchteil aber wird nun ganz willkürlich, ohne jede innere Bezugnahme zur Gütersumme ständig verringert. Die stärkste Inflation entsteht. In diesem Notendruck stemmt sich ferner die Regierung bis fast zuletzt gegen das offene Eingeständnis ihres Bedürfnisses an. In ihren Versuchen, diesem Eingeständnisse zu entgehen, vermehrt sie in erheblichem Grade das Chaos vieler nebeneinanderstehender Geldemissionen und veranlaßt ein Gewirr von Kursdifferenzierungen. Die Verhältnisse zwingen sie, zuletzt das kommunistische Prinzip der Geldlosigkeit offen aufzugeben und eine eigene nationale Währung vor aller Augen zu schaffen. Trotzdem aber

[1] So konnte Lengyel in seiner Rede auf dem Rätekongresse es sich herausnehmen, folgende Sätze zu sprechen: „Es ist hier zu erwähnen, obgleich es nebensächlich ist, in welchen Mengen die Geldzeichen ausgegeben sind. Die unabläßige Herausgabe der Geldzeichen stößt auf technische Schwierigkeiten.“ („Pester Lloyd“ vom 17. Juni 1919, Morgenblatt, S. 3, Sp. 1.)

[2] Typisch zeigt sich das schon aus dem bereits erwähnten Ausspruche Vargas zu Beginn der Räteregierung, daß die Stellungnahme der Regierung im Notenneudruck von der Verständigkeit des Publikums abhängen werde („Pénzvilág“ vom 29. März 1919). Man sah das russische Beispiel und wollte es vermeiden. Aber man verlangte diese Vermeidung von der ganz automatisch auf die Maßnahmen der Regierung reagierenden menschlichen Psyche, anstatt das eigene Vorgehen zu ändern. Ganz besonders klar tritt die Hilflosigkeit auch in Vargas großer Rede am dritten Sitzungstage des Rätekongresses hervor (vgl. „Volksstimme“ vom 12. Juni 1919), nicht minder in Lengyels, dessen ganze Unfähigkeit enthüllender Rede auf dem Rätekongresse („Pester Lloyd“ vom 17. Juni, Morgenblatt, S. 3, Sp. 1).

gelingt es ihr praktisch noch nicht, das übrige umlaufende Geld und damit die Kursdifferenzen zu beseitigen; sie hat nur noch ein neues Geld neben das alte gestellt.

2. Die äußere Geldpolitik

Ebenso wie sich in der inneren Geldpolitik alsbald die mindestens vorläufige Unmöglichkeit der völligen Bargeldlosigkeit erwies, so auch in der äußeren. Trotzdem Ungarn über Tauschgüter wichtiger Art verfügte, gelang es so gut wie gar nicht, einen wirklichen Warentausch mit dem Auslande vorzunehmen. Hinsichtlich umfangreicher Güter bereitete einmal die Entente mittels der Blokade große Schwierigkeiten. Dazu kam, daß das Ausland fast durchweg die Annahme der ungarischen Tauschobjekte als von der Regierung den Privaten gestohlen ablehnte. An der Schärfe dieser Ablehnung trug allerdings die Räteregierung mit die Schuld. Und zwar war dies der Fall durch die Behandlung, die sie den früheren Bankiers angedeihen ließ. Sie ließ diese im allgemeinen nicht in Staatsämtern unter Kontrolle in ihrem Fache weiterarbeiten, sondern machte sie brotlos, stieß sie geradezu aus der Gesellschaft aus und verhinderte sie, selbst Proletarier zu werden. Man behandelte gerade sie oft nicht einmal als Ungarn mit Anspruch auf Leben und Arbeit. So schuf man sich in ihnen wütende Feinde. Sie gingen ins kapitalistische Ausland und stachelten dieses, das der Aufhebung des Privateigens an sich schon feindlich gegenüberstand, dazu auf, die Annahme der sozialisierten Güter im Wege des Warentausches abzulehnen. So blieb der Sowjetregierung nichts anderes übrig, als ins Ausland mit Geld zu zahlen. Für diesen Zweck mußte sie aber ein Geld besitzen, das im Auslande anerkannt wurde. Diese Anerkennung wurde jedoch versagt dem eigenen Sowjetgelde. Auf diese Weise stand die Sowjetregierung vor der Notwendigkeit, nicht bloß auf das kommunistische Prinzip in der äußeren Geldpolitik zu verzichten und eine Zweiteilung ihrer Geldpolitik in innere und äußere vorzunehmen. Sondern sie mußte diese Zweiteilung so scharf gestalten, daß sie ganz verschiedene Geldarten für diese beiden Zwecke verwenden mußte. Außerordentlich schwierig gestaltete sich die Aufgabe der äußeren Geldpolitik damit. Mit allen Mitteln mußte die Regierung versuchen, das vorhandene alte gemeinsame Geld an sich zu bringen. Dieses Geld aber war, da die Warenausfuhr unmöglich war, ohne Rückströmung. Und die Bedürfnisse für Zahlungen an das Ausland als Abfindung für die Sozialisierung von Betrieben, für die Propa-

ganda der Weltrevolution und für Lieferungen von Kriegsmaterial waren bedeutende. Rasch mußte sich so die unter den gegebenen Verhältnissen mögliche valutarische Potenz der Sowjetrepublik immer mehr mindern. Und es mußte über kurz oder lang ein Zusammenbruch der äußeren Geldpolitik eintreten. Zwar wurden die Abfindungen an die ausländischen Unternehmer sehr bald vorläufig eingestellt. Zwar beschränkten sich auch, schon infolge der Blockade, die Warenkäufe im Auslande auf ein Minimum und erstreckten sich nur auf gewisse Viehkäufe bei den Serben und die Übernahme von Kriegsmaterial aus Italien gegen Zahlung von rund 25 Millionen Kronen in Gold österreichisch-ungarischer und russischer Prägung. Aber sehr große Summen wurden für die Auslandspropaganda benötigt[1]. So kam es, daß bald eine große Knappheit an den von der Regierung benötigten Geldarten eintrat. Die fast zwei Milliarden gemeinsamen Geldes, die am 21. März bei der Hauptstelle Budapest der Österreichisch-ungarischen Bank lagen, scheinen bis zum 1. August fast ganz aufgebraucht worden zu sein. Nur der Goldbestand der Bank in Höhe von 73 Millionen Kronen[2] war mit Ausnahme von 3 Millionen nicht angegriffen. Diese schwierige Lage der äußeren Geldpolitik mußte die Regierung zu besonderen Maßnahmen zwecks Sammlung des früher gemeinsamen Geldes veranlassen. Die Eröffnung der freien verzinslichen Guthaben und die Einziehung des blauen Geldes vom 1. Juli ab sind auch tatsächlich mit auf dieses Motiv zurückzuführen. Wahrscheinlich hoffte man zeitweilig auch, von Rußland in der äußeren Geldpolitik eine Unterstützung durch Zuführung von Gold usw. zu erhalten. Es hat aber den Anschein, als ob tatsächlich diese Hoffnung sehr trügerisch gewesen sei, ja Budapest stellenweise geradezu Zahlstelle für Rußland gewesen sei, ohne von dort die genügende Deckung zu erhalten.

So zeigt uns auch die äußere Geldpolitik eine erzwungen rein kapitalistische Note. Und sie erweist uns trotz objektiv hoher valutarischer Potenz der Sowjetrepublik doch subjektiv diese Potenz als gering und rasch dahinschwindend ohne Aussicht, daß geldpolitische Maßnahmen getroffen werden könnten, die für die Dauer eine entscheidende Besserung herbeizuführen vermöchten.

[1] So fanden sich, wie bereits erwähnt wurde, Anfang Mai in der ungarischen Gesandtschaft in Wien 135 Mill. K vorzüglich für Propagandazwecke vor.

[2] Vgl. „Reggeli hirek" vom 18. August 1919 (die dort über den Notenbestand enthaltene Angabe ist jedoch gänzlich irrtümlich).

IV. Kritik der Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten

Die ungarischen Bolschewisten sahen selber ein, daß für eine Übergangszeit noch Geld vonnöten sei. War dies der Fall, so erhebt sich als erste Frage kritischer Betrachtung die, inwieweit die praktische Geldpolitik der Bolschewisten in dieser Überleitung eine Anknüpfung an den Kapitalismus gefunden und dabei auch die spezifisch ungarische Note des Problems berücksichtigt hat.

1. Ein kapitalistisch brauchbares, insbesondere ungarische Farbe tragendes Geldwesen wurde durch die Geldpolitik der Räteregierung sehr ungünstig beeinflußt. Erstens wurde der Mangel an Einheitlichkeit der Währung noch bedeutend verstärkt. Zweitens wurde die bisher in kapitalistischen Wirtschaftskörpern übliche Rechnungseinheit und die ihr entsprechende Deckung der Noten aufgegeben. Trotz der sklavischen Anlehnung der 200-, 25-, 2-, 1-Kronennoten an die Form der früheren Währung stellten sie ebenso wie die zuletzt ausgegebenen, als eigene Zahlungsmittel offen zugestandenen 20- und 10-Kronenscheine doch prinzipiell etwas anderes dar als die Noten der alten Währung und der derzeitigen kapitalistischen Staaten überhaupt. Die Rechnungseinheit leitete sich nicht mehr her vom Bruchteile der Mengeneinheit eines Spezialgutes, des Metalls, sondern vom Bruchteil der Gesamtsumme der sozialen Produkte. Dementsprechend hörte auch jede Metalldeckung auf. Nun hätte allerdings mit solchen durch eine Staatsbank emittierten Noten sich auch eine kapitalistische Wirtschaftsform einverstanden erklären können. Im Hinblik auf die schließlichen Beziehungen der früher gemeinsamen österreichisch-ungarischen Währung zum Metall konnten sie sogar kapitalistisch betrachtet ein mindestens nicht ungesünderes Geld darstellen. Aber dieser an sich gegebenen Möglichkeit wurden die Noten der Räteregierung in Wirklichkeit nicht gerecht. Die Größe des Bruchteiles der Gesamtgütermenge, welche die neue Rechnungseinheit repräsentierte, war nicht irgendwie, wenn auch in weiterem Spielraume, feststehend. Ganz ohne Rücksicht auf die sozialen Güter wurde die Zahl der im Verkehr befindlichen Rechnungseinheiten fortwährend vermehrt. Der Wert des Bruchteiles sank beständig in raschem Tempo, und niemand konnte wissen, bis zu welcher Grenze diese Entwicklung fortgehen würde. So entstand eine hochgradige Inflation. Und so war das offen als solches zugestandene wie das nicht zugegebene eigene Geld der Räteregierung, obwohl es durchaus „Geld" war, doch als

solches unbrauchbar und war daher vom kapitalistischen Gesichtspunkte aus abzulehnen.

Dazu kam drittens, daß die zentrale Regelung des Notenumlaufes im höchsten Maße gefehlt zu haben scheint. Allerdings dürfte staatsfinanziell technisch eine Zusammenfassung des in die Staatskassen zurückströmenden Geldes in einer Zentralkasse und die Wiederausgabe von dort aus stattgefunden haben. Währungspolitisch aber scheint weder eine Hinterlegung von Schatzwechseln oder sonstiger Sicherheiten durch die bolschewistische Regierung noch eine Kontrolle noch auch eine intensivere Unterstützung des Rückströmens der Noten vorhanden gewesen zu sein. Man zahlte wohl lediglich, was gerade zurückkam, durch die Zentralkasse wieder aus und druckte neu, wenn dies nicht ausreichte. Als ein Mittel, den Rücklauf zu regeln, ist abgesehen von der Pressepropaganda fast nur die Schaffung der freien Spareinlagen anzusehen. Tatsächlich jedenfalls fand ein Rückströmen des früher gemeinsamen Geldes so gut wie gar nicht statt. Auch hinsichtlich des neuen weißen Geldes aber scheinen, obwohl die Bevölkerung mit ihm eigentlich gar nichts anderes anfangen konnte, als es dem Staate zurückzuzahlen, erhebliche Stockungen eingetreten zu sein. Das beweist zum Beispiel der Umstand, daß bei der Erhöhung der Bücherpreise der Wunsch seitens der Regierung mitsprach, auf diese Weise mehr Geld in die Staatskassen zurückzuerhalten. Zudem ist es erwiesen, daß auch sehr viel neues weißes Geld im Volke, und zwar gerade von den Arbeitern, thesauriert wurde. Sie konnten es eben in größeren Mengen vorläufig überhaupt nicht verwerten; auch seinem Eintausche gegen teures blaues Geld im trotz aller Gegenmaßregeln blühenden privaten Wechselgeschäft waren enge Grenzen gezogen.

So war das Geldwesen der Räteregierung, unter dem Gesichtspunkte des Geldes als solchem betrachtet, nicht brauchbar. Dieses Geld und diese Geldpolitik konnte damit auch kapitalistischen Bedürfnissen in keiner Weise gerecht werden. Dazu kam aber endlich auch noch eine Vernachlässigung des spezifisch ungarischen Nationalprinzips im Geldwesen. Eine Durchführung des urspünglichen eigenen Programmes der Bolschewisten hätte zwar in den Arbeitsbüchern tatsächlich national charakterisierte Träger von Geldfunktionen, wenn auch nicht eine Geldwährung, geschaffen. In Wirklichkeit aber suchte die Räteregierung das Nationalprinzip im Geldwesen während der größten Zeit ihres Bestehens zu verleugnen. Allerdings schuf sie durch die von der Österreichisch-ungarischen Bank nicht anerkannten

Fälschungen der 200-, 25-, 2- und 1-Kronennoten eigene, ungarische Zahlungsmittel. Aber sie lehnte sich in der Form völlig an die früher gemeinsame Währung an und behauptete offiziell, daß die Noten noch dieser angehörten. Auch die Form der 5-Kronennoten änderte nichts an der Bekämpfung des Nationalprinzipes. Denn die erste Emission war gedeckt durch gemeinsames Geld, die zweite vor allem durch das zwar eigene, aber das Nationale nicht anerkennende Rätegeld. Und daß das den Zweikronenwert überschreitende Wechselgeld nicht überhaupt auch die Form gemeinsamen Geldes annahm, lag nicht im Willen der Räteregierung, sondern daran, daß die Österreichisch-ungarische Bank selbst es nicht drucken wollte und in Budupest nicht die technische Möglichkeit für die Nachahmung der blauen 10-Kronenscheine bestand. Erst die letzte Emission der Räteregierung, vierzehn Tage vor ihrem Sturze, bedeutete das öffentliche Eingeständnis der Schaffung nationalen Geldes. Doch konnte diese Maßnahme sich noch so gut wie gar nicht auswirken. Während beim Auftreten des Bolschewismus in Ungarn die Entwürfe für ein nationales Geld bereits vorlagen und dieses unter der Károlyiregierung voraussichtlich schon im Juni in den Verkehr gelangt wäre, brachte also der Bolschewismus in der Nationalgeldfrage zunächst einen Rückschritt. Ohne einen vorherigen Plan wollte er erst ganz zuletzt, als er staunend das wider Willen selbst hervorgerufene Chaos sah, dieses durch offene Nationalisierung der Zahlungsmittel beseitigen. Inzwischen aber hatte er die Bevölkerung zu der Manie verleitet, gerade das nicht nationale, und zwar an sich ganz minderwertige, früher gemeinsame Geld als höchsten Schatz zu betrachten.

Wir gelangen mithin zu dem Ergebnis, daß der ungarische Bolschewismus in seiner Geldpolitik an die Stelle der bisher im kapitalistischen Staate geltenden, allerdings bereits sehr ungesunden Währung ein neues Geldwesen setzte, das kapitalistisch ganz unbrauchbar war. Und wir sehen ferner, daß er dabei die spezifisch ungarische Nationalisierungstendenz fast bis zum Ende seiner Herrschaft zum mindesten offiziell verleugnete. Die ungarischen Bolschewisten betätigten also ihre Erkenntnis, daß für eine Übergangszeit noch Geld vonnöten sei, in der Weise, daß sie Geld wohl der Form nach, aber nicht gesund in seinem Inhalte aufrechterhielten.

Dieser Umstand aber zog besondere wirtschaftliche Wirkungen nach sich. Daß solche Ergebnisse, unter einem kapitalistischen Gesichtspunkte betrachtet, ungünstig sein mußten, liegt in der Natur der Sache.

Gefahrbringend waren sie mittelbar nicht minder aber auch für die bolschewistische Wirtschaftsorganisation selbst. Der Mangel an brauchbarem Gelde führte zum Beispiel die Geringfügigkeit der Lebensmittellieferungen seitens der nichtsozialisierten, noch ganz in kapitalistischen Gedankengängen ruhenden Bauern mit herbei — im Verein allerdings mit dem starken politischen Mißtrauen gegen die Räteregierung. Er trug ferner bei zu den unsozial wirkenden Kursdifferenzen und zu den Schwierigkeiten in der äußeren Währungspolitik hinsichtlich des Verkehrs mit dem kapitalistischen Auslande. Ferner brachte es die Inflation mit sich, daß viele der vorläufig von Staats wegen noch auf ihr früheres Privatvermögen verwiesenen Alten, Kranken und Kinder schwerer, durchaus unsozialer Not preisgegeben wurden. Noch bestanden in der bolschewistischen Wirtschaft Faktoren mit im Kapitalismus wurzelnden Geldbedürfnissen. Das Fehlen eines brauchbaren Geldes mußte deshalb in dieser Mischwirtschaft für ihre Weiterentwicklung auch nach der kommunistischen Seite hin unliebsame Folgen zeitigen, weil sie den Bestand dieser Übergangswirtschaft überhaupt gefährdete. Es zeigte sich hier wiederum die Bewahrheitung eines allgemeinen Gesetzes aller Zusammenstöße verschieden entwickelter Wirtschaftssysteme. Ich meine das Gesetz, demzufolge die Bedürfnisse des primären Wirtschaftssystems aus technischen und psychischen Gründen niemals in kurzer Zeit absterben und deshalb die auftreffende sekundäre Wirtschaft Überleitungsmaßnahmen finden muß, die zunächst in Form und Inhalt noch an die der alten Wirtschaft anlehnen. Dieses Gesetz übersahen die ungarischen Bolschewisten. Zwar beherrschte sie wohl ein instinktives Gefühl, an der alten Währung festhalten zu sollen. Aber sie zogen daraus, abgesehen von dem in seiner Art verfehlten Gedanken der Ausgabe von Gold- und Silbermünzen, nur den Schluß, bis zur Fälschung lediglich an der Form hängen zu sollen. In Wirklichkeit aber stand die Räteregierung vor der Aufgabe, in dem Augenblick, in dem sie mit den vorhandenen, früher gemeinsamen Noten nicht mehr auskam, ein eignes als solches brauchbares Papiergeld neben kommunistischen individuellen Güteranweisungen zu schaffen und zu erhalten, bis es durch das Fortschreiten der allgemeinen kommunistischen Organisation schrittweise von selbst in Fortfall kommen würde. Auf diese Weise wäre eine ganze Reihe von tatsächlich eingetretenen unliebsamen Erscheinungen vermieden und selbst im Verkehr mit den Bauern wenigstens eine beschränkte Erleichterung geschaffen worden.

Unsere kritische Betrachtung der Geldgebarung der ungarischen Bolschewisten unter dem kapitalistischen Gesichtspunkte ergibt uns mithin, daß diese Geldpolitik erstens eine relative Unbrauchbarkeit aufwies durch ihr Versagen gegenüber dem kapitalistischen Werturteil. Sie lehrt uns jedoch zweitens, daß sie mittelbar auch die Durchsetzung des kommunistischen Werturteils verletzte, weil sie den Gesetzen des Überganges nicht Rechnung trug, damit die Übergangswirtschaft schädigte und auf diese Weise auch die bereits kommunistischen Regelungen des Übergangs und ihre Weiterentwicklung ungünstig beeinflussen mußte. Wir gelangen nach dieser Erkenntnis nunmehr zu dem zweiten Teile unserer kritischen Untersuchung. Es handelt sich jetzt darum, festzustellen, inwieweit die ungarischen Bolschewisten der zweiten von ihnen selbst erkannten Aufgabe gerecht wurden, nämlich die Geldpolitik überleitend anzuknüpfen nicht, worum es sich bisher handelte, an die Vergangenheit, den Kapitalismus, sondern an die Zukunft, an den Kommunismus.

2. Man entfaltete in Ungarn zunächst eine große Propaganda für das kommunistische Prinzip. Man verhieß, wenn auch vorderhand nicht ganz ohne Geld auszukommen sei, doch die größte Unterstützung des Verkehrs ohne Bargeld. Tatsächlich aber tat die Regierung in dieser Hinsicht praktisch nur wenig. Zwar fanden umfangreiche Verrechnungen zwischen den einzelnen staatlichen Institutionen statt. Aber gänzlich unkommunistisch war die lange Verzögerung des organisierten Warentausches mit dem Lande. Statt dessen bezahlte man die Bauern in Geld, noch dazu, ohne es wieder zurückerhalten zu können. Als man aber den Warentausch einzurichten begonnen hatte, gab man den Bauern wiederum Geld für ihre Waren und ließ sie für dasselbe Geld die Industrieartikel vom Staate kaufen. Eine Vermeidung der Bargeldzahlung wäre hier mit Leichtigkeit zu erzielen gewesen. Die Bartransaktion war auch nicht etwa zu verteidigen unter dem Gesichtspunkte, daß die Bauern auf diese Weise Vertrauen in das Rätegeld gewinnen würden. Denn die Bauern wußten ganz genau, daß sie für dieses Geld Verwendung eben nur im Rahmen des Warentausches haben würden, und hätten eine Annahme des Rätegeldes bei anderen Gelegenheiten doch immer weiter verweigert. Übersah also in diesem Falle die Regierung die Anlehnung der Geldpolitik an kommunistische Prinzipien ungerechtfertigt vollständig, so ging sie ferner mindestens sehr zaghaft vor in der Einschränkung des Bargeldverkehrs durch die Unterstützung der Privatschecks. Ebenso vernachlässigte sie die Naturallöhne in bedeutendem Maße.

In der genannten dreifachen Hinsicht wurde mithin nur wenig dazu getan, eine durchaus mögliche kommunistische Verminderung in der Zahl der an sich für die Übergangszeit noch als notwendig erkannten Transaktionen von Bargeld vorzunehmen. Dazu aber kam noch ein Weiteres. Man begann auch nicht langsam, das Geld zu ersetzen durch die kommunistischen individuellen Güteranweisungen. Für die Einführung der Arbeitsbücher fehlten noch so gut wie alle Vorarbeiten. Nun wäre aber eine Reglung möglich gewesen, dahin gehend, auch solange das System der Arbeitsbücher noch nicht durchgeführt werden konnte, doch schon allmählich Güteranweisungen auszugeben, die individuell waren, also kein Geld mehr darstellten, und die sich einer Rechnungseinheit bedienten, welche bereits zum kommunistischen Ideal hinüberleitete.

Es hätte sich dabei etwa um folgendes gehandelt. Man konnte als Rechnungseinheit einen Bruchteil der Summe der sozialen Güter benutzen und dabei zum Beispiel den Namen „Krone" oder „Gulden" beibehalten. Diese Rechnungseinheit wäre dem Prinzip, das der Kommunismus in der Verwendung der Arbeitsstunde verfolgen wollte, schon nicht unerheblich nahegerückt. Nunmehr hätte man sich klar werden müssen über die jeweils vorhandenen Gütermengen, sodann über die Zahl der für jede Güterart durchschnittlich in Betracht kommenden Abnehmer und die Stärke ihrer Nachfrage. Gestützt auf diese statistisch zu gewinnenden Kenntnisse konnte man dann, ausgehend von bisherigen durchschnittlichen Preisbeziehungen der Hauptgüter zur Rechnungseinheit Krone, fortlaufend die Preisrelationen der einzelnen Güterarten zueinander notieren. Darauf war zu berechnen, wieviel Rechnungseinheiten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes voraussichtlich ungefähr gleichbleibender Mengenverhältnisse und Preisbeziehungen der sozialen Güter diese repräsentierten. Ebenso war festzulegen, wieviele solcher Rechnungseinheiten nunmehr der einzelne Mensch erhalten müsse, um dafür einen gerechten Anteil an der Gütersumme eintauschen zu können. Alsdann waren dementsprechend dem einzelnen Individuum persönlich ausgestellte in Kronen ausgedrückte Güteranweisungen auszugeben, die für den erwähnten Zeitraum ungefähr gleichbleibender Verhältnisse befristet und nachher in Anpassung an die eingetretenen Wandlungen erneuert wurden. Zu verbinden waren diese Anweisungen mit den „Lebensmittelkarten", in denen die durch die zeitliche Not erforderliche Limitierung der wichtigsten primären Güter ausgedrückt war. Das heißt, in den Anweisungen mußte vermerkt sein, für wieviele der

Rechnungseinheiten der Lohnempfänger die einzelnen primären Güter eintauschen dürfe. Für den Rest der Rechnungseinheiten hätte sich der einzelne an sekundären Gütern kaufen können, was ihm beliebte. Zu übergroßer oder zu geringer Nachfrage nach einem bestimmten Gute hätte es dabei nicht kommen können, da ja der Staat bei seiner Auskalkulierung den durchschnittlichen Absatz in jeder Güterart bereits berücksichtigt hätte. Auf diese Weise hätte man in der Tat, versuchsweise ausgehend von der Entlohnung einzelner Arbeitergruppen, Güteranweisungen schaffen können, die auch ohne Einführung der Arbeitsstunde als Rechnungseinheit bereits dem kommunistischen Prinzip nahegekommen wären und das Geld allmählich hätten ersetzen können.

Nun erweckte es den Anschein, als ob die Räteregierung durch die Ausgabe der neuen weißen und der späteren nationalen Noten den geschilderten Weg zu beschreiten beginnen wollte. Zwar handelte es sich hier noch um ein allgemeines Tauschmittel, nicht um individuell ausgestellte Scheine; es handelte sich also um wirkliches Geld. Aber die Rechnungseinheit war doch bereits im Sinne einer Charakterisierung als Bruchteil der Gesamtgütermenge verändert. Trotzdem aber besaßen in Wirklichkeit jene Noten gar keine Beziehungen zu den erwähnten Güteranweisungen. Denn es war zwar die alte Rechnungseinheit abgeschafft, aber die neue bestand eigentlich nur dem Namen nach. Alles das, was sie praktisch anwendbar machte, fehlte. Es fehlten in hohem Grade die statistischen Grundlagen und die notwendige zeitliche Limitierung der Anweisungen. Es fehlte auch die wichtige Verbindung mit der Lebensmittelkarte. So waren die Rechnungseinheiten der Räteregierung in Wahrheit vollkommen losgelöst von der sozialen Produktion. Sie schwebten in der Luft. Die Zahl der in Verkehr gebrachten Rechnungseinheiten nahm keinerlei Rücksicht auf die Schwankungen der vorhandenen Gütermenge und auf diese überhaupt. Wahllos wurden die neuen Noten herausgebracht aus dem Motiv geradezu einer Irreführung der Arbeiter durch ihre Menge. So veränderten sich die Beziehungen der Rechnungseinheit zur Gütermenge fortwährend in einer Weise, mit der das Auffassungsvermögen der Menschen nicht Schritt hielt. Und für viele der ausgegebenen Rechnungseinheiten, die theoretisch einen Bruchteil der sozialen Güter darstellten, war es überhaupt nicht möglich, irgendwelche Güter einzutauschen.

So bedeuteten die Noten der Räteregierung eine Verleugnung des kommunistischen Prinzips nicht bloß dadurch, daß sie in der Tat

„Geld" darstellten. Sie besaßen vielmehr auch in der Wandlung der Rechnungseinheit keine Anknüpfung an den Kommunismus. Das Ergebnis der Einführung dieser Noten war vielmehr, daß sie zwar das auf eine in kapitalistischen Staaten bisher übliche Rechnungseinheit gestützte Geld in hohem Grade verdrängten. Sie traten aber an seiner Stelle als ein neues Geld auf, das weder kapitalistischen noch kommunistischen Bedürfnissen gerecht werden konnte. Es nahm von der kapitalistischen Seite die äußere Form, von der kommunistischen die bloße Theorie der Rechnungseinheit. Und doch wäre innerhalb der vier Monate der Räteregierung ein Beginn der Einführung der erwähnten Güteranweisungen praktisch möglich gewesen. Auch die psychologische Stellungnahme der Bevölkerung würde dem nicht im Wege gewesen sein. Dazu aber hätte der intakt übernommene Apparat der Banken der Durchführung noch besondere Erleichterungen gewährt. Statt dessen aber schufen die Bolschewisten gerade am Ende ihrer Herrschaft eine offen zugestandene nationale Geldwährung und ließen die neue Rechnungseinheit auch jetzt noch jeder praktischen Grundlage entbehren. *So zogen sie kurz vor ihrem Sturze selbst den Schlußstrich unter ihr eignes ursprüngliches Programm*[1].

Daß die Bolschewisten hinsichtlich ihrer Geldpolitik an der Überleitung zum Kommunismus scheiterten, führte in ihrer Wirtschaft mannigfache Störungen nach sich. Das zeigte sich im einzelnen beispielsweise in der Frage der Herausbildung völlig unsozial wirkender *Kursdifferenzen*. Hier hätte einmal durch den energischen Ausbau der Warentauschaktion zwischen Stadt und Land vieles gebessert werden können. Selbst beim Bestehen einer objektiv verkehrsfähigen, auf Metall gestützten eignen Währung der Räteregierung wäre, angesichts des politischen Mißtrauens der Bauern in jedes Sowjetgeld, diese Aktion zur Vermeidung von Kursdifferenzen gegenüber dem früher gemeinsamen Gelde höchst erwünscht gewesen. Abgesehen hiervon aber zeigte sich zweitens die praktische, ganz unkommunistische Stellung der neuen Rechnungseinheit zur Gesamtgütermenge als *Agiobildungen* begünstigend. Schuf man schon für die Übergangszeit kein auf der von früherher gewohnten Rechnungseinheit verkehrsfähig aufgebautes Geld, so hätte man dem Entstehen von Kursdifferenzen doch in hohem Grade den Boden entziehen können durch

[1] Seltsamerweise aber und bezeichnend für die Verworrenheit der ganzen Auffassung begann man gerade jetzt, die Warentauschaktion zu entwickeln.

fortlaufende Einführung der kommunistischen Güteranweisungen. Und man hätte das auch erreicht, wenn man von dem Individualcharakter dieser Anweisungen absah und nur ein neues Geld auf Grund ihrer Rechnungseinheit praktisch sinngemäß entwickelte. In Wirklichkeit aber gab man unter gänzlicher Mißachtung des Charakters dieser Rechnungseinheit ein nicht verkehrsfähiges Geld heraus und suchte zu seinen Gunsten das alte zwangsweise einzuziehen. Unter diesen Umständen mußten Agiobildungen entstehen und weiterwachsen, anstatt sich zu verringern oder zu verschwinden. Und es war jetzt auch nicht etwa möglich, was theoretisch zunächst denkbar erscheinen mag, durch besondere staatliche Wechselstellen Abhilfe zu schaffen, die ohne Agio gewechselt hätten nach dem Grundsatz: Willst du altes Geld, gib mir neues; willst du neues, gib mir altes. Denn sehr rasch bereits war der Augenblick eingetreten, in dem die Räteregierung ihr eignes Geld gar nicht mehr in das alte umtauschen konnte, weil sie dieses nicht oder nicht mehr in genügender Menge besaß. Für ein solches staatliches Wechseln wäre ein sehr erheblicher verfügbarer Stock alten Geldes notwendig gewesen. Denn es war mit einem raschen Abströmen blauen Geldes im Privatverkehr zu den Bauern zu rechnen. Vielleicht hätte der Bauer in seiner hartnäckigen Art, solange die Regierung in der Warentauschaktion versagte und überhaupt wirtschaftlich und politisch Anlaß zu Mißtrauen bot, seine Stellung niemals geändert. Er hätte unter Umständen selbst in Jahren, und selbst wenn in jedem Dorfe eine staatliche Stelle weißes in blaues Geld ohne Agio umgewechselt hätte, sich nicht bequemt, weißes Geld als gleichwertig anzusehen. Er hätte vielmehr nur die günstige Gelegenheit benützt, noch leichter blaues Geld an sich zu bringen. Es handelte sich hier um eine gewaltige, die wichtigste Produktion beherrschende Saugstelle, die einseitig nur altes Geld verlangte. Diesen ständigen Ansprüchen aber waren die in der Hand der Räteregierung befindlichen Mengen alten Geldes, schon angesichts ihrer eignen Bedürfnisse nach diesem Gelde, nicht gewachsen. Die staatlichen Wechselstellen hätten binnen kurzer Zeit ihre Tätigkeit aufgeben müssen. So war tatsächlich ein Kursausgleich durch staatliche Wechseleinrichtungen nicht möglich. Damit war der Entwicklung von Kursdifferenzen weitester Spielraum gelassen, solange die Regierung, nachdem sie einmal die alte Rechnungseinheit aufgegeben hatte, die neue nicht wirklich ihrem kommunistischen Sinne gemäß in die Praxis umsetzte. Zum mindesten hätten die Bolschewisten, wenn man schon nicht die individuelle Güteranweisung, sondern nur ein neues Geld schaffen konnte, dem Wesen

der veränderten Rechnungseinheit praktisch tunlichst nahezukommen trachten müssen. Indem sie auch dies versäumten, ließen sie ein Mittel ungenützt, zwar nicht die Kursunterschiede ganz zu beseitigen, aber doch ihre Schärfe mildern zu helfen.

Aber nicht bloß in diesem Einzelfalle hat das Fehlen der Überleitung zum kommunistischen Prinzip durch die fehlerhafte Behandlung der Rechnungseinheit die bolschewistische Wirtschaft geschädigt. Auch ganz allgemein war dies der Fall aus dem gleichen Grunde. Unzufriedenheit jeder Art und Zurückweisung des bolschewistischen Geldes stellten sich ein. Denn wegen der Gewöhnung der Menschen an frühere Preisbeziehungen der Güter zur Rechnungseinheit sowie wegen des anhaltenden Einschrumpfens des in der Rechnungseinheit verkörperten Güterbruchteils erweckte das Rätegeld im Lohnempfänger Hoffnungen, die fortwährend getäuscht wurden. Es zeigte sich hier, daß auch im bolschewistischen Wirtschaftskörper die Frage der Bonität des noch umlaufenden Geldes, aber ebenso auch der individuellen Güteranweisungen, durchaus keine gleichgültige war. Berührte sie doch in Wirklichkeit überhaupt den Grundgedanken der kommunistischen Rechnungseinheit! Die unliebsamen Folgen der Vernachlässigung dieser Frage hätten die ungarischen Bolschewisten noch dazu in Rußland studieren können. Auch dort zeigten sich die gleichen unkommunistischen Wirkungen. Aber das Motiv war dort wenigstens ein kommunistisch gedachtes, wenn auch irrtümliches (Entwertung der versteckten Zaren- und Kerenskirubel). In Ungarn dagegen handelte es sich um eine mehr oder minder bewußte Täuschung der Arbeiter durch ungeheuer hoch erscheinende Löhne. Freilich scheinen sich die ungarischen Bolschewisten selbst über die Wirkungen dieses Vorgehens gar nicht im klaren gewesen zu sein. Mindestens machten sie offiziell die Thesaurierungen für alles verantwortlich und bezeichneten sie als bewußte Bosheit der Gegenrevolutionäre.

Fassen wir zusammen, so erkennen wir, daß die R ä t e r e g i e r u n g f ü r d a s k o m m u n i s t i s c h e P r i n z i p d e r G e l d l o s i g k e i t ebenso w i e f ü r d i e D u r c h f ü h r u n g e i n e r i n e n g s t e r B e z i e h u n g z u r G e s a m t s u m m e d e r s o z i a l e n G ü t e r s t e h e n d e n R e c h n u n g s e i n h e i t s e h r w e n i g g e t a n h a t. Sie hat die Anwendung der Verrechnungen und Schecks sowie des Gütertausches und der Naturallöhne nicht erheblich ausgebaut. Sie hat an Stelle des alten Geldes ferner ein neues eingeführt. Und sie hat zwar auch die frühere Rechnungseinheit durch eine neue ersetzt; aber sie hat dies nicht im kommunistischen Sinne durchgeführt.

Doch die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten zeigt nicht bloß in den großen kommunistischen Programmforderungen der Bargeldlosigkeit und der Veränderung der Rechnungseinheit keine entscheidende Überleitung in den Kommunismus. Das gleiche gilt auch noch von einer besonderen Einzelfrage, deren Behandlung dem kommunistischen Bedürfnisse zuwiderlief. Es handelte sich hier um das Problem, solange man noch Geld im Umlauf ließ, oder auch wenn man kommunistische Güteranweisungen einführte, für das Vorhandensein richtiger Stückelungen zu sorgen. Einfach wäre dies gewesen bei der Durchführung der erwähnten kommunistischen Güteranweisungen. Man hätte hier zum Beispiel analog der Lebensmittelkarte den Verbrauch der Einheiten feststellen können. Das kam nun freilich infolge der Form, welche die Bolschewisten ihren Anweisungen gaben, nicht in Betracht. Hier entstand vielmehr die Aufgabe, entweder genügend Noten der richtigen Stückelungswerte herzustellen oder doch wenigstens die Notwendigkeit des Geldwechselns einzuschränken. Im Interesse einer reibungslosen Versorgung des einzelnen Gesellschaftsgliedes mit den ihm zustehenden Gütern war die Lösung dieses Problemes vom kommunistischen Gesichtspunkte aus recht wichtig. Auch auf diesem Gebiete aber stellten sich die Leistungen der Räteregierung als unzureichend dar. Die noch dazu in Ungarn fast ungewohnte Stückelung 200 und 25 des neuen weißen Geldes war höchst ungeeignet. Es bedurfte einer umfangreichen Ausgabe von besonderem Wechselgeld. Tatsächlich aber gelang es der Regierung durch ihre Emission von Eisengeld sowie der 5-, 2- und 1-Kronenscheine nicht, der Kleingeldkrise Herr zu werden. Aber auch in der Verminderung der Notwendigkeiten des Bargeldwechselns versagte sie. Zu gering war die Aufmerksamkeit, die sie dem Privatscheck- und Kontoverkehr zuwendete. Typisch für ihr Versagen waren zum Beispiel auch die Zustände auf der staatlichen Straßenbahn in Budapest, auf der man fast niemals einen 5-Kronenschein wechseln konnte, so daß zahlreiche blinde Passagiere mitfuhren oder die Bahn nicht benutzt werden konnte. Dabei wäre diese Angelegenheit sehr leicht befriedigend zu regeln gewesen, wenn man statt lediglich einzelner Billetts auch Billettblocks zu 17 Stück zu 30 h gleich 5 K verkauft hätte.

So hat auch in den um die Stückelung sich gruppierenden Fragen die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten Verhältnisse geschaffen, die den Anforderungen des Kommunismus nicht entsprachen, auch für den Fall, daß man sich noch mit dem Bargeldumlauf abfand.



3) **Eine Zusammenfassung unserer Kritik führt uns zu dem Ergebnis, daß die Geldpolitik der ungarischen Bolschewisten die Anknüpfung weder an den Kapitalismus noch im großen und ganzen an den Kommunismus gefunden hat.** Sie ist damit nicht bloß relativ von einem einzigen Standpunkte aus betrachtet, sondern absolut genommen als verfehlt zu bezeichnen. Insbesondere hat sie auch jedes **Erfordernis des Wirtschaftszusammenstoßes** außer acht gelassen. Anknüpfung nach beiden Richtungen hin war hier erfordert. Als die Bestände der früher gemeinsamen Währung nicht mehr ausreichten, mußte für die noch im Kapitalismus wurzelnden Bedürfnisse eine neue als solche verkehrsfähige Währung geschaffen werden. Freilich war eine so geartete wohl nicht für lange Zeit zu halten. Denn es mußte mit einem ständigen Abströmen der Zahlungsmittel zu den nichtsozialisierten Bauern, auch zu den thesaurierenden Gruppen der übrigen Bevölkerung sowie auch vielleicht ins Ausland gerechnet werden. Letzteres wäre dann der Fall gewesen, wenn man ein Geld mit einer Rechnungseinheit geschaffen hätte, die auf Metall fußte, und wenn das Ausland — zum Beispiel auf Grund einer Kontrollmöglichkeit der Bankausweise durch die fremden Gesandtschaften — das nötige Vertrauen besessen hätte. Ob dieses Vertrauen in vollem Umfange freilich gerade durch die ungarische Räteregierung zu erreichen war, ist aus allgemeinen Gründen eine andere Frage. Doch hätte es von ihr angesichts der Bedürfnisse der äußeren Geldpolitik und der Einwirkungen der Auslandsgeltung des alten Geldes auf den inneren Verkehr wenigstens versucht werden müssen. Sehen wir jedoch von dieser Zweifelsfrage ab, so hätte für die Anforderungen der inneren Geldpolitik der vorhandene Bestand an Edelmetallen und Valuten genügt, um für eine ausreichende Zeit eine auf der früheren Rechnungseinheit fußende verkehrsfähige Währung aufrechtzuerhalten. Wenigstens wäre dies der Fall gewesen, wenn eine vernünftige Preis- und Lohnpolitik betrieben worden wäre und man die Aktion des Austausches gewerblicher gegen landwirtschaftliche Produkte ausgebaut hätte, die den Thesaurierungen in gewissem Umfange gesteuert habe würde. Statt dessen ließ man die Edelmetalle und Valuten für solche Zwecke ungenutzt. Hätte man aber eine derartige Währung vorerst geschaffen, so hätte die Zeit bis zur Aufbrauchung ihrer Bestände genügt, um inzwischen in weitestgehendem Maße eine gleichzeitig schrittweise begonnene Ausgabe kommunistischer individueller Güteranweisungen durchzuführen und das

10*

System der Verrechnungen zu entwickeln. Wollte man jedoch durchaus von einer auf der alten Rechnungseinheit fußenden vorläufigen Währung nichts wissen, so mußte man bei dem neuen Gelde der Übergangszeit zum mindesten dem Sinne der neuen Rechnungseinheit in der Praxis möglichst nahezukommen suchen und ferner eine geeignete Stückelung der Noten durchführen.

Nichts von alledem geschah. Mit einer völligen Unwissenheit in Geldfragen nach der kapitalistischen wie der kommunistischen Seite hin gingen die Bolschewisten ans Werk. Mit einer hilflosen Planlosigkeit ließen sie sich von den Ereignissen treiben, wie sie schon im Anfange der Räteregierung die Worte ihres fähigsten Finanzmannes, Vargas, kennzeichneten, daß der Notenneudruck und die Inflation abhängig sei vom Verständnis der Bevölkerung. In diesem gänzlichen Versagen der Bolschewisten in der Geldpolitik aber können wir deutlich die Wirkung einer tieferen Ursache erkennen. Es war zum guten Teile eine Folge der Einseitigkeit der Proletarierdiktatur mit ihrem Angewiesensein auf ungelernte Kräfte in leitenden Stellungen, auf Kräfte wie den unfähigen Finanzkommissar Lengyel. Es war eine Folge ferner der mit der Proletarierdiktatur Hand in Hand gehenden Notwendigkeit, durch alle erdenklichen Mittel politisch auf gewisse Arbeitergruppen und die physischen Arbeiter überhaupt zu wirken, auch wenn man ihnen lediglich Sand in die Augen streuen konnte. Zum Teil freilich hat auch das Budapester Milieu mit seinen Einflüssen auf die moralische Verfassung vieler der leitenden Bolschewisten mit die Schuld am Versagen der Geldpolitik getragen. Das zeigte sich zum Beispiel hinsichtlich des Finanzkommissars und Bankgouverneurs Lengyel[1]. Nur aus dem Zusammenwirken

[1] Lengyel begann zum Beispiel seit dem Mai, die vorhandenen ausländischen Valuten in großem Umfange für Privatzwecke zur Verfügung zu stellen. Er tat dies zunächst zwar in einem Augenblicke, in dem der Bolschewismus in Ungarn zu enden schien und er sie also nur dem Feinde entrissen hätte. Aber als der Bolschewismus erhalten blieb, setzte Lengyel dennoch sein Werk fort, obwohl die Bolschewisten selbst sich der Bedeutung dieser Valuten für ihren Staat bewußt waren. Jetzt warf also der Finanzkommissar entweder die Flinte ins Korn, rechnete mit dem Erliegen des Bolschewismus in einiger Zeit in einer neuen Krise und hielt für die Zwischenzeit einen Weiterbau des Kommunismus für weniger wichtig als die Sicherstellung der Valuten für den Privatgebrauch flüchtender Parteigänger am Tage des Zusammenbruches. Oder der Aufbau des Staates war ihm überhaupt niemals die Hauptsache und stand ihm Privatinteressen nach. Welches der beiden Motive aber auch wirksam gewesen sein mag, so konnte ein solcher Finanzkommissar jedenfalls nicht fähig sein, ein zum Kommunismus führendes System der Geldpolitik ernsthaft durch-

dieser **beiden Faktoren: Prinzip der Proletarierdiktatur und Budapester Milieu ist der tatsächliche Lauf der Dinge in der Geldpolitik zu erklären.**

Diese Erkenntnis der Erscheinungen der bolschewistischen Geldpolitik in Ungarn und ihrer Gründe vermittelt uns zugleich in besonderem Maße das Verständnis der gesamten Wirtschaft überhaupt. Denn die Geldpolitik spielt in der kommunistischen wie der bolschewistischen Wirtschaft eine viel entscheidendere Rolle als im Kapitalismus. Sie ist dort ein integrierender Bestandteil der Güterverteilung. Diese aber bildet die wirtschaftliche Kernfrage des Kommunismus. **Daher liegt im Versagen oder Gelingen der Geldpolitik und in den hierfür maßgebenden Gründen die Entscheidung über den Erfolg der gesamten Wirtschaftsorganisation.**

---

zuführen. Er war dazu auch dann nicht imstande, wenn er überhaupt hätte ein System auf Grund seiner Kenntnisse aufstellen können.

Das Material über das erwähnte Verhalten des Finanzkommissars ergaben die nach dem Sturze der Räteregierung angestellten amtlichen Untersuchungen. Das Ergebnis findet sich zusammengestellt in einem Aufsatze der Zeitung „Pesti hirlap“ vom 16. November 1919 (ungarisch), S. 7, Sp. 1—3. Die Angaben dieses von Matskássy József unterzeichneten Artikels scheinen mir nicht angezweifelt werden zu können. Eine Beschlagnahme allein oder selbst vorwiegend für staatliche Zwecke kommt nach den dort angegebenen Einzelheiten des Abtransportes der Valuten nicht Frage. Die angeführten Zeugen sind durchaus glaubwürdig, und Beobachtungen, die mir aus der ersten Zeit der Räteherrschaft über das Gebaren der Österreichisch-ungarischen Bank von zuverlässiger privater Seite gemacht wurden, lassen die Mitteilungen in „Pesti hirlap“ als durchaus verständlich erscheinen.

Der erwähnte Artikel teilt unter anderem mit, daß am 2. Mai, als die Räteregierung mit ihrem Sturze rechnete, Lengyel den Befehl gab, binnen einer Stunde die folgenden ausländischen Valuten für den Abtransport zu verpacken: 1 000 000 Deutsche Mark, 41 000 Dollar, 15 030 engl. Pfd., 284 600 Leva, 202 136 Romanowrubel, 116 000 Dumarubel, 150 000 franz. Frcs., 70 000 Schweizer Frcs., 51 000 Lira, 1 000 000 Lei. Diese Beträge wurden am Abend des 2. Mai, als die Lage der Regierung sich gebessert hatte, in die Kanzlei Lengyels gebracht und von dort unter dem Versuche der Geheimhaltung im Laufe der nächsten Zeit durch Privatpersonen fortgetragen. Sie gelangten zum Teil in Privatwohnungen, zum Teil allerdings ins Unterrichtsministerium, wo sie vielleicht zu Propagandazwecken staatlich verwendet wurden. Die Werte der Österreichisch-ungarischen Bank, die zum Teil erwiesenermaßen, zum Teil wahrscheinlich privat verwendet wurden, belaufen sich insgesamt auf etwa 8¼ Mill. K in ausländischen Valuten, 10 Mill. in blauem Gelde und 3 Mill. in Gold. Ein weiterer noch ungeklärter Posten von 220 Mill. K erregt zudem noch wenigstens für den Teilbetrag von 20 Mill. starken Verdacht eines Verschwindens im Privatbesitz, und zwar unter unmittelbarer Mitwirkung Lengyels.

Verordnungen der Räteregierung

Die im Text zitierten Verordnungen der Räteregierung sind wegen der nach dem Sturze der Bolschewisten erfolgten weitgehenden Vernichtung des Materials sehr schwer im Wortlaute zu erhalten. Für denjenigen, der den in diesem Aufsatze angeregten Fragen im einzelnen nachgehen will, sollen deshalb im folgenden einige Angaben gemacht werden, an welcher noch am ehesten einzusehenden Stelle die Gesetze publiziert sind. Zugleich will ich einige Auszüge aus bedeutsamen Paragraphen der Verordnungen hinzufügen.

1. Verordnung der Räteregierung vom 5. Mai über Annahme des weißen Geldes als gesetzliches Zahlungsmittel. Text im „Pester Lloyd" vom 6. Mai 1919, Morgenblatt, S. 1. Die Verordnung erklärte, daß nach wie vor jedermann verpflichtet sei, die 200- und 25-Kronennoten als gesetzliches Zahlungsmittel anzunehmen. In der gleichen Nummer des „Pester Lloyd" erschien eine Mitteilung der Budapester Hauptanstalt der Österreichisch-ungarischen Bank, Budapest, daß die erwähnten Noten nicht aus dem Verkehr gezogen seien.
2. Verordnung der Räteregierung vom 5. Mai 1919 über Wechseln des weißen Geldes. Sie ist enthalten in § 2 der unter 1. erwähnten Verordnung.
3. Gesetz XCII der Räteregierung vom 16. Mai 1919 über die Emission der 5-Kronennoten. Publiziert in „Pester Lloyd" vom 17. Mai 1919, Morgenblatt, S. 1, Sp. 1. Es verpflichtete die Postsparkasse u. a., über die Deckung durch von der Österreichisch-ungarischen Bank emittierte Noten hinaus mit ihrem gesamten Vermögen zu haften. Die tatsächliche Bedeutung dieser Bestimmung bleibt mir jedoch unklar. Ferner erklärte das Gesetz, daß für die aus der Emission erwachsenden Verbindlichkeiten außerdem noch die Räterepublik hafte.
4. Verordnung des Landes-Oberkommandos der Roten Wache vom 25. Mai 1919 über das Geldwechseln. Publiziert in „Pester Lloyd" vom 26. Mai 1919, Abendblatt, S. 1, Sp. 3. Wichtig ist Absatz 3: „Vermutet jemand, der mit einer 200- oder mit einer 25-Kronen-Banknote zahlen will, daß der Kaufmann, Verschleißer usw. den Kleingeldmangel nur als Vorwand für die Nichtannahme der Banknoten benützt, so möge er sich an den zunächst im Dienst stehenden Roten Wachtposten wenden, dessen Pflicht es ist, sich zu überzeugen, ob die Behauptung des betreffenden Kaufmannes, Verschleißers usw. den Tatsachen entspricht. Überzeugt er sich vom Gegenteil, so ist der Betreffende sofort zu verhaften."
5. Die Beschreibung der 5-Kronennoten scheint sich nur in Nr. 61 vom 6. Juni 1919 des Amtsblattes „Tanács-Köztársaság" zu finden.

6. Verordnung 43 des Volksrates für Wirtschaftswesen über garantierte Schecks. Publiziert mit dem Datum des 14. Juni 1919 im „Pester Lloyd" vom 15. Juni, Morgenblatt, S. 7, Sp. 3. Danach konnte die Postsparkasse den auf sie gezogenen Scheck mit einer Bekräftigungsklausel versehen. In diesem Falle war sie gegenüber dem Scheckinhaber zur Einlösung verpflichtet und haftete für die Erfüllung dieser Verpflichtung auch dem Aussteller. Die Postsparkasse durfte die Bekräftigungsklausel nur geben, wenn das Kontokorrent des Ausstellers genügende Deckung bot. War ein Scheck aber einmal mit der Klausel versehen, so war die Postsparkasse gebunden, auch wenn tatsächlich die Deckung fehlte. Einer staatlichen Gebühr unterlag die Anbringung der Bekräftigungsklausel nicht.
7. Verordnung des Distriktsoberkommandanten der Roten Wache von Budapest über die Einziehung der blauen Noten. Publiziert im „Pester Lloyd" vom 2. Juli, Abendblatt, S. 1, Sp. 1—2. Diese Verordnung über die Tätigkeit der Roten Wache zwecks Verhinderung des verbotenen Verkehrs in blauen Noten besagt in § 1: „Es kann demnach nicht verfolgt werden derjenige, der blaues Geld in welcher Menge in Besitz hält, wenn er es in Verkehr zu bringen nicht versucht." Ferner heißt es, daß die Rote Wache also nicht befugt sei, die Vorweisung der Börse zu verlangen oder Leibesvisitationen vorzunehmen, wenn nicht ein Inverkehrbringen der blauen Noten oder der Versuch dazu vorliege. Angehörige der Roten Wache, die hier ihre Befugnisse überschritten, sollten schwer bestraft werden. Diese Bestimmung war sehr wichtig, da sich augenscheinlich ein Geschäft der Roten Wachleute zu entwickeln begann dahingehend, daß sie irgendeinen Menschen aufforderten zu zeigen, ob er nicht blaues Geld besitze, und ihm dann dieses Geld einfach fortnahmen. Es wurde deshalb auch ferner in der Verordnung (§ 3 ff.) die Frage der Durchsuchung und Beschlagnahme im Falle eines berechtigten Einschreitens der Roten Wache genau geregelt.

Der subjektive Geldwert

Von Dr. L. von Bortkiewicz
Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

Inhaltsverzeichnis: 1. Die Schätzungsziffern als Grundlage des subjektiven Geldwertes S. 153. — 2. Der Satz vom Gleichgewicht des Haushalts S. 156. — 3. Abhängigkeit des subjektiven Geldwertes von Einkommenshöhe und Preisstand S. 164. — 4. Herzfelders Theorie von den Tauschwert- und Wertschätzungsänderungen S. 169. — 5. Widerlegung dieser Theorie S. 170. — 6. Passiver Charakter des subjektiven Geldwertes S. 178. — 7. Unbrauchbarkeit des Geldes als Maßstab des subjektiven Güterwertes S. 181.

Der Begriff des *subjektiven Wertes*, wenn man darunter mit *Carl Menger* die Bedeutung versteht, die ein Gegenstand für den Besitzer dadurch erhält, daß sich dieser in der Befriedigung seiner Bedürfnisse von der Verfügung über jenen abhängig weiß, läßt sich auf das Geld als solches offenbar nur unter der Bedingung anwenden, daß man die Abhängigkeit, auf welche die Begriffsbestimmung Bezug nimmt, in einem sozusagen übertragenen Sinne auffaßt. Denn während sonst die in Frage stehende Abhängigkeit daran geknüpft ist, daß das betreffende Gut entweder unmittebar konsumiert oder vermöge seiner Verwendung als Produktionsmittel der Konsumtion dienstbar gemacht werden kann, muß das Geld, um eine Bedürfnisbefriedigung zu bewirken, zuvor in Austausch gegen etwas anderes — gegen ein „Kaufgut", wie Menger sagt — hingegeben werden[1]. Der „subjektive Geldwert" leitet sich demnach von dem subjektiven Wert der betreffenden Kaufgüter her, und nur sofern man letzteren als eine *Größe* aufzufassen sich entschließt, kommen quantitative Aussagen, somit eingehendere Betrachtungen, über den subjektiven Geldwert überhaupt in Frage.

Es würde viel zu weit führen, wollte man hier das Problem der Meßbarkeit von Lust- bzw. Befriedigungsgefühlen aufrollen. Es soll vielmehr unterstellt werden, daß das Wirtschaftssubjekt die Möglichkeit hat und benutzt, mit den Intensitätsabstufungen verschiedener Befriedigungen zahlenmäßige Vorstellungen zu verbinden — derart, daß ihm irgendeine Bedürfnisbefriedigung um so und so viele Male intensiver als irgendeine andere, somit auch irgendein wirtschaft-

[1] Darüber, daß es in der Lehre vom subjektiven Wert nicht angeht, den Fall des Geldes demjenigen eines Gutes höherer Ordnung gleichzusetzen, habe ich mich in *diesem* Jahrbuch XLII, S. 743—746, näher ausgesprochen.

liches Gut um so und so viele Male bedeutender oder wertvoller als irgendein anderes erscheint[1]. Wohlgemerkt ist dabei jeder Gedanke an ein absolutes Maß der Befriedigungsintensität ausgeschlossen. Damit ist der Sinn der Schätzungsziffern, mit denen die Theorie des subjektiven Wertes operiert, dahin präzisiert, daß es bei solchen Ziffern nicht auf ihre absolute, sondern lediglich auf ihre relative Höhe ankommt; man ist daher immer berechtigt, sämtliche Schätzungsziffern, die das Verhalten eines bestimmten Wirtschaftssubjekts zur Güterwelt ausdrücken, in einem beliebigen gleichen Verhältnis zu vergrößern oder zu verringern. Es darf zugleich nicht außer acht gelassen werden, daß die in Frage stehenden Schätzungen als rein individuelle aufgefaßt werden. Daraus folgt, daß auf der Grundlage von Schätzungsziffern, die sich auf zwei verschiedene Personen beziehen, Vergleiche zwischen dem subjektiven Wert, den dasselbe Gut für die eine und für die andere Person hat, nicht ohne weiteres möglich sind. Zu solchen Vergleichen bietet sich auch kein Anlaß, solange man auf dem Boden der theoretischen Nationalökonomie verharrt[2]. Es ist im übrigen zuzugeben, daß die

---

[1] Die tiefere psychologische Auslegung solcher quantitativer Vergleiche bleibt hierbei außer Betracht. Sofern sich das Wirtschaftssubjekt von ihnen leiten läßt, hat sie der Nationalökonom hinzunehmen, möge auch, wie H. Bergson nachzuweisen sucht (Essai sur les données immédiates de la conscience, 8ème édition, Paris 1911, S. 1—55), die übliche Schätzung der Intensität „psychischer Zustände", insbesondere der Lust- und Unlustgefühle, in der Hauptsache auf einer irrigen Umdeutung qualitativer in quantitative Unterschiede beruhen.

[2] Gegen die Forderung, keine „interpersonalen", sondern nur „intrapersonale" Vergleiche in bezug auf den subjektiven Wert anzustellen, verstoßen vielfach selbst diejenigen Theoretiker, welche diese Forderung im Prinzip ausdrücklich anerkennen. Mehrere Beispiele dafür bringt G. Cassel, Grundriß einer elementaren Preislehre (Tübinger Zeitschrift, 55. Jahrg., 1899, S. 400/402). Er geht aber in der Verurteilung solcher Verstöße entschieden zu weit. Auch ohne daß man ein absolutes Maß des subjektiven Wertes besitzt, erweisen sich die in Frage stehenden interpersonalen Vergleiche nicht notwendig als sinnlos, nämlich dann nicht, wenn die betreffenden Personen sich so ähnlich sind, daß man bei ihnen ein annähernd gleiches Verhalten zur Güterwelt vorauszusetzen berechtigt ist. Vgl. V. Pareto, Cours d'économie politique, Lausanne 1896, II, S. 46—49. So ist denn auch die Behauptung von L. Walras (Éléments d'économie politique pure, Lausanne 1889, S. 325, 4. Auflage 1900, S. 373), daß der wirtschaftliche Fortschritt in einem stets tiefer sinkenden Grenznutzen bestehe — eine Behauptung, die Cassel kurzerhand verwirft — durchaus annehmbar. Das Wesentliche ist, daß man sich der Voraussetzungen bewußt bleibt, an welche diese und ähnliche Aussagen geknüpft sind. Im Text sehe ich übrigens von interpersonalen Vergleichen der gekennzeichneten Art gänzlich ab.

Schätzungsziffern, selbst wenn man in konsequentester Weise an ihrem relativen und individuellen Charakter festhält, eine etwas gewagte Stilisierung der ökonomischen Wirklichkeit darstellen. Für gewisse Aufgaben der theoretischen Nationalökonomie, darunter auch für diejenigen, an denen der Begriff des subjektiven Geldwertes irgendwie beteiligt ist, bildet aber die Annahme der (richtig verstandenen) Meßbarkeit der „Genüsse" (Gossen) bzw. der von den verschiedenen Gütern nach Ansicht des Wirtschaftssubjekts ausgehenden „Nutzwirkungen" die einzige tragfähige Grundlage[1].

---

[1] Dabei berührt es das Wesen der Sache nicht, ob diese Annahme in eine arithmetische, analytische oder geometrische Form eingekleidet wird. Ich halte mich im Text hauptsächlich der Gemeinverständlichkeit halber an die arithmetische Form und folge darin den Vertretern der österreichischen Schule. Sowohl bei v. Wieser als auch bei v. Böhm-Bawerk führen sich allerdings die Schätzungsziffern nicht als eigentliche Größenausdrücke, sondern als „Rangbezeichnungen", nicht als Kardinal-, sondern als Ordinalzahlen ein, womit die Meßbarkeitsannahme, von welcher im Text die Rede ist, einer weniger gewaltsamen Annahme Platz gemacht hätte, derzufolge sich die verschiedenen Nutzwirkungen jeweils nur nach ihrer Wichtigkeit in eine bestimmte Reihenfolge an der Hand einer für alle Arten von Bedürfnissen gemeinsamen Skala bringen ließen („Skalierung" statt „Messung"!). Siehe F. v. Wieser: Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes, Wien 1884, S. 180—185; Der natürliche Wert, Wien 1889, S. 9—11; Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, im Grundriß der Sozialökonomik I, Tübingen 1914, S. 149—153, 215—219, und E. v. Böhm-Bawerk: Positive Theorie des Kapitals, 3. Auflage, Innsbruck 1909/12, S. 241—243, 331—340, sowie Exkurs X, S. 280—307. Auf S. 243 Fußnote (fehlt in den älteren Auflagen) erläutert Böhm-Bawerk die Schätzungsziffern 10, 9, 8, . . . 1, die er zur Kennzeichnung der größeren oder geringerrn Wichtigkeit verschiedener konkreter Bedürfnisse verwendet, wie folgt: „Zur Vermeidung von Mißverständnissen, die immerhin vorgekommen sind, möchte ich ausdrücklich bemerken, daß die absteigende Reihe der arabischen Ziffern 10 bis 1 in diesem Schema nichts anderes versinnlichen soll, als daß das mit einer niedrigeren Ziffer bezeichnete konkrete Bedürfnis überhaupt eine geringere Wichtigkeit besitzt als die mit einer höheren Ziffer bezeichneten Bedürfnisse. Dagegen will jene Ziffernfolge nichts über den Grad aussagen, um welchen die Bedürfnisse mit höherem Zifferninder jene mit niedrigerem Zifferninder an Wichtigkeit übertreffen; es will zum Beispiel damit durchaus nicht ausgesagt werden, daß das Bedürfnis mit dem Zifferninder 6 das Bedürfnis mit dem Inder 2 an Wichtigkeit gerade dreimal übertrifft, oder daß das Bedürfnis mit dem Inder 9 gerade so wichtig sei wie die beiden Bedürfnisse mit den Indices 6 und 3 zusammengenommen." Die zitierte Erklärung steht am Anfang der Erörterungen über die Größe des Wertes. Im weiteren Verlauf dieser Erörterungen (S. 255, 279 usw.) setzt sich aber Böhm-Bawerk über die Auslegung der Schätzungsziffern als bloße Rangbezeichnungen bewußt hinweg, indem er sie als echte Größen behandelt und demgemäß gegebenenfalls zusammenaddiert, um die Wichtigkeit zu bestimmen,

Wenn der subjektive Geldwert nach dem vorstehenden nichts anderes als ein Abbild des subjektiven Wertes der im Austausch für das Geld erhältlichen Kaufgüter sein kann, so möchte es zunächst scheinen, daß ihn die Vielheit der in Betracht kommenden Kaufgüter ganz in der Luft schweben lasse. Dem ist indessen nicht so: ist nämlich der „Bedürfnisstand" irgendeines Individuums durch ein System von Schätzungsziffern ausgedrückt, so läßt sich für dieses Individuum, wenn sein Einkommen bekannt ist, auf der Grundlage eines gegebenen Preisstandes auch der subjektive Geldwert eindeutig bestimmen. Dies folgt aus einem von Gossen aufgestellten Lehrsatz, der in seiner ursprünglichen Fassung wie folgt lautet: „Der Mensch erlangt ein Größtes von Lebensgenuß, wenn er sein ganzes erarbeitetes Geld derart auf die verschiedenen Genüsse verteilt, daß bei jedem einzelnen Genuß das letzte darauf verwendete Geldatom den gleich großen Genuß gewährt[1]." Dieser Satz, wenn

---

die einer Mehrheit konkreter Nutzwirkungen zukommt. Ähnlich steht auch bei Wieser die Aussage, „daß die Begriffe der Einheit, des Vielfachen, der Zahl auf die Stärkegrade innerlicher Phänomene nicht anwendbar sind" und daß ihnen in diesem Sinne „bloß Intensitäts- und nicht Extensitäts- oder Zahlengröße" zugeschrieben werden dürfe, im Widerspruch zu der Art, wie er durch Addition solcher Intensitätsgrößen (Schätzungsziffern) den „Gesamtnutzen" beziehungsweise „Gesamtwert" eines Gütervorrats gewinnt (zum Beispiel Der natürliche Wert, S. 24 ff., oder Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, S. 197. Daß die Wiesersche Methode der Wertberechnung unhaltbar ist, ist eine Sache für sich. (Vgl. Oskar Engländer in diesem Jahrbuch 43, S. 1403—1406). Ebensowenig ist es meines Erachtens Pareto (Manuel d'économie politique, Paris 1909, S. 169 ff. und S. 539 ff.) gelungen, die den Begründern der mathematischen Schule gemeinsame Annahme, daß die Intensität einer Bedürfnisbefriedigung beziehungsweise die Nützlichkeit eines Gutes meßbar sei, durch eine andere denselben theoretischen Dienst leistende plausiblere Annahme zu ersetzen. Von den heutigen Vertretern der mathematischen Richtung hält es namentlich Knut Wicksell (Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips, Theoretischer Teil, 1. Bd., Jena 1913, S. 87 ff.) im Unterschied von Pareto nicht für geboten, jene alte („klassische") Annahme preiszugeben.

[1] Hermann Heinrich Gossen, Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig 1854, S. 93/94. Der zitierte Lehrsatz tritt in Gossens Darstellung als letzter unter drei analogen Lehrsätzen auf, von denen der erste die Verteilung der dem Menschen zur Verfügung stehenden Zeit und der zweite die Verteilung seiner Arbeitskraft auf die verschiedenen Genüsse betrifft (S. 12, 33, 85). Auffallenderweise erwähnt Walras in seinem bekannten Artikel: „Un économiste inconnu: Hermann Henri Gossen" (Journal des Économistes, 1885, S. 68 bis 90) den von mir wörtlich wiedergegebenen Lehrsatz nicht; ja, er sagt ausdrücklich, Gossen hätte sich um den Zustand der Verkehrs- beziehungsweise Geld-

er anders richtig ist, läßt sich ohne weiteres von dem Fall des Arbeitseinkommens auf den Fall des Besitzeinkommens übertragen. Denn auf die Natur des Einkommens, aus welchen die betreffenden Ausgaben bestritten werden, kommt es hierbei offenbar gar nicht an. Im übrigen sei zu dieser Gossenschen Regel folgendes bemerkt:

Die „Genüsse" oder Nutzwirkungen werden durch das Geld indirekt erzeugt. Direkt gehen sie von den Gütern aus, und die den betreffenden Geldquanten entsprechenden Gütermengen hängen von den jeweiligen Güterpreisen ab. Demgemäß muß man sich die Schätzungsziffern, auf deren Grundlage der subjektive Geldwert mit Hilfe der Gossenschen Regel zu ermitteln ist, als bezogen denken auf „gleichwertige", d. h. um gleiche Geldbeträge, zum Beispiel um je 1 Mark, erhältliche Gütermengen. Man nehme an, ein Individuum verfüge über ein Monatseinkommen von 200 Mk., das auf 50 verschiedene Güterarten verteilt werden soll. Man greife aus ihnen drei heraus, zum Beispiel Kartoffeln, Milch und Heringe. Betragen die Preise 10 Pf. für das Pfund Kartoffeln, 50 Pf. für das Liter Milch und 25 Pf. für einen Hering, so wären für je 1 Mk. 10 Pfund Kartoffeln, 2 Liter Milch, 4 Heringe zu erstehen. Die Schätzungsziffern würden sich demnach bei den Kartoffeln auf je 10 Pfund, bei der Milch auf je 2 Liter, bei den Heringen auf je 4 Stück beziehen. Schätzt man die ersten zur Konsumtion gelangenden 10 Pfund Kartoffeln mit 100 ein, so wird man die zweiten 10 Pfund Kartoffeln jedenfalls mit einer kleineren Ziffer als 100, sage mit 70, die dritten 10 Pfund mit einer noch kleineren Ziffer, sage mit 50, usw. fort einzuschätzen haben. Für die Milch mögen sich die Schätzungsziffern auf 70, 58, 51 . . ., für die Heringe auf 50, 45, 41 . . . stellen. Im ganzen hat man es, da es 50 verschiedene Gütergattungen gibt, mit 50 derartigen Ziffernreihen zu tun, die man sich bis 0, d. h. bis zum Sättigungspunkt fortgesetzt

wirtschaft gar nicht gekümmert. Aber auch Lexis (Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 1. Suppl.-Bd., 1895, S. 426—427), der den ersten von jenen drei analogen Sätzen (unter dem Namen des „Zweiten Gossenschen Satzes") anführt, hat den dritten offenbar übersehen. Sonst würde er nicht eine Formulierung (S. 427, Spalte 1), die sich von der Gossenschen nur äußerlich unterscheidet, als „Verallgemeinerung" einer Gossenschen Aussage darstellen. Der Ausdruck „Verallgemeinerung" ist übrigens auch an sich nicht zutreffend; die drei in Frage stehenden Sätze sind vielmehr einander koordiniert und treten zusammen dem Satz zur Seite, wonach jede Fortsetzung und Wiederholung eines Genusses mit fortschreitender Abnahme desselben verbunden ist („Erster Gossenscher Satz" nach Lexis, „das Gossensche Gesetz der Bedürfnissättigung" nach von Wieser).



denken muß. Wäre die Gesamtzahl der über dem Nullpunkt liegenden Schätzungsziffern kleiner als 200 oder gleich 200, so ließen sich mit den dem Wirtschaftssubjekt zur Verfügung stehenden 200 Mk. alle seine Bedürfnisse restlos befriedigen. Solch ein Fall kommt für die Theorie nicht weiter in Betracht. Man muß vielmehr davon ausgehen, daß die Gesamtzahl der betreffenden Schätzungsziffern die Zahl 200 übertrifft, und da gilt es, aus den gegebenen Schätzungsziffern die höchsten 200 auszusuchen. Nur diese Ziffern können bei der Verteilung der 200 Mk. auf die einzelnen Gütergattungen Berücksichtigung finden, die übrigen nicht. Durch jede der 50 Ziffernreihen wird demnach gleichsam ein Trennungsstrich gezogen, oberhalb dessen die zu berücksichtigenden und unterhalb dessen die auszuschließenden Schätzungsziffern liegen. Nimmt man an, daß die kleinste unter den 200 zu berücksichtigenden Schätzungsziffern 40 ist, so erhielte man für die herausgegriffenen drei Güterarten etwa folgendes Zahlenbild:

Ordnungsnummer der auszugebenden Geldeinheit	Schätzungsziffern für		
	Kartoffeln	Milch	Heringe
1	100	70	50
2	70	58	45
3	50	51	41
4	42	45	37
5	34	40	30
6	24	35	22

Das Schema besagt, daß für Kartoffeln 4 Mk., für Milch 5 Mk., für Heringe 3 Mk. aufzuwenden sind. Die entsprechenden Mengen wären bei den angenommenen Preisen 40 Pfund, 10 Liter, 12 Stück.

Der subjektive Geldwert, d. h. der Wert, den die Geldeinheit (die Mark) für das betreffende Individuum besitzt, würde in diesem Fall durch 40 dargestellt sein, somit ein getreues Abbild der Schätzung sein, die den letzten zwei zum Verbrauch gelangenden Litern Milch zuteil wird. Demgegenüber ließe sich an der Schätzung der Kartoffeln und der Heringe der subjektive Geldwert nicht genau ablesen. Das liegt aber nur daran, daß in diesem Fall die Gossensche Regel nicht exakt in Erfüllung gegangen ist: mit dem letzten „Geldatom", als welches hier die Mark erscheint, werden eben bei den verschiedenen Güterarten nicht völlig gleiche Nutzwirkungen erzielt. Wenn hin-

gegen die „kritischen", d. h. am tiefsten gelegenen Schätzungsziffern oberhalb des Striches, wie es der Gossensche Maximumsatz ausspricht, sämtlich identisch, also zum Beispiel sämtlich 40 wären, so würde sich in dem subjektiven Geldwert der Wert eines entsprechenden Quantums jeder der in Frage kommenden 50 Gütergattungen getreu widerspiegeln. An sich ist es willkürlich, solch eine völlige Übereinstimmung der 50 kritischen Schätzungsziffern anzunehmen. Man begeht aber mit einer derartigen Annahme eine um so geringere Ungenauigkeit, je kleiner man sich die der Bewertung unterliegenden Geld- bzw. Güterquanten denkt. Es ließe sich leicht zeigen, daß zum Beispiel bei einer Reduktion des „Geldatoms" auf die Hälfte, d. h. auf 50 Pf. die Spannungen zwischen den kritischen Schätzungsziffern nicht nur absolut, sondern auch relativ, und zwar um etwa 50 %, abnehmen würden. Im Grenzfall, d. h. bei unendlich-kleinen Geldquanten — und gerade diesen Fall legen die Vertreter der mathematischen Schule ihren Darlegungen zugrunde — wäre die Bedingung der völligen Übereinstimmung der kritischen Schätzungsziffern in aller Strenge erfüllt. So ist man denn berechtigt, die Spannungen zwischen diesen Ziffern als etwas *unwesentliches* zu behandeln und von ihnen gänzlich abzusehen, somit im gegebenen Beispiel sich vorzustellen, daß die kritischen Schätzungsziffern sämtlich gleich 40 sind. Durch die Zahl 40 wäre also jetzt der subjektive Geldwert als Abbild der Schätzung dargestellt, die das Wirtschaftssubjekt nicht irgendeinem bestimmten Gut, sondern den ihm nach Maßgabe seines Einkommens und der geltenden Preise überhaupt zur Verfügung stehenden Gütern angedeihen läßt.

Es bildet einen Nachteil obiger Darstellung, daß sie sich eines Systems von Schätzungsziffern bedient, die den „Bedürfnisstand" des Wirtschaftssubjekts nicht für sich, sondern in Verbindung mit dem jeweiligen „Preisstand" zum Ausdruck bringen. Zu einer reinen Charakterisierung des Bedürfnisstandes eignen sich nur solche Schätzungsziffern, die sich auf feststehende, von der Preishöhe unabhängige Gütermengen, also zum Beispiel bei der Milch auf je ein Liter beziehen. Statt der Zahlenreihe 70, 58, 51, 45 ... ergäbe sich hier etwa die Zahlenreihe: 37, 33, 30, 28, 26, 25, 23, 22, 21, 19, 18, 17 .... Beide Zahlenreihen stehen bei einem Preis von 50 Pf. für das Liter, aber auch nur bei diesem Preis, miteinander im Einklang (da 37 + 33 = 70, 30 + 28 = 58 usw.). Bei einem Preis von 25 Pf. für das Liter würde sich die erste der beiden Reihen in 128, 96 ... verwandeln, während die zweite bestehen bliebe. Schätzungs-

ziffern wie 37, 33 . . ., welche nach bestimmten (von der jeweiligen Preislage unabhängigen) Mengeneinheiten abgestuft sind, können als „unbedingte Schätzungsziffern", Schätzungsziffern hingegen, wie 70, 58 . . . oder 128, 96 . . ., die sich nach einer gegebenen Preislage richten, als „abgewogene Schätzungsziffern" bezeichnet werden [1].

Auf jeder gegebenen Sprosse der Konsumtionsleiter schätzt man eine größere neu hinzutretende Gütermenge höher als eine kleinere ein, jedoch in einem Verhältnis, daß hinter dem zwischen diesen beiden Mengen bestehenden Größenverhältnis mehr oder weniger zurückbleibt. So sieht man denn auch zum Beispiel im Fall der Milch, daß (bei einem Preis von 0,5 Mk.) die abgewogenen Schätzungsziffern 70, 58, 51, 45 . . . (welche sich auf je 2 Liter beziehen und den Annahmen entsprechen, daß 0, 2, 4, 6 . . . Liter bereits konsumiert sind) das Doppelte der unbedingten Schätzungsziffern 37, 30, 26, 23 . . . (welche sich auf je 1 Liter beziehen, im übrigen aber für die gleichen Sprossen der Konsumtionsleiter gelten) nicht ganz erreichen. Allgemein gesprochen, verhalten sich die abgewogenen zu den entsprechenden unbedingten Schätzungsziffern nicht genau so, wie sich die beiderseits der Schätzung unterliegenden Gütermengen zueinander verhalten. Es ist aber um so eher gestattet, darüber hinwegzusehen und hier eine Proportionalität anzunehmen, je kleiner die der Bewertung unterliegenden Gütermengen sind. Im Fall unendlich kleiner Gütermengen würde strikte Proportionalität bestehen. Wir wollen auch hier, wie wir das bei einer anderen Gelegenheit bereits getan haben, gleichsam diesen Fall fingieren und dementsprechend die in Frage stehende Proportionalität als gegeben betrachten. Da nun die Gütermengen, auf welche sich einerseits die abgewogenen und andererseits die unbedingten Schätzungsziffern beziehen, gegeneinander das Verhältnis von 1 zum Preise der betreffenden Mengeneinheit einhalten (im Fall der Milch betragen die abgewogenen Schätzungsziffern nahezu das Doppelte der unbedingten entsprechend dem Verhältnis 1 zu 0,5), so braucht man nur eine abgewogene Schätzungsziffer mit dem zugehörigen Preis zu multiplizieren, um die entsprechende unbedingte Schätzungsziffer zu finden. Und umgekehrt ergibt sich eine abgewogene Schätzungsziffer aus der ent-

[1] Den Ausdruck „abgewogen" gebraucht in diesem Sinne Wicksell (a. a. O., S. 93), und zwar im Anschluß an Pareto, der von „ophélimité élémentaire pondérée" spricht (Cours, S. 21, Manuel, S. 159).



sprechenden unbedingten Schätzungsziffer dadurch, daß man letztere durch den zugehörigen Preis dividiert. Sollen also zwei abgewogene Schätzungsziffern einander gleich sein, so müssen sich die entsprechenden unbedingten Schätzungsziffern wie die zugehörigen Preise zueinander verhalten. Sonach läßt sich der Gossensche Maximumsatz, welcher die Gleichheit der abgewogenen kritischen Schätzungsziffern ausspricht, auch in der Form ausdrücken, daß die unbedingten kritischen Schätzungsziffern (d. h. die Schätzungsziffern, die sich auf die letzten zur Konsumtion gelangenden Mengeneinheiten der verschiedenen Güter beziehen) im Verhältnis der zugehörigen Preise zueinander stehen müssen. Diese Fassung des Gossenschen Satzes, die von Léon Walras[1] herrührt, bietet den Vorzug, daß sie die beiden Faktoren „Bedürfnisstand" und „Preisstand" streng auseinanderhält und dadurch die Untersuchung des Einflusses, den jeder von ihnen auf die Gestaltung des Ausgabebudgets ausübt, erleichtert.

In unserem Beispiel waren die abgewogenen kritischen Schätzungsziffern (laut getroffener Vereinbarung über Außerachtlassung der als unwesentlich erkannten Spannungen zwischen ihnen) sämtlich gleich 40. Die entsprechenden unbedingten kritischen Schätzungsziffern betragen hier bei den Kartoffeln, der Milch und den Heringen, wenn sich die Preise dieser Güter, in Mark ausgedrückt, nach dem Vorstehenden auf 0,1 für das Pfund, 0,5 für das Liter und 0,25 für das Stück stellen, 4, 20 und 10. Jede dieser Zahlen gibt den sogenannten Grenznutzen, d. h. die Nutzwirkung der letzten zur Konsumtion gelangenden Mengeneinheit oder auch den subjektiven Wert einer Mengeneinheit des betreffenden Gutes an. Bezeichnet man den subjektiven Wert der Mengeneinheit eines Gutes als „spezifischen subjektiven Wert" dieses Gutes, so kommt man auf folgende Formulierung des Gossenschen Maximumsatzes: Das Maximum der Bedürfnisbefriedigung ist erreicht, wenn sich die spezifischen subjektiven Werte der verschiedenen zum Verbrauch gelangenden Güter wie ihre Preise zueinander verhalten. In unserem Fall hat man: 4 : 20 : 10 = 0,1 : 0,5 : 0,25. Man kann aber auch mit Launhardt das Verhältnis des Grenz-

[1] Éléments d'économie politique pure. 4ième édition, Lausanne 1900, S. 101. Theorie de la monnaie, Lausanne 1886, S. 32—33 (= Études d'économie politique appliquée, Lausanne 1898, S. 90—91). Die Nutzwirkung, deren Größe eine unbedingte kritische Schätzungsziffer angibt, bezeichnet Walras als „Seltenheit" („rareté"). Daher heißt es bei ihm, daß die Preise („Tauschwerte") den Seltenheiten proportional sind.

nutzens oder anders des spezifischen Wertes zum Preise ins Auge fassen. Launhardt nennt dieses Verhältnis „Preiswürdigkeit" und sagt: „Es muß die Preiswürdigkeit aller zum Verbrauch gelangenden Güter die gleiche sein[1]." Hierin erblickt er „eine Bedingung für das Gleichgewicht des Haushalts", und wir wollen im Anschluß an diese Ausdrucksweise den Gossenschen Maximumsatz, ob in seiner ursprünglichen, oder in der Walrasschen, oder in der Launhardtschen Fassung, im folgenden als den Satz vom Gleichgewicht des Haushalts bezeichnen. Der Launhardtschen Fassung zufolge erhält man in unserem Beispiel, das wir noch durch Hinzufügung eines vierten Gutes: Fleisch mit dem spezifischen subjektiven Wert 120 und dem Preis von 3 Mk. für das Pfund ergänzen wollen:

$$\frac{4}{0,1} = \frac{20}{0,5} = \frac{10}{0,25} = \frac{120}{3} \ldots = \frac{40}{1}.$$

Beim letzten Quotienten dieser Reihe bedeutet 40 den subjektiven Geldwert (im Sinne des spezifischen subjektiven Wertes des Geldes) und 1 dementsprechend den „Preis der Geldeinheit"[2]. Sämtliche

---

[1] Wilhelm Launhardt, Mathematische Begründung der Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1885, S. 55. — Vgl. S. 17. Ich sehe im Text davon ab, daß sich Launhardt nach dem Vorgang von Walras und Jevons der Infinitesimalrechnung bedient und das bei ihm dementsprechend an Stelle des Grenznutzens der „Nützlichkeitsgrad" tritt, der durch einen Differentialquotienten ausgedrückt wird. Bei Jevons heißt es: „final degree of utility", also etwa „tiefster Nützlichkeitsgrad". „Nützlichkeitsgrad" ohne Zusatz, wie bei Launhardt, sagt zu wenig.

[2] Die Aussage, der Preis der Geldeinheit sei 1, bringt einen rein begrifflichen Sachverhalt zum Ausdruck, während es sich bei den Preisen von Kaufgütern um Erfahrungstatsachen handelt; sie bleibt aber trotzdem wahr — genau so wie die Behauptung, daß das spezifische Gewicht des Wassers bei 4° Celsius 1 ist, unzweifelhaft zutrifft, obschon sie sich nicht aus der Beobachtung der Wirklichkeit, sondern ohne weiteres aus dem Begriff des spezifischen Gewichts ergibt. Es ist meist üblich, unter Preis den in Geld ausgedrückten Tauschwert zu verstehen — eine Ausdrucksweise, die auch ich im Text festhalte — und dementsprechend die beiden Begriffe der Geldeinheit und der Preiseinheit miteinander zu identifizieren. Wenn man aber mit Knapp sämtliche Wertbegriffe bis auf den Begriff des in Geld ausgedrückten Tauschwertes aus der Geldlehre von vornherein ausschaltet, so kann man unbedenklich für Preis Wert und für Geldeinheit oder Preiseinheit Werteinheit sagen, was Knapp auch wirklich tut. Diesem Sprachgebrauch hat sich F. Bendixen angeschlossen. Von hier aus wäre es verständlich, wenn er etwa sagen würde, daß in bezug auf den Wert zwischen dem Geld und den Kaufgütern ein grundsätzlicher Unter-

„Preiswürdigkeiten" fallen also mit dem subjektiven Geldwert zusammen.

---

schied bestehe: das erstere behalte stets denselben Wert, die letzteren schwanken in ihrem Werte. Statt dessen meint aber Bendixen, das Geld als solches hätte überhaupt keinen Wert und stellt im Zusammenhang damit, und zwar mit besonderer Bezugnahme auf die Goldwährung, die Behauptung auf: „Der Generalnenner aller Werte kann nicht zugleich ex definitione der Zähler eines einzelnen Wertes sein." Hierzu hatte ich bemerkt (ohne mir im übrigen die auch bei anderen Autoren sich findende Bezeichnung des Geldes als „Generalnenner" zu eigen zu machen), daß das Zusammenfallen des Zählers mit dem Generalnenner beim Gelde doch ganz in der Ordnung sei, weil nämlich in dem Fall, wo Zähler und Nenner einander gleich sind, sich eins ergebe, was mit dem Begriff der Geldeinheit übereinstimme (Annalen für soziale Politik u. Gesetzgebung, 6. Bd., S. 79). Bendixen wirft mir nun in seiner Replik (Nominalismus und Metallismus. Eine Erwiderung an L. von Bortkiewicz, Elsters Jahrbücher, 3. Folge, 58. Bd., S. 217—228) vor, hierbei den Zusatz „ex definitione" fallen gelassen zu haben. Das trifft aber nicht zu: ich hatte vielmehr seine Worte einschließlich der beiden lateinischen Vokabeln getreu wiedergegeben; und sachlich liegt der Fall wie vorhin angegeben: man braucht keinen Anstoß daran zu nehmen, daß sich die betreffende Preis- oder Wertgröße begriffsgemäß auf 1 stellt. Als weiteres Beispiel angeblicher Entstellung seiner Gedanken durch mich führt Bendixen folgendes Zitat aus meinem Artikel in den „Annalen" an: „Bendixen erwähnt selbst gelegentlich, Knapp hätte zu Unrecht die Goldwährung gebilligt" und fügt hinzu (S. 225): „Wo denn? Das ist mir meines Wissens nie eingefallen." Nun, auf S. 94 der Schrift „Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkriegs", wo nachstehendes zu lesen ist: „Ist die Entstehung des Geldes nicht mehr Sache der Natur, sondern Menschenwerk, wie muß dann die Verwaltung des Geldwesens geregelt werden? . . . Das ist das Problem der Geldschöpfung, das die alte Lehre nicht einmal hat formulieren können, da sie das Geld ja als Naturgabe ansieht. Aber auch Knapp hat dieses unerforschte Gebiet nicht betreten, sondern die bestehende Goldwährung ohne Kritik gebilligt." Zwischen „zu Unrecht" und „ohne Kritik" vermag ich keinen großen Unterschied zu finden. Aber am energischsten und ausführlichsten verteidigt sich Bendixen dagegen, daß ich seine Angriffe auf die „Metallisten" welche ihm zufolge die Stabilität der Londoner Goldpreise durch eine natürliche Eigenschaft des Goldes erklären, als gegenstandslos hingestellt hatte. Dieses „metallistische Vorurteil", hatte ich bemerkt, existiere nur in seiner Einbildung. Darauf erwidert nun Bendixen, er hätte mit jener Polemik nicht auf die Nationalökonomen von Fach, geschweige denn auf die Hochschullehrer, gezielt. Schon aus seiner Wendung „Wir alle sind in metallistischen Vorurteilen aufgewachsen" hätte ich dies entnehmen können. Er sagt: „Wachsen wir denn in den Hörsälen der Universitäten auf? Die Lehren, mit denen wir aufwachsen, sind die, die uns Schule, Haus und Umgang mit älteren Leuten vermitteln, und die metallistische Lehre vom Gelde erfuhr jeder gebildete junge Mann, längst ehe er die Universität aufsuchte." Abgesehen davon, hätte ich berücksichtigen müssen, daß die von mir herangezogene Stelle aus seinem Buche „Geld und

Sind der Bedürfnisstand und der Preisstand gegeben, so steigt und sinkt der subjektive Geldwert mit sinkendem bzw. steigendem Einkommen, jedoch nicht notwendig in demselben Verhältnis wie dieses. Gesetzt zum Beispiel, daß in unserem Beispiel das Monats-

Kapital" ursprünglich im „Bank-Archiv" zum Abdruck gekommen ist, somit „dem Verständnis der Praktiker der Bankwelt angepaßt" war, von denen „nicht einer unter Hundert sein Wissen von Geld und Währung auf deutschen Hochschulen oder aus den Büchern zünftiger Nationalökonomen erworben" hätte. Wie reimt es sich aber mit dieser „authentischen Interpretation", wenn in demselben Passus die Ansicht, daß die stabilen Goldpreise auf einer natürlichen Eigenschaft des Goldes beruhen, als eine Lehre gekennzeichnet wird, die noch vor kurzem die Geister unumschränkt beherrscht hätte, oder wenn sich Bendixen an einen anderen Ort über dasselbe „metallistische Vorurteil" wie folgt äußert: „Daß der Wert und die Wertbeständigkeit des Goldes nicht auf natürlichem, sondern auf künstlichem Grunde, nämlich auf den Gesetzen der Goldwährungsländer, beruht, ist eine Wahrheit, die allmählich auch den renitentesten Metallisten klar geworden sein dürfte" (Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges, S. 52)? Demnach wären die beiden von Bendixen gemeinten Gruppen von Metallisten, d. h. 1. Kinder und Jünglinge, die ihre Eltern und Lehrer mit Fragen über den Londoner Goldmarkt bestürmen, und 2. „Praktiker der Bankwelt", welche, obschon sie zu den Lesern des „Bank-Archivs" gehören, die stabilen Goldpreise für die „Folge einer wundersamen Naturerscheinung" halten, auch noch „renitent", d. h. der Einsicht in den Zusammenhang, der zwischen dem Münzfuß bzw. Münzpreis und dem Marktpreis des Währungsmetalls besteht, schwer zugänglich. Da bin ich bereit, auch diese armen Geschöpfe Bendixen gegenüber in Schutz zu nehmen und verweise, wie ich das bereits einmal getan habe (Annalen, S. 74—75), auf den Fall des Zahnarztes, dem Irving Fisher das richtige Verständnis für den in Frage stehenden Zusammenhang in einer halben Stunde beigebracht hat. Im Ernst gesprochen, verrät schon der polemische Eifer, welcher sich in der Bezeichnung des Gegners als „renitent" kundgibt, an wessen Adresse Bendixens Belehrungen in Wirklichkeit gerichtet waren. Ich hatte behauptet, daß diese Belehrungen „im Zeichen einer nicht zu überbietenden Verständnislosigkeit für den gegnerischen Standpunkt" ständen. Bendixen dreht nunmehr den Spieß um, indem er mir so gut wie jedes Verständnis für seine Ansichten und jede Objektivität bei deren Beurteilung abspricht. Als Erklärung hierfür bringt er in einem Fall meine „Abneigung gegen alles begriffliche Denken" (a. a. O. S. 226), im übrigen aber den Umstand vor, daß mir der Metallismus, von dem ich nicht „loskommen" könne, weil ich mit ihm „aufs innigste verwachsen" wäre, „offenbar Herzenssache" sei (S. 228). Demgegenüber gestatte ich mir, an gelegentliche Äußerungen von mir zur Geldtheorie zu erinnern, die 22 Jahre alt, somit 7 Jahre älter als Knapps „Staatliche Theorie des Geldes" sind (dieses Jahrbuch XXII, S. 1184—86) und aus denen hervorgeht, daß ich schon damals sowohl dem Staate in seinen Beziehungen zum Geldwesen wie auch der Papierwährung Gerechtigkeit widerfahren ließ. Und ich habe meine Ansichten nicht geändert. Sofern Einwände gegen den Metallismus nicht die Form, sondern die Sache betreffen, prallen sie daher von mir ab.

einkommen sich von 200 auf 250 Mk. erhöht, so sind die zusätzlichen 50 Mk. (wenn man von etwaigen Ersparnissen am Einkommen auch hier absieht) auf die verschiedenen Ausgabezweige so zu verteilen, daß sich überall wieder gleiche Preiswürdigkeiten ergeben[1]. Letztere werden, da die Preise als unverändert gedacht sind, gegenüber früher abnehmen; ob aber, der relativen Zunahme des Einkommens genau entsprechend, im Verhältnis von 4 zu 5, d. h. von 40 auf 32, oder in einem anderen Verhältnis, zum Beispiel von 40 auf 25 oder bloß von 40 auf 35, das hängt ganz und gar von dem Gang der Schätzungsziffern ab. Dabei sinkt mit jeder neu zur Ausgabe gelangenden Geldeinheit der subjektive Geldwert langsamer als der spezifische subjektive Wert irgendeines Kaufgutes. Geht zum Bei-

[1] Dabei kann es vorkommen, daß neue Gütergattungen in den Konsumtionsbereich des Wirtschaftssubjekts Eingang finden, nämlich solche, für welche der Quotient aus der höchst gelegenen unbedingten Schätzungsziffer durch den Preis bei der alten Einkommenshöhe die ihr entsprechende Preiswürdigkeit (in unserem Beispiel 40) nicht erreichte. Umgekehrt kann eine Herabsetzung des Einkommens zur Folge haben, daß diese oder jene Gütergattung aus dem Ausgabebudget ausscheidet. Walras (Théorie de la monnaie, S. 34—35 = Études d'économie politique apoliquée, S. 90—92) fingiert für die nicht zur Konsumtion gelangenden Güter erhöhte Schätzungsziffern, welche, dividiert durch die betreffenden Marktpreise, gleich hohe Quotienten liefern, wie sie die anderen Güter aufweisen, um durch diesen Kunstgriff dem Satz, daß die spezifischen subjektiven Werte im Verhältnis der Preise zueinander stehen, eine allgemeine, d. h. auf sämtliche Güter sich erstreckende Gültigkeit zu verleihen. Es ist aber richtiger, die nicht zur Konsumtion gelangenden Güter in der Reihe der Preiswürdigkeiten einfach wegzulassen. Hiermit wird die Behauptung, daß die zu konsumierenden Mengen verschiedener Güter von dem Stand der Preise aller Güter abhängen, eingestandenermaßen nach einer bestimmten Richtung hin eingeschränkt: für die einzelnen Wirtschaftssubjekte gibt es je nach der Höhe ihres Einkommens eine kleinere oder größere Anzahl von Gütern, deren Preislage, so lange sie sich über einem gewissen Niveau hält, auf die Gestaltung ihrer Ausgabebudgets ohne Einfluß bleibt. Eine ganz analoge Einschränkung muß aber auch dann gemacht werden, wenn man, sozusagen in erster Annäherung, annimmt, daß die Nachfrage nach einem bestimmten Gut nur durch den Preis dieses einen Gutes bedingt wird: auch hier erscheint der Preis, hingesehen auf seine Änderungen, als unwirksam, sofern er den Stand übertrifft, bei welchem die Nachfrage erst beginnt, d. h. über Null hinausgeht. Die Auffassung, daß die Nachfrage nach einem bestimmten Gut nicht ausschließlich von dessen Preise, sondern von den Preisen sämtlicher in Frage kommenden Gütern abhängt, ist, nebenbei bemerkt, schon im Gossenschen Maximumsatz enthalten und ist später, namentlich von Walras, mit aller Deutlichkeit und Schärfe herausgearbeitet worden. Es berührt daher eigentümlich, wenn O. Engländer (a. a. O., S. 952) Zuckerkandl als Urheber dieser Auffassung hinstellt.

spiel in unserem Fall der subjektive Geldwert von 40 auf 28 herunter, so sinkt er im Durchschnitt um 1 auf je $4^1/_6$ Mk. Ein gleich langsames Tempo der Abnahme könnte sich bei irgendeinem Kaufgut offenbar nur dann ergeben, wenn der gesamte neu hinzukommende Betrag von 50 Mk. auf dieses Gut verwendet würde, was unter den geltenden Voraussetzungen ausgeschlossen ist. In diesem Sinne ist v. Böhm-Bawerks Behauptung von der relativ „langsamen Abnahme des Grenznutzens der Geldeinheit bei Zunahme der Zahl der verfügbaren Einheiten" gemeint, und in diesem Sinne ist sie auch zutreffend[1]. Es liegt jedoch zum mindesten ebenso nahe, das Ausmaß der Abnahme des subjektiven Wertes einerseits des Geldes, andererseits der Kaufgüter in Beziehung zu der relativen Zunahme des Einkommens bzw. derjenigen Geldbeträge zu setzen, die auf die betreffenden Güter verwendet werden. Benutzt man dieses Kriterium, so findet man, daß die Geschwindigkeit, mit welcher der subjektive Geldwert abnimmt, einen in bestimmter Weise gebildeten Durchschnitt (nicht etwa das einfache arithmetische Mittel!) der für die einzelnen Kaufgüter maßgebenden analogen Geschwindigkeiten darstellt. In unserem Beispiel steigt das Einkommen, mithin die Gesamtausgabe, um 25 %, der subjektive Geldwert und alle Preiswürdigkeiten, somit auch alle spezifischen subjektiven Werte sinken um 30 %; die einzelnen Ausgabeposten nehmen aber teils um mehr, teils um weniger als 25 %, möglicherweise auch um genau 25 % zu[2]. Also muß die Geschwindigkeit der Wertabnahme, verglichen mit der relativen Zunahme des aufgewendeten Geldbetrages, bei einer Gruppe von Kaufgütern kleiner, bei einer anderen größer und möglicherweise bei einer dritten gleich groß wie die Geschwindigkeit der Abnahme des subjektiven Geldwertes sein. Mutatis mutandis gelten diese Bemerkungen für den Fall, wo das Einkommen, statt sich zu erhöhen, heruntergeht. Aus der Tatsache des Sinkens bzw. Steigens des subjektiven Geldwertes mit steigendem bzw. sinkendem Einkommen folgt übrigens, daß der subjektive Gesamtwert einer Geldsumme

[1] Siehe v. Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals, 3. Aufl., S. 335, Fußnote 2.

[2] Bei den Gütern, die in den Konsumtionsbereich des Wirtschaftssubjekts neu eintreten, stellt sich dieser Prozentsatz auf ∞ und läßt sich die prozentuelle Abnahme der Preiswürdigkeit nicht bestimmen. Von dem Vorhandensein solcher Güter wird an dieser Stelle des Textes abgesehen. Der Fall, wo sämtliche Ausgabeposten in gleichem Verhältnis ansteigen, ist denkbar, aber praktisch so gut wie ausgeschlossen.

langsamer anwächst als diese. Die dem entgegenstehende Meinung Launhardts, das Geld hätte stets einen seiner Menge proportional bleibenden Wert, weil es nicht unmittelbar zum Genusse diene und daher seine Wertschätzung von der Genußfähigkeit der Besitzer unabhängig sei[1], ist schlechterdings unhaltbar. Wohl aber hat v. Böhm-Bawerk recht, wenn er ausführt, daß solch eine Proportionalität bei mäßigen Geldbeträgen viel eher angenommen werden kann, als bei um gleiche Geldbeträge käuflichen Mengen beliebiger Güter, weil nämlich der Grenznutzen der Geldeinheit mit der Zahl der verfügbaren Einheiten vergleichsweise langsam (in dem vorhin präzisierten Böhm-Bawerkschen Sinne!) abnimmt.

Der subjektive Geldwert ist von dem jeweiligen Preisstand abhängig. Aber damit ist nicht gesagt, daß ein Steigen des allgemeinen Preisniveaus den subjektiven Geldwert unter allen Umständen herabdrückt und umgekehrt ein Sinken des allgemeinen Preisniveaus ihn notwendig emporhebt. Es kommt vielmehr auch hierbei auf den Verlauf den Schätzungsziffern an. Gesetzt zum Beispiel, daß für irgendein Gut A, von welchen 6 Mengeneinheiten konsumiert werden, die unbedingten Schätzungsziffern 100, 95, 90, 85, 80, 75 sind. Beträgt der Preis 3 Mk. für die Mengeneinheit, so entspricht dies einer Preiswürdigkeit von 25. Steigen nun alle Preise auf das Doppelte, so muß bei gleichbleibendem Einkommen die Konsumtion im Durchschnitt auf die Hälfte herabgesetzt werden. Man nehme an, daß A ein Gut ist, bei welchem sich die Konsumtionseinschränkung genau nach dem Durchschnitt richtet, so daß nur mehr 3 Mengeneinheiten von A zur Konsumtion gelangen. Da der Preis für die Mengeneinheit von A voraussetzungsgemäß auf 6 Mk. gestiegen ist und da die dritte unter den angegebenen Schätzungsziffern 90 beträgt, so sinkt in diesem Fall die Preiswürdigkeit bei A, somit auch bei allen anderen Gütern, auf 15, d. h. um 40 %. Um ebensoviel sinkt auch der subjektive Geldwert. Wären aber die unbedingten Schätzungsziffern für das „repräsentative" Gut A durch 130, 110, 90, 70, 50, 30 gegeben, so erhielte man infolge der gleichen Preissteigerung von 3 auf 6 Mk. für die Mengeneinheit von A keine Abnahme mehr, sondern eine Zunahme der Preiswürdigkeit, somit auch des subjektiven Geldwertes, und zwar von 10 auf 15, oder um 50 %. Analogerweise kann ein Sinken des Preisniveaus ebensogut die Wirkung haben, daß der subjektive Geldwert steigt, wie daß er

---

[1] Launhardt, a. a. O., S. 54.

fällt. Die Bewegungen des subjektiven Geldwertes brauchen also mit denjenigen des objektiven Geldwertes, der sich ja stets umgekehrt proportional zu der das allgemeine Preisniveau ausdrückenden Indexziffer verhält, nicht einmal der Richtung nach übereinzustimmen. Sofern aber eine Übereinstimmung in bezug auf die Richtung vorhanden ist, bleibt die Veränderung des subjektiven Geldwertes hinter der entsprechenden Veränderung des objektiven Geldwertes, relativ genommen, notwendig zurück. Dies folgt ohne weiteres aus der Tatsache, daß die Schätzungsziffern abnehmende Reihen bilden[1].

Anders liegt der Fall, wenn sich mit dem Preisstand das Einkommen des Wirtschaftssubjekts in demselben Verhältnis hebt oder senkt. Werden hierbei sämtliche Güter von der Preisänderung gleichmäßig betroffen, so bleiben ihre zur Konsumtion gelangenden Mengen, somit auch die letzten noch zu berücksichtigenden unbedingten Schätzungsziffern offenbar die alten, und fallen bzw. steigen die Preiswürdigkeiten, also fällt bzw. steigt der subjektive Geldwert in demselben Verhältnis, wie die Preise steigen bzw. fallen. Hier richtet sich der subjektive Geldwert genau nach dem objektiven Geldwert. Sollte sich aber nur das Volkseinkommen in derselben Richtung und genau in demselben Ausmaß wie das allgemeine Preisniveau verschieben, ohne jedoch daß alle Einzeleinkommen und Güter gleichmäßig davon betroffen würden, so würde selbstverständlich auch der subjektive Geldwert eine von Person zu Person verschiedene Veränderung erfahren müssen.

Das Vorstehende zeigt zur Genüge, wie verwickelt die Beziehungen zwischen Bedürfnisstand, Preisstand, Einkommenshöhe und subjektivem Geldwert sind. Nur mathematisch kann die Theorie diese Be-

[1] E. v. Philippovich (Grundriß der Politischen Ökonomie, I, 9. Aufl., Tübingen 1911, S. 255) sagt: „Wenn die Preise hoch sind, hat die Geldeinheit bei gleichem Einkommen und Bedürfnisstand eine geringere Kaufkraft, aber einen höheren Grenznutzen, das Geld repräsentiert uns nun weniger Güter mit höherem Grenznutzen." Nach den Ausführungen im Text ist der wahre Sachverhalt der, daß eine Preiserhöhung den von Philippovich behaupteten Einfluß auf den Grenznutzen der Geldeinheit oder anders auf den subjektiven Geldwert wohl unter Umständen ausüben kann, aber nicht notwendig ausüben muß. Philippovichs Irrtum beruht darauf, daß er, wie manch anderer nicht-mathematische Theoretiker auch, zwischen den unbedingten und den abgewogenen Schätzungsziffern bzw. zwischen dem auf eine bestimmte Mengeneinheit eines Gutes bezogenen Grenznutzen und dem auf eine für die Geldeinheit erhältliche Menge desselben Gutes bezogenen Grenznutzen nicht scharf unterscheidet. In denselben Irrtum (in bezug auf den entgegengesetzten Fall einer Preissenkung) verfällt O. v. Zwiedineck (dieses Jahrbuch 33, S. 170—171).



ziehungen genauer erfassen. Als theoretisch lösbar erweist sich namentlich folgende Aufgabe: Gegeben sind: 1. die Mengen sämtlicher Güter, die auf dem Markt zum Verkauf angeboten werden, wobei, entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen einer entwickelten Verkehrswirtschaft, von dem subjektiven Wert dieser Güter für die Verkäufer gänzlich abgesehen wird; 2. für jeden Kauflustigen sein Einkommen, von dem angenommen wird, daß es in vollem Umfange zum Güterankauf bestimmt ist, sowie sein Bedürfnisstand, d. h. die Reihen der auf die einzelnen Güter sich beziehenden unbedingten Schätzungsziffern. Gefragt wird: 1. nach den Gütermengen, die von jedem käuflich erworben werden, und 2. nach den Kaufpreisen sämtlicher Güter. Gesetzt, die Zahl der Güter ist m und die Zahl der Kauflustigen n, so erhielte man zunächst als Ausdruck des Satzes vom Gleichgewicht des Haushalts für jeden Einzelnen $m - 1$ Gleichungen, somit im ganzen $n (m - 1)$ Gleichungen; es kämen sodann n Gleichungen hinzu, von denen jede zum Ausdruck bringen würde, daß die Summe der Produkte von erworbener Gütermenge und Preis für jeden Einzelnen sich mit dessen Einkommen deckt; schließlich ergeben sich weitere m Gleichungen aus der Erwägung heraus, daß bei jedem Gut die von den Einzelnen erworbenen Mengen in Summa so viel ausmachen müssen, als von diesem Gut auf dem Markt zum Verkauf feilgeboten wird. Man hätte also im ganzen $n (m - 1) + n + m$ oder $m (n + 1)$ Gleichungen — genau entsprechend der Zahl der Unbekannten, denn als solche erscheinen die m n Gütermengen, die den einzelnen Käufern zufallen, und außerdem die m Preise. Auf der Grundlage der gefundenen Lösung ließe sich dann ohne weiteres der subjektive Geldwert für jeden der n Marktgenossen ermitteln, und man könnte unter Beibehaltung der alten Schätzungsziffern feststellen, wie sich für jeden Einzelnen der subjektive Geldwert ändert, wenn die Einkommen und die zum Verkauf angebotenen Mengen der verschiedenen Güter ihrerseits diese oder jene Änderungen erfahren.

Eine gewisse Verwandtschaft mit solch einer Fragestellung, die übrigens manche Variationen zuläßt, weist das etwas primitiv und, wie sich zeigen wird, verkehrt gefaßte Problem auf, mit welchem sich Herzfelder im Rahmen seiner „dynamischen Theorie des Geldes" beschäftigt[1]. Es handelt sich dabei um die Zurückführung der „Tauschwertänderungen", welche einerseits die Ware, anderseits das Geld gegebenenfalls erfahren, auf vier „Tauschwertkomponenten",

[1] Edmund Herzfelder, Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse. Die Theorie der reinen Papierwährung. Berlin 1919.

als welche nach Herzfelder zu betrachten sind: 1. die „Wertschätzungsänderung des Verkäufers für sein Gut oder passive Kaufkraft der Ware" (T_1), 2. die „Wertschätzungsänderung des Käufers für das fremde Gut oder aktive Kaufkraft des Geldes" (T_2), 3. die „Wertschätzungsänderung des Käufers für sein Gut oder passive Kaufkraft des Geldes" (T_1') und 4. die „Wertschätzungsänderung des Verkäufers für das fremde Gut oder aktive Kaufkraft der Ware" (T_2'). Das Wesentliche seiner theoretischen Konstruktion erörtert Herzfelder an dem Fall, wo nicht Ware gegen Geld, sondern Ware gegen Ware ausgetauscht wird. Er nimmt an, daß sich im „Vorzustand" 15 Schafe gegen 10 Ziegen und im „Nachzustand" 12 Schafe gegen 7 Ziegen austauschen. Demnach wäre, möchte man meinen, der Tauschwert eines Schafes gesunken, und zwar im Verhältnis von $^7/_{12}$ zu $^{10}/_{15}$ oder von $^7/_8$ zu 1, somit um 12,5 %; der Tauschwert einer Ziege hingegen wäre gestiegen, und zwar im Verhältnis von $^{12}/_7$ zu $^{15}/_{10}$ oder von $^8/_7$ zu 1, somit um 14,3 %. Diese Berechnungsweise läßt aber Herzfelder nicht gelten. Er verlangt vielmehr, daß, relativ genommen, das eine Gut im Werte um ebensoviel steigt als das andere fällt. Selbstverständlich kann dieser „Gleichheitsforderung", wie sie der Kürze halber im folgenden genannt werden soll, nur dadurch Genüge geschehen, daß man den Wert jedes der beiden Güter nicht mehr durch das andere, sondern den Wert beider durch ein entsprechend gewähltes bzw. fingiertes drittes Gut ausdrückt, zum Beispiel in unserem Fall setzt: im Vorzustande 1 Schaf = 30 Tauben, 1 Ziege = 45 Tauben, im Nachzustande 1 Schaf = 28 Tauben, 1 Ziege = 48 Tauben. Dementsprechend sinkt der Wert eines Schafes um $^1/_{15}$ oder um 6,67 % und steigt der Wert einer Ziege ebenfalls um $^1/_{15}$ oder um 6,67 %. Bei Herzfelder fehlt diese Bezugnahme auf ein drittes Gut, die sich meines Erachtens aus dem Grunde empfiehlt, weil sie seine Berechnungsweise erst ins rechte Licht setzt.

Auch zu den Formeln, die Herzfelder für die Berechnung der „halben Tauschwertänderungen" T und — T für jede der beiden Waren aufstellt — im gegebenen Fall hat man: T = — 6,67 %, — T = 6,67 % — gelangt man am einfachsten mit Hilfe jenes „dritten Gutes", das hierbei als Wertmaßstab zu dienen hat. Es mögen sich (wie bei Herzfelder) im Vorzustande a Mengeneinheiten der Ware Nr. 1 gegen b Mengeneinheiten der Ware Nr. 2 und im Nachzustande c Mengeneinheiten der Ware Nr. 1 gegen d Mengeneinheiten der Ware Nr. 2 austauschen; es sei zugleich durch x bzw. x' der auf eine Ware Nr. 3 bezogene Tauschwert einer Mengeneinheit

der Ware Nr. 1 im Vorzustande bzw. im Nachzustande dargestellt; schließlich sei mit y bzw. y' der in derselben Weise ausgedrückte Tauschwert einer Mengeneinheit der Ware Nr. 2 im Vorzustande bzw. im Nachzustande bezeichnet. Demnach ist $ax = by$, $cx' = dy'$. Die Herzfeldersche Gleichheitsforderung ergibt die Gleichung: $\frac{x' - x}{x} = -\frac{y' - y}{y}$, woraus $\frac{x'}{x} + \frac{y'}{y} = 2$ folgt. Anderseits hat man: $\frac{y'}{y} = \frac{bc}{ad} \cdot \frac{x'}{x}$. Daher denn: $\left(1 + \frac{bc}{ad}\right) \frac{x'}{x} = 2$, somit $\frac{x'}{x} = \frac{2\,ad}{ad + bc}$ und $\frac{y'}{y} = \frac{2\,bc}{ad + bc}$. Die „halbe Tauschwertänderung" für die Ware Nr. 1 (T) ist durch $\frac{x'}{x} - 1$ gegeben. So findet man in Übereinstimmung mit Herzfelder (wenn auch auf ganz anderem Wege):

$$T = \frac{ad - bc}{ad + bc}.$$

In dem betrachteten Beispiel hat man: $a = 15$, $b = 10$, $c = 12$, $d = 7$, somit $T = \frac{15 \cdot 7 - 10 \cdot 12}{15 \cdot 7 + 10 \cdot 12} = -\frac{1}{15} = -6{,}67\,\%$.
Die „halbe Tauschwertänderung" für die Ware Nr. 2 ist $\frac{y'}{y} - 1$ oder, was dasselbe ist, $-T$, also im gegebenen Fall 6,67 %.

Die Quotienten $\frac{b}{a}$ bzw. $\frac{d}{c}$ drücken den Wert der Ware Nr. 1 in der Ware Nr. 2 und die Quotienten $\frac{a}{b}$ bzw. $\frac{c}{d}$ den Wert der Ware Nr. 2 in der Ware Nr. 1 im Vorzustande bzw. im Nachzustande aus. Demnach kann nach Analogie mit dem Worte „Preisindex" das Verhältnis von $\frac{d}{c}$ zu $\frac{b}{a}$ als Wertindex der Ware Nr. 1 und das Verhältnis von $\frac{c}{d}$ zu $\frac{a}{b}$ als Wertindex der Ware Nr. 2 bezeichnet werden; schreibt man v für den Wertindex der Ware Nr. 1 und w für den Wertindex der Ware Nr. 2, so hat man:

$$v = \frac{d}{c} : \frac{b}{a}, \qquad w = \frac{c}{d} : \frac{a}{b}$$

oder auch:

$$v = \frac{ad}{bc}, \qquad w = \frac{bc}{ad}$$

und nach dem Vorstehenden:

$$\frac{x'}{x} = \frac{2}{1 + \frac{1}{v}}, \qquad \frac{y'}{y} = \frac{2}{1 + \frac{1}{w}}.$$

Den beiden letzten Formeln zufolge läuft die Herzfeldersche Berechnungsweise darauf hinaus, daß für jede der beiden Waren der betreffende Wertindex durch das harmonische Mittel aus ihm selbst und 1 ersetzt sind. Im gegebenen Beispiel hat man:

$$v = \frac{7}{8}, \qquad w = \frac{8}{7},$$

$$\frac{x'}{x} = \frac{2}{1 + \frac{8}{7}} = \frac{14}{15}, \qquad \frac{y'}{y} = \frac{2}{1 + \frac{7}{8}} = \frac{16}{15},$$

$$T = \frac{14}{15} - 1 = -\frac{1}{15} = -6{,}67\,\%, \quad -T = \frac{16}{15} - 1 = \frac{1}{15} = 6{,}67\,\%.$$

Gegen diese Berechnungsweise ist an sich nichts einzuwenden, aber daß sie irgendwie logisch zwingend wäre, ist nicht einzusehen. Eine Nötigung dazu, als Wertmaßstab ein (wirklich vorhandenes oder bloß fingiertes) Gut zu benutzen, das der Herzfelderschen Gleichheitsforderung Genüge leistet, besteht nicht. Gesetzt, daß die Austauschverhältnisse zwischen Schaf und Ziege im Vor- und Nachzustande, sowie im Vorzustande die Beziehungen 1 Schaf = 30 Tauben, 1 Ziege = 45 Tauben, bestehen bleiben, so könnten im Nachzustande zum Beispiel auch folgende Beziehungen Platz greifen: 1 Schaf = 35 Tauben, 1 Ziege = 60 Tauben, woraus folgen würde, daß 1 Schaf um 16,7 % und 1 Ziege um 33,3 % im Werte gestiegen ist, oder auch 1 Schaf = 21 Tauben, 1 Ziege = 36 Tauben, was bedeuten würde, daß 1 Schaf um 30 % und 1 Ziege um 20 % im Werte gesunken ist. Zuzugeben ist nur, daß man ohne logischen Widerspruch die Größe der jeweils stattgehabten Tauschwertänderung nach der von Herzfelder vorgeschlagenen Methode zu bestimmen in der Lage ist, und zwar ganz unabhängig davon, ob es ein drittes Gut tatsächlich gibt oder nicht gibt, demgegenüber das eine der beiden Güter, relativ genommen, um ebensoviel im Werte zunimmt wie das andere abnimmt[1].

---

[1] Auf dem Begriff der halben Tauschwertänderung beruht bei Herzfelder der oberste Grundsatz der „Geldschöpfung". Er unterscheidet auch hier zwischen „Vorzustand" und „Nachzustand" und bezeichnet die Geldmenge des Vorzustandes als „Geldvorrat", die Geldmenge des Nachzustandes als „Geldbedarf" (!). Stellt sich nun bei einem unverändert gebliebenen Volksvermögen („Wert der volkswirtschaftlichen Bilanz") von sage 100 Milliarden Mark der

Die halben Tauschwertänderungen werden nun von Herzfelder auf die bereits genannten vier „Tauschwertkomponenten“ zurückgeführt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im gegebenen Fall nicht Ware gegen Geld, sondern Ware gegen Ware ausgetauscht wird. Nennt man denjenigen der beiden Tauschenden, der die Ware Nr. 1 zum Tausch anbietet, A, und den anderen, der die Ware Nr. 2 anbietet, B, so läßt sich von den vier Tauschwertkomponenten jedenfalls folgendes als unzweifelhafte Meinung Herzfelders aussagen: T_1 bezieht sich auf die Bewertung der Ware Nr. 1 durch A, T_2 — auf die Bewertung der Ware Nr. 1 durch B, T_1' — auf die Bewertung der Ware Nr. 2 durch B, T_2' — auf die Bewertung der Ware Nr. 2 durch A. Was aber die näheren Ausführungen Herzfelders über diese vier Komponenten anlangt, so sind sie in rein logischer, in ökonomischer und in mathematischer Beziehung so un-

Geldvorrat auf 3 Milliarden Mark, der Geldbedarf auf 3,8 Milliarden Mark, so ergibt sich für das Geld eine halbe Tauschwertänderung von — 11,76 %. Setzt man nämlich in den maßgebenden Formeln $a = 100$, $b = 3$, $c = 100$, $d = 3{,}8$, so findet man (da das Geld die Stelle der Ware Nr. 2 einnimmt) als halbe Tauschwertänderung für das Geld:

$$-T = \frac{bc - ad}{ad + bc} = \frac{-80}{680} = -\frac{2}{17} = -11{,}76\,\%.$$

Also sei, „um gewissermaßen die Tendenz der Preisänderung der Waren zu paralysieren“, der „Geldbedarf“ um 11,76 % zu kürzen, und es ergibt sich als „Geldmenge der besten Geldschöpfung“ in Milliarden Mark:

$$3{,}8 - \frac{3{,}8 \times 11{,}76}{100} = 3{,}353.$$

Die entsprechende algebraische Formel ist $d + \frac{d\,(b - d)}{b + d}$, oder, was dasselbe ist: $\frac{2\,bd}{b + d}$. So lesen wir denn auch bei Herzfelder: „Die Bestimmung der Geldmenge der besten Geldschöpfung ist unter der Voraussetzung einer unveränderten volkswirtschaftlichen Bilanz aus dem Geldbedarf und dem Geldvorrate außerordentlich einfach; sie ist das doppelte Produkt aus dem Vorrat mit dem Bedarf, dividiert durch die Summe des Vorrats und des Bedarfs“ (a. a. O., S. 274). Es hätte auch noch einfacher lauten können: „Sie ist das harmonische Mittel von Vorrat und Bedarf“ (sofern man den Ausdruck „Bedarf“ hier überhaupt gelten läßt). Darüber, daß diese von Herzfelder aufgestellte Geldschöpfungsregel undiskutabel ist, braucht kein Wort verloren zu werden. Sie möge nur als Beleg dafür dienen, wie weit er den Mißbrauch mit mathematischen Formeln und insbesondere mit der Formel der „halben Tauschwertänderung“ treibt. Vgl. a. a. O., S. 290—292. Über Herzfelders Begriff des „statischen Geldwertes“ habe ich mich im „Bank-Archiv“, XIX, Nr. 8 ausgesprochen: Der „statische“ und der „dynamische“ Teil seiner „Theorie der reinen Papierwährung“ stehen auf derselben Stufe.

durchsichtig und verworren, daß es für die Kritik eine höchst undankbare Aufgabe wäre, ihnen im einzelnen zu folgen; es genügt zumal, die von Herzfelder für die Tauschwertkomponenten abgeleiteten Endformeln ins Auge zu fassen, um sich von der Unhaltbarkeit seiner ganzen Konstruktion zu überzeugen. Diese Endformeln enthalten nur die Größen a, b, c, d, welche, nach wie vor, die sich gegenseitig austauschenden Mengen der beiden Waren Nr. 1 und Nr. 2 bedeuten[1]. Darin kommt zum Ausdruck, daß es zur Bestimmung der gesuchten Tauschwertkomponenten, Herzfelder zufolge, keiner anderen Daten als dieser bedarf. Ja, es läßt sich leicht zeigen, daß es hierbei nicht einmal auf die Kenntnis der vier Größen a, b, c, d, sondern lediglich auf die Kenntnis der Quotienten $\frac{c}{a}$ und $\frac{d}{b}$ ankommt. Wenn man nämlich $\frac{c}{a} = p$, $\frac{d}{b} = q$ setzt, so nehmen die betreffenden Formeln, was Herzfelder entgangen zu sein scheint, folgende einfachere Gestalt an:

$$T_1 = \frac{q\,(2 - p + q)}{p + q}, \qquad T_2 = \frac{p\,(2 - p + q)}{p + q},$$
$$T_1' = \frac{p\,(2 + p - q)}{p + q}, \qquad T_2' = \frac{q\,(2 + p - q)}{p + q}.$$

Setzt man aber $a\,p$ für c und $b\,q$ für d auch in den Formeln für T und — T ein, so findet man zunächst:

$$T = \frac{q - p}{p + q}, \qquad -T = \frac{p - q}{p + q},$$

sodann:

$$T_1 - 1 = (1 + q)\,T, \qquad T_2 - 1 = (p - 1)\,T,$$
$$T_1' - 1 = -(1 + p)\,T, \qquad T_2' - 1 = (1 - q)\,T$$

und schließlich:

$$2\,T = (T_1 - 1) + (T_2' - 1),$$
$$-2\,T = (T_2 - 1) + (T_1' - 1).$$

In dem Herzfelderschen Beispiel mit den Schafen und den Ziegen hat man: $p = \frac{4}{5}$, $q = \frac{7}{10}$. Demnach ergibt die Rechnung hier: $T_1 = 0{,}8867$, $T_2 = 1{,}0133$, $T_1' = 1{,}12$, $T_2' = 0{,}98$. Diese Zahlen drücken die vor sich gegangenen Wertveränderungen sozusagen „quotenmäßig" aus, und man hat von jeder von ihnen 1 in Abzug zu bringen, wenn man ermitteln will, um wieviel, relativ genommen, die betreffenden Güter von den betreffenden Per-

[1] Herzfelder, a. a. O., S. 172.

sonen im Nachzustande höher bzw. niedriger als im Vorzustande geschätzt werden. Auf diese Weise findet man, daß im Nachzustande ein Schaf von A um 11,33 % niedriger, von B um 1,33 % höher, eine Ziege von B um 12 % höher, von A um 2 % niedriger geschätzt wird als im Vorzustande. Durch Zusammenaddierung von — 11,33 % und — 2 % erhält man — 13,33 %, somit das Doppelte der halben Tauschwertänderung T und durch Zusammenaddierung von 1,33 % und 12 % ergibt sich 13,33 %, somit das Doppelte der halben Tauschwertänderung — T[1]. Den Ausdruck 2 T bzw. — 2 T nennt Herzfelder „Gesamttauschwertänderung". Da die Tauschwertkomponenten nachgewiesenermaßen nur von p und q abhängen, so würde man die vier Prozentsätze — 11,33 %, 1,33 %, 12 % und — 2 % auch dann erhalten, wenn sich zum Beispiel im Vorzustande 10 Schafe gegen 10 Ziegen und im Nachzustande 8 Schafe gegen 7 Ziegen austauschten. Aber auch abgesehen von letzterem Punkt und von verschiedenen anderen nahe liegenden Einwänden, ruft den entschiedensten Widerspruch schon der Versuch hervor, aus der nackten Tatsache, daß sich bestimmte Mengen zweier Waren in einem früheren Zeitpunkt und bestimmte andere Mengen derselben Waren in einem späteren Zeitpunkt gegeneinander austauschten, in eindeutiger Weise die Veränderungen herzuleiten, welche die subjektive Bewertung der betreffenden Waren seitens der Kontrahenten in der Zwischenzeit erfahren hat. Daß in Wirklichkeit eine derartige eindeutige Beziehung zwischen objektivem Tauschwert und subjektiver Bewertung gar nicht besteht, möge an demselben Beispiel der Schafe und Ziegen, daß Herzfelder immer wieder zur Erläuterung seiner theoretischen Darlegungen heranzieht, gezeigt werden.

Man betrachte folgenden Fall: Vor dem Tausch besitzt A 20 Schafe und keine Ziegen, B keine Schafe und 18 Ziegen. A schätzt das erste Schaf mit 56, das zweite mit 52 usw., jedes weitere Schaf mit einer Ziffer, die um 4 Einheiten kleiner als die ihr unmittelbar vorausgehende ist, ein, so daß man beim 15. Schaf als Schätzungsziffer Null erhält; ähnlich schätzt A die Ziegen mit 96, 92, 88 usw. ein. B schätzt die Schafe mit 156, 150, 144 usw., die Ziegen mit 150, 144, 138 usw. ein. Es fragt sich, wie viele Schafe gegen wie viele Ziegen ausgetauscht werden. Löst man die so gestellte Aufgabe *lege artis*[2], so kommt man auf die Antwort:

---

[1] Herzfelder, a. a. O., S. 176, 210 Fußn., 364.

[2] Hierfür kommen nur die Vertreter der mathematischen Richtung in Frage. Siehe namentlich: W. Stanley Jevons, The theory of political

15 Schafe gegen 10 Ziegen (wie bei Herzfelder im Vorzustande). Nach dem Tausche befindet sich A im Besitz von 5 Schafen und 10 Ziegen. Die Schätzungsziffern für das 5. Schaf und die 10. Ziege sind 40 und 60, verhalten sich also wie 10 zu 15, d. h. wie die (in einem beliebigen Gut ausgedrückten) Tauschwerte von Schaf und Ziege. Anders formuliert: es besteht Proportionalität zwischen Grenznutzen und objektivem Tauschwert. Gleiches gilt von B: in seinem Besitz befinden sich nach dem Tausch 15 Schafe und 8 Ziegen. Die entsprechenden Schätzungsziffern sind 72 und 108, stehen somit zueinander ebenfalls im Verhältnis von 10 zu 15.

Nimmt man nun an, daß vor dem Tausch wiederum A 20 Schafe und keine Ziegen, B keine Schafe und 18 Ziegen besitzt, daß aber die Schätzungsziffern des A für Schafe nunmehr 84, 78, 72 usw.,

---

economy, 4. Aufl., London 1911, S. 90—101. Vgl. Launhardt, a. a. O., S. 16—19, oder auch Julius Lehr, Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft, Leipzig 1893, S. 214—215. Hingegen ist die Behandlung, die dem Problem des „isolierten Tausches" seitens der österreichischen Schule zuteil wird, höchst unzulänglich: Carl Menger (Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Allgemeiner Teil, Wien 1871, S. 162—168) läßt seine beiden Blockhausbesitzer Pferde gegen Kühe unter der Voraussetzung austauschen, daß ein Pferd jeweils so viel gilt wie eine Kuh; allgemein gesprochen betrachtet er das Austauschverhältnis als gegeben. v. Böhm-Bawerk (a. a. O., S. 360—361) beschränkt wiederum die Betrachtung auf den Fall, wo, mathematisch gesprochen, die zum Austausch gelangende Menge des einen der beiden Güter entweder 0 oder 1 ist. — An der „klassischen" Lösung des Problems, die ich den Erörterungen im Text zugrunde lege, ist wiederholt Kritik geübt worden. Siehe zum Beispiel K. Wicksell, Über Wert, Kapital und Rente, Jena 1893, S. 25—26, 36—43, und Vorlesungen, S. 99—102. Es wird nämlich geltend gemacht, daß die Aufgabe jeweils verschiedene Lösungen zuläßt. Dies trifft aber nur dann zu, wenn die Bedingungen, unter denen der Tausch stattfindet, nicht genau formuliert sind (in dieser Beziehung liegt die Sache bei einer größeren Zahl von Tauschenden grundsätzlich nicht anders). Zu einer eindeutigen Lösung (unter der selbstverständlichen Voraussetzung der beliebigen Teilbarkeit der auszutauschenden Güter) gelangt man auf Grund der Vorstellung, daß nach Art einer Versteigerung das Austauschverhältnis von einem Dritten, einem „Unparteiischen", ausgerufen wird, und daß sich jeder der Tauschlustigen mit dem entsprechenden Angebot bzw. der entsprechenden Nachfrage meldet (und zwar sozusagen „ohne Hintergedanken", d. h. ohne jede Rücksicht auf das wirkliche oder mutmaßliche Verhalten der Gegenpartei), wobei dies so lange fortgesetzt wird, bis sich für irgendeines der beiden Güter (daher auch für das andere) das Angebot des einen Kontrahenten mit der Nachfrage des anderen deckt. Vgl. Alfred Marshall, Principles of Economics, Vol. 1, London 1898, S. 414—416, und Marcel Lenoir, Études sur la formation et le mouvement des prix, Paris 1913, S. 21—24.

für Ziegen (wie früher) 96, 92, 88 usw., die des B für Schafe nunmehr 182, 175, 168 usw., für Ziegen 300, 288, 276 usw. sind, so findet man, daß sich 12 Schafe gegen 7 Ziegen austauschen müssen (wie bei Herzfelder im Nachzustande). Jetzt befinden sich nach dem Tausch im Besitz des A 8 Schafe, von denen das letzte mit 42 eingeschätzt wird, und 7 Ziegen, von denen die letzte mit 72 eingeschätzt wird, so daß die Proportion 42 : 72 = 7 : 12 erfüllt ist. Was aber B betrifft, so besitzt er jetzt nach dem Tausch 12 Schafe, von denen er das letzte mit 105, und 11 Ziegen, von denen er die letzte mit 180 einschätzt; man hat demnach 105 : 180 = 7 : 12.

Hier ist die Veränderung in den Mengen der sich gegeneinander austauschenden Güter durch eine Veränderung in der subjektiven Bewertung der betreffenden Güter herbeigeführt worden, und zwar schätzt A die Schafe um 50 % höher als früher, die Ziegen ebenso hoch wie früher, B die Schafe um 16,7 % höher, die Ziegen um 100 % höher als zuvor. Der Grenznutzen der Schafe hat sich aber für A von 40 auf 42, somit um 5 %, für B von 72 auf 105, somit um 45,8 %, und der Grenznutzen der Ziegen für A von 60 auf 72, somit um 20 %, für B von 108 auf 180, somit um 66,7 %, gehoben. Diese Prozentsätze fallen ganz anders aus als die analogen Herzfelderschen.

Man kann auch ein Beispiel dafür konstruieren, daß bei gleichbleibenden Schätzungsziffern die gegeneinander sich austauschenden Gütermengen eine Veränderung erfahren infolge einer Verschiebung in den Besitzverhältnissen der Kontrahenten. Im Unterschied vom Vorzustande soll im Nachzustande vor dem Tausch A 20 Schafe und 6 Ziegen, B 1 Schaf und 9 Ziegen besitzen. Sind die Schätzungsziffern dieselben wie im Vorzustande, d. h. für A: Schafe 56, 52, 48 usw., Ziegen 96, 92, 88 usw., für B: Schafe 156, 150, 144 usw., Ziegen 150, 144, 138 usw., so werden 12 Schafe des A gegen 7 Ziegen des B ausgetauscht (wie bei Herzfelder im Nachzustande). Nach dem Tausch befinden sich demnach im Besitz von A 8 Schafe mit dem Grenznutzen 28 und 13 Ziegen mit dem Grenznutzen 48, im Besitz von B 13 Schafe mit dem Grenznutzen 84 und 2 Ziegen mit dem Grenznutzen 144. In diesem Fall ist (gegenüber dem Fall, wo sich 15 Schafe gegen 10 Ziegen austauschten) für A der Grenznutzen der Schafe von 40 auf 28, somit um 30 %, der Grenznutzen der Ziegen von 60 auf 48, somit um 20 % gesunken, während er sich für B von 72 auf 84, somit um 16,7 %, bzw. von 108 auf 144, somit um 33,3 % erhöht hat.

Es gibt demnach beim Tausch, sofern die Bewertungs- und Besitzverhältnisse der Kontrahenten in Frage kommen, jeweils ungezählte Kombinationen, die sich mit ein und derselben Kombination in bezug auf die Mengen der sich gegeneinander austauschenden Güter vertragen; daher kann aus der bloßen Tatsache, daß sich gegebenenfalls diese Mengen von einem Zeitpunkt zum anderen in bestimmter Weise verschoben haben, unmöglich genau erschlossen werden, welche Veränderungen in jenen Bewertungs- (und Besitz-) Verhältnissen vor sich gegangen sind. Kritisch gewendet, bedeutet das eben eine grundsätzliche Ablehnung auch schon der Fragestellung, von der Herzfelder ausgegangen ist und die ihn auf seine „Tauschwertkomponenten" geführt hat. Unter diesen Umständen erübrigt es sich, auf die besondere Behandlung einzugehen, die er dem Fall zuteil werden läßt, wo sich nicht mehr Ware gegen Ware, sondern Ware gegen Geld austauscht. Dem Schein entgegen hat Herzfelder die Lehre von dem subjektiven Geldwert in keiner Weise gefördert.

Der Umstand, daß der subjektive Geldwert ein sozusagen „erborgter" ist, bedingt dessen grundsätzlich *passiven* Charakter. Damit ist gemeint, daß von ihm keine ökonomischen Wirkungen ausgehen. Während im Fall eines Kaufgutes eine veränderte subjektive Bewertung zur unmittelbaren Folge hat, daß sein objektiver Tauschwert bzw. Preis entsprechend steigt oder fällt und zur mittelbaren Folge, sofern es zu den reproduzierbaren Gütern gehört, daß dessen Produktion eine Ausdehnung bzw. Einschränkung erfährt, erscheint eine ähnliche kausale Verknüpfung beim Geld als ausgeschlossen. Der subjektive Geldwert wird vielmehr stets von außen her, sei es durch Faktoren. welche auf der Warenseite, sei es durch solche, welche auf der Geldseite wirksam werden, nach oben oder nach unten gerückt, und niemand kommt auf den Gedanken, gegebenenfalls die Ursache einer Vergrößerung oder Verringerung der umlaufenden Geldmenge in einer erhöhten bzw. verringerten subjektiven Bewertung des Geldes zu suchen[1].

---

[1] Ich sehe dabei von der Komplikation ab, die beim Metallgeld darin liegt, daß der Geldstoff einen subjektiven Eigenwert besitzt. Hier besteht eine Bindung zwischen dem subjektiven Geldwert und dem subjektiven Wert der aus dem Geldstoff herstellbaren Gebrauchsgegenstände bzw. Schmucksachen. Für eine rein theoretische Betrachtung über den subjektiven Geldwert hat diese Komplikation, entgegen der Meinung von L. v. *Mises* (Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, München und Leipzig 1912, S. 120—131), keine irgendwie ausschlaggebende Bedeutung. Durch Zurückverfolgung des Geldwertes bis auf „jenen

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Passivität des subjektiven Geldwertes gehört er doch in einem gewissen Sinne zu den Imponderabilien der Preisbildung. Der Einzelne ist sich nämlich der Abhängigkeit des subjektiven Geldwertes von Einkommenshöhe und Preisstand nicht immer voll bewußt; er neigt vielmehr oft dazu, den subjektiven Geldwert gewissermaßen zu verabsolutieren und nimmt demgemäß, wo er als Käufer auftritt, unter Umständen einen überkommenen subjektiven Geldwert zur Richtschnur, der seiner veränderten persönlichen oder auch der veränderten Marktlage nicht mehr entspricht. Von derartigen „Rechenfehlern" wäre man bewahrt, wenn jeweils zu Beginn einer neuen Wirtschaftsperiode ordnungsgemäß ein Ausgabebudget aufgestellt würde, an das man sich dann zu halten hätte. Denn es würde sich hierbei zeigen, daß etwaige eingetretene Einkommens- und Preisänderungen es nicht gestatten, die Konsumtion irgendeines Gutes ohne weiteres unter Zugrundelegung der alten Norm für die Preiswürdigkeit oder, was dasselbe ist, unter Anlegung des alten subjektiven Geldwertes als Maßstab festzusetzen, weil man auf diese Weise in Widerspruch zu dem Satz vom Gleichgewicht des Haushalts geraten könnte. Wie die Dinge aber wirklich liegen, findet eine derartige rationelle Neuverteilung des Einkommens auf die verschiedenen Ausgabezweige niemals in aller Strenge statt. Entscheidungen über vorzunehmende Ausgaben werden vielfach von Fall zu Fall getroffen, ohne daß den veränderten persönlichen und allgemeinen Verhältnissen voll Rechnung getragen wird, wobei man sich eben von Erwägungen darüber leiten läßt, ob

Punkt, wo er aufhört, Geldwert zu sein und nur mehr Warenwert ist", glaubt L. v. Mises, namentlich Helfferich (Das Geld, 2. Aufl., Leipzig 1910, S. 543—546) gegenüber, erweisen zu können, daß die Grenznutzenlehre auch auf das Geld anwendbar sei. Mit Prähistorie ist aber der Theorie wenig geholfen! Unanwendbar auf das Geld ist die Grenznutzenlehre freilich nur in dem Sinne — und das meint auch Helfferich in erster Linie —, daß der Grenznutzen der Geldeinheit, weil er ein abgeleiteter ist (was übrigens nicht erst durch Helfferich festgestellt zu werden brauchte), nicht zur Erklärung der Preise dienen könne (mit dem im Text ausgesprochenen Vorbehalt). Wohl aber treffen jene beiden für die Grenznutzentheorie grundlegenden Auffassungen von dem Sinken des Nutzens der Mengeneinheit eines Gutes mit zunehmendem Vorrat und von der Bewertung einer Mengeneinheit aus einem gegebenen Vorrat nach dem Nutzen der letzten zum Verbrauch gelangenden Mengeneinheit auch beim Gelde zu. Selbstverständlich setzen alle Aussagen über den Grenznutzen des Geldes (wie eines beliebigen Kaufgutes) voraus, daß man sich auf den Standpunkt eines einzelnen Wirtschaftssubjekts, nicht der Volkswirtschaft, stellt, und sofern v. Mises dies gegen Helfferich geltend macht, ist er durchaus im Recht.

12*

irgendein Kaufgut „den Geldbetrag wert sei", um welchen es zu haben ist. Man unterliegt der Illusion, daß es auf einen Vergleich des subjektiven Wertes eines Kaufgutes mit demjenigen des Geldes ankomme, und man übernimmt diesen subjektiven Geldwert aus der Vergangenheit, bis man durch die Erfahrung eines Besseren belehrt wird. Sofern solch eine unwirtschaftliche Handlungsweise nicht bloß vereinzelt vorkommt, gewinnt sie eine Bedeutung auch für die Preisbildung. Denkt man sich die Preise als hervorgehend aus den „Nachfragelisten" („demand schedules" nach Alfred Marshall), die für jeden Einzelnen, der auf dem Markt als Kauflustiger auftritt, angeben, welche Mengen dieses oder jenen Gutes er bei verschiedener Preislage zu erwerben bereit ist, so ersieht man leicht, daß die Illusion eines konstanten subjektiven Geldwertes dazu angetan ist, die Nachfragelisten zu „fälschen" und daher indirekt auf die resultierenden Preise Einfluß zu gewinnen. Indessen kann dieser Einfluß niemals ein nachhaltiger sein: allmählich lernt der Konsument sein Verhalten den veränderten Verhältnissen anpassen und im Zusammenhang damit den subjektiven Geldwert neu einstellen. Letzterer kommt also für die Preisbildung höchstens als retardierender Faktor in Betracht, und man begeht in der Theorie keine erhebliche Ungenauigkeit, wenn man von ihm als preisbestimmendem Moment überhaupt absieht[1].

---

[1] Auf die Frage, ob nicht die Beharrlichkeit des subjektiven Geldwertes bestimmte Wirkungen auf die Kapitalbildung ausübt, gehe ich im Text schon deshalb nicht ein, weil ich auch sonst in diesem Aufsatz mit dem Sparen nicht rechne, sondern annehme, daß das Einkommen in seinem ganzen Umfang zu Konsumtionszwecken verwendet wird. Im übrigen scheint mir die Hinaustragung des Begriffs des subjektiven Geldwertes aus der Sphäre der Konsumtion nicht viel zu versprechen. Jedenfalls wäre es unstatthaft, auf dem Gebiet der Produktion zur Erklärung der Handlungsweise der Unternehmer den subjektiven Geldwert heranzuziehen. Hier versagt die Grenznutzentheorie überhaupt, worauf auch O. Engländer (a. a. O., S. 1424—1427) mit Recht hinweist. Der bekannte Ausspruch v. Böhm-Bawerks (Positive Theorie des Kapitals, 3. Aufl., S. 422), daß „das Kostengesetz, richtig verstanden, nur eine auf eine spezielle Erscheinungsgruppe angepaßte spezielle Aussageform" des Gesetzes vom Grenznutzen sei, trifft völlig daneben, wenn auch gegen die diesem Ausspruch vorausgehenden Ausführungen, die ihn im Sinne Böhm-Bawerks begründen, nichts Wesentliches einzuwenden ist. In welcher Beziehung das Gesetz der Produktionskosten zum Gesetz des Grenznutzens in Wirklichkeit steht, das hat Walras meines Erachtens so klar und zutreffend dargetan, daß darüber nicht mehr viel Neues zu sagen ist. Vgl. meine Besprechung seines Hauptwerkes in „Revue d'économie politique", 1890, Nr. 1. Diese von Walras vollzogene

Die Passivität des subjektiven Geldwertes bildet ein schwerwiegendes Bedenken gegen die Verwendung der Geldeinheit als Maßstab des (subjektiv verstandenen) Nutzens. Trotzdem ist dieses Verfahren vielfach angewendet worden. Es findet sich bereits in zwei Abhandlungen von Dupuit aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts[1]. Ihm zufolge bemißt sich die Nützlichkeit, welche die Mengeneinheit eines Produktes für einen bestimmten Konsumenten hat, nach dem höchsten Geldopfer, das dieser bringen würde, um in deren Besitz zu gelangen. Walras weist auf die Ähnlichkeit dieser Auffassung mit dem Standpunkt J. B. Says hin, welcher ein Maß der Nützlichkeit in dem tatsächlichen Geldopfer des Konsumenten, d. h. in dem wirklichen Preise des Produktes erblickte, und lehnt sie mit folgender Begründung ab: „Gewiß", sagt er, „hängt das höchste Geldopfer, zu dem sich ein Konsument bereit findet, um sich zum Beispiel eine Flasche Wein zu verschaffen, zum Teil von der Nützlichkeit dieser Flasche für diesen Konsumenten ab; denn je nachdem diese Nützlichkeit zu- oder abnehmen wird, wird auch das

Aussöhnung der Grenznutzentheorie mit der Produktionskostentheorie findet bislang so wenig Verständnis, daß es noch immer als eine Art Halbheit gilt, wenn man die beiden Prinzipien Nutzen und Kosten in der Preislehre gleichzeitig zur Geltung kommen läßt. Aus dem Grunde, weil ich es tue (jedoch eben prinzipiell in demselben Sinne wie Walras und nicht etwa wie Schaeffle oder Adolph Wagner!), verweist mich J. Schumpeter (Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte, im Grundriß der Sozialökonomik, I, S. 117) in die etwas bunt zusammengesetzte Gruppe der Vertreter des „eklektischen Standpunkts". Wenn er aber in diesem Zusammenhang von Lexis behauptet: „In seiner Volkswirtschaftslehre finden wir die Grenznutzlehre einem wesentlich auf klassischem Material beruhenden Gebäude oder doch einem Gebäude angefügt, das aus einem durch Kritik der Klassiker gewonnenen Material besteht", so ist das direkt unrichtig. Lexis ist vielmehr stets ein entschiedener Gegner der Grenznutzentheorie gewesen — vor allem (aber nicht nur) in dem Sinne, daß er sie für ungeeignet hielt, zur Erklärung des volkswirtschaftlichen Prozesses der Preisbildung irgend etwas beizutragen. Diesen Standpunkt vertritt Lexis, von gelegentlichen Äußerungen in Besprechungen theoretischer Schriften abgesehen, im 1. Suppl.-Bd. des Handwörterbuchs d. Staatsw., S. 422—432, im Wörterbuch der Volkswirtschaft, II, S. 881—888, in der Schmoller-Festschrift, I, S. 42—43 und auch in der von Schumpeter genannten „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre", S. 29—32, 41. Vgl. meine Besprechung des letzteren Werkes in diesem Jahrbuch XXXV, S. 2045—46.

[1] E. J. Dupuit, De la mesure de l'utilité des traveaux publics, Annales des ponts et chaussées, 2ième série, Jahrgang 1844, S. 332—375, und De l'influence des péages sur l'utilité des voies de communication, ebendaselbst, Jahrg. 1849, S. 170—248.

in Frage stehende größte Opfer zu- oder abnehmen. Aber Dupuit hat übersehen, daß das betreffende größte Opfer zum Teil auch von der Nützlichkeit abhängt, die Brot, Fleisch, Kleider, Möbel für den Konsumenten haben; denn je nachdem letztere zu- oder abnehmen wird, wird das höchste im Austausch für den Wein zu bringende Opfer ab- oder zunehmen. Ebensowenig hat Dupuit den Umstand berücksichtigt, daß das höchste Geldopfer, um das es sich handelt, zum Teil auch von der Größe des in Geld ausgedrückten Vermögens des Konsumenten abhängt; denn je nachdem diese Größe mehr oder weniger beträchtlich sein wird, wird auch das Opfer, das er um des Weines willen zu bringen bereit sein wird, mehr oder weniger beträchtlich sein. Allgemein gesprochen, hängt das höchste Geldopfer, zu dem sich ein Konsument bereit findet, um sich eine Mengeneinheit irgendeines Produktes zu verschaffen, nicht nur von der Nützlichkeit dieses Produktes, sondern auch von der Nützlichkeit aller anderen auf dem Markt vorhandenen Produkte, sowie von den Mitteln des Konsumenten, ab." Dupuit hätte, schließt Walras, die „Nützlichkeitskurve" vollständig mit der „Nachfragekurve" verwechselt[1].

Viel später haben sich Auspitz und Lieben in Übereinstimmung mit Dupuit, aber wohl unbeeinflußt von ihm, auf den Boden der Auffassung gestellt, daß die Nützlichkeit eines Gutes an der „größten Geldsumme", welche der Konsument für dasselbe „ohne Nachteil" aufwenden könnte, zu „bemessen" sei[2], und abermals trat Walras dem darin liegenden Mißgriff mit Entschiedenheit[3] ent-

[1] L. Walras, Éléments d'économie politique pure, 4ième édition, Lausanne-Paris 1900, S. 446—447. Über Dupuit vgl. Wl. Zawadzki, Les mathématiques appliquées à l'économie politique, Paris 1914, S. 81—85.

[2] Rudolf Auspitz und Richard Lieben, Untersuchungen über die Theorie des Preises, Leipzig 1889, S. 8.

[3] In Revue d'économie politique, 1890, Mai—Juni, abgedruckt in Éléments S. 483—487. Vgl. Zawadzki, a. a. O., S. 307—315. Die von Auspitz und Lieben eingenommene Position wird dadurch nicht gerettet, daß sie nachträglich etwaige Änderungen in der „individuellen Wertschätzung des Geldes" in den Kreis ihrer Betrachtungen einbeziehen. Siehe Untersuchungen, S. 180 bis 183, 473. Vgl. Lieben in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, XVII (1908), S. 608. Den Standpunkt Dupuits und Auspitz' und Liebens scheint u. a. auch J. Schumpeter (Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, Leipzig 1908) zu teilen. Er sträubt sich allerdings an der entscheidenden Stelle (S. 130) dagegen, von einem Messen des Nutzens bzw. des subjektiven Wertes in Geld zu sprechen; er trifft vielmehr mit dem Leser die Vereinbarung, „alle Güter mit ein und derselben Maßeinheit, zum Beispiel in Geld, zu messen". Nähme man ihn beim Wort,

gegen. Wir begegnen sodann ein Jahrzehnt darauf demselben Miß-

---

so würde es sich hierbei darum handeln, die Mengen der Güter durch Geldbeträge, für welche sie erhältlich sind, auszudrücken. Aber dieser Deutung steht entgegen, daß Schumpeter durch Multiplikation der Gütermengen mit dem Preis der Mengeneinheit „Preissummen" bildet; denn letztere würden ja, wenn zum Beispiel als Geldeinheit die Mark dienen würde, in „Quadrat-Mark" ausgedrückt sein! Schumpeter will auch nicht vorbehaltlos zugeben, daß die mathematische Funktion, die sonst als Ausdruck des Gesamtnutzens eines Gütervorrats definiert wird, tatsächlich diesen Sinn habe. Er sagt, es sei „unwesentlich", ob sie etwas wirklich existierendes versinnliche oder nicht und ob man sie so oder anders benenne. Das hindert ihn aber nicht daran, in der auch bei ihm sich findenden bekannten Formel, derzufolge die partiellen Differentialquotienten der in Frage stehenden Funktion, dividiert durch die zugehörigen Preise, einander gleich sind, im Einklang mit seinen Vorgängern, einen „Ausdruck des fundamentalen Gesetzes des Grenznutzenniveaus" zu sehen. Wieso man zu dem Grenznutzen gelangen kann, ohne von dem Nutzen auszugehen, ist schlechterdings unfaßbar. In bezug auf jenes „fundamentale Gesetz" bemerkt Schumpeter: „In der Ausdrucksweise der ‚psychologischen' Theorie heißt das, daß jedes Gut in solcher Menge erworben wird, daß die letzterworbenen Teilmengen aller gleich intensive Bedürfnisregungen befriedigen." Auch diese Formulierung ist höchst ungenau, da sie den Hinweis auf etwas sehr Wesentliches, nämlich darauf, daß die betreffenden Teilmengen um gleiche Geldbeträge erworben werden, nicht enthält. Und doch vindiziert Schumpeter gerade im Zusammenhang mit diesen Erörterungen für seine Darstellung eine „wissenschaftliche Korrektheit im Sinne der Physik". An einer anderen Stelle desselben Werkes (S. 288—290) kommt Schumpeter auf die Frage der subjektiven Bewertung der Güter zurück und setzt auseinander, daß als Wertmaß sowohl das Geld wie jedes beliebige Gut dienen könne, zum Beispiel Äpfel, wobei auch für ihn der Betrag entscheidend ist, den der Konsument „äußersten Falles" für das zu bewertende Gut herzugeben bereit ist. Die Einwände, die Walras gegen Dupuit oder Auspitz und Lieben erhebt, werden natürlich davon nicht berührt, ob man den subjektiven Wert in Mark oder in Äpfeln ausdrückt. Nachträglich präzisiert aber Schumpeter den Sinn der Wertung eines Gutes in Äpfeln dahin, daß derjenige, der irgendein Gut A zum Beispiel tausend „Apfelwerten" gleichsetzt, weder 1000 Äpfel zu besitzen brauche, um sie in Austausch für A geben zu können, noch damit aussagen wolle, daß der Genuß, den ihm die Konsumtion von A verursacht, dem Genuß, den ihm die Konsumtion von 1000 Äpfeln verursacht, gleichkomme. Es solle vielmehr mit jener Gleichsetzung nur zum Ausdruck gebracht werden, daß der erste der beiden Genüsse tausendmal so groß ist als der Genuß, den die Verzehrung eines Apfels pro Tag dem Konsumenten bereitet. Durch diese Auslegung seiner „Apfelrechnung" rückt Schumpeter von dem für Dupuit sowie Auspitz und Lieben charakteristischen Standpunkt ab. Dann müßte aber auch die „Geldrechnung" in ihrer Anwendung auf den Nutzen bzw. den subjektiven Wert eine analoge Umdeutung erfahren: Die Aussage: „Ich schätze das Gut A mit 1000 Mk. ein" würde nicht mehr soviel heißen wie: „Ich bin bereit, höchstens 1000 Mk. für A zu geben", sondern: „Die Bedürfnis-

griff bei Cassel[1], welcher erklärt, „daß wir eigentlich das Geld als Wertmaßstab benutzen müssen, wenn wir uns überhaupt ein wahres Bild von unserem heutigen Wirtschaftsleben machen wollen", und der Theorie vorwirft, es nicht von Anfang an getan zu haben, was, nebenbei bemerkt, auf Dupuit, der doch eben am Anfang der Entwicklung steht, und über den sich Cassel aus dem ihm wohlbekannten Walras hätte unterrichten können, nicht zutrifft[2]. Dabei

befriedigung, die mir der Besitz von A gewährt, schätze ich tausendmal so hoch ein wie die Bedürfnisbefriedigung, die mir die Mengeneinheit irgendeines Gutes B verschafft, die ich als letzte oder einzige konsumiere und die 1 Mk. kostet." Auch die so verstandene Anwendung der Geldrechnung auf die subjektive Güterbewertung ist abzulehnen. Denn entweder setzt sie das Ausgabebudget des Wirtschaftssubjekts als gegeben voraus (weil es sonst nicht feststände, das wievielte für 1 Mk. erhältliche Quantum des betreffenden Gutes als letztes zu betrachten ist, bzw. ob von dem betreffenden Gut gerade nur ein einziges solches Quantum konsumiert werden soll), während doch, auch von Schumpeter, die subjektive Güterbewertung als **Grundlage**, auf der sich das Ausgabebudget erst aufbaut, betrachtet wird; oder aber bietet die Geldrechnung, wenn man von ihr ohne Rücksicht auf das Ausgabebudget, d. h. in Unwissenheit über die zu konsumierenden Mengen verschiedener Güter Gebrauch macht, absolut keine Gewähr dafür, daß bei den letzten zum Verbrauch gelangenden Güterquanten die subjektive Schätzung in Geld mit dem Preis übereinstimme; es könnte sich zum Beispiel ereignen, daß die für je 1 Mk. erhältlichen Güterquanten verschiedener Güter, die das Wirtschaftssubjekt als letzte konsumiert, von ihm nach Maßgabe seiner Schätzungsskala mit 2 Mk. oder mit bloß 50 Pf. eingeschätzt werden. (Mathematisch ausgedrückt, braucht die Division der Differentialquotienten der „Gesamtwertfunktion" durch die zugehörigen Preise nicht 1 zu ergeben, was ja auch die von Schumpeter auf S. 131 wiedergegebene Formel gar nicht besagt.) Mit anderen Worten, fallen hier die Mark als Maß des subjektiven Wertes und die Mark als Preismaß grundsätzlich auseinander, und man möchte sich fragen, was durch diese Namensvetterschaft gewonnen wird. Es ist also Schumpeter nicht gelungen, dem Prinzip der subjektiven Schätzung der Güter in Geld einen größeren Halt zu geben, als es seine Vorgänger vermocht hatten; dabei ist der von ihm eingenommene Standpunkt so wenig widerspruchsfrei, daß man geneigt ist, zu sagen, äußerlich stehe er Auspitz und Lieben, innerlich aber Walras näher. Es ist zu bedauern, daß Schumpeter zu dieser Kontroverse nicht ausdrücklich Stellung nimmt. Das allzu spärliche Zitieren — eine Eigentümlichkeit Schumpeters — ist, nebenbei bemerkt, schuld daran, daß L. v. **Mises** (a. a. O. S. 24 fg.) bei der etwas einseitigen österreichischen Orientierung, die ihn auszeichnet, glauben konnte, eine uralte grundlegende Formel der mathematischen Nationalökonomie, die Schumpeter anführt und verteidigt, sei erst von diesem aufgestellt worden.

[1] G. **Cassel**, Grundriß einer elementaren Preislehre, Tübinger Zeitschrift, 55. Jahrgang (1899), S. 395—458.

[2] Noch auffallender ist es, daß Cassel in dem zitierten Artikel davon Abstand nimmt, auf seine Solidarität mit Auspitz und Lieben hinzuweisen. Auch

sieht Cassel, genau wie seine Vorgänger, einen numerischen Ausdruck des Wertes, den jemand einem bestimmten Gut beilegt, in dem höchsten Geldbetrag, den er für dasselbe herzugeben bereit ist. In seiner kürzlich erschienenen „Theoretischen Sozialökonomie" vertritt Cassel in bezug auf den Maßstab des subjektiven Wertes denselben Standpunkt wie vor zwanzig Jahren[1]. „Für das praktische wirtschaftliche Handeln", meint er, „kommt die Intensität der Bedürfnisgefühle ... nur soweit in Betracht, als sie in Schätzungen in Geld hervortritt. Dieses Verhältnis sollte die Grenzen für die Wirtschaftswissenschaft ziehen: auch sie kann die subjektiven wirtschaftlichen Momente nur so, wie sie in den Geldschätzungen hervortreten, erfassen." Wie wenig Cassel dem passiven Charakter des Geldwertes Rechnung trägt, das geht unter anderem aus dem Satz hervor, den er dem Satz vom Gleichgewicht des Haushaltes, wie dieser von der mathematischen Schule formuliert worden ist, entgegenstellt: „Bei der gegebenen Preislage wird jedes Bedürfnis, das niedriger geschätzt wird als der Preis der Bedürfnisbefriedigung, von der Bedürfnisbefriedigung ausgeschlossen, während die übrigen Bedürfnisse, die wenigstens gleich dem Preis geschätzt werden, befriedigt werden[2]."

---

in einem späteren Aufsatz (Die Produktionskostentheorie Ricardos und die ersten Aufgaben der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Tübinger Zeitschrift, 57. Jahrgang, 1901, S. 68—100) finden sich Wendungen wie „der von mir eingeführte Wertbegriff" (S. 95) oder „mein Wertbegriff" (S. 99), worunter nichts anderes verstanden wird, als der an dem höchsten Geldopfer, das der Konsument zu bringen bereit ist, gemessene subjektive Wert. Was die nicht-mathematischen Theoretiker anlangt, so erscheint unter ihnen R. Zuckerkandl (Zur Theorie des Preises, Leipzig 1889, S. 355 fg.) als Anhänger dieser Wertschätzungsmethode, die Cassel eingeführt haben will.

[1] L. Pohle und G. Cassel, Lehrbuch der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Zweite Abteilung: Theoretische Sozialökonomie von Gustav Cassel, Leipzig 1919, S. 40 fg.

[2] A. a. O., S. 69. Dieser Casselsche Satz bietet nicht nur von dem ihm gegenüber im Text eingenommenen Standpunkte aus Anlaß zur Kritik, sondern auch noch insofern, als er in bewußtem Widerspruch zu der Auffassung steht, daß sich der abgewogene Grenznutzen (die Preiswürdigkeit) in allen Konsumtionszweigen auf das gleiche Niveau stellt. Es handelt sich hierbei nicht mehr um die Frage von dem Maßstab des subjektiven Wertes, sondern darum, ob der Satz vom Gleichgewicht des Haushalts nicht auch dann zu verwerfen sei, wenn man zugibt, daß die Nützlichkeit der Güter, einerlei wie, meßbar ist. Eine genauere Erörterung der so formulierten Frage würde aus dem Rahmen dieses Artikels herausfallen. Es sei hierzu nur bemerkt, daß Cassel gegen das (für sich betrachtete) Gesetz vom Gleichgewicht des Haushalts keine anderen Einwände vorbringt, als die alten Lexisschen und daß diese Einwände erheblich an Be-

Das läuft im Grunde genommen darauf hinaus, daß eine populäre Auffassung, die, wie oben zu zeigen versucht worden ist, im wesentlichen auf einer Illusion beruht, von der Theorie sanktioniert wird.

---

deutung einbüßen, wenn man in der Theorie auf den Umstand Bedacht nimmt, daß der Konsument, statt den Verbrauch eines Gutes auszudehnen oder einzuschränken, die Möglichkeit hat, zu höheren oder geringeren Qualitäten des betreffenden Gutes überzugehen, worauf seinerzeit K. Wicksell Cassel gegenüber hingewiesen hat (Zur Verteidigung der Grenznutzentheorie, Tübinger Zeitschrift, 56. Jahrgang, 1900, S. 583—584) und worauf J. B. Clark seine „Bündeltheorie" gründet (The distribution of wealth, New York 1902, S. 228). Auch v. Wieser scheint insofern gegen den Satz vom Gleichgewicht des Haushalts Stellung zu nehmen, als er zwischen einer „allgemeinen", einer „engeren" und einer „weiteren Nutzungsgrenze" unterscheidet, von denen die erste für die „Masse der Güter", die zweite für „Seltenheitsgüter" und die dritte für „Häufigkeitsgüter" gelten soll (Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, S. 164—165, 260 bis 261). Sieht man aber genauer zu, wie er diese Unterscheidung begründet, so findet man, daß mit ihr nicht der Satz vom Gleichgewicht des Haushalts in der Fassung, die ihm, sei es Gossen, sei es Walras, sei es Launhardt, gegeben haben, getroffen werden kann, sondern ein anderer Satz, der dahin lauten würde, daß der unbedingte, d. h. auf die Mengeneinheit eines Gutes bezogene Grenznutzen für alle Güter der gleiche sein müsse. „Die eine Tatsache," führt v. Wieser aus, „die sich auf seiten der Güter findet, ist die Verschiedenheit in der natürlichen Reichhaltigkeit des Gütervorkommens. In südlichen Ländern gedeiht die Rebe, während Holz und Kohle sich vielleicht seltener finden, und wenn die Bevölkerung den Wein reichlicher baut und genießt als irgendwo im Norden, während sie sich in ihren Wohnungen weniger gegen die Winterkälte zu schützen weiß, so dürfte ihr nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie es versäumt, ihre Bedürfnisbefriedigung wirtschaftlich auszugleichen. Ihr Verhalten ist durch die Umstände begründet, sie paßt sich den Verhältnissen an und genießt reichlich, wo sie die Mittel reichlich findet, während sie sich dort Entbehrungen auferlegt, wo ihr die Mittel von der Natur karger geboten werden. Solchen Verschiedenheiten des Gütervorkommens gegenüber würde eine streng durchgeführte Ausgleichung eine recht unwirtschaftliche Güternutzung zur Folge haben. Einem Gütervorkommen ausgesprochener Seltenheit gegenüber muß man die Grenze der Befriedigung enger ziehen, indem man bei einem höheren Punkt der allgemeinen Begehrensskala abbricht; einem Gütervorkommen ausgesprochener Häufigkeit gegenüber wird man sie weiter ziehen, als für die Masse der Güter, für die man zufolge ihrer näheren Produktionsverwandtschaft die Grenze der Nutzung gleichmäßiger abstecken kann." Diese Erwägungen überträgt dann Wieser „sinngemäß" „auf die Einzelwirtschaften, die sich im Tauschverkehr nicht mehr durch Eigenproduktion, sondern durch Einkauf auf dem Markt versorgen". Bei einer gewissen Höhe des Einkommens würden in seinem Sinne zum Beispiel die Kartoffeln zu den „Häufigkeitsgütern", das Fleisch zu der „Masse der Güter", die Schokolade zu den „Seltenheitsgütern" gehören. Gesetzt, die Preise dieser drei Artikel für das Pfund sind 0,1 Mk., 3 Mk. und 8 Mk., so würde sich nach dem Satz vom Gleichgewicht des Haushaltes bei einer Preiswürdigkeit von 40 der

Wie wohl es sich nach dem Vorstehenden verbietet, die Einschätzung der Güter nach dem Vorgang der genannten Autoren **von Haus aus** in Geld vorzunehmen, so könnte vielleicht doch eine

---

Grenznutzen der Kartoffeln auf 4, des Fleisches auf 120, der Schokolade auf 320 stellen. Aber berechtigen diese Unterschiede zu der Aussage, daß die „Nutzungsgrenze“ bei den Kartoffeln eine „weitere“, beim Fleisch die „allgemeine“, bei der Schokolade eine „engere“ ist? Von diesem Standpunkte aus gäbe es nicht drei, sondern unzählige verschiedene Nutzungsgrenzen. Es ist doch keinem Theoretiker jemals eingefallen, von einer „Ausgleichung der Bedürfnisbefriedigung“ in dem Sinne zu sprechen, daß der auf die Mengeneinheit jedes Gutes bezogene Grenznutzen überall der gleiche sein müßte (ganz davon zu schweigen, daß solch eine Behauptung nichtssagend wäre in Anwendung auf Güter, die nicht nach gleichen Maßeinheiten gehandelt werden). Man hat vielmehr stets den Grenznutzen zum Preise (im Zustande der Eigenproduktion zu dem Arbeitsaufwand) in Beziehung gesetzt und eine Übereinstimmung des erst auf diese Weise abgewogenen Grenznutzens bei den verschiedenen Gütern angenommen. Anders läge der Fall, wenn Wieser etwa behaupten wollte, daß man in unserem Beispiel bei den Kartoffeln bis auf den Grenznutzen 2, bei der Schokolade hingegen nicht unter den Grenznutzen 640 herabzugehen hätte. Aber dafür bieten die von ihm geltend gemachten Erwägungen keinerlei Anhaltspunkte. Gewiß setzt die Gleichheit aller Preiswürdigkeiten eine beliebige Teilbarkeit der Güter und einen stetigen Verlauf der Schätzungsziffern voraus. Jedoch haben die zwischen den Preiswürdigkeiten bestehenden Spannungen, welche durch Unteilbarkeit der Güter und Diskontinuität der Schätzungsziffern verursacht werden, mit den von Wieser behaupteten Niveauunterschieden rein gar nichts zu tun. Sein mißglückter Versuch, die Theorie zu verfeinern, beruht demnach, wie es scheint, einfach auf einer Verwechslung zwischen „unbedingten“ und „abgewogenen“ Schätzungsziffern, was übrigens bei einem Theoretiker, der auch sonst für einigermaßen verwickeltere Größenbeziehungen so wenig Verständnis zeigt, wie Wieser, nicht weiter überraschen kann und, nebenbei bemerkt, auch mit seiner gänzlichen Verkennung der Absichten der mathematischen Schule durchaus im Einklang steht. Behauptet er doch dieser gegenüber, daß selbst in der „höchst idealisierten Wert- und Preislehre“ das „eigentliche Problem“ gar nicht darin bestehe, „den Größenverhältnissen, die man vorfindet, den genauesten Ziffernausdruck zu geben“ (a. a. O. S. 140). Als ob ein Jevons oder Walras sich derartiges jemals zur Aufgabe gestellt hätte! Seine „Theorie der dreifachen Nutzungsgrenze“ bringt v. **Wieser** in Verbindung mit der „bekannten Erfahrung, daß die Ausgaben für Nahrung und Wohnung bei kleinerem Einkommen eine geringere Quote ausmachen, als bei mittlerem und höherem Einkommen“ (S. 261). Es soll wohl heißen: „größere“ statt „geringere“. Aber auch das stimmt doch nur bei der Nahrung, nicht bei der Wohnung. Das Schwabesche Gesetz bestätigt sich bekanntlich nicht. Siehe J. **Feig** in „Statistik in Deutschland“, herausgegeben von F. Zahn, München-Berlin 1911, II. Band, S. 822; auch die von **Walter Schiff** in der amtlichen Publikation des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium über „Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912 bis 1914“, Wien 1916, S. 59

nachträgliche Umrechnung der Schätzungsziffern in Geld der theoretischen Erkenntnis irgendwie förderlich sein. Es ist eingangs darauf hingewiesen worden, daß sämtliche Schätzungsziffern mit demselben willkürlichen Faktor multipliziert werden können. Man brauchte also nur als derartigen Faktor den reziproken Wert des subjektiven Geldwertes, somit in unserem Beispiel $\frac{1}{40}$, zu nehmen, um durch die angegebene Multiplikation bei allen Gütern eine numerische Übereinstimmung des Grenznutzens mit dem Preis zu erzielen. Beim Fleisch, dessen Preis mit 3 Mk. für das Pfund angesetzt worden ist, würde man dementsprechend in unserem Beispiel als Grenznutzen an Stelle der Zahl 120 die Zahl 3 erhalten. Nimmt man ferner an, daß im ganzen 5 Pfund Fleisch zur Konsumtion gelangen und daß sich die Schätzungsziffern für die ersten vier Pfund auf 280, 240, 200, 160 stellen, so erhält man, indem man sie durch 40 dividiert, 7, 6, 5, 4. Ist aber damit gesagt, daß bei einem Preis von 7 Mk. für das Pfund der Konsument sich mit einem Pfund begnügen würde? Täte er das, so würden doch 8 Mk. aus 200 unverteilt bleiben, da er bei einem Preis von 3 Mk. voraussetzungsgemäß 5 Pfund erwirbt, somit im ganzen 15 Mk. für das Fleisch ausgibt. Der Satz vom Gleichgewicht des Haushalts ginge also in die Brüche. Wenn sich aber die betreffenden Schätzungsziffern auf 800, 600, 400, 200 stellten (die fünfte Ziffer ist immer 120), so ergäbe die Division durch 40 die Ziffern 20, 15, 10, 5; das würde indessen nicht bedeuten, daß bei einem Preis von 20 Mk. für das Pfund der Konsument 1 Pfund und bei 15 Mk. 2 Pfund Fleisch kauft, denn hieraus entstände in seinem Haushaltungsbudget ein Fehlbetrag von 5 bzw. 15 Mk. Nur wenn die in Frage stehenden Schätzungsziffern 600, 300, 200, 150, 120 wären, somit der Formel $\frac{c}{n}$ folgen würden, wo c eine entsprechend gewählte Konstante und n die Ordnungsnummer der zur Konsumtion gelangenden Mengeneinheit darstellt, erhielte man, indem man diese Ziffern durch 40 dividierte, eine Zahlenreihe (nämlich 15, $7\frac{1}{2}$, 5, $3\frac{3}{4}$, 3), die unmittelbar über die bei verschiedener Preis-

---

festgestellten Ergebnisse lassen eine Deutung im Sinne des Schwabeschen Gesetzes nicht ohne weiteres zu. Worauf es hierbei ankommt, ist jedoch nicht sowohl die größere oder geringere Vertrautheit Wiesers mit den Lehren der Haushaltungsstatistik als vielmehr der verkehrte Gebrauch, den er von seiner an sich unhaltbaren Theorie der dreifachen Nutzungsgrenze macht.

lage zu konsumierenden Mengen Aufschluß gäbe. Allgemein gesprochen, genügt es nicht, Schätzungsziffern in die Sprache des Geldes zu übersetzen, um auf einen Ausdruck der „Preiswilligkeit" zu kommen, es sei denn, daß man den Verlauf der Schätzungsziffern einem bestimmten „Gesetz" unterwirft, was vom Standpunkte der Theorie aus durchaus unzulässig wäre [1].

Spricht man von Preiswilligkeit, so hat man bereits den Boden subjektiver Schätzungen verlassen und sich der Betrachtung der Nachfrage in ihrer Abhängigkeit vom Preise zugewendet. Wer die Grenznutztheorie mit ihren Schätzungsziffern verwirft, weil sie ihm allzu schematisch und unrealistisch vorkommt [2], überspringt damit das erste Stadium der theoretischen Forschung auf dem Gebiet der Wert- und Preislehre; er verzichtet auf eine Fundamentierung der „Nachfragelisten", bleibt aber nichtsdestoweniger in einem gewissen Sinne unangreifbar. Derjenige hingegen, der einen nicht bloß voll-, sondern höherwertigen Ersatz für die Schätzungsziffern dadurch zu bieten vermeint, daß er das Wirtschaftssubjekt den Nutzen in Geld (oder überhaupt in irgendeinem Gut) ausdrücken läßt, setzt sich verdienter-

[1] Zugunsten der Formel $\frac{c}{n}$ können nur historische Gründe geltend gemacht werden. Sie hängt nämlich mit Daniel Bernoullis Begriff der moralischen Erwartung zusammen. Näheres bei Alfred Pringsheim und Ludwig Fick, Die Grundlage der modernen Wertlehre usw. Leipzig 1896 (Brentano und Leser. Sammlung älterer und neuerer staatswissenschaftlicher Schriften, Nr. 9).

[2] Als Einwand gegen die mit Schätzungsziffern operierende Grenznutzentheorie wirkt wohl am stärksten der Hinweis darauf, daß in Wirklichkeit kein Gut für sich, sondern immer nur im Zusammenhang mit dem ganzen Haushalt betrachtet bzw. bewertet wird. Siehe Lexis im Wörterbuch der Volkswirtschaft, II, Art. „Wert", S. 883, und namentlich Joh. v. Komorzynski, Der Wert in der isolierten Wirtschaft, Wien 1889. Vgl. R. Stolzmann, Der Zweck in der Volkswirtschaft, Berlin 1909, S. 734—741, und „Die Kritik des Subjektivismus an der Hand der sozialorganischen Methode", Elsters Jahrbücher, 3. Folge, Bd. 48, S. 145—192. Mathematisch läßt sich die hier vorliegende Schwierigkeit dadurch überwinden, daß man von einem „Gesamtnutzen" ausgeht, der als Funktion der Mengen aller im Besitz des Wirtschaftssubjekts befindlichen Güter erscheint; demnach werden die untersten Nützlichkeitsgrade der einzelnen Güter durch partielle Differentialquotienten jener Funktion ausgedrückt. Diesen Weg hat bereits F. Y. Edgeworth (Mathematical psychics, London 1881, S. 26 ff.) beschritten, und Pareto ist ihm (im „Cours"!) gefolgt. Leider lassen sich aber die Ergebnisse, zu denen man auf diesem Wege gelangt, nicht mehr anschaulich, sei es arithmetisch, sei es geometrisch, darstellen. Vgl. Auspitz und Lieben, Untersuchungen, Anhang II.

maßen dem Vorwurf aus, zwei verschiedene Stufen der theoretischen Untersuchung miteinander zu verwechseln[1].

---

[1] Vgl. Engländers Kritische Bemerkungen (a. a. O., S. 935—939) gegen die Identifizierung der Nachfragekurse mit einer Wertkurve, sowie O. v. Zwiedinecks gleichgerichtete Ausführungen in der Tübinger Zeitschrift, Jahrg. 1908, S. 602—604.

Begriff und Aufgabe einer geschichtlichen Staatenkunde.

Öffentliche Antrittsvorlesung in der Universität Berlin am 7. Januar 1920

Von Dr. Carl Brinkmann
Professor an der Universität Berlin

Es scheint heute die allgemeine Ansicht zu sein und ist jedenfalls von hervorragenden Seiten zum Gegenstand wissenschaftstheoretischer und praktisch-politischer Erörterungen gemacht worden, daß der Betrieb der Auslandsstudien bei uns einer gründlichen Neuordnung und Belebung bedürfe. Das hat auf den ersten Blick etwas Überraschendes. In der Blütezeit deutscher Geschichtsschreibung im vergangenen Jahrhundert waren nicht nur die bekannten Meisterwerke Leopold Rankes, sondern auch große unpersönliche Unternehmungen wie jene „Staatengeschichte" des Perthesschen Verlages außerdeutschen Ländern und Völkern zugewandt, die so nicht selten ihre Vergangenheit zum ersten Male an unserer Hand wissenschaftlich kennen lernten. Seitdem aber sind im Zeitalter der Weltpolitik und ihrer wissenschaftlichen Entsprechung, der naturwissenschaftlichen Expeditionen und archäologischen Kampagnen, deutsche Gelehrte überall in die vorderste Reihe des neuen internationalen Aufklärungsdienstes getreten, der trotz andersartiger Ausgangspunkte doch die ganze geschichtliche Bildung der Kulturstaaten untereinander in fruchtbare Wechselwirkung setzte. Bevor man also hier Mängeln abhilft, muß man ihr Wesen näher zu umgrenzen und ihre Entstehung zu erklären versuchen.

Sie hängen vielleicht mehr als mit anderen mit zwei beherrschenden Zügen der neudeutschen Geistes- und Unterrichtsverfassung zusammen, die in ihren Überlegenheiten und Schwächen ein treuer Ausdruck unserer Staats- und Gesellschaftsverfassung nach der Reichsgründung waren. Der eine ist der durchdringende Wille zur nationalen Selbstbehauptung und Autarkie, so natürlich, ja unvermeidlich in einer ganz jungen, in sich selber noch sehr unvollkommen geeinten Weltmacht. Umgekehrt wie der weltbürgerlichen Stimmung des voraufgegangenen Abschnitts mußte einer solchen Gesinnung das geschichtliche Bild der Nachbarn und Nebenbuhler nicht als in sich selbst

ruhende und bedeutungsvolle, „zu Gott gleich nahe" Erscheinung, sondern eher als eine Art von unvermeidlichem, beispielmäßigem Hilfsmittel zur Erkundung politischer und wirtschaftlicher Geschäftsgeheimnisse gelten. Eine solche überwiegende Bestimmung des wissenschaftlichen Anteils durch außerwissenschaftliche Absichten pflegt jedoch nicht ungestraft zu bleiben, und je mehr sich auch die Geschichtsforschung des Auslandes mit nationalstaatlichem Abschließungsstreben erfüllte, desto mehr vertrockneten die lebensrunden Gestalten des geschichtlichen Universums gleichsam zu flachen Übungsfiguren, bei denen nur die eine dem fremden Beschauer zugekehrte Seite eine Innerlichkeit vortäuscht.

Die zweite dem geschichtlichen Verständnis des Auslands abträgliche Eigenheit des neueren deutschen Forschungs- und Unterrichtswesens möchte das hohe Ideal humanistischer Bildung gewesen sein, das sich in scheinbarem (aber auch nur scheinbarem) Widerstreit mit den praktischen und wirtschaftlichen Lebensinhalten des neuen Deutschen Reichs als sein vornehmster Kulturmaßstab zu erhalten wußte. Daß dieser Maßstab in seiner verhältnismäßig erst wenig gemilderten Einseitigkeit dem ganzen Betrieb der Geisteswissenschaften etwas Weltfremdes, der Gegenwart Fernes mitteilte, ist dabei gar nicht einmal das Entscheidende. Von der Höhe und aus der Abgeschlossenheit muß auch der am unmittelbarsten praktischen Lehre immer wieder die Beseelung kommen, die Reinheit des Beweggrundes gewährleistet werden. Auch die nur auf begrenztem Felde erlernbare Genauigkeit der sprachlichen Untersuchung, die die Grundlage aller Altertumswissenschaft bildet, hat sich namentlich auf dem Weg über die Hilfswissenschaften von den Geschichtsquellen die neuere Historiographie gerade in Deutschland zu tief verpflichtet, als daß irgendeine Reformbewegung in der Geschichtswissenschaft danach trachten darf, sich unabhängig davon zu machen. Nicht ein Weniger, sondern ein Mehr, und zwar sowohl an Forschungs- und Lernstoff als besonders an Methode und Technik der geschichtlichen Auffassung, ist es überhaupt, was unsere bisher vorwiegend an der klassischen Philologie geschulte Historik in den Stand setzen würde, für ein Gebiet wie die Auslandskunde mehr als bisher zu leisten. Gewissenhafteste Kritik des einzelnen Denkmals und umfassende Realistik der Auslegung von der Schule an darf nicht wie heute noch vielfach auf die alten Sprachen und das Mittellatein beschränkt bleiben, sondern muß auch die oft fast ein wenig hochmütig davon ausgeschlossenen neusprachlichen und neuzeitlichen Lebenserscheinungen ergreifen und

durcharbeiten, wie zum Beispiel die aus der klassischen Philologie geborene Byzantinistik grundlegend für die ganze Geschichte Osteuropas geworden ist. Aber gerade dann wird auf der anderen Seite auch die enge schulmeisterliche Individualpsychologie, die sich manchmal bloß an einem Schema antiken und nationalen Heldentums erwärmt und auch das Ausland (wie im Streit um Wilson) immer nur persönlich begreift, einem immer weiteren und freieren Ausblick auf die allgemeinen Entwicklungen des Völkerlebens Platz machen.

Nun werden natürlich auch die Anwälte einer Reform des Auslandsstudiums nicht behaupten wollen, daß der langsam entstandene Bedarf nicht bereits aus sich beachtenswerte Bewegungen zu seiner Befriedigung hervorgerufen habe. Das Zeitalter der nationalen Abschließung war ja zugleich das der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verknüpfung der Staaten, und naturgemäß fanden die mannigfachen, dieser Verknüpfung dienenden Vorgänge und Einrichtungen einen Niederschlag auch in der Ebene der wissenschaftlichen Erkenntnis. Vor allem haben die beiden großen Systeme neuzeitlicher Wirtschaftstätigkeit und Wirtschaftsgesinnung, Kapitalismus und Sozialismus, als internationale Gebilde beinahe unwillkürlich die Aufmerksamkeit wieder mehr auf die auswärtigen Lebenserscheinungen gelenkt, mit denen sie sich in der Weltwirtschaft verbunden fühlten. Merkwürdig indes, wie das fast immer nur die analogen Faktoren der Auslandswirtschaft waren, die zu kennen und mit denen zu verkehren nahelag und durch politische und wirtschaftliche Interessen geboten war: So ergaben sich gründliche und anregende monographische Studien über den ausländischen Sozialismus, über einzelne ausländische Wirtschaftszweige oder, wenn es hoch kam, leichter übersehbare, zum Beispiel koloniale Gesamtwirtschaften, sehr selten aber auch nur Ansätze zu wahrer geschichtlicher, d. h. ganze nationale Lebensgemeinschaften umfassender Auslandskunde, wie etwa Gerhard v. Schulze-Gävernitz' Arbeiten über Rußland und England auf freihändlerischer oder Rosa Luxemburgs Theorie der Weltakkumulation auf sozialistischer Seite.

Ganz neuerdings ist dann in bewußter Anlehnung an die sogenannte statistische Disziplin der Schlözer und Achenwall im 18. Jahrhundert, die ja außer den Anfängen der modernen Statistik auch eine qualitative Beschäftigung mit den politischen und wirtschaftlichen Kräften der einzelnen Staaten umschloß, und in sachlicher Verbindung besonders mit der politischen und Wirtschaftsgeographie der Gedanke hervorgetreten, Länder und Völker als einheitliche Träger

jener meßbaren Kräfte zu begreifen und in die Rechnung des Weltwettbewerbs einzustellen. Dieser Gedanke trägt nicht bloß äußerlich das Gepräge der rationalistischen und absolutistischen Epoche, von der er sich herschreibt. Er war damals gewissermaßen die außenpolitische Ergänzung der großen Wissenschaft vom aufgeklärten Polizeistaat, die Übertragung aller ihrer Beweg- und Beurteilungsgründe: Boden- und Bevölkerungsprinzip, Handels- und Zahlungsbilanztheorie, von dem inneren Beamtentum auf die Diplomatie. Und es ist seltsam zu sehen, in wie hohem Grade noch die allerneuesten Versuche zur Fortführung einer solchen Staatenkunde von den damaligen Gesichtspunkten bestimmt bleiben. Auch die imperialistische Geschichtsbetrachtung Englands seit Seeley und Dilke, an die man sich bei uns vielfach bewußt oder unbewußt anlehnte, entdeckte ja in den rücksichtslosen Handels- und Kolonialkriegen des 18. Jahrhunderts das goldene Zeitalter des nationalen Aufschwungs und wandte sich entschlossen ab von der herkömmlichen demokratischen Auffassung, die in der Geschichte des Parlaments, der Parteien und der Gesetzgebung den wesentlichen Inhalt der nationalen Vergangenheit gesehen hatte. Dem folgend wird auch in Deutschland heute nur zu häufig die Entwicklung der englischen Wirtschafts- und Weltmacht ganz einseitig aus der Schutzzoll- und Schiffahrtspolitik des Frühkapitalismus erklärt und die notwendigen Bedingungen für die Entbindung der wirtschaftlichen Kräfte werden vergessen, die auch und vor allem in der innerpolitischen und gesellschaftlichen Geschichte Englands, der frühzeitigen Anpassung der Krone und der mittelalterlichen Verwaltungsorgane an den ökonomischen Aufstieg lagen.

Eben den Vorzügen und Mängeln der jüngsten Anläufe zu einer außerdeutschen Geschichtsforschung werden sich nun aber grundsätzliche Fingerzeige genug für den weiteren Ausbau dieser Forschung entnehmen lassen. Das Gemeinsame aller der berührten Studien und in der Tat das Unentbehrliche bei jeder vergleichenden Auslandsbetrachtung des Historikers ebenso wie des Juristen oder Nationalökonomen ist die Voraussetzung, daß es da überhaupt etwas Vergleichbares und bestimmte Mittel der Vergleichung gibt. Das klingt selbstverständlich, ist jedoch in Wirklichkeit noch immer besonders in der Geschichtsschreibung ein ebenso ungewohnter wie weittragender Gedanke. Ich sprach vorhin von der nationalen Epoche der europäischen Historiographie, von ihren sachlichen Nachteilen für die Auslandskunde. Tiefgreifender noch sind die methodischen Nachteile,

weil sie leichter die Zeit ihrer Entstehung überdauern. Sie entspringen den bekannten Anschauungen von der Vereinzelung und Sondernatur als dem Wesentlichen historischer Vorgänge. Es ist ohne weiteres klar, daß dem geschichtlichen Auge die Persönlichkeiten der Völker noch viel eindrücklichere Verkörperungen des Einmaligen und Unvergleichbaren darstellen mußten als die der Menschen in den Völkern. Zwar die Romantik hat, wenn ich nicht irre, unter ihrem Lieblingsbegriff des hundertfach offenbarten, letzten Endes nicht mehr zu zergliedernden Volksgeistes im Grunde theoretisch nicht so sehr viel anderes verstanden als die vorhergehende rationalistische Geschichts- und Literaturvergleichung, nämlich sozusagen die wunderbare Entfaltung der nationalen Individualitäten im Schoße und in den Grenzen derselben Familienanlage. Aber die seitherige Trennung der nationalen Entwicklungsgänge ließ diesen gemeinsamen Hintergrund der Völkergeschichte allmählich immer mehr verschwinden. Und so darf sich der Historiker im allgemeinen heute wohl erlauben, seine Darstellung fremder Länder und Zeiten durch kleine, mehr bildliche oder halb scherzhafte Anspielungen auf die Umgebung seines Lesers zu würzen, etwa von antikem Kapitalismus oder von dem karolingischen Grafen als Landrat zu sprechen; bei dem ernsthaften Unterfangen, darüber hinaus die tatsächliche Gleichförmigkeit der rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen Bildungsformen verschiedener Völker zu ergründen, begegnet er nur zu oft dem grundsätzlichen Einwand, daß er damit seine eigentliche Aufgabe, die Darstellung des Ungleichförmigen und Besonderen, verlasse. Dennoch wird man nicht zu viel sagen, wenn man es gerade von einer geschichtlichen Staatenkunde ausspricht: Sie ist überhaupt nicht denkbar als eine bloße Sammlung merkwürdiger Einzelzüge oder auch nur Einzelcharaktere des Völkerlebens ohne Konstanten, an die diese Variationen erst anknüpfen, ohne die Vorstellung allgemein körperlicher oder allgemein seelischer Zusammenhänge, die die unendliche Mannigfaltigkeit menschlichen Daseins in Staat und Gesellschaft irgendwie beschränken und bestimmen.

Von solchen Zusammenhängen greift die erweiterte statistische Staatenkunde mit einer gewissen, vom Rationalismus überkommenen Nüchternheit vorzugsweise die des äußeren geschichtlichen Schauplatzes, der Wechselwirkung zwischen Erdraum und Staatsvolk heraus, beobachtet Vermehrung, Wanderung, Ausbreitung der Bevölkerungen in der physischen und politischen Welt als die grundlegenden Vorgänge der Staatsbildung und nimmt höchstens noch die erwähnten

ökonomischen Gesichtspunkte aus der merkantilistischen Volkswirtschaftslehre zu Hilfe. Die ganze geschichtliche Welt der Seele bleibt für sie im Dunkel, dürftig erhellt nur durch die überlieferten psychologischen Kategorien der Nationalanlage und der Handlungen gewisser Führer. Wer sieht nicht, daß hier für das wissenschaftliche Bedürfnis nach Stetigkeit in Erklärung und Zuordnung eine empfindliche Lücke klafft?

Mehr als von irgendeinem anderen Zweig der heutigen deutschen Geschichtswissenschaft gilt von der deutschen Auslandskunde, was der Bonner Altmeister Moriz Ritter vor kurzem von Machiavelli gesagt hat: Er „hatte die Beziehungen zwischen Verfassung und sozialer Gliederung der Bürgerschaft erkannt, allein die sozialen Gruppen . . . treten in seiner Darstellung nur insoweit auf, als sie, Anteil an der Machtübung des Staates erheischend, in seine Regierung und Gesetzgebung eingreifen. Daß ihr Lebensgrund ein eigenartiger und in den großen Gebieten der Landwirtschaft, der Gewerbe und des Handels zu suchen ist, daß ihre Betätigung einerseits und der Wirkungskreis des Staates andererseits in Wechselbeziehungen stehen, die viel inhaltsreicher sind, als das bloße Jagen nach dem Besitz staatlicher Macht, wird von ihm nicht weiter berücksichtigt." Treffend sind so die wesentlichsten derjenigen Inhalte bezeichnet, die noch heute namentlich in der geschichtlichen Betrachtung des Auslandes an die leere Stelle zwischen dem Bilde des triebhaft handelnden Volkskörpers und dem der planmäßig lenkenden Staatsmänner zu treten haben. Die Erkenntnis der Gesellschaft als Inbegriff menschlicher Vereinigungsweisen in, außer und vor dem Staat ist heute weit genug, um die große Kluft zwischen Einzel- und Massendasein in der Geschichte mit Hinweisen auf die verschiedensten Verbindungen durch Klassen und Gruppen, Anstalten und Einflüsse zu überbrücken. Schlechthin von Frankreich und England usw. zu sprechen, will uns bisweilen fast nicht minder bildhaft erscheinen als wenn wir die Könige eines Renaissancedramas einander so nennen hören. Daß in dieser Beziehung die Auslandsforschung hinter der von Sozial-, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte ganz anders befruchteten Inlandsforschung zurücksteht, ist zunächst eine Folge der äußeren Arbeitsorganisation, die sich seit der ungeheuren Erweiterung und Verfeinerung durch die moderne Urkunden- und Aktenbenutzung schon äußerer Schwierigkeiten halber gern auf den gegebenen und handlichen Grundstock der nationalen Überlieferung, höchstens noch ihrer Ausläufer auf fremdem Boden, beschränkte.

Gewiß gibt es einige sehr rühmliche Ausnahmen von dieser Regel, die zugleich auch für künftige Arbeitsmöglichkeiten die mannigfaltigsten Beispiele bieten. Auf ganz Nordeuropa und den ehrwürdigen Vorbildern Lappenbergs und Reinhold Paulis folgend, auch England erstreckte sich die musterhafte Quellenerschließung des Hansischen Geschichtsvereins. Die Pyrenäenhalbinsel, wohin sie erst ganz neuerdings vorschritt, ist altes Bereich unserer römisch-katholischen Geschichtsforschung, an deren Spitze Heinrich Finke durch die Denkmale Aragonesischer Staatsverwaltung den mittelalterlichen Kulturkreis des westlichen Mittelmeerbeckens, man kann sagen, für die internationale Wissenschaft erst entdeckt hat. Ähnlich fand Leopold Karl Goetz von der altrussischen Kirchengeschichte den Weg zu seiner rechtsvergleichenden Behandlung des altrussischen Volksrechts. In Italien hat seit Savigny die deutsche Rechts- und Sozialgeschichte nicht aufgehört, zumal in der Untersuchung des Städte- und Gemeindewesens einen ebenbürtigen Rang neben der einheitlichen Forschung zu behaupten. Von dem Zeitalter der französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege aus, das ja von jeher mehr als andere auf seine gemeinsame europäische Bühne auch die gemeinsame Aufmerksamkeit aller europäischen Historiographien lenkte, ist in verschiedenen örtlichen und zeitlichen Richtungen die neuere deutsche Geschichtswissenschaft klärend in die Vergangenheit des Auslandes, vor allem des französischen Ancien Régime, eingedrungen. Von der Schule Gustav Schmollers ausgehend, hat endlich an dieser Universität Otto Hintze die Grundlinien einer vergleichenden Geschichte der europäischen Staatsverfassungen gezogen. Alle diese geistigen Eroberungen zeichnen sich dadurch aus, daß die volle Rüstung moderner historischer Kritik sie begleitet, wenn nicht allererst ermöglicht hat.

Wie weit und schwer aber der Weg von ihnen bis zu einer systematischen Neuordnung unserer geschichtlichen Auslandskenntnis ist, zeigt ein Blick von ihnen hinüber auf die zahlreichen Vorschläge, mit denen das praktische Bedürfnis der Öffentlichkeit nach solcher Kenntnis an unseren Forschungs- und Lehrbetrieb herangetreten ist. Ausländische Muster wie die Londoner School of Economics and Political Science und die ältere Pariser Ecole libre des Sciences politiques haben dabei namentlich zu der Vorstellung geführt, als ob bei den früher geschilderten Schwächen des Hochschulunterrichts in der Auslandskunde ein pädagogischer Neubau außerhalb der Universitäten dieser Aufgabe am besten gerecht werden würde. Ich verkenne die Gründe einer derartigen,

man muß fast sagen, Verzweiflung an unserem bestehenden höheren Bildungswesen nicht. Der durchschnittliche Grad der Teilnahme und der Zuständigkeit für ausländische Dinge im deutschen Volke macht die Ansicht durchaus verständlich, daß hier tiefere Ursachen politischer Zurückgebliebenheit viel zu dringlich nach Beseitigung verlangen, um auf die akademischen Umwege unserer sprichwörtlichen Gründlichkeit warten zu können. Dennoch bin ich nicht sicher, ob sogar die Verbreitung, geschweige denn die Vertiefung der Auslandsstudien in Deutschland ihren Schwerpunkt mit Nutzen in alte oder neue Veranstaltungen vor den Toren der Hochschule wie freie Hochschulen, Volkshochschule oder gar eine eigene Auslandshochschule verlegen würde. Dadurch kämen diese Studien in Gefahr, nicht nur die Verbindung mit der kritischen Forschungsmethode zu verlieren, sondern auch, was selbst für das rein praktische Bildungsbedürfnis von Bedeutung sein wird, den allgemeinen Nährboden des großen sachlichen Zusammenhanges zwischen den Wissenschaften, dessen wo nicht gegebenes, so doch immer wieder aufgegebenes Symbol die Universität ist. Die Auslandskunde hat es so nötig und vielleicht nötiger als irgendeine andere Wissenschaft, bis zum letzten Vorposten des nationalen Unterrichts- und Erziehungswesens in Formen dargeboten und aus Quellen geschöpft zu werden, die den strengsten Ansprüchen wissenschaftlicher Methode und Systematik genügen.

Soll so die wissenschaftliche Begründung der fremden Staatengeschichte Sache der deutschen Universitäten bleiben, dann müssen sich diese auch ihrerseits bewußt sein, was für besondere Pflichten ihnen damit obliegen. Einen naheliegenden Weg zu ihrer Erfüllung zeigt der neue Plan der preußischen Unterrichtsverwaltung, im Anschluß an Spezialbibliotheken und neusprachliche Seminare einzelne Hochschulen zu Pflegestätten der Erforschung bestimmter Staaten oder Staatengruppen auszugestalten. Es bedarf kaum ein Wort der Auseinandersetzung über die eigenartigen Vorzüge dieser Auskunft, besonders in den Fällen, wo althergebrachte Beziehungen wie die der Grenzuniversitäten eine Art geistiger Atmosphäre für das Verständnis von Nachbarvölkern geschaffen haben oder wo umgekehrt ein erst wenig angebautes, neusprachliches Fach wie die Slavistik unter regelmäßigen Bedingungen auf den erforderlichen Zuspruch Lernender und Forschender kaum rechnen kann. Im allgemeinen wird man den Grundsatz landeskundlicher in Verbindung mit örtlicher Spezialisierung des Hochschulunterrichts wohl nicht mit Unrecht als eine Vorbereitungs- und Übergangsmaßnahme betrachten und keines-

wegs zur Norm übertreiben dürfen. An die vom Schulunterricht bedingten Hochschulseminarien der beiden hauptsächlichen fremden Sprachkulturen, der angelsächsischen und der romanischen, wird sich auch die geschichtliche Bearbeitung der staatlichen Träger dieser Kulturen ungezwungen und mit der Zeit vielleicht ganz selbsttätig anlehnen: Wenn es beispielsweise politisch von Wichtigkeit werden könnte, das deutsche Volk mehr als bisher weithin mit dem europäisch-überseeischen Kulturkreis Spanien—Portugals vertraut zu machen, so würde die Untermauerung eines darauf zielenden landeskundlichen Hochschulbetriebs mit dem zugehörigen sprachlichen Schulunterricht und seinem philologischen Vorbildungsgang zweifellos die Aufgabe eher erleichtern und vereinfachen als verwickeln und erschweren.

Noch lauter und durchschlagender als dieser unterrichtstechnische Grund scheint mir der wissenschaftsmethodische Aufbau einer geschichtlichen Staatenkunde für eine weite und gleichmäßige Verteilung ihrer Pflege an den deutschen Hochschulen zu sprechen. Auslandskunde im weiteren Sinn ist ja schließlich auch die Untersuchung der physischen Geographie, der Flora oder Fauna eines Landes, wie sie der Vertreter dieser Wissenschaften in deren System längst betreibt und mit der Erschließung des Erdballs höchstens dem Grade nach steigert. Auf der andern Seite kann auch auf kulturwissenschaftlichem Gebiet jeden Augenblick die praktische Notdurft des Wirtschafts- oder Rechtsverkehrs mit einem Ausland Anstalten zur Unterweisung in den dazu nötigen ökonomischen und juristischen Kenntnissen hervorrufen. Aber unter der Kunde fremder Länder im engeren Sinn wird sicherlich allgemein ein Wissenschaftsbezirk eigner Machtvollkommenheit verstanden, und wenn man nach seinem obersten Formprinzip sucht, wird man schwerlich etwas anderes finden als die Frage, unter welchen besonderen Bedingungen das Leben eines fremden Volkes die allgemeine Einfügung menschlicher Gesellschaft in staatliche Ordnungen abwandelt: die Staatenkunde wird zum Rückgrat der Landeskunde, alle Wissenschaften vom Staate ihre ersten und berufensten Hilfskräfte.

Unter ihnen allen aber wiederum muß die Geschichte im verbindenden und richtunggebenden Mittelpunkt stehen als die einzige Wissenschaft, der es im Wechsel der staatlichen Gestaltungen ebensosehr um die einzelne zeitliche Variation wie um die sachlichen Konstanten des politischen oder gesellschaftlichen, rechtlichen oder wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder religiösen Völkerlebens, um die



menschliche Seele aller dieser Dinge nicht minder als um ihre technische Entwicklungsstufe zu tun ist. Gewiß wird gerade der Geschichte des Auslandes schon in dem verkürzten Aufriß, in dem sie uns praktisch meist erscheinen wird, ein besonders nahes Verhältnis zu den systematischen Kulturwissenschaften unentbehrlich sein, wenn sie nicht vom blinden Zufall der Stoffversorgung abhängig bleiben will. Es ist dem frischen Blick, der über die geschichtlichen Landesgrenzen hinausgeht, verhältnismäßig schwerer, sich in tödlichen Kleinigkeits- und Einzelheitskram zu verlieren, als dem ermüdeten Auge, das innerhalb jener Grenzen für alles andre außer diesem Kram stumpf geworden ist oder in ihm die Rettung vor parteiischer Befangenheit erblickt. Allein die Auslandskunde wird den systematischen Wissenschaften die Arbeitsanweisungen, die sie von ihnen erhält, reich vergelten können, und wie die deutsche Rechtswissenschaft etwa in den Arbeiten von Hatschek, Ernst Heymann, Felix Liebermann und Ernst Mayer große Strecken der Auslandsgeschichte fast aus eignen Kräften urbar gemacht hat, so denke ich mir auf der anderen Seite, daß einmal die Gesellschaftslehre das so empfindlich fehlende Bindeglied zwischen ihren prähistorisch-ethnologischen und ihren tagespolitischen Verallgemeinerungen nicht zum geringsten Teil von einer systematisierten Auslandsgeschichte empfangen wird.

Überhaupt sehe ich im Gegensatz zu manchen Befürchtungen, ein ungeschickter und übereilter Betrieb der Auslandskunde werde dem Journalismus und billigem pseudosoziologischen Gerede in der Geschichtswissenschaft unheilvolle Verstärkung zuführen, eben in einem gewissenhaften Studium fremder Staatengeschichte Möglichkeiten genug, jene gefährlichen Schößlinge der historischen Erkenntnis dem Gemeinleben der Stammwissenschaft zurückzugeben und zu bewahren. Der staatsbürgerkundliche Schulunterricht und besonders seine pflichtmäßige Einführung durch die neue Reichsverfassung haben in der deutschen Wissenschaft Entwürfe zu einer geordneten Hochschulvorbereitung der Lehrer darauf entstehen lassen. Im Unterschied von den bisherigen einschlägigen Vorlesungen der Juristenfakultäten ist die Absicht, die wirkliche, soziale Wirksamkeit des gegenwärtigen Verfassungs- und Verwaltungsrechts in einer geschichtlichen Lehre von diesen Grundlagen der politischen Betätigung vorzuführen. Ich übersehe nicht, ob und wie sich dieser Unterrichtszweig gegenüber seinen juristischen Mutterdisziplinen wird behaupten können. Im Ideal würde er unzweifelhaft nicht nur den Zugang zu ihnen erleichtern, sondern auch sie selbst im Sinne größerer Offenheit gegen das gesellschaftliche

Leben vorteilhaft beeinflussen. Jedenfalls ist eines sicher: mit das Eigentümlichste und Entscheidendste, das die Geschichtswissenschaft der Staats- und Verwaltungslehre zu bieten hat, wird die Ergänzung der überwiegend einheimischen Rechtsdogmatik durch den Vergleich mit dem öffentlichen Rechtsleben der hervorragendsten Auslandsstaaten sein, und möglicherweise wird für dieses erst die Geschichte das letzte Wort abgewogenen Verständnisses haben, das weder die soziologischen Parteigänger der westeuropäischen Demokratien noch eine eigenständige Staatsauffassung wie die Hasbachs bis heute gefunden haben. Denn schließlich wird auch die ewige Polarität geschichtlichen Bewußtseins und Wertgefühls, von der im Grunde mehr als von irgendeinem methodischen Vorhaben das Schicksal der historischen Auslandskunde abhängt, wird der Gegensatz unbeirrten Wurzelns im eignen Volkstum und freien Mitmenschentums für alle Welt am besten durch die Geschichte selbst versöhnt und aufgehoben.

Bemerkungen über Begriff und Wesen des Kapitalismus

Von Dr. Karl Diehl
Professor der Nationalökonomie an der Universität Freiburg i. B.

Inhaltsverzeichnis: Über Passows Buch „Kapitalismus" S. 203. — Fehlerhafte Terminologie des „Kapitalismus" S. 204—211. — Kritik des Passowschen Begriffs „Kapitalismus" S. 211—212. — Eigene Begriffsbestimmungen S. 212—214.

Passow hat in einer sehr lehrreichen und dankenswerten Untersuchung[1] über den Begriff „Kapitalismus" den Zustand trostloser Verwirrung dargelegt, den die nationalökonomische Fachliteratur in dieser Hinsicht darbietet. Noch schlimmer, als bei dem Begriff „Sozialismus" ist hier die Vieldeutigkeit, Unklarheit und Verschwommenheit, die bei der Verwendung dieses Schlagworts hervortritt. Es ist nur ein Symptom der terminologischen Unklarheit, die überhaupt zum Schaden unserer Wissenschaft eingerissen ist. In diesem speziellen Fall hat aber diese Unklarheit auch auf Nachbarwissenschaften und auf die populärwissenschaftliche Literatur sehr nachteilig eingewirkt. Erträglicher noch sind die Anwendungen des Begriffs „Kapitalismus", die offenbar objektiv wissenschaftlich unhaltbar sind, als die leider so häufig anzutreffende Manier, diesen Begriff zu gebrauchen, ohne sich über seinen Sinn und seine Bedeutung selbst eine klare Meinung gebildet zu haben. Dies ist schlechthin unerträglich. Es ist daher ein Verdienst der Passowschen Studie, auf die vielen Mängel und Widersprüche, die sich bei der Anwendung dieses Begriffs finden, hingewiesen zu haben. Zum Teil erklärt sich dieser Übelstand daraus, daß bereits der Begriff „Kapital" ein so vieldeutiger und schillernder ist, was natürlich erst recht zur Vieldeutigkeit des Begriffs „Kapitalismus" und „kapitalistischer Produktionsweise" führen muß; zum Teil auch daraus, daß einzelne Autoren ihre höchst subjektiven Werturteile über eine bestimmte Wirtschaftsform dieser Begriffsbildung zugrunde gelegt haben.

---

[1] Passow, Kapitalismus. Eine begriffs-terminologische Studie. Jena 1918.

Im Anschluß an das Passowsche Buch mögen hier einige Bemerkungen über den Begriff „Kapitalismus“ folgen, die zeigen sollen, daß wir in der Ablehnung der meisten in der nationalökonomischen Literatur üblichen Anwendungsarten dieses Begriffs mit Passow einig sind, seinem eigenen positiven Vorschlag dagegen nur mit gewissen Modifikationen zustimmen könnten.

1. Abzulehnen sind alle Anwendungen des Ausdrucks „Kapitalismus“, die eine subjektive Färbung und ein Werturteil enthalten. In der Regel handelt es sich um Autoren, die aus irgendwelchen Gründen der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung überhaupt gegnerisch gegenüberstehen, und daher bei der Anwendung dieses Schlagworts diese ihre ablehnende Stellung zum Ausdruck bringen wollen. Schon aus solchen Zusammenstellungen wie „Kapitalismus und Mammonismus“ oder „Kapitalismus und Manchestertum“ ergibt sich, wie die Bezeichnung gemeint sein soll. Es soll eine bestimmte Wirtschaftsform als mammonistisch oder materialistisch oder unsozial, jedenfalls als volkswirtschaftlich schädlich und verwerflich gebrandmarkt werden. „Kapitalismus“ bedeutet demnach für diese Autoren eine fehlerhafte Wirtschaftsordnung im Gegensatz zu einer besseren Wirtschaftsordnung, die früher vorhanden war, oder die später einmal kommen soll. „Kapitalismus“ ist dann gleich einer sittlich verwerflichen Wirtschaftsorganisation zu achten. Im einzelnen findet sich diese Anwendung bei sozialistischen Autoren, ferner auch bei Vertretern der sogenannten Mittelstandspolitik und bei christlich-sozialen und kathedersozialistischen Schriftstellern. Oft ist auch nicht Gegnerschaft gegen das „Kapital“ überhaupt, sondern nur gegen das zinstragende Leihkapital gemeint, so daß hier unter „Kapitalismus“ wucherische Ausbeutung seitens des Leihkapitalisten verstanden wird. Passow gibt zahlreiche Beispiele solcher Anwendungen.

Es genüge hier, auf das Zitat von Scheinpflug hinzuweisen, der in einem Aufsatz in der „Monatsschrift für christliche Sozialreform“ (Jahrgang 1892) Seite 200 folgendes sagt[1]: „Aus dem Vorausgeschickten ergibt sich, daß in den Ausdrücken ‚wucherischer Kapitalismus‘ das Beiwort kein bloßer Schmuck, sondern ein in der Tat zur Begriffsbestimmung notwendiges Unterscheidungsmerkmal ist.“ Oder wenn Keller in seiner Schrift „Unternehmung und

[1] Scheinpflug, Über den Begriff des wucherischen Kapitals im Lichte des realen Idealismus.

Mehrwert" [1] sagt: „Kapitalismus (‚im landläufigen Sinne') als Erwerbssucht und Gewinnstreben, rein nur um des Gewinnes willen, Kapitalismus, der kein höheres Ziel, keinen höheren Daseinswert kennt, als Vermehrung des Besitzes, dieser Kapitalismus ist Mammonismus, ist ein unversöhnlicher Gegensatz zum Christentum." Muckle [2] spricht von dem „auf der Selbstsucht sich aufbauenden Kapitalismus".

Es ist klar, daß eine derartig subjektiv gefärbte Anwendung des Begriffs „Kapitalismus" für unsere Wissenschaft unbrauchbar ist. Es steht jedem natürlich frei, sein persönliches Urteil über diese oder jene Mängel einer bestimmten Wirtschaftsform abzugeben. Dann muß er den Tatbestand scharf umgrenzen und sein Urteil näher begründen; es darf aber hierfür nicht ein Schlagwort gebraucht werden unter Verwertung des Kapitalbegriffs, der einen objektiven, neutralen Inhalt haben muß und von jedem Nationalökonomen angewendet werden kann, unabhängig von dem wirtschaftspolitischen Standpunkt, den er vertritt. Alle solche auf „Stimmungsmache" abzielende Terminologie ist wissenschaftlich unbrauchbar.

2. Abzulehnen ist auch eine Terminologie, die auf eine bestimmte Theorie eines einzelnen Autors zugeschnitten ist, dann aber unbewußter Weise auch von solchen Schriftstellern angewandt wird, die nicht auf dem Boden dieser Theorie stehen. Das gilt namentlich für die häufige Verwendung des Begriffs „Kapitalismus" in Verbindung mit der Marxschen Mehrwerttheorie. Es ist selbstverständlich, daß Marx die Ausdrücke „Kapitalismus" und „kapitalistische Produktionsweise" nur verwendet im engen Zusammenhang mit seiner Kapital- und Zinstheorie. Kapitalistische Produktionsweise bedeutet für Marx eine solche, bei der der Unternehmer durch die Verwertung der Arbeitskraft des Lohnarbeiters einen Mehrwert erzielt. Für Marx ist direkt der Mehrwert das Ziel des kapitalistischen Produktionsprozesses [3]: „Wie die Produktion von Mehrwert der bestimmende Zweck der kapitalistischen Produktion ist, so mißt nicht die absolute Größe des Produkts, sondern die relative Größe des Mehrprodukts den Höhegrad des Reichtums." Es ist selbstverständ-

[1] Keller, Paderborn 1912, S. 94.

[2] Muckle, Das Kulturideal des Sozialismus. München und Leipzig 1919, S. 37.

[3] Marx, Das Kapital, 1. Bd., Volksausgabe. Stuttgart 1914.

lich, daß Marx selbst und seine Anhänger diese Terminologie anwenden; denn diese Ausdrücke gehören zu ihrem wissenschaftlichen System. Aber man findet auch die Verwendung des Begriffs der kapitalistischen Produktionsweise bei Autoren, die sonst keineswegs auf dem Boden der Marxschen Lehre stehen. So, wenn zum Beispiel Traub die Charakteristik der kapitalistischen Wirtschaftsreform gibt mit den Worten[1]: „Das Wesen kapitalistischer Betriebsart ist die Benutzung fremden Arbeitsertrags. Der Nerv kapitalistischer Produktionsweise liegt in der Möglichkeit der Profitbildung.“ Oppenheimer[2] erklärt trotz seiner Ablehnung der Marxschen Theorie: „Was ist der Kapitalismus? Politisch-sozial gesehen: Klassenstaat, wirtschaftlich gesehen: eine Mehrwertpresse größten Stils.“

3. Gänzlich verkehrt ist auch die Bezeichnung von „Kapitalismus“ oder „kapitalistischer Produktionsweise“ als der Wirtschaftsweise, in der Kapital im Sinne von produzierten Produktionsmitteln verwendet wird. So gebraucht Böhm-Bawerk in seinem bekannten Werk[3]: „Positive Theorie des Kapitals“ den Begriff „Kapital“ stets in dem Sinne, daß er darunter eine Produktion versteht, die sich der Hilfe von Kapitalgegenständen (Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen usw.) bedient.

Wie gänzlich unmöglich es ist, Kapital als produziertes Produktionsmittel aufzufassen, zeigt sich ganz besonders bei seiner Anwendung für den Begriff „kapitalistische Produktionsweise“. Hier hat der Begriff „Kapital“ eine rein technische Bedeutung. Es würde also heißen: alles wirtschaftliche Leben unterstützt von irgendwelchen erarbeiteten Hilfsmitteln ist kapitalistische Wirtschaft. Da aber alle nur denkbaren Wirtschaftsepochen und Wirtschaftsorganisationen mit Ausnahme etwa der allerprimitivsten Kulturstufen kapitalistische Hilfsmittel in diesem Sinne erfordern, so würde kapitalistische Produktionsweise schlechthin mit Wirtschaft überhaupt gleichbedeutend sein.

4. Abzulehnen ist auch die Verwendung des Begriffs „Kapitalismus“ im Sinne individualistischer Wirtschaftsweise. In diesem Sinne wird der Begriff zum Beispiel angewendet, wenn man in Gegensatz zueinander stellt: Sozialismus und Kapitalismus. Richtig

[1] Traub, Ethik und Kapitalismus. Heilbronn 1904, S. 8 ff.

[2] Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus und wissenschaftlicher Sozialismus. Leipzig 1919.

[3] Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals. 3. Aufl. 1. Bd., S. 21. Innsbruck.

müßte es heißen: Individualismus und Sozialismus; denn unter Sozialismus verstehen wir die auf Gemeineigentum beruhende Produktionsweise im Gegensatz zu der auf Privateigentum beruhenden. Kapitalismus kann dagegen — in welchem Sinne immer auch der Ausdruck überhaupt gebraucht werden könnte — nur eine historische Epoche innerhalb der individualistischen Wirtschaftsweise bilden, und zwar eine Epoche, in der dem „Kapital" eine besonders wichtige Rolle zufällt. Niemals darf man aber die kapitalistische Wirtschaft mit der individualistischen schlechthin identifizieren, sonst würde jede auf Privateigentum basierende Wirtschaftsform die „kapitalistische" sein. So faßt es auch tatsächlich Amonn[1] auf. Er sagt: „Nehmen wir (zu den Voraussetzungen, welchen alle nationalökonomischen Probleme zugrunde liegen) noch als weitere hinzu: Die Voraussetzung einer Ungleichheit individueller Verfügungsmacht im sozialen Verkehr, also einer sozialen Übermacht einzelner Individuen gegenüber anderen, so haben wir damit jene Bedingung gewonnen, welche jene besonderen nationalökonomischen Probleme konstituiert, welche man allgemein als die Probleme des Kapitalismus oder der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu bezeichnen pflegt. Auf Grund dieser Voraussetzung entstehen individualistische Verkehrsbeziehungen besonderer Art, die wir deswegen füglich als individualistisch-kapitalistische Verkehrsbeziehungen bezeichnen können." Ähnlich spricht Pohle[2] von drei Komponenten des Kapitalismus: 1. Herrschaft des individualistischen Rechtsprinzips im Wirtschaftsleben, 2. erwerbswirtschaftliche Produktionsweise, 3. unternehmungsweise Form der Produktion.

5. Der Kapitalismus ist auch keineswegs identisch mit „Geldwirtschaft". Auch zu dieser Auffassung geben die Definitionen mancher Autoren Anlaß. So stellt Brentano in seiner Abhandlung[3]: „Die Anfänge des modernen Kapitalismus (München 1916)", den Kapitalismus in Gegensatz zur feudalen Wirtschaftsordnung und bezeichnet als das Kennzeichen des Kapitalismus die geldwirtschaftliche Organisation des Wirtschaftslebens. Die Geldwirtschaft bildet den Gegensatz zur Naturalwirtschaft, nicht aber der Kapitalismus, sondern der Kapitalismus ist eine bestimmte Erscheinungs-

[1] Amonn, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. Wien 1911, S. 387.

[2] Pohle, Kapitalismus und Sozialismus, S. 2.

[3] Brentano, vgl. das Zitat bei Passow, S. 33.

form innerhalb der individualistischen Verkehrswirtschaft. Mit der Geldwirtschaft tritt aber noch nicht zugleich der Kapitalismus in die Erscheinung, sondern mit der Geldwirtschaft kann das Kapital im Sinne von Erwerbsvermögen nur die Geldform annehmen. Damit ist aber noch nicht der „Kapitalismus" gegeben, der eine besonders entwickelte Stufe der Verkehrswirtschaft bilden soll. Man könnte nur sagen, daß mit der Geldwirtschaft die Möglichkeit zur Entwicklung des sogenannten „Geldkapitalismus" gegeben sei, nicht aber des „Kapitalismus" überhaupt. Kapitalismus und Geldwirtschaft sind nicht zugleich entstanden. Zu dieser Auffassung wird man leicht geführt, wenn man den Kapitalismus als eine Geldrechnungsform definiert, wie es früher bereits Menger, van der Borght und andere getan haben. Neuerdings hat auch Liefmann eine Definition des Kapitals gegeben, die das Wesen des Kapitalismus in enge Beziehung zur Geldform bringt. Er sagt[1]: „Kapitalismus ist die Geldrechnungsform der Kosten als Mittel zur Feststellung eines Geldertrags." Ausdrücklich sagt er einmal[2]: daß kein Zweifel sei, daß der Kapitalbegriff allein von den Gelderscheinungen hergenommen sei. Dementsprechend definiert er auch den Kapitalismus als[3] „diejenige besondere Wirtschaftsepoche, in der die Geldrechnungsform eine typische Allgemeinerscheinung wird". Er meint, mit der bisherigen Auffassung des Kapitalbegriffs sei es unmöglich, eine bestimmte Wirtschaftsordnung und eine bestimmte Wirtschaftsepoche zu charakterisieren. Dies sei jedoch mit seinem Kapitalbegriff möglich; denn eine solche Veranschlagung der Kosten in Geld und die daraus hervorgehende Reinertragsfeststellung in Geld, wie er sie mit dem Kapitalbegriff verbinde, sei nicht zu allen Zeiten vorgekommen. „Daß also nicht nur Geldsummen zu Kapital werden, wie beim Leihkapital (und beim Handel), sondern daß auch dauerbare Sachgüter und schließlich auch Arbeitsleistungen in Geld veranschlagt werden, und daß man bestrebt ist, den Reinertrag in Geld nach Abzug der laufenden Kosten, die stehenden Kosten, dauerbare Sachgüter und Betriebskapital in einer Geldsumme veranschlagt, gegenüberzustellen, mit anderen Worten: die Trennung der selbständigen Erwerbswirtschaft, die eine reine Geldrechnung macht, von der Konsum-

---

[1] Liefmann, Kapital und Kapitalismus. (Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften.) Tübingen 1916, Bd. 62, S. 328.
[2] Ebenda Bd. 63, 1917, S. 49.
[3] Ebenda Bd. 63, 1917, S. 85.

wirtschaft ihrer Inhaber, wird zum Charakteristikum der „kapitalistischen Wirtschaftsepoche".

Ich halte alle Definitionen des Kapitals, die das Schwergewicht auf die Geldform legen, für verfehlt. Wenn auch der tägliche Sprachgebrauch den Kapitalbegriff mit dem Gelde verbindet, so sollte die Wissenschaft diesen Sprachgebrauch nicht mitmachen. Kapital ist Erwerbsvermögen schlechthin, und die Geldform, in der das Kapital häufig auftritt und berechnet wird, ist für das Wesen des Kapitals nebensächlich. Der Nationalökonom hat alle Ursache die bedenkliche und weitverbreitete Verwechslung von „Geld" und „Kapital" zu bekämpfen. Dieser fehlerhaften Vermischung des Geld- und Kapitalbegriffs wird aber Vorschub geleistet, wenn man terminologisch den Kapitalbegriff in enge Beziehung zum Geldbegriff bringt.

Die Behauptung Liefmanns[1]: Das Geldkapital habe den Kapitalismus geschaffen, ist irreführend. Das Geldkapital hat die Geldwirtschaft geschaffen, nicht aber den Kapitalismus, der wieder eine besondere Erscheinungsform innerhalb der Geldwirtschaft darstellt.

6. Schließlich wenden wir uns gegen alle Erklärungen des Begriffs „Kapitalismus", die nach Sombarts Vorbild das Wesen des Kapitalismus in einer besonderen Art von geistiger Disposition, in einer bestimmten Art von Wirtschaftsgesinnung erblicken und dann von Kapitalismus sprechen, wenn der sogenannte kapitalistische Geist hervortritt.

Wir wollen hier kurz auf die Definition Sombarts eingehen. Im 20. Kapitel seines Werkes: Der moderne Kapitalismus, S. 327, wo er das Werden des Kapitalismus darstellt, erklärt er, daß der Kapitalismus aus dem tiefen Grunde der europäischen Seele erwachsen sei. „Es ist jener Geist, der seit dem ausgehenden Mittelalter die Menschen aus den stillen, organisch gewachsenen Liebes- und Gemeinschaftsbeziehungen herausreißt und sie hinschleudert auf die Bahn ruheloser Eigensucht und Selbstbestimmung." Der kapitalistische Geist soll nach Sombart den Kapitalismus geschaffen haben[2]: „Die aus Unternehmungsgeist und Bürgergeist zu einem einheitlichen Ganzen verbundene Seelenstimmung nennen wir dann den kapitalistischen Geist. Er hat den Kapitalismus geschaffen." Für Sombart ist also die Wirtschaftsgesinnung entscheidend, und er

[1] S. 87.
[2] S. 329.

unterscheidet die vorkapitalistische Wirtschaftsgesinnung und die kapitalistische Wirtschaftsgesinnung. Für die erstere sei maßgebend die Idee der Bedarfsdeckungswirtschaft. Im Gegensatz zu diesem früheren Wirtschaftssystem versteht er unter Kapitalismus ein Wirtschaftssystem, das sich folgendermaßen kennzeichnen ließe[1]: „Es sei eine verkehrswirtschaftliche Organisation, bei der regelmäßig zwei verschiedene Bevölkerungsgruppen, die Inhaber der Produktionsmittel, die gleichzeitig die Leitung haben, Wirtschaftssubjekte sind, und besitzlose Nurarbeiter (als Wirtschaftsobjekte), durch den Markt verbunden, zusammenwirken, und die von dem Erwerbsprinzip und dem ökonomischen Rationalismus beherrscht werde." Wie man sieht, sind in dieser Definition zwei verschiedene Momente verknüpft, das eine, ein objektives rechtlichsoziales Moment: die Bildung von zwei Klassen, der Besitzer der Produktionsmittel und der besitzlosen Arbeiter; das zweite Moment ist dann das psychologische, das Erwerbsprinzip und der ökonomische Rationalismus. Auf das psychologische Moment legt Sombart das entscheidende Gewicht. Immer wieder kommt er auf den kapitalistischen Geist, das Gewinnstreben u. s. f. zu sprechen. Man müsse also einen Willen zum Kapitalismus als einen Bestandteil des neuen Systems voraussetzen. Nur unter dieser Voraussetzung seien dann Staat, Technik und Edelmetallproduktion die Grundbedingungen der kapitalistischen Entwicklung. Die ersten Anzeichen kapitalistischen Wesens findet er im 13. Jahrhundert, und zwar im kapitalistischen Handel an einzelnen Stellen Italiens, zum Beispiel in Florenz. Die entscheidende Wendung zum Frühkapitalismus sei dann mit Wende des 15. und 16. Jahrhunderts. Der Hochkapitalismus habe sich jedoch erst im 19. Jahrhundert entwickelt.

Es scheint mir nicht richtig zu sein, das Wesen des Kapitalismus in einer besonderen geistigen Stimmung zu erblicken. Das, was Sombart immer wieder als typisch für den kapitalistischen Geist anführt, das Streben nach Gewinn, Profit, Erwerbssinn usw., das sind geistige Stimmungen, wie sie, wenn auch in verschiedenen Abstufungen, immer vorhanden waren, so lange es überhaupt Privateigentum gibt. Im ganzen Altertum, im Mittelalter und der Neuzeit sind immer die Menschen als Wirtschaftssubjekte von dem Streben nach Gewinn und Erwerb beseelt, so lange durch die objektiven Rechtsnormen, d. h. speziell durch die Privateigentumsordnung ihnen die Möglichkeit zum Erwerb gegeben ist. Hier gibt es nur graduelle

[1] S. 319.

Unterschiede, aber der Erwerbsbetrieb und das Gewinnstreben sind keine prinzipiellen Merkmale des sogenannten Kapitalismus. Daß der sogenannte Erwerbssinn erst erwacht sei nach dem Ende der handwerksmäßigen Wirtschaftsform, scheint mir falsch zu sein. Denn auch für den Handwerker ist die Gier „nach Geld und Gold" durchaus schon ebenfalls vorhanden.

Man kann den Begriff Kapitalismus nur dann klar abgrenzen, wenn man einschneidende technische und rechtliche Momente heraushebt, die in der Tat zu solchen großen Umwälzungen Anlaß gegeben haben, daß man von einer bestimmten neuen Wirtschaftsepoche spricht. Die psychologischen Momente aber, die Sombart immer wieder mit Vorliebe heranzieht, und die er unter dem Namen „kapitalistischer Geist" zusammenfaßt, sind aller individualistischer Wirtschaftsweise gemeinsam. Nicht der Geist der Eigensucht und nicht das Machtstreben und Unternehmungsdrang haben den Kapitalismus geschaffen. Diese subjektiven Momente haben immer im Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle gespielt, sondern konkrete, technische und soziale Vorgänge haben erst das hervorgebracht, was man unter Kapitalismus verstehen will. Darum, weil der Kapitalismus aus objektiven sozialen Institutionen hervorgegangen ist, kann man auch nicht sagen, daß er das Werk einzelner hervorragender Männer sei und daher kann man auch die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus nicht als eine „Geschichte von Persönlichkeiten" bezeichnen oder behaupten, er sei das Werk „einzelner hervorragender Männer" [1]. In erster Linie stehen immer die objektiven sozialen Institutionen und die technischen Voraussetzungen. Sind diese vorhanden, dann finden sich auch die Persönlichkeiten, die die Träger des sogenannten Kapitalismus sind. Welches diese objektiven Momente als die für das Wesen des sogenannten Kapitalismus maßgebend sind, werde ich später zeigen; ich will jetzt Stellung nehmen zu der Art und Weise, wie Passow selbst zum Begriff Kapitalismus Stellung nimmt.

Passow tritt dafür ein, den Ausdruck „Kapitalismus" ganz zu vermeiden und schlägt eine neue wirtschaftswissenschaftliche Terminologie vor [2]. Wenn man unser modernes Wirtschaftsleben, insbesondere das gewerbliche, mit einem zutreffenden kurzen Schlagwort bezeichnen wolle, so werde man es am besten die Wirtschaftsweise

---

[1] Sombart, a. a. O. I. Bd., 2. Aufl., S. 836.
[2] S. 125.

nennen, die durch das Vorwiegen des unternehmungsweisen Betriebes, insbesondere durch die Ausbreitung der großen Unternehmungen, ihr besonderes Gepräge erhalten habe. Also das Zeitalter der großen Unternehmungen: das sei eine einwandfreie und klare Bezeichnung, die das wirklich Wesentliche, Neue und Eigenartige der modernen Zeit scharf hervorhebe. In den meisten Fällen, wo von Kapitalismus, kapitalistischer Wirtschaftsweise, kapitalistischem Zeitalter usw. gesprochen werde, liege tatsächlich unausgesprochen der Gedanke an die Entwicklung und Ausbreitung der großen Unternehmungen zugrunde. Damit hat Passow zweifellos richtig das hervorgehoben, was wohl als das besonders charakteristische für das Zeitalter des Kapitalismus zu gelten hat. Aber mir scheint doch die ganze Bezeichnung zu allgemein und vag. Es fehlen dabei die konkreten, objektiven Faktoren, die für die Kennzeichnung und Abgrenzung dieser Wirtschaftsepoche von Bedeutung sind.

Ich würde meinerseits folgenden Vorschlag machen: Der Ausdruck Kapitalismus sollte in der wissenschaftlichen Literatur ganz vermieden werden. Wohl aber wird man unbedingt die Bezeichnung „kapitalistische Produktionsweise" nicht vermeiden können, muß dann aber auch scharf umgrenzen, was man unter kapitalistischer Produktionsweise zu verstehen hat. Hat man dies angegeben, so mag man immerhin die Zeit oder die Periode, in der diese kapitalistische Produktionsweise vorwiegend in die Erscheinung tritt, als Zeitalter des Kapitalismus bezeichnen Was ist das typische und entscheidende für die sogenannte kapitalistische Produktionsweise? Ich würde im Gegensatz zu Sombart und Marx das Zeitalter dieser kapitalistischen Produktionsweise erst in das 19. Jahrhundert verlegen. Erst im 19. Jahrhundert sind die Momente im Wirtschaftsleben in maßgebender Weise in den Vordergrund getreten, welche die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise bewirkt haben. Es soll darunter eine Produktionsform verstanden werden, wobei dem „Kapital", im Sinne von Erwerbsvermögen, im Gegensatz zu der Arbeit und zu den natürlichen Hilfsmitteln der Produktion eine überwiegende Bedeutung zufällt. Es sind meines Ermessens zwei wichtige Momente, die in der Wirtschaftsgeschichte einen so bedeutenden Zeitabschnitt ganz eigenartiger Beschaffenheit inauguriert haben, daß man das Zeitalter, in welchem diese Momente wirksam wurden, als eine neue Epoche des Wirtschaftslebens abgrenzen kann. Diese beiden Momente sind ein technisches und ein juristisches. Das technische Moment ist die gewaltige Umwälzung, die sich um die Mitte des 18. Jahr-

hunderts in der Technik der gewerblichen Produktion vollzogen haben. Es ist die maschinenmäßige Technik, welche in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die Erfindung des Webstuhls, der Spinnmaschine und durch die erfolgreiche Anwendung der Dampfkraft eine vollkommene Umwälzung in der Industrie hervorgerufen hat. Durch diese großen technischen Verbesserungen ist das ganze gewerbliche Leben im 19. Jahrhundert vollkommen umgestaltet worden. Erst die Anwendung dieser technischen Verbesserungen hat die Grundlage geschaffen zum Überwiegen der Großunternehmungen zuerst im Gewerbe und dann auch in allen anderen Zweigen des Wirtschaftslebens. Wenn es früher auch schon Großunternehmungen gegeben hat, so waren es Ausnahmen. Jetzt wurde die gewerbliche Großunternehmung die Regel und das Kleingewerbe trat in den Hintergrund. Zu diesem technischen Moment trat noch ein rechtliches. Um dieselbe Zeit, nämlich um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, in der diese Umwälzung der Technik stattfand, hat auch eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Rechtsordnung stattgefunden. Die alte gebundene Wirtschaftsweise wurde ersetzt durch die ungebundene Wirtschaftsweise. Die Aufhebung des Zunftwesens und der gewerblichen Privilegienwirtschaft durch die gesetzgeberischen Maßnahmen der französischen Revolution, bei der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen, der Aufhebung des Lehrlingsgesetzes in England haben die juristische Basis geschaffen, durch welche die vorher erwähnten technischen Errungenschaften auch praktisch vollkommen durchgeführt werden konnten. Erst mit Schaffung des freien Arbeitsvertrags und erst mit Beseitigung der vielen Beschränkungen des Wirtschaftslebens konnte sich der Zustand des Wirtschaftslebens herausbilden, den man meistens im Auge hat, wenn man von „Kapitalismus" spricht. Hierdurch waren auch erst die *sozialen Bedingungen* geschaffen, aus denen bestimmte wirtschaftliche Erscheinungen des sogenannten Kapitalismus eintraten, wie zum Beispiel die Tendenzen zur Akkumulation, die Krisen und die Kartelle, die in ihrer wirtschaftlichen Sonderart erst im 19. Jahrhundert zu verzeichnen sind. Also dasjenige, was Sombart als Hochkapitalismus bezeichnet und Marx als die volle Entfaltung des Kapitalismus, das allein scheint mir den Namen Kapitalismus zu verdienen, wenn man ihn überhaupt anwenden wollte; aber da es sich hier mehr um ein Schlagwort handelt, würde ich den präziseren Ausdruck „kapitalistische Produktionsweise" vorziehen. Dieser sogenannte Kapitalismus ist es auch, der erst bestimmte Auswüchse gezeigt hat, die man als

Ausartung des Kapitalismus zu bezeichnen pflegt. In diesem Sinne pflegt auch die historische Literatur die Ära des Kapitalismus aufzufassen. So sagt zum Beispiel Friedjung[1]: „Um die Mitte des 19. Jahrhunderts kündigten sich härtere Zeiten an. — Der ökonomische Liberalismus hatte sich in der Hoffnung gewiegt, das ungehemmte Walten der Kräfte werde zu harmonischem Ausgleiche führen, die Freiheit müsse die vom Egoismus geschlagenen Wunden heilen; statt dessen aber wucherten die Auswüchse des Kapitalismus zu unerträglicher Höhe."

Ich glaube, daß mein Vorschlag den Vorzug hat, daß man zu einer wirklich konkreten und sicheren Abgrenzung der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsperiode gelangt; denn alle früheren Erscheinungen, die man als Frühkapitalismus oder als Vorkapitalismus bezeichnet hat, weisen doch nicht annähernd die grundlegenden neuen Erscheinungen auf, wie die, welche um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts in die Erscheinung getreten sind. Man mag sprechen von Beginn des Großgewerbes und großgewerblichen Unternehmungen, man mag sprechen von stärkerem Hervortreten der Geldwirtschaft, von einer größeren Ausdehnung des Marktverkehrs und Geldverkehrs, aber mit alledem ist doch nicht gekennzeichnet, was man unter eigentlich kapitalistischer Wirtschaftsweise verstehen will. Große Unternehmungen hat es im Altertum und im Mittelalter schon gegeben, aber erst unter dem Einfluß der genannten Momente sind sie so typisch geworden, daß sie einer bestimmten Wirtschaftsepoche den Stempel aufprägen. „Das Vorwiegen der großen Unternehmungen", wie Passow meint, scheint mir also nicht ausreichend, es muß, um den Begriff „kapitalistische Wirtschaftsweise" klar abzugrenzen, der Hinweis auf die konkreten, technischen und sozialen Bedingungen hinzukommen, unter denen mit einer gewissen Notwendigkeit das Vorwiegen der großen Unternehmungen sich herausstellen mußte.

---

[1] Heinrich Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus, 1884 bis 1914, S. 7.

Probleme der Tagespresse

Von Dr. Otto Jöhlinger
Dozent der Staatswissenschaften und Zeitungskunde

Inhaltsverzeichnis: I. Sozialisierungsbestrebungen S. 215—231. Ist die Presse sozialisierbar? S. 215. Schairers Vorschläge S. 215. Inserat und Presse S. 216. Mißstände des Inseratwesens S. 221. Das staatliche Inseratenmonopol S. 223. Kritik der Sozialisierungsvorschläge S. 226. — II. Zeitungskunde als Lehrfach S. 231—240. Bisherige Ansätze S. 231. Mohrs Vorschläge S. 233. Hochschulstudium und Zeitungswesen S. 235.

I.

Sozialisierungsbestrebungen

Während der Revolution sind zahlreiche „Propheten" aufgetaucht, von denen jeder ein anderes Heilmittel uns gepredigt hat. Die einen wollen alle Bäckerläden beseitigen, die anderen das Fleischergewerbe, ganz besonders Dilettanten sogar glaubten die Landwirtschaft für die Sozialisierung empfehlen zu müssen! Einige Heilsverkünder glaubten darüber hinaus ein Gebiet für die Sozialisierung vorschlagen zu müssen, nämlich die Presse. Hierbei kamen keine wirtschaftlichen Momente in Betracht, sondern entweder kulturelle oder ethische oder soziale Gesichtspunkte. Und dennoch zeigen alle Vorschläge, die hier gemacht wurden, eine völlige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Daß man unter der Herrschaft der bayerischen Räterepublik gerade sich mit Wucht auf die Presse gestürzt hat, ist psychologisch begreiflich, wenn man bedenkt, wie groß der Prozentsatz von „Literaten" unter den Machern der bayerischen Revolution gewesen ist. Und nicht mit Unrecht hat ein kluger Mann das Vorgehen in München charakterisiert als „Schwabings Rache". Und so war denn auch das, was man in Bayern die Sozialisierung der Presse nannte, nichts weiter als ein elendes Stümperwerk von geistreichseinwollenden Dilettanten.

Sind nun alle Versuche, die bis jetzt auf dem Gebiete der Sozialisierung der Presse gemacht worden sind, nicht ernst zu nehmen, so gilt dieser Einwand nicht gegenüber einem soeben erschienenen Büchlein aus der Feder von Erich Schairer[1]. Hier haben wir

[1] Erich Schairer, Sozialisierung der Presse. Verlag von Eugen Diederichs in Jena, 1919.

es nicht mit einem Dilettanten zu tun, sondern mit einem Fachmann, vor allem mit einem Mann, der nicht erst seit November 1918 für die Idee der Sozialisierung der Presse eintritt, sondern der früher schon mehrfach offen ähnliche Gedanken vertreten hat. Und wenn wir uns an dieser Stelle etwas ausführlicher mit Schairers Ideen befassen, so hängt das damit zusammen, daß es sich hier um ein wirklich ernstes Bestreben handelt, vorhandene Schäden zu bessern und Mißstände zu beseitigen. Der gute Wille, etwas zu leisten, ist bei Schairer deutlich erkennbar, und vor allem kann ihm die Sachkunde nicht abgesprochen werden. Eine andere Frage ist es aber, ob der Weg, den er vorschlägt, der richtige ist. Um unseren Lesern ein Bild davon zu geben, um was es sich handelt, sei nachstehend das Problem erörtert. Unter Zugrundelegung der Ausführungen Schairers soll zunächst der heutige Zustand des Zeitungswesens geschildert werden, alsdann wird die Kritik dieses Zustandes wiedergegeben, daran schließt sich eine Erläuterung der Reformpläne Schairers an und schließlich soll versucht werden, die Gegengründe zu würdigen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Zeitungswesen sind den meisten ein völlig verschlossenes Gebiet. Während man über weiteste Zweige des Wirtschaftslebens oft gut unterrichtet ist, fehlt diese Kenntnis auf dem Gebiete des Zeitungswesens selbst bei solchen Männern, bei denen man mehr Verständnis erwarten dürfte. Auf die Gründe soll hier nicht eingegangen werden. Daß die Statistik auf dem Gebiete des Zeitungswesens mangelhaft ist, ist eine bekannte Tatsache. Wissen wir doch nicht einmal, wie hoch die Produktion im Zeitungsgewerbe ist, während wir auf fast allen anderen Gebieten über mehr oder minder einwandfreie Produktionsstatistiken verfügen. Die Produktionsziffern im Zeitungsgewerbe kennen zu lernen, wäre eine wichtige Voraussetzung, um sich ein Bild von der Bedeutung des Zeitungswesens nicht nur in unserem Wirtschaftsleben, sondern auch in unserem Geistesleben zu machen. Schairer nimmt an, daß jährlich in Deutschland ungefähr fünf Milliarden Zeitungsnummern produziert werden. Es würde also auf jeden dritten Kopf der deutschen Bevölkerung eine Zeitung entfallen. Diese Ziffer deckt sich mit einer Berechnung, die Karl Bücher vor einiger Zeit angestellt hat. Ob sie zutreffend ist, kann nicht untersucht werden; aber nehmen wir einmal an, sie sei richtig. Eine so hohe Ziffer wird selbst eingeweihte Kreise in Erstaunen setzen, und sie ist unstreitig ein Beweis dafür, welche Verbreitung

bei uns das Zeitungswesen hat. Wenn es nun möglich gewesen ist, unsere Zeitungsproduktion auf eine derartige Höhe zu bringen, dann müssen hier Gründe vorliegen, die diese Entwicklung begünstigt haben, und ein Grund dafür ist die Tatsache, daß kein Erzeugnis der Druckerpresse, weder Bücher, noch Broschüren, noch Zeitschriften derartig billig sind wie die Tagespresse. Nur der geringe Kostenaufwand, mit dem Zeitung erhältlich sind, ermöglicht eine so ungeheuere Verbreitung. Für den Laien ist diese Tatsache oft ein Rätsel. Für jeden, der nur einigermaßen sich mit dem Zeitungswesen beschäftigt hat, ist die Lösung sehr naheliegend: alle Zeitungen werden schon in normalen Zeiten mehr oder weniger erheblich unter dem Selbstkostenpreis abgegeben, bei allen deckt der Bezugspreis nur einen Teil der wirklichen Aufwendungen. Möglich ist dieser Zustand dadurch, daß noch ein anderer außer dem Bezieher an der Kostendeckung der Zeitung teilnimmt, nämlich derjenige, der der Zeitung Anzeigenaufträge übermittelt. Lediglich deshalb, weil die Zeitung Inserateinnahmen hat, ist sie imstande, unter dem Herstellungspreise verkaufen zu können. Das sieht auch Schairer ein, wenn er sagt: „Das Papier allein, das in Gestalt der Zeitung geliefert wird, dürfte dem Verleger teurer zu stehen kommen, als den Abonnenten die fertige Nummer, die ihm ins Haus geliefert wird.“ Schon aus dieser Tatsache ersieht man die Bedeutung, die der Inseratenteil in wirtschaftlicher Beziehung für das gesamte Zeitungsgewerbe ausübt. Das war nicht immer so. In früheren Jahren war in Preußen das Inseratenwesen Staatsmonopol. Inserate durften nur in den sogenannten „privilegierten Intelligenzblättern“ erscheinen. Die Folge davon war, daß in den nichtprivilegierten Blättern nur ganz unbedeutende Anzeigen erschienen, oder solche, die bereits im Intelligenzblatt abgedruckt waren. Trotzdem das Intelligenzwesen ein wirtschaftlicher Fehler war, hat man an dieser Institution 125 Jahre festgehalten mit dem „Erfolge“, daß das Potsdamer Waisenhaus, dem die Erträge aus dem Intelligenzwesen zuflossen, jährlich ganze 30000 Taler Einnahmen erhielt, das heißt weniger, als heute eine einzige mittlere Zeitung bereits an Steuern und sozialen Lasten aufbringt. Von dem Augenblick aber, in dem das staatliche Inseratenmonopol verschwand, datiert der Aufschwung der deutschen Presse, von dem Augenblick an datiert auch der Aufschwung des Inseratenwesens. Denn während

des staatlichen Inseratenmonopols hatte das Inserieren wenig Wert. Inserate haben nur dann Zweck, wenn sie verbreitet sind, wenn sie einen großen Leserkreis finden. Der war aber bei den Intelligenzblättern niemals vorhanden. Welche Bedeutung heute das Inseratenwesen hat, geht daraus hervor, daß der „Berliner Lokalanzeiger“ im Jahre 1910 6 Mill. Mk. für Inserate einnahm, während nach den Angaben Schairers die Abonnementseinnahmen gleichzeitig 3 Mill. Mk. betrugen. Es gibt aber Zeitungen, bei denen das Verhältnis noch auffallender ist, bei denen die Inserate mehr als 60% der Einnahmen ausmachen.

Es entsteht die Frage: Soll man an diesen Verhältnissen etwas ändern, soll man die Inserate der Presse entziehen und die Zeitungen ausschließlich auf den redaktionellen Teil beschränken? Bevor wir diese Frage beantworten, müssen wir erst untersuchen, ob aus der Tatsache, daß eine Zeitung nicht nur Nachrichten und Aufsätze bringt, sondern auch Inserate, sich Mißstände ergeben, ob erstens die Öffentlichkeit hiervon Nachteil hat, und zweitens ob die Bezieher der Zeitungen durch den Inseratenteil geschädigt werden.

Es hat nicht an Kritikern des heutigen Zustandes des Zeitungswesens gefehlt, mehr als einmal sind Tatsachen erwähnt worden, die zu Bedenken Veranlassung gaben. Und es ist auch durchaus verständlich, daß vielfach die Tatsache, daß die Zeitung auf der einen Seite die höchsten Interessen der Menschheit vertreten will, auf der anderen Seite aber jeder öffentlichen Ankündigung die Spalten öffnet, als ein Widerspruch empfunden wurde. An sich erscheint die Tatsache, daß eine Zeitung sowohl einen redaktionellen Teil hat als auch einen Inseratenteil, durchaus nicht bedenklich, wenn nicht durch eine solche Verbindung Schäden herbeigeführt werden. Aber es ist die Möglichkeit vorhanden, daß solche Schädigungen eintreten. Das ist dann der Fall, wenn ein Zusammenhang zwischen Inseratenteil und Schriftleitung besteht, wenn der Inserent seine Macht ausnützt, um dadurch auf die Redaktion einen Druck oder einen Einfluß auszuüben. Schairer verallgemeinert aber, wenn er sagt: „Die Rente kommt vom Inseratenteil, und daher ist die Zeitung vom Inseratenteil abhängig.“ Diese Angabe ist nicht zutreffend. Vom Inseratenteil ist lediglich das wirtschaftliche Gedeihen der Zeitung abhängig. Das ist aber nicht identisch mit der Redaktion. Und das gibt Schairer selbst zu, wenn er an anderer Stelle schreibt:

„Diese Abhängigkeit tritt natürlich nicht immer auffällig zutage. Es gibt genug Zeitungen, bei denen sie bewußt nicht besteht, und bei der Mehrzahl wird sie sich weit mehr in Unterlassungen als in Handlungen ausdrücken. Große politische Blätter kümmern sich im redaktionellen Teil wohl kaum um die Interessen von Einzelinserenten, höchstens vielleicht von Inserentengruppen, die dann der politischen Redaktion sowieso nahe stehen mögen. Sie können es sich sogar leisten, die Annahme von Inseraten abzuweisen, die ihnen mit der Würde oder Haltung des Blattes unvereinbar erscheinen."

Diese Bemerkungen sind durchaus zutreffend. Die Fälle, in denen die Redaktion sich nicht um die Inserenten kümmert, sind aber nicht so vereinzelt, wie Schairer anzunehmen scheint. Sie sind bei anständigen Blättern selbstverständlich, und Gott sei Dank bilden ja bei uns die anständigen Blätter die Mehrzahl, im Gegensatz zum Ausland, mindestens soweit es sich um die großen Zeitungen handelt. Und selbst ein so kritischer Geist wie Walther Rathenau hat einmal ausgesprochen: „Es ist ein Glück Deutschlands, daß seine Presse unabhängig ist," und ein Mann wie Walther Rathenau hatte oft genug Gelegenheit, die Zustände in der Presse kennen zu lernen. Er würde einen solchen Ausspruch nicht getan haben, wenn die Voraussetzungen, von denen Schairer ausgeht, in einem einigermaßen ins Gewicht fallendem Umfange vorhanden wären. Schairer sagt selbst, daß die öffentliche Meinung nichts dabei findet, wenn im Inseratenteil einer Zeitung einmal die umgekehrte Meinung vertreten oder die entgegengesetzte Tendenz verfolgt wird, wie im textlichen Teil. Gerade darin kommt aber die Unabhängigkeit unserer Presse am deutlichsten zum Ausdruck. Wenn die Zeitung Inserate aufnimmt, die ihrer Tendenz widersprechen und sie im textlichen Teil einen anderen Standpukt betont, so zeigt sie eben, daß Redaktion und Inseratenteil scharf voneinander getrennt sind und daß der Inseratenteil keinen Einfluß auf die Redaktion hat. Das tritt dann namentlich in die Erscheinung, wenn in dem Handelsteil direkt Warnungen vor Finanzinseraten erlassen werden, wodurch der beste Beweis geliefert wird, daß sich die Redaktion durch Inserataufträge nicht beeinflussen läßt. Und an derartigen Warnungen vor Inseraten, die in der gleichen Nummer abgedruckt sind, ist in Deutschland durchaus kein Mangel. Sie gehören zu den Selbstverständlichkeiten der anständigen und unabhängigen Presse.

Wenn nun Schairer die Gründung einer Anzeigenvermittlungs-Gesellschaft zum Anlaß nimmt, sich folgenden Satz zu leisten: „Nicht die Zensur ist die gefährlichste Feindin der Pressefreiheit, sondern die Vorherrschaft des Inseratenteils," dann verwechselt er zwei Begriffe, nämlich Pressefreiheit und Sauberkeit. Eine Vorherrschaft des Inseratenteils würde zunächst nur die Sauberkeit beeinflussen, nicht aber die Pressefreiheit, denn darunter ist etwas ganz anderes zu verstehen.

Nun wirft Schairer die Frage auf: Ist die Qualität der Zeitungen gegenüber den Zeiten unserer Väter und Großväter besser geworden? Und er verneint diese Frage. Jeder, der nur einigermaßen objektiv die Entwicklung unseres Zeitungswesens verfolgt hat, muß zugeben, daß das heutige Zeitungswesen turmhoch über dem früheren steht und daß seine Entwicklung nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht unstreitig aufwärts geht. Daß natürlich auch unsere Presse mit „Schönheitsfehlern" behaftet ist, wird kein Mensch bestreiten; hierzu gehört die etwas allzu ausgedehnte Berichterstattung über lokale Vorgänge, Sport, Gerichtsvorkommnisse und dergleichen. Aber liegt hier die Schuld lediglich auf der Seite der Presse? Ist nicht hier das Publikum zum mindesten mitschuldig, das eine solche Berichterstattung verlangt? Werden nicht oft die Zeitungen geradezu gedrängt, ausführliche Berichte über die schmutzigsten Vorgänge zu machen? Gewiß wäre es gut, wenn die Zeitungen sich solchen Wünschen entgegenstemmen; aber wenn man die Verhältnisse kritisch betrachtet, muß man sagen, die Schuld liegt hier nicht allein bei den Zeitungen. Eine ungeheure Übertreibung ist es aber, wenn Schairer ohne jede Einschränkung sagt: „Das durchschnittliche kulturelle Niveau unserer Presse ist schlechthin beschämend." Hier setzt sich Schairer doch allzusehr in Widerspruch zu den Aussprüchen wirklich maßgebender Männer. Ich brauche nur das Urteil eines so hervorragenden Fachmannes wie Karl Bücher anzuführen, der wörtlich sagt:

„Jede Nummer eines großen Tageblattes, die heute erscheint, ist ein Wunderwerk der kapitalistisch organisierten volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und der maschinellen Technik, ein Mittel des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs, in dem sich die Wirkungen aller anderen Verkehrsmittel, der Eisenbahn, der Post, des Telegraphen und Fernsprechers in einem Brennpunkte vereinen."

Und an anderer Stelle sagt Bücher:

„Man kann und wird gewiß gern zugeben, daß die deutsche Tagespresse verglichen mit England, Frankreich, Belgien und Rußland, im ganzen sich würdig hält, und daß ihre eigenen Leistungen turmhoch hervorragen über die des feindlichen Blätterwaldes.“

Aus der Fülle der sonstigen Äußerungen wirklich unparteiischer Männer sei nur noch eine wiedergegeben. Der ausgezeichnete Nationalökonom Professor Eugen von Böhm-Bawerk, der Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien sagte über die Presse:

„Die Presse ist eine Fundgrube wertvollen Materials, eine reichhaltige, zuverlässige wirtschaftliche Weltchronik.“

Man sieht also, daß die Verurteilung der Presse, daß das Jonglieren mit den Ausdrücken wie Kulturlosigkeit, Halbbildung, Mangel an Verantwortung und dergleichen ohne Einschränkung in bezug auf die deutsche Presse nicht Verwendung finden kann. In Österreich liegen die Verhältnisse freilich ganz anders. Dort ist die Presse in erheblichem Umfange korrupt und das Niveau ist dort ganz erheblich niedriger als in Deutschland.

Schairer vertritt nun den Standpunkt, daß selbst wenn ein Einfluß des Inseratenteils auf die Zeitung nicht bestände, schon durch das Inseratenwesen selber dem allgemeinen Wohl schlecht gedient sei. Denn selbst anständige Blätter brächten es nicht über sich, Schwindel- und Schmutzanzeigen ihre Spalten zu verschließen. Zunächst ist dazu zu bemerken, daß wohl die meisten anständigen Zeitungen auch auf Sauberkeit des Inseratenteils halten, und daß gerade in dieser Beziehung die Verhältnisse sich erheblich gebessert haben. Man sehe sich einmal den Inseratenteil eines sehr angesehenen Blattes vor zehn Jahren und heut an, und man wird unschwer erkennen, daß eine Reinigung des Inseratenteils aus eigener Initiative der Zeitung erfolgt ist. Aber man darf auch von der Presse nicht zu viel verlangen. Wie soll eine Inseratenstelle bei einer Anzeige feststellen, ob sie ehrlich gemeint ist oder nicht, ob das Mittel gegen Heuschnupfen wirksam ist oder schädlich, ob die Neugründung einer Strumpfwarenfabrik auf soliden Unterlagen beruht oder ein Schwindelunternehmen ist? Hier dem Inseratenteil eine Kontrolle zuzumuten, hieße ihm eine Last aufbürden, die niemand, selbst eine staatliche Institution nicht, tragen kann. Gewiß schlüpft manchmal ein unsauberes Inserat durch, werden Geldgeschäfte von Wucherern inseriert, aber wie soll jeder

einzelne Fall geprüft werden? Für Schairer bestehen derartige Bedenken nicht. Er nimmt die Mißstände, die vorhanden sind, zum Anlaß, über die gesamte Reklame herzufallen, die seiner Ansicht nach die Bedürfnisse verwirrt und den Markt in ein Chaos verwandelt. Der Leser würde „durch das Reklamegebrüll abgelenkt und verführt, seine Bedürfnisse suggestiv verfälscht und falsch befriedigt. Ohne die Zeitung hätte das Wucherer- und Schiebertum bei weitem nicht in die giftige Blüte schießen können, wie wir es erlebt haben." Eine stärkere Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse ist kaum denkbar. Gerade während des Krieges haben wir es erlebt, daß die Schieber und Schleichhändler sich nicht der Inserate bedienen. Oder kann Herr Schairer vielleicht Inserate zeigen, wo „Butter über den Höchstpreis", „Eier, die der Beschlagnahme entzogen waren", oder „Fleisch aus Schwarzschlachtungen" angezeigt waren? Gerade das Schiebertum scheut das Licht des Inseratenteils. Das fristet sein Dasein in Kaffeehäusern, Winkelbörsen und an sonstigen dunklen Orten. Aber führt die Reklame wirklich zu einer Verwirrung des Marktes? Will Schairer im Ernst den Worten Sombarts widersprechen, der gesagt hat: „Die Inseratenreklame ist in der Tat eine Art stummer Marktverkehr großen Stils."

Und kein Geringerer als der österreichische Minister und ausgezeichnete Nationalökonom Mataja hat sehr richtig gesagt:

> „Es ist geradezu ein Gemeinplatz in der Reklamefachliteratur oder in den Äußerungen hervorragender Reklameanwender, daß sich eine ausgedehnte, ausharrende Reklame nur bei preiswerten Waren verlohne, daß, wer die Welt auf die Dauer foppen will, schließlich selbst der Gefoppte sei, daß das Ziel einer geschäftsklugen Reklame nicht die Gewinnung von Gelegenheitskäufern bilden könne, sondern die Heranziehung von ständigen Kunden sein müsse."

Einfach behaupten zu wollen, daß durch den Inseratenteil das Publikum betrogen wird, ist eine absolut schiefe Darstellung, ein völliges Verkennen der wirtschaftlichen Grundlage der Reklame.

Schlimm ist es allerdings, wenn Erich Schairer seine über das Maß hinausschießenden Angaben zum Anlaß nimmt, der Presse den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu versagen. Er begründet seine Auffassung damit: „Ein Unternehmen, daß in dem Maße an das private Einzelinteresse gebunden ist wie das heutige Zeitungswesen, kann aus seinem Wesen heraus den Anspruch nicht ernstlich

erheben und durchfechten, daß es zur Wahrung öffentlicher Interessen berufen sei." Stellt man sich auf diesen Standpunkt, vertritt man die Auffassung, daß die Presse keine öffentlichen Interessen vertritt, dann degradiert man die Presse, drückt sie auf ein tieferes Niveau und erreicht gerade das, was Schairer verhindert wissen will. Je höher man aber die Presse hebt, je mehr man ihre Rechte schützt, um so freier kann sie sich entfalten und um so sicherer ihr wirkliches Ziel, nämlich den Schutz der öffentlichen Interessen verwirklichen.

Schließlich wird von Schairer als Kritik des Zustandes noch die Tatsache angeführt, daß im Zeitungsgewerbe eine ungeheure Verschwendung von Rohstoffen und Materialien getrieben würde. Es gäbe in Deutschland zu viele Zeitungen, und für einen großen Teil von ihnen sei kein ernsthaftes Bedürfnis vorhanden. Dem gegenüber kann nur auf das Wort eines sehr guten Kenners des Pressewesens hingewiesen werden, der gesagt hat: „Die Zeitung kann nur durch die Zeitung geheilt werden." Das soll bedeuten, daß, wenn eine Zeitung einmal einen Schaden anrichtet, dieser durch die Vielzahl der Zeitungen korrigiert wird. Und es ist unstreitig ein Vorzug Deutschlands, daß unser Geistesleben nicht uniformiert ist, daß wir eine solche Vielzahl von Geisteskulturen haben, daß wir nicht wie andere Länder nur ein Geisteszentrum besitzen, sondern zahlreiche, und daß diese Vielzahl auch in der Gestaltung unseres Zeitungswesens einen Wiederspiegel finden muß. Die Verhältnisse in England können hier nicht vorbehaltlos, wie es Schairer macht, zum Vergleich herangezogen werden, denn man muß die völlig anders geartete historische Entwicklung Deutschlands berücksichtigen und damit die Tatsache, daß England nur zwei große Parteien, Deutschland aber eine Vielzahl hat. Die Verhältnisse im deutschen Zeitungswesen haben sich historisch entwickelt, und man kann sie nicht ohne weiteres beseitigen.

Daß in der deutschen Presse vieles reformbedürftig ist, hat noch nie ein Journalist bestritten. Es sind, wie schon vorher gesagt, zweifellos Schönheitsfehler vorhanden. Aber nicht nur das, es gibt auch offensichtliche Mißstände. An der Verbesserung zu arbeiten, ist Aufgabe der Berufsvertretungen, und zwar müssen gemeinsam sowohl die Journalisten als auch die Verleger die Hand dazu bieten. Mit Hilfe der Selbstverwaltung können alle Schäden beseitigt werden. Anderer Auffassung ist Schairer. Er will die Staatshilfe. Er will, um es mit einem Wort zu sagen, die Monopolisierung

des Inseratenwesens. Er nennt das Gemeinwirtschaft. In Wirklichkeit aber ist es etwas ganz anderes. Es ist ein Rückfall in die Zeiten Friedrichs des Großen, wobei vergessen wird, daß sich die Verhältnisse seit jener Zeit völlig verschoben haben und daß das, was damals galt, heute mit ganz anderen Augen angesehen werden muß.

Die Forderungen Schairers sind: planmäßige Bewirtschaftung des Zeitungswesens, Feststellung der unwirtschaftlichen Verschwendung und eine grundsätzliche staatliche Erhebung. Gegen die Statistik wird sich nichts einwenden lassen. Ein statistischer Überblick über den Zeitungsmarkt ist nicht nur außerordentlich interessant, sondern auch wirtschaftlich sehr wichtig. Dann aber verlangt Schairer, das untersucht werden soll, inwieweit die Zeitung ihre wirtschaftliche Funktion erfüllt, wie sie die Vermittlung von Angebot und Nachfrage bewirkt und ob die Erfüllung dieser Aufgaben wirtschaftlich ist oder nicht. Ohne aber das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten, sagt Schairer schon heute: „Dabei wird sich herausstellen, daß unser heutiges Zeitungswesen nicht nur eine Unmenge von Rohstoffen (Papier und Farbe), Energiequellen (Kohle, elektrische Kraft), Maschinen und menschliche Arbeitskräfte sinnlos verschwendet, sondern auch das Überwuchern des Inseratenteils innerhalb der Zeitungen und Zeitschriften unvernünftig und letzthin unwirtschaftlich ist." Den Beweis dieser Behauptungen bleibt uns Schairer schuldig. Er macht nicht einmal den Versuch, diese Behauptungen zu belegen. Das hindert ihn aber nicht, sofort zu verlangen, daß aus seinen Feststellungen die Konsequenzen gezogen werden. Alsdann verlangt Schairer die Reduzierung der Zeitungen und Zeitschriften und die Einschränkung des Inseratenwesens nach Umfang und Inhalt. Die Lösung dieses Problems erscheint ihm sehr leicht: „Das einzige Mittel beides mit Sicherheit zu erreichen, ist die Wiedereinführung des staatlichen Inseratenmonopols." Hiervon verspricht sich Schairer das alleinige Heil, und er verlangt, daß in jedem Kreise (Oberamt, Bezirksamt, Amtshauptmannschaft) ein **einziges** staatlich kontrolliertes Blatt als allgemeines Nachrichten- und Anzeigeblatt erscheint, mit der alleinigen Befugnis zu der Veröffentlichung von Inseraten, deren Annahme überdies von ihrem volkswirtschaftlichen Wert und ihrer Wirkung auf die Volkswohlfahrt abhängig gemacht

werden muß. Daneben wäre für jede Wirtschaftsgruppe einem einzigen Fachblatt die Befugnis zum Abdruck von Inseraten zu erteilen. Danach ist nach Schairers Auffassung die Wirtschaft, wie auch der Markt, sowohl horizontal als auch vertikal gegliedert. Sämtlichen übrigen Zeitungen und Zeitschriften wäre die Veröffentlichung von Inseraten nicht gestattet. Das sind in kurzen Zügen dis Reformpläne, die Schairer hat. Er versucht sie auch kurz zu begründen: Die Folge wäre nach seiner Auffassung eine „grundstürzende Umwälzung" des ganzen Zeitungswesens. Vor allem müßten — und darin hat Schairer auch durchaus Recht — die inseratlosen Zeitungen und Zeitschriften den Bezugspreis um das Doppelte und darüber erhöhen, nämlich so weit, daß die Einnahmen aus den Bezugsgeldern sämtliche Unkosten und die Verzinsung decken. Dann würden viele Zeitungen eingehen, wie Schairer meint, diejenigen, die es wegen mangelhaften Inhaltes verdienten. Die großen politischen Blätter würden sich behaupten können. „Wahrscheinlich würden dann wie früher zwei, drei oder mehr Haushaltungen oder Einzelleser sich eine bestimmte Zeitung zusammenhalten, was im Interesse der Papierersparnis unter allen Umständen wünschenswert wäre. Die wichtigen und meisten Nachrichten würden im amtlichen Kreisblatt erscheinen, so daß die privaten Blätter auf ihre Kommentierung sich beschränken könnten. Der Wettlauf der Zeitungen um die neuesten Nachrichten würde dann aufhören." Schairer leistet sich alsdann folgenden Satz:

> „Die inseratlose Zeitung würde sich in ihrem Charakter mehr der Zeitschrift nähern auch äußerlich, indem sie auf tägliches oder gar täglich zweimaliges Erscheinen verzichtet."

So könnte vielleicht die Erhöhung des Bezugspreises vermieden werden, und gänzlich verschwinden würde die Abhängigkeit vom Inseratenteil, die Quelle der Degeneration unserer politischen Presse. Das wäre erst die wahrhafte Preßfreiheit. Dann würde sich ein ganz anderer Journalistenstand herausbilden, der auf einem wesentlich höheren Niveau stände als jetzt. Die üblen Elemente aus dem Journalistenstand würden verschwinden und es würde ein gesunder Zustand sich entwickeln. Die Amtsblätter, die Schairer vorschlägt, würden so stark gelesen werden, wie irgend ein Generalanzeiger, vielleicht sogar noch stärker, weil sie die einzigen Blätter sind, die Inserate enthalten, und zwar Inserate, die wirklich einem Bedürfnis entsprechen. Wenn durch die Verringerung der

Reklame die Bedürfnisse vermindert werden, so sei das vorteilhaft, es sei für uns um so besser, als jetzt weniger konsumiert würde. Es würde um so mehr Kapital gespart werden, um so mehr Güter würden für die Ausfuhr frei. Aber Schairer sieht ein, daß man im Wege der Inseratenverstaatlichung doch nicht ganz das Ziel erreicht, und er schlägt daher daneben noch, freilich als Übergangserscheinung, die sogenannte „Inseratenlizenz“ vor, das heißt, daß private Zeitungen zur Annahme von Inseraten berechtigt sind, wenn die Inserate auch in den amtlichen Insertionsorganen erscheinen. Folgerichtig müßte mit dieser Inseratenlizenz ein staatliches Inseratenvermittlungsmonopol verbunden werden. Für Reklameinserate soll eine Zensur eingeführt werden, die feststellt, ob sie nicht gemeingefährlich oder gemeinschädlich sind.

Aufgabe der amtlichen Kreisblätter wäre es, Anzeigenblätter zu sein, Nachrichtenblätter und zugleich Bildung und Erziehung des Volkes zu bewirken. Vor allem soll auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes eine Zentralisation erfolgen, so daß sowohl Stellenangebote wie Stellengesuche nur im Amtsblatt erscheinen.

Wenn die Zeitungen besondere Depeschen bringen und mehr leisten als der amtliche Apparat, dann sollen sie auch entsprechend teurer sein: „Es ist nicht anders als billig, wenn der Konsument von besonderen und besonders aufgemachten Neuigkeiten, der Zeitungsfeinschmecker, diese auch entsprechend bezahlen, wie man Luxuswaren teurer bezahlt als das gewöhnliche tägliche Brot.“ Und schließlich sollen die Amtsblätter werden „das gegebene Instrument der Volkserziehung und Volksbildung“. Die besten Köpfe, die tüchtigsten Kräfte Deutschlands würden als Redakteure sich mehr und mehr spezialisiren. Die positive und aufbauende Tätigkeit würde der amtlichen Presse überlassen bleiben. —

Im vorstehenden Abschnitt habe ich ohne Kritik die Vorschläge Schairers wiedergegeben, um dem Leser einen Einblick in diese Gedankengänge zu ermöglichen, um zu zeigen, was Schairer erreichen will und auf welchem Wege. Sind aber die Wege gangbar? Führen sie uns nicht statt aufwärts in einen tiefen Abgrund? Wer ohne Voreingenommenheit diese Fragen prüft, für den kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. So gut gemeint die Vorschläge Schairers sind, so ernsthaft er sich auch bemüht, eine Lösung zu finden — Schairers Vorschläge sind keine Verbesserung der jetzigen Zustände. Sie führen mit unvermeidbarer Sicherheit zu

einem Abgrund nicht nur des Zeitungswesens, sondern unserer ganzen öffentlichen Meinung. Die Endstrecke des Weges heißt Korruption. Wenn die deutsche Presse sich bisher rein gehalten hat, war das nicht zum mindesten die Folge ihrer jetzigen kapitalistischen Verfassung. Und es ist eine alte Erfahrung, daß je kapitalkräftiger ein Verleger ist, je größer die Einnahmen einer Zeitung aus dem Inserateil sind, um so eher der Unternehmer imstande ist, sich den Wünschen der Inserenten auf besondere Berücksichtigung entgegenzustemmen. Zeitungen, die nur einen kleinen Inseratenteil haben, bei denen die Einnahmen nur gering sind, sind von den einzelnen Inserenten viel abhängiger als Zeitungen mit großem Inseratenteil. Wer das bestreitet, der sehe sich einmal die Verhältnisse in Frankreich an. Wie allgemein bekannt, spielt der Inseratenteil in der französischen Presse eine untergeordnete Rolle. Französische Zeitungen haben nur wenig Anzeigen. Welche Folgen hat das in Frankreich? Zunächst ist der Nachrichtendienst nicht so gut ausgestaltet wie in Deutschland. Denn der Nachrichtendienst kostet Geld, und so hohe Aufwendungen wie die deutschen Verleger sind die französischen nicht imstande zu machen. Infolgedessen wird zunächst das vernachlässigt, was das Kostspielige ist, nämlich die Information. Die zweite Folge ist aber viel bedenklicher. Da die französischen Zeitungen aus dem Inseratenteil selbst nur wenig einnehmen, so benutzen sie andere Quellen, um ihren Etat zu balancieren. Und diese sind die bezahlten redaktionellen Mitteilungen. In Deutschland ist es unmöglich, daß eine anständige Zeitung sich eine redaktionelle Notiz bezahlen läßt. Kein Kritiker, der auch nur einigermaßen Anspruch darauf erhebt ernst genommen zu werden, läßt sich für eine Empfehlung von Werken oder von Künstlern irgendwie entschädigen. Die Auffassungen in dieser Beziehung sind in Deutschland erfreulicherweise besonders streng. Ganz anders in Frankreich. Dort ist es ganz an der Tagesordnung, daß derjenige, der in der Presse gelobt wird oder dessen Werke empfohlen werden, hierfür auch eine Entschädigung leistet. Interessant ist es, daß gerade in der Zeit, in der man in Deutschland sich bemüht, den Zeitungen die Inserate zu entziehen, in Frankreich ernsthafte Männer die entgegengesetzte Entwicklung anstreben. Dort verspricht man sich eine Verbesserung der Moral erst von der Ausbreitung der Inserateinnahmen. Hat doch der französische Schriftsteller Roussanne vor einiger Zeit geschrieben:

„Die finanzielle und moralische Situation der französischen Zeitungen würde sich heben, wenn das Annoncenwesen einen breiteren Raum darin einnehmen würde."

Das spricht der Verfasser aus, obwohl er selbst auf die sogenannten versteckten Textinserate hinweist, also auch die geheimen Einnahmequellen des französischen Verlages kennt. Muß man doch in Frankreich, wenn man einen Roman empfohlen haben will, eine Summe von rund 80 000 Francs bezahlen, kostet doch die Besprechung eines Buches im Durchschnitt zwischen 15 bis 20 Francs pro Zeile. Dahin kommt man, wenn man den Inseratenteil ausschaltet oder die Einnahmen daraus verkürzt. Im übrigen zeigen ja die Erfahrungen, die man gerade in Frankreich gemacht hat, daß es auch noch andere Wege gibt, um sich Einnahmen zu verschaffen, wenn die Inserate ausbleiben. Und das ist die Verpachtung, sei es des ganzen Blattes oder des Handelsteils an Bankinstitute, Börseninteressenten und dergleichen. Würde man in Deutschland dazu übergehen, den Zeitungen die Inserate zu entziehen, dann würden alle Versuche, unmoralische Handlungen durch Gesetz zu verbieten, scheitern an der vielseitigen Möglichkeit, die Korruption zu betreiben. In moralischer Beziehung würde also nicht die angestrebte Verbesserung, sondern im Gegenteil eine Verschlechterung eintreten. So sagt denn auch ein Mann wie Bücher:

„Trennen läßt sich die historisch gewordene Verbindung von öffentlicher und privater Publizität schwerlich wieder; denn sie hat den Vorzug ökonomischer Zweckmäßigkeit."

Und ein so ausgezeichneter Fachmann wie Löbl sagt mit Recht:

„Der Presse das anständige Inseratengeschäft nehmen, heißt sie korrumpieren, heißt sie mit Gewalt auf den Weg der geheimen, unehrlichen und ehrlosen Einnahmen drängen."

Wohin würden wir aber kommen, wenn wir das ausführen, was Schairer vorschlägt: für jeden Kreis ein amtlich kontrolliertes Organ, für jede Wirtschaftsgruppe ein Fachblatt? Die Amtsblätter, die auf den Kreis beschränkt sind, würden natürlich absolut keine Verbreitung haben. Die Folge davon wäre, daß die Inserate auch nur von einem kleinen Kreis gelesen werden, also ohne große Wirksamkeit bleiben. Zahllose Geschäftshäuser sind aber darauf angewiesen, daß ihre Inserate von Millionen gesehen werden, und es bedeutet zweifellos eine ganz erhebliche Verteuerung, wenn man diese Häuser zwingt, in allen Amtsblättern Anzeigen aufzugeben. Ob nun diese Amtsblätter auch nur einiger-

maßen die Höhe einer heutigen Provinzzeitung erreichen werden, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Denn wirkliche Journalisten werden sich für solche Blätter kaum hergeben. Ihnen ist die „Herrschaft des Verlegers" immer noch lieber als ein Landrat als Aufsichtsperson der Redaktion. Geradezu unmöglich ist der Vorschlag, daß man jeder Wirtschaftsgruppe nur ein Fachblatt gewähren will. Denn da in jedem Gewerbezweige verschiedenartige Interessen vorhanden sind, so würde man, wenn man nur ein Fachblatt konzessioniert, dieses der leistungsfähigsten Gruppe ausliefern. Die anderen wären ihres Resonanzbodens beraubt. Die Folge davon wäre der Kampf um das Fachblatt. Jede Gruppe würde suchen, unter Anbietung höchster Summen die Zeitschrift in ihren Besitz zu bekommen.

Daß die Sozialisierung der Presse auch den meisten Parteiblättern den Garaus machen würde, sei nur nebenbei erwähnt, denn zahllose Parteien sind gar nicht imstande, ihre Blätter weiter erscheinen zu lassen, wenn ihnen das finanzielle Rückgrat gebrochen wird. Selbst die sozialdemokratischen Blätter können auf Inserate nicht verzichten, trotzdem sie Zuschüsse aus der Parteikasse erhalten. Man mag über die Parteiblätter denken wie man will, wir werden sie in Deutschland nicht entbehren können. Und wenn sich die Redaktion der Parteiblätter zuweilen einer gewissen Unabhängigkeit gegenüber den Parteileitungen erfreut, dann würde diese sofort beseitigt werden, wenn die Zeitungen vollkommen aus der Parteikasse gespeist würden.

Merkwürdigerweise vertritt Schairer den Standpunkt, daß nach der Sozialisierung der Presse, d. h. nachdem die Inserate aus den Zeitungen fortgefallen sind, der Journalistenstand gehoben würde. Ich denke keineswegs gering über den jetzigen deutschen Journalistenstand. Er umfaßt nicht nur treffliche Charaktere, sondern auch ausgezeichnete und kenntnisreiche Männer, bei denen umfassende Bildung und journalistische Begabung zusammen kommen. Ich würde aber jedes Mittel begrüßen, das imstande ist, den Kreis dieser Männer auszudehnen, zu ermöglichen, daß wirklich eine Veredlung der Redaktion erfolgt. Aber ich weiß kein Mittel, das ungeeigneter dafür wäre als die Sozialisierung der Presse. Denn wenn die Einnahmen sinken, wovon sollen dann die Gehälter bezahlt werden, um „den Journalistenstand auf ein ganz anderes, weit höheres Niveau zu heben?" Gehen die Einnahmen zurück, dann ist es klar, daß an

Ausgaben gespart werden muß, und je geringere Gehälter gezahlt werden, um so mehr werden sich minderwertige Kräfte finden, den Dienst der Presse zu verrichten, werden die anständigen Elemente zu anderen Berufen übergehen. Und leider gibt es genug „journalistische Hyänen des Schlachtfeldes", die nur auf eine Gelegenheit warten, um die Situation auszunutzen, Elemente, die nicht aus Deutschland stammen, sondern aus einem Lande, dessen Presse ganz erheblich unter dem steht, was der deutsche Journalist für anständig hält.

Geradezu gefährlich ist der Vorschlag Schairers, daß unter Umständen einige Zeitungen in privatem Besitz verbleiben dürften, wobei sich der Staat unter gewissen Bedingungen beteiligen würde. Es wären beispielsweise von dem Satz, der über 5 % Verzinsung hinausginge, drei Viertel an einen Reichsfonds abzugeben. Das heißt also, daß die wenigen Verleger, die das sogenannte Inseratenmonopol erhalten, hiermit erhebliche Gewinne erzielen. Es würde also derselbe Zustand wieder eintreten, der unter Friedrich dem Großen vorhanden war, daß einige wenige Verleger wertvolle Pachtrechte besitzen, die anderen dagegen nicht. Das wir hierdurch zu einer geradezu gefährlichen politischen Korruption kommen werden, braucht ja wohl nur angedeutet zu werden.

Schairer meint, daß die sogenannten Amtsblätter stark gelesen würden, weil sie jetzt die Inserate enthalten. Da aber jede Konkurrenz fortfällt, so fehlt natürlich auch der Ansporn für die Leitung des Amtsblattes, besonders Gutes zu leisten, und wir würden bald wieder die Amtsblätter erhalten, die wir früher hatten, von denen Schairer mit Recht sagt, „daß sie wegen der unendlichen Langweiligkeit des Stoffes vom Publikum nicht gelesen werden".

Ob auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes Verbesserungen notwendig sind, soll hier nicht untersucht werden. Das gehört auf ein anderes Gebiet. Falsch aber ist es, wenn man glaubt, durch die Sozialisierung der Presse die Zustände auf dem Arbeitsmarkt wirklich bessern zu können. Wieviel Amtsblätter müßte sich ein junger Kommis kaufen, der eine Stelle als doppelter Buchhalter sucht? Heute weiß er genau, daß er solche Inserate am besten in dieser oder jener Zeitung findet, weiß der Landwirt, wo ihm Petkuser Saatroggen angeboten wird, der Bücherliebhaber, wo Bücherauktionen angezeigt werden. In Zukunft wird für alle diejenigen, die bestimmte Inserate suchen, unmöglich sein, festzustellen, in welchem Amtsblatt sie erscheinen. Noch viel schlimmer wird es für diejenigen sein, die

eine Stelle suchen, denn da nicht alle Stellenangebote in allen Amtsblättern erscheinen können, so müssen die Stellensuchenden sich zahlreiche Amtsblätter kaufen, um sich durch den Wald von Inseraten durchzuwinden. Wie groß würde beispielsweise der Inseratenteil des Amtsblattes für die Mark Brandenburg werden? Ihn durchzulesen, würde täglich mehrere Stunden erfordern. Hier hat die jetzige Arbeitsteilung der Presse trotz ihrer unstreitbaren Mängel sicher auch gewisse Vorzüge.

Schließlich wird das Moment der Bildung ins Feld geführt. Schairer glaubt, daß die sozialisierte Presse imstande sei, die Bildung und Erziehung des Volkes zu heben. Wie das aber geschehen soll, wenn die nichtamtliche Presse so teuer wird, wie Schairer selbst zugibt, ist einfach unerfindlich. Je geringer die Einnahmen der Zeitung, um so weniger kann sie auf kulturellem Gebiete leisten, um so weniger Raum hat sie für Aufklärung und Belehrung ihrer Leser. Denn die Presse ist keineswegs so schlecht, wie Schairer voraussetzt. Sagt doch Bücher, der gewiß der Presse objektiv gegenübersteht, daß trotz aller Mängel schon darin ein großer Segen liege, daß die Presse jeden nach seinem Vermögen an den Fortschritten der geistigen Kultur teilnehmen läßt, und daß es schwer wäre, eine Einrichtung zu finden, die der modernen Gesellschaft so viel Zeit und Kraft spart, wie das Annoncenwesen der Zeitungen, dessen Ertrag den Zeitungsunternehmer instand setzt, den Preis seines Blattes weit tiefer anzusetzen, als nach den Herstellungskosten zu erwarten wäre.

II.

Zeitungskunde als Lehrfach

Man hat nicht mit Unrecht das Zeitungswesen als das „Aschenbrödel der Forschung" bezeichnet, und in der Tat, es ist verwunderlich, daß ein so unendlich wichtiges Gebiet, wie es das Zeitungswesen in unserem geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben darstellt, so wenig von der Wissenschaft beachtet wurde. Zwar verfügen wir in Deutschland keineswegs über eine geringe Literatur über das Zeitungswesen — es gibt eine ganze Anzahl von Büchern und Broschüren, die Detailgebiete des Zeitungswesens behandeln — eine gründliche wissenschaftliche systematische Darstellung fehlt uns indes bis jetzt noch ganz und an unseren Hochschulen ist das Zeitungswesen mit wenigen Ausnahmen kaum vertreten.

Den Anfang mit der akademischen Behandlung des Zeitungs-

wesens hat — wenn man von den früheren sogenannten „Zeitungskollegien“ absieht — Karl Bücher gemacht, der schon in Basel Vorträge über Zeitungswesen hielt, sie dann in Leipzig fortsetzte und schließlich das Institut für Zeitungskunde gründete.

Ihm folgte Koch in Heidelberg, während gleichzeitig in der Schweiz Wettstein mit großem Erfolg das Zeitungswesen im Rahmen der Universitätsvorlesung behandelte. Sehr erfolgreich waren die Ansätze, die an der Kölner Handelshochschule gemacht wurden. Robert Brunhuber, einer der kenntnisreichsten und begabtesten Journalisten, konnte sein Werk nicht vollenden, da er im jugendlichen Alter auf einer Entdeckungsreise auf der Grenze zwischen Tibet und China ermordet wurde. Später hat man dann in Köln das Zeitungswesen besonders ausgebaut und die einzelnen Disziplinen unter verschiedene Journalisten verteilt. Bei diesen Ansätzen ist es eine zeitlang geblieben und erst Ende des Jahres 1918 entschloß sich das Preußische Kultusministerium einen amtlichen Lehrauftrag für Zeitungswesen zu erteilen, und zwar für das Orientalische Seminar der Berliner Universität, womit Dr. Otto Jöhlinger betraut wurde. Gewisse Anzeichen lassen aber darauf schließen, daß nunmehr das Zeitungswesen seinen Einzug in das Programm der Hochschulen halten wird: Kurze Zeit nach Erteilung des ersten Lehrauftrages für Berlin habilitierte sich d'Ester, ein kenntnisreicher junger Historiker, an der Universität zu Münster und die Erteilung eines Lehrauftrages an einen vortrefflichen jüngeren Journalisten steht an einer süddeutschen Hochschule unmittelbar bevor. In Köln hat Professor Spahn einen Lehrauftrag für Zeitungskunde erhalten.

Die Einschaltung der Journalistik in den Lehrplan unserer Universitäten entspricht einem Bedürfnis unserer akademischen Welt, denn die bisherige Vernachlässigung hat sich unstreitig gerächt. Die völlige Kenntnislosigkeit von all dem, was mit Zeitungswesen zusammenhängt, ist ja im Kriege in erschreckender Weise zu Tage getreten. Die fürchterlichen Mißgriffe der Zensur, die völlig falsche Behandlung dessen, was man „öffentliche Meinung“ nennt und vieles andere gehören hierher. Wo die Schuld lag, soll hier nicht untersucht werden. Jedenfalls muß die Zeit, in der Universität und Presse getrennte Bahnen gingen, der Vergangenheit angehören, beide sind auf einander angewiesen. Das hat eine sehr gedankenreiche Aufsatz-Serie, die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Januar 1918 enthalten war, gezeigt. Beide Institu-

tionen unseres öffentlichen Lebens, Universität und Presse, haben einander viel zu bieten, keines der beiden kann ohne das andere bestehen, und so werden auch unsere Universitäten sich immer mehr mit Journalistik beschäftigen müssen. Um es aber gleich vorweg zu nehmen: besondere „Hochschulen für Journalistik" kommen nicht in Betracht. Das, was unsere Journalisten gebrauchen, ist neben der Begabung und dem Talent, die systematische Ausbildung, wie sie unsere Hochschulen schon heute bieten. Es kommt also nicht auf eine Neuschaffung an, sondern lediglich auf eine Ergänzung, und zwar derart, daß im Rahmen der Universitäten das Zeitungswesen mehr berücksichtigt wird, aber nicht nur, wie bisher, lediglich unter historischen oder juristischen Gesichtspunkten, sondern darüber hinaus auch unter wirtschaftlichen. Die Journalistik ist ein Teilgebiet der Nationalökonomie, wenn sie auch auf zahlreiche andere Grenzgebiete übergreift.

Fast gleichzeitig mit meiner Broschüre: „Zeitungswesen und Hochschulstudium" [1] erscheint die Schrift eines geschätzten und bekannten Fachmannes, Dr. Martin Mohr [2], die sich mit dem gleichen Problem befaßt, nämlich mit „Vorschlägen und Forderungen zur wissenschaftlichen Lösung eines sozialen Grundproblems". Mohr untersucht die Frage: Was schuldet die neue Zeit dem Zeitungswesen? Er gibt zunächst eine Übersicht über die Zeitungen als Helferin der neuen Zeit, skizziert den Weg, den die Reform gehen muß, beleuchtet das Problem der Zeitung nach verschiedenen Gesichtspunkten und kommt nach einem statistischen Ausflug auf die Stellung der Journalistik zu sprechen, wobei die bisherigen Ansätze besprochen werden und alsdann macht er seine eigenen Vorschläge, bezüglich der wissenschaftlichen Ausgestaltung der Journalistik. Die Lektüre der Schrift von Mohr kann ich jedem empfehlen, der sich mit dem Problem der Journalistik befassen will. Im Ziel bin ich mit dem Verfasser einig, in den Wegen vermag ich ihm freilich nicht immer zu folgen, obgleich ich anerkenne, daß er von dem besten Willen beseelt ist.

Recht treffend sagt der Verfasser, daß aus eigenem Fleiße ohne irgendwelche Staatshilfe unser Volk im Laufe der letzten 50 Jahre mehr als 4000 Tageszeitungen über das ganze Deutsche Reich er-

[1] Jena 1919, Verlag von Gustav Fischer.

[2] Dr. Martin Mohr, Zeitung und neue Zeit. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. 96 S.

richtet hat, die wie Armeen an die Front rückten als der Krieg ausbrach. Aber trotz dieser „siebenten Waffe" hatte man an ihre Mobilisierung nicht gedacht. Sechsfach war man zur Abwehr gerüstet, aber man hatte nicht an das gedacht, „was feiner ist als das feinste Gas und weiter wirkt als die elektrische Welle". Und so ist es zu erklären, daß man dieses wichtige Instrument im Kriege nicht zu handhaben verstand.

Um sich einen Begriff von der Bedeutung des Zeitungswesens zu machen, gibt Mohr eine kurze statistische Übersicht; aber alle Versuche, eine gute Statistik des Zeitungswesens zu bilden, sind bisher gescheitert, vor allem daran, daß ein Zwang zur Abgabe der notwendigen Erklärung nicht bestand. Alle Statistiken über Zeitungen sind mangelhaft. Das gilt auch von einer Umfrage, die seinerzeit das Kriegspresseamt veranstaltet hat und die zahllose Fehler enthält. Will man eine wirklich umfassende Statistik haben, will man genau ermitteln, wieviel Zeitungen in Deutschland erscheinen, dann muß man das durch eine Reichsstatistik machen, zu der alle Zeitungen und vor allem sämtliche Druckereien das Material zu liefern verpflichtet werden müssen. Solange das nicht geschieht, schwebt jede zahlenmäßige Schätzung in der Luft. —

Was von der Zeitung im allgemeinen gilt, gilt auch von den Männern, die hier tätig sind. Auch hier fehlt die Statistik. Wir wissen nicht einmal, wieviel Redakteure, wieviel Hilfspersonal in der Presse beschäftigt sind. Die Berufszählung gab hier nicht die notwendige Scheidung zwischen Redakteur und Schriftsteller. Das Handbuch des Kriegspresseamtes ist oberflächlich, lückenhaft und voller Fehler. Es enthält insgesamt nur 5000 Namen, während Mohr mit 12000 im Journalismus tätigen Personen rechnet! Nun wirft Mohr die Frage auf, was wußte die Öffentlichkeit von ihnen, der sie mit Hingabe dienten und was tat sie für sie? Beiden Fragen sind negativ zu beantworten. Mohr sagt selbst, „man verlangte alles und tat für sie nichts".

Es gibt in Deutschland keinen Beruf, der derart auf die Öffentlichkeit einwirkt, der eine derartige Bedeutung hat, wie der Journalismus, dem man nicht das Recht auf wissenschaftliche Pflege seines Wissens und seines Arbeitsbereiches zuerkannt hätte. Nur für den Journalisten hat man so gut wie nichts getan, und das ist um so auffallender, als Bücher schon 1884 den Anfang gemacht hatte, das Zeitungswesen akademisch zu behandeln. Daß in der Zwischenzeit so wenig geschehen ist, ist um so auffallender, als

von seiten der beteiligten Kreise oft genug die Forderung nach Ausbau der Studienmöglichkeit gestellt wurde. Freilich waren sich die Männer, die diese Forderung aufstellten, nicht immer einig über das Ziel, nicht einig über den Weg. Auch auf dem Gebiete der journalistischen Ausbildung spielt das „Manchestertum" eine große Rolle. Einer der bedeutendsten Journalisten erklärte mir, nachdem er meine Broschüre, die die Notwendigkeit der gediegenen Ausbildung für den Journalisten betont, gelesen hatte: „Sie haben mich von meinem Manchestertum geheilt. Bisher stand ich auf dem Standpunkt, daß man, ebenso wie man das Schwimmen nur im Wasser lernen kann, auch den Journalismus nur in der Praxis lernt, daß man entweder zum Journalisten geboren ist oder nie ein Journalist wird. Aber Sie haben mich von diesem Irrtum bekehrt." Aber nicht alle sind so einsichtig. Heute gibt es noch zahllose journalistische „Manchesterleute", die auf dem Standpunkt stehen, daß eine wissenschaftliche Ausbildung im Journalismus am ehesten entbehrt werden könnte, da die Praxis die Hauptsache sei.

Mohr gibt eine anschauliche Übersicht von den Resolutionen, die von den Verbänden der Journalisten gefaßt wurden. Der Verein deutscher Zeitungsverleger, der Reichsverband der deutschen Presse und zahllose andere Organisationen haben immer wieder die Forderung aufgestellt, daß zu der Begabung die *wissenschaftliche Ausbildung* kommen solle und besonders treffend ist das Verlangen, das Mohr selbst einmal gestellt hat, „daß eine Generation der Journalisten der anderen helfe, daß die Alten den Jungen sagen, was sie gelernt und erfahren haben, damit der Nachwuchs neuen Aufgaben seine Kräfte ungebrochen und ungehemmt zuwenden kann".

Überall ist man bemüht, frühere Erfahrungen systematisch zusammenzustellen und zu erhalten und auch für den journalistischen Nachwuchs handelt es sich darum, ihn zur Erleichterung seiner Tätigkeit zur methodischen Arbeit und zur Gründlichkeit anzuleiten. Mit diesen Forderungen deckt sich auch eine Entschließung des „Reichsverbandes der deutschen Presse", die besagt, daß zwar der journalistische Beruf eine eigene *Berufsbegabung* voraussetze, daß trotzdem eine theoretische Vorbildung für den Journalisten erforderlich ist und daß „*bei Errichtung von Lehrstühlen für Zeitungskunde an deutschen Hochschulen die Berufung von Personen, denen Erfahrungen aus der Praxis zur Verfügung stehen, als selstverständlich gefordert wird*".

Nach der Übersicht über die bisherigen Anläufe, die nicht ganz erschöpfend ist, kommt nun Mohr zu einem eigenen Vorschlag, und dieser geht darauf hinaus, ein allgemeines „Institut für Zeitungskunde“ zu errichten. Dieses Institut ist so gedacht, daß es als Zeitungszentrale des In- und Auslandes dienen soll; ferner soll eine aktuelle Redaktionsmuster- und Nachschlagebibliothek gebildet werden, eine Auskunftsstelle soll geschaffen werden, ein Lesesaal mit Depeschenauslagen und schließlich Material- und Erfahrungsaustausch mit Zeitungen, amtlichen Pressestellen und Instituten. In zweiter Linie kommen dann die Förderung der Zeitungskunde durch Einrichtung von Fachbüchereien, Archiven und Ausstellungen, durch Förderung der Forschungstätigkeit, durch Vorlesungen und Seminarübungen. Hierzu soll eine Beratungsstelle treten mit Berufsanleitung, Herausgabe von Tagesmaterial und Journalistenaustausch. Das ist in großen Umrissen der Plan, den sich Mohr gemacht hat. Sein Ziel soll sein, das Zeitungswesen der Gegenwart, „soweit es praktisch und nach Maßgabe der Mittel tunlich ist“, lebendig zur Darstellung zu bringen.

Die Schaffung der Einrichtungen denkt sich Mohr derart, daß man zunächst die deutschen Zeitungen und Zeitschriften umfaßt, die den großen Zentralbibliotheken bereits unentgeltlich zugehen. Diese Ausführung wäre nicht besonders schwierig. Es wäre denkbar, daß man aus der preußischen Staatsbibliothek vielleicht das Material, welches das Zeitungswesen betrifft, aussonderte und besonders unter dem Gesichtspunkte der Journalistik zusammenstellte. Man darf sich aber nicht im unklaren darüber sein, daß, wenn die Sammlung auch nur einigermaßen Anspruch auf Vollständigkeit machen will, dazu ungeheure Räume notwendig sind. Denn allein die Bände unserer führenden Tageszeitungen füllen schon heute in den Verlagen unserer Zeitungen oft gewaltige Säle aus.

Daß trotz der technischen Schwierigkeiten, die der Sammlung im Wege stehen würden, Theorie und Praxis hiervon Vorteile haben könnten, ist nicht zu bezweifeln. Eine andere Frage ist aber, ob man statt der Zentralisierung nicht die Dezentralisierung vorziehen soll, d. h., daß man sich lediglich auf eine Übersicht der Stellen beschränkt, die Zeitungen sammeln und einbinden, die die Einsichtnahme gestatten. Hier würden erhebliche Kosten gespart werden können, und der Nutzeffekt könnte unter Umständen der gleiche sein. Daß man die ausländische Presse ebenfalls sammelt, ist ein

sehr brauchbarer Vorschlag. Seine Ausführung ist aber gerade unter den heutigen Verhältnissen außerordentlich kostspielig.

Ob man aber den ausländischen Journalisten mit einer solchen Zeitungssammlung einen Dienst erweist, erscheint mir nach meinen praktischen Erfahrungen zweifelhaft. Mohr ist der Ansicht, daß es den ausländischen Journalisten nützen würde, „wenn man ihnen erleichtert, an einer von zeitungswissenschaftlichen Gesichtspunkten geleiteten Stelle die öffentliche Meinung in Deutschland und die deutschen Verhältnisse zu studieren“. Soweit ich die ausländischen Journalisten kenne, studieren sie die deutschen Verhältnisse und die deutsche öffentliche Meinung *nicht* in Archiven und Bibliotheken, sondern an ganz anderen Stellen. Praktisch würde eine Benutzung durch ausländische Journalisten uns *kaum* wesentliche Vorteile bieten und ob man, *wie* Mohr meint, junge ausländische Journalisten heranziehen kann, um sie mit einer richtigen Kenntnis des deutschen Wesens auszustatten, erscheint mir ebenfalls mehr als zweifelhaft.

Eine wichtige Aufgabe ist es, Journalisten die Auskünfte zu erteilen, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen. Um das aber zu erreichen, müßte ein *ganz ungeheures Archivmaterial* vorhanden sein, das mit gewaltigen Kosten verknüpft ist. Ich bin persönlich ein sehr großer Anhänger der Archive, weiß aber, welche Unsummen ein Spezialarchiv, das auf der Höhe sein soll, verschlingt. (Ein Archiv, das gleichzeitig dem politischen, dem Feuilleton, dem wirtschaftlichen und dem lokalen Teil der Presse Auskunft geben soll, bedarf eines Stabes ausgesuchter Mitarbeiter, die die Verhältnisse ihrer Ressorts kennen, und ferner zahlloser meist recht kostspieliger Hilfskräfte. Schon nach wenigen Jahren würde ein Archiv, das nur einigermaßen den Anforderungen entspricht, einen Jahresetat von mehreren hunderttausend Mark erfordern.) Ich glaube kaum, daß die Kosten durch die geplante Auskunftserteilung gedeckt werden könnten, auch dann nicht, wenn, wie Mohr es erstrebt, diese Einrichtung als allgemeine Auskunftsstelle für weite Kreise in Betracht kommen soll.

Bin ich also auf dem Gebiete der Zentralisation des Zeitungsmaterials nicht immer einig mit Mohr, so stimme ich völlig mit ihm überein, wenn er verlangt, daß die *Zeitungskunde* mehr als bisher beachtet werden soll. Die Errichtung einer besonderen Zeitungsbibliothek, in der die gesamte Literatur des Zeitungswesens gesammelt ist, die Abhaltung von Vorlesungen und Seminaren ist

durchaus erstrebenswert. An einer Spezialbibliothek für das Zeitungswesen fehlt es uns noch.

Für unmöglich halte ich es, aber die Forderung zu erfüllen, die Mohr von der Zeitungskunde verlangt. Er sagt, es sei ihre Aufgabe, an Hand des Materials, das die Zeitungen und Zeitschriften bringen, alle öffentlich bemerkenswerten Vorgänge zu beobachten, zu verzeichnen, auf ihren Wahrheitsinhalt zu untersuchen, und er verlangt, daß das Resultat in kürzester Frist und so handlich als möglich den Zeitungen zur Verfügung gestellt werden soll. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ein wissenschaftliches Institut Zeitungsnachrichten auf ihren Wahrheitsinhalt zu untersuchen imstande ist. Noch weniger bin ich der Ansicht, daß es seine Aufgabe ist, „den Zeitungen das Resultat in kürzester Frist zur Verfügung zu stellen". Das wird auch dann nicht möglich sein, wenn die amtlichen Stellen das Institut mit Material unterstützen; denn wer im Zeitungsbetrieb gearbeitet hat, weiß, wie schwer es in zahllosen Fällen ist, den Wahrheitsinhalt zu untersuchen. Infolgedessen fällt auch die Hoffnung Mohrs in sich zusammen, der von der wissenschaftlich organisierten Zusammenarbeit „eine Reinhaltung der Atmosphäre des öffentlichen Lebens sich verspricht". Eine wissenschaftliche Stelle kann lediglich die Forschungsarbeit leisten, nicht aber bezwecken, „das öffentliche Leben zu reinigen". Insbesondere ist es nicht möglich, durch fortgesetzte Beobachtung die öffentliche Meinung, wie Mohr es annimmt, „vorteilhaft dazu beizutragen, unsere Publizistik unauffällig auf eine richtige und kluge Behandlung des Auslandes hinzuweisen und uns mindestens Überraschungen zu ersparen, wie sie zu Beginn des Krieges in der Frage, warum wir so unbeliebt seien, einen so sonderbaren und darum so schmerzhaft anmutenden Ausdruck gefunden habe". Glaubt Mohr wirklich, daß es einem wissenschaftlichen Institut möglich ist, Männer wie: Ernst Reventlow, Georg Bernhard, Theodor Wolff, Hilfferding oder Wulle „durch ein wissenschaftliches Institut unauffällig auf eine richtige Behandlung des Auslandes hinweisen zu können"? Die Zeitungen würden jeden derartigen Versuch höflich aber entschieden zurückweisen und meiner Auffassung nach nicht mit Unrecht. Was Mohr hier über die sogenannten „praktischen Gesichtspunkte" sagt, ist ein Gebiet, auf dem ich ihm nicht zu folgen wage, sondern vor dem ich glaube ganz entschieden warnen zu müssen. Das Zeitungsinstitut soll ausschließlich der Wissenschaft dienen, nicht aber der Beeinflussung der Presse.

Was dagegen über die theoretische und praktische Berufsausbildung gesagt wird, ist durchaus der Prüfung wert. Mohr deutet einige Wege an, die man beschreiten muß, um den angehenden Journalisten so zu schulen, daß er das, was er in der Praxis gelernt hat, verwenden kann. So sehr ich aber auch die theoretische Ausbildung des Journalisten einschätze, so muß ich doch andererseits sagen, daß man von ihr nicht alles Heil erwarten kann. Sehr oft wird ein begabter Journalist seinen Weg auch ohne die Schulung machen, wenn er nur das Talent dazu hat und andererseits wird mancher sich die wissenschaftliche Ausbildung aneignen und nachher mangels Begabung vollkommen versagen. Hier muß derjenige, der ein Zeitungsseminar leitet, imstande sein, festzustellen, wer die psychologischen Voraussetzungen für den Journalismus erfüllt und wer nicht.

Zur Förderung der Zeitungskunde verlangt Mohr die Herausgabe einer Zeitschrift, die rein wissenschaftlich das Zeitungswesen behandelt. Auch diese Forderung möchte ich unterschreiben. Zwar hat Bücher in seiner „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften" wertvolle Beiträge über Journalistik veröffentlicht. Es fehlt aber bisher an einem Organ, in dem alle wissenschaftlichen Arbeiten über das Zeitungswesen vereinigt und in dem Arbeiten aus anderen Gebieten nicht veröffentlicht werden. Mit Recht verlangt hier Mohr, daß die Zeitschrift auf einem wissenschaftlichen, neutralen Boden steht. Sie muß absolut unabhängig sein von Interessentengruppen. —

Soweit die Hauptgedanken von Mohr, die, wie der Leser wohl sieht, eine Fülle von Anregungen bringen und zweifellos einen sehr wertvollen Kern in sich bergen. Ich glaube, daß es nicht schwer fällt, Mohr zu überzeugen, was Schale und was Kern ist und daß er seinen Plan reduziert auf das wirklich Erreichbare, sowie auf alles Beiwerk verzichtet, was außerhalb des Rahmens wissenschaftlicher Tätigkeit liegt. Mit dem „Seminar für Zeitungskunde und Zeitungspraxis"[1] ist in Berlin der Anfang gemacht. Dort sind bereits Ansätze einer Hand- und Nachschlagebibliothek vorhanden, eine Reihe von Studenten befaßt sich mit der Bearbeitung von Problemen des Zeitungswesens und abwechselnd werden dort von Seminarmitgliedern und Praktikern des Zeitungsfachs Vorträge veranstaltet, an die sich stets eine längere Aussprache anschließt.

[1] Das sich in den Räumen des orientalischen Seminars zu Berlin, Dorotheenstraße 7, befindet.

Zugleich wird in diesem Seminar den Studierenden Gelegenheit geboten, praktisch die Bedürfnisse der Presse kennen zu lernen. Dabei muß man sich im klaren sein, daß die Journalistik nicht nur für solche in Betracht kommt, die den Redaktionsberuf ergreifen wollen, sondern darüber hinaus für zahllose andere, namentlich für Politiker, für Anwärter des Auswärtigen Amtes und für solche, die im Nebenamt sich in der Tagespresse schriftstellerisch betätigen wollen. Jeder Redakteur kann ein Lied davon singen, wie unbeholfen sich oft Akademiker zeigen, wenn sie ihre Gedanken in der Presse vertreten wollen, sei es, daß sie mit den Verhältnissen der Presse nicht vertraut sind, sei es, daß sie nicht imstande sind, ihren Gedanken die Form zu geben, die allein für die Wiedergabe in der Zeitung in Betracht kommt. Auch hier kann die journalistische Ausbildung Ersprießliches leisten. Nur muß der, der Journalistik vorträgt, sich im klaren darüber sein, daß das Zeitungswesen noch keine Wissenschaft ist und daß man für Journalisten keine besonderen Hochschulen errichten kann. Zeitungskunde ist lediglich ein Lehrfach unserer Hochschulen.

Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege

Von Dr. Marie-Elisabeth Lüders, M. d. N.

Inhaltsverzeichnis: Die allgemeine Lage des Arbeitsmarkts für Frauen im Kriege S. 241—247. Die einschlägigen behördlichen Stellen S. 247—248. Die allgemeinen Gesichtspunkte für eine Regelung der gewerblichen Frauenarbeit S. 248—251. Die Arbeitsnachweise S. 251—259. Die Wohnungsfrage S. 259—260. Die Hausfrauen- und Haustöchterreserve S. 260—262. Veränderungen in Art und Dauer der Arbeit S. 263—267.

Mehr als zwei Jahre waren nach Beginn des Krieges verflossen, bis die Erkenntnis sich in Deutschland genügend Geltung verschafft hatte, daß auch die vollzähligste militärische Rekrutierung nie und nimmer zum Erfolge führen könnte ohne genügenden Ersatz auf dem Arbeitsmarkte.

Es soll hier dahingestellt bleiben, ob es überhaupt für irgendeine der Nationen möglich war und auf ihre Entschließung zum Eintritt in diesen Krieg von bestimmendem Einfluß gewesen wäre, diesen ungeheuerlichen Verbrauch an Material vorauszusehen und dadurch von vornherein die überragende Bedeutung des Arbeiterproblems für diesen Krieg zu erkennen.

Deutschland — oder richtiger, die Mittelmächte — hatte jedenfalls allen Anlaß, diese Fragen mit äußerstem Pessimismus und größter Aufmerksamkeit von Anfang an zu betrachten, da mit Englands Kriegserklärung sofort die ganze Grundlage des Krieges verschoben und zwei Sorten von Waffen in Gebrauch waren, deren eine — die Blockade — wir weder auch für uns schmieden, noch dem Feinde aus der Hand schlagen konnten. Wie wenig die Gefahr, die von dieser Seite des Krieges ausging, auch in leitenden Kreisen empfunden wurde, beweist vielleicht u. a. die Aufnahme unseres ersten Friedensangebotes im eigenen Lande von Mitte Dezember 1916, also zu einer Zeit, die vor- und nachher unter dem Zeichen der „Materialklemme“ und des sogenannten „Hindenburgprogramms“ mit dem Hilfsdienstgesetz stand, diesem gewaltigen Massenaufgebot von Menschen und Material, zu dessen Durchführung im November 1916 das Kriegsamt mit seinen drei wichtigsten Nebenabteilungen, dem Kriegsersatz- und Arbeitsamt (Ersatzdepartement), dem Waffen- und Munitions-

beschaffungsamt (Wumba) und der bedeutend erweiterten Kriegsrohstoffabteilung geschaffen wurde, zu denen einige Monate später noch das Kriegswirtschaftsamt hinzukam zur Bearbeitung von landwirtschaftlichen Fragen.

Wenn auch das mit jedem Tage größer werdende und unvermeidlich in den gesamten Wirtschafts- und Zivilverwaltungsapparat immer stärker eingreifende Kriegsamt für seine einzelnen Abteilungen (zum Beispiel in der Feldzeugmeisterei und in Dezernaten des Kriegsministeriums) wichtige Vorläufer hatte, so kam doch einerseits in dieser riesigen organisatorischen Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung und andererseits in der ganz breiten Basis, auf die ihre einzelnen Abteilungen — jede unter eigenen Ressortchefs — jetzt aufgebaut wurden, die Erkenntnis von dem für uns so drohenden Doppelgesicht des Krieges zum ersten Male voll zum Ausdruck. Einen anderen, besseren Weg, um die auf das höchste drängenden Aufgaben zu lösen (zum Beispiel unter weit größerer Zurückhaltung bei den Eingriffen in Gebiete der zivilen Verwaltungen) gab es — trotz allem — nicht, da nur eine militärische Instanz in der Lage war, ihren Anforderungen genügend schnelle und genügend allgemeine Geltung, ungehemmt durch die bundesstaatlichen Landesgrenzen, zu verschaffen. Sehr viele Schwierigkeiten und Mißstimmungen der militärischen und der zivilen Organe untereinander sind auch nicht aus der Sache selbst, um die es sich im einzelnen Falle handelte, entstanden, sondern durch den allerdings in jeder Beziehung sehr großen Übelstand, daß die Armeekorpsgeographie, auf der die Tätigkeitsbereiche der kriegsamtlichen Unterorganisationen (Kriegsamtstellen) aufgebaut waren, nicht mit der Bundesstaats- und Provinzialgeographie übereinstimmte [1]. Die Geographie der Letzteren ist aber in den meisten Beziehungen keine zufällige Konstruktion, sondern sie birgt organisch gewachsene und festgewurzelte wirtschaftliche Zusammenhänge in sich, und die Aufgabe des Kriegsamtes: „die höchste Ausnutzung aller wirtschaftlichen Kräfte herbeizuführen", wurde durch diese äußerliche Divergenz innerlich stark behindert.

Ob eine frühzeitigere Inangriffnahme der „systematischen Organisation des Wirtschaftskrieges" uns vielleicht eher zum Frieden geführt oder zu längerem Aushalten befähigt hätte, ist heute eine müßige

[1] Diese Schwierigkeiten wurden nach und nach so stark empfunden, daß der Aufbau des „Kriegswirtschaftsamtes" und der ihm nachgeordneten „Kriegswirtschaftsstellen" den Zivilverwaltungsbezirken angepaßt wurde.



und wohl überhaupt nicht zu beantwortende Frage. Daß sie aber für die erfolgreiche Inangriffnahme der Arbeiterfrage zu spät eingesetzt hat, wodurch natürlich auch die Entwicklung des Ersatzgeschäftes erheblich behindert werden mußte, ist nicht zu bezweifeln.

Ganz besonders trifft das für die Verwertung der Frauenarbeit zu. Man hatte „die Rekrutierung der Frau“ als besonderes Moment im Wirtschaftskriege bislang vollkommen übersehen. Man hatte sich weder über die vorhandene Menge von Frauen ein klares Bild im allgemeinen zu machen versucht, noch über deren Alter, Familienstand, bisherige Arbeitsleistung und mögliche Verwendbarkeit im einzelnen; am allerwenigsten aber über die eventuelle Notwendigkeit und Möglichkeit ihrer Anlernung oder Ausbildung für die den Frauen bislang fremden Arbeiten. Als Mitte November 1916 die Forderung gestellt wurde, in überkurzer Frist erstmals eine erschreckend hohe Zahl industriell verwendbarer Frauen mobil zu machen, stand man einerseits immer noch unter dem Eindruck der weiblichen Arbeitslosigkeit der Frauen bei Kriegsausbruch und glaubte ein unerschöpfliches Reservoir vor sich zu haben, anderseits meinte man, es handle sich um nichts andres für die Frauen als um ungelernte Handlangerdienste. Das waren schwere Irrtümer. Wenn auch — durch die verschiedensten Gründe veranlaßt — viel mehr Frauen als im Frieden bereit waren, in außerhäusliche Erwerbsarbeit einzutreten, und diese auch naturgemäß zuerst in großen Mengen vor allem für ungelernte Aushilfsarbeiten — sofern diese nicht besondere momentane Kraftleistungen verlangten — eingestellt wurden, wenn ferner eine gewisse „stille Reserve“ in der unzulänglich organisierten Kriegsheimarbeit, verborgen war, und noch eine „Streckungsreserve“ aus solchen Betrieben herauszuholen war, die — um Betrieb und Arbeiterstock über Wasser zu halten, — noch mit verkürzten Schichten oder nur tageweise arbeiteten, so entsprachen Ende 1916 die allgemeinen zahlenmäßigen Voraussetzungen keineswegs mehr dem speziellen Bedürfnis, denn schon im Frühjahr und Sommer desselben Jahres klagten zahlreiche Betriebe nicht nur über die Schwierigkeiten, genügend, sondern vor allem technisch brauchbare weibliche Arbeitskräfte zu bekommen. Allerdings die sehr naheliegende Frage der Unterweisung und Ausbildung der Frauen für die Arbeit hatte auch von diesen Betrieben kaum ein einziger schon damals in Angriff genommen, und es hat noch geraume Zeit gedauert, bis es gelungen ist, Behörden und Arbeitgeber von den stets wiederholten Argumenten: „Es lohnt ja nicht“, —

„es ist doch nur für kurze Zeit“, „es sind noch so viele Frauen da“, abzubringen und auch auf diesem Gebiete zu intensivem und systematischem Vorgehen zu veranlassen, entsprechend den an die Frauen gestellten, ständig zunehmenden und wechselnden Anforderungen, über die an anderer Stelle ausführlicher zu sprechen sein wird.

Vergegenwärtigen wir uns, bevor auf die besonderen Verhältnisse im Kriege eingegangen wird, kurz die Entwicklungstendenzen der Frauenarbeit vor dessen Ausbruch. Für diese Zeit ist ganz allgemein festzustellen, daß der Zahl nach eine starke Zunahme der Frauenarbeit überhaupt, eine schnellere Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen als der der Männer, und unter den Frauen eine besonders schnelle Zunahme der erwerbstätigen Ehefrauen, und schließlich die besonders starke Zunahme der Frauen bei der ungelernten Arbeit eingetreten war. Die Gründe hierfür sind bekannt: Die schnell gestiegene Ausdehnung der Produktion und des Handels, sowohl im In- wie im Auslande, hatte den Bedarf der Volkswirtschaft an Arbeitskräften so vermehrt, daß der Vorrat an unbeschäftigten männlichen Personen — im allgemeinen betrachtet — bereits vor dem Kriege erschöpft war. Sodann verließen die Männer bei guter Konjunktur je länger je mehr die Stellen in den schlechter entlohnten Berufszweigen und überließen sie freiwillig den nachdrängenden Frauen (Textilindustrie, Zigarrenindustrie, Heimarbeit), während sie selbst in einträglichere Arbeitszweige übergingen. Ferner — und hierdurch war späterhin die Verwendbarkeit der für die kriegswirtschaftliche Produktion benötigten Frauen wesentlich beeinflußt — ermöglichte und forderte die Entwicklung der Industrie die Einstellung großer Mengen ungelernter Arbeitskräfte. Die Herstellung von Massenartikeln in Großbetrieben und die damit verbundene Normalisierung, Typisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses ermöglichte technisch und forderte rechnerisch die Anstellung ungelernter, billigerer Arbeitskräfte, also in erster Linie der Frauen. Unterstützt wurde diese Entwicklung noch durch die herkömmliche Auffassung von der Unrentabilität der für die Erziehung und Ausbildung der Mädchen aufgewendeten Kosten unter dem Gesichtspunkte, daß diese später doch heirateten und dann eventuell erworbene gewerbliche Kenntnisse nicht mehr auf dem Arbeitsmarkte verwerten könnten. Das Verkehrte dieser Ansicht trat schon lange vor dem Kriege klar zu Tage in der starken Zunahme der erwerbstätigen Ehefrauen, die zu einem sehr großen Teil bei steigender

Kinderzahl aus wirtschaftlichen Gründen wieder in ihre frühere oder in andere Arbeit eintraten, dann jedoch nicht etwa ihrem höheren Alter entsprechend in höhere und besser entlohnte Stellungen, sondern genau auf der alten Arbeitsstufe wieder von vorne anfingen neben jungen Burschen und Mädchen.

Die oben skizzierte Entwicklung, die bereits vor dem Kriege sehr schnell vor sich gegangen war und sich während des Krieges überstürzt hat, läßt immerhin auch für diese Zeit die für die Frauenarbeit bestehenden alten Tendenzen noch erkennen, wenn auch mit gewissen Abweichungen, die zunahmen, je länger der Krieg dauerte.

Bei Beginn des Krieges machte sich — wie bekannt — in den ersten Wochen und Monaten durch die plötzliche Lähmung des ganzen Wirtschaftslebens eine große Arbeitslosigkeit unter den Frauen bemerkbar, die jedoch nach Verlauf von ungefähr 4—5 Monaten langsam zu schwinden begann, bis der Vorrat auch der unbeschäftigten weiblichen Arbeitskräfte sich nach und nach langsam zu erschöpfen anfing. Daß die Behörden und die Arbeitgeber sich längere Zeit über diese beginnende Erschöpfung des Reservoirs täuschten, hat seinen Grund mit in dem häufigen Wechsel des Arbeitsplatzes durch die Frauen, die gleichsam wie Statisten immer wieder über die Bühne des Arbeitsmarktes zogen und durch ihr fortwährendes neues Angebot den irrtümlichen Eindruck unerschöpflicher Massen machten.

Vor allem aber wurde die Erkenntnis der wirklichen Sachlage durch die geradezu trostlose Verfassung des weiblichen Arbeitsnachweiswesens behindert, dessen dringend notwendiger Reorganisation — oder richtiger gesagt, Organisation — aber leider gerade die Arbeitgeber, einschließlich der Staatsbetriebe bis zum Schluß des Krieges nur geringes Verständnis entgegenbrachten. Sie waren weder dazu zu bewegen, auf das Annoncieren zu verzichten, noch auf die Annahme am Fabriktor und das Anwerben durch Agenten. Durch die Unsitte, in den Annoncen viel mehr Arbeiter anzufordern, als man tatsächlich benötigte, wurden zahllose Frauen immer wieder dazu veranlaßt, ihren derzeitigen Arbeitsplatz zu verlassen, um sich — in der Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen — an der anderen Stelle zu melden. Die Agenten aber — durch die Werbeprämien an möglichst zahlreichen Vermittlungen interessiert —, holten aus allen Ecken des Reiches wahllos heran, was sie bekommen konnten und verleiteten viele Frauen — oft sogar mit Kindern — unter übertriebenen Versprechungen zum Verlassen der Heimat. Dadurch wurde

die Übersicht des Arbeitsmarktes im Bedarfs- und im Überschußgebiet verhindert, das Fluktuieren der Arbeiterschaft noch mehr gefördert, Transportmittel belastet, Geld vergeudet und die Verwaltung und Produktion der Betriebe geschädigt. Einer Besserung standen aber auch die in sächlicher und persönlicher Hinsicht vielfach ganz unzureichenden öffentlichen Arbeitsnachweise entgegen.

Ihre Anzahl genügte dem Bedürfnis bei weitem nicht; ihre fachliche Gliederung war unzulänglich, ihre Statistik, die doch als Basis für die praktische Vermittlung dienen sollte, hatte große Mängel, zum Beispiel durch die in den Nachweisungen fehlende Trennung von Arbeitslosen und Arbeitsuchenden; ihr Personal stand den Anforderungen des weiblichen Arbeitsmarktes nicht selten völlig verständnislos gegenüber.

War es schon vor dem Kriege in kaum nennenswerter Weise gelungen, für den Gedanken der „Verteilung der Arbeit unter die Geschlechter nach Kraft und Eignung" in weiteren Kreisen Verständnis zu finden, so ließ der Krieg für seine Verwirklichung natürlich gar keinen Raum mehr, und unter dem Zwange kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten wurden den Frauen noch mehr als bisher Arbeiten aufgetragen und von ihnen übernommen, die teils ihrer Art nach zu schwer oder der Dauer nach zu lang waren, sowie andere an sich leichte Arbeiten, die aber durch Arbeitstempo und Arbeitsdauer bei der Herstellung Schädigungen für die Gesundheit der Frauen nach sich zogen. Dieser Verteilungsprozeß hatte sich bislang mehr unter der Oberfläche abgespielt, sodaß die schweren — wirtschaftlich, gesundheitlich und sittlich gleichermaßen bedenklichen — Übelstände, die diese „wilde Rekrutierung" mit sich brachte, nicht klar zu Tage traten. Wohl wurden Stimmen laut, die auf die hohen Durchgangsziffern der weiblichen Belegschaften zahlreicher Firmen hinwiesen; andere, die unter Verweisung auf die körperliche Anstrengungung durch die Art, die Dauer oder die Zeiteinteilung der Arbeit die Wiedereinführung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen forderten oder vor der offenbaren Gefährdung, besonders der jugendlichen Mädchen in den ungewohnten Arbeitsverhältnissen, sowie der ihrer Mütter tagsüber und oft auch des Nachts beraubten Kinder warnten.

Das Urteil der breiten Öffentlichkeit aber — und auch vieler, die es selbst bei geringem Nachdenken besser wissen konnten — machten für die ständig zunehmenden Mißstände kurzerhand „Die Untüchtigkeit, Ungeschicklichkeit, Faulheit und Dummheit" der Frauen ver-



antwortlich. Kurzsichtig und ungerecht — nicht selten auch durch Konkurrenzfurcht stark voreingenommen — verlangte man, wie auch im Frieden, daß Frauen, ohne jemals dafür vorgebildet worden zu sein im gegebenen Augenblick jede Arbeit zur Zufriedenheit ausführen sollten und dabei gleichzeitig den zweiten Beruf als Hausfrau und Mutter oder in deren Stellvertretung als Haustochter ausüben sollten. Die ungeheuren Erschwerungen, mit denen diese Frauen außerdem in der Versorgung ihrer Privatwirtschaft durch die Rationierung zu kämpfen hatten, zog man vollends kaum in Betracht. Bemühten sich aber die Frauen, für die ihnen übertragenen Spezialarbeiten sich die nötige Ausbildung und Routine anzueignen, um das Bestmögliche zu leisten, so wurden ihnen nicht selten von den männlichen Arbeitern wenig erfreuliche Hindernisse in den Weg gelegt, die sich sogar in verschiedenen Fällen bis zu Tätlichkeiten steigerten, wenn die neuen Kolleginnen durch größeren Fleiß in der gleichen Zeit mehr geleistet und dadurch mehr verdient hatten. Die hieraus entstandene Gegnerschaft hat keineswegs mit dem Kriege ihr Ende gefunden, und es ist nicht uninteressant, zu beobachten, wie sie sich in der Haltung der Männer in den verschiedenen Parlamenten, Berufs- und Standesvertretungen gegenüber dem selbstverständlich auch für die Frauen geltenden Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ geltend macht.

Um den Forderungen des „Hindenburgprogramms“ gerecht werden zu können, mußte an die Stelle „der wilden“ die „planmäßige“ Rekrutierung treten und gleichzeitig versucht werden, durch besondere Maßnahmen den im Gefolge übermäßiger Frauenarbeit liegenden gesundheitlichen und sittlichen Gefahren zu steuern.

Diese Aufgaben fielen im Rahmen der kriegsamtlichen Organisation der „F r a u e n a r b e i t s z e n t r a l e beim Kriegsamt“ (beziehungsweise dem R e f e r a t F r a u e n beim Ersatzdepartement) und den angegliederten Frauenreferaten bei den Kriegsamtstellen (am Sitz der Generalkommandos) zu, unter deren Leitung die F r a u e n a r b e i t s n e b e n s t e l l e n die bezirksweise Zusammenfassung und die F ü r s o r g e v e r m i t t l u n g s s t e l l e n die örtlichen Aufgaben zu übernehmen hatten. Frauenarbeitsnebenstellen wurden besonders in Bezirken gegründet, die entweder nicht zu Preußen gehörten und sich daher naturgemäß abgrenzten (zum Beispiel Schwerin, Darmstadt) oder die besonders schwierige Arbeiterinnenverhältnisse aufwiesen oder bei denen die Zusammendrängung besonders vieler Betriebe auf ein enges Gebiet intensivste Arbeit erforderte. Den Fürsorgevermittlungsstellen

wurde kein rein militärischer Charakter beigelegt, da die in ihnen tätigen Personen mehr vereins- als behördenmäßig zu arbeiten gewohnt waren. Sie stellten in den meisten Fällen einen Sammelpunkt der an ihrem Arbeitsorte bereits vorhandenen Fürsorgeeinrichtungen dar, um diese für die Aufgaben des Kriegsamtes nutzbar zu machen. Die Leitung wurde einer Persönlichkeit aus der Zivil- und Kommunalbehörde oder einer sozialgeschulten mit den Lokal- und Personalangelegenheiten vertrauten Frau übertragen, die in vielen Fällen ehrenamtlich arbeitete. Wo eine Besoldung notwendig wurde und wo fürsorgerische Einrichtungen neugeschaffen oder ergänzt werden mußten, übernahm das Kriegsamt ganz oder teilweise aus den vom Reichsschatzamt und vom ehemaligen Deutschen Kaiser zur Verfügung gestellten Fonds die Mittel. Die Fürsorgevermittlungsstellen arbeiteten in engster Verbindung mit den im Anschluß an die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise geschaffenen Frauenarbeitsmelde- und Frauenarbeitsberatungsstellen und waren in ihrer Tätigkeit an Richtlinien gehalten, die sie von den Referaten Frauen der Kriegsamtstellen erhielten.

Außer diesem behördlich-organisierten Apparat sicherte sich die Frauenarbeitszentrale noch die Mithilfe einiger besonders fachkundiger Persönlichkeiten, die verschiedenen Kommissionen zugeteilt wurden, Gutachten erteilten, auch Besichtigungsreisen machten, Richtlinien und Merkblätter ausarbeiteten und zu ihrer eigenen Orientierung über alles auf dem Laufenden gehalten wurden [1].

Hände um „jeden Preis" erforderte das militärische Interesse, Schonung der sittlichen und gesundheitlichen Kräfte der Frauen erforderte die Rücksicht auf den zukünftigen Bestand unseres Volkes. Um letztere auch nur einigermaßen zur Geltung zu bringen gegenüber dem, unter dem Zwange kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten immer einseitiger betonten Gesichtspunkte der Produktion, bedurfte es für das Kriegsamt der Mitarbeit und Unterstützung weitester Kreise. Deshalb faßte die Frauenarbeitszentrale die größten sozialpolitischen Organisationen, die führenden Frauen- und Wohlfahrtsvereine in dem „Nationalen Ausschuß für Frauenarbeit im Kriege" zusammen und versicherte sich durch deren Leitung auch der „rückhaltlosen Mitarbeit" der zu ihnen gehörenden Unterorganisationen. Leider haben sich nicht

[1] Vgl. Kriegsamt, amtliche Mitteilungen und Nachrichten, Nr. 7; 1. Vierteljahresbericht der Frau.-Kriegsamt-Stab, Mai 1917.



alle Organisationen — zum Beispiel der Vaterländische Frauenverein — in vollem Umfange an diese Abmachungen gehalten, wodurch verschiedentlich nicht unerhebliche Schwierigkeiten für die dringend notwendige Durchführung fürsorgerischer Maßnahmen entstanden sind.

Es hätte vielleicht nahegelegen, die Vorschriften des Hilfsdienstgesetzes einfach auf die Frauen auszudehnen, zumal diese wiederholt beim Kriegsamt darum baten. Von dieser Maßnahme wurde jedoch vor allem darum abgesehen, weil die für Millionen von Frauen neu aufzustellenden Stammrollen ein nach vielen tausenden zählendes Personal erfordert hätten, sodann, weil sich objektive Maßstäbe für die in unübersehbar vielen Fällen berechtigten und notwendigen, dauernden oder vorübergehenden Befreiungen nicht finden ließen und hierdurch nicht nur eine Flut von Reklamationen ständig zu bearbeiten gewesen wäre, sondern vor allem auch die Gefahr vorlag, daß ihnen um so mehr eine nicht versiegende Quelle ernster Mißstimmung entspringen würde, weil die Zwangsbestimmungen vor allem die breite Schicht der minderbemittelten Frauen getroffen haben würden.

Ein Verzicht auf ergänzende fürsorgerische Maßnahmen wäre natürlich auch im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes unmöglich gewesen, denn ohne diese wären selbst die strengsten gesetzlichen Vorschriften nicht imstande gewesen, dem eigenartigen Charakter der Frauenarbeit im Wirtschaftsleben zum Trotz „den alleinigen Zweck aller Maßnahmen", nämlich: „die Sicherstellung und Heranziehung der notwendigen Arbeitskräfte zur Durchführung des Hindenburgprogramms" zu erreichen. Aus dieser richtigen Erkenntnis heraus begnügte man sich damit, den Weg des freiwilligen Angebotes zu verfolgen unter dem Motto: „Mobilisierung der Frauen durch die Frauen", unter dem der erste Chef des Kriegsamtes die verantwortliche Leitung aller die Frauenarbeit betreffenden oder mit ihr in Verbindung stehenden Angelegenheiten durch theoretisch und praktisch auf diesem Gebiete erfahrene Frauen verstand. Dieser Grundsatz wurde allerdings nur kurze Zeit aufrecht erhalten, da auch für die Frauenarbeit aus dem Felde kommende Berufsoffiziere bald ihren Einfluß an wichtigen Plätzen geltend machten, denen zum Teil die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen ebenso fremd waren wie die Voraussetzungen der Frauenarbeit im besonderen. So kam es, daß zum Beispiel — trotz der dringenden Vorstellungen von seiten der beteiligten Frauen und von Praktikern des Arbeitsnachweiswesens — eine geradezu erschreckende Verwirrung

durch militärische Aufrufe zum Hilfsdienst hervorgerufen wurde, die sich auch noch in jedem Satze im besonderen an die Frauen zur freiwilligen Hilfsdienstmeldung wandten und alle „diejenigen, die nicht sofort in den Hilfsdienst eingestellt werden könnten, sondern auf ihre Einberufung für spätere Zeit warten müßten, für sofortige Bereitwilligkeitserklärung des Dankes des Vaterlandes versicherten." Zu Tausenden verließen daraufhin die Frauen Hals über Kopf die Arbeitsplätze und strömten den militärischen Stellen zu, wo gar keine Verwendung für sie war! Die gleichen persönlichen Umstände verhinderten es auch monatelang, daß die Angelegenheit der Etappenhelferinnen, deren Regelung wegen der Schaffung des notwendigen Ersatzes einerseits und des persönlichen Schutzes der Helferinnen andererseits gleichermaßen dringend war, in weibliche Hände gelegt wurde und auch dann noch den von den Frauen gemachten Vorschlägen fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg gelegt wurden, obschon die in der Materie an sich liegenden Schwierigkeiten groß genug waren. Aus den gleichen Gründen gelang es erst im November 1917, — also fast 1 Jahr nach Begründung der Referate Frauen — die mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit der Arbeit so dringend erforderliche Beteiligung der Referentinnen an den Werkbesichtigungen durch die Fachoffiziere, sowie an ihren Sitzungen, die den Hilfsdienst betrafen — soweit dabei der Ersatz männlicher Arbeitskräfte durch Frauen in Frage kam — durchzusetzen. Bei dem Umfang, der Schwierigkeit und Dringlichkeit des von dem Kriegsamte für die Organisation der Frauenarbeit zu bewältigenden Programmes barg aber ein jedes aus solchen Gründen stammendes, und deshalb überflüssiges, Hindernis die Gefahr der Verzögerung oder Verhinderung des Erfolges in sich.

Um das gesteckte Programm durchzuführen, galt es vornehmlich fünf Aufgaben anzugreifen:

1. Die Steigerung der Zahl der kriegswirtschaftlich tätigen Frauen besonders in allen Heeresbedarfsbetrieben und in der Landwirtschaft.
2. Die geeignete Anpassung bzw. Neuschaffung der Organe und Methoden zur Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften für den besonderen Zweck.
3. Die Anlernung bzw. Ausbildung der weiblichen Arbeitskräfte.
4. Die Steigerung der Arbeitsfähigkeit der Frauen nach Quantität und Qualität der Ware.

5. Die Steigerung der Arbeitsstetigkeit in bezug auf Arbeitsplatz und Zeitdauer.

Die Lösung der 2. und 3. Aufgabe war eine wesentliche Voraussetzung für Erfolge auf den übrigen Gebieten, die außerdem noch von anderen Momenten stark beeinflußt wurden: der Körperkraft und Intelligenz, der Herkunft, dem Alter und Familienstand, der früheren Berufszugehörigkeit der Frauen, dem Ernährungsstand, dem Wohnungs- und Transportwesen.

Um die genügende Anzahl der zum Ersatz der Männer erforderlichen Frauen zu gewinnen, kamen die erwähnten vier Quellen in Betracht: die noch nicht völlig erschöpfte offene Reserve mit Hilfe der Arbeitsnachweise; die — sogenannte — stille Reserve aus den Reihen der Frauen, die zwar beschäftigt waren, deren Kraft aber nach Art und Dauer der Arbeit nicht voll ausgenutzt war, wie zum Beispiel in verschiedenen Zweigen der Kriegsheimarbeit; die Streckungsreserve aus der weiblichen Belegschaft von Betrieben, die aus Mangel an Rohstoffen mit verkürzter Arbeitszeit (Textilindustrie) arbeiteten und nicht geneigt waren, ihre bei Vollbetrieb überschüssigen Arbeitskräfte freiwillig anderen Industrien zu überlassen; und schließlich die Hausfrauen- und Haustöchterreserve auch des Bürgerstandes.

Die Gewinnung der Frauen stieß begreiflicherweise auf erhebliche Hindernisse. Eines der größten war und blieb die schon erwähnte Verfassung des weiblichen Arbeitsnachweiswesens. Die Anzahl der vorhandenen weiblichen Abteilungen war völlig unzureichend, den meisten fehlte der notwendige fachliche Ausbau, und das an ihnen beschäftigte Personal (von Ausnahmen abgesehen) war den Aufgaben nicht im entferntesten gewachsen. Dem dringend notwendigen schleunigen Um- und Ausbau setzten aber die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und auch die lokalen Behörden, auf deren aller geldliche, organisatorische und agitatorische Unterstützung man angewiesen war, mehr oder weniger aktiven oder passiven Widerstand entgegen. Man griff einfach in die Luft, zumal man auch bei zahlreichen männlichen Arbeitsnachweisen und ihren Leitern auf sehr wenig Verständnis und Hilfe für die Einrichtung der neuen weiblichen Abteilungen stieß, selbst wenn es möglich gewesen wäre, geeignete Vermittlerinnen in genügender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Dazu kam noch das allgemeine Vorurteil des Publikums gegen die Benutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises, dem fast allgemein das Odium anhaftete, daß sich bei ihm nur un-

tüchtige und Gelegenheitsarbeiter meldeten. Zu dieser, die Bestrebungen der Reorganisation schwer schädigenden Einschätzung hatte leider die Machtpolitik der Interessentennachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor und auch noch während des Krieges wesentlich beigetragen, die in der Konkurrenz erfolgreich wirkender öffentlicher Arbeitsnachweise nach wie vor eine Gefahr für eines ihrer stärksten wirtschaftlichen und politischen Kampfmittel sahen. Auch den Zentralauskunftsstellen (oder Arbeitsnachweisverbänden) ist es — selbst wenn sie bei der Arbeitsmarktberichterstattung und dem Stellenausgleich nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller angeschlossenen Nachweise verfuhren — nicht gelungen, diese Gegensätze ganz zu überbrücken. So erklärt es sich, daß auch bis heute nur ein Teil dessen erreicht ist, was erstrebt wurde — wennschon die vom Kriegsamt geschaffenen Zentralauskunftsstellen sehr großen Nutzen gestiftet haben —, und daß noch beim Ende des Krieges verhältnismäßig wenige vollausgebaute weibliche Arbeitsnachweise mit dazugehörigen Berufsberatungs- und Frauenarbeitsmeldestellen vorhanden waren, die Hand in Hand mit den Fürsorgevermittlungsstellen arbeiteten. Wo dieser bereits Januar 1917 vorgesehene lückenlose Aufbau vorhanden war, leistete er während des Krieges und bei der sturmflutartigen Demobilisation durch die Zusammenarbeit mit den Organen der Demobilmachungskommissare und -ausschüsse wertvolle Dienste bei der Zurückziehung der Frauen vom Arbeitsmarkt, beim Abtransport und der Verschiebung Ortsfremder und Arbeitsloser, durch Vermittlung von Unterkunft und Einrichtung von Kursen für Arbeitslose, durch deren Beratung, durch Dezentralisation der Vermittlung in fliegenden Arbeitsnachweisen, Übernahme der Vor- und Nachprüfung für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung, Abhaltung von Sprechstunden usw.

Auf kaum einem der vom Kriegsamt bearbeiteten Gebiete sind so viele Erlasse hinausgegangen, wie in Sachen der sächlichen und persönlichen Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, insonderheit mit Rücksicht auf die Gewinnung weiblicher Arbeitskräfte durch zweckmäßige Verbindung von Angebot und Nachfrage. Für grundsätzliche, systematische Reformen fehlten jedoch während des Krieges die psychischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen. Zwei wesentliche Aufgaben hätten aber trotzdem in Angriff genommen werden können: die Feststellung der vorhandenen freien weiblichen Arbeitskräfte, die — ohne daß man eine allgemeine Stammrolle aufstellte — möglich war in Verbindung mit dem

Kartensystem der Lebensmittelrationierung, und die Führung einer laufenden Übersicht über die in kriegswirtschaftlichen Betrieben tätigen Frauen, welche beide erheblich dazu hätten beitragen können, um dem im Zusammenhang mit den Offensiven wechselnden Bedarf des Arbeitsmarktes leichter nachgeben zu können, die Maßnahmen zur Prüfung und Verteilung der Frauen nach ihrer Eignung sowie die Einleitung rechtzeitiger und ausreichender Fürsorge zum Beispiel für Wohnung, Ernährung, Kleidung usw. zu stützen und schließlich auch die Demobilmachung zu erleichtern.

Den „Richtlinien" vom Ende Januar 1917 — ergänzt durch die gleichzeitig an die Fürsorgevermittlungsstellen ergangene Anweisung über die Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen —, die im Anschluß an eine schon März 1915 vom Reichstag gefaßte Resolution die Zentralauskunftsstellen ins Leben riefen, und alle weiblichen Personen als eine der aufgeführten drei Hauptgruppen grundsätzlich in die Organisation und den Aufgabenkreis der Arbeitsnachweise mit einbeziehen, folgte im Februar ein Erlaß über die Heranziehung möglichst aller mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertrauten und nicht in der Kriegswirtschaft tätigen städtischen Frauen zur Landarbeit. Bei Durchführung des letzteren sollten die „Kriegswirtschaftsämter" mithelfen und der „Nationale Ausschuß für Frauenarbeit im Kriege" im Anschluß an einen an ihn besonders gerichteten Aufruf die Werbetätigkeit besonders durch seine ländlichen Unterorganisationen unterstützen. Die Bemühungen für die Landwirtschaft scheiterten an der schon erwähnten Unzulänglichkeit der Arbeitsvermittlung, ferner an der Furcht der Frauen vor dem Verlust der städtischen Mietsunterstützung und dadurch auch der städtischen Wohnung, sowie vor der Herabsetzung der Kriegsunterstützung auf dem Lande; an dem hartnäckigen Widerstande der Landwirte, die sich darauf verließen, daß ihnen doch noch in letzter Stunde militärische Hilfe zugewiesen würde, und schließlich an der — Hand in Hand mit den Landwirten gehenden — Abneigung der Gemeinden, die bei längerem Aufenthalt den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durch die Hinzugezogenen befürchteten. Leider wurden keine durchgreifenden Maßnahmen ergriffen, um durch zweckdienliche Bestimmungen die Furcht der Gemeinden und der Frauen zu beseitigen, und die Landwirte wurden in ihrer Hoffnung nicht enttäuscht, so daß man nicht nur im laufenden Jahre — wie ein Erlaß des Landwirtschaftsministeriums beweist, sondern auch fernerhin vor der gleichen Kalamität stand, wennschon die Neigung der Frauen,

auf das Land zu gehen, in der Aussicht auf bessere Ernährung späterhin größer war, die Landwirte und Gemeinden sich aber gegen die unerwünschten hungrigen Gäste, zumal wenn diese mit Kindern kamen sträubten.

Die notwendigen Ergänzungen der erstgenannten nur in großen Zügen ausgeführten „Richtlinien" für den „Ausbau des weiblichen Arbeitsnachweiswesens mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft" kamen erst im März heraus. Sie ordneten bei allen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen die Einrichtung weiblicher Abteilungen an, eine angemessene Vertretung der weiblichen Arbeitsvermittlung in den Zentralauskunftsstellen, sowie die Errichtung einr Frauenarbeitsmeldestelle bei jeder Hilfsdienstmeldestelle und im Zusammenhang mit jener eine Frauenarbeitsberatungsstelle, um dem „wilden Anwerben" entgegenzutreten und insonderheit die bislang noch nicht beruflich tätigen oder ihre Stellung wechselnden Frauen zu beraten und sie nötigenfalls den Fürsorgevermittlungsstellen zuzuweisen. Die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der den Frauenarbeitsmeldestellen zugewiesenen Aufgaben — eine weitgehende Zentralisation der Meldungen offener Stellen zu fördern — haben unter anderem spätere Abmachungen der Frauenreferate mit den Eisenbahndirektionen bewiesen, die wie die meisten staatlichen Dienststellen nur mit großem Widerstreben von den irrationellen Methoden des Inserates, der Anschläge, der Pförtnernachweise usw. abgingen; fand sich doch das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt zur grundsätzlichen Benutzung der Frauenarbeitsmeldestellen für die ihm unterstellten Betriebe erst vier Monate vor Kriegsende bereit, was natürlich auf das Verhalten der Privatindustrie in dieser Frage während des Krieges sehr nachteilig wirkte und die Bedarfsdeckung gerade in den wichtigsten Bezirken hemmte. Für die Mitarbeit in den Beratungsstellen sollten in „sozialer Arbeit und im gewerblichen Leben erfahrene Persönlichkeiten namentlich auch der öffentlichen und Vereinswohlfahrtseinrichtungen" herangezogen werden, besonders im Anschluß an das vom Bund Deutscher Frauenvereine vor längeren Jahren begründete „Kartell der Auskunftsstellen für Frauenberufe", das damals bereits über 100 solcher Stellen verfügte und mit diesen eine wesentliche Stütze für die Durchführung der Organisation wurde. Ferner wurden einheitliche Meldekarten und Berichtsformale zur Weitergabe unerledigter Arbeitsgesuche für die Arbeitsnachweise vorgesehen, in denen zur Beurteilung der Eignung der Frauen nicht nur nach deren letzter Berufstätigkeit, sondern auch nach deren eventueller Vor-

bildung gefragt wurde und mit Rücksicht auf fürsorgerische Maßnahmen, der Familienstand, die Zahl und das Alter der Kinder genau festgestellt wurde. Es ist unerläßlich, daß auch in Zukunft die Arbeitsnachweise diese Fragen stellen und durch Arbeitsberatung- und Fürsorgevermittlungsstellen in zweckmäßiger Verbindung mit den Einrichtungen der sogenannten „Familienfürsorge" gebracht werden, damit allen Beteiligten die Erkenntnis in Fleisch und Blut übergeht, daß ein Arbeitsnachweis keine Telephonzentrale zur Nummernvermittlung ist, sondern daß es sich um lebendige Menschen handelt, die neben ihrem Arbeitsleben auch noch ein persönliches Leben führen sollen, und daß jeder „falsche Anschluß" — im besten Falle — nur wirtschaftlichen Schaden, meistens aber noch viel weiterreichendes Unheil anrichtet, besonders bei Jugendlichen und bei Frauen mit Kindern. Notwendig ist ferner, daß die Aufnahme-, Zähl- und Berichtsformulare aller Arbeitsnachweise auch in Zukunft einheitlich sind und daß sie sich insonderheit für die Gruppierung und die Statistik an die in der Reichsstatistik übliche Berufseinteilung halten und nicht — wie es immer noch vorkommt — beliebige Bezeichnungen und Unterteilungen, die eine nachherige Vergleichung und richtige Beurteilung der Zusammenstellungen unmöglich machen. Zu einer Reform der Statistik gehört meines Erachtens auch, daß — wie es im Kriege mit Erfolg bei einer Kriegsamtstelle durchgeführt worden ist — in Zukunft die Arleits*losen* grundsätzlich von den Arbeit*suchenden* gesondert aufgeführt werden.

In den genannten Anweisungen wird auch der Versuch gemacht, die Arbeitsuchenden möglichst zur Meldung nur an *einer* Nachweisstelle zu bewegen und den großen Mangel an brauchbaren Arbeitsnachweisbeamtinnen durch Kurse zu beheben. Diese — wie auch andere — kriegsmäßigen Notkurse konnten natürlich nur das Allerelementarste geben, und von den zuständigen Stellen ist zu verlangen, daß für die Durchführung der wichtigen sozialpolitischen Aufgaben der Arbeitsnachweise nur voll ausgebildete Sozialbeamtinnen mit mindestens einjährigem Praktikum eingestellt werden, wie es in einem späteren Rundschreiben, das sich an die „sozialen Frauenschulen" wendet, angebahnt ist. Die von Arbeiterseite propagierte Einstellung von Arbeiterinnen des jeweils in Betracht kommenden Berufszweiges ist meines Erachtens unzweckmäßig, weil bei diesen — sofern es sich nicht um vielseitig geschulte Gewerkschaftsbeamtinnen handelt — der verhältnismäßig kleine Vorteil einer einzelnen Branchekenntnis durch den fehlenden größeren Überblick über die Wirtschaftslage, die je-

weiligen Erfordernisse des Arbeitsmarktes, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Berufe, deren Arbeits- und Lohnbedingungen usw. bei weitem wett gemacht wird.

Auch während der Demobilmachung und in ihrem Gefolge auch auf dem Gebiete der Erwerbslosenunterstützung zeigt es sich immer von neuem, wie lückenhaft und dadurch kostspielig nach wie vor das Arbeitsnachweiswesen bei uns ist und es ist eine der dringendsten staatlichen Aufgaben, schleunigst und nachdrücklich die notwendigen Reformmaßnahmen durchzusetzen — auch in den ländlichen Bezirken, in denen nicht nur die Erfolge systematischer Rekrutierungsversuche weiblicher Arbeitskräfte fast Null geblieben sind, sondern die auch nach dem Kriege der Aufnahme überschüssiger Arbeitskräfte — trotz Arbeitermangels — große Schwierigkeiten bereitet haben.

Die Reformen werden sich erstrecken müssen auf die allgemeine Organisation und sodann innerhalb dieser auf die besonderen Erfordernisse für den Ausbau des weiblichen Arbeitsnachweiswesens. Zu ersterem gehört die allgemeine Verbreitung, die einheitliche und straffe Leitung, Zentralauskunftstellen, die — unter Ausbau ihrer Tätigkeit und Befugnisse, insbesondere bei der Organisation und ihrer Kontrolle, der Überwachung und Regelung der Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitsnachweise für den — wenn nötig erzwingbaren — örtlichen, zwischenörtlichen und zwischengebietlichen Ausgleich —, als selbständige Behörden zu organisieren und von einer ihnen übergeordneten Zentralstelle zusammenzufassen sind. Sowohl in den Vorständen und Beiräten der Zentralauskunftsstellen, wie auch in die Verwaltung der Zentralbehörden sind Frauen zu berufen, damit sie auch von hier aus den im Interesse der Gesamtheit notwendigen Einfluß auf die Fragen der Frauenberufsarbeit nehmen können, die sich auch im Rahmen des Arbeitsnachweiswesens keineswegs nur auf das Problem möglichst zweckmäßige Vermittlungsmethoden ausfindig zu machen beschränkt, sondern weit darüber hinaus die Regelung des gesamten Arbeitsverhältnisses, die Arbeitsberatung und -Ausbildung, den Arbeiterinnen-, Kinder- und Jugendlichenschutz berührt, von deren Behandlung das persönliche Wohl und Wehe von Millionen von Arbeiterinnen bedingt ist. Unter diesen Gesichtspunkten von einer Zentralstelle bearbeitet, kann das gesamte Arbeitsnachweiswesen zu einem der wesentlichsten sozialpolitischen Instrumente werden.

Zu den besonderen Erfordernissen für die Ausgestaltung der

weiblichen Arbeitsnachweise, die zum Teil schon in Vorhergehendem gestreift sind, gehört deren Vermehrung unter Berücksichtigung besonders industriereicher Gegenden bei gleichzeitigem fachlichen Ausbau, sowie in großen Gemeinden die Angliederung von Lehrstellen — Jugendabteilungen und Arbeitsberatungsstellen —, die in engem lokalen und personellen Zusammenhang mit einer Fürsorgevermittlungsstelle stehen müssen. Die Etats der weiblichen Abteilungen sind besonders aufzuführen und die notwendigen Mittel — sowohl für die Besoldung gut geschulter Leiterinnen wie auch für deren Fortbildung — bereitzustellen. Bei den Verwaltungen müssen Frauen bei den paritätischen Vorständen, Kuratorien und Ausschüssen beteiligt sein.

Bei der Heranziehung der „stillen" und der „Streckungsreserve" bereiteten sowohl die Arbeitnehmer wie auch die Arbeitgeber Schwierigkeiten, die ihre gewohnten Arbeiten und Arbeitsplätze nicht aufgeben wollten (Heimarbeiterinnen) bzw. ihren alten Arbeiterstamm nicht hergeben wollten (Textilindustrie) oder sich weigerten, Arbeitskräfte aus anderen Berufsgruppen und Gegenden aufzunehmen (Landwirtschaft).

Diese Widerstände sind sehr begreiflich, da die Zumutungen an die Arbeiterinnen: mit der gewohnten Arbeit sehr oft auch die Heimat zu verlassen, an die Arbeitgeber: ihre geübten, ihnen bekannten Leute vielleicht für immer zu verlieren und an die neuen Arbeitgeber: sich mit orts-, arbeits- und betriebsfremden Frauen einzuarbeiten, nicht gering waren, und es bedurfte daher fortgesetzten Druckes, um eine zweckdienliche, berufliche und örtliche Verpflanzung mit mehr oder weniger Erfolg durchzusetzen. Das Fehlen von jeder Übersicht über die quantitative Ausdehnung, die qualitative Gliederung und die geographische Verteilung der weiblichen Arbeitskräfte erschwerte die Bemühungen unendlich, aber auch in höchster Not entschloß man sich leider — trotz allen Drängens — nicht dazu, zum wenigsten den Versuch zu machen, diesen Mangel schleunigst auszugleichen, sondern erst, als die Hochflut der Demobilmachung in bedenkliche Nähe rückte, wurde in einem Rundschreiben die Notwendigkeit betont, einen „raschen und vollständigen Überblick über den Bedarf an Arbeitskräften und die bevorstehenden Entlassungen" zu erhalten, weil „bei dem riesigen Umfange, den die industrielle Frauenarbeit während des Krieges erhalten hatte, die Frage ihrer Überleitung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft von schwerwiegender Bedeutung für die Volkswirtschaft und Volkskraft" sei. Diesen Überblick in letzter

Stunde zu geben, war bei dem Mangel irgendwelcher systematischer Vorarbeiten ganz unmöglich, außer für den Bereich einer einzigen Kriegsamtstelle, dessen Frauenreferat seit über einem Jahre auf Grund von Abmachungen mit den Arbeitgebern die fortlaufend von diesen eingegangenen An- und Abmeldungen ihrer weiblichen Arbeitskräfte in einer Kartothek verarbeitet hatte, die im Oktober 1918 einen genauen Überblick über 120000 Arbeiterinnen, deren Namen, Alter, Familienstand, Zahl ihrer Kinder und deren Versorgung, Berufszugehörigkeit vor dem Kriege, die bisherige Arbeitsstelle, die derzeitige Wohnung und — für ortsfremde — deren Heimatsort, gewährte. Sie wurde Mitte 1918 durch eine Zusammenstellung über alle in den größeren Städten des Bezirkes wohnenden noch nicht berufstätigen weiblichen Personen ergänzt, und beide Übersichten leisteten gegenüber dem schwankenden Bedarf des Arbeitsmarktes, wie auch bei der Demobilisation, ausgezeichnete Dienste.

Von besonderer Wichtigkeit für die Verpflanzung von Arbeiterinnen waren die nach Vereinbarung mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden erlassenen Bestimmungen über die Zusammenlegung von Betrieben der Textilindustrie und das sogenannte „Auskämmen" der mit Heeresnäharbeit in Arbeitsstuben und in der Heimarbeit beschäftigten Arbeiterinnen, als sowohl der steigende Mangel an Rohstoffen für die Verarbeitung von Web-, Strick- und Wirkwaren, wie auch die Notwendigkeit, möglichst viele Arbeitskräfte für die Verwendung in kriegswirtschaftlichen Betrieben freizumachen, solche Bestimmungen ermöglichte und forderte. Die Einsendung der Listen der bei den „Bezirksausschüssen für Heeresnäharbeit" beschäftigten Arbeiterinnen, die Ausstellung von Ausweiskarten und deren Nachprüfung nur für solche Personen, die für Arbeiten in Kriegswirtschaftsbetrieben in Frage kamen, die Anstellung zum Beispiel von geübten Arbeitsnachweisbeamtinnen in den betreffenden Bezirken und die persönliche Rücksprache mit jeder einzelnen, durch die Frauenarbeitsberatungs- oder Fürsorgevermittlungsstelle ermöglichten es, eine erhebliche Zahl von arbeitslosen Frauen aus der Textilindustrie und aus irrationell betriebener Heimarbeit in dringende Bedarfsgebiete — vornehmlich nach dem Westen und in das Verkehrsgewerbe — zu überführen. Der Verpflanzung sollte eine Feststellung der Fachoffiziere vorausgehen, welche Betriebe Arbeiterinnen aufnehmen könnten, zu welchem Termin, für welche Art von Arbeit, zu welchen Arbeitsbedingungen (Bemessung der Arbeitszeit, Schichteinteilung, Halbtagsschicht), ferner die Arbeitsberatung und

Vorprüfung der körperlichen Eignung der zu vermittelnden Frauen, um möglichst große Stetigkeit an deren neuem Arbeitsplatz zu gewährleisten, sowie die Aufklärung und Werbung durch die „Referate für Frauen", unterstützt durch Vorträge und Lichtbilder. Späterhin wurden gelegentlich der Regelung der Erwerbslosenunterstützung entlassener Tabakarbeiter ähnliche Maßnahmen für die Tabakindustrie in Angriff genommen, mit dem Bestreben, die freiwerdenden, meist ländlichen Bezirken entstammenden Arbeiterinnen vor allem der Landwirtschaft zuzuführen unter gleichzeitiger Vorsorge für deren spätere Rückführung in die Heimat.

Mit der Verpflanzungsmöglichkeit der Arbeiterinnen stand unter anderen auch die Transport- und Wohnungsfrage in nahem Zusammenhang. Zur sachgemäßen Durchführung der ersteren wurde je länger je mehr die Begleitung weiblicher Vertrauensfrauen nötig, um den wiederholt bemerkten ernsten Unzuträglichkeiten vorzubeugen: Mangel an Wagengestellung, verfehltes Reiseziel, unvorbereiteter Gepäcktransport, fehlende Unterkunft der Arbeiterinnen am Bestimmungsort usw. usw., die geeignet waren, die Frauen sittlich, gesundheitlich und wirtschaftlich zu schädigen und dadurch die Erfolge weiterer Werbeversuche zu vereiteln.

Die Wohnungsfrage gehört mit zu den unerfreulichsten Kapiteln der Frauenarbeit während des Krieges, nicht nur für die verpflanzten, sondern zum Beispiel auch für die Verkehrsarbeiterinnen. Die Schwierigkeiten, die ihrer Regelung entgegenstanden — steigender Mangel an Bauarbeitern, an Baustoffen und Erschwerung ihres Antransportes, Beschaffung von Möbeln und Wäsche, die nicht selten von großen Wohnzentren weit entfernte Lage besonders der neuen Betriebe, der in eben diesen Zentren — besonders in industriellen Gebieten — schon vor dem Kriege vielfach bestehende Mangel an Kleinwohnungen und die geringe Anzahl von Ledigenheimen, sowie die unzulänglichen Geldmittel der Vereine, um diesem Mangel abzuhelfen, die auffallend geringe Anteilnahme der Arbeitnehmerorganisationen und die weit verbreitete Gleichgültigkeit der öffentlichen und privaten Arbeitgeber gegenüber diesen Fragen — sollen nicht verkannt werden. Am nachteiligsten aber war es, daß auch von seiten der dafür zuständigen Stellen immer weniger auf diesem Gebiete geschah, und dadurch die Arbeiterinnen in ganz besonderem Maße gesundheitlich und sittlich geschädigt, sowie in ihrer Stetigkeit und Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wurden. Drehbänke setzt man nicht in Betrieb, ohne vorher für ihre stabile Aufstellung gesorgt zu

haben; die Frauen aber sollten in ungewohnter, oft schwerer und ungesunder Arbeit unter allgemein erschwerten Lebensbedingungen etwas leisten, wenn sie zu zwei — oder abwechselnd mit der Nachtschicht — zu vier ein Bett teilten oder in Reihen übereinanderschliefen; wenn sie gar keine oder völlig unzureichende Kleiderbehältnisse, Tagesräume, Kochgelegenheiten, Wasch- und Abortanlagen zur Verfügung hatten! Sie sollten Haltung bewahren, wenn sie — sogar in Betriebsbaracken — mit Männern gemeinsam untergebracht waren; oder wenn bei Unterbringung in Tanzlokalen und Gasthäusern in diesen nach wie vor Gäste beherbergt und bewirtet wurden! Gegenüber diesen schweren Mißständen waren die von der Zentralstelle verfügten Maßnahmen ein Tropfen auf den heißen Stein, und nur in vereinzelten Fällen ist es deshalb den Frauenreferaten gelungen, im Bereich ihrer Kriegsamtstelle wesentliche Besserungen durchzusetzen, zum Beispiel den Meldezwang mit Wohnungsnachweis und systematischer Kontrolle durch Wohnungspflegerinnen, Festlegung der Mietsätze durch die Gemeinde oder Polizeiverordnungen zur Regelung des Schlafstellenwesens, die Requisition von Wohnungen durch die Generalkommandos für die Heeresbedarf herstellenden Arbeiterinnen oder die Errichtung neuer und Überlassung benutzter Wohnbaracken durch die Intendanturen.

Eine im März 1917 — in Zusammenhang mit einer von der Frauenarbeitszentrale vorgeschlagenen Zählung der Arbeiterinnen und Jugendlichen in kriegswirtschaftlichen Betrieben mit mehr als 50 Personen — beabsichtigte Aufnahme der für Arbeiterinnen verfügbaren gemeinsamen Wohngelegenheiten (Heime, Baracken, Gasthöfe, Werkswohnungen) und deren Beschaffenheit in bezug auf Geschlechtertrennung, Lüftung, Heizung, Abortanlage, über das Vorhandensein von Wohn- und Schlafstellennachweisen, Mangel an privaten Wohngelegenheiten, den vorhandenen und mutmaßlich in Bälde zu erwartenden Zuzug, sowie den Umfang und die Beschaffenheit der Transportgelegenheiten zur Arbeit (genügende Wagenzahl, Beleuchtung, Frauenzüge oder -Abteile), ist leider ebensowenig durchgeführt worden, wie ein späterer Vorschlag, auf der Unterlage einer gemeinsam mit dem deutschen Städtetag zu machenden Umfrage durchgreifende Verbesserungen in Angriff zu nehmen, obschon die arbeitshemmende Wirkung so ungünstiger Wohnverhältnisse offen zutage lag.

Die Rekrutierung der Hausfrauen- und Haustöchterreserve war durch deren begreifliches und berechtigtes Bestreben, so lange wie irgend möglich die Familie nicht zu verlassen, erschwert. Bei deputatsberechtigten Landfrauen spielte daneben deren durch die



Kriegsunterstützung relativ günstige wirtschaftliche Lage mit, gleichzeitig bei solchen Fabrikarbeiterfrauen, die neben der Reichsunterstützung erhebliche Werksunterstützung in bar oder in Naturalien bezogen, was dazu führte, daß bei steigendem Arbeitermangel solche Zulagen nur noch an Frauen gegeben wurden, die sich zur Arbeit auf dem Werke bereit fanden. Viele andere Kriegerfrauen hat auch die allgemein geübte — und trotz wiederholter Anregungen erst März und September 1917 durch Rundschreiben des Reichskanzlers modifizierte — Methode der Anrechnung des Arbeitsverdienstes auf die Familienunterstützung durch die Lieferungsverbände von der Arbeit zurückgehalten. Die Frauen haben begreiflicherweise die sogenannte 50%ige Freilassung des Arbeitsverdienstes von der Anrechnung auf die Familienunterstützung nicht als solche, sondern als Zurückbehaltung empfunden und darin eine Art Bestrafung der Arbeitswilligen gesehen; bei vielen hat sie direkt die Aufgabe bereits übernommener Arbeit veranlaßt, weil die nach Abzug verbleibende Einnahme in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung und dem Verzicht auf geordnete Haushaltführung stand.

Die sogenannte „bürgerliche Frau" endlich ließ sich — von Ausnahmen abgesehen — in weitgehender Unkenntnis der Fabrikarbeit und Fabrikarbeiterin durch ein im allgemeinen sehr ungerechtes und engherziges Vorurteil, das durch gelegentliche Beobachtungen und unkontrollierbare Verallgemeinerungen bestärkt wurde, von der Arbeit abhalten.

Eine erhebliche — wenn auch nicht unüberwindliche — Schwierigkeit für deren Einstellung bestand allerdings in dem stoßweisen Bedarf an Arbeitskräften, bei dessen Rückgang natürlich die „Bürgerlichen" sofort die Plätze räumen und bis zum erneuten Bedarf sich in „Bereitschaft" hätten halten müssen. Für die hierzu erforderliche straffe Disziplin fehlte ihnen aber die notwendige Kenntnis und Einsicht in die große Gefahr der Ebbe auf dem Arbeitsmarkt. —

Auch bei diesen Widerständen spielte die Vorstellung der Beteiligten von dem „baldigen Ende des Kriegs" eine wesentliche Rolle und erst, als einerseits diese Hoffnung mehr und mehr schwand, anderseits der zunehmende Rohstoff- und Menschenmangel zur Konzentration aller Kräfte einzig und allein auf die kriegswichtigen Produktionszweige zwang, und die zunehmende Teuerung immer weitere Kreise zum Aufsuchen möglichst gutentlohnter Arbeit veranlaßte, ließen die Widerstände bei den verschiedenen Beteiligten nach.

Bei den Bemühungen um Personen aus dem Bürgerstande hat man diese zweckmäßigerweise zuerst für geistige und sozialpflegerische Arbeit zu gewinnen versucht, in Verbindung mit der Erweiterung und Neueinrichtung auf den verschiedenen fürsorgerischen Gebieten, zur Wartung und Pflege von Kindern, in der Fabrikpflege und Heimleitung, bei der Transportbegleitung, bei der Wohnungsuche- und Kontrolle. Besondere gute Erfahrungen sind dabei mit denen gemacht worden, die etwas bestimmtes gelernt hatten, und bereits beruflich tätig waren, zum Beispiel mit den durch die Stillegung der Gewerbeseminare freigewordenen Gewerbelehrerinnen.

Besonders nachdrücklich hat man sich um die Einbeziehung der Studentinnen bemüht, bei denen aber der Erfolg der in Angriff genommenen Propaganda vornehmlich daran scheiterte, daß der gewählte Termin allgemein ungünstig war, weil schon vor Veröffentlichung der Aufrufe eine rückläufige Bewegung in der Arbeiternachfrage offensichtlich zutage lag und für die Studentinnen im besonderen ungünstig, weil sie gerade nach Beendigung der Ferien bereits ihre Studienorte aufgesucht, Wohnung gemietet und Kollegs belegt hatten. Diese Fehler bei der Werbung haben begreiflicherweise weitere Werbeversuche unter den bürgerlichen Frauen leider ungünstig beeinflußt. Ein Kardinalfehler aber ist es gewesen, daß man bis zuletzt geglaubt hat, die notwendigen Werbungen ohne Bereitstellung großer Mittel durchführen zu können, sondern hoffte, dafür „in geschickter Weise tunlichst die Betriebe heranziehen zu können, in deren Interesse die Werbung geschieht". Es war ein wesentlicher Irrtum, anzunehmen, daß die Betriebe diese fiskalisch erwünschte Auffassung teilten, um auf ihr umfassende Maßnahmen aufbauen zu können! Die Durchführung dieser — für den Oktober und November 1918 — geplanten Anwerbungsversuche in allen Schichten der weiblichen Bevölkerung hat der Abschluß des Waffenstillstandes verhindert. — Wie groß der Mangel an Arbeitskräften war, geht auch daraus hervor, daß versucht wurde, deutsche Rückwanderinnen sowie Bewohnerinnen der besetzten polnischen und belgischen Gebiete im freien Arbeitsvertrage und Insassinnen von Fürsorgeerziehungsanstalten heranzuziehen. Die Erfahrungen mit den drei ersteren sind nach Mitteilungen von Firmen ziemlich unerfreulich, und der erfolgreichen Verwendung von Fürsorgezöglingen zur Munitionsarbeit stand — soweit die Aufträge nicht in die Anstalten hineingegeben werden konnten — die Tatsache entgegen, daß der Erziehungszweck solcher Anstalten nicht mit den Betriebs- und Arbeitsverhältnissen außerhalb des Hauses in Einklang zu bringen ist.

Trotz der verschiedenen, teils unvermeidlichen Gegenwirkungen erfolgte eine riesige und ehedem kaum für möglich gehaltene Umschiebung der Frauen auf die von den eingezogenen Männern verlassenen Arbeisplätze, so daß ganze Berufszweige — zum Beispiel die häuslichen Dienste, die Textilindustrie, gewisse Zweige der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, sowie die handwerklichen Berufe — ihrer Arbeitskräfte mehr oder weniger beraubt wurden, zum Teil unter gleichzeitiger Abwanderung vornehmlich vom Osten nach dem Westen. Der größte Zustrom erfolgte in das Verkehrs- und Transportwesen, in die Metall-, Maschinen-, chemische und elektrische Industrie, zu den Erdarbeiten (besonders in den Elsaß-Lothringenschen Grenzbezirken) sowie zum Berg- und Hüttenwesen. Genaue Ziffern sind leider bislang über diese berufliche und territoriale Wanderung der Frauen nicht vorhanden, da auch die Berichte der Krankenkassen nicht vollständig sind, Zählungen durch das Kriegsamt nicht stattgefunden haben und die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten noch nicht vorliegen. Genaue zahlenmäßige Angaben würden etwa nicht nur von allgemeinem statistischen Interesse sein, sondern sie könnten im Zusammenhang zum Beispiel mit den Krankenlisten wertvolles Material für die Beurteilung des Einflusses der verschiedenen Arbeiten auf die Frauen verschiedenen Alters, auf Ledige und Verheiratete, auf Stadt- und Landbewohnerinnen usw. ergeben, oder auch gleichzeitig mit den Lohnlisten verbunden, Anhaltspunkte für die Beurteilung der Verwendungsfähigkeit der Frauen geben, alles Unterlagen, die das Interesse an dem Gedanken der „Verteilung der Arbeit unter die Geschlechter nach Kraft und Eignung“ wieder beleben würde.

Gleichzeitig mit der geschilderten beruflichen und territorialen Wanderung der arbeitenden Frauen vollzog sich eine wesentliche Veränderung der Art und der Dauer der Arbeit.

Auf Grund der Notverordnung vom 4. August 1914 war die Möglichkeit gegeben, die Frauen — abweichend von den bisher gültigen gewerberechtlichen Bestimmungen — mit weit schwereren Arbeiten als ehedem zu beschäftigen und sie auch zu ausgedehnten Überarbeiten und zur Nachtarbeit heranzuziehen. Diese in der nachfolgenden Verordnung des Reichskanzlers nur speziell zugestandene Möglichkeit nahm, je länger, je mehr, gegen dessen Willen den Charakter einer generellen Erlaubnis für „Kriegsdauer“ an, so daß nicht selten ohne Terminbegrenzung und ohne nähere Bezeichnung der Arbeit die Frauen in einer Weise beschäftigt wurden, die auch unter

weitgehender Berücksichtigung der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeit doch zu ernsten Bedenken Anlaß gab, daß der Reichskanzler selbst wiederholt mahnend und eindämmend das Wort ergriff (11. Dezember 1916, 11. August 1917, 9. Januar 1918). Die von ihm betonten hygienischen und sittlichen Gefahren bedrohten die Frauen nicht nur dadurch, daß sie gezwungen waren, schwere Stücke zu heben (zum Beispiel 15 cm-Granaten, Passagier- und Frachtgut), zu stoßen oder zu ziehen (gefüllte Förderkörbe auf der Hängebank), ihre für die Tätigkeit zu kurzen Gliedmaßen zu verrenken und zu zerren (zum Einsetzen der Leitungsstange bei der Straßenbahn, Aufstecken der Schlußlaternen an den Güterzügen), an Arbeitsplätzen mit übergroßer Hitze- und Staubentwicklung zu arbeiten (an der Ziehpresse, in Glashütten, an Walzenstraßen, bei der Erzbrikettierung, vor den Heizkesseln), daß sie bei Strecken- und Straßenarbeiten, vor den Koksofenanlagen, auf den Werften, Bauten usw. jeder Unbill der Witterung, beim Fahrdienst oder beim Preßluftnieten ständiger Erschütterung ausgesetzt waren, sondern daß auch die durchschnittliche Arbeitszeit zu lang war, ganz abgesehen von den Anstrengungen der Nachtarbeit, an der auch jugendliche Mädchen teilnahmen und den nicht selten von Frauen verlangten Doppel- und Dreischichten. Ganz besonders bedenklich war es, daß gerade diejenigen Frauen, die schon durch häusliche Verpflichtungen belastet waren, sich aus Erwerbsrücksichten zu den schwersten und langdauerndsten Arbeiten meldeten und in ihrem Bestreben, durch die in der Fabrik geleistete Nachtarbeit den „Tag für Haus und Kinder frei“ zu haben, von manchen Arbeitgebern kurzsichtig unterstützt wurden. Die Anstrengungen durch die schon an sich ungewohnten Arbeiten wurden noch durch zahlreiche, zum Teil bereits gestreifte Begleitumstände bedeutend gesteigert, die bei der Beurteilung der Leistungen, der Eignung und Stetigkeit der Frauen zu berücksichtigen sind. Die Größe, das Gewicht ihres Körpers, die Länge der Arme entsprachen sehr häufig nicht den Maßen und Gewichten der zu bedienenden Maschinen und Apparate (Fußpressen), der zur Verfügung stehenden Geräte und Werkzeuge (zu schwere Schaufeln, Hacken, Hämmer usw.) oder dem zum Beispiel auf Hebel, Bremsen usw. auszuübenden Gegendruck (bei der Straßenbahn), wenn auch viele Arbeitgeber bemüht waren, diese Mißverhältnisse nach Möglichkeit auszugleichen.

Aber auch bei den Frauen, die keine sichtbar schwere Arbeit leisteten, machten sich Schädigungen geltend durch die Art der über-



nommenen Arbeit in Verbindung mit der Arbeitsdauer und dem Arbeitstempo. Die Arbeit an zwangsläufigen, häufig schnell gehenden Maschinen, die ununterbrochen zu ihrer Bedienung denselben Handgriff oft bei angestrengtester Aufmerksamkeit erfordern, scheint beachtenswerte physopsychische Wirkungen zu haben. Anders lassen sich wohl die in zahllosen Gesprächen immer wieder gemachten Angaben über verschiedene funktionelle Störungen, über schlechtes Allgemeinbefinden, das von Woche zu Woche abnehmende Lebensgefühl und der so oft leidenschaftlich geäußerte Wunsch nach „Veränderung um jeden Preis" gerade aus den Reihen dieser Arbeiterinnen kaum erklären. Es ist schon früher von anderer Seite die Vermutung ausgesprochen worden, ob hier nicht vielleicht auch ursächliche Zusammenhänge zwischen der Arbeitsart und den generativen Leistungen der Frau bestehen. Leider fehlen für diese bevölkerungspolitisch so wichtigen Zusammenhänge bislang fast alle exakten Untersuchungen sowohl für die Zeit vor, wie während des Krieges, sodaß man nur auf Kombinationsschlüsse angewiesen ist. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es nämlich, als ob gerade in denjenigen Bezirken, in denen eine starke Zunahme der eheweiblichen Erwerbsarbeit in stark mechanisierten und automatisierten Berufszweigen erfolgt ist, gleichzeitig eine besonders starke Abnahme der Geburtenziffer zu bemerken ist; eine Beobachtung, die auch nach den Erfahrungen im Kriege sehr beachtenswert erscheint. Im Zusammenhange mit der Geburtenziffer werden sich allerdings für die Kriegszeit ganz besonders schwer Schlüsse über diese eventuellen Zusammenhänge ziehen lassen, da sie auch ohnedies durch andere Ursachen wesentlich beeinflußt worden ist, aber vielleicht lassen sich doch noch nachträglich an der Hand von Krankengeschichten einige Feststellungen machen, da schon die bloße Möglichkeit eines solchen Zusammenhanges es meines Erachtens unbedingt nötig macht, unverzüglich Vorbereitungen dafür zu treffen, daß — entsprechend einem Antrage von Frauenseite — in Zukunft umfassende und eingehende Untersuchungen auf diesen Gebieten gemacht werden unter Berücksichtigung nicht nur von Dauer und Art der Arbeit, sondern auch von Alter, Herkunft, Familienstand, Dauer der Berufszugehörigkeit usw. der arbeitenden Frauen. Auf solchen Unterlagen könnte man — im Gegensatz zu dem heutigen im allgemeinen nur generellen — den notwendigen speziellen Arbeiterinnenschutz treiben, auch wieder mit dem im Interesse des Volksganzen liegenden Ziele „Verteilung der Arbeit unter die Geschlechter nach

Kraft und Eignung". Übrigens wären solche gewerbehygienischen Untersuchungen auch für die Männer zu wünschen, denn der auffallend frühe Verbrauch insonderheit der Kräfte der Schwerarbeiter und die wesentlich kürzere Lebensdauer der Männer im allgemeinen könnten doch mit davon herrühren, daß man ihre Stärke überschätzt und auch mit ihren Kräften Raubbau treibt.

Die mit den meist ungewohnten Arbeiten selbst verbundenen Schwierigkeiten wurden für die Frauen noch durch verschiedene weitere Begleitumstände vermehrt, die für die Männer im Frieden überhaupt nicht, im Kriege nur zum Teil vorhanden waren. Sehr hinderlich, gesundheits- und verschiedentlich lebensgefährlich war die weibliche Kleidung[1], und es bleibt bedauerlich, daß in dieser Frage nicht ein obrigkeitliches Machtwort gesprochen worden ist, das den Widerstand der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Reichsbekleidungsstelle gebrochen und gleichermaßen im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiterinnen wie der Materialersparnis gelegen hätte; denn nichts ist so verschwenderisch wie die Benutzung einer für die Arbeit völlig ungeeigneten Kleidung. Bis zum Kriegsende aber hat man Erd-, Bergwerks-, Hütten- und Salinenarbeiterinnen in Schmutz und Nässe mit Röcken und in gewöhnlichen Niederschuhen herumstapfen gesehen, Straßenbahnschaffnerinnen mußten — selbst in den größten Städten, zum Beispiel Berlin und Düsseldorf — mit Aufbietung aller Körperkräfte ihre Kleider durch die dichtgedrängten Gänge mitreißen oder sie waren — wie zum Beispiel auf der Barmer Bergbahn — der Gefahr ausgesetzt, bei dem Einkassieren im Fahren vom Trittbrett aus (mit nach außen schlagenden Türen!) an den Anpflanzungen der abfallenden Böschung hängen zu bleiben oder trugen (in Thorn) Filzpantoffeln in Ermanglung von Stiefeln! Mit Röcken hockten Formerinnen auf der Erde, hantierten Metallarbeiterinnen und Kesselheizerinnen am offenen Feuer, kämpften Postbotinnen gegen Wind und Wetter, während zum Beispiel die Eisenbahnverwaltung frühzeitig und allgemein die allen Anforderungen entsprechende Kleidung (lange Joppe, Beinkleid, Wickelgamaschen, halblanger Mantel) für das Fahrpersonal einführte.

Unter der allgemeinen Unterernährung hatten wohl die Arbeiterinnen — abgesehen von den Verheirateten, die immer geneigt

---

[1] Vgl. den „Bericht der Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft über die technische Aufsicht im Jahre 1916".

waren, den Kindern mehr abzugeben als sie eigentlich entbehren konnten —, nicht mehr zu leiden als die Männer. Ledige Schwerarbeiterinnen betonten vielmehr wiederholt, daß sie bei der Zuweisung der eigentlich auf den Verbrauch der Männer berechneten Zulagen verhältnismäßig günstig fortkämen.

Anderseits wird auch wieder von Arbeitgebern aus der Metallindustrie mitgeteilt, daß — nachdem schon in den ersten zwei Kriegsjahren mit kräftigen Frauen bei verschiedenen Operationen sogar quantitativ bessere Leistungen als bei Männern erzielt werden konnten — die ungenügende Ernährung in den letzten Jahren die Leistungsfähigkeit so herabgesetzt hat, daß auch die ehedem eingeführten Leistungsprämien nicht mehr zur Geltung kamen.

Mit welchen Schwierigkeiten aber hatten die Arbeiterinnen (besonders die der Nachtschicht) bei der Beschaffung aller bezugsscheinpflichtigen Gegenstände und vor allem bei der Lebensmittelbesorgung zu kämpfen, bei der Einlösung der Rationskarten, deren Ausgabezeiten von den Gemeinden immer wieder ohne jede Rücksicht auf die Arbeitszeiten festgesetzt wurden, welche Unsumme an Kraft und Zeit kostete die Hin- und Rückfahrt zur Arbeitsstätte in den maßlos überfüllten — im Winter ungeheizten und unbeleuchteten — Bahnen, die häufig weit vom Ziele entfernt endigten[1]. Wie unzulänglich blieben zahllose Arbeitsräume jahraus, jahrein sowie die zu ihnen gehörigen Nebenanlagen (Eßräume, Garderoben, Waschräume und Aborte), deren Zustand nicht selten auch nicht entfernt den Anforderungen der RGO. entsprach. So wenig, wie es einem Zweifel unterliegen kann, daß viele gesundheitliche Schädigungen und sittliche Mißstände, die sich zeigten, nicht auf die Art oder die Dauer der Arbeit zurückzuführen sind, sondern auf diese zahlreichen nachteiligen, allgemeinen Begleiterscheinungen, kann ein Leistungs- und Bewährungsurteil über die arbeitenden Frauen gefällt werden, ohne diese äußeren Erschwerungen zu berücksichtigen, — von der Sorge, die viele um Mann oder Kinder erfüllte, zu schweigen.

---

[1] Als Beispiel sei nur auf die Verhältnisse für Spandau, Troisdorf, Siegburg, Kokoschken bei Danzig, Karlowitz bei Breslau, Cruppamühle O./S. hingewiesen.

(Schluß folgt.)

Besprechungen

Der Geist der neuen Volksgemeinschaft. Eine Denkschrift für das deutsche Volk, herausg. von der Zentrale für Heimatdienst. Berlin 1919, S. Fischer. 167 S.

Unter jenem Titel ist eine Anzahl von Aufsätzen bekannter und angesehener Männer erschienen, die bei allen Unterschieden individueller Denkweisen die neue Ordnung der Verhältnisse als einen entschiedenen Fortschritt begrüßen, eine innere Hebung der Menschheit von ihr erwarten, dabei aber die gewöhnliche Fassung der Aufgaben vertiefen möchten. Ihr Ziel überschreitet weit das politische und wirtschaftliche Gebiet; sie möchten einer neuen Volksgemeinschaft und einer aufsteigenden Kultur dienen; sie bekunden vielfach eine warme ethische Gesinnung. So tut es namentlich der Aufsatz von Arnold Metzger, „Der neue Glaube und der Weg zur Volksgemeinschaft", der die ganze Reihe eröffnet und mit seinem freudigen Glauben einen wohltuenden Eindruck macht. Auch die anderen Aufsätze sind reich an anregenden Gedanken und weiten Ausblicken; sie verbreiten sich über alle Hauptgebiete des Lebens, und sie versetzen unmittelbar in das Leben und Streben der Gegenwart; schon deshalb dürfen sie auf die Aufmerksamkeit weiterer Kreise rechnen.

Die Bedeutung der hier behandelten Probleme unterliegt keinem Zweifel. Nicht bloß einzelne Völker, sondern das Ganze der Kulturwelt befindet sich jetzt in einer schweren Krise. Eine neue Epoche steigt auf und drängt stürmisch nach Gestaltung — ihren greifbarsten Ausdruck gibt die wirtschaftliche Bewegung mit ihren schroffen Gegensätzen, — aber über sie hinaus geht ein Streben nach einer völligen Verjüngung des Lebens und nach Gewinn einer neuen Menschheit. Unverkennbar ist uns das Leben in eine zu enge Bahn geraten, deren Schranken und Mißstände immer klarer werden. Mehr und mehr wurde uns das Ganze des Lebens zu einer bloßen Arbeitskultur; diese Kultur hatte die sichtbare Welt dem Menschen unterworfen und in dieser Richtung alle Widerstände in sicherem Aufstieg überwunden; ihr Ringen mit den Dingen hob die Kraft des Menschen unermeßlich. Aber sie war in Gefahr, sein eigenes Befinden als etwas Nebensächliches zu behandeln, sich um seine Seele wenig zu kümmern, ihn als Ganzes seinen eigenen Werken dienen zu lassen, ihn zu einem bloßen Mittel und Werkzeug eines technischen und wirtschaftlichen Prozesses herabzusetzen. Diese Lage mußte bald zu einem deutlichen Bewußtsein kommen; sobald das geschah, wurde eine schroffe Kluft zwischen Arbeit und Seele unvermeidlich, und es entbrannte ein stürmisches Verlangen, den ganzen Menschen in seinem unmittelbaren Dasein zu fördern, sein Ergehen, sein Wohl und Wehe in den Mittelpunkt des Lebens zu stellen, auf ihn alles Streben zu beziehen. Es galt nunmehr, nicht nur die materiellen und die geistigen Güter möglichst allen Individuen zuzuführen, sondern den Gesamtstand des Lebens innerlich zu erhöhen, ihn ursprünglicher, kräftiger, wahrhaftiger zu machen.

Die aus solchem Geist entsprungene Schrift mit ihrem reichhaltigen Beiträgen setzt sich demnach ein hohes Ziel, sie will ihm nach bestem Vermögen dienen; wie weit aber die hier gebotene Lösung ausreicht, das ist eine andere Frage. Wir können von vornherein den Eindruck nicht unterdrücken, daß hier die Sache zu summarisch, zu hastig, zu ungeschichtlich behandelt wird, und daß sie viel zu sehr als eine Parteischrift auftritt. Sie hat den Vorteil einer starken und frischen Subjektivität, aber sie ist in großer Gefahr, die Dinge einseitig zu behandeln, ja sie mit doppeltem Maß und Gewicht zu messen.

Ein starkes Verlangen nach mehr Selbständigkeit des Menschen als Menschen, eine Sehnsucht nach mehr Frische und Unmittelbarkeit des Lebens, ein Zurückgehen auf den Menschen als Menschen gegenüber allen Einschränkungen und Hemmungen der Verhältnisse ist zu verschiedenen Zeiten erwacht; am stärksten war es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sowohl in der französischen Aufklärung als bei Rousseau. Dieser Bewegung ist die gegenwärtige nahe verwandt; sie steht jedenfalls mit ihrer verstandesmäßigen Denkweise in einem entschiedenen Gegensatz zu unserer deutschen klassischen Kultur. Mit der Aufklärungszeit teilt sie namentlich die hohe Schätzung des moralischen und intellektuellen Standes des Menschen, den Glauben an seine Güte und an seine Einsicht. Ein beinahe schwärmerischer Glaube an den Menschen erfüllte im Verlaufe des 18. Jahrhunderts mehr und mehr die Seelen; eine optimistische Beurteilung der menschlichen Natur trieb jene Zeit dazu, alle Schuld der Mißstände auf die überkommenen geschichtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu schieben. Am meisten hat Rousseau in dieser Richtung gewirkt, mit feuriger Glut hat er den Gegensatz zwischen der natürlichen Güte des Menschen und der Schlechtigkeit der Verhältnisse herausgestellt; die Natur hat uns nach seiner Meinung gut geschaffen und zu vollem Glück bestimmt, nur die falsche Lebensordnung verwehrt die Erreichung dieses Zieles. So bedarf es an erster Stelle eines gründlichen und rücksichtslosen Aufräumens, damit sich alles ins Beste wende und der Mensch sich selbst finde. Steht es nicht heute in manchen Kreisen ähnlich? Optimistisch gegen den Menschen, namentlich wenn er zur Masse gehört, ist man pessimistisch gegen alle, welche der überlieferten Ordnung anhängen: sie gelten entweder als schlecht oder als beschränkt; die Anhänger der neuen Denkweise dagegen scheinen alles Große und Gute zu teilen. Natürlich hat solche Schätzung in dieser Schrift verschiedene Grade; bisweilen wirkt sie geradezu naiv. So heißt es z. B. bei Hermann Schüller (S. 159): „Die bisherige Jugendbewegung hat unersetzliche Werte geschaffen. Sie hat die Herzen der Jugend dem Erleben reiner Menschlichkeit offen gemacht und den Glauben entzündet: Der Mensch ist gut.“ Was denkt man wohl unter den „unersetzlichen Werten“ und nnter dem „Erleben reiner Menschlichkeit“?

Wer in dieser Weise den moralischen und geistigen Stand des Menschen überschätzt, der kann der Geschichte keine große Schätzung zollen, der hat keinen vollen Sinn für ihre unermeßliche Aufgabe, den Menschen aus einem bloßen Naturwesen zu einem Geisteswesen zu bilden, der übersieht die schweren Verwicklungen, welche das Zusammentreffen einer niederen und einer höheren Art des Lebens beim Menschen bewirkt. Es

war ein Hauptstreben des 19. Jahrhunderts gegenüber der Aufklärung, dem Leben eine breitere und festere Grundlage zu geben und es von dem „Fanatismus des abstrakten Gedankens" (Hegel) zu befreien; viel Bedeutendes ist aus solchem Streben für alle Verzweigung des Lebens entsprungen, für Religion, Kunst, Recht, Volk usw.; unmöglich läßt sich das einfach zurücknehmen. Gewiß brachte jene Wendung zur Geschichte auch manche Gefahr: über dem Hangen an der Vergangenheit haben wir vielfach unser eigenes Leben vergessen und der Gegenwart ihr volles Recht versagt; so konnte ein gelehrter Historismus um sich greifen und das Leben schwächen. Aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß der Mensch als geistiges Wesen seine Höhe nur an der Geschichte und durch die Geschichte erlangt; wer ihm diese Hilfe entzieht, der fügt ihm großen Schaden zu. Arnold Metzger hat mit Recht durchgängig als die Hauptforderung für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Gerechtigkeit erklärt. Haben wir nicht aber auch der Geschichte mit ihrer Arbeit volle Gerechtigkeit zu erweisen? Ohne sie könnte der geschichtslose Mensch leicht zu einem kulturlosen werden.

Die Verneinung reicht über die Geschichte hinaus auch in die Gemeinschaft. Es wird hier nachdrücklich von verschiedenen Seiten der „klassenlose" Staat verkündet. Der Begriff ist doppeldeutig; besagt er, daß alle künstlich bereiteten Stände, alle unberechtigten Unterschiede fallen sollen, so ist dem nur zuzustimmen: es gibt hier ohne Zweifel eben im deutschen Leben manches zu tun. Aber anders steht es, wenn alle und jede Gliederung der Gemeinschaft, alle Unterschiede der Werte, alle Zusammenhänge der Gesellschaft als hemmend und veraltet angegriffen werden. Das führt schließlich dahin, den Menschen lediglich auf sein individuelles Sein, ja auf sein jeweiliges Belieben zu stellen, das Zusammensein möglichst in einen ungeordneten Haufen zu verwandeln, ihm damit aber alle überlegene Vernunft und Geistigkeit zu nehmen. Das will natürlich von jenen Männern niemand, aber die Frage ist, ob nicht die Konsequenz des Gedankens zu diesem Ergebnis treibt?

So müssen wir uns in Summa, bei williger Anerkennung der subjektiven Gesinnung und der vielfachen Anregung, zu der hier gebotenen Gedankenwelt ablehnend verhalten. Sie entbehrt eines festen Kerns, und sie gibt dem Menschen keinen genügenden Halt, um ihn den großen Aufgaben und den gewaltigen Wirren der Gegenwart gewachsen zu machen. Die Begriffe sind zu schwankend und die Ziele zu unklar, um stark und fördernd auf die Seelen zu wirken. Schwankend ist von vornherein der hier behandelte Gedanke der Volksgemeinschaft. Was bedeutet hier „Gemeinschaft"? Wie verhält sich „Gemeinschaft" zu „Gesellschaft"? Kann man mit Metzger von einer „liebenden Gemeinschaft" (s. S. 24) reden? Aus welcher Quelle kann diese Gemeinschaft eine solche Liebe schöpfen?

Kurz, die Absicht des Ganzen war gut, aber die Ausführung entsprach nicht der Absicht; das menschliche Dasein enthält schroffere Gegensätze und tiefere Probleme, als sie hier zur Entwicklung gelangten. Aristoteles war im Recht, wenn er meinte, daß im Gebiete der Politik leicht aus einem scheinbaren Gut ein reales Übel entstehen kann.

Jena Rudolf Eucken

Supan, Alexander: Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. Leipzig 1918, Veit & Co. VI und 140 S., 3 Textkärtchen. Geb. 9,10 Mk.

Die knappe, aber inhaltreiche Schrift eines unserer bedeutendsten Geographen dürfte auch dem Jünger der Staatswissenschaft willkommen sein. Haben wir doch nach Ratzels Politischer Geographie (1897, 2. Aufl. 1903) nur ganz wenige und knappe Zusammenfassungen dieser Disziplin in Schönes „Politischer Geographie" (Aus Natur und Geisteswelt, 1911) und innerhalb von Hermann Wagners „Lehrbuch der Geographie" erhalten. Supans Leitlinien sind das Gerippe eines größeren Werkes, das er infolge seiner Krankheit nicht abschließen konnte. Er beschränkte sich auf eine vergleichende Darstellung der „hochentwickelten Staatengebilde der Gegenwart", auf die er die geographische Betrachtungsweise unter Ausscheidung alles Legislativen und Politischen anwendet. Die politische Geographie definiert er als die Lehre von den natürlichen Grundlagen des Staates. Sein Werk bleibt aber hinter dieser Definition, wie hier nur angedeutet werden soll, zurück, indem namentlich Entwicklung und Veränderungen der Staaten wie ihre gegenseitigen Wechselwirkungen nicht systematisch behandelt werden. Abweichend von Ratzel, aber auch von Kjellén sucht er „den Staat als Naturwesen" dadurch „vollständig zu beschreiben", daß er durch Gestalt, Größe und Lage seine äußere Beschaffenheit charakterisiert, seine innere Beschaffenheit oder Struktur aber (und damit das Maß seines inneren Zusammenhaltes) aus den Gesichtspunkten: physische, völkische und wirtschaftliche Struktur betrachtet. Entsprechend geographischer Anschauungsweise besteht auch nach Supan der Staat aus „zwei untrennbar miteinander verbundenen Elementen: Land und Volk". Das Volk aber kommt wesentlich nur in den Kapiteln über Struktur zur Sprache.

Bei der Erörterung der verschiedenen Typen von einfachen und mehrteiligen Staaten werden unter anderem die Kolonialstaaten eingehend besprochen. Supan unterscheidet neben Eingeborenen- und Einwanderungskolonien auch Mischkolonien. Die „Kolonialquotienten" geben das Verhältnis der Kolonien zum Mutterlande nach Areal und Volkszahl. In der Lehre von den Staatsgrenzen geht Supan seine eigenen Wege. Statt der Unterscheidung von Raum- und Verbreitungsgrenzen finden wir bei ihm die damit nicht ganz zusammenfallende von Eigenschafts- und Bewegungsgrenzen. Seine Systematik der Staatsgrenzen ist einfacher als die der meisten etwa gleichzeitig erschienenen Arbeiten darüber. Er konnte nur meine Untersuchung in der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin 1917, benutzen; ihre Fortsetzung 1918, Pencks Berliner Rektoratsrede: „Über politische Grenzen", 1917, Sappers Studie: „Über Gebirge und Gebirgsgrenzen", Geographische Zeitschrift 24. Band, Kiesels „Petershüttly", 1918, und andere haben uns seither weiter gebracht. Die Aufgaben der Grenze sieht Supan in deutlicher Trennung, Schutz und möglichst geringer Störung des Verkehrs. Diese Eigenschaften kann ihm zufolge keine Grenze vereinigen; er unterscheidet mit den modernen Engländern Verkehrs- und Abschließungsgrenzen, spricht aber nicht von

jener Beschaffenheit der Grenze, die zwischen diesen Typen vermittelt, und in der ich die günstigste Gestalt politischer Grenzen erblicke, nämlich jener, bei der der Verkehr auf eine beschränkte Zahl günstiger und übersehbarer, daher wichtiger Übergangsstellen konzentriert wird. Sehr scharf urteilt Supan über das, was er „theoretische Naturgrenzen“ nennt, also die von den Politikern für ihren Staat geforderten sogenannten „natürlichen Grenzen“ und die „Glacistheorien“. Er stellt ihnen die Erwägung entgegen, daß der Begriff des „Naturgebietes“ nicht eindeutig und daß die politische Grenze als Bewegungsgrenze anzusehen ist. Er läßt aber vielleicht zu wenig hervortreten, daß Naturgebiete und natürliche Verkehrsgebiete sich den Ausdehnungsbewegungen der Völker und Staaten als die greifbarsten Ziele und wirksamsten Schranken bieten. Der Abschnitt über die Grenze bietet im einzelnen viel Lehrreiches. Das Kapitel von der Größe der Staaten umfaßt hauptsächlich — entsprechend der Absicht des Werkes, die geographischen Quellen der Stärke und Schwäche der Staaten besonders hervorzuheben — eine Erörterung über die Bedingungen der Großmachtstellung, die nicht aus der Volkszahl, noch weniger aus dem Raum allein hervorgeht, sondern „von der organisierten Gesamtenergie, die durch die Bevölkerung repräsentiert wird, abhängt.“ Unter dem Gesichtspunkt der Lage wird die mathematische, die geographische (zu Gebirgen und Flüssen) und die politische Lage (zu Nachbarstaaten, Meer und Wüsten) behandelt. Wie vorher die Insularität, wird hier die Maritimität der Staaten durch eine einfache Formel bezeichnet und auch versucht, den Druck, den die Nachbarstaaten ausüben, durch den Druckquotienten (das ist die Summe der Bevölkerung der Nachbarn dividiert durch die eigene Volkszahl) auszudrücken. Er gibt zwar keine allgemeine Charakteristik, aber eine gute Veranschaulichung einer der wichtigsten Lagewirkungen.

Für den inneren Zusammenhalt der Staaten ist nach Supan die Struktur maßgebend, d. h. ob ein Staat physisch, völkisch und wirtschaftlich homogen oder heterogen ist. Die Hälfte des Buches ist diesen Fragen gewidmet. Eine Erörterung der historischen oder politischen Struktur lehnt Supan dagegen ab: „Der Politiker teilt den Staat willkürlich oder mit Rücksicht auf geschichtliche Zusammenhänge oder mit Benutzung natürlicher Grenzen in Verwaltungseinheiten ... Die Schulgeographie mag aus praktischen Gründen diesem Beispiel in beschränktem Maße folgen, die wissenschaftliche Geographie hat aber keine Veranlassung dazu.“ Eine erklärende Einteilung des Staates müsse von seiner natürlichen Struktur ausgehen. Nun sind aber oft die politischen Teile oder Glieder des Staates (auch die Gliedstaaten eines Bundesstaates scheint ja Supan hier im Auge zu haben) ursprünglicher, natürlicher und besser begrenzt, als das Ganze; ihr gegenseitiges Verhältnis und das zu Kernland und Zentrum des Staates wirkt auf den Zusammenhalt stark ein. Sie mögen oft als „harmonische Naturgebiete“ oder der Autarkie nahe Landschaften geschlossener sein als die „gleichförmigen Naturgebiete“, die eine rein physische Einteilung des Landes ergibt. Der Geograph wird also an ihnen nicht vorübergehen dürfen. Die innere Gliederung der physisch heterogenen Staaten führt Supan zur Aufstellung ver-

schiedener Kategorien, deren politische Bedeutung durch lehrreiche Beispiele erörtert wird. Unter dem Titel der völkischen Struktur wird der homogene National- und der heterogene Nationalitätenstaat, aber auch der zwischen beiden stehende Pseudonationalstaat sachkundig besprochen und die Begriffe Nation und Volk erörtert. Den ersteren faßt Supan ähnlich wie ich. Das Volk ist ihm in wesentlicher Erweiterung der Difinition Ratzels eine politisch verbundene Gruppe von Gruppen und Einzelmenschen, die weder stamm- noch sprachverwandt zu sein brauchen, aber durch den gemeinsamen Boden auch räumlich verbunden sind, und über deren Einzelwillen ein einheitlicher Gesamtwillen steht (dessen Grundlage sieht er in der Gleichartigkeit, insbesondere der sprachlichen). Ich glaube nicht, daß sich an das vieldeutige Wort eine derartige engere Bedeutung heften läßt. Sehr hübsch sind auch die Besonderheiten der Kolonien erörtert, wo es sich nicht um Sprachen-, sondern um Rassengleichheit handelt. In der klaren Übersicht wirtschaftlich-geographischer Grundbegriffe, die den Abschnitt über wirtschaftliche Struktur einleitet, finden wir im Sinne der eingangs erwähnten Beschränkung den Satz, die politische Geographie habe es nur mit den ackerbauenden Völkern zu tun. Wenn dabei in Widerspruch zu Ed. Hahn Hackbau und Gartenbau als Arten des Ackerbaues erscheinen, möchte ich doch fragen, ob wirklich die „Anfänge zu staatlichem Leben" bei den Hackbauern entwickelter sind als bei den Nomaden. Für die Produktion gibt Supan dem Wort homogen die doppelte Bedeutung: einseitig (für den Weltmarkt) und gleichförmig (für die geographische Verteilung der Güter im Staate selbst). Da Einseitigkeit in allen größeren Staaten fehle und Vielseitigkeit wohl stets mit Mannigfaltigkeit verbunden sei, ergeben sich aber in der Regel nicht vier, sondern nur zwei Kategorien. Von den beiden wichtigsten Typen der Gegenwart, Agrar- und Industriestaat, hat dieser die mannigfaltigere Wirtschaft. Aber die extreme Ausbildung beider schwächt den Staat, und ebenso müßte das die vollkommene Autarkie, meint Supan. Die Kraft eines Staates beruhe auf homogener völkischer, aber heterogener wirtschaftlicher Struktur. Diese kann aber auch durch Interessengegensätze zwischen einzelnen Gebietsteilen nachteilig sein. Ein dritter Typ, der Brutto-(Rohstoff-)Staat ist im Verschwinden. Supan bespricht in diesem Abschnitt auch den Verkehr und seine Bedeutung für den inneren Zusammenhalt des Staates, er streift die wirtschaftliche Bedeutung der zum Teil früher besprochenen Binnen- und Küsten-, Ozean-, Binnenmeer- und Sundlage und ihren Einfluß auf die Macht des Staates, auch Seeherrschaft und Freiheit der Meere in ihrer Bedeutung für den Kolonialstaat, die britischen Etappen, den Nachrichtendienst u. a. Der Einfluß der wirtschaftlichen Struktur auf die völkische wird unter den Gesichtspunkten der Volksdichte, Siedlungen, Gemeinde und Ortschaft, der Hauptstädte besprochen. Neben wirtschafts- und anthropogeographischen finden wir auch wertvolle im engeren Sinne politisch-geographische Bemerkungen. Ein Schlußwort eröffnet weitere Ausblicke und bringt einige Hauptlehren an Beispielen in Erinnerung, so insbesondere den Satz, daß „die Kategorie der Größe" nicht auf Kosten der anderen geographischen Kategorien verändert werden darf.

Im ganzen ist Supans Werk durch eine Vorsicht charakterisiert, die Ratzel nicht immer eignete. Immer wieder fühlt sich der Leser gemahnt, nicht zu schnelle Folgerungen zu ziehen und innerhalb der Grenzen der Geographie zu bleiben. Er sieht mit Dank, wieviel der Verfasser jenen unscheinbaren Fragen abzugewinnen weiß, die man meist als einleitende rasch zu erledigen pflegt. Aber er fühlt sich doch auch nicht selten gehemmt und an der Oberfläche zurückgehalten, wo auch der Geograph tiefer ins Wesen des Staates eindringen möchte und darf. Gerade diese Eigenschaften mögen aber vielleicht das gediegene Buch dem Jünger der Staatswissenschaft besonders empfehlen.

Graz Robert Sieger

Südland, L. v.: Die südslawische Frage und der Weltkrieg. Übersichtliche Darstellung des Gesamtproblems. 8°. X und 796 S., 3 Karten. Wien 1918, Manz. Geh. 16 Mk.

Das Werk, dessen Vorwort der pseudonyme Verfasser im Januar 1917 geschrieben hat, soll die noch fehlende erschöpfende deutsche Darstellung der südslawischen Frage liefern, die verhindert, daß das Urteil selbst bei uns wesentlich durch Scotus Viator bestimmt wird. Demgemäß legt es weniger Gewicht auf die äußere politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, wie etwa die Schriften von Leopold Mandl, deren ich hier gedenken möchte, es tun, als auf die innere Gestaltung des Problems und seine geschichtlichen, auch wohl geographischen und anthropologischen Gruudlagen. Der Wert des Buches liegt in der zweiten Hälfte, welche die vom Verfasser selbst erlebten Zeiten, die verschiedenen Lösungsversuche und Lösungsvorschläge der südslawischen Frage behandelt und von seinem ausgesprochen katholisch-kroatischen Standpunkte aus gegen eine Annexion Serbiens, aber auch gegen den Trialismus und eine Teilung der südslawischen Gebiete in Österreich-Ungarn auftritt. Er befürwortet für sie (um möglichst auf dem Boden der Evolution zu bleiben) eine Vereinigung und sehr starke Autonomie (Ministerium und Parlament), aber unter dem Kondominium beider Staaten, und weiß das gut zu begründen. Seine Gedankengänge sind heute insofern nicht veraltet, als vieles davon in kroatischen Kreisen in zeitgemäßer, republikanischer Umgestaltung fortleben und manches bei deutsch-österreichischen und ungarischen Politikern heute mehr Verständnis finden dürfte als vor kurzem. Vor allem der Gegensatz zwischen Serbentum und Kroatentum, den er übertreibend, aber im wesentlichen richtig auf den Gegensatz zwischen Westen und Osten, Katholizismus (und Islam) und orthodoxer Staatskirche, die den beiden Völkern „wahlverwandt" seien, auf Adels- und Bauernvolk, aber auch auf ethnische Gegensätze (balkanromanischer Einschlag im Serbentum) zurückführt. Die wissenschaftliche Begründung aus der Vergangenheit ist vielfach dilettantisch und einseitig, das Serbentum und der in ihm wirkende „Geist von Byzanz" werden schwarz in schwarz gemalt, dem nationalen kroatischen Adel des Mittelalters eine unwahrscheinlich moderne nationale Politik zugeschrieben und anderes mehr. Richtig aber ist, daß beide Nationen aus den slawischen

Stämmen durch ihre Staaten herausgebildet wurden, und daß Bosnien und die Herzegowina als altes Kroatenland anzusehen sind, dessen teilweise Serbisierung durch späte Einwanderungen und kirchlich-politische Einflüsse bewirkt wurde. Die kroatische Heimat in Nordwestbosnien und seiner nächsten Umgebung erlaubte Ausdehnung nach allen Seiten und erforderte sie; der kroatisch-slawonisch-dalmatinische Halbkreis ohne das umschlossene Bosnien konnte kein eigenes Volk hervorbringen und kann nicht einen eigenen, einheitlichen Staat bilden. Sollte der Südslawenstaat durch innere Gegensätze gesprengt werden, so müssen diese Erwägungen Südlands praktisch wirksam werden; die Vereinigung mit Serbien (wie sie das später erschienene Werk Mandls „Die Habsburger und die serbische Frage" in trialistischer Form befürwortete und das Kriegsergebnis in großserbischer vollzog) konnte durch die Fehler und die Blindheit der österreichischen und ungarischen Politik und die „Hoffnungslosigkeit der Kroaten" vorbereitet werden, muß sich aber bald als Unterdrückung der Kroaten äußern. Seltsamerweise erwähnt der Verfasser die Slowenen und ihre serbophile Haltung gar nicht; sein Südslawenstaat ließe ihre Gebiete und das istrische Festland bei Österreich. Gerade auf die Slowenen aber wird sehr viel ankommen, wenn die Kroaten der serbischen Fessel sich zu entziehen suchen sollten. Eine andere Lücke ist bewußt und betont, die Ausschaltung der mazedonischen Probleme und damit des Verhältnisses zu den Bulgaren. Wenn man immer wieder betont, daß der allserbische Imperialismus nach Byzanz blicke, sollte man auch das innere Verhältnis zwischen den nach außen so übereinstimmenden serbischen und russischen Tendenzen nicht ganz unerörtert lassen. Auch das Verhältnis zwischen Serben und Italienern, die wiederholt sich gegen die Kroaten zusammenfanden, wie stark betont wird, ist nicht eingehend gewürdigt. Die austrophile Periode Milans kommt wenig zur Sprache. Als den Kern der südslawischen Frage bezeichnet Südland (S. 401) die Entwicklung des serbischen konfessionellen und nationalen Imperialismus, der „alle übrigen südslawischen Völker unterjochen, aufsaugen und aus den Trümmern umliegender Staaten seine eigene Größe aufrichten will". Er läßt uns — unter den beiden Gesichtspunkten „die (österreichisch-ungarische) Monarchie und die Südslawen" und „die kroatisch-serbischen Einheitsbestrebungen", so daß zwar die Darstellung zerrissen und noch breiter wird, als sie ohnehin ist, aber die politischen Gedankengänge klarer hervortreten — verstehen, wie so ein guter Teil der Kroaten sich selbst als Teil einer jugoslawischen Gesamtnation empfinden konnte, wie aber die Opposition der eigentlichen Volksmassen dadurch nur verstärkt werden mußte und um so mehr sich regen muß, je mehr der ungarische und der vermeintliche österreichische Druck durch den serbischen abgelöst, die territoriale Zerreißung des Kroatentums aber aufgehoben wird. Sehr anschaulich tritt uns — aus zum Teil wenig bekannten slawischen Quellen — Art und Inhalt der serbischen Propaganda und die Ziellosigkeit und ratlose Gewaltsamkeit der Budapester und Wiener Politik entgegen. Das Bild ergänzt sich mit den Daten, die uns Mandl bietet, zu einem fast unglaublichen, aber wahren Nachtstück fanatischen Größenwahns auf der einen, verblendeter Förderung

des bedrohlichen Elements auf der anderen Seite. Immerhin sucht uns der Verfasser auch verständlich zu machen, warum man in Kroatien und Dalmatien, zuletzt auch in Bosnien die Serben als „staatserhaltendes Element" gegen die an die Monarchie viel enger gebundenen Kroaten ausspielte. Es findet Analogien in Böhmen und Galizien. Die Darlegungen über den „byzantinischen Haß" erklären zum Teil die Greuel, die wir 1918 und 1919 in Innerösterreich erlebten. Aber zum anderen gehen diese — wie uns das verwandte Vorgehen der Tschechen zeigt — auf jene von Südland gut gezeichnete politische Unfähigkeit der meisten Slawenvölker zurück, bei denen das Gefühlsleben über den Verstand vorherrscht, und die daher ihre Erfolge so oft — hoffentlich auch gegenüber unseren heute unterdrückten Volksgenossen — durch ihre Maßlosigkeit wieder einbüßen. Bei allen Mängeln ist das Buch für den Politiker sehr lehrreich.

Graz Robert Sieger

Kiesel, Karl: Petershüttly. Ein Friedensziel in den Vogesen. Berlin 1918, Dietrich Reimer. VIII und 215 S., 16 Textbilder, 10 Tafeln. Geb. 8 Mk.

Unvergeßlich wird mir eine Wanderung auf dem Vogesengrenzkamm im Juni 1914 bleiben. Geradezu erschreckend bestätigte sie mir meine Anschauung, daß die trotz Ratzels Warnungen noch immer als „natürlichste" angesehenen Kamm- und Wasserscheidengrenzen sehr oft für Verkehr, Wirtschaft und Abwehr nachteilig sind. Auf der einen Seite ein sanfter allmählicher Anstieg im Grasland, auf der anderen ein steiler, von Karen zerfressener Absturz, der durch die offenbar zu Verteidigungszwecken erfolgten Krummholzpflanzungen noch unzugänglicher geworden — auf der einen Seite die Möglichkeit breiter militärischer Entfaltung und voller Beherrschung des Gegenabfalls, auf der anderen eine durch spärliche Befestigungen nicht zu verhindernde Schutzlosigkeit, vor allem gegen Ferngeschütze. Dazu noch die Hochweiden des Münstertals von ihm durch die politische Grenze abgeschnitten! Aber die eingewurzelte Lehre sitzt so fest, daß noch nach den Kriegserfahrungen ein deutscher Schulmann diese Grenze als Deutschlands beste „natürliche" Landgrenze bezeichnen konnte (Geogr. Anzeiger 1906, S. 354)). Diesen tragischen Irrtum zu beleuchten, ist die Hauptaufgabe des Werkes von Kiesel. Ein Historiker und Jurist, der in dem Vogesenlande lange Zeit im Felde stand, hat es im Felde verfaßt. Er konnte daher nicht alle Literatur heranziehen — bei der Gründlichkeit seiner Studien macht sich das wenig fühlbar — und hatte auch von der jüngsten geographischen Grenzliteratur, soweit sie schon erschienen war, nur weniges zur Hand. So bedauerlich es ist, daß Kiesel meine Vorschläge zur politisch-geographischen Terminologie und ihre Begründung aus den Tatsachen nicht kannte, so wird auf der anderen Seite die Übereinstimmung durch die volle gegenseitige Unabhängigkeit um so beweiskräftiger.

Sie liegt vor allem in der „Kammkritik", wie Kiesel den vierten Teil seines reich ausgestatteten Werkes überschreibt. Dieser stellt — auch

durch die Verwertung von Beispielen aus anderen Gebirgen — einen wertvollen Beitrag zur allgemeinen politischen Geographie wie zur Lehre von der Grenze im besonderen dar. Die einseitige Begünstigung eines der beiden Nachbarn durch die Kammgrenzen in einem „asymmetrischen" Gebirge, die sachkundigen Beurteilern schon vor mehr als einem Jahrhundert bewußt war, wird im besonderen Falle gründlich beleuchtet durch den Nachweis, daß der „Frankfurter Kamm", wie Kiesel die Wasserscheidengrenze von 1871 nennt, keine Naturgrenze ist und auch keine Naturgebietsgrenze (haben doch die Vogesen eine beträchtliche Ausdehnung westwärts von ihm, und auch die Südgrenze Lothringens liegt erst dort, wo der Buntsandstein des Wasgaues aufhört), aber auch keine Völkerscheide, keine Sperre für die aus dem Osten kommende Einwanderung war und ist, daß er auch bis 1790 keine politische oder Verwaltungsgrenze trug. Ja, der „Hauptkamm" ist streng genommen kein einheitlicher Kamm im geologischen und selbst orographischen Sinne; naturentlehnte Grenzen von gleicher oder besserer Beschaffenheit finden sich neben ihm mehrfach im Vogesenraum, und Kiesel meint sogar nicht ohne Grund, eine großzügige Auffassung des „Prinzips der Wasserscheide" müßte in den Vogesen nicht auf die „Rheinfassade", sondern auf die „Rhonefassade" greifen. Im übrigen widerlegt alles die Lehre von der ausschlaggebenden Gültigkeit dieses Prinzips; so auch die Abweichungen von ihm an der französischen Alpen- und Pyrenäengrenze. Für Kiesel ergibt sich als natürliche Verkehrslandschaft ein „Vogesendreieck" mit der Spitze bei Epinal; die dünnbewohnten Landschaften westlich davon erscheinen ihm mit guten Gründen als die „Naturgrenze" Frankreichs. Er begnügt sich aber als Friedensziel, das einen dauernden Frieden gewähre, mit einer Grenzverlegung von dem „Frankfurter" auf den bewaldeten „Burgundischen Kamm". Hat dieses seither alle Gegenwartsbedeutung verloren, so gelten die aus seiner Erörterung gezogenen Lehren doch für jede Grenzsetzung im Gebirgsland.

Ebenso wertvoll bleibt die Begründung des Seite 8 ausgesprochenen Satzes: „Der Landstreifen, den wir als Heimatschutz fordern, ist unser durch Natur und Geschichte, ist unser durch tausendjährige Arbeit fleißiger deutscher Hände." Der Nachweis ist ebenso eingehend und schlagend und ebenso selten von advokatorischem Übereifer beeinträchtigt wie die Kammkritik. Er wird insbesondere in den beiden historischen Teilen erbracht, die über die Hochweiden des Münstertales und ihr Hinterland und über den Vogesenstaat Romberg—Remiremont handeln, aber auch in dem fünften, vor allem den wirtschaftlichen Verhältnissen gewidmeten Teil, der „die künftigen Grenzen" bespricht. Wirtschaftsgeschichte und andere Wirtschaftswissenschaften finden hier lehrreiches, gut verarbeitetes Material. Die Tal- und Bergweiden sind zuerst von den Alemannen aus dem Elsaß her besiedelt und benannt worden und wurden den Münstertalern spät und allmählich entrissen (die erste Grenzsetzung ging über die Alm Petershüttly, die dem Buch den etwas gesuchten Titel lieh). Die Münstertaler Republik hat diesen Besitz ebenso zäh verteidigt wie ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich; ein Teil der Almen wurde bis zum Kriege trotz aller durch die Grenze verursachten Erschwerungen

vom Münstertal her bezogen, und sie sind ihm wirtschaftlich unentbehrlich. Deutschtum und deutsche Sprache dehnten sich aber auch daneben in das volksarme Grenzgebiet aus; elsässische Auswanderung ging aus verschiedenen Ursachen bis in die Gegenwart dorthin, und die romanische Bevölkerung, deren Patois nicht aus dem Französischen stammt, und die viel deutschen Bluteinschlag hat, wäre in dem menschenarmen Grenzland ebenso leicht zu germanisieren wie zu französieren. Trennend ist nicht ein Grenzkamm, sondern die Gebirgszone als Ganzes. Daher finden wir in ihr Zwischenstaaten und Kondominate, wie in Pyrenäen oder Alpen, entfaltet und bis in die Revolutionszeit erhalten. Neben dem Münstertaler und noch ausgesprochener ist ein solcher „Grenzsaumstaat" zwischen Elsaß, Lothringen und Frankreich jener des Nonnenklosters Remiremont gewesen. „Die Vogesen zu beiden Seiten des Kammes bilden ein einheitliches landwirtschaftliches Produktionsgebiet, dessen Erzeugungsüberschuß von jeher ins Elsaß ging" (S. 121). Die Viehzucht Oberlothringens mußte die elsässischen Hochtäler ernähren, die oberlothringischen Grenzdörfer am Oberlauf der Moselotte und Mosel sind als Ableger der elsässischen Industrie selbst hochindustriell geworden, wurden aber durch die Grenze von ihrem östlichen Absatzgebiet abgesperrt und verloren durch den Krieg ihre Textilindustrie an die Normandie. Alle Vogesenbahnprojekte der vorangegangenen Zeit wurden nach 1871 aufgegeben und erst kurz vor dem Krieg wieder in Erörterung gezogen. So bestand hier an der Grenze eine „Verkehrswüste" mit Stichbahnen, nach Art der russischen Westgrenze. Die Kammgrenze war auch „psychologisch verfehlt". Der bedrohte Elsässer konnte ja zu keinem freudigen Bekenntnis seines Deutschtums Mut fassen, den Franzosen lockte der Wertunterschied zwischen dem Land west- und ostwärts der Grenze und die leichte Angriffsmöglichkeit immer wieder zu aggressiven Stimmungen und dem Verlangen nach der „Rheingrenze", das Kiesel mit dem bis auf Richelieu bestehenden Streben nach der Ebrogrenze vergleicht. So wird die Darstellung der Tatsachen zu einer Verurteilung jener „Mäßigung" von 1871, welche die Grenze an eingebildete Sprach- und Naturgrenzen binden wollte und die geographischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ebenso übersah wie die Grenzsicherung in militärischem und moralischem Sinn. Vor allem dem Politiker ist das Buch zu empfehlen zur Warnung und Belehrung in analogen Fragen, aber auch als seltenes Beispiel einer eindringenden politischen Monographie.

Graz Robert Sieger

Prion, Dr. **W.**: Inflation und Geldentwertung. Berlin 1919, J. Springer. 126 S.

Dieses Buch ist zu begrüßen als ein Zeichen dafür, daß eine richtige Auffassung der Valutafrage jetzt endlich in Deutschland durchzudringen beginnt. Als ich bei meinen Untersuchungen im Frühjahr 1916 zu dem Ergebnis kam, daß die Mark ihrem inneren Werte nach verschlechtert war, und daß diese innere Verschlechterung ihren Ausdruck sowie auch ihr ungefähres Maß einerseits in der Zirkulationsvermehrung

und in der Preissteigerung in Deutschland, andererseits in der Schätzung der deutschen Valuta im Auslande, also in den Wechselkursen, fand, da stieß ich auf entrüsteten Widerstand seitens der herrschenden Auffassung, die überhaupt keine innere Entwertung der Markvaluta anerkennen wollte und deshalb die Äußerungen der Entwertung im Inland und Ausland wegzuerklären suchte. Prion anerkennt jetzt sowohl die innere Entwertung der Mark, also die Herabsetzung ihrer inneren Kaufkraft, wie auch einen Zusammenhang zwischen der äußeren, in den Wechselkursen hervortretenden Entwertung und dieser inneren Entwertung. Die Ausdrücke dieser Anerkennung scheinen mir aber in Klarheit und Schärfe noch etwas zu mangeln. Dies gilt erstens bei der Erörterung der Ursachen der inneren Entwertung. Der Verfasser zeigt, wie die Kriegsfinanzierung an der künstlichen Vermehrung der Kaufkraft und damit an der Preissteigerung schuld trägt. Dabei hält er aber noch an der Anschauung fest, daß „der erhöhte Umlauf an Noten durchaus Folge der herrschenden Teuerung, des Zahlungsmittelbedarfes, keineswegs aber die Ursache der Inflation“ ist. Ich bezweifle sehr, daß solche Formulierungen die Aufklärung der öffentlichen Meinung oder das dringlich notwendige Wegräumen der populären Wahnvorstellungen in diesem Punkte fördern. Der Zusammenhang ist einfach folgender: Zur Deckung von Ausgaben, die nicht durch wirkliche Ersparnisse gedeckt werden können, werden neue Zahlungsmittel und damit eine extra künstliche Kaufkraft geschaffen. Infolgedessen steigen die Preise. Beim höherem Preisniveau braucht der Verkehr eine entsprechend höhere Menge von Zahlungsmitteln. Ceteris paribus besteht also eine Proportionalität zwischen Preissteigerung und bleibender Vermehrung von Zahlungsmitteln. Natürlich ist es nicht sicher, daß ein Plus von Zahlungsmitteln, das von der Finanzverwaltung herausgegeben wird, auch im ganzen im Verkehr bleibt. Ein Teil mag zurückkehren, also aufhören als Zahlungsmittel zu existieren. Aber eine Preissteigerung ist unvermeidlich, und ein Teil der neu geschaffenen Zahlungsmittel wird also immer vom Verkehr behalten. Werden nun solche Operationen Tag für Tag von der Finanzverwaltung wiederholt, so wird die Folge eine immer fortgesetzte Preissteigerung und eine damit proportionelle Steigerung der Zahlungsmittelversorgung der Volkswirtschaft. Die selbständig wirkende Kraft in dieser Bewegung ist unbestritten die stetige Neubeschaffung von Zahlungsmitteln zwecks Zahlung von Ausgaben, welche nicht durch wirkliche Einnahmen der Finanzverwaltung gedeckt werden können. Diesen begrifflich klar bestimmten Vorgang sollte man mit dem Namen „Inflation“ bezeichnen. Will man die Inflation einer Valuta quantitativ auffassen, so ist sie einfach gleichbedeutend mit dem Begriffe „Steigerung des allgemeinen Preisniveaus“.

Prion schreibt der Warenknappheit einen gewissen Anteil an der Preissteigerung zu. Eine quantitative Schätzung dieses Anteils wäre dabei wünschenswert gewesen. Die Verminderung der Warenversorgung kann man in den verschiedenen Ländern in 10, 20, 30, vielleicht, wenn es sehr schlimm ist, 50 % rechnen. Bei unveränderter Zahlungsmittelversorgung würde sie also eine Preissteigerung in entsprechendem Ver-



hältnis verursachen. Die Zahlungsmittelversorgung ist aber nicht unverändert geblieben, sondern um mehrere hundert Prozent vermehrt worden. Hier haben wir also ohne Zweifel die weit überwiegende Ursache der Preissteigerung. Diese Beobachtung ist sehr wichtig, besonders gegenüber den gewöhnlichen Vorstellungen, daß der Geldentwertung durch erhöhte Produktion abgeholfen werden könnte. In diesem Punkte lassen die Ausführungen Prions viel zu wünschen übrig.

Außerdem ist zu bemerken, daß eine Einschränkung der Warenversorgung streng genommen eine entsprechende Verminderung der Zahlungsmittelversorgung zur Folge haben sollte und dann auch keine Preissteigerung hervorrufen könnte. In diesem Sinne ist die Preissteigerung ganz auf eine zu reichliche Zahlungsmittelversorgung zurückzuführen und bedeutet eine Inflation der Valuta.

Auch mit Bezug auf die Wirkung der inneren Geldentwertung auf die ausländische Schätzung des Geldes scheinen mir die Ausführungen Prions etwas zu unbestimmt, um das Wesentliche in seinem richtigen Lichte hervortreten zu lassen. Der wesentliche Bestimmungsgrund der Wechselkurse ist ohne Zweifel das Verhältnis zwischen der inneren Kaufkraft der einen und der anderen Valuta. Dieses Verhältnis bestimmt die Kaufkraftsparität. Eine Erklärung der gegenwärtigen Bewegungen auf dem internationalen Valutamarkt muß von einer Feststellung der jeweiligen Kaufkraftsparitäten ausgehen. Diese bezeichnen die Normallage der Wechselkurse. Die Abweichungen der tatsächlichen Kurse von den Kaufkraftsparitäten müssen eben als Abweichungen aufgefaßt werden, die von besonderen, abnormen Verhältnissen veranlaßt werden. [Ich darf vielleicht hier auf meine Aufsätze in „Economic Journal“ Dezember 1918 und Dezember 1919, sowie auch auf meinen Frankfurter Vortrag, Gotha 1919, hinweisen.]

Im zweiten Teile seines Buches behandelt Prion die finanziellen Maßnahmen zum Abbau der Preise und findet dabei Gelegenheit, eine sehr gesunde Kritik gegen gewisse populäre Vorträge auszuüben. Er kommt zu dem Ergebnis, daß auf der monetären Seite die Inflation eigentlich nur durch große Vermögenssteuern bekämpft werden kann. Ich glaube, der Verfasser unterschätzt — wie man ziemlich allgemein in Deutschland zu tun scheint — die gewaltige Schädigung des Wirtschaftslebens, die durch solche Steuern veranlaßt wird. Eine Vermögensabgabe, wie sie in Deutschland geplant wird, bedeutet für einen beträchtlichen Teil der Steuerzahler einfach Ruin und für das ganze Wirtschaftsleben, das jetzt eben etwas Ruhe brauchte, eine sehr bedenkliche Krise, die sich übrigens schon im voraus in schweren Störungen kundgegeben hat.

Prion ist auch der Ansicht, daß mit solchen Steuermaßnahmen wenig für den Preisabbau gewonnen werden kann. Das ist wohl wahr. Denn die deflationistische Wirkung von Steuern hängt natürlich in erster Linie von der Anwendung der einfließenden Mittel ab und ist nur möglich, wenn die gesamte aktuelle Kaufkraft der Volkswirtschaft herabgesetzt wird. Nun wird das Reich wahrscheinlich nur mit größter Schwierigkeit seine Ausgaben durch Steuern decken können, und es scheint

sehr fraglich, ob es imstande sein wird, darüber hinaus auch Steuereinnahmen zur Vernichtung von Kaufkraft zu verwenden. Zuerst muß offenbar Gleichgewicht im Reichshaushalt hergestellt werden. Solange laufende Ausgaben nur mit weiterer Inflation gedeckt werden, ist es hoffnungslos Steuern zu einer Deflation verwenden zu wollen. Es zeigt sich hier, wie überhaupt in dieser Frage, daß die nächstliegende Frage die ist, wie man eine fortgesetzte Inflation verhindern und eine Stabilisierung der Preise gewinnen soll.

Prion kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß der Abbau der Preise nur von der Warenseite her erfolgen kann. Es ist sehr bemerkenswert, daß in seiner ganzen Untersuchung kein Platz übrigbleibt für den regulierenden Einfluß des Geldzinses. Der Geldzins ist doch unter normalen Verhältnissen der eigentliche Regulator des Geldwertes[1]. Bei der gegenwärtigen außerordentlichen Kapitalknappheit müßte der Geldzins offenbar auch auf einer außerordentlichen Höhe stehen. Er ist aber in Deutschland, wie übrigens auch in vielen anderen Ländern, bei 5 % stehengeblieben. So viel muß hier mit aller Nachdrücklichkeit gesagt werden, daß ein Wiederaufbau Deutschlands oder Europas bei einem Zinsfuß von 5 % vollständig ausgeschlossen ist, und daß deshalb ein Festhalten an einem solchen nominellen Satz eine fortgesetzte Inflation mit sich bringen muß. Daß diese fundamentale Seite des Inflationsproblems in Deutschland meistens vollständig übersehen wird, ist theoretisch wie praktisch eine sehr bedenkliche Schwachheit.

Die Rückschraubung der Preise ist nach Prion nur innerhalb ziemlich enger Grenzen möglich und wünschenswert. Darin stimme ich ihm vollständig bei. Es ist eben das Verhängnisvolle in jedem Inflationsprozesse, daß er niemals wieder gut gemacht werden kann. Das sollte man bedenken bei jedem Schritt, den man auf diesem Weg nimmt.

Djursholm (Schweden) Gustav Cassel

Müller, Hermann, Zentralarbeitersekretär: Karl Marx und die Gewerkschaften. Sozialwissenschaftliche Bibliothek, 5. Band. Berlin 1918, Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H.

Man pflegt Marx auch heute noch in einem gewissen Gegensatze zur Gewerkschaftsbewegung zu denken. Bernstein hat jedenfalls ganz besonders in diesem Sinne in der Literatur gewirkt. Es liegt unwiderlegbar im Wesen des Marxismus, daß, wie alles, was den Entwicklungsprozeß des Kapitals beschleunigt, den Zwecken der Arbeiter zu dienen geeignet ist, umgekehrt auch alles was den Prozeß hemmt oder erschwert, als den Interessen des Proletariats nachteilig, jedenfalls als Gefahr für diese anzusehen ist. Ernsteste Marx-Interpreten haben die Gewerkschaftsideologie als unvereinbar mit der Marxistischen Doktrin erklärt: „denn die Gewerkschaften hätten sich als Ziel gesteckt, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter zu verbessern, während Marx sich bemüht habe, nachzuweisen, daß nach den allgemeinen Gesetzen

[1] Vgl. meine „Theoretische Sozialökonomie", §§ 49 und 58.

der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine absolute Verelendung der Arbeiter eintreten müsse, gegen die anzukämpfen zwecklos sei" (S. 83).

Diese Auffassung ist gewiß in solcher Klarheit und Einseitigkeit unhaltbar, denn es liegen genügend ausgesprochen gewerkschaftsfreundliche Äußerungen von Karl Marx vor. Und diese nur als Ausfluß eines Opportunismus einzuschätzen geht einer Persönlichkeit gegenüber, wie sie Marx war, nicht an, obwohl das Streben die unpolitischen englischen Trade Unions, die antigewerkschaftlichen romanischen Proudhonisten und schließlich die gleichfalls antigewerkschaftlichen deutschen Lasalleaner in der „Internationale" unter einen Hut zu bringen, einen gewissen Opportunismus, mindestens aber keine geringe diplomatische Qualität voraussetzt, die ein gewisses Maß von Widersprüchen wohl zu erklären vermögen.

Es ist angesichts dieser Sachlage geradezu überraschend, daß das Verhältnis von Karl Marx zu den Gewerkschaften bisher noch nicht sorgfältiger untersucht und auf die Widersprüche, die bei Marx darüber vorkommen, geprüft worden ist. Die ausgezeichnet geschickte Schrift des Zentralarbeitersekretärs Hermann Müller — der mit dem jetzigen Minister des Auswärtigen nicht identisch ist — in der Sammlung der sozialwissenschaftlichen Bibliothek, die dieses Thema behandelt, kommt daher außerordentlich erwünscht. Auch dieser Verfasser kann nicht bestreiten, daß die geradezu communis opinio gewordene Auffassung, Marx sei gewerkschaftsfeindlich zu verstehen, in den Schriften der Väter des wissenschaftlichen Sozialismus reichlichen Nährboden habe. Dennoch unternimmt er es, im wesentlichen das Gegenteil nachzuweisen. Und je mutiger der sozialistische Dogmenhistoriker den Gegensätzen und Widersprüchen in die Augen sieht, um so besser kann es nur sein. Hermann Müller scheut sich trotz so vieler entgegenstehender Lehrsätze des alten Meisters nicht, sein Büchlein mit dem Satz einzuleiten: es gibt keinen Theoretiker, dem die Gewerkschaften so viel verdanken wie Marx, denn seine ökonomischen Lehren von Arbeitskraft und Arbeitslohn bildeten auch die Grundlage der Gewerkschaftstheorie.

Zunächst unternimmt es der Verfasser, an der Hand dieser Grundlehren von Marx aufzuzeigen, daß die Gewerkschaftsarbeit sehr wohl mit den Gewerkschaftszielen vereinbar ist. Freilich, die Anerkennung der Tätigkeit der Gewerkschaften bedeutet einen Verzicht auf die Verelendungs- und die Zusammenbruchstheorie. Aber sind nicht diese Theorien auch durch den Zeitpunkt des Eintretens unserer sozialen Revolution, also durch historische Tatsachen sehr in Frage gestellt? Kann man denn sagen, die Revolution sei in einem Augenblick gekommen, als die Verelendung des Proletatiats besonders gesteigert war? Oder ist der Kern dieser Revolution vielleicht gar nicht sozial im marxistischen Geist? Eine solche Kontrolle der historischen Ereignisse an den marxischen Thesen oder, wenn man will, umgekehrt dieser an jenen wird trotz vieler bestechenden Stimmigkeiten nie einwandfrei gelingen.

Und berührt es uns nicht auch ganz wirklichkeitsfremd, wenn man daran erinnert wird, daß ein Mann wie Bebel bei Beratung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes dem Manne, der am entschiedensten

mit weitgehenden Schutzanträgen hervorgetreten war, v. Schweitzer, geradezu in den Arm gefallen ist, daß die Lassalleaner gegen den Normalarbeitstag aufgetreten sind, um zu verhüten, daß der Polizeistaat jeden Mittag und Abend die Arbeiter in ihren Wohnungen mit der Kontrolle bedrohe, um Unglückliche, die noch darüber hinausarbeiten wollten, zur Strafe ziehen zu lassen. ›Welche Rückständigkeit, gestützt auf ein raffiniertes Sophisma, bedeutete doch die Unterscheidung reaktionärer von revolutionärer Sozialpolitik, von der Engels so erfüllt war, indem er schrieb: „Von dem Augenblick an, wo die Grenzen des Weltmarktes selbst für die volle Entfaltung aller Ressourcen der modernen Industrie zu eng werden, wo sie eine gesellschaftliche Revolution nötig hat, um für ihre Kräfte wieder freies Spiel zu gewinnen — von diesem Augenblick an ist die Beschränkung der Arbeitszeit nicht mehr reaktionär, sie ist kein Hemmnis der Industrie mehr."

Es gab also eine „reaktionäre Beschränkung der Arbeitszeit", ein Begriff, der ein Kind der Polizeifurcht und des Doktrinarismus zugleich war, und so, wie man sich aus diesen beiden Fesseln in etwas, ja zum Teil sehr erheblich herausgearbeitet hat, so ist eben auch bei Marx nicht anders aus den Widersprüchen herauszukommen, als indem man eine Wandlung in seiner Auffassung annimmt. Wie er die Sozialpolitik in der Zeit der ausgehenden Chartistenbewegung abgelehnt hat, so hatte er ursprünglich wohl auch von den Gewerkschaften eine geringe Meinung, und ganz gewiß, solange er an die absolute Verelendung der proletarischen Massen glaubte. Später wurden für Marx alle diese sozialpolitischen Fortschritte Triebräder in dem Mechanismus, der das fertige Produkt: sozialisierungsreifer Kapitalismus, zutage fördern sollte. Sie schienen ja namentlich geeignet, die alte frühkapitalistische Wirtschaftsorganisation mit kleinen Betriebsstätten rascher aufzulösen, indem sie und ganz besonders die Betriebshygiene zum Großbetrieb hindrängten. Im ersten Band des „Kapital" ist dann die Wandlung im wesentlichen schon vollzogen.

Die Voraussetzungen, unter denen nun die Gewerkschaftsarbeit einzusetzen hat, und der Rahmen, innerhalb dessen sie Erfolge erzielen kann, sind von Marx vornehmlich und am geschlossensten in seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit" erörtert, den er am 25. Juni 1865 im Generalrat der „Internationale" gehalten hat. Der theoretische Gedankengang ist hauptsächlich auf den Zusammenhang eingestellt, wie das Steigen der Löhne die Preise der Waren beeinfluße, und wie dieses wieder die Lage der Arbeiter bestimme. Marx ist darin wirklich auf einer Höhe einer Leidenschaftslosigkeit, wie man sie bei dem leidenschaftlichen Revolutionär nicht erwartet. Er kommt dort in der Tat einer der Gewerkschaftsarbeit günstigen Auffassung der Zusammenhänge am nächsten.

Der Wert der Ware Arbeitskraft wird zwar bestimmt durch den Wert der für ihre Erhaltung und Fortpflanzung erforderlichen Lebensmittel. Deren Wert wieder wird bestimmt durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Anders als bei anderen Waren seien es aber hier zwei Elemente, die den Wert bestimmen, ein physisches,



durch welches die **untere** Grenze des Wertes gezogen sei: die Arbeiter müßten, um ihre physische Existeng fortzusetzen, die für Leben und Fortpflanzung notwendigen Lebensmitel erhalten. Deren Wert bedeute die unterste Grenze des Wertes der Arbeitskraft, und zudem habe auch die Dauer des Arbeitstages ihre Grenze in der physischen Erschöpfung des Arbeiters. Der zweite den Wert der Arbeitskraft bestimmende Faktor sei aber ein gesellschaftlicher: die in jedem Lande traditionelle Lebenshaltung, für die eben gesellschaftliche Verhältnisse ausschlaggebend seien, in denen die Menschen leben, die Befriedigung gewisser Bedürfnisse, die aus diesen gesellschaftlichen Umständen herrühren.

Wohl sei das physische Element der Wertbestimmung der Arbeitskraft unverrückbar gegeben, aber das gesellschaftliche, das **historisch gewordene** sei veränderlich, ja, es könne gänzlich einflußlos werden, so daß nur das physische Element verbleibe. Der Wert der Arbeitskraft ist demnach dennoch auch bei Marx eine historisch bedingte Größe wie bei Lassalle. Sie ist daher auch länder- und zeitweise verschieden, unabhängig davon, ob die anderen Waren in ihrem Wert sich geändert haben mögen oder nicht.

Folgerichtig sagt Marx von der Höhe des Profites, daß wohl sein Maximum, wenn die Grenzen des Arbeitstages gegeben seien, mit dem physischen Minimum der Löhne bestimmt sei, daß aber ein **Minimum des Profites sich nicht bestimmen lasse, weil es kein Maximum der Löhne gebe.** Auch das physische Maximum des Arbeitstages setze bei gegebenen Löhnen dem Profit eine Grenze.

Nicht für seine Zeit, wohl aber in solcher Absolutheit ein Irrtum von Marx war es, daß er daran anschließend die These verfochten hat, der Kapitalist arbeite beständig darauf hin, die Löhne auf ihr physisches Minimum herabzusetzen und den Arbeitstag auf sein physisches Maximum auszudehnen, während der Arbeiter einen steten Druck in entgegengesetzter Richtung ausübe.

Es ist das ein längst überwundener Standpunkt in den Produktionsstätten. Der Fabrikant wenigstens ist weit davon entfernt, die Löhne auf ihr physisches Minimum herabzudrängen. Mag das in den fünfziger und sechziger, ja bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts typisch gewesen sein. Der zunehmend Raum gewinnende Rationalismus in der Betriebsführung wirkt in der Richtung, daß jene über dem physischen Minimum liegende Lohnhöhe zustande kommt, bei der die Leistung des Arbeiters sich dem Optimum am meisten nähert. Und zwar einem dauernden Optimum. Der kapitalistische Fabrikant ist um so weiter von jener Minimumtendenz entfernt, je wichtiger ihm der ungestörte Lauf seiner Maschinen ist. Das ist eine Konsequenz des Wachstums der Quote des konstanten Kapitals.

Jene mindestens allzu allgemeine Formulierungen hätte Müller wohl richtigstellen müssen. Die Stelle bei Marx ist einfach durch die Entwicklung überholt, und es fragt sich, ob die tatsächliche Entwicklung der in ihrem Wesen doch pessimistischen Grundauffassung über das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber entsprochen hat oder nicht, ob er — und das ist natürlich das wichtigste Moment — der Gewerk-

schaftsarbeit eine ausschlaggebende Mitwirkung in der Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses, was Zeit und Lohn anlangt, zugesprochen hat. Die Frage nach der Bestimmung der wirklichen Höhe der Profitrate löst sich auf, sagt Marx, in die Frage der relativen Kräfte der Kämpfenden[1]. Damit ist für den Kenner der Verhältnisse wenigstens das eine anerkannt, daß die Steigerung der Kraft der Arbeiter durch die Gewerkschaft zur Geltung kommen könne. Aber ziemlich unmittelbar vorher schrieb dieser ungemein scharfsinnige Kopf, daß der Kampf um eine Lohnerhöhung nur „im Gefolge" vorhergegangener Veränderungen ausbricht, daß er die unvermeidliche Frucht vorhergegangener Änderungen der Masse der Produkte, der Produktivkräfte der Arbeit, des Wertes der Arbeit, des Geldwertes usw., kurz Reaktionen der Arbeit gegen vorhergegangene Aktionen des Kapitals sind[2]. So läßt sich natürlich alles beweisen, wenn man summarisch alles, was als Triebfeder des Gewerkschaftshandelns auftreten kann, a priori als Aktionen des Kapitals hinstellt. Aber mag das sogar den Tatsachen entsprechen, mag immerhin soundso oft ein Vorgehen der Kapitalisten und ihrer Organe die Aktion der Gewerkschaften als Reaktion ausgelöst haben, so ist damit noch kein Wort über das mögliche Ausmaß des Erfolges gesagt. Und hier wirkt die Dialektik nicht fördernd, klärend, sondern im Gegenteil trübend.

Mit nicht gewöhnlicher Geschicklichkeit unternimmt es Müller aus dem Widerspruch zwischen dem kommunistischen Manifest und dem dort festgelegten Dogma von der absoluten Verelendung des Proletariats einerseits, der positiven Wirksamkeit der Gewerkschaften anderseits die Lösung zu finden, indem er nachweist, wie hier bei Marx neben das theoretische Dogma von der Verelendung immer mehr die Feststellung einer tatsächlichen relativen Verelendung tritt. Nicht eine agitatorische Wendung sei die Verelendungsthese im kommunistischen Manifest gewesen. Dazu seien sie beide, Marx wie Engels, viel zu sehr Wissenschaftler gewesen. Das Beobachtungsmaterial, von dem sie damals 1847/48 ausgegangen waren, die Lage der arbeitenden Klasse in England, zwang ihnen die Überzeugung von der Unaufhaltsamkeit der Massenverelendung schlechthin, von der absoluten Verelendung auf. Im „allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation" im ersten Band des „Kapital" wird der Tatsachenompler zur Theorie von der absoluten Verelendung als Folge des Kapitalismus verdichtet, aber nur als „allgemeines" Gesetz, das durch gewisse Hemmungen durchbrochen wird. Das ist eben die „geschichtliche Tendenz" der „kapitalistischen Akkumulation". Weil damals, so argumentiert Müller, die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gering war, versagten ihre Organisationen auch während der Krisen. Die Tatsachen entsprachen der theoretisch erfaßten Gesetzmäßigkeit, und Marx „beschrieb lediglich, was er sah".

Später freilich zeigten sich die Wirkungen der Sozialgesetze und der Gewerkschaften und beide zeigten sich als „Dämme, die der Verelendung entgegenwirken können". Und so habe Marx im „Kapital" dann mit der

[1] Marx, Lohn, Preis und Profit, S. 33.
[2] Ebenda, S. 47.

Verelendungstheorie endgültig aufgeräumt und nicht mit einem im Elend langsam verkommenden, sondern mit einem kampffähigen Proletariat gerechnet. Ich vermag Müllers Bemühen nicht als geglückt zu erachten. Die Hinüberführung von der absoluten zur relativen Verelendung im Marxismus mag man immerhin — wenn man namentlich Engels Kritik des Programmes der sozialdemokratischen Partei berücksichtigt — zugeben. Aber einmal ist die Verelendung des Proletariats weder schlechthin mit der „wachsenden Unsicherheit der Existenz" zu beweisen, noch sind das Wachstum der Frauen- und Kinderarbeit, die Abnahme der Eheschließungen und Geburten überzeugende Beweistatsachen dafür. Und zweitens ist unhaltbar, daß dem Kapital keine Grenze tief genug sei, auf die es den Arbeiter hinabdrücken möchte. Das ist ein heute nicht mehr möglicher, jedenfalls nicht mehr rationeller Standpunkt der Kapitalsverwaltung. Wenn der Kapitalist wirklich danach verfährt, dann unterliegt er wenigstens in einer großen Zahl von Produktionsgebieten heute ganz gewiß. Hierin liegt eine ganz scharfe Wandlung vor, die ebensosehr als gesetzmäßige Tendenz zu erkennen ist wie vorher die tatsächlich absolute Verelendung. Heute liegt die Sache jedenfalls so, daß das behauptete Dogma von der relativen Verelendung noch eines wahrhaftig durchaus nicht so leichten Beweises bedarf.

Das Buch Müllers bringt noch ein treffliches Kapitel: „Revolution oder praktische Arbeit", das verdienen würde, in allerweitesten Kreisen verbreitet zu werden; er lehnt die revolutionäre Methode aus Zweckmäßigkeitsgründen ab.

Leider ist das Bändchen voll recht unangenehmer Druckfehler. Über die Ausstattung der Bücher läßt sich heute nichts sagen. Mein Exemplar ist voller Fettflecken, die nur von der leichtfertigen Art zu drucken sprechen. Der Inhalt des Buches wäre wahrlich einer besseren äußeren Form würdig.

Karlsruhe Zwiedineck-Südenhorst

Majerczik, Wilhelm: Kommunale gewerbliche Unternehmungen als Kampfmittel gegen die finanzielle Notlage der deutschen Städte. Berlin 1919, J. Springer. 98 S. 7 Mk.

Die Erörterung über die Sozialisierungsprobleme und die zahlreichen damit zusammenhängenden Fragen erwecken ein ganz besonderes Interesse für Untersuchungen über die kommunalen gewerblichen Unternehmungen. Liegen doch für diese Form der Gemeinwirtschaft Erfahrungen schon seit vielen Jahren vor, die es gilt, bei dem, was bei uns geplant ist, in allgemeiner und nutzbringender Weise zu verwerten.

Das vorliegende, mit großer Sachkenntnis geschriebene Buch behandelt in seinem ersten Teile die bisherige Stellung der gewerblichen Unternehmungen im Haushalt der Städte und in einem zweiten die Zukunft derselben vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet. Dabei werden in dem letzten Abschnitt die Gegensätze von Finanz- oder Wirt-

schaftspolitik und sodann die neuen Organisationsformen für den Betrieb der städtisch-gewerblichen Unternehmungen besprochen.

Der erste Teil bietet nach allgemeinen Erörterungen über die öffentlich-rechtlichen Einnahmequellen der Städte lehrreiche Zusammenstellungen über die Betriebsüberschüsse der städtisch-gewerblichen Unternehmungen, einmal bezogen auf das Anlagekapital, sodann in ihrem Verhältnis zu dem Steuereinkommen in den betreffenden Gemeinden. Was den ersten Zusammenhang anlangt, so tadelt der Verfasser mit Recht, wie es auch schon oft vor ihm geschehen ist, daß bei diesen Unternehmungen die Erneuerungsrücklagen so sehr knapp bemessen werden. Diese Rücklagen reichen im allgemeinen nur aus, um der Wertverminderung durch natürliche Abnützung zu begegnen, aber sie werden der technischen Entwicklung und der Zunahme des Konsums, welche beide die vorzeitige Außerbetriebsetzung vieler Anlagen bewirken können, nicht gerecht. Dabei ist der Versuch des Verfassers interessant, für die einzelnen Arten dieser Unternehmungen die Beträge relativ festzustellen, welche analog den Vorgängen bei einer Aktiengesellschaft nach Absetzung für Erneuerung, Tilgung und Verzinsung als Dividende hätten verteilt werden können. Es ergeben sich dabei ganz erhebliche Sätze, deren Höhe jedoch vielfach auch darauf beruht, daß die Rücklagen für Erneuerung usw. vielfach recht unzureichend gewesen sind. Bei dem Verhältnis der Betriebsüberschüsse zu dem Gemeindesteueraufkommen, das für das Jahr 1912 dargestellt wird, zeigen sich bei den einzelnen Städten sehr große Verschiedenheiten. Die großen Städte weisen hierin eine große Überlegenheit auf. Im allgemeinen haben die Städte 15—25 % ihres Bedarfes aus den Überschüssen ihrer Betriebe decken können.

Bei der Erörterung der zukünftigen Finanzierung dieser Unternehmungen kommt der Verfasser zu recht ungünstigen Ergebnissen. Er schätzt die für die nächste Zeit dafür notwendige Summe auf jährlich 1200—1500 Mill. Mk. Ein gewisses günstiges Moment sieht er diesem Riesenbedarf gegenüber in der derzeitigen vorhandenen Flüssigkeit des Geldmarktes. Er gibt aber selbst zu, daß Geld- und Kapitalüberfluß verschiedene Dinge sind, und daß man deshalb diese augenblicklich vorhandene Geldflüssigkeit in ihrer Bedeutung nicht überschätzen dürfe. Ich möchte sogar noch einen Schritt weitergehen und diesen Faktor für die vorliegende Frage gar nicht in Rechnung setzen. Muß es doch unser Bestreben sein, diese jetzt vorhandene Geldflüssigkeit als überaus schädlich zu bekämpfen, und ist es doch eine der Hauptaufgaben der kommenden großen Steuern, ihr ein Ende zu machen und die Verhältnisse des Geldmarktes denjenigen des Kapitalmarktes anzupassen.

Mit Recht hebt der Verfasser hervor, daß der Schwerpunkt der Bedeutung der städtisch-gewerblichen Unternehmungen weniger auf finanziellem als auf wirtschaftlichem Gebiete liege, daß es vor allem darauf ankomme, daß in ihnen wirklich ein Optimum an wirtschaftlichen Leistungen erzielt werde. Demgegenüber betont er, daß man in diesen Unternehmungen nur allzuoft weniger Wirtschaftsbetriebe als Finanzobjekte gesehen hat, und daß man finanziell günstige Ergebnisse weniger durch eine umsichtige und sparsame Betriebsführung als durch hohe Monopolpreise

zu erreichen suchte. Hier tritt nun Majerczik für einen energischen Abbau dieser Tarife ein, um mit dem Grundsatz: großer Umsatz und kleiner Nutzen, mehr wirtschaftlichen Geist in diese städtischen Unternehmungen hineinzutragen. Was er in dieser Hinsicht sagt, verdient alle Beachtung.

Das ist nach seiner Ansicht aber nur durchführbar, wenn gleichzeitig für diese städtischen Unternehmungen neue Organisationsformen gefunden werden. „Man kann nicht eine Verwaltungsorganisation, die ihrem Wesen nach bureaukratisch ist, auf Wirtschaftsbetriebe übertragen, die kaufmännisch zu leiten sind." Im Zusammenhange damit werden dann die verschiedenen neuen möglichen Organisationsfragen besprochen, wie z. B. die verselbständigte kommunale Unternehmung, die öffentliche Gemeinwesen-Aktiengesellschaft, der kommunale Zweckverband, die Verpachtung und der Verkauf an Private und die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung.

In diesem Zusammenhange finden sich dann, in Anlehnung an manche anderen neuen Arbeiten, die Ursachen der Überlegenheit der privaten über die öffentliche Unternehmung erörtert. Majerczik entscheidet sich für die gemischt-wirtschaftliche Unternehmung, durch welche er für die Stadtkasse eine Erhöhung der Betriebsüberschüsse erwartet. Ob es freilich möglich sein wird, den Ertrag des Unternehmens damit so zu steigern, daß der auf die Gemeinde entfallende Gewinnanteil größer wird als der Gesamtgewinn, den sie bei der Alleinbewirtschaftung erzielt haben würde, scheint mir doch nicht sicher festzustehen. In den wesentlichsten Punkten muß man aber gerade bei dieser Frage dem Verfasser beipflichten. In diesen wirtschaftlichen Erörterungen liegt die Stärke der Schrift, und es war deshalb vielleicht nicht ganz zweckmäßig, in dem Titel derselben das finanzielle Moment in den Vordergrund zu rücken.

Es ist zu wünschen, daß diese Schrift auch in der Praxis so beachtet wird, wie sie es verdient. Wenn man auch nicht so weit zu gehen braucht, die rein öffentliche Unternehmung überall durch die gemischt-wirtschaftliche zu ersetzen, so gibt es doch Möglichkeiten genug, auch im Rahmen einer rein öffentlichen Unternehmung die wirtschaftliche Seite mehr zu betonen, als es bisher der Fall war. Vielleicht hätte der Verfasser gut daran getan, auch auf diese Seite der Reformen einzugehen. Nach einer Seite hin weiche ich vor allem von dem Standpunkte des Verfassers ab. Er sieht doch zu sehr den wirtschaftlichen Effekt der städtischen Unternehmungen in ihrem finanziellen Ergebnis, nach der Seite ihres unmittelbaren Ertrages hin, seine Auffassung ist hier doch etwas zu sehr von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten getragen. Man kann sich aber demgegenüber auch auf den Standpunkt stellen, daß der wirtschaftliche Effekt dieser Unternehmungen auch in ihrem Einflusse auf das ganze soziale und wirtschaftliche Leben der Stadt zu suchen ist, und daß eine Unternehmung auch dann rentiert, wenn sie zwar vielleicht bilanzmäßig ertraglos bleibt, aber durch ihren günstigen Einfluß auf das wirtschaftliche Leben die Steuerkraft der Bevölkerung hebt. Wenn auch nicht in dem gleichem Maße, so können doch auch bei Städten mit Recht ähnliche Erwägungen eine Rolle spielen, wie es zum Beispiel bei der staatlichen Eisenbahnpolitik häufig der Fall zu sein pflegt. Wenn man

diese Möglichkeiten mit in Erwägung zieht, dann müssen freilich die Städte eine ganz andere Politik, vor allem hinsichtlich der Preise, einschlagen, als es bisher der Fall gewesen ist. Man denke zum Beispiel an den Zusammenhang zwischen Wohnungsfrage und Verkehrspolitik. Dann wird man aber auch nach anderen Maßstäben für die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmungen suchen müssen als auf Grund des reinen Ertragsgedankens, der doch nicht immer den Aufgaben gerecht werden kann, welche die Städte mit ihren Unternehmungen erfüllen wollen und sollen.

Freiburg i. B. P. Mombert

Neuere Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Auslande. Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im vierten Kriegsjahre. (20. und 21. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt.) Berlin 1919, Carl Heymanns Verlag. 4 und 7 Mk.

Seit der vom ehemaligen Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik, veranlaßten und bearbeiteten Statistik der Lebenshaltung minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche hat dieses Amt der Haushaltungsstatistik fortgesetzt seine Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn es bisher auch zu keiner neuen eigenen umfangreicheren Erhebung gekommen ist, so war doch um so mehr Veranlassung, diesen Zweig der Statistik dauernd im Auge zu behalten, als Methode und Technik der Haushaltungsstatistik noch keineswegs als ausreichend geklärt und erprobt anzusehen ist.

In dem ersten der hier angezeigten Hefte handelt es sich, wie bei der früheren Sonderbeilage Nr. 5 zum Reichsarbeitsblatte (Mai 1915), lediglich um eine Besprechung einer Reihe in der Zwischenzeit veröffentlichter Erhebungen von deutschen und außerdeutschen Wirtschaftsrechnungen und die Mitteilung ihrer wichtigsten statistischen Ergebnisse. Die erste der deutschen Erhebungen ist von dem deutschen Verbande der unteren Post- und Telegraphenbeamten für 1912/13 veranstaltet und von dem Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reform, Dr. Ludwig Heyde, bearbeitet worden. Das Ergebnis dieser Erhebung waren 127 zur Bearbeitung geeignete ganzbändige Haushaltungsbücher, deren Einsender überwiegend auf dem platten Lande oder in Land- und Kleinstädten wohnten. Sieht man diese Erhebung vom Standpunkte des Statistikers an, so muß man dem Verfasser des 20. Sonderhefts in seiner sowohl an der Erhebung als auch hier und da an der Bearbeitung geübten Kritik beistimmen. Beides, Erhebung und Bearbeitung, sind nicht ganz frei von der Tendenz, mit den gewonnenen Zahlen die Lage der von der Statistik erfaßten Personengruppe möglichst ungünstig erscheinen zu lassen; ist diese gewiß nicht rosig, so verliert eine Erhebung doch an exaktem Wert, wenn gewissermaßen in der Fragestellung die Ergebnisse vorausgenommen werden. Der Bearbeiter, der die Erhebung erst nachträglich zur Bearbeitung übernommen hat, kennt selbst den geringen statistischen Wert des von ihm verarbeiteten Materials und legt sich

daher an manchen Stellen eine durchaus richtige Zurückhaltung in der Auswertung des Materials auf; im Gegensatz zu dem Verfasser des 20. Sonderheftes halte ich es zum Beispiel für richtig, daß eine Umrechnung in sogenannten Verbrauchseinheiten unterblieben ist; eine solche Umrechnung ist ein Behelfsmittel, dessen Anwendung nur bei gutem Material von Wert ist. Um so unberechtigter ist aber eine Reihe von Folgerungen, die aus dem knappen und ungenauen Zahlenmaterial gezogen werden, um die erschreckende Lage der beobachteten Familien darzutun.

Da es sich bei dem 20. Sonderheft nur um eine Bearbeitung aus zweiter Hand handelt, legt der Verfasser mit Recht besonderes Gewicht auf methodologische Folgerungen, die sich aus den besprochenen Erhebungen ergeben. Die zweite Erhebung, 259 deutsche Haushaltungsbücher, geführt von Abonnenten der Zeitschrift „Nach Feierabend" in den Jahren 1911 bis 1913, ist nun sowohl hinsichtlich der Erhebung als auch hinsichtlich der Bearbeitung ein voller Erfolg der Haushaltungsstatistik. Leider ist der Titel insofern etwas irreführend, als die einzelnen Erhebungsperioden nicht mit allzuviel en Familienbudgets vertreten sind. Die erste (1911/12) mit 90, die zweite (1912/13) mit 85 und die dritte (8 Monate des Jahres 1913) mit 84. Es ist dem Verfasser des 20. Sonderheftes darin zuzustimmen, daß die Bearbeitung einer derartigen Erhebung in der Auswertung des Materials so weit wie möglich gehen soll; aber es darf auch nicht vergessen werden, daß dieser Auswertung in Umfang und Güte des Materials Grenzen gesetzt sind. Nun geht der Bearbeiter hier zum Beispiel in der Gruppenbildung nach Einnahmestufen so weit, daß die einzelnen Gruppen für irgendwelche allgemeinen Schlußfolgerungen häufig keine geeignete Grundlage mehr bilden. Aber damit soll der Wert dieser Arbeit nicht herabgesetzt werden; sie wird von dem, der aus der Haushaltungsstatistik allgemeingültige wirtschaftswissenschaftliche Ergebnisse zu gewinnen sucht, mit Nutzen verwertet werden können, freilich hier und da unter anderweitiger Verwendung des statistischen Materials.

An dritter Stelle wird die bekannte Wiener Erhebung „Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912 bis 1914" gewürdigt. Es genügt hier wohl, auszusprechen, daß diese Erhebung nach der Methode der Erhebung und Bearbeitung das weitaus Beste darstellt, was bisher auf diesem Gebiete der Statistik vorliegt. Eine nähere Begründung dieser Auffassung würde ein Eingehen auf die der Bearbeitung im 20. Sonderheft zugrunde liegende Erhebung erfordern, zu der diese Besprechung kaum ausreichenden Anlaß gibt.

Es würde zu weit führen, auf die nun folgenden sieben ausländischen Erhebungen einzugehen; sie stammen aus Holland und den drei nordischen Staaten; die Mitteilung ihrer statistischen Ergebnisse durch das Statistische Reichsamt muß wärmstens begrüßt werden. Alle die behandelten in- und ausländischen Erhebungen enthalten formell und materiell reiche Anregungen und lassen den Wunsch laut werden, daß in einiger Zeit auch für ganz Deutschland einmal wieder eine umfassende haushaltungsstatistische Erhebung durchgeführt wird. Die bis heute, besonders seit 1907, vorliegenden Erhebungen werden für sie ein immerhin

brauchbares Vergleichsmaterial darstellen, was um so wichtiger ist, als eine in den nächsten Jahren durchgeführte Erhebung greifbares Material zur Beurteilung des im Einzelhaushalt erkennbaren Niederschlages der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung erbringen dürfte.

Zu bedauern ist nur, daß ein nach rückwärts und nach vorwärts gerichtetes Vergleichsmaterial aus der Kriegszeit nur in unvollkommenem Maße vorliegt. Vielleicht erscheint aus den Kriegsjahren noch diese oder jene Erscheinung oder dieses oder jenes Haushaltungsbuch; an einer umfassenden amtlichen Erhebung fehlt es aber für diese Zeit aus nur zu begreiflichen Gründen. In kleinem Umfange wird diese Lücke durch vier Monatserhebungen des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen ausgefüllt, deren letzte in dem hier vorliegenden 21. Sonderheft Bearbeitung gefunden hat. Ihr statistischer Wert ist nicht sonderlich groß, aber das durch die vier Erhebungen gewonnene Material ist besser als nichts, und das Verdienst des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen um Beschaffung des Materials, das für die letzte Erhebungsperiode (April 1918) 249 Haushalte umfaßt, ist unter allen Umständen ein großes. An der im Statistischen Reichsamte erfolgten Bearbeitung ist allerdings mancherlei zu bemängeln, wobei manches damit zu entschuldigen ist, daß die Bearbeitung sich aus Vergleichsrücksichten an die bei den drei früheren Erhebungen eingeschlagenen Wege zu halten hatte. Vor allem geht bei dem verhältnismäßig geringen zahlenmäßigen Umfange der Erhebung die Bearbeitung viel zu sehr ins einzelne; es werden zum Zwecke der Auswertung viel zu kleine Gruppen und Kombinationen gebildet, die die Verfolgung der großen Linien, die die Statistik bloßlegen soll, erschweren und teilweise unmöglich machen. Viele Fragen, die der Statistiker und Volkswirt an das Material zu stellen berechtigt ist, sind auf Grund der vorgenommenen Bearbeitung nicht zu beantworten, und vieles von dem mühsam Errechneten ist wertlos, weil es infolge des zu knappen Materials keine Beweiskraft besitzt. Es finden sich aber auch in dem Text Unebenheiten, die in einer amtlichen Veröffentlichung erstaunlich wirken So wird auf Seite 18 gesagt, daß das bekannte Schwabesche Gesetz durch die Untersuchung im großen und ganzen bestätigt wird, während sogleich der folgende Satz mit aller Deutlichkeit das Gegenteil beweist und die von mir in einer Reihe von Untersuchungen begründete Modifikation dieses Gesetzes bestätigt, nach der soziale Stellung und Standesanschauungen in umgekehrter Richtung wirken. — Bei dieser Bearbeitung wäre jedenfalls weniger mehr gewesen, und für künftige Bearbeitungen wird es vielfach notwendig werden, sich an das Urmaterial statt an die sehr mühsame und subtile Bearbeitung zu halten.

Berlin-Lankwitz Gerhard Albrecht

Dopsch, Alfons: Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Cäsar bis auf Karl den Großen. Wien 1918, L. W. Seidel & Sohn. 404 S.

In den Jahren 1912 und 1913 hatte Dopsch sein Buch über die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit erscheinen lassen. In dem Bedürfnis, die darin niedergelegten Ansichten zu untermauern, verfolgte er darin seine Probleme in die früheren Zeiten zurück. Hier stieß er auf die Ergebnisse der römisch-germanischen Forschung, welche etwa seit den beiden letzten Jahrzehnten in rastloser Einzelarbeit das Bild der ältesten deutschen Geschichte vollständig umzugestalten begonnen hat. Ließ sie doch auf der einen Seite den hoch in die Jahrhunderte hinaufreichenden Stammbaum der eigenen deutschen Kultur erkennen und wies auf der anderen immer zahlreichere Zusammenhänge des frühmittelalterlichen mit dem römischen Leben in den Rhein- und Donaulanden nach.

Diese Erkenntnis, wie viele Fäden materieller und wirtschaftlicher Kultur in der Völkerwanderungszeit nicht völlig abgerissen sind, hob Dopsch aus der Vereinzelung lokaler Forschungen heraus und steigerte sie zu dem Gedanken, daß die Völkerwanderung keine Vernichtung und Verödung, keine Katastrophe bedeute. Die Germanen waren geneigt und geeignet; die römische Kultur zu übernehmen, sie übernahmen sie, haben nicht auf einer tabula rasa neu aufgebaut. Die Völkerwanderungszeit bedeutet keine Kulturcäsur.

Mit großer Energie wurde alles diesen Leitgedanken Stützende aus der Literatur herausgearbeitet, neue Stützen durch ergänzende eigene Forschungen hinzugefügt; an der Hand dieses Leitgedankens wurde, ähnlich wie in der „Karolingischen Wirtschaftsentwicklung“, die ältere „Katastrophentheorie“ — deren Ausbildung wiederum im einleitenden Kapitel geschildert ist — kritisiert, die Dopsch näherstehenden Ansichten ins Licht gesetzt und zurechtgerückt. Den Hauptinhalt der so entstandenen, unter dem weitgreifenden Titel vereinigten Studien glaube ich mit folgendem kurz wiedergeben zu können.

Die Erörterung der germanischen Wurzeln der frühmittelalterlichen Kultur ist beherrscht von der Absicht, zu zeigen, daß die Germanen das Römerreich in einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfassung betraten, welche von den römischen Verhältnissen nicht so weit abwich, als man früher annahm. Der reingermanische Typus der geschlossenen Sippensiedlungen gleichberechtigter Freier, welchen besonders die rechtsgeschichtliche Forschung des 19. Jahrhunderts glaubte erkennen zu müssen, ist in Wahrheit nicht aufzufinden. Vielmehr war auf Grund uralten Ackerbaues und Seßhaftigkeit frühzeitig Besitzdifferenzierung eingetreten. Schon bei Tacitus sind Ansätze zur Grundherrschaft zu erkennen. Die Landnahme führt zu weiteren Unterschieden. Vor allem das Gefolgschaftswesen muß in Rechnung gestellt werden; es hat bei der Bodenverteilung einen bedeutsamen, abstufenden Einfluß ausgeübt.

Die römische Wurzel auf der anderen Seite: In spätrömischer Zeit waren bereits die nachher bei den Germanen zu findenden Leiheverhält-

nisse ausgebildet, waren in sors oder accepta und iunctio die Hufe mit ihren Pertinenzen, in der terra inutilis die gemeine Mark vorgebildet, besaß die vincinitas bereits die Eigenschaften des deutschen Dorfverbandes, besaßen die vicani das Einspruchsrecht gleich den vicini der tit. de migrantibus der lex Salica und das Erbrecht gleich dem durch das Edikt Chilperichs abgeschafften, findet sich bereits die Gemengelage. Der zweite Band wird ähnliche Parallelen auf dem Gebiete des Verfassungslebens bringen.

Die Verschmelzung der beiden Wurzeln nun: Überall ist die Kontinuität der Siedlungen festzustellen; selbst die römischen Städte haben die Germanen nicht so sehr gemieden, als man gemeinhin behauptet. Die Landnahme der Germanen ging so vor sich, daß allenthalben eine innige Verschmelzung beider Kulturkreise eintreten konnte. Wo römische Vorbilder germanischer Einrichtungen zu erkennen sind, ist unter diesen Umständen auf ihre Übernahme zu schließen.

Das Ergebnis endlich: Die Germanen haben nach der Völkerwanderung die europäische Kultur nicht von Grund aus neu aufbauen müssen; sie führten nur die römische fort. Dabei aber haben sie, in das römische Reich einströmend, dessen dauernden Menschenmangel behoben und damit die Möglichkeit neuen wirtschaftlichen Aufstiegs geboten, vor allem aber in den sich in Selbsterhaltung verzehrenden alten Staat neue ökonomische Entwicklungsmomente hineingetragen: die größere Selbständigkeit der Kleinpächter und die Verteilung der Großgrundherrschaften auf den Stufen der Gefolgschaft abwärts.

Dopsch widmet seine Studien den deutschen Altertums- und Geschichtsvereinen zum Dank für die Forscherarbeit, auf welcher er fußt. Daß die Zusammenfassung ihrer Ergebnisse versucht wurde, darin sehe ich das eine Verdienst des neuen Buches. Ein abgerundetes Gesamtbild zu gewinnen, dafür war freilich die Stunde noch zu früh. Aber ich hoffe, daß gerade eine solche Übersicht, wie sie Dopsch bietet, endlich auch weitere Kreise veranlassen wird, den wichtigsten Ertrag jener Forschungen, worauf er schon lange Anspruch hat, als gesicherten Bestand der Wissenschaft aufzunehmen.

Den größten Wert aber messe ich der kritischen Durchleuchtung dessen bei, was ich die germanische Wurzel nannte. Das schematisch durchkonstruierte Gebäude der Markgenossenschaften, als der Siedlungsverbände gleichgestellter Freier — wobei man noch an früheren Agrarkommunismus dachte —, hält der eindringenden Prüfung nicht stand. Dopsch hat da viel wucherndes Gestrüpp zusammengeschlagen und den Weg zu einer natürlicheren Anschauung der Dinge frei gemacht, zu welcher unsere Generation durch die Fortschritte der frühzeitlichen Forschung gezwungen, aber auch erst in den Stand gesetzt worden ist. Wie sich Dopsch den Neubau von der germanischen Seite her denkt, darüber finde ich allerdings nur Andeutungen. Die besondere Hufen- und Flurverfassung mit der Gemengelage wird er ja nicht allein mit dem wiederholten, sehr beachtenswerten Hinweis erklären wollen, daß die Ansiedlung der Germanen überall auf altbebauter Scholle stattfand, wo der Güterverkehr Güterzersplitterung herbeigeführt haben muß. Für einen großen

Teil Deutschlands aber kann doch die Anknüpfung an die römischen Verhältnisse nicht gelten, mit denen Dopsch die Frage nach der Herkunft mancher frühmittelalterlicher Einrichtungen beantwortet.

Den Aufstellungen des Autors über die römisch-germanischen Zusammenhänge kann ich aber allgemein nur mit starken Einschränkungen folgen. Wer die Ergebnisse der Forschung auf diesem Gebiete in den letzten Jahren verfolgt hat, muß Dopsch freilich in der Betonung größerer Kontinuität ohne allen Zweifel beitreten. Aber eben um diese wertvolle Erkenntnis nicht zu gefährden, halte ich es für notwendig, vor dem Ausschlagen nach der neuen Richtung zu warnen. Bei Dopsch zeigt sich bereits eine ausgesprochene Voreingenommenheit für die Ableitung frühmittelalterlicher Einrichtungen aus römischen, obwohl er selbst (S. 343, 360, 364) darauf aufmerksam macht, daß gleiche Bedürfnisse allenthalben gleiche Einrichtungen zu erzeugen vermögen. Wie gering dabei die Stützen für die Übernahme der römischen Agrarverhältnisse durch die Germanen in den einzelnen Fällen sind, dessentwegen darf ich mich auf G. von Belows Anzeige in der Historischen Zeitschrift 120, S. 327 ff. beziehen.

Dafür möchte ich hier auf einige grundsätzliche Punkte hinweisen, welche mir für die Beurteilung von Dopschs Buch als Ganzem wichtig erscheinen. Zuerst ist es mir fraglich, ob man das Problem der „Kulturcäsur" losgelöst für das Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung behandeln kann, indem man von dem ganzen geistigen Leben absieht. Dann scheint es mir notwendig, dieses Problem — nicht die „Barbarentheorie" — auch von der anderen Seite her anzuschneiden, welche Dopsch nur einmal (S. 322) flüchtig streift: Wieweit hatte bereits vor dem Barbareneinbruch die spätrömische Entwicklung zu einem Rückgang der Kultur geführt?

Auch innerhalb der von Dopsch gewählten Grenzen möchte man weiters Kulturübernahme am Ort und Kulturübertragung aus der Ferne geschieden sehen. Man erwartet, daß sich der Autor darüber ausspricht, wo er diese, wo er jene annimmt. Da er dies nicht tut, mußte ich oben die Frage offen lassen, wie er sich die Entwicklung der Verhältnisse Innerdeutschlands vorstellt. Um die beiden Einflußsphären der römischen Kultur gegeneinander abzugrenzen, hätte es auch der Berücksichtigung des Unterschiedes von gemischter und Volkssiedlung bedurft. Dopsch stellt natürlich die Landnahme der Goten im vierten Abschnitt als eine andere dar wie die etwa der Bayern. Aber im folgenden vermißt man die nutzbringende Anwendung dieser Unterschiede. Man bleibt daher oft im unklaren, auf welches Gebiet sich Dopschs Worte beziehen.

Endlich habe ich den Eindruck, daß Dopsch oft zu sehr dem Schluß von Kontinuität der Siedlung auf Kontinuität der Kultur nachgibt. Erstere ist eine ganz natürliche Tatsache, da jeder Eroberer die angebauten Fluren in Besitz nimmt. Sie bietet sicherlich eine günstige Vorbedingung für Kulturübernahme, kann aber auch mit Kulturabbruch verbunden sein. Also bedarf es noch weiterer Kriterien. In den Rhein- und Donauländern z. B. sind zwar die Orte römischer Städte Wohn-

plätze von Deutschen geblieben. Aber sehen wir näher zu: In Trier liegen jetzt innerhalb der verfallenen Stadtmauer eine Reihe von Einzelsiedlungen. Die um den Dom und vielleicht das Ghetto haben noch etwas Handels- und Gewerbebetrieb bewahrt. Die übrigen tragen rein ländlichen Charakter. Die Stadt hat aufgehört. Ja sie ist völlig zerstört worden. Sie liegt vier Meter unter dem heutigen Pflaster. Nur die großen, schweren Steinbauten hatten stand gehalten und wurden weiter benutzt, weil sie eben da waren und als Burgen dienen konnten. Ist solche Verwandlung einer Stadt keine Katastrophe? Man darf von der „Kontinuität der Kultur . . . in Stadt und Land" (S. 321), glaube ich, nicht sprechen, wo höchstens einzelne Reste städtischer Kulturelemente erhalten geblieben sind.

Die Einzelforschung ist bisher zurückhaltender mit ihrem Urteil gewesen. Wenn sie jetzt ihren Weg unter Beobachtung der örtlichen und landschaftlichen Besonderheiten ebenso behutsam fortsetzt, dann tut sie dies freilich bereichert um eine Fülle von Gedanken und Impulsen, welche von Dopschs neuem Buch ausgehen und der Forschung, wie man sich zu ihnen im einzelnen auch stellen mag, reichen Gewinn bringen werden.

Bonn — Hermann Aubin

Bernhard, Georg: Probleme der Finanzreform, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Berlin und Leipzig 1919. 63 S. 2,50 Mk.

Bernhard will mit dieser Sammlung seiner im August 1919 in der Vossischen Zeitung veröffentlichten Aufsätze hauptsächlich die gegenseitige Beeinflussung und Wechselwirkung von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik dartun. Er wirft der deutschen Finanzpolitik Theorielosigkeit, ihrem mit scharfen Umrissen charakterisierten Leiter Problemblindheit vor. Die Grundlage seines Finanzreformplanes sei unbrauchbar, weil unvollständig, da sie weder die Kriegsentschädigungssummen — mindestens 7,5 Milliarden — noch eine Tilgungsquote der Kriegsschuld — etwa 1 Milliarde — einschließe. Der Reichsbedarf betrage daher 26, nicht 17,5 Milliarden. Diese Schätzung der Ententeforderungen ist und kann natürlich nur sein eine willkürliche, als Grundlage daher schlecht geeignete. Inzwischen hat Erzberger selbst dargelegt, wie gefährlich jede öffentliche amtliche Bezifferung wirken müßte. Für die Art ihrer Deckung dürfte dasselbe gelten. Steuern können, nachdem er am 6. Dezember erklärt hat, die vorgeschlagenen Steuern seien das Höchstmaß dessen, was unsere Wirtschaft tragen könne, dafür kaum in Betracht kommen.

Auch die Deckungsrechnung Erzbergers kritisiert Bernhard scharf. Die Schätzung des Reichsnotopfers auf erst 70, dann 55 Milliarden sei ganz haltlos. Er errechnet bei einem Durchschnittssteuersatz von höchstens 15 % und 200 Milliarden steuerbarem Vermögen höchstens 30 Milliarden Ertrag, sonach 1,6, nicht 2,5—3 Milliarden Jahresersparnis, und trotz eines mutmaßlichen Mehrertrags der Umsatzsteuer von 1/2 Milliarde eine Gesamtdeckung von nur 12,7, also einen Fehlbetrag von 13,3 Milliarden. Wie unsicher alle solche Schätzungen sind, beweist Erzbergers Mitteilung

vom 3. Dezember, daß die Umsatzsteuer 300 Millionen Mk. weniger erbringen wird, und daß er selber vom Notopfer jetzt nur nur noch 45 Milliarden mit 2¼ Milliarden Zinsersparnis erwartet. Das Notopfer ist nach Bernhard die größte Fehlspekulation Erzbergers, denn es mindert Einkommen und Vermögen, die bisherigen Steuerquellen von Staat und Gemeinde, gewaltig. Es ist zugleich demagogisch, denn es verschleiert eine in Wirklichkeit vorliegende laufende Abgabe von 30—50 Jahren, wodurch dem Reich eine Beteiligung an allen Verlusten und Konjunkturschwankungen aller Vermögen aufgebürdet wird, und verhindert durch seine notwendigerweise ungleichmäßige Vorbelastung des Vermögens die Steigerung des Ertrags aller direkten Steuern, bewirkt vielmehr dessen zunehmende Verdünnung. „Geopfert" würden hier nur Vernunft und Zweckmäßigkeit. Die „Finanzdemagogen" hätten weder den Mut, den Massen klarzumachen, daß große privatwirtschaftliche Kapitalien für den Betrieb der Volkswirtschaft unentbehrlich sind, noch den Mut, diese Kapitalien „zu rasieren oder auch nur zu schwächen".

Weiter tritt Bernhard angesichts der dem Volke freilich verhüllten Unmöglichkeit, den Fehlbetrag auch nur größtenteils durch direkte Steuern zu decken, für eine gründliche Revision der Anschauungen über die indirekten Steuern ein. Er zeigt, daß sie, und namentlich eine in Form einer Umsatzsteuer erhobene generelle Aufwandsteuerr, bei richtiger Ausgestaltung nicht notwendig ungerecht wirke. Zumal beim Gelingen eines Preisabbaues würde die Massenkonsumbesteuerung sehr wohl erträglich sein; nur müßten neue Formen für sie gefunden, andererseits neue Bahnen von der Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden. Die letzteren sollen diejenigen einer Planwirtschaft, d. h. organisierten Wirtschaft sein. Wiederaufbau der Produktion, Erhöhung und Verfeinerung der Produktivität seien anders nicht zu erreichen. Finanzpolitik müsse aufbauende Wirtschaftspolitik, der Finanzreformator auch Wirtschaftsreformator sein. Von diesem Standpunkt aus wird die erdrückende Besteuerung des Post- und Eisenbahnverkehrs scharf kritisiert. Ausbeutende Preiserhöhung verschlechtere das Verhältnis der Einnahmen zum unvermeidlichen Teil der Generalunkosten. Verbilligung der Tarife müsse vielmehr das Ziel sein, um die staatlichen Verkehrsbetriebe, diese Werbekonten der Steuerwirtschaft, wieder in Blüte zu bringen.

In positiver Hinsicht schlägt Bernhard ein neuartiges Monopolsystem vor, in dem der Staat nicht selbst „wirtschaftet", sondern ihm die Privatinitiatiive eines am Profit interessierten Unternehmers erhalten bleibt. Es knüpft an die Kartellform an, so jedoch, daß der Staat dabei die Stelle des Syndikats einnimmt. Er schreibt die Lieferpreise, die Arbeitslöhne, die Arbeitsdauer und die sozialpolitische Belastung vor. Dem Unternehmer verbleibt als einziger Weg der Gewinnerzielung die Ermäßigung der Unkosten durch technische oder kaufmännisch-organisatorische Verbesserungen. Er kann sein Einkommen nur in diesen Grenzen und nur gegen Lieferung des Gegenwerts der Verbesserung des Arbeitsprozesses an die Gesellschaft erhöhen. Diese näher umschriebene Monopolunternehmung, bei der „alles Fachliche dem Fachmann" verbleibt, soll

die Grundwirtschaftsform der Zukunft bilden. Auf dem Wege dieser rationell organisierten Monopolwirtschaft würden dem Reiche jährlich 4—5 Milliarden zufließen. Den Rest des Fehlbetrags, etwa 9 Milliarden, soll eine Kollektivumlage auf die Produktion decken. Die „Steuergemeinschaft der Produzenten" wird ihr ganzes Bestreben auf die Absatzerweiterung richten müssen, da ihr die Abwälzung dieser Umlage im Preise auf die Verbraucher nur sehr beschränkt(?) möglich, auf den Arbeitslohn aber, dank dessen staatlicher Festsetzung, unmöglich ist. Diese „Einholung" nützt zugleich der Gesamtheit durch bessere und billigere Bedarfsversorgung. Die Umlage ist eine Kombination von direkter und, soweit Abwälzung erfolgt, indirekter Steuer. Zugleich wird das Eigentumsproblem durch sie sozialethisch befriedigend gelöst, da das Eigentum des Unternehmers im Prinzip bleibt, er aber Anspruch darauf nur solange und soweit hat, als er seine Unternehmung auch betreibt. Die Produktionstätigkeit wird öffentliches Amt. Das Eigentum an den Produktionsmitteln behält der Unternehmerproduzent, aber als „Arbeitslehen von der Gesamtheit".

Zum kritischen Teil der Aufsätze ist allgemein zu sagen, daß die ganze Finanzreform trotz ihres Umfanges und ihrer detaillierten Gliederung überhaupt nur als ein Versuch gewertet werden kann, das in den Grundfesten wankende Gebäude der Reichsfinanzen vor dem Zusammenbruche zu bewahren. Ohne wagefreudigen Optimismus ist solcher Versuch ebenso unmöglich, wie unsere Kriegführung ohne ihn von vornherein aussichtslos gewesen wäre. Nur darf er nicht zu einer falschen Einschätzung der Mittel und Kräfte verführen, von deren Auswirkung der Erfolg abhängt. Deren Schätzung ist aber unsagbar schwierig in der durch die größte Unsicherheit und Undurchsichtigkeit aller inneren und äußeren Verhältnisse des wirtschaftlichen und des politischen Lebens gekennzeichneten Gegenwart. Jeder Versuch, im Wege der Besteuerung das Reich finanziell lebens- und leistungsfähig zu erhalten, mutet einem verarmenden Volke Opfer zu, die seine geschwächten Kräfte noch tiefer herabdrücken, seine Produktionsmittel vermindern, seinen Rest von Arbeitslust zu ersticken drohen. Welches ist die Grenze der Tragbarkeit dieser Lasten? Weder allgemein noch im einzelnen läßt sie sich finden. Betätigte Vorsicht hemmt die Erreichung des finanziellen Zieles, nicht betätigte zerstört, ohne zu ihm zu führen, die Grundlagen der Volkswirtschaft. Zwischen beiden Gefahrenpolen pendelt jeder Reformversuch. Richtig ist, daß, je mehr die Besteuerung ausgebaut und je schärfer sie durchgeführt wird, um so spärlicher, und zwar in progressiver Steigerung, ihre Quellen, Einkommen und Vermögen, fließen werden. Ebenso, daß mit ihr und besonders mit dem Notopfer, die große Gefahr der Verringerung des volkswirtschaftlichen Betriebskapitals verbunden ist, das für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft ebenso unentbehrlich ist wie der Arbeitsfleiß. Das Notopfer ist überdies ein Griff ins Dunkle. Seine ratenweise Entrichtung beeinträchtigt seinen operativen Hauptzweck, ohne jene Gefahr zu mindern, und bringt zugleich Risiko- und andere neue Gefahren für Steuergläubiger und -schuldner mit sich. Die Veredelungsfähigkeit der Verbrauchsbesteuerung ist zu bejahen und durch

neuere Erfahrungen (Besteuerung nach Qualitäten und andere) schon erhärtet. Die Wirkung der neuesten Umsatzsteuer, die das alte Problem einer allgemeinen Verbrauchsabgabe lösen soll, bleibt freilich abzuwarten. Daß die Gemeinden Milliardenbeträge aus neuen indirekten Steuern herausschlagen könnten, ist jedoch unglaubhaft, da die ergiebigen Quellen dieses Gebiets vom Reich besetzt sind und Massenverbrauchsartikel am besten von der das ganze Gebiet der Volkswirtschaft umfassenden Steuergewalt nutzbar gemacht werden.

Die Idee der Planwirtschaft ist ein vielumstrittenes Gebiet. Bernhards Vorschläge suchen die Vorteile der freien Unternehmerinitiative, als der stärksten Triebkraft allen wirtschaftlichen Fortschritts, mit denjenigen aus einer planmäßigen Organisation, in welcher dem Staat die entscheidende Rolle zufällt, zu verbinden. Aber die enge Begrenzung des möglichen Unternehmergewinns bei unveränderten Anforderungen an die Entfaltung aller Kräfte und Eigenschaften des Unternehmers muß auf den Antrieb zu dieser Entfaltung abschwächend einwirken, zumal auch das Verhältnis von Risiko und privatem Nutzen zu seinen Ungunsten verschoben wird. Auch das Betätigungsgebiet der schöpferischen Initiative, der Spielraum der freien Konkurrenz, ist verengt. Der einseitige Geistesdrill auf die Unkostenersparung ist nicht geeignet, Unternehmergenies heranzubilden. Die Umlage auf die Produktion endlich würde als neue und beträchtliche Verteuerung aller Waren neben der bis an die Grenzen des Möglichen ausgebauten Umsatzsteuer unmöglich sein. Trotz dieser berechtigten Einwände ist es aber ein Verdienst der Schrift, wichtige Grundgedanken in knapper, scharfer Fassung gut zur Geltung gebracht zu haben, vor allem die unbedingte Notwendigkeit der Unterordnung aller Finanzreformpläne unter den obersten Gesichtspunkt des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft mit sozialpolitisch abgewogenen Mitteln, nicht nur um der Volkswirtschaft, sondern, und erst recht, um der Finanzwirtschaft selbst willen.

Marburg a. d. Lahn H. Köppe

Zur Abwehr[1]

Von Robert Liefmann

Den früher in dieser Zeitschrift angekündigten Aufsatz: „Zur psychischen Wirtschaftstheorie", in dem ich verschiedene, bei der Besprechung des I. Bandes meiner „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre" aufgeworfene Probleme erörtere, hat die Redaktion des Jahrbuches schließlich nicht aufgenommen, weil sie „einer rein persönlichen Polemik, die sachlich nichts Neues biete", „keine neuen Tatsachen enthalte", mehr als zwei Bogen

[1] Wie Prof. Liefmann in seinen vorliegenden Ausführungen andeutet, lehnen wir es ab, einen Aufsatz im Umfang von mehr als zwei Bogen zu bringen, der im wesentlichen rein persönliche Polemik enthält. Wieweit sachliche Erwägungen von Wert in dem betreffenden Aufsatz sich befinden, überlassen auch wir dem Urteile der Leser. Die Schriftleitung

nicht zur Verfügung stellen könne. Sie hat mir aber sechs Seiten zur Verfügung gestellt zu einer Abwehr, auf die ich auch wohl einen Anspruch habe, gegen die mit hochmütigen persönlichen Angriffen gemischten Darstellungen, die J. B. Eßlen in diesem Jahrbuch von dem Inhalt meiner Schriften „Geld und Gold" und „Grundsätze", Bd. I gegeben hat. Natürlich kann ich hier nur das wichtigste und ohne viel Zitate richtigstellen. Der Aufsatz selbst wird, ohne die hier schon erledigten Auseinandersetzungen, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie erscheinen, und jeder kann dann beurteilen, ob die dortigen Erörterungen über die psychischen Grundlagen der Wirtschaft an wissenschaftlichem Interesse unter dem Durchschnitt dessen stehen, was dieses Jahrbuch seinen Lesern bietet.

1. Die auf völliger Unkenntnis der Arbeiten seines Opfers beruhende Behauptung des Kritikers Eßlen, ich hätte „bisher nicht gegen die herrschende Kapital- und Kapitalzinslehre Stellung genommen", obgleich dem meine Schrift: „Ertrag und Einkommen" im wesentlichen gewidmet war, hat er inzwischen in anerkennenswerter Form selbst zurückgenommen. Aber auf der folgenden Seite (S. 257) steht folgende, die unglaublichste kritische Leichtfertigkeit zeigende Bemerkung: „Auch seine Einwände gegen die herkömmliche Preistheorie vermag ich nicht anzuerkennen, sie laufen denn doch allzusehr auf übertriebene Spitzfindigkeit hinaus." Den Grund dafür, daß alle Preise in Zusammenhang stehen, vermag Liefmann nicht anzugeben, da „davon in seinem allzusehr auf psychische Erwägungen der Wirtschaftssubjekte und allzuwenig auf Beobachtung der Tatsachen beruhenden System, soweit ich sehe(!), keine Rede ist(?). Der nächste Grund dafür ist nämlich der gewesen, daß . . . alle Güter in der ganzen Welt, die mit Hilfe von am Markte gekauften Produktionsmitteln hergestellt werden, entweder mittelbar oder unmittelbar produktionsverwandt (!!) waren. Für die Erzeugung aller Güter sind zum mindesten Eisen und Kohlen nötig" usw. usw.! So belehrt mich Eßlen und weiß nicht, daß ich schon sechs Jahre vorher in meiner Preistheorie gezeigt habe, wie durch das Geld und das allgemeine Ertragsstreben alle Preise in Zusammenhang stehen. Er scheint auch ganz ahnungslos zu sein, daß er mit seiner „Produktionsverwandtschaft" wieder einmal den prachtvollsten Beweis für die von mir behauptete technisch-materialistische Wirtschaftsauffassung liefert, die Verwechslung von Technik oder Produktion und Wirtschaft, die Kritiker wie Eßlen, Amonn und andere hinwegdisputieren zu können glauben, weil sie von der fixen Idee ausgehen, in meinen Theorien sei nichts neu.

2. Die Behauptung Eßlens, daß ich „die Entdeckung der psychischen Natur der Wirtschaft für mich reklamiert" hätte, ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, ebenso wie die, daß meine Unterscheidung von Wirtschaft und Technik „schon vor nahezu 30 Jahren von Emil Sax fast mit denselben Worten ausgesprochen sei. Was ich als neu bezeichne, hat Eßlen überhaupt nicht verstanden und wird in seiner Kritik auch gar nicht berührt. Die ganz unbedeutende, mit den üblichen Irrtümern der Grenznutzenlehre („Die Wertgröße ist umgekehrt proportional dem Güterbesitz", „Geldsummen sind das Maß des Wertes", usw.) arbeitende

Schrift von Sax ist, was Eßlen verschweigt, in den Vorträgen der Gehe-Stiftung 1889 erschienen. Jeder kann sich danach von der Urteilsfähigkeit des Kritikers Eßlen und seiner Tendenz überzeugen.

3. Die Behauptung, ich hätte mich bei meiner Kritik „ausschließlich an die allgemeinen Ausführungen am Anfang der Lehrbücher gehalten", eine unrichtige Abgrenzung ihres Objekts am Anfang tue aber der Richtigkeit des Systems keinen Abbruch", ist ebenfalls unzutreffend. Gerade in der Preis- und Einkommenslehre, wo diese Gelderscheinungen als Gütermengen behandelt werden, kommt die falsche technisch-materialistische Auffassung der Wirtschaft zum Ausdruck, wie ich immer betont habe (siehe auch Ziffer 2!). Es gehört das ganze Nichtverstehenwollen von Kritikern wie Eßlen und Amonn dazu, um das zu übersehen. Alle sonderbaren Folgerungen, die Eßlen daran knüpft, werden damit hinfällig.

4. Eßlens Behauptung: „Das Schlimmste. . . . Liefmanns Lieblingsgedanke(?), daß die größtmöglichste Bedarfsbefriedigung aller dann gewahrt sei, wenn die Konkurrenz zu einer Monopolstellung der billigsten Anbieter und zu einem allgemeinen Ausgleich der Grenzerträge führe", sei durch die Grenznutzenlehre längst widerlegt, zeigt wiederum völliges Unverständnis für meine Lehre und Blindheit den bisherigen gegenüber. Böhm-Bawerks und Wiesers Ausführungen, auf die Eßlens nur hinweist, ohne etwas davon mitzuteilen, verkennen vollkommen, gerade wie Sax und Eßlen selbst, das, was ich den „Proportionalitätscharakter" der Wirtschaft genannt habe, Sie isolieren in der bekannten Manier der Grenznutzler ein einzelnes Bedürfnis. Das Verfahren Eßlens, ohne Inhaltsangabe Schriftsteller zu nennen, die dasselbe wie ich schon behauptet oder mich widerlegt haben sollen, bildet das Gegenstück zu Amonns Verfahren, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze und Bruchstücke aus meinen Schriften haufenweise aneinanderzureihen und dann ohne jeden Nachweis zu erklären, das alles sei nicht neu.

5. In der Frage, ob bei Erklärung der wirtschaftlichen Erscheinungen eine Gütermenge als gegeben angenommen werden dürfe, tut Eßlen so, als ob mir dieser Fall höchst unbequem sei, unterschlägt dem Leser, daß ich ihn eingehend in der Kostenlehre (diesen wichtigsten und umfangreichsten Teil des Bandes übergeht er fast gänzlich mit Stillschweigen!) erörtere, aber entsprechend meiner Theorie in ganz neuer Weise, weil die Schätzung von Gütern oder Geld als Kosten bisher überhaupt nicht behandelt worden ist. Er unterschlägt weiter, was ich damit bezwecke, wenn ich dann diese Voraussetzung fallen lasse: daß man bei der Erklärung der Preisbildung, des Angebots, nicht von einer gegebenen Gütermenge ausgehen darf.

6. Eßlen stiftet Verwirrung, indem er als II. Gossensches Gesetz nicht dasselbe bezeichnet wie ich, nach dem Vorgang von Lexis. Seine weitere Behauptung, Brentano habe das, was ich Gesetz des Ausgleichs der Grenzgenüsse genannt habe, „zu einem Grundpfeiler seiner Wertlehre gemacht", ist unzutreffend. Der für meine Theorie wichtige Gedanke des Grenzausgleichs fällt bei Brentanos Formulierung vollkommen unter den Tisch (erst recht natürlich mein „Ausgleich der Grenzerträge".)

Die daran anknüpfende weitere Bemerkung Eßlens: Liefmanns Lehre vom Kapital fließt so wenig aus seiner Grundauffassung, daß er sich genötigt sieht, stillschweigend (!) seine wesentlichste (!) Voraussetzung fallen zu lassen und von der sonst bekämpften Annahme einer gegebenen Gütermenge auszugehen", schlägt in geradezu unglaublicher Weise dem tatsächlichen Inhalt meines Buches ins Gesicht. Sachlich fehlt jedes Verständnis dafür, wie meine Ausführungen über das Kapital, die von anderen als „klassisch" bezeichnet wurden, mit meiner abstrakteren Wirtschafts- und Geldauffassung in Zusammenhang stehen. Vgl. die Besprechung von Reichsmilitärgerichtsrat Dr. Mayer im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.

7. Eßlen rügt, unter Berufung auf einen Satz Böhm-Bawerks, in den schärfsten Ausdrücken, daß ich der Grenznutzenlehre vorwerfe, daß sie mit dem Nutzen der letzten Teilquantität den Wert der ganzen Menge bestimmen wolle. Umgekehrt rügt Amonn eine andere Stelle, wo ich, auf Böhms und Eßlens Auffassung eingehend, sage, daß nach dieser Auffassung der Grenzgedanke überhaupt keine Bedeutung mehr habe. Ich berücksichtige eben beide Ansichten, die ja beide, wie jede Wertbestimmung falsch sind, weil sie die Kostenvorstellung verkennen. Beide wissen nicht, daß sich die Grenznutzler über diese Grundfrage selbst nicht einig sind. „Mehr Bildung . . . usw." Daß Eßlen sich mit seiner Bemerkung (S. 1107), wo er die Grenznutzenlehre in der üblichen Form vertritt, aufs eklatanteste selbst widerspricht, stört einen so großen Theoretiker in seinem Eifer nicht, ebensowenig, daß er dabei auch Güter entfernterer Ordnung, Elektrizitätsmengen, nach dem Grenznutzen schätzen läßt!

8. Die Behauptungen Eßlens, nach meiner Auffassung der Wirtschaft könne ich kein Beispiel für ein bald wirtschaftliches, bald nichtwirtschaftliches Bedürfnis anführen (in Wirklichkeit kann, was er selbst zugibt, jedes Bedürfnis wirtschaftlich oder nicht-wirtschaftlich sein, das wird durch die begleitenden Erwägungen bestimmt: Zwecke und Mittel vergleichen!); ferner: „Der Nutzen ist nur ein anderer Name für Wert" und was ich Ertrag nenne, sei nur ein anderer Ausdruck für Nutzen, registriere ich nur, um seinen „guten Willen" oder die mangelnde Fähigkeit zu zeigen, meine Theorie zu verstehen. Um die Konfusion voll zu machen, behauptet ein anderer (Palyi), mein Begriff Ertrag bedeute nur, was man bisher Wert nannte!!

9. Folgende Bemerkung von Eßlen sei nur niedriger gehängt: „Manche Ausführungen Liefmanns in seinem Schriftchen Ertrag und Einkommen klingen denn auch, als ob sie aus einer Nachschrift des betr. Abschnitts der Brentanoschen Vorlesung wörtlich übernommen wären!" Ich habe niemals eine Nachschrift einer Brentanoschen Vorlesung zu Gesicht bekommen. Was muß aber alles herangezogen werden, um das Opfer der Kritik möglichst herabzusetzen!

10. In der „Aufstellung des Ertragsbegriffs" habe ich „niemals eine große wissenschaftliche Leistung gesehen", wie ich überhaupt meine Arbeiten nie in dieser Weise charakterisiert habe, ebensowenig wie ich „alle führenden Theoretiker als gedankenlose Schwachköpfe hingestellt"

habe. Solche offensichtlich auf Stimmungsmache berechneten Mittel vertragen sich nicht mit einer objektiven wissenschaftlichen Kritik! Dies auch an die Adresse von Amonn und Oppenheimer!

11. Bezüglich des Begriffs Konsumertrag muß Eßlen jetzt selbst zugeben, daß die von manchen mangels richtigen Verständnisses behauptete Analogie mit Marshalls „consumers rent“ nicht zutrifft. Aber er verschleiert auch hier den wahren Tatbestand und sucht es, natürlich wiederum ohne die mindeste Beweisführung, so darzustellen, als ob Marshall die richtige Auffassung gehabt und nur sein Beispiel schlecht gewählt habe. Auch Marshall glaubt aber, um nur eines anzuführen, die subjektive Bewertung in Geld ausdrücken zu können, und auch Eßlen hat meine Theorie so wenig verstanden, daß er sich noch immer nicht von diesem Fehler freizumachen vermag. Die von mir scharf hervorgehobenen Unterschiede zwischen Geld- und Konsumertrag ignoriert er.

12. Höchst sonderbar sind Eßlens Erörterungen über den Grenzkonsumertrag, der gleich Null werden müsse, was aber nach der höheren Mathematik, deren Unkenntnis er mir vorwirft, nicht bedeute, daß „diese Höhe die Null völlig erreiche, im Gegenteil“! Trotzdem er also nicht die Null erreicht, im Gegenteil, sucht Eßlen sich und den Lesern glauben zu machen, als ob ich „der Schlußfolgerung, daß der Grenzkonsumertrag gleich Null sein könne, mit allen Mitteln zu entgehen versuche“; „denn gilt sie, so stürzt seine ganze Einkommenslehre(?) zusammen“! Die Begründung für diese äußerst verblüffende Behauptung schenkt sich Eßlen natürlich wieder. Daß bei alledem nicht nur das größte theoretische Unverständnis, sondern auch ein völliger Mangel an Beobachtungsgabe für das wirkliche Leben vorliegt, ist sicher.

13. Da Eßlen die Begriffe Nutzen in Gossens und meinem Sinne und Wert im Sinne der Grenznutzler nicht unterscheiden kann, leistet er sich folgende Wiedergabe meiner Theorie: „Soweit wir mit einzelnen, nach diesem Maßstab (Grenznutzen) geschätzten Stücken eines solchen Gütervorrats dringendere Bedürfnisregungen befriedigen als die an der Grenze zwischen Befriedigung und Nichtbefriedigung stehenden, erzielen wir einen Überschuß von Nutzen über den die Wertschätzungen jedes einzelnen Stückes bestimmenden Grenznutzen hinaus. Das ist es, was Liefmann Ertrag nennt!“ Das steht fast gleich der unglaublichen Leistung K. Elsters, von dem ich nachwies, daß er selbst dann meine Auffassung nicht richtig wiedergeben kann, wenn er ihr zustimmt. Ich lehne gerade die Wertbestimmung durch den Grenznutzen ab, und Ertrag ist mir nicht der Überschuß des Nutzens über den Grenznutzen, sondern über die Kosten. Diese Erörterungen über die Kosten, Schätzung von Arbeit, von Güter- und Geldmengen als Kosten sind vollkommen neu und ein wesentlichster Teil meiner Theorie. Eßlen aber ignoriert sie vollkommen (ähnlich Amonn). Aber es kommt noch schlimmer. Eßlen sagt: „In der alle Werte durch Geldsummen ausdrückenden Wirtschaft läßt sich auch dieser Ertrag in Geld veranschaulichen(?): er ist der Unterschied zwischen dem Preis, der für eine bestimmte Einheit eines Gutes schlimmstenfalls(!) bezahlt würde, und dem niedrigeren Preise, der auf Grund der Marktlage tatsächlich dafür bezahlt wird.“ Man



weiß nun leider nicht, ob diese Glanzleistung eine Wiedergabe der Lehre des „schlechten Theoretikers“ und „schlechten Schriftstellers“ Liefmann sein soll oder gar ein Stück aus dem erhabenen theoretischen System von J. B. Eßlen. Auf der Höhe dieses Systems hat der Gedanke, daß die Vorstellung des Nutzenüberschusses oder Konsumertrages niemals einen äußeren Ausdruck findet, trotz aller meiner Hinweise immer noch keinen Eingang gefunden. Aber der Gegensatz zwischen dieser theoretischen Verständnislosigkeit und dem kritischen Hochmut bei Eßlen ist grotesk. Er habe nichts behauptet, wofür nicht der Beweis angetreten würde (?), und er könne „Art und Weise der kritischen Würdigung für sich selbst sprechen lassen“. (Allerdings.) Ebenso auch am Schlusse die Bemerkung, seine Kritik habe „sich völlig auf den Standpunkt des Verfassers (!) gestellt und sein Lehrgebäude von dessen eigensten Voraussetzungen aus geprüft“! Ob Eßlen selbst die Voraussetzungen für eine solche Prüfung erfüllt, das zu prüfen hat er nicht für nötig empfunden. Diese wenigen Bemerkungen ermöglichen schon ein Urteil, noch klarer aber wird es werden, wenn man seine in Wiedergabe und Kritik konfusen Darlegungen mit dem wirklichen Inhalt meines Buches vergleicht.

Erwiderung

Von Joseph Bergfried Eßlen

Ich habe keine Veranlassung, mich mit Liefmanns vorstehender Entgegnung auseinanderzusetzen. Denn zunächst habe ich mir bei meiner Kritik nicht mit der Hoffnung geschmeichelt, ihn selbst von der Unhaltbarkeit seiner Theorien zu überzeugen, da jedenfalls auch für ihn die Kennzeichnung zutrifft, die er in seinem System anderen Vertretern der Wirtschaftstheorie zuteil werden läßt: mangelnde Beweglichkeit des Geistes und Festlegung auf eine bestimmte Richtung. Daß er selbst mit meiner Kritik nicht einverstanden wäre, stand daher zu erwarten. Was ich beabsichtigte, war nur, andere zu warnen, ihm zu folgen. Die Gegeneinwände, die er gegen meine Ausführungen erhebt, erledigen sich einfach durch Zurückverweisen auf meine Ausführungen. Nur zu zwei Punkten erlaube ich mir Fragen an ihn zu richten. Zu 1: Führt die Produktionsverwandtschaft der Güter zu einem Zusammenhang ihrer Preise? In den obenstehenden Ausführungen fehlt die Antwort darauf; es wird mir nur technisch-materialistische Auffassung vorgeworfen. „Habe ich aber recht geredet, warum schlägst Du mich?“ Zu 11: Steht Marshalls Beispiel in Widerspruch zu seinen vorhergehenden theoretischen Ausführungen oder nicht? Wenn ja, so handelt es sich darum, sich mit diesen Ausführungen auseinanderzusetzen, nicht aber Marshalls Beispiel zu kritisieren. Quandoquo bonus dormitat Homerus! Endlich nehme ich Notiz davon, daß Liefmann weder jemals selbst bei Brentano „Theoretische“ gehört noch ein nachgeschriebenes Heft eingesehen hat. Dann ergibt sich daraus, daß auch anderen Dinge schon früher bekannt gewesen sind, die Liefmann als seine eigenen Entdeckungen verkündet. Quod erat demonstrandum!

Koloniale Preisaufgabe

Im Einvernehmen mit Herrn Eduard Woermann in Hamburg hat der Professorenrat des Kolonialinstituts in Hamburg beschlossen, die Frist zur Einreichung von Bewerbungsschriften über die im Juli 1913 erlassene Preisfrage:

„Durch welche praktischen Maßnahmen ist in unseren Kolonien eine Steigerung der Geburtenhäufigkeit und Herabsetzung der Kindersterblichkeit bei der eingeborenen farbigen Bevölkerung — des wirtschaftlich wertvollsten Aktivums unserer Kolonien — zu erreichen?"

bis zum 1. April 1920 zu erstrecken und die Entscheidung bis zum 1. Januar 1921 bekanntzugeben.

Eingesendete Bücher und Zeitschriften

— bis Mitte Februar 1920 —

Bücher und Broschüren

1. Allgemeine Politik

Braun, Adolf: Der Friede von Versailles. Berlin 1919, Julius Springer. 34 S.

Delbrück, Hans: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. Vierter Teil: Neuzeit. Berlin 1920, Georg Stilke. 552 S.

Endres, Franz Karl: Reichswehr und Demokratie. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. VIII u. 135 S.

Fox, D. R.: The decline of aristocracy in the politics of New York. New York 1919, Columbia University. XII u. 460 S. (Studies in history, economics and public law. Edited by the faculty of political science of Columbia University. Vol. LXXXVI.

Gebhardt, Carl: Der demokratische Gedanke. Leipzig 1920, Felix Meiner. 61 S. (Philosophische Zeitfragen.)

Guttmann, Bernhard: Soll Deutschland in den Völkerbund? Berlin 1919, H. R. Engelmann. 15 S. (Deutsche Liga für Völkerbund. Neunte Flugschrift.)

Spahn, Martin: Elsaß-Lothringen. Berlin 1920, Ullstein & Co. 386 S. und 2 Karten.

Das Werk von Weimar. Nationalversammlung und Reichsregierung am Wiederaufbau Deutschlands. Berlin-Zehlendorf 1919, H. Kalkoff. 32 S.

2. Gesetzgebung und Verwaltung

Binding, Karl: Die Schuld im Deutschen Strafrecht. Leipzig 1919, Felix Meiner. IX u. 164 S.

Boas, Kurt: Über die Beurteilung der Zeugnis- und Eidesfähigkeit Geisteskranker vor Gericht. Leipzig und Würzburg 1919, C. Kabitzsch. 32 S. (Würzburger Abhandlungen aus dem Gesamtgebiet der praktischen Medizin, Bd. 19, Heft 4/5.)

Duhr, Bernhard: Das Jesuitengesetz, sein Abbau und seine Aufhebung. Freiburg i. B. 1919, Herdersche Verlagsbuchhandlung. VII u. 166 S. (Ergänzungsheft zu den Stimmen der Zeit. Erste Reihe: Kulturfragen, 7. Heft.)

Festgabe der Bonner Juristischen Fakultät für Karl Bergbohm zum 70. Geburtstag. Mit Beiträgen von Paul Krüger, Ernst Landsberg, Joseph Heimberger, Carl Crome, Martin Wolff, Hermann Rottarp, Max Wenzel, Ernst Zitelmann, Hans Schreuer, Rudolf Smend. Bonn 1919, A. Marcus & Weber. 287 S.

Hirsch, Paul: Kommunalpolitische Probleme. Leipzig 1920, Quelle & Meyer. 160 S.

Jitta, Josephus: Die Neugestaltung des Internationalen Rechts. Haag 1919, Martinus Nijhoff. XVI u. 178 S.

Kuth, A.: Die neuen Gemeindeverfassungsgesetze in Preußen. Köln 1919, Th. Quas. 31 S.

Norden, Walther: Staats- und Verwaltungslehre als Grundwissenschaften der Staatsbürgerkunde. Berlin 1919, E. Ebering. 69 S.

Nußbaum, Arthur: Das Nießbrauchsrecht des B.G.B. unter den Gesichtspunkten der Rechtstatsachenforschung. Berlin 1919, J. Springer. VII u. 114 S.

Reichardt, Martin: Kriegsbeschädigung und strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit. Leipzig und Würzburg 1919, C. Kabitzsch, 86 S. (Würzburger Abhandlungen aus dem Gesamtgebiet der praktischen Medizin, Bd. 19, Heft 6/9.)

Scheurer, Adolf: Bewaffnete Handelsschiffe im Weltkriege. Berlin 1919, Julius Springer. 78 S. (Quellen und Studien zur Geschichte und Dogmatik des Seekriegsrechts, Bd. I, Heft 4.)

Schmitt, Josef: Staat und Kirche. Freiburg i. B. 1919, Herdersche Verlagsbuchhandlung. IV u. 138 S.

Schwarzlose, Karl: Die Neugestaltung der evangelischen Landeskirche Preußens nach dem Fortfall des landesherrlichen Kirchenregiments. Frankfurt a. M. 1920, Englert & Schlosser. 119 S.

Stier-Somlo, Fritz: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Bonn 1919, Marcus & Weber. 160 S.

Stutz, Ulrich: Die Schweiz in der Deutschen Rechtsgeschichte. Festrede. Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1920. IV u. 22 S.

Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Mit Einleitung und Kommentar von A. Arndt. Berlin u. Leipzig 1919, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. 242 S. (Guttentagsche Sammlung, Deutsche Reichsgesetze, Nr. 137.)

3. Sozial- und Rechtsphilosophie

Binding, Karl: Zum Werden und Leben der Staaten. Zehn staatsrechtliche Abhandlungen. München u. Leipzig 1920, Duncker & Humblot, VII u. 409 S.

Hurwicz, Elias: Die Seelen der Völker. Gotha 1920, Fr. A. Perthes. IX u. 164 S.

Jellinek, Georg: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. XVIII u. 85 S.

Kutzner, Oskar: Der Weg zur Kultur. Leipzig 1919, Quelle & Meyer. XII u. 207 S.

Lessing, Theodor: Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen. München 1919, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung. VIII u. 299 S.

Litt, Theodor: Individuum und Gemeinschaft. Leipzig und Berlin 1919, B. G. Teubner. IV u. 224 S.

Meyer, Max H.: Die Weltanschauung des Zentrums in ihren Grundlinien. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. VI u. 137 S.

von Unruh: Die Rechtswissenschaft und der Weltkrieg. Berlin 1920, Verlagsanstalt Politik. 30 S.

Wolzendorff, Kurt: Deutsches Völkerrechtsdenken. München 1919, Musarion-Verlag. XI u. 72 S.

4. Volkswirtschaftliche Theorie und ihre Geschichte. Allgemeine volkswirtschaftliche Fragen

Liefmann, Robert: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. II. Band: Grundlagen des Tauschverkehrs. Stuttgart und Berlin 1919, Deutsche Verlagsanstalt. XVI u. 855 S.

Muhs, Karl: Begriff und Funktion des Kapitals. Jena 1919, Gustav Fischer. 104 S.

Odenbreit, Bernhard: Die vergleichende Wirtschaftstheorie bei Karl Marx. IX u. 98 S. (Staatswissenschaftliche Beiträge, herausg. von Plenge, Heft 1.)



Plenge: Die Stammformen der vergleichenden Wirtschaftstheorie. Essen 1919, Baedeker. XIX u. 173 S. (Staatswissenschaftliche Musterbücher, herausg. von Plenge, Heft I.)

— Die Zukunft Deutschlands und die Zukunft der Staatswissenschaft. Essen 1919, Baedeker. 67 S.

Schmoller, Gustav: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. Erster Teil. Elftes und zwölftes Tausend. Ergänzt und vermehrt. XIV u. 560 S. Zweiter Teil. Siebentes bis zwölftes Tausend. Ergänzt und vermehrt. XIII u. 833 S.

Spann, Othmar: Vom Geist der Volkswirtschaftslehre. Jena 1919, Gustav Fischer. 48 S.

von Tyszka, Carl: Vom Geist in der Wirtschaftspolitik. Jena 1919, G. Fischer. 61 S.

Wygodzinski, W.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1920, Quelle & Meyer. 3. Aufl. 149 S. (Wissenschaft und Bildung, Heft 113.)

5. Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeographie

von Herzfeld, Marianne: Zur Orienthandelspolitik Österreichs unter Maria Theresia in der Zeit von 1740—1771. Wien 1919, Alfred Hölder. 130 S. (Akademie der Wissenschaften in Wien. Philosophisch-historische Klasse. Historische Kommission Ar 108/1.)

Kaurimsky, Fryda von: Jugoslavien. II. Teil. Berlin 1919, Auswärtiges Amt. 48 S. (Tagesfragen der Auslandswirtschaft, herausg. vom Auswärtigen Amt, Heft 10.)

Knapp, Theodor: Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstandes. Tübingen 1919, H. Lauppsche Buchhandlung. 1. Band: Darstellung. VII u. 210 S.; 2. Band: Nachweise und Ergänzungen. X u. 234 S.

Meyer, Eduard: Die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre Geschichte, Kultur, Verfassung, Politik. Frankfurt 1920, H. Keller. IX u. 290 S. (Angewandte Geographie. Herausgeber: H. Grothe. V. Serie. Doppelheft 1/2.)

Die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns und die Verwaltung von Handel, Industrie und Gewerbe. Denkschrift der Handelskammer München. Verfaßt von J. Leubeck. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. 200 S.

Wirtschaftliche Verhältnisse Deutsch-Österreichs. Herausg. im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik von Michael Hainisch. Mit Beiträgen von Joas, Hainisch, Bachofen, Grünwald, Höfer, Strakosch, Mises, Stolper. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. VI und 171 S.

6. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

7. Bergbau und Industrie

Moral, Felix: Die Abschätzung des Wertes industrieller Unternehmungen. Berlin 1920, Julius Springer. VIII u. 149 S.

Summarischer Bericht der Handels- und Gewerbekammer in Brünn über die geschäftlichen Verhältnisse in ihrem Bezirke während des Jahres 1918. Brünn 1919, Verlag der Brünner Handels- und Gewerbekammer. VII, 172 u. 60 S.

8. Handel und Handelspolitik

Dix, Arthur: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft. Berlin 1920, E. S. Mittler & Sohn. VI u. 369 S.



von Gernet, Bruno: Die Entwicklung des Rigaer Handels und Verkehrs im Laufe der letzten 50 Jahre bis zum Ausbruche des Weltkrieges. Jena 1919, Gustav Fischer. IX u. 168 S.

le Coutre, Walter: Die Grundgedanken der deutschen Preispolitik im Weltkriege 1914—1918. Berlin 1919, Haude und Spenersche Buchhandlung, Max Paschke. 117 S.

Plaut, Theodor: England auf dem Wege zum Industrieschutz. Schlüsselindustrien und Handelspolitik. Hamburg, Braunschweig, Berlin 1919, Georg Westermann. VIII u. 104 S. (Hamburgische Forschungen. Siebentes Heft.)

von Willisen: Begriff und Wesen des Wirtschaftskrieges. Jena 1919, Gustav Fischer. 62 S.

9. Verkehr und Verkehrspolitik

Giese, Kurt: Das Seefrachttarifwesen. Berlin 1919, Julius Springer. XVI u. 379 S.

Seydel, F.: Die Organisation der preußischen Staatseisenbahnen bis zum Kriegsausbruch. Berlin 1919, J. Springer. 67 S.

10. Geld-, Bank- und Börsenwesen

Edler von Braun, Fr.: Wiedereinführung der Goldwährung. Berlin 1920, Paul Parey. 16 S.

Herzfelder, Edmund: Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse. Berlin 1919, J. Springer. VIII u. 487 S. und 10 Textfiguren.

Hoppe, Ernst: Der Krieg und die deutsche Geldwirtschaft. 70 S. (Staatswissenschaftliche Beiträge, herausg. von Plenge, Heft II.)

Prion, W.: Inflation und Geldentwertung. Berlin 1919, J. Springer. 126 S.

Sachs, Max: Teuerung und Geldentwertung. Dresden 1919, Kaden & Co. 46 S.

Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1918. Bearbeitet im Statistischen Bureau der Schweizerischen Nationalbank. Berlin 1920, Stämpfli & Co. 73 S.

Siebert, A.: Über Entstehung und Entwicklung des öffentlichen Kredits im Großherzogtum Baden. Leipzig 1919, Teubner. (Preisschriften, gekrönt und herausgegeben von der fürstlich Jablonowskischen Gesellschaft zu Leipzig, XLV.)

Terhalle, Fritz: Währung und Valuta. Jena 1919, G. Fischer. 64 S.

Zwiesele, Heinrich: Der bargeldlose Zahlungsverkehr. Erste bis dritte Auflage. Stuttgart 1919, E. H. Moritz. 78 S.

— Wechselkunde und Kontokorrentlehre für Handel- und Gewerbetreibende usw. 10 u. 11. Auflage. Stuttgart 1919, E. H. Moritz. 48 S.

11. Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik

Schätzel, Walter: Internationale Arbeiterwanderungen. Berlin 1919, H. R. Engelmann. 79 S. (Monographien zum Völkerbund, Heft 7.)

12. Sozialismus

Bendix, Ludwig: Bausteine zur Räteverfassung. Berlin 1919, W. Moeser. 170 S.

Bovensiepen: Wissenschaftlicher Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus und Bolschewismus. Neumünster-Leipzig 1919, R. Hieronymus. 80 S.



Gerlich, Fritz: Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich. München 1920, H. Bruckmann. 275 S.

Hainisch, Michael: Ist der Kapitalzins berechtigt? Leipzig und Wien 1919, Franz Deuticke. VI u. 100 S.

Hasse, Karl Paul: Der kommunistische Gedanke in der Philosophie. Leipzig 1920, Felix Meiner. 91 S. (Philosophische Zeitfragen.)

Hofmann, Emil: Die Sozialisierung der Preisbildung. Mannheim 1919, Haas G. m. b. H. 67 S.

Jahn, Georg: Verstaatlichung und Vergesellschaftung. Berlin 1920, L. Simion. 32 S. (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Jahrg. 40, Nr. 307, Heft 1.)

Mayer, Gustav: Friedrich Engels. Eine Biographie. Erster Band: Friedrich Engels in seiner Frühzeit 1820—1851. Berlin 1920, Julius Springer. VIII u. 430 S.

Stern, Bruno: Die Erlösung durch den Reichtum. Aachen 1919, Creutzer. 96 S.

Zweininger, Arthur: Die zinsfreie Wirtschaft. Leipzig 1919, Verlag der Dykschen Buchhandlung. 36 S.

13. Sozialpolitik

Adolph, Robert: Einküchenwirtschaft als soziale Aufgabe. Berlin 1919, Verlag Gesellschaft und Erziehung. 63 S.

Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung. V. Jena 1919, G. Fischer. 101 S. (Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Heft 69, Bd. 9, Heft 5.)

Goewig, Franz: Das Arbeitsrecht des neuen Deutschland. I. Buch: Die Rechte des Arbeiters im neuen Deutschland. Zweite, ergänzte Auflage. Bonn 1919, C. Georgi. 142 S.

Hutchinson, E. J.: Women's Wages. New York 1919, Columbia University. 179 S. (Studies in history, economics and public law. Edited by the faculty of political science of Columbia university. Vol. LXXXIX, Number 1.)

Kriegslöhne im Rahmen der deutschen Arbeiterversicherung. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte. Berlin 1919, Carl Heymann) 21 S. (Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt, Nr. 11, November 1919.

Liefmann, Robert: Arbeitslöhne und Unternehmergewinne nach dem Kriege. Stuttgart 1919, J. Heß. 27 S. (Flugschriften zur Schaffung sozialen Rechtes, Heft 8.)

Schmölder, Robert: Die Verstaatlichung des Arbeitsmarkts. Berlin 1920, L. Simion. 32 S. (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Jahrg. 40, Nr. 306, Heft 2.)

Schumacher, Fritz: Hamburgs Wohnungspolitik von 1818 bis 1919. Ein Beitrag zur Psychologie der Groß-Stadt. Hamburg 1919, Friedrichsen & Co. 74 S.

Seelmann: Die Ersatzansprüche der Armenverbände nach der R.V.O. und dem A.-V.G. Zweite Auflage. Altenburg 1919, Stephan Geibel. 80 S. (Seelmanns Sammlung von Einzeldarstellungen des Reichsversicherungsrechts, 1. Heft.)

— Wochenhilfe und Wochenfürsorge nach dem Gesetz vom 26. September 1919. Altenburg 1919, Stephan Geibel. 63 S. (Seelmanns Sammlung von Einzeldarstellungen des Reichsversicherungsrechts, 14. Heft.)

Studders, Herbert: Das Taubesche System der Ziehkinderüberwachung in Leipzig. Stuttgart und Berlin 1919, Cotta. VI u. 88 S.

14. Genossenschaftswesen

Kloß, Erich Kurt: Die Arbeitsgenossenschaft als freie Sozialisierungsform. Berlin 1920, Carl Heymann. VI u. 155 S.

Waldecker, Ludwig: Der Stand der Gesetzgebung über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den wichtigsten Kulturländern bei Kriegsausbruch 1914. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. 162 S. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 151/III.)

15. Kolonialpolitik

16. Finanzen

Bernhard, Georg: Probleme der Finanzreform. Berlin und Leipzig 1919, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, Walter de Gruyter & Co. 63 S.

Buck, Ludwig, und Lucas, Rudolf: Kommentar zur Vermögens- und Mehreinkommensteuer. Erster Teil: Vermögenszuwachs und Mehreinkommen(Mehrgewinn-)steuer. Berlin und Leipzig 1920, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. 334 S.

Dietzel, Heinrich: Englische und preußische Steuerveranlagung. München und Leipzig 1919, Duncker & Humblot. VII u. 63 S.

Gesetz über das Reichsnotopfer. Text. Guttentagsche Sammlung. Berlin und Leipzig 1920, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. 42 S.

Haenel, H. G.: Eine Kapitalrentensteuer im Rahmen der Neuordnung der Reichsfinanzen. Jena 1919, G. Fischer. 76 S.

Hüpeden, Th.: Der Krieg und die Finanzen der deutschen Landesversicherungsanstalten. Cassel 1919, Gebr. Gotthelft. 47 S. (Veröffentlichung der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau.)

Jockusch, Wilhelm: Die Nachsteuer der Gemeinden nach § 85 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes. Berlin-Friedenau 1920, Deutscher Kommunalverlag. 67 S. (Vereinsschrift des Vereins für Kommunalwirtschaft. Herausg. von E. Stern.)

Köppe, H.: Finanzwissenschaft. Jena 1919, Gustav Fischer. VIII u. 487 S. (Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, von J. Conrad. Dritter Teil: Finanzwissenschaft.)

Krebs, Willy: Kursschwankungen preußischer und deutscher Staatsanleihen vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Weltkriegs. Berlin 1919, Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften. 61 S.

Manes, Alfred: Staatsbankrotte. Zweite, veränderte Auflage. Berlin 1919, Karl Siegismund. 275 S.

Moll, Walter: Das Abgabenrecht im sozialen Staate der Zukunft. Berlin 1919, Fr. Vahlen. 85 S.

Popitz, Johannes: Einführung in das neue Umsatz- und Luxussteuerrecht. Berlin 1920, Otto Liebmann. 132 S.

Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919. Text. Guttentagsche Sammlung. Berlin und Leipzig 1920, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger. 74 S.

17. Versicherungswesen

Allgemeine Deutsche Seeversicherungsbedingungen. Im Jahre 1919 herausg. von den deutschen Seeversicherern. Hamburg 1919, L. Friederichsen & Co. 56 S.

Bruck, E.: Materialien zu den Allgemeinen Deutschen Seeversicherungsbedingungen. Hamburg 1919, L. Friederichsen & Co. Bd. I, 394 S. Bd. II, 284 S.



Kuffler: Gedanken zur Neuregelung der Reichsversicherungsordnung. Leipzig 1919, Felix Meiner. 21 S. (Krankenkassen=Bibliothek, herausg. vom Zentralblatt der Reichsversicherung, Heft 17.)

Morgenstern, Toni: Arbeitslosenversicherung und deutsche Erwerbslosenfürsorge unter Berücksichtigung der Frage des Arbeitsnachweises. Leipzig 1920, Felix Meiner. IX u. 65 S.

Prange, Otto: Die Sozialisierung des Versicherungswesens. Jena 1920, Gustav Fischer. 82 S.

18. Statistik

Levnadkostnaderna in Sverige 1913—1914. Del III. Hushålls räkenokaper. Stockholm 1919, Norstedt & Söner. (Sveriges Officiella Statistik.)

Meerwarth, Rudolf: Einleitung in die Wirtschaftsstatistik. Jena 1920, G. Fischer. IV u. 329 S.

Aufsätze in Zeitschriften[1]

1. Allgemeine Politik

Dierckx, Gustav: Zur Entwicklung der marokkanischen Frage. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Januar 1920, S. 356 ff.

Grabowsky, Adolf: Die Grundprobleme des Völkerbundes. Zeitschrift für Politik. IX. Band, 1919, Heft 4, S. 377 ff.

Hashagen, J.: Marxismus und Imperialismus. Conrads Jahrbücher, 113. Band — III. Folge. 58. Bd., 3. Heft, Sept. 1919, S. 193 ff.

— Der Imperialismus als Begriff. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Oktober 1919, S. 157 ff.

Luther, Arthur: Der Bolschewismus als internationale Erscheinung. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Januar 1920, S. 345 ff.

Polya, Georg: Proportionalwahl und Wahrscheinlichkeitsrechnung. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrgang 1919, 3. Heft, S. 297 ff.

Schneider, Gustav: Das parlamentarische Werden des Betriebsrätegesetzes. Soziale Praxis, 4. Februar 1920, S. 417 ff.

2. Gesetzgebung und Verwaltung

3. Sozial- und Rechtsphilosophie

Adler, Max: Die geistesgeschichtliche Bedeutung der materialistischen Geschichtsauffassung. Der Kampf, 25. Oktober 1919, S. 693 ff.

Levy, Hermann: Studien über das englische Volk II. Archiv für Sozialwissenschaft, 46. Band, 3. Heft, S. 636 ff.

Weber, Max: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen (Schluß). Archiv für Sozialwissenschaft, 46. Band, 3. Heft, S. 541 ff.

Wolzendorff, Kurt: Zur Psychologie des deutschen Staatsdenkens. Zeitschrift für Politik, XI. Bd., 1919, Heft 4, S. 452 ff.

4. Volkswirtschaftliche Theorie und ihre Geschichte

Edwards, H. W.: Zur Theorie der Preisbewegung. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Oktober 1919, S. 192 ff.

---

[1] Es werden hier nur solche Aufsätze eingesendeter Zeitschriften angeführt, die der Schriftleitung bemerkenswert erscheinen.

Mann, Fritz Karl: Der politische Ideengehalt von John Laws Finanzsystem. Conrads Jahrbücher, August 1919, S. 97 ff.

Oppenheimer, Franz: Die Krisis der theoretischen Nationalökonomie. Mit Entgegnung von Robert Liefmann. Zeitschrift für Politik, XI. Bd., 1919, Heft 4, S. 507 ff.

Waentig, Heinrich: Briavoinne. Conrads Jahrbuch, 113. Bd., — III. Folge. 58. Bd., 4. Heft, Oktober 1919, S. 289 ff.

5. Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeographie

Blum: Betrachtungen zur Verkehrsgeographie. Archiv für Eisenbahnwesen. Januar und Februar 1920, S. 1 ff.

6. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei

7. Bergbau und Industrie

Die Arbeitsgemeinschaften in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Reichsarbeitsblatt, XVII. Jahrg., 27. Okt. 1919, Nr. 10, S. 768 ff.

8. Handel und Handelspolitik

Goecke, Hans: Die deutsche Ausfuhr und der Weltmarktpreis. Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Nr. 284, 6. Dezember 1919, 4010 ff.

Moulton, H. G.: Will Prices fall? Journal of Political Economy. November 1919, S. 782 ff.

9. Verkehr und Verkehrspolitik

Der öffentliche Verkehr in Frankreich während des Weltkrieges. Archiv für Eisenbahnwesen, November und Dezember 1919, S. 1039 ff.

Jacobi: Über den Wert des Wagenachskilometers und des Lokomotivnutzkilometers als Maßstab in der Statistik der Eisenbahnen. Archiv für Eisenbahnwesen, Januar und Februar 1920, S. 34 ff.

Lange: Das Eisenbahnwesen in Bosnien und der Herzegowina. Archiv für Eisenbahnwesen, November und Dezember 1919, S. 1075 ff.

Vogel, E. H.: Deutsch-Österreichs Stellung im Weltverkehr auf Grund des Friedensvertrags. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Januar 1920, S. 314 ff.

Wernekke: Der Anschluß Griechenlands an das europäische Eisenbahnnetz. Archiv für Eisenbahnwesen, November und Dezember 1919, S. 1065 ff.

10. Geld-, Bank- und Börsenwesen

Bendixen, Friedrich: Die Inflation als Rettungsmittel. Bankarchiv, 1. Dezember 1919, S. 53 ff.

— Nominalismus und Metallismus. (Eine Erwiderung an L. v. Bortkiewicz.) Conrads Jahrbücher, 113. Band — III. Folge 58. Bd., 3. Heft, Sept. 1919, S. 217 ff.

Budge, S.: Vom theoretischen Nominalismus. Conrads Jahrbücher, Dezember 1919, S. 481 ff.

— Waren- oder Anweisungstheorie des Geldes. Archiv für Sozialwissenschaft, 46. Bd, 3. Heft, S. 732 ff.

Eulenburg, Franz: Inflation. (Zur Theorie der Kriegswirtschaft II.) Archiv für Sozialwissenschaft, 45. Bd., 3. Heft, S. 477 ff.

Lessing, Hans: Zur Änderung des Reichsbankgesetzes. Bankarchiv, 15. Dezember 1919, S. 71 ff.



Lichtenstein, M.: Vom kommenden Terminhandel. Bankarchiv, 15. November 1919, S. 39 ff.

Sandberg, Erling: Über die Valutafrage. Bankarchiv, 1. Dezember 1919, S. 56 ff.

Schiff, Martin: Die Zukunft der Berliner Börse. Bankarchiv, 1. November 1919, S. 26 f.

Weill, N. E.: Zum Problem der Devalvation. Bankarchiv, 15. November 1919, S. 25 ff.

11. Bevölkerung und Bevölkerungspolitik

Göbel, Heinz Christian: Arbeitsstätten — Wanderungen II. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 1919, 3. Heft, S. 323 ff.

Rager, Fritz: Die Bevölkerungsbewegung Österreich-Ungarns im Weltkrieg. Der Kampf, Wien, 22. November 1919, S. 759 ff.

12. Sozialismus

Conrad, Otto: Die Krise des Sozialisierungsgedankens. Der Österreichische Volkswirt, 22. November 1919, S. 142 ff.

Heimann, Eduard: Die Sozialisierung. Archiv für Sozialwissenschaft, 45. Bd., 3. Heft, S. 527 ff.

Kuyper, R.: Socialisme en Socialisatie. De Socialistische Gids. Januari 1920, S. 1 ff.

Laufenberg, Heinrich: Die Räteidee in der Praxis des Hamburger Arbeiterrats. Archiv für Sozialwissenschaft, 45. Bd., 3. Heft, S. 591 ff.

Liebknecht, Karl; Grundzüge einer Marxkritik. Archiv für Sozialwissenschaft, 46. Bd., 3. Heft, S. 605 ff.

Loopuit, Jos.: Jaurès over de diktatuur van het proletariaat. De Socialistische Gids, November 1919, S. 949 ff.

Rizzi, Hans: Die Sozialisierung. Der Österreichische Volkswirt, 15. November 1919, S. 128 ff.

13. Sozialpolitik

Adler, E.: Das deutschösterreichische Gesetz über Betriebsräte. Soziale Praxis, 23. Oktober 1919, S. 77 ff.; 30. Oktober, S. 97 ff.

Arbeitslöhne im Ausland. Reichs-Arbeitsblatt, 27. November 1919, S. 854 ff.; 24. Dezember 1919, S. 932 ff.

Baumgarten: Der Versailler Friedensvertrag und die Fortführung der Sozialreform. Soziale Praxis, 6. November 1919, S. 119 ff.; 13. November 1919, S. 137 ff.

Baywidt, Hans: Erweiterte Fürsorge bei allen Berufsgenossenschaften. Soziale Praxis, 28. Januar 1920, S. 397 ff.; 4. Februar S. 426 ff.

Böhm, C. E.; Werkstätten-Siedlungen. Soziale Praxis, 16. Oktober 1919, S. 49 ff.

Bovensiepen: Unsere neuen deutschen Strafgerichte vom sozialpolitischen Standpunkte aus betrachtet. Soziale Praxis, 14. Januar 1920, S. 363 ff.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Textheft. Bd. XVIII, Nr. 4—6, 1919. Jena 1919, Gustav Fischer, S. 73—160.

Deutsch, Elise: Die Jugendschule. Soziale Praxis, 11. Dezember 1919, S. 233 ff.

Dove, Heinrich: Zur Delegation von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat. Bankarchiv, 1. November 1919, S. 25 f.

Ferenczi, E.: Die Abrüstung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Ungarn. Archiv für Sozialwissenschaft, 45. Bd., 3. Heft, S. 660 ff.

Francke, Ernst: Die Arbeitszeit unter Tage im Ruhrkohlenbergbau. Soziale Praxis, 7. Januar 1920, S. 342 ff.

— Die Organisation der Arbeit im Friedensvertrag und im Völkerbund. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Januar 1920, S. 299 ff.

— Die Sozialpolitik in der Reichsverfassung. Soziale Praxis, 2. Oktober 1919, S. 1 ff.

Gaebel, Käthe: Die Sechsstundenschicht im Bergbau. Soziale Praxis, 4. Februar 1920, S. 421 f.

Gutmann, Hans: Das Wiederbesiedlungsgesetz. Der Österreichische Volkswirt, 29. November 1919, S. 165 ff.

Higy, Camille: Die Hausbesitzverhältnisse der Stadt Basel. Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 55. Jahrg. 1919, 2. Heft.

Holtzmann: Das neue Gesetz über die Wochenhilfe. Soziale Praxis, 20. November 1919, S. 173 ff.

Israel, Gertrud: Gegenwärtige Berufsprobleme für die Frau im freien Arbeitsverhältnis. Archiv für Frauenarbeit, September/Dezember 1919, S. 85 ff.

Kriegsverdienste der Arbeiterschaft bis Anfang 1919, nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. Reichsarbeitsblatt, 27. November 1919, S. 851 ff.; 24. Dezember 1919, S. 937 ff.; 29. Januar 1920, S. 62 ff.

Lederer, Max: Ein Jahr deutschösterreichische Sozialpolitik. Soziale Praxis, 13. November 1919, S. 142 ff.; 20. November 1919, S. 169 ff.

Lohmann, Hans: Die endgültige Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 4. Oktober 1919, S. 3890 ff.

Přibram, Karl: Der Kampf der wirtschaftspolitischen Ideenrichtungen im Betriebsrätegesetz, 1919, 6. Dezember, S. 187 ff.; 13. Dezember, S. 207 ff.

Rauecker, Bruno: Die Not der freien geistigen Arbeiter. Soziale Praxis, 28. Januar 1920, S. 393 ff.

Rückkehr zur Akkordarbeit. Reichsarbeitsblatt, 27. November 1919, S. 846 ff.

Schäfer, Hans: Lohnpolitische Einzelfragen zur Ausgestaltung der Tarifverträge. Soziale Praxis, 4. Dezember 1919, S. 209 ff.

Sehmer, Th.: Das Versagen der obligatorischen Schiedsgerichte im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit in Australien und Neuseeland. Archiv für Sozialwissenschaft, 46. Bd., 3. Heft, S. 691 ff.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1918. Reichsarbeitsblatt, 29. Januar 1920, S. 66 ff.

Vogel, E. H.: Das Gesetz über gemeinwirtschaftliche Unternehmungen. Der Österreichische Volkswirt, 4. Oktober 1919, S. 6 ff.; 11. Oktober 1919, S. 27 ff.

Washington, Bern, Berlin, ein Rückblick auf dem Wege zum internationalen Arbeiterrecht. Soziale Praxis, 7. Januar 1920, S. 337 ff.

Wolfe, A. B. and Olson, Helen: War time Industrial-employment of women in the United States. Journal of political economy. Oktober 1919, S. 639 ff.

14. Genossenschaftswesen

Die interalliierte und neutrale Genossenschaftskonferenz in Paris. Internationales Genossenschaftsbulletin, Juni/Juli 1919, S. 118 ff.

van der Velde, J. J.: De verbruikers-cooperatie. De Socialistische Gids, Januari 1920, S. 71 ff.

Das Wiederaufleben der internationalen Genossenschaftsbewegung. Internationales Genossenschaftsbulletin August/September 1919, S. 172 ff.

15. Kolonialpolitik

16. Finanzen

Förster, Emil: Die deutsche Sparprämienanleihe 1919. Der Österreichische Volkswirt, 13. Dezember 1919, S. 203 ff.

Köppe, H.: Die Kriegsanleihen der europäischen Großmächte. (III. Schluß.) Conrads Jahrbücher, Bd. 113, Heft 5, November 1919, S. 385 ff.

Meisel, Franz: Wo steht die deutsche Finanzwissenschaft? Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 1919, 3. Heft, S. 361 ff.

Moulton, H. G.: War finance and the price level. Journal of political economy, Oktober 1919, S. 694 ff.

Sintenis, Gustav: Bemerkungen zur Reichseinkommensteuer und Kapitalertragsteuer. Bankarchiv, 1. Januar 1920, S. 81 ff.

Stolper, Gustav: Probleme der Staatswirtschaft. Der Österreichische Volkswirt, 11. Oktober 1919, S. 23 ff.; 18. Oktober 1919, S. 43 ff.; 25. Oktober 1919, S. 63 ff.; 1. November 1919, S. 83 ff.; 8. November 1919, S. 103 ff.; 15. November 1919, S. 123 ff.; 20. Dezember 1919, S. 223 ff.; 17. Jänner 1920, S. 294 ff.

17. Versicherungswesen

Gaebel, Käthe: Zur Neuregelung der Reichsversicherungsordnung. Soziale Praxis, 18. Dezember 1919, S. 265 ff.

Kaskel, Walter: Die Sozialversicherung seit der Revolution. Zeitschrift für gesamte Versicherungswissenschaft, 1. Januar 1920, S. 1 ff.

Lindeboom, Kurt: Wohnungsfrage, Hypotheken und Privatversicherung. Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 1. Januar 1920, S. 19 ff.

Zeiler, A.: Wirtschaftsaufstieg und Rentenniedergang. Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, 1. Januar 1920, S. 62 ff.

18. Statistik

Brämer, Karl: Gedanken über die Würdigung der Statistik. Deutsches Statistisches Zentralblatt, September/Oktober 1919, S. 138 ff.; November/Dezember 1919, S. 154 ff.

Schoelkens, J.: Die Ehescheidungen in Köln 1885 bis 1917. Kölner Statistik. Zeitschrift des Statistischen Amts der Stadt Köln. 2. Jahrg., Heft 1, S. 1 ff.

v. Tyska, Carl: Die wirtschaftliche Bedeutung der Handelsstatistik. Weltwirtschaftliches Archiv, 1. Oktober 1919, S. 214 ff.

Piererſche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg, S.-A.


FLARE

